3 1761 07888572 0

From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library

By his Wife

S332Gd

Deutschland und die große Politik anno 1908.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin.

175418
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1909.

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/deutschlandunddi08schi

19. Dezember 1907. Beisetzung König Oskars von Schweden.
23. Dezember. Der Schah von Persien schwört auf den Koran, nie wieder etwas gegen das Parlament zu unternehmen.
25. Dezember. Ein Edikt der Kaiserin von China verspricht für die Zukunft Einführung einer Verfassung.
28. Dezember. General d'Amade wird an Stelle Drudes zum Oberbefehlshaber von Casablanca ernannt.
30. Dezember. Frankreich verspricht nach Besetzung der Kasbah Mediuna Casablanca zu räumen.
31. Dezember. Die amerikanische Schlachtflotte trifft in Argentinien ein.

---

1. Januar 1908.

Verklungen sind die Weihnachtsglocken, und wenn diese Zeilen dem Leser zu Gesicht kommen, wird ein neues Jahr eingeläutet. Wir blicken zurück und versuchen wohl auch, das Dunkel einer Zukunft zu durchdringen, die immer eine andere ist, als sich vorhersehen oder konjekturieren ließ.

Auch das scheidende Jahr hat einen anderen Verlauf genommen, als teils befürchtet, teils gehofft wurde. In diplomatischer Beziehung hat es, wie man wohl urteilen hört, für uns keine günstige Wendung genommen. Es konnte scheinen, als wolle sich eine Lawine deutsch-feindlicher Koalitionen unter Führung Englands zusammenballen, um auf Deutschland herabzustürzen. In erstaunlicher Einmütigkeit bemühte sich die Presse Englands, Frankreichs, Rußlands und all der kleinen Hetzer, die mindere Machtfaktoren vertreten, Deutschland als den Friedensstörer der Zukunft darzustellen, um aus der Phantasie dieses Zukunftsbildes die Notwendigkeit zu deduzieren, diesen Störer des allgemeinen Friedens unschädlich zu machen. Mit unendlicher Schadenfreude wurden die verleumderischen „Enthüllungen" einer Kamarilla von Sensationsjournalisten begrüßt und geglaubt, die eine Zeitlang die Luft in Deutschland verpesteten. Aus der Ferne ließ sich nicht erkennen, daß diese Höflinge der schlechten Instinkte eines Publikums, wie es überall zu finden ist, so kläglich scheitern würden. Man glaubte, ein Recht gefunden zu haben, dieses Deutschland, das man verhaßt zu machen in jahrelanger Verdächtigung seiner Bestrebungen

bemüht gewesen war, nunmehr auch als verächtlich hinzustellen. Was alles in Anlaß des Hardenprozesses zur Verunglimpfung Deutschlands in Frankreich zumal geschrieben worden ist, entzieht sich der Wiedergabe in einem Blatt, das sich selbst achtet. Aber es ist keine Übertreibung, zu sagen, daß die Wirkung eine geradezu verhängnisvolle zu werden drohte. Auch läßt sich nicht verkennen, daß der völlige Umschwung des Urteils, den die an den Tag getretene Wahrheit hervorrief, eine nicht geringe Verlegenheit dort verursachte, wo die Schadenfreude am größten gewesen war. Wir haben nicht gefunden, daß ein ernsthafter Versuch gemacht worden wäre, gut zu machen, was nach dieser Richtung hin gesündigt worden war. Das ist eine Ehrenpflicht, deren Erfüllung noch aussteht.

Was aber jenes diplomatische Bild der Umkreisung und Vereinzelung betrifft, so ist es mehr Schein als Wirklichkeit. Wir haben im Laufe der letzten Wochen mehrfach Gelegenheit gehabt, diesen Gedanken ausführlich darzulegen. Die Aufgaben, die das hingegangene Jahr uns stellte, haben unsere auswärtigen Interessen mehr gestreift, als intensiv in Anspruch genommen. Wir haben mit Dänemark die Frage der Optantenkinder zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß gebracht, die braunschweigische Erbfolge endgültig geregelt und damit Träumereien, die über die Landesgrenzen hinausblickten, den Boden entzogen. Wir haben in Südwestafrika einen schweren Aufstand völlig niedergeworfen und uns dabei an dem Heldenmut, der wunderbaren Ausdauer und der Opferwilligkeit unserer Truppen erfreuen können. Wir haben das System unserer Kolonialverwaltung von Grund aus reformiert, und bei der Vorbereitung dieser Reform uns davon überzeugen können, daß in dieser wichtigen Frage die Nation ebenso ihrem erhabenen Führer folgt, wie in allen Fragen, die den Ausbau unserer Wehrkraft zu Wasser wie zu Lande betreffen. Wir haben endlich, wie auch alle unsere Gegner zugestehen, eine ehrenvolle Rolle auf dem Haager Kongreß gespielt und sowohl die Interessen der Humanität wie der Wahrhaftigkeit und des gesunden Menschenverstandes mit Nachdruck und Erfolg vertreten. Verträge auf Kosten dritter haben wir allerdings nicht geschlossen; wir haben weder ein Marokko vergeben, noch ein Ägypten garantiert, noch ein Persien in Einflußsphären zerlegt, sondern uns damit begnügt, auszubauen und festzuhalten, was unser ist, und daneben dafür einzustehen, daß uns das Recht der offenen Türe nicht ge-

mindert wurde. Das wesentliche aber war doch, daß wir auch im Jahre 1907 wie in den vorausgegangenen Jahren unsere nationale Kraft lebendig erhielten und im Verhältnis zu dem erfreulichen Wachstum unseres Volkes ausgebaut haben. Trotz der Störungen, welche wirtschaftliche Krisen, die auf anderem Boden reiften, auch bei uns zur Folge hatten, ist der Wohlstand der Nation gewachsen, und wenn wir gleich kein Volk von Rentnern sind, nennen wir uns doch mit Stolz ein Volk von Arbeitern, und wir dürfen es wohl sagen: in keinem Lande der Welt wird so gearbeitet wie bei uns. Wir könnten hinzufügen, daß auch nirgends mehr schöpferische Erfindungsgabe lebendig wirkt. Das laufende Jahr hat uns die Lösung des großen Problems der lenkbaren Luftschiffahrt gebracht, das dem Namen des Grafen Zeppelin Unsterblichkeit sichert. Wer wollte verkennen, daß die wunderbare Vielseitigkeit Kaiser Wilhelms und das tatkräftige Interesse, das er jedem wirklichen Fortschritt und jeder ernsten Wissenschaftlichkeit zuwendet, die neue Periode naturwissenschaftlicher und technischer Errungenschaften mächtig gefördert hat. So soll man uns auch das Jahr 1907 nicht schelten. Es hat uns trotz allem den Frieden gesichert und die Zuversicht nicht gemindert, daß Deuschland, fest auf eigenen Füßen stehend, auch heute noch in Ehren das stolze Wort wiederholen darf: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!“

Es sind im Laufe des Jahres mehrfache Versuche gemacht worden, den nationalen Rivalitäten ihre Härten und Spitzen zu nehmen. Wir wissen, daß es in Frankreich einen Kreis und vielleicht weite Kreise von Patrioten gibt, welche die zwischen beiden Nationen bestehende Spannung gern beseitigen möchten, und die Ansicht vertreten, daß ein natürliches Interesse sie zusammenführen müßte. Aber leider ist der Einfluß dieser Kreise nur gering. Sie treten kaum an die Öffentlichkeit, und wo sie es tun, finden sie keine Beachtung. Der Kultus der nationalen Phrase, zumeist von französierten Juden deutscher Herkunft in der Pariser Presse gepflegt, läßt sie nicht aufkommen. Es gibt in Frankreich einen Terrorismus der Publizistik, der in Zeitungen, Volksreden und Parlamentsverhandlungen zu einer Art vielleicht halb unbewußten Schauspielertums führt, dem sich nicht so leicht jemand zu entziehen vermag. Im Grunde sind es lauter Redensarten alten Gepräges, die unter vier Augen wohl

gelegentlich verleugnet werden, die aber wie ein Bann die Öffentlichkeit beherrschen. Wir wollen nicht exemplifizieren; die Tatsache läßt sich nicht bestreiten.

Frankreich lebt heute politisch unter dem Druck der Marokkofrage, und die politische Leitung der Republik steht vor der schwierigen Aufgabe, die Verträge von Algeciras in Einklang zu bringen mit einer Aktion, deren Anfänge sich verfolgen, deren Konsequenzen sich aber nicht berechnen lassen. Sehen wir richtig, so geht die Tendenz dahin, dem Problem den akuten Charakter zu nehmen und es zu einem chronischen zu machen. Aber auch angenommen, daß Herr Pichon bemüht sein sollte, es wirklich zu schließen, ist wenig Aussicht, daß er damit zum Ziele kommt, denn neben ihm und gegen ihn arbeiten andere Machtfaktoren, das marokkanische Komitee, die Finanz und die ehrliche koloniale Begeisterung von Männern wie René Millet, die das völlige Übergehen Marokkos in französische Hände als eine natürliche und notwendige Entwicklung fordern. Ob zunächst als Protektorat, wie Tunis, oder wie Algier dem Reich fest angegliedert, mag ihm gleichgültig sein; das eine lenkt zum anderen über. Aber weder das eine noch das andere ist mit den Vereinbarungen von Algeciras in Einklang zu bringen, und uns scheint, daß es in der Tat dem französischen wie dem allgemeinen Interesse meist entspricht, an diesem Programm von Algeciras festzuhalten. Die Machtpolitik, zu der Frankreich durch die Umstände gedrängt worden ist, hat zwar Abdul Aziz gefügig gemacht, aber das Volk so sehr gegen alles Französische erbittert, daß leider neue „Notwendigkeiten" zum Einschreiten alle Tage eintreten können. Im Augenblick gelten die Beni-Suassen für gebändigt, Herr Pichon hofft, daß es auch in Casablanca bald so weit sein werde, daß man die weiteren Sorgen der von Frankreich organisierten Polizei werde überlassen können. Auch wird ein neuer großer Sieg über Mulay Hafid gemeldet. Nebenher aber kommt die Nachricht, daß in Fez eine Revolution auszubrechen drohe, und im Augenblick verhindern die Winterregen jede weitere Operation. Vor Casablanca ist ein Kommandowechsel eingetreten. General d'Amade ersetzt den am Sumpffieber erkrankten General Drude. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er, sobald die Witterung es erlaubt, einen Vorstoß gegen die Kasbah der Mediuna unternehmen, die zerstört werden soll, um den steten Bedrohungen, denen Casablanca ausgesetzt bleibt, ein Ende zu machen.

Die inneren Zustände Frankreichs sind wenig erhebend. Einmal dauert der Krieg gegen die Kirche unter Anwendung von Härten fort, die allem gesunden Rechtsgefühl widersprechen. Dann macht sich die Wirkung des radikal-sozialistischen Regiments in einer Abnahme des Gefühls der Verantwortlichkeit dem Staate gegenüber geltend. Wir wollen nicht zum Beleg dafür all die zahlreichen Ausstände herzählen, die im letzten Jahre in Frankreich stattgefunden haben. Verwandte Krankheitserscheinungen hat es auch bei uns gegeben. Aber der Streik der französischen Seeleute im Juni trug doch einen sehr bedenklichen Charakter, weil er die Flotte zu desorganisieren drohte, was neben Ereignissen, die sich im Hafen von Toulon abspielten und die noch heute nicht ganz aufgeklärt sind, nicht mit Unrecht den französischen Patrioten Sorge macht. Noch schlimmer war die sogenannte passive Revolution der Weinbauern, die schließlich den ganzen „Midi" in Mitleidenschaft zog, einen separatistischen Charakter annahm und Meutereien einzelner Regimenter nach sich zog. Das alles war dann mit einem Male vorüber, man weiß kaum wie. Die Zeitungen hörten auf, davon zu schreiben, und das Strohfeuer verpuffte, ohne Spuren zu hinterlassen. In letzter Zeit ist der herausfordernde Ton, den der „Temps" gegen Deutschland einschlägt, um so mehr aufgefallen, als man gewöhnt ist, in diesem Blatte das Organ des Ministeriums des Auswärtigen zu erkennen. Offenbar müssen diese Beziehungen nicht mehr bestehen, da Herr Pichon viel zu korrekt ist, um an derartigen „Anrempelungen" Vergnügen zu finden.

In unseren Beziehungen zu *England* haben die letzten Tage des Mai eine gewisse Rolle gespielt. Die englischen Journalisten waren unsere Gäste und hatten die Ehre, vom Kaiser angesprochen und beim Reichskanzler in glänzender Gesellschaft bewirtet zu werden. Der Widerhall, den dieser Gegenbesuch der Engländer in der englischen Presse fand, war überaus erfreulich. Noch weit entgegenkommender waren die Stimmen, die während des Besuchs laut wurden, den Kaiser Wilhelm in Windsor und Highcliffe gemacht hat. Das wesentliche ist aber wohl, daß sich in der Weltlage eine Wandlung dadurch vorbereitet, daß deutlicher, als es bisher der Fall war, ein gewisser *Gegensatz* zwischen den Interessen Englands und seines *japanischen Bundesgenossen* zutage zu treten beginnt. Wir haben auf diesen inneren Gegensatz schon an dem Tage hingewiesen, da das Bündnis zum zweitenmal und zwar erweitert abgeschlossen wurde. Einzelne englische Stimmen,

die auf die Gefahren des Bündnisses hinwiesen, waren periodisch wiederkehrend in der Presse zu hören, aber sie fanden wenig Beachtung. Neuerdings hat nun eine Rede, welche Graf Okuma vor der Handelskammer von Kobe hielt, in England unliebsames Aufsehen gemacht. Er sagte — nach der Wiedergabe des „Kobe Herald", der offenbar nur einen Auszug bietet —: „Auch Indien und die Südsee werden neueren Waren guten Absatz bieten. Aber damit dürft ihr euch nicht zufrieden geben, ihr solltet auch von Zeit zu Zeit nach Europa fahren und braucht dabei nicht fremde Schiffe zu benutzen. Japanische Fahrzeuge können euch überall hinfahren. Jeder Ort, an dem die japanische Flagge weht, kann als zu Japan gehörig betrachtet werden. So erstreckt sich die Souveränität Japans über den Pazifischen Ozean, die chinesischen Gewässer, den Indischen Ozean und Korea. Ihr könnt unter dem Schutz der japanischen Flotte überall hin.

Die 300 Millionen Inder suchen, weil sie von Europäern geknechtet werden, den Schutz Japans. Sie haben begonnen, europäische Waren zu boykottieren; wenn daher Japan die Gelegenheit nicht benutzt und nicht nach Indien zieht, werden die Hindus enttäuscht sein. Wer die Wohltaten des Himmels nicht annimmt, dem sendet er Unheil. Seit langen Zeiten war Indien das Land der Schätze. Alexander der Große hat dort so viel Schätze gewonnen, daß er hundert Kamele mit ihnen beladen konnte. Auch Mahomet und Attila haben die Reichtümer Indiens an sich genommen. Weshalb sollten die Japaner nicht ihre Hand über dieses Land ausstrecken, jetzt, da die Einwohner uns ihre Arme zuwenden? Japan sollte nach Indien ziehen in den südlichen Ozean, oder in andere Länder der Erde."

Natürlich ist Graf Okuma, als außer der praktischen Politik stehend, sofort verleugnet worden. Aber wenn man auch, wie wir es tun, nicht glaubt, daß die japanische Regierung sich in ein derartiges Abenteuer zu stürzen geneigt ist, läßt sich doch nicht übersehen, daß hier ein Wunsch ausgesprochen wird, der in Indien seinen Widerhall findet, und daß nichts dafür bürgt, daß der heute phantastisch erscheinende Plan nicht aufgenommen wird, wenn England einmal in einen europäischen Krieg verwickelt sein sollte. Wir halten das sogar für im höchsten Grade wahrscheinlich.

So ist es nicht gerade auffallend, daß neuerdings in der „Times" Stimmen laut werden, die sehr wenig Nachsicht für Japan zeigen. Eine Pekinger Depesche des Blattes vom 27. Dezember weist darauf

hin, daß man in Europa die Lage der Mandschurei falsch beurteile. Namentlich sei es ein Irrtum, zu glauben, daß die Japaner ihre Truppen aus dem Lande gezogen hätten. Die ganze südliche Hälfte der Mandschurei, die Bahn von Kwanshengtze bis Talny sei, wie es in Kriegszeiten war, von japanischen Truppen besetzt, obgleich das Land ganz ruhig sei. Die 10. Division unter G.-L. Ando stehe in Liauyang, dem strategischen Zentrum der Mandschurei, während sechs Bataillone unter Gen.-Gouverneur Oshima die Eisenbahn halten.

Auf jeder Station revidieren bewaffnete japanische Soldaten jedes Eisenbahnkoupee zur Belästigung der Reisenden, speziell der Damen, die sich über das unzivilisierte und brutale Verhalten der Leute beklagen. Den Chinesen aber, die ihre Eisenbahn von Peking nach Mukden führen wollen, gestatten die Japaner es nicht.

Ernster aber sei das folgende, was besonders unter den Engländern Entrüstung hervorgerufen habe. China wollte die Peking—Hsin-min-tunlinie 50 Meilen nördlich nach Fa-ku-menn fortführen, um ein reiches, fruchtbares und dicht bevölkertes Gebiet zu erschließen. Darüber wurde am 8. November ein Kontrakt mit einer englischen Firma abgeschlossen. Es war ein vorzügliches Geschäft, das auch der Nordbahn zugute kommen mußte, in der, lange vor der Okkupation der südmandschurischen Bahn durch die Japaner, viel englisches Geld angelegt war. Nun protestiert Japan zwar nicht gegen den Bau, sondern verbietet ihn einfach, und zwar weil dadurch der südmandschurischen Bahn Konkurrenz gemacht werde. Es sei, so schließt das in einem Londoner Briefe der „Kreuz-Ztg." bereits wiedergegebene Telegramm, ganz unmöglich, dieses Verbot in Einklang mit der Politik der offenen Tür zu bringen! Ebenso hat Japan nichts getan, um den Wünschen Chinas auf Anlage von Telegraphenlinien in der südlichen Mandschurei entgegenzukommen.

Das klingt sehr verstimmt und mag wohl der Schmerzensruf eines der Interessenten an den chinesischen Eisenbahnbauten sein. Es verdient aber insofern Beachtung, als dadurch die Nachrichten bestätigt werden, die uns aus russischer Quelle zugehen und die einhellig über die Rücksichtslosigkeit des japanischen Vordringens klagen. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß Australien jetzt daran geht, sich eine eigene Kriegsmarine einzurichten und ebenso die schon jüngst erwähnte Errichtung einer englischen Marinestation in Esquimault auf Vancouver. Auch andere Kombinationen werden erwogen.

Während der „Figaro“ in alter Weise verhetzend in einem Artikel über die Rüstungen ausführte, daß im Hinblick auf die Anstrengungen Deutschlands kein Engländer, wie friedfertig immer er gesinnt sei, daran zweifeln könne, daß die Unabhängigkeit Englands in höchster Gefahr sein werde, wenn Deutschlands Flotte je in die Lage käme, der englischen die Spitze bieten zu können, (eine Ausführung, die zu unserem Befremden von der „Westminster Gazette“ ohne jeden Kommentar wiedergegeben wird), finden wir in einem Leitartikel der „Times“ die folgende Betrachtung: „Wir wissen nicht, ob die Vereinigten Staaten jemals offiziell als ein Faktor in dem Zwei-Mächte-Standard anerkannt worden sind. Er war in seinem Ursprung ausschließlich darauf berechnet, der Seemacht in Europa die Wage zu halten. Ob jetzt die Vereinigten Staaten und in welchem Verhältnis, mit heranzuziehen sind, das ist eine zu umfassende und verwickelte Frage, als daß sie sich aus dem Stegreif beantworten ließe.“ Dazu bemerkt die „Westminster Gazette“: „Auch wir halten die Frage für umfassend und verwickelt, aber es wird viel mehr kosten, uns davon zu überzeugen, daß die two-Power rule jemals angemessen (properly) auf die Kombination Deutschland und Vereinigte Staaten angewandt werden kann.“ Auch wir sind dieser Meinung, wie wir denn die Theorie an sich für absurd halten, weil sie zu einer Progression führen muß, die Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit auch der reichsten und patriotischsten Nation schließlich übersteigen muß.

Über die Entwicklung der Reformbewegung in China lauten die Berichte widerspruchsvoll. Sicher ist ja, daß China in die allgemeine asiatische Umbildung mit eingetreten ist. Ein Dekret, das die Einführung einer Verfassung ankündigt, ist bereits veröffentlicht. Aber die Regierung behält sich vor, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem diese Absicht verwirklicht werden soll. Zunächst handele es sich um vorbereitende Maßregeln, auch solle die nationale Zivilisation und der Unterricht in der Moral nicht angetastet werden. Der Tze Cheng Jonan, das ist der Staatsrat in Peking, und die Tze Si Chu, die Provinziallandtage, sollen dem künftigen Parlament als Grundlage dienen. Einsichtige Anträge der Provinziallandtage dürfen von den Gouverneuren dem Tze Cheng Jonan zur Bestätigung vorgelegt werden. Daneben werden Preßgesetze angekündigt, die bestimmt sind, der Agitation in den Provinzen entgegenzutreten; auch scheint die Absicht zu

bestehen, die politischen Gesellschaften unter die Kontrolle des Thrones zu stellen. Andere Nachrichten aus russischer Quelle behaupten, daß die Reformen an dem Widerstande der Anhänger des Alten scheitern müßten. Die bereits dekretierte Durchführung des allgemeinen obligatorischen Schulunterrichts habe sich als unmöglich erwiesen, weil es an Lehrern fehle: kurz, von der Absicht zur Verwirklichung sei noch ein weiter Weg.

Auch über die persische Verfassung und ihre Aussichten gehen die Nachrichten weit auseinander. Sehr merkwürdige und, wie uns scheint, beachtenswerte Ausführungen finden sich im „Courrier Européen" aus der Feder eines Persers Abdol Hossein Kheirollah. Alle Schwierigkeiten seien das Werk geheimer politischer und religiöser Gesellschaften, die einerseits von Rußland, andererseits von England ausgenutzt würden. England habe infolge des mandschurischen Krieges alles zurückgewonnen, was es an Boden während der letzten 12 Jahre verloren hatte. Der Schah in Schah, Mahmed Ali, sei ein Werkzeug der Russen. Es frage sich nun, ob England ihn entthronen werde. Der Onkel des Schah, Sill-es Sultan, der englische Kandidat, habe sich bereit erklärt, den Thron anzunehmen, und die jüngeren Brüder des Schah seien unfähig, ihn streitig zu machen. Sill-es Sultan lasse es aber an persönlichem Mut fehlen, dagegen sei er sehr reich, und sein Vermögen sei in England untergebracht. Kheirollah sieht trübe in die Zukunft. Persien sei für die Verfassung nicht reif, wahrscheinlich stehe es vor einer Periode der Wirren, die Rußland wohl benutzen werde, um sich zum Herrn der kaspischen Küste zu machen. Auch die „Nowoje Wremja" vom 24. Dezember beschäftigt sich mit Sill-es Sultan. Er ist Generalgouverneur von Schiras und hat großen Einfluß unter den kriegerischen Bachtiaren, die mit alten Mausergewehren bewaffnet sein sollen. Der Schah habe Sill-es Sultan den Befehl zugehen lassen, Persien zu verlassen, aber der ungehorsame Generalgouverneur habe den Abgesandten mit dem Revolver bedroht und fortgeschickt. Daß die „Nowoje Wremja" hieran eine Verdächtigung Deutschlands knüpft, nimmt uns nicht wunder, das gehört zu ihrem eisernen Bestande. Interessant ist nur die plötzliche Schwenkung, welche die russische Politik in Persien vollzogen hat. Ursprünglich für die Autokratie des Schahs eintretend, ist sie jetzt auf seiten des persischen Parlaments getreten, d. h. sie hat sich der englischen Politik angeschmiegt, was ja mit dem von Herrn Iswolski verfolgten System in vollem Einklang steht.

Wie weit dieses Zusammengehen auch in Konstantinopel stattfindet, ist schwer zu verfolgen. Eben jetzt, da die 7 Jahre des Mandats der an der Reformarbeit in Mazedonien beteiligten fremden Offiziere ablaufen, hat die Pforte den Wunsch ausgesprochen, die Zivilagenten, Finanzräte und höheren Offiziere der mazedonischen Gendarmerie in ihre Dienste zu nehmen. Es scheint, daß dieser Wunsch nicht erfüllt werden soll, obgleich wir glauben, daß er bei dem guten Willen der Pforte, Ordnung in Mazedonien zu schaffen und ihre Autorität aufrechtzuerhalten, keineswegs unbillig ist. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Schwierigkeiten in Mazedonien darauf zurückzuführen sind, daß Bulgarien, Serbien und Griechenland, deren Regierungen ja stets ihre loyale Haltung beteuern, offenbar nicht imstande sind, der Banden Herr zu werden, die, von ihren Grenzen ausgehend, das unglückliche Land nicht zur Ruhe kommen lassen. Sollte nicht dort ein Quos ego! mehr am Platze sein, als in Konstantinopel? Auch über diese Frage bringt die „Nowoje Wremja“ einen eingehenden Artikel, der sich nicht scheut, Herrn v. Kiderlen-Wächter in empörender Weise zu verdächtigen. Man weiß wirklich nicht mehr, was man zu diesem Treiben sagen soll, zumal sich aus der Korrespondenz, die diese Beschuldigung erhebt, ergibt, daß sie ihre Nachrichten aus den Kreisen der russischen Botschaft in Konstantinopel schöpft.

1. Januar 1908. Französische Truppen besetzen die Kasbah Mediuna.
3. Januar. Zusammenstoß zwischen Weißen und Japanern in Vancouver.
4. Januar. Verschiebungen im französischen Ministerium: Briand Justiz, Doumergues Unterricht, Cruppi Handel.
5. Januar. d'Amade trifft in Casablanca ein.

8. Januar 1908.

Die Duma hat ihre Weihnachtsferien angetreten. Man wird im großen und ganzen wohl sagen dürfen, daß sie redlich bemüht gewesen ist, ihre Arbeitspflichten zu erfüllen, und daß sie das Programm Stolypin zu dem ihrigen gemacht hat. Ein Zentrum von 170 Oktobristen und 50 gemäßigten Mitgliedern der Rechten stellt die moralische Autorität der Versammlung dar, und es ist gewiß von Bedeutung, daß das Zentrum des Reichsrats mit diesem konstitutionell monarchischen Kern Hand in Hand geht. Die Gesinnungsgenossen beider Körperschaften finden sich zu gemeinsamen Beratungen, die natürlich keinen offiziellen Charakter tragen, periodisch zusammen. Da das Zentrum des Reichsrats 70 Mitglieder zählt, neben 50 Mitgliedern der Rechten und 16 linksstehenden, bedeutet das eine sehr wesentliche Kräftigung der Regierung. Aber der zu bewältigende Arbeitsstoff ist ein ganz ungeheuer großer. Nicht weniger als 385 Anträge sind von der Regierung der Duma zugegangen, und dazu kommen dann noch die Initiativanträge, die aus dem Schoß der Versammlung selbst hervorgehen. Man wird also abzuwarten haben, welches die praktischen Arbeitserfolge dieser dritten Vertretung des russischen Volkes sein werden, und danach sein Urteil zu bilden haben. Bisher haben wir keine wirklich überwiegende politische Kraft in der Versammlung zu erkennen vermocht. Der Schwerpunkt fällt nach wie vor außerhalb der Duma; das Entscheidende ist die Haltung des Ministerpräsidenten Stolypin, der korrekt an dem Programm des 17. Oktober festhält, aber, wie wir zu erkennen glauben, mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wir rechnen dazu auch die Tatsache, daß — was ja nicht wundernehmen kann — die russische Bureaukratie geblieben ist, was sie war. Die Routine herrscht in alter

Weise, und die alten Schäden drängen an die Oberfläche. Dafür liegt ein ungeheures Material in den Berichten der Zeitungen vor, die vielleicht ungenierter, als es früher geschah, die Öffentlichkeit zum Zeugen fortbestehender Mißbräuche anrufen. Der große Prozeß, den die Verteidiger von Port Arthur auszufechten haben, um die Tatsache der Kapitulation zu rechtfertigen, macht den übelsten Eindruck, nicht nur weil er zeigt, daß Sorglosigkeit, Unklarheit und Verwirrung in fast allen Zweigen der Verwaltung lähmend auf die militärischen Aktionen eingewirkt haben, und daß innerhalb der Festung bis zum letzten Augenblick Rivalitäten bestanden, die eine Einheitlichkeit in der Leitung der Verteidigung fast zur Unmöglichkeit machten, sondern weil auch der Präsident des Gerichtshofes die Verhandlung mit so handgreiflicher, gegen Stössel gerichteter Parteilichkeit leitet. Ebenso spricht aus den Aussagen der Zeugen Haß und Verbitterung und das Bemühen, sich auf Kosten des unglücklichen Generals zu rechtfertigen. Tatsache bleibt, daß, als Stössel kapitulierte, er über nicht mehr als 6000 Kombattanten zu verfügen hatte und daß 20 000 Kranke in den Hospitälern lagen. Er hätte sich noch ein oder zwei Tage halten können, auf die Gefahr hin, daß auch dieser Rest bei einem nicht mehr abzuwehrenden Sturm der Japaner geopfert werden mußte. Wie oft aber ist ihm der Entsatz als unmittelbar bevorstehend angekündigt worden? Ebenso oft folgte die Enttäuschung, die lähmend und entmutigend wirken mußte. Wir glauben nicht, daß an dem unglücklichen Ausgange des Krieges ihn eine größere Verantwortung trifft, als sonst jemanden in den Reihen der Generale, die ein selbständiges Kommando führten. Dieser Krieg war verloren, bevor er begonnen wurde, das wird das Endurteil sein, das die Geschichte einmal fällen wird.

Steht das Urteil des Gerichts in diesem Prozeß noch aus, so ist der Spruch der Richter in dem Prozeß der Unterzeichner des Wyborger Aufrufs bereits gefallen. Mit Ausnahme von zweien sind alle Unterzeichner zur gleichen Strafe, drei Monaten Gefängnis, verurteilt worden. Das Publikum hat die Verurteilten, als sie den Gerichtshof verließen, mit Blumen überschüttet und billigt offenbar das Leitmotiv der Verteidigung: wenn das Volk aufgerufen wurde keine Steuern zu zahlen und keine Rekruten zu stellen, so sei das aus Patrotismus geschehen, um Schlimmeres zu verhüten! Daß das Gericht diesen Standpunkt nicht einnehmen konnte, liegt auf der Hand, es mußte nach

den geltenden Gesetzen urteilen, und danach ist der Spruch noch verhältnismäßig milde ausgefallen. Aber es kann wohl als sicher angenommen werden, daß die ungeheure Mehrzahl der Russen bereit gewesen wäre, den „Wyborgern" ihre Schuld zu vergeben, denn die Neigung, nicht nach der vollzogenen Tat, sondern nach den Motiven, die zur Tat führten, zu urteilen, liegt nun einmal im Blut der Nation.

Die Lage im Innern des Reiches ist auch heute noch beunruhigend. Zwar die Arbeiter sind müde und tief enttäuscht zu ihrer Arbeit in Fabriken und Werkstätten zurückgekehrt. Die Bauern glauben nicht mehr an die Erfüllung der phantastischen Verheißungen, die ihnen von den Männern der ersten und zweiten Duma vorgespiegelt wurden, und bescheiden sich mit dem, was ihnen von der Regierung geboten wird, um ihre materielle Lage aufzubessern; aber es ist doch eine furchtbare Verwilderung als Niederschlag der Revolution zurückgeblieben. Das Kontingent, das sie zu den Räuberbanden stellen, scheint sehr groß zu sein, und es geht kein Tag dahin, an dem nicht von Mordtaten von entsetzlicher Roheit berichtet wird. Auch die Sozialrevolutionäre haben nicht entwaffnet. In Sebastopol wurde noch kürzlich ein unterirdisches Lager von Bomben, Säuren und anderen Sprengmitteln entdeckt. und die russischen Zeitungen behaupten, daß es sich hier um eine Bombenfabrik mit weit ausgedehnter Kundschaft handele. In Riga ist vor wenigen Tagen bei einer 20jährigen Lettin ein Verzeichnis zu ermordender Deutschen gefunden worden, in dem die Namen der bereits erledigten Opfer durchstrichen waren, darunter auch der des Pastor Zimmermann, von dessen Ermordung wir seinerzeit berichtet haben. Von dem jüngsten Gerücht, das wir in englischen und französischen Blättern verzeichnet gefunden haben, daß nämlich ein Anschlag entdeckt sei, den Reichsrat in die Luft zu sprengen, und ein anderer Anschlag, der gegen den Ministerpräsidenten gerichtet war, wissen wir nicht, wie weit es Glauben verdient. Auch bei Zarskoje Sselo sollen Bomben gefunden sein, und die Wachen auf der Linie Gatschina—Zarskoje seien verstärkt. Immerhin ist es erfreulich, zu sehen, daß *solche* Anschläge bisher meist rechtzeitig entdeckt worden sind; den Raubmorden vorzubeugen, scheint freilich unmöglich. Ebenso machtlos stehen Regierung und Gesellschaft der namentlich unter der Jugend wütenden Epidemie der Selbstmorde gegenüber. Sie sind überaus zahlreich in den Kreisen der Beamten und gehen dort meist auf das Motiv zurück, einer Strafe

für Unterschlagung zu entgehen. Noch häufiger aber sind die Selbstmorde in den Reihen der Jugend. Der „Golos Moskwy" notiert 15 Fälle für einen Monat. Darunter die folgenden: in Tiflis erschießt sich der Sekundaner Karasew, in Saratow ein 18jähriger ehemaliger Gymnasiast Paschunow, in Odessa nimmt sich ein Gymnasiast auf der Straße in Gegenwart vieler Spaziergänger durch Trinken von Karbolsäure das Leben; in Jekaterinoslaw erschießt sich der Schüler der Kommerzschule Krawtschenko, in Twer verwundet sich ein Realschüler schwer an der Hüfte, dieser Versuch steht in Zusammenhang mit dem kurz vorausgegangenen Selbstmorde von zwei Gymnasiastinnen; in Glasow vergiftet sich eine minderjährige Gymnasiastin, in Tomsk eine Schülerin der Tertia der Stadtschule mit Essigsäure, in Petersburg die Zuhörerin des medizinischen Instituts Kolosowskaja mit Kokain, in Odessa verbrennt sich ein junges Mädchen, das wenige Tage vorher das Examen als Accoucheurin abgelegt hatte!

Eine dieser Unglücklichen hat einen Zettel hinterlassen, in dem sie als Grund des Selbstmordes Überdruß am Leben angibt.

Der „Golos Moskwy" knüpft hieran eine Betrachtung, die darauf hinweist, daß in Zeiten großer geistiger Krisen auch bei anderen Nationen die Manie des Selbstmordes aufgetreten sei. Aber — fährt das Blatt fort — in unseren Tagen liegt die Frage ernster. Unsere Jugend wächst in einer Zeit heran, in der die Gesellschaft die Pornographie pflegt, und hat nicht Schamgefühl genug, um sich vom Selbstmorde zurückhalten zu lassen. Der Fluch unserer Übergangszeit liegt darin, daß wir die Seele unserer Jugend ausplündern ließen. Man hat ihr Gott genommen und ihr nichts dagegen gegeben. Die Predigt vom Übermenschen auf dem Gebiete der ethischen Möglichkeiten und die Predigt eines utopischen Paradieses auf dem Gebiet sozialer und politischer Möglichkeiten haben die jugendliche Phantasie vergiftet. Als sie dann auf reale Möglichkeiten stieß, war „Überdruß am Leben" die Folge.

Auch auf den Universitäten wollen normale studentische Verhältnisse noch immer nicht eintreten. In Odessa hat man nicht nur viele hundert Studenten ausschließen und ausweisen müssen, sondern auch gegen das Professorenkollegium strafend eingreifen und den Dekan der juristischen Fakultät Kosinski absetzen und unter Gericht stellen müssen. Zu regelmäßigen Vorlesungen und zu ruhiger Arbeit scheint man noch auf keiner Universität zurückgekehrt zu sein.

Kurz, das alles ist wenig erbaulich und läßt die Aufgabe der Männer, die an der Rekonstruktion Rußlands arbeiten, unendlich schwierig erscheinen. Es werden noch Jahre hingehen müssen, ehe die ungeheure Erschütterung überwunden ist, an deren Folgen das heutige Rußland krankt.

Von den französischen Angelegenheiten ist wenig zu sagen. General Drude hat vor seiner Rückkehr nach Frankreich noch die Kasba Mediuna eingenommen, obgleich dieser „Erfolg" seinem Nachfolger zugedacht war. Es ist zum Glück ohne alles Blutvergießen geschehen. Der „Feind" räumte den Platz, als die Franzosen anrückten. Es sind aber bei einem späteren Vorstoß 2500 Hammel erbeutet worden. Auch die Beni Snassen gelten als unterworfen und zahlen ihre Pön meist in Naturalien. Dagegen scheint die jetzt in Angriff genommene Einführung der neuen Polizei ernste Schwierigkeiten zu bringen. Die Bevölkerung ist so mißtrauisch geworden, daß sie sich auch gegen wohlgemeinte und nützliche Ordnungen sträubt, wenn sie aus französischer Hand kommen. Vielleicht hilft dem Sultan, in dessen Namen ja die Polizeireform geschieht, die große Anleihe von 150 Mill. Francs, die ihm in Paris bereitet worden ist, diese Widerstände zu brechen, die an sich aussichtslos sind.

Man hat neuerdings an die häufigen Anwesenheiten König Leopolds von Belgien in Paris Konjekturen geknüpft, die mit der Kongofrage in Zusammenhang gebracht wurden, und dabei an das eventuelle Vorkaufsrecht Frankreichs erinnert. Das ist wohl müßiges Geschwätz. Einmal kann nicht zweifelhaft sein, daß Belgien schließlich den Kongostaat übernehmen wird. Sollte aber diese Übernahme in einer Form geschehen, die in Widerspruch zu den Bestimmungen der Kongoakte steht, gegen deren Nichtbeachtung mit Recht protestiert worden ist, so ist wohl sicher eine internationale Regulierung dieser Frage zu erwarten. Es sind nicht weniger als 13 Staaten neben Belgien auf das lebhafteste an dieser Frage interessiert und Artikel 36 der Akte sieht ihr Eingreifen auf Grund gemeinsamen Einverständnisses ausdrücklich vor.

Als Kuriosum erwähnen wir noch, daß Herr Paul Leroy-Beaulieu in der Neujahrsnummer der „Revue des deux Mondes" mit großer Entschiedenheit für den Rückzug Frankreichs aus Marokko eintritt. Aber obgleich seiner Argumentation der Reiz einer wohlbegründeten Überzeugung nicht abzustreiten ist, kann natürlich nicht daran gedacht werden, daß er einen Eindruck auf die Leiter der französischen Politik macht. Das muß vielmehr als ausgeschlossen gelten.

An politischem Interesse tritt im Augenblick alles vor der Diskussion zurück, die sich in der englischen, japanischen und amerikanischen Presse über die Folgen der englisch-japanischen Allianz entsponnen hat. Auf die Symptome der sich zuspitzenden Gegensätze zwischen dem, was den Engländern, und dem, was den Japanern vorteilhaft ist, haben wir schon mehrfach hingewiesen. Die Rede des Grafen Okuma vor der Handelskammer in Kobe, deren Wiedergabe sich trotz aller Dementis als völlig zutreffend erwiesen hat, war so bezeichnend, daß es unmöglich war, ihre Bedeutung zu übersehen. Denn Graf Okuma ist kein leichtfertiger Jüngling, der unüberlegte Einfälle in die Öffentlichkeit wirft, sondern ein alter Herr von bald 70 Jahren, einer der Begründer des neuen Japan. Er war Finanzminister von 1869—1881, Minister des Auswärtigen von 1888 bis 1889, Minister der Landwirtschaft und des Handels 1896—1897, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen im Jahre 1898. Er ist der Begründer der Fortschrittspartei, Begründer und Präsident der Universität Tokio. Wenn ein Mann in seiner Stellung und mit seinen Erfahrungen für Japan Indien und den ganzen Osten in Anspruch nimmt, so will er entweder für diesen Gedanken Propaganda machen, oder aber er weiß, daß die Wünsche seines Volkes hinter ihm stehen. Der „New-York Herald" nennt die Rede einen Schlag in das Gesicht Englands (a slap in the face for England), und der Londoner „Daily Chronicle" urteilt, daß, wenn ein Mann wie Okuma sage, daß Indien durch die Alliierten seines eigenen Vaterlandes bedrängt werde, darin ein böses Omen zu erkennen sei. Die großen amerikanischen Zeitungen aber sind jetzt alle voller Betrachtungen über Zukunftsmöglichkeiten, die sie in sehr düsteren Farben schildern. Sie rechnen dabei auch mit einem eventuellen Zusammenstoß der amerikanischen und der japanischen Seemacht, obgleich der Streitpunkt, der zum Ausgangspunkt der amerikanisch-japanischen Gegensätze wurde, im Prinzip von beiden Regierungen beigelegt ist. Die Japaner protestieren nur gegen ein sie speziell treffendes Ausnahmegesetz, und Präsident Roosevelt erklärt, daß er sein Veto einsetzen werde, wenn ein solches Gesetz vom Kongreß votiert werden sollte. Andererseits haben die Japaner laut genug gesagt, daß sie keinerlei Anschläge gegen die Philippinen im Sinne hätten. Trotzdem will es nicht ruhig werden und die jüngsten Schlägereien zwischen Japanern und Weißen in Vancouver haben die Erregung noch gesteigert. Nun ist aber Vancouver englisches Gebiet und die Rede Okumas gegen

Englisch-Indien nicht gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Ebenso ist Australien doch englische Kolonie, und dort ist die Sorge um ein mögliches Eindringen von Asiaten fast noch größer als in Kanada und in den Vereinigten Staaten. Der „Sidney Morning Herald" erklärt, Australien werde unter allen Umständen auf seinem Kontinent die Suprematie der weißen Rasse aufrecht erhalten, das solle man in England nicht vergessen. Werde Australien vom Mutterland im Stich gelassen, so werde es sich selbst zu verteidigen wissen; ein Kompromiß sei undenkbar, die Frage der asiatischen Einwanderung eine Frage auf Leben und Sterben. Ähnlich hat sich Mr. Deakin, also eine politische Autorität in australischen Fragen, ausgesprochen. Diese entschlossene Abneigung gegen die Asiaten trifft aber ebensosehr die englischen Inder wie die Japaner, so daß auch hier die Rede Okumas wie eine Drohung aufgefaßt worden ist. Bedenkt man nun, daß eben jetzt ein bitterer Gegensatz zwischen den Weißen in Südafrika, speziell in Transvaal, und den Indern zum Ausbruch gekommen ist, und daß englische Inder, die jahrelang in Transvaal gelebt und in Asien wie in Afrika unter englischen Fahnen für England gefochten haben, des Landes verwiesen werden, weil sie sich der von ihnen als Schimpf empfundenen Legitimation durch einen Fingerabdruck nicht unterwerfen wollen, so versteht man wohl, welche Verlegenheit diese asiatischen Probleme bereiten. Rechtlich liegt die Frage so, daß im Jahre 1903 Lord Milner die in Transvaal lebenden Inder überredete, sich registrieren zu lassen, wodurch ihre Berechtigung zu freiem Aufenthalt festgestellt werden sollte, und ihnen zugleich versprach, daß ihnen das Kommen und Gehen für alle Zukunft dadurch gesichert bleiben werde. Solange Transvaal Republik war, hatte es überhaupt keinerlei Beschränkung für die Einwanderung von Indern gegeben. Das geschah erst nach der Annexion durch die sogenannte „peace Preservation Ordinance". Es wurden aber 1903 nicht weniger als 13000 derartige Aufenthaltsscheine erteilt. Das wird von der neuen Registration Law vom Jahre 1907 ignoriert, die für alle im Lande anwesenden Asiaten, gleichviel ob Inder oder Chinesen, eine neue Registrierung und den Fingerabdruck vorschreibt. Nun erklären die Inder, lieber sterben zu wollen, als sich dieser Prozedur zu unterwerfen — und bisher läßt sich der Ausgang nicht absehen. England will in das Recht Transvaals zu eigener Gesetzgebung in inneren Angelegenheiten nicht eingreifen und hat andererseits nicht

geringe Sorge wegen des Widerhalls, der nach Indien hinüberklingt, das ohnehin erregt ist und durch die Rede Okumas sich in seinen nationalen Bestrebungen ermutigt fühlt. Es ist nicht wunderbar, daß diese asiatischen Fragen, wie in Zeiten kommender Wandlungen stets zu geschehen pflegt, in Zuschriften an die Redaktionen der Zeitungen traktiert werden. So schlägt eine Zuschrift der „Westminster Gazette" vor, den Strom der indischen Auswanderer nach Mauritius, in die Bermudas, nach Britisch Guayana und Honduras, nach Jamaika und Trinidad zu leiten. Aber es wird dabei nicht berücksichtigt, daß die indischen Ansiedler in Transvaal meist Kaufleute sind, zum Teil Grundbesitzer und daß ein Kaufmannsgeschäft sich nicht so ohne weiteres umpflanzen läßt. Im Augenblick sind noch 7000 Inder in Transvaal; kehren sie alle dem Zwang gehorchend nach Indien zurück, so werden aus ihnen ebenso viele Führer gegen das System des englischen Regiments.

Eine Parallele zur nationalen Bewegung in Indien bietet Egypten. Die Egypter verlangen Aufhebung der Okkupation ihres Vaterlandes durch englische Truppen, unter Berufung auf die 1887 abgeschlossene Konvention von Drummond Wolff, welche für die Räumung Egyptens das Jahr 1890 in Sicht nahm. Dieser Wunsch oder vielmehr diese Forderung ist schon lange und vielfach ausgesprochen worden. Auch läßt sich nicht bestreiten, daß es eine rechtliche Basis für die Fortsetzung der englischen Okkupation nicht gibt. Bei der Okkupation im Jahre 1882 versprachen die Engländer, nach Verlauf von sechs Monaten das Land zu räumen, dann folgte das Abkommen zwischen der Türkei und Großbritannien vom 24. Oktober 1885, gegen welches Frankreich und Rußland Einsprache erhoben; am 29. Oktober 1888, als die Vereinbarung über die Schiffahrt auf dem Suezkanal erfolgte, erklärte England ausdrücklich, daß der gegenwärtige Zustand Egyptens nur ein vorübergehender (transitoire et exceptionel) sei, wie denn bis zum Jahre 1889 eine lange Reihe von Erklärungen abgegeben worden ist, durch welche England sich zu der Auffassung bekennt, daß es Egypten zu räumen habe. Nach dem englisch-französischen Abkommen vom 8. April 1904 aber erklärte zwar Frankreich, daß es die englische Aktion nicht behindern werde, auch nicht verlangen werde, daß England einen Endtermin für die Okkupation setzen solle, aber dadurch wurde die von England usurpierte Übernahme der Verwaltung Egyptens nicht legali-

siert, sondern Frankreich hatte nur auf die Initiative verzichtet, der es bis 1904 hohen Wert beilegte. Weder der Sultan noch eine andere Macht ist dem französisch-englischen Abkommen beigetreten, und es ist ganz richtig, wie Freycinet in seinem Buch über die egyptische Frage ausführt (1905 Paris), daß der egyptische Staat durch das europäische Konzert konstituiert worden ist, und daß nur das europäische Konzert rückgängig machen könne, was es festgesetzt habe. „L'Europe peut évoquer la question et réclamer une solution conforme au droit." So schloß Freycinet seine Ausführungen.

Nun steht nichts fester, als daß niemand in Europa heute die Absicht hat, England vor diese Rechtsfrage zu stellen, und wir haben die obigen Tatsachen nur in Erinnerung gebracht, weil in Egypten selbst eine, je länger je mehr anschwellende, Bewegung vor der großen Öffentlichkeit für diesen Rechtsstandpunkt eintritt. Seit dem 27. Dezember 1907 hat der Führer der Bewegung Mustafa Kamel Pascha seine Anhänger zu einer egyptischen „Nationalpartei" zusammengefaßt und auf einer konstituierenden Versammlung zu Kairo wurde das „organische Statut der egyptischen Nationalpartei" einhellig angenommen. Es waren 1019 Personen, die sich auf dieses Programm verpflichteten, und zum lebenslänglichen Haupt der Partei wurde Mustafa Kamel Pascha erwählt, dem ein comité dirigeant von 30 Personen und ein Exekutivkomitee von acht Personen an die Seite tritt, um die Angelegenheiten der Partei zu beraten und zu leiten. Alljährlich tritt eine Generalversammlung als Nationalkongreß zusammen, dessen Verhandlungen in arabischer, französischer und englischer Sprache veröffentlicht werden. Es schließen sich hieran Bestimmungen über die Finanzen der Partei und über die Gründung eines Zentralklubs in Kairo, der in allen Städten Egyptens Filialen haben soll.

Was die Nationalpartei erreichen will, zeigt die im „Etendard Egyptien" Nr. 254 vom 28. Dezember 1907 veröffentlichte Rede, mit der Mustafa Kamel Pascha die konstituierende Versammlung eröffnete. „Wir sind — so begann er — die Partei der Hoffnung, des Lebens, des Vaterlandes und der Unabhängigkeit." Es handele sich nicht darum, eine politische Partei zu gründen, sondern darum, die Nation aus ihrem Schlummer aufzuwecken und die Fellahs zur Menschenwürde wieder empor zu heben. Der Zutritt zur Partei stehe jedem Egypter frei, der

mit friedlichen Mitteln das Ziel, die Unabhängigkeit des Landes, erreichen wolle. Denn mit denen, die, wie die Arabisten, einen Aufstand ins Auge gefaßt hätten, wolle er nichts zu schaffen haben, das seien Feinde des Vaterlandes. Aber mit den Mitteln des guten Rechts wolle er sein Ziel erreichen. Es sei ein fundamentaler Irrtum, anzunehmen, daß die Egypter sich fügen müßten, weil die Engländer die stärkeren seien.

„Wir sind die Starken dank unserem heiligen Recht. Wir sind stark durch das Ehrenwort, das sie uns gegeben haben, durch die Vergangenheit unseres Landes, seine Gegenwart und seine Zukunft, durch die Zivilisation, mit der wir uns bewaffnet haben, und die uns das Recht erwirbt, zu den unabhängigen Nationen zu gehören.“ Er hasse keineswegs die Engländer, sondern nur die englische Okkupation und das absolute englische Regiment. Dieses wolle er aus allen Kräften und jederzeit bekämpfen. Da das Recht unbesiegbar sei, werde früher oder später Egypten auch den Sieg erringen. Es sei keineswegs richtig, daß, wie Lord Cromer behaupte, er und seine Partei die Hand auf das egyptische Finanzwesen legen und die Rechte der Gläubiger Egyptens schädigen wollen. Vielmehr habe die Nationalpartei in ihr Programm den Punkt aufgenommen, daß sie die europäische Finanzkontrolle anerkenne, die eine Art Kondominium bleiben müsse, bis die Schulden getilgt seien. Er wolle die Interessen Egyptens und seiner ausländischen Gäste versöhnen, die sich ja ein Verdienst um Egypten erworben hätten. Aber er wisse wohl, daß die Feinde der Nationalpartei jetzt ihre Anstrengungen verdoppeln würden. Darum tue Eintracht not. „Tragt das Haupt hoch, ihr Nachkommen der Pharaonen, ihr Erben der Zivilisation des Islam. Gebt mit großmütiger Hand denen, die an der Erstarkung Egyptens arbeiten, seid einig, um euer heiliges Recht zum Sieg zu führen und eure Freiheit zurückzugewinnen. So ruft denn alle mit mir: es lebe Egypten, es lebe die Unabhängigkeit.“

Diese Rede, deren besonderen Schwung unser Auszug nur abgeschwächt wiedergeben konnte, kündigt ohne Zweifel eine neue politische Macht an. Sie schöpft ihre Kraft aus dem Patriotismus, aus dem Geschick des Führers, der es verstanden hat, sich ganz auf dem Boden der Legalität zu behaupten, so daß seinen Bestrebungen mit den geltenden Gesetzen nicht beizukommen ist. Es fragt sich nur, ob das Ziel, die Erweckung des Fellahs zu politisch patriotischem Leben überhaupt

erreichbar ist. Daran hängt wohl alles. Gelingt es nicht, so scheitert Mustafa Kamel.

Wir fügen nur noch hinzu, daß Mustafa Kamel sich mehrfach dazu bekannt hat, die Stellung des Sultans als Kalifen und Oberhaupt des gesamten Islam unzweideutig anzuerkennen. Auch in dieser Hinsicht können seine politischen Bestrebungen den Engländern unbequem werden.

9. Januar 1908. Protest des persischen Parlaments gegen russische Grenzverletzungen. Verhaftung russischer Terroristen in Lausanne.
10. Januar. Einfall von Abessiniern in das italienische Somala-Gebiet.
11. Januar. Proklamation Mulay Hafids zum Sultan in Fez.
12. Januar. Der Negus von Abessinien verspricht den Italienern Genugtuung.
13. Januar. Türkisch-persische Grenzkonflikte.

15. Januar 1908.

Mr. Pearson hat nun auch die „Times" aufgekauft. Als wir im November 1904 davon berichteten, wie er den „Standard" kaufte, wiesen wir auf die traurige Bedeutung der Tatsache hin, daß Organe der öffentlichen Meinung mit dem neuen Besitzer auch die politische Gesinnung wechseln, die sie bisher vertreten hatten. Es liegt aber, abgesehen hiervon, eine politische Gefahr darin, wenn die einflußreichsten und meist verbreiteten Zeitungen in die Hände e i n e s Besitzers übergehen, zumal wenn dieser ein rücksichtsloser Geschäftsmann ist, wie Mr. Pearson. Sein Vater, ein englischer Landgeistlicher, scheint ein Idealist gewesen zu sein. Wir schließen es daraus, daß er dem Sohn den Vornamen Cyrill gab, offenbar nach dem Slavenapostel, für den er eine besondere Verehrung gehegt haben muß. Der junge Cyrill Pearson wurde 1866 geboren, ist also jetzt bald 42 Jahre alt. Er hat sich, kaum den Knabenschuhen entwachsen, der journalistischen Laufbahn zugewandt und sich sehr bald auf eigene Füße gestellt. Es ist charakteristisch, daß seine erste journalistische Gründung seinen eigenen Namen trägt: „Pearson Weekly", dem bald ein „Pearson Magazine" folgte. Offenbar erkannte er ganz richtig, daß vor allem sein Name bekannt werden müsse. Dann wandte er sich, ohne die alten Unternehmungen aufzugeben, größeren Gründungen zu. So erschien das „Royal Magazine", und 1900 eine Penny Tageszeitung, der „Daily Expreß". 1903 folgte die „St. James Gazette" und 1904 der Ankauf des „Standard". Er besitzt aber außerdem in Newcastle on Tyne zwei große Zeitungen, die „North Mail" und die „Evening Mail", in Birmingham sogar drei: „Gazette", „Expreß" und „Evening Despatch".

Offenbar will er die öffentliche Meinung Englands von den großen wirtschaftlichen Mittelpunkten aus beherrschen. Der Ankauf des „Standard" erfolgte im Interesse der Chamberlainschen Tarifreform. Chamberlain soll ihn einen „great hustler", d. h. einen Mann genannt haben, der sich rücksichtslos durch die Menge in den Vordergrund zu drängen versteht. Jetzt ist Pearson Vizepräsident der Tarifreformliga und Präsident der Tarifkommission von 1903. Lord Northcliffe, der ehemalige Sir A. C. W. Harmsworth, der aus dem Redaktionszimmer in das Haus der Lords erhoben wurde, hat über den Ankauf der „Times" durch Mr. Pearson sein Urteil dahin abgegeben, das werde eine ausgezeichnete Sache für die Tarifreform werden (an excellent thing for Tarif Reform). Wir zweifeln nicht daran, daß er recht hat, erinnern aber daran, daß die Tarifreform nur ein Mittel für die imperialistische Politik Chamberlains war, und meinen, aus alledem den Schluß ziehen zu müssen, daß wir vor einer neuen Kampagne der imperialistischen Politik stehen. Wir bedauern es um so mehr, als die freundschaftlichen Töne, die von jenseit des Kanals zu uns herüber klangen, dadurch leicht übertönt werden können, und es überaus schwer ist, sich der Suggestion zu entziehen, die eine einheitlich geführte Aktion weit verbreiteter Zeitungen nun einmal auf die öffentliche Meinung eines Landes auszuüben pflegt.

Es ist aber nicht vergessen, daß der „Daily Expreß", die erste durch ganz England gedrungene Geschäftsgründung Pearsons, die sensationellste und unzuverlässigste Zeitung des Landes war, und das sagt sehr viel. Die Spekulation auf die Freude an der Sensation des Augenblicks und auf die Leichtgläubigkeit und das kurze Gedächtnis der Leser trug klingende Früchte und bot die Mittel zu immer weiteren Unternehmungen im gleichen Stil. Vielleicht führen sie schließlich auch ihn in die Kammer der Lords wie Mr. Harmsworth, der sich durch „Daily Mail", „Daily Mirror", „Evening News", „Daily Record and Mail" den Weg bahnte und ebenso wie Pearson richtigen Blickes das agitatorische Moment der Chamberlainschen Politik erkannte und sich ihr zu Dienst stellt.

Nun ist Mr. Pearson in noch weit höherem Grade das Ideal eines businessman. Ein hagerer, hochaufgeschossener Mann, dessen bart- und farbloses Gesicht nicht erkennen läßt, wie alt er ist. Seine Augen blicken scharf beobachtend hinter einer Brille hervor, das Haar ist zur natürlichen Tonsur gelichtet. So ungefähr zeichnet ihn ein Korrespon-

dent des „Temps“, von dem er sich kürzlich interviewen ließ. Er habe, sagt dieser Korrespondent, noch niemals den Typus des britischen Geschäftsmannes deutlicher ausgesprochen gefunden. Wo aber die Presse sich zum Werkzeug des „Geschäftes“ degradiert, geht ihr die Würde verloren, und der Anspruch auf Achtung, denn eine redlich vertretene Überzeugung auch da verdient, wo man sie nicht teilen kann. Überzeugungen aber sollen nicht erkauft werden, und wenn die „Times“ mit dem Übergang in Pearsons Hände nicht den Gesinnungssprung vollzieht, den vor vier Jahren der „Standard“ machen mußte — es war in der Tat ein salto mortale —, so wird doch auch sie auf den Anspruch verzichten müssen, auf den sie stolz war: die Politik ihrer Überzeugung zu vertreten. Diese Politik war uns feindselig, aber es war doch die Politik der „Times“. Sie wird fortan die Richtung ihrer Gedanken von Mr. Pearson bestimmen lassen, und nur noch die Form, nicht der Inhalt gehört ihr in Zukunft. Bei dem ungeheueren Apparat des Nachrichtendienstes, den Herr Pearson übernimmt und den er wahrscheinlich erweitern wird, dürfte sich bald ganz England genötigt sehen, die Weltereignisse in dem Lichte zu sehen, das seinen Zielen dienlich ist, und nichts spricht dafür, daß dieses Ziel die objektive Wahrheit sein wird.

Wie leicht es aber möglich ist, das Urteil eines Landes irre zu leiten, das hat uns die Geschichte der letzten Jahre an den schlagendsten Beispielen gezeigt. Wir erkennen es auch an der Haltung, welche die französische Presse in der Marokkofrage eingenommen hat. Es wurde alles daran gesetzt, um die Vorstellung zu erwecken, daß den Marokkanern die „Ordnungsarbeit“ Frankreichs gerade recht sei. Fanden Konflikte statt, so schrieb man ihnen einen rein lokalen Charakter zu, jagten die Franzosen einen Haufen schlecht bewaffneter Reiter mit Hilfe ihrer Artillerie auseinander, so war es ein großer Sieg, unter keinen Umständen aber — so ist mal über mal erklärt worden — sei ein ernster Krieg zu erwarten und keinenfalls werde die Regierung sich über die Bestimmungen von Algeciras hinwegsetzen. Aber ganz unmerklich wurde die Lage ernster, wie sich aus beiläufigen, gewöhnlich bald dementierten Nachrichten erkennen ließ, und immer größer wurde die Abhängigkeit, in welche der Sultan geriet, den man mit Umgehung der marokkanischen Staatsbank in pekuniäre Abhängigkeit zu bringen bemüht war. Gerade jetzt negotiiert man eine Anleihe von 150 Millionen

Frankreichs, deren Garantien naturgemäß dem französischen Einfluß auf lange Jahre hinaus den Boden sichern müssen.

Für die Art, wie das französische Publikum über die Tragweite der sich vorbereitenden Ereignisse getäuscht wird, mögen zwei Depeschen des „Temps" aus Tanger vom 10. dienen. Die erste gibt eine Meldung aus Casablanca vom 8. Januar wieder und sagt:

„Mulay el Amin, Gouverneur von Casablanca und Onkel des Sultans, ist gestern um 3 Uhr morgens aus Rabat eingetroffen. Er hat dem General d'Amade seinen Besuch gemacht und ihn gebeten, der französischen Armee den Dank des Sultans für das Einschreiten der französischen Armee zu sagen. Zugleich sprach er seinen Glückwunsch aus, daß die Kasba von Mediuna eingenommen sei. Mulay el Amin fügte hinzu, es sei notwendig, daß die Franzosen ihr Werk fortsetzten und die Rebellen bis in ihre Schlupfwinkel verfolgten und vernichteten" (et les anéantissent).

Die zweite Depesche lautet:

„Das gestern verbreitete Gerücht von Unruhen in Méquinez und Sefar bestätigt sich, soweit die letztere kleine Stadt in Betracht kommt, die einige Kilometer südöstlich von Fez liegt. Ein Teil des Judenviertels und einige Häuser von Muselmännern sind von den Berbern geplündert worden. Übrigens trugen diese Unruhen keinerlei politischen Charakter. Sie sind die Folge der Kapitulation der Agenten des Machsen vor den Meuterern in Fez während der letzten Tumulte (hagarres). Die Verbindungen mit dem Süden sind infolge schlechter Witterung völlig unterbrochen, und man hat seit einigen Tagen keine Nachricht über Mulay Hafid. Aber alles berechtigt zur Annahme, daß die Versprengung der Mahalla Mulay Rechids durch den General Drude, bei der Einnahme von Mediuna dem Ansehen von Mulay Hafid, das schon erschüttert war, den letzten Stoß gegeben und seine Lage verschlechtert hat. Die letzten Nachrichten aus Rabat über Einführung der Polizei sind recht befriedigend."

Offenbar kann der französische Leser aus diesen Nachrichten nur den Schluß ziehen, daß alles zum besten steht. Die braven Marokkaner bitten selbst um weitere französische Strafexpeditionen ins Innere des Landes hinein. Wo Unordnungen stattfinden, richten sie sich gegen Juden und Muselmänner und sind ganz geringfügig. Mulay Hafids

Lage stellt sich als aussichtslos dar, und mit der Organisation der Polizei geht es vortrefflich.

Dazu kommt noch die völlige Verständigung mit Spanien und die bald zum Abschluß gelangende 150-Millionenanleihe für Abd el Aziz. Man reibt sich zufrieden die Hände und freut sich, daß alles so hübsch in Einklang mit der Akte von Algeciras gebracht wird. Aber schon 24 Stunden danach kommt die Nachricht, daß Mulay Hafid in Fez zum Sultan proklamiert und Abd el Aziz abgesetzt ist, daß der heilige Krieg gepredigt wird, und daß man ihn motiviert mit der zwischen Abd el Aziz und den Franzosen bestehenden Vereinbarung. Es ist wenig wahrscheinlich, daß unter solchen Umständen Lyauten die angekündigte Zurückziehung seiner Truppen nach Algier ausführen wird. Wohl selten hat die Wahrheit dem falschen Schein stärker ins Gesicht geschlagen und wir verstehen es wohl, wenn man in Frankreich jetzt die bange Frage aufwirft, was nun geschehen soll? Denn unzweifelhaft stecken in dem marokkanischen Problem, so wie es sich jetzt gestaltet hat, sehr ernst zu erwägende Möglichkeiten. Die „pénétration pacifique" Herrn Delcassés ist ad absurdum geführt, denn, das soll doch noch einmal recht nachdrücklich wiederholt werden, sein Programm, die Gleichung Marokko—Egypten, ist die Quelle aller Schwierigkeiten, welche die letzten Jahre in Nordafrika gebracht haben, ganz wie die beiden Bündnisverträge Englands mit Japan Schuld tragen an allen Verwickelungen in Asien und im Stillen Ozean.

Unsere Nachbarn jenseits der Vogesen und unsere Vettern jenseits des Kanals wollen es zwar nicht wahr haben, aber die unerbittliche Folgerichtigkeit der Tatsachen hat es bewiesen. Die nicht weiße Welt des Orients erhebt sich, und das trifft wie Frankreich in Afrika, so vornehmlich England in Asien, obgleich die asiatische Bewegung auch nach Französisch-Hinterindien überzugreifen beginnt. Über die indische Frage hat Jaques Bardoux kürzlich in den „Débats" eine eingehende Studie veröffentlicht, die in dem Schluß gipfelt, daß trotz der jetzt eingetretenen Beruhigung das indische Problem in vollem Umfange bestehen bleibe. „Wir stehen," sagt er, „nicht vor einer politischen Krisis, die durch Verwaltungsfragen hervorgerufen ist, sondern vor einem sozialen Konflikt, den psychologische Kräfte bestimmt haben." Ein Mahrattischer Brahmine Tilak, einer der hervorragendsten Kenner des Sanskrit, dessen indisches Organ der „Kesari" (Löwe) ist und der in englischer Sprache

seine Ansichten in der Zeitung „Mahratta" vertritt, gibt die Parole der Partei der „Extremisten" aus, die sich als Ziel eine autonome Konföderation stellt und wenn sie jetzt unterlegen ist, doch die Phantasie der Massen zu gewinnen verstanden hat. Dazu kommt noch, daß Indien vor einer furchtbaren Hungersnot steht. „Alle menschliche Hoffnung ist jetzt verschwunden — schreibt Benjamin Aitken in der „Contemporary Review" — daß eine schreckliche Hungersnot von einem Teil Indiens abgewendet werden kann, der zwei ganze Provinzen und Teile von drei anderen umfaßt. Diese beiden Provinzen sind Punjab und die „vereinigten Provinzen", und die drei anderen Rajputana, die Central India Agency und die Central-Provinzen. Die „vereinigten Provinzen" sind, was man vor fünf Jahren die Nordwest-Provinzen und Oudh nannte. Dort liegen die wohl bekannten Städte Allahabad, Lucknow, Cawnpore, Benares und Agra. Die Central India Agency und Rajputana aber sind Verbindungen wichtiger Eingeborenenstaaten unter eigenen Fürsten. In diesem ungeheuren Gebiete ist zweierlei geschehen, das Sommergetreide ist verdorrt, und das Winterkorn ist nicht ausgesät worden. Das erste bedeutete sehr großen Mangel bei Hungerpreisen während des Winters, das zweite wirkliche Hungersnot vom März bis zum Fallen des Juniregen 1908". Nun wird unter den Indern verbreitet, die Hungersnöte seien nie so schrecklich und so häufig gewesen, wie unter englischer Herrschaft, was notorisch unwahr ist: vielmehr hat England sehr viel getan, dem Unheil vorzubeugen, aber nicht die historische Wahrheit, sondern der Glaube des Augenblicks bedingt die Stimmung des Volkes, und diese Stimmung ist in steigender Erregung. Aitken meint, den Unglücklichen sei überhaupt nicht zu helfen, und schildert seine eigenen Erfahrungen bei früheren Hungersnöten. Damals aber fehlte noch das Moment politischer Agitation, das jetzt wirksam ist.

Die indische Frage in Transvaal soll, wie die „Westminster Gazette" schreibt, einem Kompromiß entgegengehen, was sehr erfreulich wäre; aber das Blatt spricht sich zugleich mit großer Entschiedenheit dahin aus, daß ein Eingreifen der Reichsregierung nicht stattfinden werde, so daß die schließliche Lösung in Händen der Regierung von Transvaal bleibt, die soeben 15 Inder hat einkerkern lassen. Da nun außer den Indern noch 36 676 Chinesen am Rand sind, während bisher nur 2000 repatriiert wurden, bleibt bei der ausgesprochenen Abneigung

aller englischen Kolonien gegen farbige Einwanderung die Schwierigkeiten lebendig und es darf als ein Glück betrachtet werden, daß nicht auch die Japaner versucht haben, hier ihren Überschuß abzuwerfen.

In Egypten zeigt die neugegründete Nationalpartei weniger politische Klugheit, als wir glaubten voraussetzen zu dürfen. Der „Etendard Egyptien" erhebt jetzt Ansprüche auf den Sudan, der in Wirklichkeit von Egypten, nicht von England erobert sei, und dessen Bedürfnisse aus den Taschen Egyptens bezahlt würden: England habe höchstens Anspruch auf eine Entschädigung für die aufgewandte halbe Million Pfund, und für die hundert kampfunfähigen Soldaten, die der Sudanfeldzug kostete: das habe noch lange kein Eroberungsrecht geschaffen. Diese Ausführungen sind A. F. gezeichnet, stammen also nicht von Mustafa Kamel Pascha her, aber sie zeigen, daß auch hier die Spannung in der Zunahme ist.

Man möchte gern annehmen, daß der Einfall der Amhara-Abessinier außerhalb dieser Zusammenhänge liegt und mit der sogenannten äthiopischen Bewegung nichts zu schaffen hat. Aber ganz sicher ist das nicht.

Von den amerikanisch-japanischen Differenzen ist es ziemlich still geworden. Dagegen kommt in der englischen Presse immer deutlicher zum Ausdruck, daß die Rede Okumas vor der Handelskammer von Kobe, trotz aller Milderungen, die der offiziöse Telegraph brachte, in Wirklichkeit doch die drohenden Hinweise auf die Aufgaben Japans in Indien enthielt, die so viel Aufsehen erregten. Noch vor wenigen Tagen kam das in höchst charakteristischer Weise in einem Brief an den Herausgeber der „West. Gazette" zum Ausdruck. Graf Okuma habe nur wiederholt, was er schon oft vorher als das eigentliche Ziel der japanischen Politik bezeichnet habe.

Auch sonst regt sich in England die Kritik. In der „Contemporary Review" finden wir einen fulminanten Artikel von F. A. McKenzie „Die Japaner in Korea", der die Unsittlichkeit der japanischen Politik diesem unglücklichen Staat gegenüber in vernichtender Weise bloßlegt. Wir wollen den Inhalt nicht resümieren. Diese Ausführungen verdienen studiert zu werden, da sie ein interessantes Kapitel neuester Geschichte erzählen. Aber der Verfasser gibt u. a. ein Gespräch wieder, das er vor einigen Wochen mit „einem der einflußreichsten" Japaner in Korea hatte.

„Sie müssen verstehen," sagte jener Japaner, „daß ich nicht offizielle Ansichten wiedergebe. Aber, wenn Sie mich als Privatmann fragen, worauf unsere Politik ausgeht, kann ich nur sagen, wir wollen ein Ende machen. Das kann noch einige Generationen in Anspruch nehmen, aber es wird kommen. Das koreanische Volk wird von Japan absorbiert werden. Sie werden unsere Sprache sprechen, leben wie wir und einen integrierenden Teil von Japan bilden. Es gibt nur zwei Methoden kolonialer Verwaltung. Nach der einen regiert man als Fremder über ein Volk. Das hat England in Indien getan, und deshalb kann euer Regiment nicht dauern. Indien muß von eurer Herrschaft frei werden. Nach der anderen Methode absorbiert man ein Volk, und das wollen wir tun und darauf richtet sich unsere Energie."

Aber diese Energie scheint sich ebenso auf gewisse chinesische Gebiete werfen zu wollen, sie zeigt sich überall, wo die japanische Einwanderung in größerem Maße vordringt, und es kann daher nicht wundernehmen, wenn die Nationen, die sich durch die japanische Realpolitik bedroht fühlen, ihrer Einwanderung Schranken zu setzen suchen. Wir glauben aber zu bemerken, daß Amerika als Ziel einer Expansionspolitik aufgegeben ist und daß heute der Blick der Japaner so gut wie ausschließlich auf das asiatische Festland gerichtet ist. Die auf der Fahrt in den Stillen Ozean begriffene amerikanische Flotte besucht jetzt die brasilianischen Häfen. Nach englischen Nachrichten sollen die ans Land geschickten Matrosen sich schlimmer Ausschreitungen schuldig gemacht haben und über hundert Mann desertiert sein. Man darf wohl hoffen, daß hier große Übertreibungen vorliegen. Anderenfalls wäre es unerläßlich, die unzuverlässigen Elemente aus dem Bestande der Mannschaft rücksichtslos auszuscheiden und für einen Ersatz durch unbedingt sichere Leute Sorge zu tragen. Diese Frage ist so überaus wichtig, daß wir uns nicht denken können, daß irgend etwas versäumt werden wird, um dieses Ziel zu erreichen. Dafür bürgt die Entschlossenheit des Präsidenten, der sich sein Werk nicht in den Anfängen wird verderben lassen. Über die Aufgaben dieser Flotte hat sich ein eben in Nizza eingetroffener amerikanischer Hauptmann, John W. Rice, von dem „Courrier Européen" befragen lassen. Rice kommt direkt aus Cavite, dem Hafen von Manila, und hat regen Anteil an der Anlage der großen Verteidigungsanstalten, die Amerika in den Philippinen errichtet hat. Die Ver-

einigten Staaten, führte er aus, hätten die von Spanien abgetretenen Inselgruppen fast ohne widerstandsfähige Werke übernommen, und deshalb sei die Anlage von Befestigungen unerläßlich gewesen. Die großen Opfer, die Amerika im spanischen Kriege brachte, und die Kosten, welche die Beendigung des Panamakanals verschlinge, verliehen ihm ein Recht auf eine überwiegende Stellung im Stillen Ozean, und zwar um so mehr, als im Hinblick auf die Konkurrenz Japans der Einfluß auf China verstärkt werden müsse. Bevor Atlantischer und Pazifischer Ozean in direkter Verbindung stehen, seien die Philippinen und Hawai sorgsam zu überwachen. Man habe daher, um vor einer Überraschung gesichert zu sein, wie sie Port Arthur erlebte, den Hafen von Manila durch ein System unterirdischer Minen geschützt. In 6 Häfen und auf 9 Punkten der Inseln, die ihnen vorliegen, sei schweres Geschütz des neuesten Typus aufgestellt worden. Im ganzen 110 Kanonen, die einen genügenden Küstenschutz böten.

Die amerikanische Flotte, die nach San Francisco gehe, bestehe aus 19 Panzerschiffen, 10 Panzerkreuzern und 6 geschützten Kreuzern. Diese gewaltige Macht werde die Erregung, die in San Francisco herrsche, beseitigen; sei aber erst einmal der Panamakanal fertig, so habe es weiter keine Not. Er wisse sehr wohl, daß Japan — um nur die mächtigste Marine im fernen Osten zu nennen — ohne Unterlaß an der Verstärkung seiner Flotte arbeite und im Auslande Schiffe bauen lasse, die an Tonnengehalt und vielleicht auch in der Ausrüstung den besten amerikanischen Schiffen: „Minnesota", „Vermont", „Kansas", „Luisiana", „Connecticut" ähnlich seien, aber er glaube nicht, daß sie wie diese Schiffe mit Geschützen von 16 Zoll ausgerüstet seien. Mit der Bevölkerung der Philippinen gebe es allerdings noch Schwierigkeiten, aber sie würden mit der Zeit verschwinden und das Land blühe sichtlich auf. Auf Hilfe von seiten der Philipinos im Kriegsfalle rechne Amerika nicht, und deshalb seien auch Anstalten getroffen worden, um ein Landungskorps nach Cavite zu schaffen. Sollte aber wirklich ein Kampf unvermeidlich werden, so werde es eine Seeschlacht geben, und er wage zu behaupten, daß niemals gleich starke Flotten in einer Seeschlacht einander gegenüber gestanden hatten. Für die Richtigkeit der Wiedergabe dieses Gespräches zeichnet Henri Renou.

Wir schließen mit Erwähnung des Memorandums über die Lösung der elsaß-lothringischen Frage, das Herr Francis Laur nach Higheliffe expediert hat. Er hat begreiflicherweise keinerlei Antwort erhalten, und man wundert sich bei uns nur über die politische Naivität, die zur Abfassung und Absendung der Denkschrift gehört hat. Für Deutschland gibt es seit dem Frankfurter Frieden keine Frage Elsaß-Lothringen, ganz wie es für Frankreich seit 1860 keine Frage Savoyen gibt.

16. Januar 1908. König Gustav eröffnet den schwedischen Reichstag.
17. Januar. General d'Amade besetzt Settat. Mulay Hafid proklamiert den heiligen Krieg gegen Frankreich.
18. Januar. Die Neutralisierung Norwegens wird vom Storthing einstimmig angenommen.
19. Januar. Rücktritt des Präsidiums des deutschen Flottenvereins.
22. Januar. Demission des Kabinetts Gudew (Bulgarien).

22. Januar 1908.

Seit der Absetzung von Abd el Aziz am 31. Dezember und der Proklamierung Mulay Hafids in Fez am 3. Januar sind bald vier Wochen hingegangen und noch vermag niemand zu sagen, welches die weitere Entwicklung dieser marokkanischen Tragödie sein wird. Die pénétration pacifique wird immer blutiger, und trotz der allezeit höchst korrekten Erklärungen, die Herr Pichon abgibt, nehmen die Ereignisse einen höchst inkorrekten Verlauf. So optimistisch auch der offiziöse französische Telegraph über alles berichtet, was die Aktion Frankreichs in Marokko betrifft, über den Ernst der Lage täuscht sich wohl niemand mehr. In Frankreich selbst befehden sich die Zeitungen, die vor kurzem noch Hand in Hand gingen. Die einen geben Abd el Aziz mitleidslos preis und wissen kaum Worte genug zu finden, um ihren Schützling von gestern klein zu machen — „dieser Herrscher ohne Treu und Glauben, ohne Ansehen und ohne Fähigkeiten, der Schuld trägt an den Schwierigkeiten des Augenblicks und an den Gefahren, welche uns die Vergangenheit brachte, Abd el Aziz, hat die Niedermetzelung der Europäer geschehen lassen, vielleicht sogar geplant und inspiriert, und niemals die Sicherheit unserer Volksgenossen verbürgen wollen", so schreibt der „Messidor", und verlangt, daß Frankreich in keiner Weise eingreife in den Thronstreit der Brüder — während, um nur den vornehmsten der Eiferer anzuführen, der „Temps" Tag für Tag seine Beredsamkeit daran setzt, um eine energische Weiterführung der einmal begonnenen Aktion zu befürworten. Trotz des „sehr erfreulichen" Verlaufs, den die Verhandlungen Herrn Pichons in Madrid genommen haben, steht so gut wie fest, daß die spanische Regierung

keinerlei Neigung hat, auch nur um Haaresbreite über die Verpflichtungen hinauszugehen, die sie in Algeciras auf sich genommen hat und die militärischen Expeditionen in das Innere des Landes hinein waren keineswegs vorgesehen. Die französische Politik aber, wenn sie sich nach wie vor durch Ereignisse wie den Kampf von Settat, oder wie es vorher das Bombardement von Casablanca war, überraschen läßt, wird schließlich in die Überraschung eines Religions- und Rassenkrieges hineingeführt werden und damit die allgemeinen Interessen der Kultur nicht fördern, sondern auf das empfindlichste schädigen und gefährden. Trotz der „Entente" läßt diese Sorge sich sehr deutlich aus den Stimmen der englischen Presse heraushören. Unmittelbar nach der Proklamierung Mulay Hafids schrieb der Korrespondent der „Times" aus Tanger:

„Ganz wie Marrakesch die öffentliche Meinung des Südens beherrscht, bestimmt Fez den Norden, und es ist durchaus sicher, daß jeder Stamm und jede Stadt im nördlichen Marokko in kürzester Frist den neuen Sultan proklamieren wird, sobald Abschriften der Proklamation und der offiziellen Aktenstücke aus Fez eingetroffen sein werden. In den Händen von Abd el Aziz bleibt wenig mehr als die Stadt Rabat, und auch dort ist das Volk ihm feindselig. Daß aber die Küstenstädte des Südens zu Abd el Aziz halten, ist mehr der Anwesenheit französischer Kriegsschiffe und der Furcht vor einem Bombardement zu danken, als der Gesinnung des Volkes."

Dazu bemerkt die „Westm. Gazette":

„Wir sind keineswegs erstaunt, daß die Nachrichten (aus Fez) in Frankreich mit nicht geringem Unbehagen aufgenommen worden sind. Die Lage wird immer komplizierter, und Marokko erweist sich, wie wir oft gesagt haben, nicht als ein „gelobtes Land", sondern als ein Wespennest, in das, wie jedermann weiß, nur ein Tor seine Hände steckt" (into which every body recognises the awkwardness of having to put your hand).

Nun hat freilich Frankreich sich nicht ohne Glück und Geschick zwei solche Wespennester zu eigen zu machen verstanden, und so mag man es schließlich begreifen, wenn es auch die marokkanischen Wespen zu zähmen hofft. In Algier und in Tunis scheinen die Wespen ihre Stachel nicht mehr zu brauchen. Aber all zu sicher fühlt man sich offenbar auch dort nicht. Der in den letzten Wochen viel besprochene Plan, in Algier die eingeborene Bevölkerung zu naturalisieren um durch die allgemeine

Wehrpflicht hier den Ersatz an Mannschaft zu finden, den die zurückgehende Bevölkerungsziffer Frankreichs nicht mehr bieten kann, hat in Algier selbst unter den dort lebenden Franzosen wahre Bestürzung hervorgerufen. So schreibt die „Dépêche Algérienne", daß, wenn diese Maßregel ausgeführt werden sollte, die Nachricht von einer französischen Niederlage sofort zum Signal einer furchtbaren Empörung und des wildesten Fanatismus werden müßte. „Die Naturalisierung der Eingeborenen würde in kurzem für Französisch-Algier das Ende bedeuten. Wir glauben nicht, daß sich eine Regierung bereit finden wird, ein solches nationales Unglück, eine solche Katastrophe der Zivilisation heraufzubeschwören."

Wir müssen gestehen, daß nach all den enthusiastischen Schilderungen Algiers, an denen die französische Literatur so reich ist, uns dieses Urteil der gewiß gut unterrichteten „Dépêche Algérienne" nicht wenig überrascht hat. Seit der Besitznahme Algiers sind 77 Jahre hingegangen, und noch immer ist der Zündstoff, den die Asche bedeckt, so lebendig, daß über Nacht ein alles verzehrender Brand ausbrechen könnte! Wenn das wahr sein sollte, dann allerdings erscheint das marokkanische Abenteuer doppelt verwegen. Inzwischen ist die Nachricht eingetroffen, daß am 8. auch Mekines Abdul Hamid zugefallen ist, und aus Rabat meldet die „Agence Havas", daß die spanische Gesandtschaft sich bemüht (redouble ses instances), vom Maghsen eine Reihe von Konzessionen zu erhalten, die, wenn nicht anders, erzwungen werden würden (elle saurait se passer du makhzen pour obtenir ces concessions). Diese Angelegenheit gewinnt einen noch auffallenderen Anstrich dadurch, daß der „Temps" — der übrigens darauf hinweist, daß die „Agence" ihre Nachricht den Visieren Abd el Aziz danke — bemerkt, diese Ansprüche Spaniens ständen meist im Widerspruch zur Akte von Algeciras. Offenbar macht sich hier die natürliche Rivalität Spaniens und Frankreichs in Marokko geltend, die durch ihr Abkommen nur schlecht verdeckt wird. Das Motiv für Spanien, gerade jetzt Zugeständnisse zu erlangen, dürfte aber in der Erwägung zu finden sein, daß es höchste Zeit ist, die bedrängte Lage des Sultans auszunutzen. Weiß doch niemand, wie lange er noch etwas zu vergeben haben wird. Einmal gewährte Konzessionen aber wird, wenn erst die Krisis ihr Ende gefunden hat, der künftige Herr von Marokko wohl oder übel anerkennen müssen.

Gewiß ist damit die Reihe der Schwierigkeiten, die sich an die marokkanische Frage knüpfen, noch lange nicht erschöpft und es scheint uns ein Irrtum der Leiter der französischen Politik zu sein, wenn sie glauben, daß es in ihrer Hand liegt, den Gang der Entwicklung des Problems nach ihrem Willen zu leiten. Die schönsten Programme scheitern an der harten Wirklichkeit, und wenn nicht alles täuscht, wird Frankreich auf Jahre hinaus wie mit eisernen Klammern in seiner Politik an Marokko gefesselt sein.

Übrigens taucht nach langer Zeit der Name des Urhebers dieser Politik wieder aus seiner Versenkung hervor. Die „Nowoje Wremja" bringt eine aus besonderer Quelle stammende, Nk—k gezeichnete Notiz, der zufolge Herr Delcassé bestimmt sei, der Nachfolger Bompards auf dem Botschafterposten in Petersburg zu werden. Herr Delcassé sei als ein aufrichtiger Freund der alliance franco-russe bekannt, und stehe noch jetzt in lebhafter Fühlung mit den leitenden russischen Kreisen. Das letztere ist nicht unwahrscheinlich, was aber Herrn Delcassés Stellung zur alliance franco-russe betrifft, so rechnet Nk—k, der ihm die Stätte bereiten will, offenbar auf das kurze Gedächtnis der Russen. Bekanntlich war es Herr Delcassé, der in kritischer Zeit den russischen Antrag auf Ausdehnung der Allianz auf den fernen Osten ablehnte, und erst dadurch den russisch-japanischen Krieg mit all seinen bösen Folgen möglich machte. Aber gewiß liegt es nicht im russischen Interesse, alte Rancünen in jetziger Zeit wieder hervorzuholen, und da die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt Herrn Bompards auch anderweitig bestätigt wird, mag es mit der Anwartschaft Herrn Delcassés, so weit er selbst mitzureden hat, seine Richtigkeit haben.

Er wird, wenn er nach Petersburg kommen sollte, immer noch eine schwierige Lage vorfinden. Es ist zwar im allgemeinen stiller geworden. Das Bedürfnis nach Ruhe, die natürliche Folge der vorausgegangenen furchtbaren Aufregungen, macht sich in den breiten Massen geltend, ebenso auch das Bedürfnis nach Genuß, esthetischen und physischen. Die Wintersaison in Petersburg und Moskau ist sehr lebendig gewesen und auch das Geschäftsleben ist rege. Es dringen namentlich große englische Kapitalien in Rußland ein, die jetzt mit weit besseren Aussichten auf Erfolg arbeiten als das französische und belgische Kapital, das in der Ära der Witteschen Industriegründungen so ungeheure Verluste erlitten hat. Auch hat die Regierung sich definitiv für Anlage eines

zweiten Gleises an der sibirischen Bahn entschlossen, was ebenfalls Arbeit und Verdienst bringt; endlich stehen die Rüstungsarbeiten bevor, die das verlorene Material zu Wasser und zu Lande wiederherstellen sollen. Nun heißt es freilich, daß die sehr hohen Forderungen zur Begründung einer neuen Marine auf Widerspruch in der Duma stoßen würden und das ist nicht unwahrscheinlich. Aber es läßt sich mit großer Bestimmtheit annehmen, daß ein für die Regierung annehmbarer Kompromiß schließlich gefunden wird. Ein Staat wie Rußland kann sich großen Opfern nach dieser Richtung nicht entziehen. Wir denken in diesem Zusammenhang an den Ostseevertrag, von dem in letzter Zeit in englischen und französischen Blättern soviel und in einem Deutschland wenig günstigen Sinne die Rede gewesen ist. So viel wir wissen, gibt es aber einen solchen Vertrag überhaupt nicht, wohl aber sollen Verhandlungen im Gange sein, die auf eine gegenseitige Garantie des status quo der Ufer des inneren Baltischen Meeres hinzielen. Daß aus der Ostsee ein mare clausum gemacht werden sollte, wird ebenso wenig beabsichtigt, wie durch die jüngsten Mittelmeerverträge an eine Schließung dieses Meeres gedacht wurde. Für Rußland, das gerade jetzt in seinen Hafenanlagen erhebliche Wandlungen vorzunehmen gedenkt, aber muß sowohl diese gegenseitige Garantie wie die Erneuerung seiner Kriegsflotte natürlich von größtem Wert sein. Daß man dabei die unerläßlichen Aufgaben für die Reformen im Innern des Reiches nicht vernachlässigt, ist das wesentlichste Ziel der Arbeit der Duma, deren Früchte uns in den Verhandlungen entgegentreten müssen, die nach Wiederaufnahme der Sitzungen am 21. Januar bevorstehen.

Das Neujahrsfest hat dem Ministerpräsidenten Stolypin ein überaus gnädiges Reskript des Zaren und die Ernennung zum Staatssekretär gebracht, wodurch alle Gerüchte widerlegt werden, die von einer bevorstehenden Reaktion und seiner Verabschiedung verbreitet wurden. Er steht offenbar fester als je. Dagegen ist, was nur erfreulich sein kann, der Minister der Volksaufklärung Kaufmann unter Beförderung zum Oberhofmeister verabschiedet worden. Sein Nachfolger ist der Geheimrat Schwartz, der sich durch seine frühere Tätigkeit den Ruf eines Russifikators gemacht hatte. Es läßt sich hoffen, daß die ernsten Aufgaben, denen er in seinem Ressort — dem schwierigsten von allen — gegenübersteht, ihn von diesen jetzt besonders bedenklichen Liebhabereien ablenken werden. Zum Präsidenten des Reichsrats ist Herr Akimow,

zum Vizepräsidenten Herr Golubew ernannt worden. Beides Konservative.

Wie aber die Gesamtlage in Petersburg beurteilt wird, mag an dem folgenden Schlußsatz einer Korrespondenz des „Journal des Débats“ illustriert werden:

„Wir brauchen für den Augenblick keine Emeute zu fürchten; aber nichts wird die anarchistischen Attentate beschwören können. Von dieser Seite ist alles zu erwarten. Der Tod schwebt über dem Haupt unserer großen Würdenträger. Es bedarf heute eines seltenen Mutes, um in Rußland eine hohe Beamtenstellung anzunehmen. Die Reihe der Verbrechen ist noch lange nicht erschöpft. Und da es üblich ist, an den Schluß des Jahres einige Vorhersagungen für das neue Jahr zu knüpfen, so fürchte ich sehr, daß das Jahr 1908 durch ein Verdoppeln der Brandstiftungen, der Explosionen und der Morde gekennzeichnet sein wird. Ich wünsche von ganzem Herzen, mich zu täuschen. Aber die Symptome sind zurzeit in höchstem Grade beunruhigend.“

Auch wir fürchten, daß der Mann recht haben könnte. Es liegt die Gefahr in der entsetzlichen Verwilderung der Jugend, die in den Vorjahren der Revolution und während der Revolution erwachsen ist. Dem Einfluß von Schule, Eltern und Universität unzugänglich, von den Schlagworten terroristischen Heroentums durchtränkt, Übermenschen, bevor sie zu Menschen geworden, ohne jeden Respekt vor dem, was die Alten die Νόμοι ἄγραφοι nannten, vor den ungeschriebenen Gesetzen edler Menschlichkeit, wie vor den Gesetzen ihres Vaterlandes, leben sie in einer Welt, die nur ihnen verständlich ist. Man hat gesagt, sie brauchten einen Moses, der sie 40 Jahre durch die Wüste führe, um dann eine neue Generation nach Rußland zurückzugeleiten, und gewiß läßt sich die Lage des Augenblicks nicht drastischer und nicht trostloser kennzeichnen!

Die auswärtige Politik Rußlands blickt mehr, als es den Anschein hat, nach dem fernen Osten. Einmal ist man eifersüchtig bemüht, sich den Rest von Einfluß in Persien zu wahren, dann beunruhigen die japanischen und chinesischen Angelegenheiten. Die Japaner richten sich offenbar darauf ein, Teile der Südmandschurei zu behalten, und der herrische Ton, den sie den Chinesen gegenüber anschlagen, denen sie den Bau einer Verbindungsbahn zur mandschurischen Bahn verbieten, erregt auch in Rußland Besorgnis, wo man für das Amurgebiet

fürchtet. Die gleichen Sorgen werden übrigens auch in England und in Amerika laut. Eine Londoner Korrespondenz der „Sun" führt aus, daß, solange japanische Soldaten noch in der Mandschurei zu finden seien, die „offene Tür" nichts anderes sein werde, als ein schlechter Witz. Der Vertreter eines der größten Handlungshäuser habe sich darüber folgendermaßen ausgesprochen:

„Die Japaner nutzen die Lage aus, die der Krieg geschaffen hat. Sie sind als Eroberer in ein Gebiet eingedrungen, das ihnen nicht gehört, und als Eroberer haben sie sich zu Herren des Handels dieser Gebiete gemacht. Es ist ganz gleichgültig, welche diplomatische Vorstellungen dagegen in Tokio erhoben werden, sie werden trotz allem den Handel anderer Mächte aus der Mandschurei völlig ausschließen, bis man sie zwingt, fortzuziehen. Die Frage ist nur: wer wird sie zwingen? Zurzeit ist die Lage genau dieselbe wie vor Ausbruch des Krieges mit Rußland. Auch die Russen waren kraft der Okkupation Herren des mandschurischen Handels und damals protestierten die Japaner am lautesten. Jetzt sind die Japaner an die Stelle der Russen getreten und haben ihre Rolle übernommen, die anderen Mächte aber protestieren. Die Tür ist so wenig offen wie vor dem Kriege."

Ein amerikanischer Offizier, der durch die Mandschurei reiste, um die Gründe des Niederganges des amerikanischen Handels festzustellen, fand die Erklärung eben in jener Eisenbahnfrage, auf die wir oben hinwiesen. Die südmandschurische Bahn, welche Niuschwang und Dalny berührt, ist in japanischen Händen, der Bau der von Peking ausgehenden Bahn aber wurde von den Japanern genau an der Stelle sistiert, wo sie der südmandschurischen Bahn bei ihrem Handel mit den großen Städten des Innern Konkurrenz gemacht hätte. Die „Sun" führt an einer Reihe drastischer Beispiele aus, wie der fremde Handel, speziell aber der amerikanische, unter den Folgen des japanischen Systems der „offenen Tür" verdrängt werde, und klagt zugleich mit großer Bitterkeit über die parteiische Haltung der japanischen Gerichte, wenn man genötigt sei, bei ihnen Schutz zu suchen. Dennoch wäre es töricht zu glauben, daß aus solchen oder ähnlichen Gründen der amerikanisch-japanische Gegensatz in einen Krieg ausmünden könnte. Beide Teile wünschen ihn nicht und beide haben sehr gewichtige Gründe dafür. Der in New York erscheinende „Gaelic American", das Organ der Sin Fein, also ein entschiedener Gegner Englands, vertritt die These, daß

ein amerikanisch-japanischer Krieg schon deshalb vermieden werden müsse, weil nur England aus ihm Nutzen ziehen würde. Im Fall des Krieges würde England sofort der Sorge ledig sein, die ihm die drohende indische Revolte bereite, und ebenso würde für längere Zeit sowohl die japanische, wie die amerikanische Handelskonkurrenz wegfallen. Ein Vorwand, den Japanern die Dienste der Allianz zu versagen, würde sich finden lassen, denn England werde von beiden Parteien seinen Vorteil zu ziehen suchen. Mit Amerika könne es nicht brechen, weil ganz Lancashire von der Baumwolle der Südstaaten der Union in Abhängigkeit stehe, Japan aber habe, um seine neue Industrie ins Leben zu rufen, große Verpflichtungen auf sich genommen und sei zumeist von England pekuniär abhängig. Es stehe daher vor der doppelten Gefahr, entweder auf die englische Allianz verzichten zu müssen, oder aber sich darin zu finden, daß die japanische Politik von England gemacht werde, das, wie die Entente mit Rußland beweise, stets bereit sei, sich mit einem Feinde auf Kosten eines Alliierten zu verständigen. Es folgen noch sehr bittere Bemerkungen über das Verhalten der englischen Politik Amerika gegenüber, die wir nicht wiederholen wollen. Uns ist die Argumentation des „Gaelic American" aus einem anderen Grunde interessant. Unsere Leser erinnern sich, daß sowohl M. Asquith wie Sir Edward Grey am 15. Januar Reden gehalten haben, die der Vergrößerung der englischen Marine galten. Sir Edward sagte, daß, da andere Mächte Neigung zeigten, ihre Marinen zu vergrößern, es unmöglich sein werde, daß England die Reduzierung seiner Flotte fortsetze. Er finde es ganz natürlich, daß fremde Nationen zum Schutz ihres Handels und um die Verbindung zwischen ihren Besitzungen aufrecht zu erhalten, ihre Flottenpläne erweiterten, aber England habe dazu den gleichen Anlaß und müsse zudem seine Seemacht in unerreichbarer (unimpared) Stärke behaupten, weil die Unabhängigkeit und das Leben des Landes davon abhänge. Im Augenblick sei England jeder wahrscheinlichen Kombination überlegen, aber im Hinblick auf die neuen Marineprogramme werde es unerläßlich, auch die englische Marine zu vergrößern.

Nun wollen wir nicht weiter urgieren, daß eine Reduzierung der englischen Flotte überhaupt nicht stattgefunden hat. Man hat davon zwar gesprochen, sie aber tatsächlich durch den Bau neuer „Dreadnoughts" verstärkt. Aber wir meinen, daß die durch alle englischen Blätter gehende Exemplifizierung an der deutschen

Flotte unmöglich in der Absicht Sir Edwards Grey gelegen haben kann. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind seine Gedanken auf den fernen Osten gerichtet gewesen, wohin für den immerhin denkbaren, obgleich unserer Meinung nach höchst unwahrscheinlichen Fall eines Krieges, England, selbst wenn es wider die Verpflichtungen seines Allianz-Traktats, wie der „Gaelic American" annimmt, neutral bleiben sollte, einen beträchtlichen Teil seiner Marine senden müßte. Die Folge der japanischen Allianz aber war bekanntlich die Konzentrierung der englischen Flotte im Atlantischen Ozean. Nur die durch Entsendung englischer Schiffe in den Stillen Ozean eintretende Verschiebung könnte nach dem englischen Marinestandart eine weitere Vermehrung der englischen Flotte erklären. Wir müßten also daraus schließen, daß in England in der Tat die Regierungskreise an die Wahrscheinlichkeit eines amerikanisch-japanischen Krieges glauben, und diese Kombination drängt sich uns um so mehr auf, als das Kabinett Campbell Bannermann diesen Rüstungen zur See das wertvollste Stück seines Reformprogramms, die Altersversicherung, wird opfern müssen. Denn in der Tat, wenn die vorgesehenen Ersparnisse im Marine- und Kriegsbudget nicht stattfinden, sondern die Ausgaben noch erhöht werden, dann lassen sich schwer die Mittel für jene Formen sozialer Fürsorge beschaffen, in welchen Deutschland allen Völkern der Welt soweit voraus ist.

23. Januar 1908. Wiederbesetzung Settats durch Truppen Mulay-Raschids.
26. Januar. Entdeckung einer republikanischen Verschwörung in Lissabon. Neue Kämpfe d'Amades mit den Marokkanern.
27. Januar. Straßenkämpfe in Täbris. Hirtenbrief der deutschen Bischöfe gegen den Modernismus.

29. Januar 1908.

Wenn man nach dem Gebaren der Presse die Geistesrichtung der Nationen beurteilen wollte, müßte man zu dem Trugschluß gelangen, daß der Grundzug der Empfindungen, die von Nation zu Nation gehen, eine unedle Schadenfreude ist, die nicht nur in äußeren Mißerfolgen des anderen den eigenen Vorteil zu erkennen glaubt, sondern auch sittliche Schäden, die beim Nachbarn hervortreten, mit besonderer Genugtuung erstehen sieht. Was ist nicht alles — und in welchem Ton überlegenen Tugendbewußtseins — jenseits der Vogesen in Anlaß des Harden-Prozesses geschrieben worden? Selbst die Japaner haben in Anlehnung an die Pariser Presse sich in die Brust geworfen und von der tiefen sittlichen Verworfenheit der Deutschen geschrieben, freilich um überaus drastisch und wirksam vom „Eastern World", der in deutscher und englischer Sprache wacker unsere Interessen im fernen Osten vertritt, in die ihnen gebührenden Schranken zurückgewiesen zu werden. Als die Wahlrechtstumulte in Berlin stattfanden, tönte uns ein neuer Ausbruch der Schadenfreude aus der französischen Presse entgegen. Sie wartete offenbar auf jenen dritten großen Tag, an dem nach der historischen Schablone Frankreichs die „Revolution" zu siegen pflegt. Denn nicht weniger als eine Revolution wurde prognostiziert, und über den Haufen grüner Jungen, die von unserer Schutzmannschaft in sicherer Überlegenheit auseinandergesprengt wurden, vergaß man in Paris, daß es nicht so lange her ist, seit das ganze Südfrankreich in offener Rebellion stand und meuternde Regimenter den Gehorsam versagten. In solchen Angelegenheiten ist das Gedächtnis der Herren, welche die „öffentliche Meinung" machen, ganz außerordentlich schwach. Wir möchten aber in Anlaß der ungeheuerlichen Entrüstung, die von eben

dieser Presse über das preußische Wahlrecht markiert wurde, doch einmal darauf hinweisen, daß jedes Wahlrecht, das ehrlich gehandhabt wird, hundertmal besser ist als die ausgeklügelte Scheinvollkommenheit von Wahlsystemen, die bewußt und systematisch umgangen werden, um durch eine kaum noch verdeckte Wahlbeeinflussung den Absolutismus von Parteien zu begründen, die, wenn sie an die Spitze der Staatsregierung getreten sind, ihre Macht ausnutzen zur Unterdrückung aller, die nicht zu den Siegern gehören. Das gilt, mit geringen mildernden Abwandlungen, heute von allen parlamentarischen Staaten der Welt und hat im Bewußtsein derer, die nicht vor den Massen heucheln, schon lange jenes „Ideal" des allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts völlig diskreditiert? In England existiert es bekanntlich noch nicht und die Wahl ist dort so teuer, daß nach wie vor fast ausschließlich der engere Kreis der durch Tradition, Bildung und Stellung hervorragenden Männer Zutritt zum Parlament findet. Zu welcher Tyrannis, zu welchem Gewissenszwang und zu welchen Gewalttätigkeiten aber in Frankreich die skrupellose Herrschaft der Radikalsozialisten geführt hat, das haben die Erfahrungen der französischen Katholiken und die tatsächliche politische Entrechtung des französischen Adels deutlich genug bewiesen. Wir wollen nicht weiter exemplifizieren, die Beispiele sind rings umher zu finden. Die schlimmste Wirkung des Systems, und das spüren auch wir im Reich, liegt wohl darin, daß sich die schließlich gewählten Vertreter in sehr zahlreichen Fällen in eine Abhängigkeit von ihren Wählern begeben, die das freie Vertreten der eigenen Überzeugung fast ganz ausschließt. In der großen Masse der Wähler aber geben erfahrungsgemäß nicht die besten Elemente die Parole aus. Es ist dies ein trauriges Thema, das dem Patrioten ernste Sorgen für die Zukunft bereiten muß. Bei uns ist die Konsequenz, die zum Parlamentarismus hinüberführt, glücklicherweise nicht gezogen worden. Wir haben keine Parteiministerien, und das Königtum ist nicht zur bloßen Dekoration herabgewürdigt worden. Dabei aber wird es, so hoffen wir sicher, auch in Zukunft bleiben, trotz der Kleinmütigen, die auch in Deutschland das Aufsteigen eines parlamentarischen Systems ankündigen.

Eine oft verkannte Wahrheit, die sich in der Praxis des Parlamentarismus ausgebildet hat, ist, daß in England und Frankreich in Wirklichkeit auch nicht die Parlamente, sondern die absoluten Minister-

präsidenten regieren, so lange sie ihrer fügsamen Majorität sicher sind. In England wird durch das Alternieren der beiden großen Parteien, welche die gesamte Nation umfassen, die dadurch möglich gewordene Willkür eingeschränkt; in Frankreich, wo das Temperament der Nation leichter rebelliert und infolgedessen die Ministerien schneller wechseln, wird dagegen ohne Rücksicht auf die wahrscheinlichen oder möglichen Nachfolger Politik gemacht, und das erklärt viele Erscheinungen nicht nur der inneren, sondern auch der äußeren Politik der Republik.

So kann kaum noch strittig sein, daß die gesamte marokkanische Politik Frankreichs im Lande keineswegs populär ist. Herr Delcassé hatte es verstanden, für das Phantom seiner pénétration pacifique den Schein eines Enthusiasmus zu erwecken, und hinterließ seinen Nachfolgern ein fait accompli, das wohl oder übel als solches anerkannt werden mußte. Nunmehr, wo die Tatsachen über seiner Doktrin zu Gericht sitzen, ist er zur Verteidigung seiner Politik wieder an die Öffentlichkeit getreten. Wie wir schon jetzt hervorheben wollen, da nur die wenig eingehenden Auszüge vorliegen, welche die französischen Blätter gebracht haben, sprach er nicht ohne der historischen Wahrheit Gewalt anzutun. Wir werden das nachweisen, sobald die stenographischen Berichte über seine Rede und über den noch ausstehenden Schluß der Verhandlung vorliegen. Was schon jetzt feststeht, ist, daß die französische Politik sehr ernstlich mit dem neuen Faktor Mulay Hafid zu rechnen hat, und daß, wenn nicht der moralische Mut zu einem Aufgeben der bisherigen Methoden gefunden wird, und der Gedanke fällt die Akte von Algeciras in ein Instrument zur Durchführung der pénétration pacifique umzuwandeln, noch schwere und langwierige Krisen zu erwarten sind.

Aus Rußland liegen sowohl erfreuliche als bedenkliche Nachrichten vor. Zu den ersteren zählen wir die Tatsache, daß die Arbeiter in Petersburg es abgelehnt haben, am 21. Januar, dem Gedenktage der Demonstration Gapons, mit der die russische Revolution eröffnet wurde, durch einen Ausstand zu begehen. Das zeugt von einer heilsamen Ernüchterung. Erfreulich ist es, daß es gelungen ist, im Gehilfen des Chef der Sicherheitspolizei zu Warschau, Rakowski, ein Haupt der Terroristen zu entlarven. Der Mann stand in Verbindung mit den russischen Revolutionären in Lausanne und ist unter starker Bedeckung in Ketten nach Petersburg geschafft worden. Daß die von der „Slowo" gebrachte

Nachricht, Kuropatkin solle unter Gericht gestellt werden, sich als wahr erweist, wollen wir nicht hoffen. Kuropatkin mag an manchem Mißgriff Schuld tragen, das ist möglich, wohl auch wahrscheinlich; aber alle Nachrichten, die über ihn vom Kriegsschauplatz nach Deutschland gedrungen sind, stellen ihn als einen Ehrenmann, einen warmen Patrioten und als einen Feldherrn dar, der wie ein Vater für seine Soldaten gesorgt hat. Auch daß er ein tapferer Mann ist, kann nicht bestritten werden. Daß er nicht der Lage gewachsen war, ist ein Unglück, aber er hat sich doch nicht in die Stellung gedrängt, die ihm in verhängnisvoller Stunde zufiel.

Bei den unerfreulichen Nachrichten denken wir an etwas ganz anderes: an das Wiederauftauchen der intoleranten slavophilen Richtung, von der man doch allen Grund hatte anzunehmen, daß sie auf lange hinaus abgewirtschaftet habe. Sie kombiniert sich mit der im heiligen Synod auch nach dem Tode Pobedonoszews fortlebenden Intoleranz, die trotz der feierlich verkündeten Gewissensfreiheit die alte Zwangsherrschaft der orthodoxen Kirche wieder einführen will. Das wird aber gewiß am Widerspruch des Zaren scheitern, der sein einmal gegebenes Wort gehalten wissen will, und auch schwerlich am Ministerpräsidenten und an der Majorität der Duma Fürsprecher finden. Bedenklicher ist die wühlende Arbeit der „Nowoje Wremja", die in einer langen Reihe von Artikeln panslavistische Agitation treibt, und wie sie es vor der Revolution zu tun pflegte, ihre giftigsten Pfeile gegen Deutschland richtet.

Wir setzen einige der jüngsten Proben dieser Gesinnung her, denn es ist nützlich, davon Akt zu nehmen. In einer längeren Ausführung, die mit Behagen von unserer schlechten Finanzlage ausgeht, aber offenbar nicht weiß, daß Deutschland wohl derjenige Staat ist, der an nicht angegriffenen Steuerobjekten die größten Reserven hat, wird an der Hand der jüngsten Krisis im Flottenverein, der Berliner Demonstrationen usw. ausgeführt, daß vorläufig wenigstens in Persien und Kleinasien Rußland vor uns Ruhe haben werde. „Womit auch die von der preußischen Politik angeregten Zwistigkeiten in Deutschland enden mögen, in jedem Fall versprechen sie, wenngleich nicht ein Aufgeben, so doch eine Unterbrechung des deutschen Vordringens im Orient. Und das ist ein großer Gewinn für den allgemeinen Frieden." Wohlverstanden auch die „Nowoje Wremja" hat nach französischem Muster

ihre pénétration pacifique vor. Das geht in grotesker Weise aus ihrer „slavischen Übersicht“ vom 20. Januar hervor.

Das Slaventum, so wird in breiter Ausführung dargelegt, habe im Laufe des Jahres 1907 ein trauriges Bild geboten. Im Süden erringe die von Deutschland planmäßig unterstützte Hartnäckigkeit des Sultans Erfolg über Erfolg, im Westen habe ein räuberischer teutonischer Anfall gegen slavisches Land stattgefunden, im Osten dauere der Kampf des „russischen Kosmos“ mit dem „in den letzten Zügen liegenden Chaos“ fort. Aber das Horoskop für die Zukunft sei günstig. In der Türkei lebten 8 Millionen Slaven. Neben 3 Millionen Mazedoniern erkennen zwar noch die Bulgaren die Souveränität des Sultans an, und 1½ Millionen Bosnier und Herzegowiner seien zu zeitweiliger Okkupation den Österreichern ausgeliefert, aber Abdul Hamid sei schwer krank (er ist, wie feststeht, seit Jahren nicht so kräftig und gesund gewesen wie jetzt) und schon 67 Jahre alt. Man brauche nur nach Marokko zu blicken, um zu begreifen, von wie großer Wichtigkeit die Frage der Thronfolge werden könne. Damit wird die Perspektive eines Thronstreites in der Türkei dem Leser eröffnet und naturgemäß steigen dabei auch die großen Aufgaben am Horizonte auf, die den Slavophilen dann zufallen müssen. Es folgt ein Blick auf Rumänien. König Karol sei schon 69 Jahre alt (er ist kerngesund und gehört einem langlebigen Geschlecht an). Es lasse sich darauf rechnen, daß sein Nachfolger den 3 Millionen Rumänen in Österreich sein Ohr leihen werde, der alte König habe sie niemals hören wollen. In Österreich-Ungarn herrsche der 77jährige Kaiser Franz Josef, der jetzt vor seinem 60jährigen Jubiläum stehe, so daß es kein Wunder sei, wenn es von der Frage der Nachfolge nicht still werde. Die morganatische Ehe des Thronfolgers Franz Ferdinand und das verschiedene Erbrecht, das seine Kinder in Österreich und in Ungarn genießen, mache ein Auseinanderfallen des Reiches wahrscheinlich. Dagegen habe in dem glücklichen Bulgarien der Fürst, um seine Dynastie auf breitere Basis zu setzen, zum zweitenmal geheiratet; die über den 63jährigen König Peter von Serbien und seinen Sohn ausgesprengten Gerüchte seien falsch, die Karageorgiewitsch vielmehr durch ihre Verschwägerung mit den Negusch-Petrowitsch genügend gesichert. Nur die Österreicher suchten das gute Einvernehmen zu stören. Nikolai von Montenegro endlich sei zwar 67 Jahre alt, aber frisch und gesund. Man sieht den Niedergang auf der einen, das frische

Aufblühen auf der anderen Seite. „Das alles — so schließt die „Nowoje Wremja" — gibt zu denken, und die slavischen Politiker werden gut tun, sich auf Veränderungen vorzubereiten, die nach dem Gesetz der Natur möglich sind, damit die Ereignisse sie nicht überraschen, und damit im laufenden Jahre die Aussichten des Slaventums nicht ebenso verspielt werden, wie es im vorigen Jahrhundert so oft geschehen ist."

Nun, das gibt die Aussicht auf eine frische und fröhliche Agitation neuer Slavenkomitees, etwa nach dem Muster der Jahre 1876 und 77! Aber man solle doch meinen, daß Rußland bessere Dinge zu tun hat.

Im Augenblick bringt die Frage der Erneuerung der russischen Flotte reichlichen Stoff zu Erörterungen, und die Ansichten gehen zunächst noch weit auseinander. Trotzdem glauben wir guten Grund zur Annahme zu haben, daß die Gegensätze sich schließlich in einem Kompromiß ausgleichen werden, da sich ja nicht bestreiten läßt, daß die Regierung einer unabweislichen Pflicht Rechnung trägt, wenn sie auf die Erneuerung ihrer Streitkräfte hinarbeitet. Über Tempo und Methoden dieser Erneuerung wird sich diskutieren lassen, nicht über das Prinzip, an dem die Regierung wohl unter allen Umständen festhalten wird.

In der Schulfrage ist wiederum die Begründung lettischer und estnischer Katheder für protestantische Theologie an der Universität Dorpat zur Beratung gestellt worden. Es läßt sich wohl auch hier darauf rechnen, daß schließlich eine nüchterne Erwägung den Ausschlag geben wird. Um diese Professuren zu wirksamer Tätigkeit zu führen, müßte vor allem eine wissenschaftlich-theologische Literatur in lettischer und estnischer Sprache geschaffen werden. Sie ist nicht vorhanden. Wer soll sie schaffen? Etwa die Führer des lettisch-estnischen Nationalismus? Daran ist nicht zu denken, es fehlen ihnen alle Bildungsvoraussetzungen dazu. Endlich kann es sich nur um Übersetzung deutscher Schriften handeln, die, wenn sie gleich mit großem Aufwand an Zeit und Kosten hergestellt werden sollten, nur die Bedeutung einer nationalistischen Demonstration haben würde, ohne einem wirklichen Bedürfnisse zu genügen. Mit dem gleichen Recht könnten lettisch-estnische Katheder für alle Wissenschaften gefordert werden: ein Gedanke, den man nur laut auszusprechen braucht, um seinen Widersinn sofort einleuchtend zu machen. Der Schluß, der sich daraus ergibt, ist wohl, daß die ganz phantastische Idee einer lettisch-estnischen Wissenschaft an sich ein Absurdum ist. Wo auf dem Gebiete des Schulwesens und des

höheren Unterrichts so viele ernste reale Bedürfnisse zu befriedigen sind, erscheint es wie eine Frivolität, wenn ein phantastischer Kulissenbau errichtet werden soll, nur um der Großmannssucht unlauterer Volksschmeichler ein Schlagwort mehr zu liefern.

Der unmittelbar bevorstehenden Wiedereröffnung der Sitzungen des englischen Parlaments wird erfreulicherweise Campbell Bannerman in wiederhergestellter Gesundheit beiwohnen können, wenn auch die Hauptlast der Debatten wahrscheinlich von seinen Ministerkollegen zu tragen sein wird. Aus einer Rede Winston Churchills glaubt man schließen zu dürfen, daß der Kampf um die Reform des Oberhauses um ein weiteres Jahr verschoben ist. Es liegen im Augenblick dringendere Fragen vor: die Durchführung der Altersversorgung für die Arbeiter und die Abwehr eines bevorstehenden neuen Anlaufs der Schutzzöllner, die jüngst bei einer Ersatzwahl in Devon dem liberalen Kandidaten eine Niederlage beigebracht haben.

Auch die Probleme der auswärtigen Politik rücken in den Vordergrund. Die Wirren in Marokko werden als eine Unbequemlichkeit empfunden, und den Wandlungen, die sich im Stillen Ozean vorbereiten, wendet sich die öffentliche Aufmerksamkeit immer mehr zu. Eine Politik völliger Enthaltsamkeit läßt sich auf die Dauer nicht in diesen Gewässern behaupten, die noch vor wenigen Jahren vornehmlich englischen Einflüssen dienten. Erfreulicherweise scheint nun Japan in den Fragen seiner Auswanderungspolitik Wege einschlagen zu wollen, die der Überschwemmung Amerikas mit unliebsamen Elementen ein Ziel setzen. Japan wird sich aber noch zu weiteren Rückschritten bequemen müssen, um das von allen Kulturvölkern nunmehr übernommene Prinzip der offenen Tür zu seinem Rechte gelangen zu lassen. Die von Japan in der Mandschurei durchgeführte Ausschließung aller Konkurrenz und die Gewaltsamkeit, mit der es seinen Willen wohl begründeten und vollberechtigten Interessen Chinas entgegenstellt, haben nicht nur in China Widerspruch hervorgerufen. Er ist in der englischen, amerikanischen, russischen Presse sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Man denkt an das Schicksal, das Japan mit allen Mitteln einer treulosen Politik Korea bereitet hat, und glaubt zu erkennen, daß es den anschließenden mandschurischen Gebieten eine gleiche Zukunft zugedacht hat. Am weitesten steht Deutschland von diesen japanischen Problemen ab, aber selbstverständlich sind auch wir an einer Lösung interessiert, die dem

deutschen Gedanken der Welterschließung durch Wahrung des Prinzips der offenen Tür Rechnung trägt.

Wenn einmal die Geschichte auf die Zeiten zurückblickt, die wir heute durchleben, wird sie, sofern sie nach Wahrheit strebt, anerkennen müssen, daß es eine wohltätige Macht ist, die im Deutschen Reiche unter einer mächtigen Hand vereinigt ist. Wohin wir auch auf den Verlauf der Ereignisse blicken mögen, die seit der Erstehung des Reichs die Welt bewegt haben, ist die Diplomatie und die Kriegsmacht Deutschlands dafür eingetreten, Konflikte zu verhüten, nicht sie zu fördern oder gar hervorzurufen. Bekanntlich wird von französischer Seite die Panik von 1875, ganz wie die Panik von 1905 in entgegengesetztem Sinne ausgelegt. Aber im ersten Fall galt es einer sich vorbereitenden monarchistisch-klerikalen Verschwörung eine rechtzeitige Warnung zugehen zu lassen, weil diese Bestrebungen in einen Krieg auszumünden drohten, den wir nicht wollten. — Das letztere erkennt der neueste Geschichtsschreiber der dritten Republik Hanotaux rückhaltlos an. „Le prince de Bismarck" — sagt er — „ne voulait pas la guerre en 1875" (Bd. 3, S. 290), so daß wir uns weitere Erörterungen der Frage ersparen können. Was aber die Krisis von 1905 betrifft, so hat ihre Lösung durch die Vereinbarungen von Algeciras aller Wahrscheinlichkeit nach Europa einen Krieg erspart, in den die Abenteuerpolitik des ehrgeizigen Ministers trieb, dem das Netz seiner Allianzen den Blick getrübt hatte. Keine von ihnen hätte, wenn Deutschland wirklich entschlossen war, seine Übermacht zu nutzen, Frankreich schützen können. Aber wir haben nicht Krieg, sondern Wahrung völkerrechtlicher Verträge gewollt, und das haben wir erreicht und werden wir auch fürder behaupten. Darüber soll sich niemand täuschen. Völkerrechtliche Verträge, für die eine Nation sich verbürgt hat, gehören zu dem Ehrenschild, den sie unbefleckt den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen hat. Auf dieser sittlichen Grundanschauung beruht die fortschreitende Humanisierung der Welt, an der mitzuarbeiten jede Nation nach ihren Gaben berufen ist.

30. Januar 1908. Unruhen und Verhaftungen in Lissabon.
31. Januar. Dr. Jameson demissioniert als Ministerpräsident des Kaplandes.
1. Februar. Ermordung König Karls von Portugal und des Kronprinzen Ludwig Philipp.
2. Februar. Manuel II. König von Portugal.
3. Februar. Blutiges Gefecht Gen. d'Amade's gegen die Mzampas.
3. Februar. Merriman Ministerpräsident des Kaplandes.
5. Februar. Die belgische Regierung zieht ihre Kongovorlage zurück.

---

5. Februar 1908.

Der erschütternde Ausgang des Königs Dom Carlos von Portugal und seines Thronfolgers drängt alle anderen Tagesfragen in den Hintergrund. Die rein menschliche Teilnahme, die sich der unglücklichen Königin zuwendet, die gleichzeitig den Gemahl und ihren Erstgeborenen verlieren mußte, die Sorge um den jungen König, der das furchtbar schwere Erbe und die blutige Krone überkommen hat, die ihm durch den Untergang derjenigen zufiel, die ihm auf Erden die Liebsten waren, sie gehen durch die gesamte Welt, so weit sie nicht zum finsteren Reich jener Sektierer gehört, deren ruchlose Hände den Mord vollzogen.

Dem Historiker und Politiker fällt die Aufgabe zu, die Tatsache nach ihren Ursachen zu ergründen und die Frage zu beantworten, ob es sich nur um ein Verbrechen weniger Fanatiker handelt, oder ob nicht vielmehr hier die Symptome einer tiefer liegenden Krankheit zutage getreten sind? Seit am 1. März 1881 Alexander II. von Rußland den Nihilisten zum Opfer fiel, schien zunächst die Entrüstung, welche die Tat hervorrief, die werbende Kraft des Verbrechens zu überwiegen. Man hat erst nachträglich erfahren, wie oft Alexander III. in gleicher Gefahr geschwebt hat; dann aber folgte eine lange Reihe von Anschlägen und Morden gegen Staatsoberhäupter. Mac Kinley und Carnot, die Kaiserin Elisabeth, König Humbert, Alexander von Serbien fielen ihnen zum Opfer, und noch ist in frischer Erinnerung, wie König Alfons XIII. von Spanien und seine ihm eben angetraute Gemahlin wie durch ein Wunder dem gleichen Schicksal entgingen. In allen diesen Fällen sind die Mörder Lateiner oder Slaven gewesen, denn in diesen beiden Rassen hat sich das Gift des Anarchismus am tiefsten eingefressen. Wie viel Attentate

durch rechtzeitige Entdeckung verhütet worden sind, wissen wohl nur diejenigen, welche die Zentren der anarchistischen Bewegung beaufsichtigen. Diese Zentren sind in Italien, Spanien, Portugal, Brasilien, und die Asyle der flüchtigen Verbrecher in London, der Schweiz, Chicago zu suchen. Namentlich ist London solch ein Asyl, und wenn nach geschehenem Morde die öffentliche Meinung Englands regelmäßig die Aufhebung der Anarchistenmester fordert, wird es ebenso regelmäßig nach etwa 14 Tagen davon still, und alle Versuche, die bisher gemacht worden sind, den Königsmord überall von dem den politischen Verbrechern gewährten Asylrecht auszuschließen, sind bisher an dem Widerspruch von Großbritannien, Italien und der Schweiz gescheitert. Das ist tief zu beklagen, ganz wie die Aufhebung der Todesstrafe für Mord, und speziell für politischen Mord, in einer Reihe europäischer und amerikanischer Staaten. In Portugal besteht z. B. die Todesstrafe seit 1867 nicht mehr, und es wird, wenn die Mörder des Dom Carlos festgenommen werden sollten, nicht möglich sein, über sie ein Todesurteil zu fällen. Wir halten es aber für sicher, daß die Gewißheit, einer Hinrichtung zu entgehen, wesentlich dazu beiträgt, dem mordenden Anarchismus Adepten zuzuführen. Von einer Schuld, die König Carlos seinem Volke gegenüber gehabt hätte, kann füglich keine Rede sein. Man wird sich vielmehr der Überzeugung nicht verschließen können, daß, was der König und sein leider zurückgetretener Minister Franco für Portugal getan haben, richtig war, und daß sie den vielleicht einzigen Weg eingeschlagen haben, der zu einer Gesundung des Staates führen konnte. Es lassen sich eben die Schablonen hergebrachter politischer Begriffe keineswegs ohne weiteres auf Portugal übertragen. Das Königreich hat seit 1826 seine Verfassung und ist nach den allmählich eingeführten Modifikationen dieser Verfassung zwar ein parlamentarisch regierter Staat, in dessen Regiment sich zwei große Parteien, die Regeneratoren (oder Konservativen) und die Progressisten ablösen, in Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um verschiedene politische Programme, sondern um die alternierende Ausbeutung des Staates durch die Führer dieser Parteien und ihren Anhang. Dem Sieger, das ist demjenigen Führer, der sich die Majorität im Parlament zu sichern wußte, fallen die Würden und Ämter des Reiches zu, und um sie, nicht um politische Grundsätze, wird in Portugal gekämpft. Ist der Führer der Konservativen Hintze Ribeiro Ministerpräsident, so übernimmt sein Rival de Castro das Präsidium

der Bodenkreditbank; tritt umgekehrt de Castro an die Spitze des Ministeriums, so fällt der Bodenkredit Herrn Ribeiro zu. So ist es seit 1893 immer gewesen. Nun ist es notorisch, daß beide „Parteien" ihre Macht in schamloser Weise mißbraucht haben, um sich zu bereichern, und daß das Land darüber ganz zugrunde zu gehen drohte. Als am 17. Mai 1906 wiederum ein Ministerwechsel stattfinden sollte, der das alte Spiel von neuem gebracht hätte, entschloß sich der König, dazwischen zu fahren. Er berief ein ehemaliges Mitglied des konservativen Ministeriums, Franco, einen energischen Mann, der die Schäden kannte, die an Portugal zehrten, zu sich, und beauftragte ihn mit der Bildung des Ministeriums. Franco übernahm die ihm damit zufallende Aufgabe, den portugiesischen Augiasstall zu reinigen, und mit Hilfe seiner sorgfältig ausgewählten Ministerkollegen schritt er rüstig an die Arbeit. In allen Zweigen der Verwaltung wurde seine starke Hand fühlbar. Er wußte Ordnung in die Finanzen zu bringen und Sparsamkeit bei Hofe wie im Staatshaushalt durchzusetzen, er strafte, wo Mißbräuche vorlagen, und fand am Könige, der die Notwendigkeit dieses Systems anerkannte, eine feste Stütze. Um so störrischer zeigte sich das im September 1906 zusammentretende Parlament. Es war nicht möglich, von ihm die Zustimmung zu den Reformen des Ministers zu erhalten, und eine hartnäckige Obstruktion machte sogar die Beratung des Budgets unmöglich. Schließlich blieb — wenn anders die Rückkehr zum alten System nicht wieder erfolgen sollte — nichts übrig, als die Kammer aufzulösen. Das geschah im Frühjahr 1907. Da eine Neuwahl zweifellos eine neue Obstruktionsmajorität gebracht hätte, beschloßen der König und sein Minister vorläufig ohne Parlament zu regieren und die notwendigen Reformen durch Königliche Dekrete durchzuführen. Aber Franco ist noch weniger glücklich gewesen, als vor 1½ Jahrhundert sein großes Vorbild Pombal, und man kann zweifelhaft sein, ob seine Aufgabe nicht die schwierigere war. In Portugal gibt es neben den Anhängern Dom Miguels, deren Agatition nicht wenig dazu beigetragen hat, das Land zu korrumpieren, auch eine starke republikanische Partei, deren linker Flügel in Verbindung mit den Anarchisten zu stehen scheint. Auch ist eine regierungsfeindliche Agitation in Heer und Flotte eingedrungen. Wir erinnern daran, daß am 16. April 1906 zwei portugiesische Kriegsschiffe meuterten, und wenn die große Mehrzahl der Regimenter als unbedingt zuverlässig zu betrachten ist, so gilt das doch nicht von allen.

Zu alle dem kam die Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik des Königs, die, seit König Eduard im April 1903 seinen Besuch in Lissabon gemacht hatte, in ein englisch-portugiesisches Schutz- und Trotzbündnis ausmündete. Nun liegt ja auf der Hand, daß diese Allianz einer Schutzherrschaft Englands gleichkam, und das verletzte den Stolz der portugiesischen Nation. Sie verkannte, daß, wenn England, dem die portugiesischen Häfen, zumal in den Azoren, geöffnet wurden, große Vorteile aus diesem Bündnis zog, andererseits die englische Garantie der kolonialen Integrität Portugals der Erhaltung des portugiesischen Besitzstandes in Afrika gleichzuachten war. Ohne die Hilfe Englands wären die Kolonien wohl dem drohenden portugiesischen Staatsbankerott zum Opfer gefallen. König Carlos sowohl wie namentlich der Kronprinz lebten aber in den Traditionen Heinrichs des Seefahrers, und unsere Leser erinnern sich wohl noch, daß der Kronprinz die afrikanischen Kolonien aus persönlicher Anschauung kennen gelernt hat. Zu anderen Zeiten und in anderer Verbindung hätte das wohl das Volk an die Dynastie fesseln müssen. Aber zwischen England und Portugal liegt die Erinnerung schwerer Demütigungen, die Portugal hinnehmen mußte, und diese Erinnerung ist merkwürdig lebendig geblieben.

Man darf gewiß nicht annehmen, daß der König und sein Minister die Gefahren übersahen, die ihnen drohten. Dazu traten die Anzeichen gar zu deutlich ans Licht. Auch wollten sie keineswegs dauernd gegen die Verfassung regieren. Vielmehr war bereits für den Mai die Berufung des Parlaments angekündigt worden. Bis dahin sollte die gröbste Reformarbeit fertiggestellt sein. Konnte dann ein wohlgeordnetes Budget vorgelegt und auf lebendige Erfolge in den Kolonien hingewiesen werden, so ließ sich hoffen, daß das Parlament ein besseres Entgegenkommen zeigen werde. Die Hoffnung steigerte sich, als es gelang im Januar einem Komplott auf die Spur zu kommen und der Führer habhaft zu werden. Nach den Berichten, die aus Badajos durch besonderen Kurier dem „New York Herald" zugingen, handelte es sich darum, Franco zu ermorden und danach eine Revolution zu erregen, bei der man auf die Unterstützung von geheimen Organisationen der Republikaner und Arbeiter rechnete, die mit Bomben und Revolvern bewaffnet waren. Die Verschworenen wollten verschiedene Festlichkeiten benutzen, um ihren Staatsstreich auszuführen. Die Königliche Familie war in Villa Viçosa mit dem Herzog der Abruzzen, die meisten Offiziere der

Armee wie der Flotte hatten eine Galavorstellung im Theater vor, und die Spitzen der Beamtenschaft waren auf einem Ball, den eine der Gesandtschaften gab.

Diesen Anschlag entdeckte die Polizei rechtzeitig; sie umzingelte das Haus, in dem die Führer der Verschwörung beisammen waren. Als aber die Türen von den Polizisten erbrochen wurden, löschten die Verschworenen die Lichter, und in der Verwirrung gelang es den meisten, zu entkommen. Einige aber wurden gefangen, darunter João Chagras und Franco Borger, beides Journalisten. Auch fand man ein Lager von Bomben im Keller des Hauses. Aus den ergriffenen Papieren erfuhr man alles Detail des Planes. Der Korrespondent des „New York Herald" meldet außerdem, daß die Polizei noch einem zweiten Plan auf die Spur gekommen sei, demzufolge am 31. Januar, am Jahrestage der Revolte von Oporto, ein Aufstand ausbrechen sollte, wenn der erste Anschlag mißlinge. Endlich notieren wir, daß das „Diario popolar" vom 23. Januar die Bemerkung brachte, in die Verschwörung vom 22. seien zahlreiche Offiziere verwickelt.

Das also ist dem Königsmorde vorausgegangen. Wir sehen der weiteren Entwicklung nicht ohne Sorge entgegen. Franco hat seine Demission auf den Wunsch der beiden Königinnen eingereicht. Er soll, wie es heißt, nach Brasilien gehen. Aber wer wird stark genug sein, nach ihm die Zügel zu führen? Das neugebildete Ministerium soll ein Ministerium „monarchischer Konzentration" sein. Aber wird Dom Miguel — wie es seine Pflicht als Ehrenmann wäre — jetzt endlich seine doch aussichtslosen Ansprüche fahren lassen, und wird die republikanische Partei von ihren Utopien, der Anarchismus von seiner Ruchlosigkeit lassen? Wir sehen zunächst keine Aussicht, daß auch nur eine dieser Voraussetzungen Wirklichkeit wird. Wenn aber Portugal Republik werden sollte, so bedeutet das ein politisches Chaos, wie es süd- und mittelamerikanische Republiken darstellen, und es fragt sich, ob die Nachbarstaaten geneigt sein werden, solche Zustände zu dulden. Zum Schutze der Dynastie ist ein Teil der englischen Kriegsflotte den Tajo hinauf nach Lissabon gefahren, und das kann einen heilsamen Druck auf den unzuverlässigen Teil der portugiesischen Flotte ausüben. Ob auch auf die Revolutionäre im Innern, wagen wir nicht vorherzusagen.

Natürlich haben diese unerhörten portugiesischen Ereignisse große Besorgnis in Spanien wachgerufen, das ja gleichfalls mit republikanischen

und anarchistischen Anschlägen zu rechnen hat. Die spanischen Truppen sind an die portugiesischen Grenzen gerückt, ein Kordon, wie man zu tun pflegt, um ein Land vor Pestverseuchung zu schützen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß unter solchen Verhältnissen Spanien Neigung zeigen wird, sich mehr als unbedingt geboten ist, in die marokkanischen Wirren zu vertiefen.

Wir finden nicht, daß die so großes Aufsehen erregenen Debatten in der französischen Kammer viel dazu beigetragen haben, die marokkanische Frage zu klären. Zwar Herr Delcassé ist wieder in der Versenkung verschwunden, aus der er so unerwartet auftauchte, und nachdem der erste Beifallsrausch verflogen ist, den sein patriotischer Brustton bei seinen Zuhörern in der Kammer hervorzurufen verstand, hat sich so ziemlich alles in Frankreich wieder von ihm abgewandt. Man erkannte, daß die scheinbare Improvisation eine lange vorbereitete, wohlmemorierte, auf alle Effekte berechnete Redestudie war, und der „Figaro" gibt die allgemeine Stimmung in einer seiner amüsanten Karikaturen wohl ganz treffend wieder, wenn er uns Delcassé zeigt, wie er seinem eigenen Standbild einen Lorbeerkranz aufs Haupt drückt. Auch verzichten wir unter diesen Umständen auf die geplante Zurechtstellung seiner Verdrehungen des historischen Tatbestandes. Das Material dazu gaben der „Gaulois" und „Le Journal" vom 12. Juli 1906, der „Matin" vom 23. Juni 1906 und endlich der „Messidor" vom 27. Januar 1908. Sie schlagen Herrn Delcassé mit seinen eigenen Worten und sind, mit Ausnahme des „Messidor", von uns im 5. Bande von „Deutschland und die große Politik" (S. 211 f.) bereits ausführlich wiedergegeben worden. Die lange Reihe der Reden, die vorhergingen und nachfolgten, haben nichts eigentlich neues gebracht. Daß Herr Jaurès die Marokkopolitik Frankreichs jetzt verurteilt, aber, wie ihm nachgewiesen wurde, nicht immer so gedacht hat, war schon früher bekannt, die übrigen Redner lavierten zwischen der Akte von Algeciras und der Idee der pénétration pacifique so gut es eben gehen wollte, Herr Pichon endlich war wie immer höchst korrekt. Wie er jedoch sein korrektes Programm auch korrekt ausführen wird, vermögen wir nicht vorauszusehen. Frankreich hat es schwerer als andere Mächte, zwischen Abd el Asis und Mulay Hafid neutral zu bleiben, da es sich zu sehr nach der einen Seite engagiert hat. Das Mandat Europas aber, mit dem Frankreich arbeitet, hat seine durch die Akte von Algeciras genau bezeichneten Grenzen.

In der Thronrede König Eduards VII. hat namentlich der Hinweis auf den Kongostaat und auf die mazedonischen Wirren Aufmerksamkeit erregt, daneben die lange nicht gehörten Worte über die durch den Besuch Kaiser Wilhelms erfreulich gestalteten Beziehungen zu Deutschland. Von allen drei Punkten läßt sich sagen, daß sie auf die Zukunft hinweisen. Wir wünschen die deutsch-englischen Beziehungen wesentlich besser gestaltet zu sehen. Noch dauert das Hetzen unserer alten Gegner in der Presse fort, und ebenso wird, selbst in Regierungsorganen, darauf hingewiesen, daß der bescheidene Ausbau unserer Flotte England nötige, auch seinerseits mit der Verstärkung seiner Flotte zu rechnen. Aber wir nehmen das nicht tragisch, da wir wohl wissen, daß England nicht anders können wird, als einen Teil seiner Flotte auf die ostasiatischen Stationen zurückzusenden.

Was aber den Kongostaat betrifft, so darf man wohl annehmen, daß jetzt, da die Annexion durch Belgien so gut wie sicher ist, auch Maßregeln bevorstehen, die den schwarzen Einwohnern des Kongobeckens die gleiche Behandlung sichern, wie sie den schwarzen Untertanen Englands zuteil wird. Daß auch dort gelegentlich Menschlichkeiten vorkommen, die jeder Philanthrop bedauern und jeder Gesetzgeber strafen muß, wird man ja nirgends besser wissen als im englischen Kolonialamt. Im Hinblick auf die von England in der Türkei vertretene Reformpolitik sind wir weniger optimistisch. Der Sultan kann in der Frage der Justizreform die Zugeständnisse nicht machen, die in Widerspruch zu der Stellung stehen, die er als geistliches Oberhaupt des Islam einnimmt. Er ist eben der Kalif.

Auch Baron Aehrenthal hat in seinem Exposé die mazedonischen Verhältnisse berührt und auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Pforte energisch und konsequent gegen das Bandenwesen vorgehe. Daß das geschehen wird, glauben wir bestimmt. Es liegt im eigensten Interesse der Pforte, und wenn wir recht unterrichtet sind, hat sie in letzter Zeit sehr bedeutende Streitkräfte in Mazedonien zusammengebracht, und an dem guten Willen des Sultans, endlich mit dem räuberischen Bandenwesen der Bulgaren, Serben und Griechen aufzuräumen, kann gar nicht gezweifelt werden.

In Anlaß dieser orientalischen Dinge sei noch darauf hingewiesen, daß die Verwicklungen an der persisch-türkischen Grenze Wasser auf die Mühle der prinzipiellen Gegner der Türkei sind, die einen Anlaß zum

Eingreifen nur allzu gern sich vorbereiten sehen. Es ist in höchstem Grade wünschenswert, daß die Türkei ihre Forderungen nicht überspannt und daß sie darauf verzichtet, sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten Persiens zunutze zu machen. Der Rückschlag könnte gefährlich werden.

Dagegen hat eine fast als selbstverständlich zu betrachtende Bemerkung des Ministers in der russischen Presse viel böses Blut gemacht. Er sprach davon, daß die Anlage von Verbindungsbahnen zwischen den österreichischen, bosnischen, türkischen und griechischen Linien bevorstehe, so daß sich als Endergebnis eine Verbindungslinie Wien—Athen ergeben würde. Das wäre, wie auf der Hand liegt, ein großer Fortschritt, der gewiß dem Frieden ebenso zugut kommen würde wie der Kultur dieser doch noch sehr rückständigen Gebiete. Aber „Nowoje Wremja", „Ruß" und andere Blätter sind darüber in hellen Zorn geraten. Das sei eine „ostgermanische" Bahn, Berlin mit Athen verbunden! Schrecklich! Aber wie sollen denn die künftigen Bahnen angelegt werden, wenn nicht nach dem vom Frhrn. v. Aehrenthal angekündigten Plan, und existiert diese gefährliche „ostgermanische" Bahn nicht schon durch den Orientexpreß, der von Berlin aus sehr bequem zu erreichen ist? Vollends unerfindlich aber ist, wie durch diesen Bahnbau — der übrigens ein Werk langer Hand ist — die Mürzsteger Konvention verletzt worden sein soll. Aber in Fragen auswärtiger Politik ist die „Nowoje Wremja" von jeher ebenso unzurechnungsfähig gewesen wie in allen Fragen, in denen ihre chauvinistische Grundstimmung mitspielt.

Die über den bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Stolypin umlaufenden Gerüchte sind nunmehr in bündigster Form wiederrufen worden. Daß es Leute gibt, die ihn gern beseitigen möchten, kann freilich nicht bezweifelt werden, auch nicht, daß sie am Hofe vertreten sind. Aber Kaiser Nikolaus II. hat die gute Eigenschaft, ein treuer Freund zu sein und an dem einmal gegebenen Wort festzuhalten. Wenn nun die Leute, die Stolypin beseitigen wollen, vornehmlich daran denken, die Institutionen vom 31. Oktober aufzuheben, und weil Stolypin sich mit diesen identifiziert hat, auch ihn zu Fall zu bringen, vergessen sie, daß der Zar jetzt schützend vor Duma und Minister steht. Sie werden ihr Ziel nicht erreichen, solange die Duma nicht in die Verirrungen ihrer beiden Vorgängerinnen verfällt.

Die Untersuchung im Prozeß Stössel ist nunmehr beendigt. Die Plaidoyers stehen bevor, danach das Urteil.

6. Februar 1908. Der französische Senat nimmt die Vorlage über Verkürzung der Übungen von Reserve und Landwehr an.
7. Februar. Raisuli gibt Maclean frei. Freilassung aller politischen Gefangenen in Lissabon.
8. Februar. Beisetzung des ermordeten Königs und des Kronprinzen in Lissabon.
9. Februar. Kämpfe d'Amade's mit den Schauja.
10. Februar. Konstituierung des Ministeriums Helmskeerk in Holland.
11. Februar. Schiedsvertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten.

12. Februar 1908.

Wie zu erwarten war, haben die letzten Kammerverhandlungen über die marokkanische Frage die offenbar weiter um sich greifende Sorge des französischen Publikums keineswegs beruhigt. Die allgemeine Empfindung scheint zu sein, daß trotz aller irenischen Versicherungen des Ministeriums die französische Politik immer tiefer in das Labyrinth eines Abenteuers verwickelt wird, aus welchem kein Ariadnefaden den Rückweg angibt. Vermochten die klingenden patriotischen Gemeinplätze Delcassés einen Augenblick des Rausches hervorzurufen, so trat die Ernüchterung für französische Verhältnisse erstaunlich schnell ein, und heute ist jedermann bemüht, den alten Protagonisten der pénétration pacifique wieder hinter den Kulissen der politischen Schaubühne verschwinden zu lassen. Nicht einmal den Ruhm, den er für sich als Urheber der intimen Annäherung an England beansprucht, wollen seine ehemaligen Freunde ihm gönnen. Der „Messidor" ist so grausam gewesen, daran zu erinnern, daß Delcassé ursprünglich ein entschlossener Gegner Englands war und daß erst der Besuch, den König Eduard VII. im Jahre 1903 in Paris machte, in ihm jene Sinnesänderung hervorrief, die zu dem folgenreichen Vertrage vom 8. April 1904 führte. Uns fehlt das Material, diese Frage mit Sicherheit zu entscheiden. Unwahrscheinlich ist es keineswegs, daß der „Messidor" recht hat, denn darüber kann doch kein Zweifel sein, daß am Vorabend des russisch-japanischen Krieges das englisch-französische Abkommen eine furchtbare Enttäuschung für Rußland bedeutete. Es kann Herrn Delcassé ja nur zur Ehre gereichen, wenn er einige Skrupel empfand, ehe er seinen Namen unter das denk-

würdige Aktenstück schrieb. Aber er hat all seine ungewöhnliche Geschicklichkeit daran gesetzt, soweit irgend möglich den Schein der alliance franco-russe zu retten. Daß er nicht viel Glück damit hatte, wird denjenigen noch gewärtig sein, die die Erinnerung an den Beginn der Krisis im fernen Osten festgehalten haben. Uns ist eine Karikatur des „Daily Graphic" im Gedächtnis geblieben, die am 31. März 1905 erschien. Sie zeigte in wild erregtem Meer das ertrinkende Rußland. Am Ufer, mit einem Rettungsgürtel in der rechten Hand, sah man Marianne stehen, noch zögernd, ob sie zum Wurf ausholen solle, und darunter die Unterschrift: Jetzt versinkt er bestimmt, nun ist meine Zeit gekommen! („He'll never menage it. Now is my time!")

So also beurteilte man damals diese Politik in England — wenige Wochen danach aber traf die Nemesis Herrn Delcassé. Er verlor den Boden unter seinen Füßen, sein Ministersessel brach zusammen, er selbst wurde eine politische Nullität, ohne Macht und ohne Einfluß. Das einzige, was ihm übrig blieb, war, sich zu verbergen und der Zeit zu überlassen, ihre Schleier über die gescheiterten Pläne seines Ehrgeizes zu decken. Aber er hinterließ ein Erbe, von dem Frankreich sich nicht freizumachen vermochte: das Phantom des französischen Marokko, das sich an Tunis und Algier naturgemäß angliedern sollte, als Krönung des gewaltigen französischen Kolonialreichs, das, so wie Herr Delcassé es geträumt hatte, nicht Wirklichkeit werden will. Wir wollen hier nicht rekapitulieren, was seit dem Sturze Delcassés alles geschehen ist. Aber es ist doch nützlich, daran zu erinnern, daß die Konferenz von Algeciras, die Herr Tardieu in einem dickleibigen Buch als einen Triumph französischer Politik gefeiert hat, trotz aller Unterstützung, die Frankreich von rechts und links auf der Konferenz fand, in Wirklichkeit dem deutschen Programm „Internationalisierung des marokkanischen Problems auf der Basis des Prinzips der offenen Tür" den schließlichen Sieg gesichert hat. Wir wollen damit nicht sagen, daß dieser Sieg schon heute errungen ist, wir sind noch fern von ihm, und noch ganz kürzlich hat ein Franzose der Welt verkünden können, daß Casablanca bereits eine ganz französische Stadt sei; aber dem Prinzip der offenen Tür gehört die Zukunft, wenn anders Frankreich nicht den Versuch machen will, in Marokko ein zweites mexikanisches Abenteuer zu wagen, das leicht für die dritte Republik werden könnte, was für den dritten Napoleon Mexiko wurde: der erste Schritt auf einer verhängnisvollen abschüssigen

Bahn. Denn darüber kann heute kaum noch ein Zweifel sein, daß einflußreiche französische Politiker bemüht sind, unter dem Schutz der Kulisse von Algeciras tatsächlich zu eben dem Programm zurückzukehren, das so energisch in allen offiziellen Kundgebungen verleugnet wird. Da wir diese Zeilen schreiben, findet in der französischen Kammer die Debatte über die Interpellation Jaurès' statt, die allerlei unbequeme Fragen an die Regierung stellt. Wir erfahren aus dem Text der Interpellation, daß beide Sultane Abd el Aziz und Abdul Hamid sich an unsere Regierung gewandt haben, wahrscheinlich um ihren Schutz gegen tatsächliche Verletzung der Akte von Algeciras anzurufen, und das ist gewiß eine merkwürdige Tatsache. Vielleicht ist es den Franzosen ebenso merkwürdig erschienen, daß ihnen diese Gesuche des Sultans und des Gegensultans nebst unserer Antwort sofort mitgeteilt worden sind — und doch war es das Normale und einzige Korrekte. Frankreich hat sich gedrängt, die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen, daß die Bestimmungen der Akte von Algeciras Wirklichkeit werden; es hat eifersüchtig darauf bestanden, daß ihm und Spanien die Organisation der Hafenpolizei überlassen bliebe, unter der Scheinkontrolle jenes Schweizers, der mit dem Moment, da er sein Amt antrat, gleichsam unsichtbar wurde; es hat, von den Ereignissen gedrängt, Strafexpeditionen organisiert, bombardiert, requiriert, Orden verliehen, Schlachten geschlagen und Anleihen in Aussicht gestellt, und dadurch schließlich in dieser andersgläubigen Bevölkerung die Vorstellung erweckt, daß an dem entsetzlichen Chaos, zu dem sich die altgewohnten Ordnungen und Lebensverhältnisse aufgelöst haben, niemand Schuld trage als Frankreich. Das ist, ohne jede Schminke dargelegt, die marokkanische Wirklichkeit. Wir bedauern das tief, denn nicht Frankreich und nicht Marokko allein werden durch die Folgeerscheinungen dieser höchst ungerechten und unglücklichen Politik getroffen. Die friedlichen Beziehungen, die der Welthandel in den marokkanischen Handelsstädten anzubahnen begonnen hatte, sind unterbrochen und voraussichtlich für lange Zeit schwer geschädigt. Die ohnehin steigende Erregung der islamischen Welt entzündet sich an den marokkanischen Ereignissen und droht einen Fanatismus zu erregen, von dem man zu hoffen begann, daß er allmählich ganz verschwinden werde. Es ist das Unerhörte geschehen, daß Abdul Hamid sich bereit gefunden hat, im Sultan von Konstantinopel seinen Khalifen, d. h. sein geistliches Oberhaupt anzuerkennen; gegen die

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Algier protestiert der Schreckensruf der dort lebenden Franzosen, die für sich und ihre Familien fürchten, wenn die alten Herren des Landes bewaffnet werden sollten. Auch in Egypten läßt sich der Reflex der marokkanischen Ereignisse verfolgen. In beinahe drohendem Ton verlangt die stetig anwachsende Nationalpartei die Organisation einer autonomen Verwaltung, deren Aufgabe es sein soll, durch Tilgung der alten Schuldverpflichtungen die endliche Räumung des Landes herbeizuführen. Sogar die Rückgabe des Sudan an Egypten gehört zu den Forderungen, die sie erhebt. Das alles aber geschieht zu einer Zeit, da die Erfolge Japans die politische Phantasie der Asiaten mit Träumen genährt haben, die sich zu dem Schlagworte zusammengeballt haben: Asien für die Asiaten.

Nun hat, wie der Telegraph soeben meldet, Herr Pichon mit Geschick und in seiner maßvollen Art die Jaurèssche Interpellation beantwortet und nochmals seinen Entschluß wiederholt, in der marokkanischen Aktion nicht über die Grenzen des absolut Notwendigen hinauszugehen und an dem Programm von Algeciras festzuhalten. Das Verfahren unserer Regierung sei ihm ein Beweis ihrer Courtoisie und ihrer freundschaftlichen und korrekten Haltung, die er in gleich freundschaftlicher Weise entgegengenommen habe. Auch der Ministerpräsident Clemenceau griff in die Debatte ein, um die Eroberungsgelüste der kolonialen Heißsporne und die Befürchtungen von Jaurès zu verspotten, und das gibt in seiner Summe eine erfreuliche Wendung, die für die Zukunft bessere Aussichten eröffnet, als sich zunächst annehmen ließ. Es ist aber in diesem Zusammenhange nicht ohne Interesse, daß die „Nowoje Wremja" sehr ernstlich mit der anglophilen Politik Clemenceaus ins Gericht geht, was freilich denen wunderbar genug erscheinen wird, die nicht übersehen haben, daß eben die „Nowoje Wremja" es war, die mehr als alle übrigen russischen Blätter für eine Verständigung mit England eingetreten ist. Aber diese unübertroffene russische Wetterfahne scheint die politische Lage Rußlands für besonders günstig zu halten, um alle Welt mit ihrem Zorn und ihrer Macht zu bedrohen. Es sind noch nicht 14 Tage hingegangen, seit sie Österreich-Ungarn zur Rede stellte und gleichzeitig die Türkei auf die Gefahren hinwies, die ein Mißachten slavophiler Gebote nach sich ziehen könne; Deutschland ist schon längst das Ziel ihrer leidenschaftlichsten Angriffe; nun sind auch Frankreich und England an die Reihe gekommen. Und doch müßte man aus den letzten Verhandlungen

des englischen Parlaments den Schluß ziehen, daß die jüngst perfekt gewordenen Verträge für Rußland ganz außerordentlich vorteilhaft gewesen sind. Lord Fitzmaurice und Lord Curzon haben wegen dieser Verträge alle Schalen ihres Zornes über Sir Edward Grey ausgegossen. Weder in Tibet noch in Afghanistan, noch endlich in Persien und im persischen Golf ist ihnen genug geschehen — das scheint doch zu beweisen, daß mindestens ein für Rußland annehmbarer Ausgleich der beiderseitigen Interessen stattgefunden hat. Deshalb wird sich wohl annehmen lassen, daß das grobe Geschütz des Herrn Suworin bestimmt ist, ohne besonderen Schaden anzurichten, im leeren Raum zu verpuffen. Auch liegt das Bedenkliche dieser Zänkereien nicht darin, daß etwa die „Nowoje Wremja" die auswärtige Politik Rußlands beeinflußt, das ist kaum möglich, sondern vielmehr in dem Wiederaufleben der slavophilen Tendenz, der die öffentliche Meinung Rußlands stets sehr zugänglich gewesen ist und die schon soviel Unheil angerichtet hat. Die slavophile Idee verlangt aber zu ihrer Verwirklichung den Zusammenbruch von drei großen Staaten: Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei, und deshalb ist sie an sich ein politischer Nonsens. Die Gefahr liegt in der nationalen Unduldsamkeit den nichtrussischen Reichsangehörigen gegenüber, in dem Egalisierungsbestreben, das keine historisch gewordenen Bildungen dulden will, und in dem Verkennen der nächsten Aufgaben einer gesunden Politik, die darauf gerichtet sein müßte, im Innern des Reiches all die kleinen und großen Schäden zu beseitigen, deren letzte Konsequenz die Revolution gewesen ist. Das Slavophilentum kombiniert sich aber mit reaktionären Bestrebungen, und diese sind, wie nicht ernstlich genug wiederholt werden kann, höchst gefährlich. Man kann ohne jede Übertreibung sagen, daß das Vertrauen des Auslandes in der Reihe der russischen Würdenträger nur einem, dem Ministerpräsidenten Stolypin gehört und daß der Kredit, dessen Rußland doch bedarf, um die Maßregeln durchzuführen, die unerläßlich sind, wenn das Reich gesunden soll, an seinem Namen hängt. Man sagt ja, daß kein Mensch unersetzlich sei, und gewiß wird jeder frei gewordene Platz schnell genug besetzt, aber erworbenes Vertrauen läßt sich nicht vererben. Das sollte sich auch die Duma gesagt sein lassen, und den Minister nicht im Stich lassen, wo er mit seiner Person für Vorlagen der Regierung eintritt. Uns scheint die vornehmste Aufgabe der Duma darin zu liegen, Kautelen für die gewissenhafte Ausführung der un-

zweifelhaft wohlmeinenden Absichten des Ministeriums zu finden. Denn nicht an den Gesetzen, sondern an ihrer schlechten Ausführung hat es gelegen, daß Rußland trotz seines Reichtums an Menschen, an Boden und an Bodenschätzen noch immer im Verhältnis zu seiner Kopfzahl ein armes Land ist, das fast wehrlos der Natur gegenübersteht, als einziger Staat des europäischen Kontinents, in dem heute noch eine wirkliche Hungersnot möglich ist.

Mit großer Genugtuung registrieren wir, daß die Londoner Schiffahrtskonferenz zu einer Verständigung zwischen allen großen Schiffahrtslinien geführt hat, obgleich es an ernsten Schwierigkeiten dabei nicht gefehlt hat. Herr Ballin, der mit bekannter Umsicht in richtiger Schätzung der realen Interessen auch seiner Konkurrenten, unsere großen Linien vertrat und die Verhandlungen leitete, ist in seinem Friedenswerk sehr erfolgreich von Mr. Lloyd George unterstützt worden, demselben, dem es vor wenigen Monaten gelang, den drohenden Generalstreik der englischen Eisenbahner durch einen alle Teile befriedigenden Ausgleich zu verhindern. Weniger erfreulich sind die Erklärungen, durch welche Sir Edward Grey für England die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege ausdrücklich abgelehnt hat. Die Schlußakte der Haager Konferenz vom 29. Juli 1899 hatte auf amerikanische Anregung den Seekrieg nach dieser Richtung hin humanisieren wollen. Damals widersprachen, indem sie sich der Abstimmung enthielten, England, Frankreich und Rußland. Auch die vorjährige Konferenz brachte nicht die erwünschten Ergebnisse, aber es blieb wenigstens die Hoffnung, daß die Praxis des Seekrieges sich der Kaperei von Staats wegen — denn das ist es doch — enthalten werde. Diese Hoffnung muß nunmehr aufgegeben werden, denn es ist nicht denkbar, daß der eine Staat den humanen Standpunkt behaupten kann, wenn der andere sich über ihn hinwegsetzt. Aber wir wollen trotzdem nicht allzu pessimistisch urteilen. Vielleicht führt gerade die Erklärung Sir Edwards dazu, daß die mächtige englische Handelswelt ihren Einfluß daran setzt, kriegerische Konflikte nach Möglichkeit zu erschweren. Bei der ungeheuren Ausdehnung des englischen Seehandels kann als absolut sicher angenommen werden, daß auch in einem schließlich siegreichen Seekriege die englische Kaufmannschaft ganz ungeheure Verluste erleiden müßte, zumal die heutige Weltlage darauf hinzuweisen scheint, daß jeder Krieg, der nicht Kolonialkrieg ist, in einen

Koalitionskrieg ausarten muß. Auch wird wohl niemand sich vermessen wollen vorherzusagen, welche Koalitionen möglich und welche unmöglich sind. Ein Aufsatz von Pfitzer in den „Grenzboten", der in ausgezeichneter Weise die Probleme des Stillen Ozeans klarlegt, wird jedem ruhig denkenden Politiker zeigen, wie schwierig es ist, eine rücksichtslose Interessenpolitik durchzuführen. Wer ohne ausreichenden Grund die Interessen einer Macht niederzutreten sucht, gerät, er mag es wollen oder nicht, auch in Konflikt mit den Interessen der Mächte, die indirekt getroffen werden. Läßt sich doch schon heute sagen, daß die großen Ozeandampfer einen internationalen Charakter haben. Keiner von ihnen trägt nur die Interessen einer Macht übers Meer, das wird jeder Blick in die Passagierlisten und in die Frachtbriefe zeigen! Denken wir uns einen dieser Dampfer gekapert, oder auch nur in seiner Reise für längere Zeit aufgehalten, so werden dadurch die weitesten Kreise geschädigt, und damit ist ein Stoff zu Entschädigungsansprüchen gegeben, der zu höchst unbequemen Reklamationen führen muß, ganz abgesehen davon, daß aller Wahrscheinlichkeit nach auch die eigenen Untertanen der Macht, welcher die Kriegsbeute zufällt, mit geschädigt werden. Es ist kaum denkbar, daß die welterfahrenen englischen Kaufleute nicht mit diesen Wahrscheinlichkeiten rechnen sollten.

In Portugal hat man nun den ermordeten König und seinen Kronprinzen zu Grabe getragen. Franco hat sich in Marseille, wir wissen nicht wohin, eingeschifft, und die Nation hat nun das Regiment erhalten, nach dem sie verlangte. Aber die neue Regierung fühlt sich so wenig sicher, daß sie den jungen König und die beiden Königinnen von den Bestattungsfeierlichkeiten fern hielt, und durch eine Reihe von Maßregeln bewies, daß sie dem Willen der Masse, nicht der eigenen Einsicht folgte. Freilassung von Verbrechern und Amnestierung von Meuterern sind gewiß nicht dazu angetan, Achtung zu gewinnen. Wir bezweifeln auch sehr ernstlich, ob sich auf diesem Wege Dankbarkeit und Liebe erwerben läßt. Endlich ist der Schutz, den England bietet, nicht dazu angetan, den Dank der Nation hervorzurufen. Gerade die englische Seite der Politik Dom Carlos' war — ob mit Recht oder mit Unrecht, mag dahingestellt bleiben — sehr wenig populär. Jedenfalls läßt sich die Lage immer noch als kritisch bezeichnen und bis jetzt vermögen wir die starke Hand nicht zu erkennen, die das unglückliche Land zu normalen Verhältnissen zurückführen könnte.

Dem Gerede über einen bevorstehenden russisch-österreichischen oder russisch-türkischen Konflikt schenken wir nicht den geringsten Glauben. Das ist blinder Lärm, der in Zeitungsredaktionen entstanden ist und bald genug verstummen wird. Da wir schließen, trifft die Nachricht ein, daß Mustapha Kamel Pascha plötzlich gestorben ist. Gerade in letzter Zeit ist von diesem leidenschaftlichen egyptischen Patrioten viel die Rede gewesen. Er war der Organisator der egyptischen Nationalpartei, und damit ist auch die Frage gestellt, ob sie ihn überleben wird.

14. Februar. 1908. Mulay Hafid verhandelt mit d'Amade.
Die Spanier besetzen Mar Chika.
15. Februar. Mulay Hafid appelliert wegen des Blutvergießens in Casablanca an das diplomatische Korps in Tanger.
16. Februar. Ernennung General Bekmanns zum General-Gouverneur von Finnland.
Erfolge General Willeocs gegen die Zakkakehls.

19. Februar 1908.

Die Spannung, welche die marokkanische Frage hervorrief, beginnt augenscheinlich nachzulassen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß das Ministerium Clemenceau-Pichon bemüht ist, die Aktion Frankreichs in Einklang mit den Vereinbarungen von Algeciras zu halten. Im westlichen Marokko ist es offenbar ruhig geworden, so daß General Lyautey, wie es heißt, im Begriff ist, nach Paris zurückzukehren. Von den Beni Snassen werden Feindseligkeiten nicht mehr gefürchtet, und in dem schwierigen Lavieren zwischen Sultan und Gegensultan wird nach Möglichkeit der Schein einer neutralen Haltung behauptet. Daß die marokkanische Staatsbank einen Vorschuß von 2½ Millionen Frcs. zur Besoldung der marokkanischen Garnisonen in den Hafenstädten bewilligt hat, könnte zwar als eine Parteinahme für Abdul Asis gedeutet werden, hat aber allgemeine Zustimmung gefunden, weil diese Maßregel unerläßlich war, um die Ordnung in den Häfen aufrecht zu erhalten. Auch ist nicht der Sultan, sondern Marokko selbst der Träger dieser Schuld, und wenngleich sie von El Mokri, dem Minister Abdul Asis, übernommen wurde, müßte doch auch Mulay Hafid ihr gerecht werden, wenn die Herrschaft ihm dereinst zufallen sollte. Ob er sich schließlich wird behaupten können, ist freilich noch sehr unsicher. Es läßt sich in seiner Haltung eine gewisse Verlegenheit nicht verkennen. Einerseits ist er bemüht, Fühlung mit den Franzosen zu gewinnen, andererseits hat er laut genug über „das barbarische Gemetzel", das die Franzosen in Casablanca und im Gebiet der Schauja angerichtet hätten, Klage geführt. Auch scheint uns, daß man in Frankreich die Aussichten, die sich Abdul Asis für eine Rückkehr nach Fez bieten, allzu optimistisch

betrachtet. Aber das eine steht wohl fest, daß, wenn Frankreich bei dieser Politik bleibt, internationale Schwierigkeiten nicht zu fürchten sind, wie denn auch die Besetzung von Mar-Chika durch die Spanier, durch den spanisch-marokkanischen Vertrag vom 26. April 1860 vollauf gerechtfertigt wird. Sie trägt zudem einen provisorischen Charakter und es läßt sich wohl darauf rechnen, daß die in Melilla laut gewordene Beunruhigung sich um so eher legen wird, als kein Zweifel darüber besteht, daß Spanien keinerlei Neigung hat, sich auf ein marokkanisches Abenteuer einzulassen. Das verbietet, abgesehen von allem anderen, die Krisis, in der Portugal sich quält, und deren Lösung sich leider nicht absehen läßt.

So optimistisch die offiziösen Berichte aus Lissabon lauten, so wenig vertrauenerweckend erscheint uns die Lage. Was bisher von seiten der Regierung geschehen ist, zeugt nicht von kräftigem Willen, sondern vielmehr von fassungsloser Ratlosigkeit. Die Parole heißt nachgeben und beide Augen zudrücken, um die Gefahren nicht sehen zu müssen, die von allen Seiten drohen. Die Günstlingswirtschaft in der Zeit vor Franco scheint von neuem zu beginnen und die republikanische Propaganda erhebt kühner als je ihr Haupt. Sie geht freilich mit ihren anarchistischen und terroristischen Ausläufern heute durch alle Staaten lateinischer Zunge. In Barcelona ist eines ihrer gefährlichsten Nester, und es fällt doch schwer, zu vergessen, daß König Alfons XII. und seine Gemahlin am 31. Mai 1906 nur wie durch ein Wunder einem der ruchlosesten Attentate entrannen, von denen die Geschichte weiß; das will aber wahrlich viel sagen, wenn man an die Geschichte der letzten 30 bis 40 Jahre zurückdenkt. Spanien hat vollauf damit zu tun, die große Ansteckungsgefahr abzuwehren, die ihm von Portugal her droht, und dürfte, sobald es irgend möglich ist, sich von den marokkanischen Angelegenheiten zurückzuziehen suchen. Sein Interesse läßt sich im wesentlichen ganz wie das unsere dahin fixieren, daß es die Absorbierung Marokkos durch eine andere Macht nicht dulden kann, zumal wenn diese, wie die Erfahrung lehrt, in ihren Dependenzen zu einer handelspolitischen Prohibitivpolitik zu greifen pflegt.

In betreff Portugals ist zu der politischen übrigens auch eine finanzielle Krisis getreten, die, wie man hoffen darf, mit englischer Hilfe überwunden werden wird, zurzeit aber das neue Ministerium nötigt, zu demselben System der Ersparnisse zu greifen, wegen dessen Franco vornehmlich gestürzt wurde. Politisch fällt unter diesen Um-

ständen Portugal naturgemäß noch mehr als es früher der Fall war unter den Einfluß Englands. Daß diese südeuropäischen Allianzen eine Stärkung der Stellung Englands bedeuten, kann man übrigens unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwerlich annehmen; ihre Bedeutung liegt wohl vornehmlich darin, daß sie den Umkreis der englischen Einflußsphäre zeigen, wenn es erlaubt ist, diesen Begriff auf europäische Staatenverhältnisse zu übertragen. Historisch betrachtet gehörte Portugal seit über anderthalb hundert Jahren zu ihr, während in Spanien eine Konkurrenz mit Frankreich bestand, die heute zur Kooperation beider Mächte geführt hat und einer Garantie gleich zu achten ist, bei welcher die dynastische Verbindung Spaniens mit dem englischen Königshause eine Art Versicherung gegen republikanische Bestrebungen bedeutet. Auch das sind Momente, die für die Beurteilung der Gesamtlage Europas nicht ohne Interesse sind.

In England macht sich neuerdings wieder eine chauvinistische Strömung in der öffentlichen Meinung geltend. Irren wir nicht, so ist sie zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Wählerschaft sich, wenn auch langsam, wieder den Konservativen zuzuwenden beginnt. Das liberale Ministerium sieht sich dadurch genötigt, mit den Schlagworten zu rechnen, die von konservativer Seite ausgehen, und da nichts in England lauteren Widerhall findet als die Frage der Aufrechterhaltung des englischen Übergewichts zur See, scheint man sich allmählich darauf einrichten zu wollen, von dem Zwei-Mächte-Standard zu einem Drei-Mächte-Standard überzugehen. Ein einflußreiches englisches Blatt hat unsere Ausführungen in der Wochenschau vom 12. Februar als Beweis für die Notwendigkeit eines solchen Programms angeführt. Das ist sehr schmeichelhaft, läßt sich aber aus dem Inhalt unserer Ausführungen nicht rechtfertigen. Bei dem rein defensiven Charakter unseres Flottenplanes liegt außerdem auf der Hand, daß Deutschland nur den Vorwand gibt, um Maßnahmen zu erklären, die durch die Möglichkeiten hervorgerufen werden, welche sich im fernen Osten vorbereiten. Möglichkeiten — keineswegs Notwendigkeiten, denn wir halten nach wie vor daran fest, daß die Entsendung des amerikanischen Geschwaders in den Pacific eine Handlung weiser Staatskunst ist, die der Erhaltung nicht der Erschütterung des Weltfriedens dienen soll. Soeben ist die amerikanische „Armanda“ in Valparaiso eingetroffen, ihr nächstes Ziel ist Callão, man wird sie wohl im Mai in den Philippinen sehen.

Inzwischen gehen die Vorbereitungen zur Wahlkampagne weiter. Präsident Roosevelt hat sich, wie es in seiner Natur liegt, durch die heftigen Angriffe, die von allen Seiten gegen ihn laut wurden, in seinem Vorgehen gegen die Ausschreitungen des Kapitalismus nicht irre machen lassen, und gerade das könnte schließlich doch dahin führen, daß der tapfere Kämpe, trotz allem noch einmal zum Präsidenten gewählt wird. Einen ebenbürtigen demokratischen Konkurrenten hat er nicht, wohl aber zahlreiche Anhänger in der demokratischen Partei. Die beiden republikanischen Kandidaten, der von ihm so energisch unterstützte Taft und Mr. Hughes scheinen nicht stark genug, eine Majorität zu erringen. Wenn es dahin kommen sollte, daß die Fortführung der von Roosevelt vertretenen Politik in Frage gestellt wird, darf man wohl annehmen, daß schließlich alle Republikaner sich auf ihn vereinigen, und dann dürfte die Ablehnung kaum möglich sein. Doch das sind Konjekturen, mehr nicht, und der schließliche Ausgang steht zu dem in gewisser Abhängigkeit von der Entwicklung der Dinge im fernen Osten, die niemand mit Sicherheit vorhersehen kann.

Völlig überraschend ist in den letzten 8 bis 14 Tagen Kriegslärm aus Rußland laut geworden. Mit plastischer Deutlichkeit wurde das Gespenst eines russisch-türkischen Krieges vorgeführt, der angeblich unmittelbar bevorstehen sollte. Auch an der bei solchen Gelegenheiten nie versagenden großen Intrige, die aus dem Hinterhalt diesen angeblichen Zukunftskrieg vorbereitet haben sollte, fehlte es natürlich nicht. Deutschland und Österreich als Intriganten, die Türkei als williges Werkzeug und das arme Persien als Lockmittel, um beide, Rußland und die Türkei, aufeinander zu hetzen. So etwa lassen sich die Grundgedanken der Allarmisten zusammenfassen, die die Kriegstrommel schlugen und Tag für Tag ihr „videant consules" riefen.

In Wirklichkeit scheint es sich um eine durch politischen Spiritismus hervorgezauberte Halluzination zu handeln, für die man das „Publikum" von langer Hand vorbereitet hat. Die „Nowoje Wremja" hatte, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, schon geraume Zeit ihrer Feindschaft gegen Deutschland in einer langen Serie giftiger Leitartikel Luft gemacht. Diese Leitartikel fanden, wie selbstverständlich, ihr noch bösartigeres Echo von London her, wo Herr Wessélitzki (Argus), der seine schimpfliche Ausweisung aus Berlin offenbar immer noch in grimmigem Herzen hegt, die „Nowoje Wremja" als Sensationskorrespondent vertritt.

In einem Brief vom 5. Februar läutete er Sturm: der Friede im nahen Orient werde vom „Zentrum Europas“ her bedroht. Das habe ihm einer der einflußreichsten britischen Diplomaten anvertraut. Dieser Diplomat gab Herrn Argus-Wesselitzki einen schnellen Überblick über die Lage Europas. Die portugiesischen Ereignisse seien höchst bedauerlich, aber den Frieden würden sie nicht gefährden, wohl aber sei die Lage im Südosten bedrohlich. Deutschland könne sich darüber nicht beruhigen, daß der russisch-englische Antagonismus aufgehört habe, dem es seine Erfolge verdanke. Da sei dann Kaiser Wilhelm nach England gefahren, um eine englisch-deutsche Verständigung herbeizuführen, die weit intimer sein sollte als die russisch-englische und die englisch-französische Entente. Seine Pläne seien aber am Widerspruch der englischen Minister gescheitert und Mr. Haldane habe sich sogar genötigt gesehen, bei seinem Widerspruch Formen zu verletzen, die sonst beobachtet werden. Trotz dieser Niederlage aber suche Deutschland den Schein zu erwecken, als sei eine Verständigung erreicht worden, was freilich nur bei den Sozialisten und einigen wenigen Radikalen Beifall finde. Vollends ernüchtert aber sei nunmehr alle Welt infolge der „kolossalen Vergrößerung“ der deutschen Flotte, und nach der Rede des Admirals Tirpitz wisse jetzt jedermann, daß Deutschland die Engländer aus der Nordsee verdrängen und sie in England selbst bedrohen wolle. Dagegen sei der Erfolg Deutschlands in Wien und in Konstantinopel in der Tat sehr groß. Das Ergebnis dieser den Reformen in Mazedonien feindseligen Politik aber sei eine Zuspitzung der Gesamtlage, da Rußland durch das Verhalten Österreichs in seinen Interessen auf das empfindlichste geschädigt werde usw.

Parallel damit erschien am 16. Februar ein vom 10. datierter Petersburger Brief im „Journal des Débats“. Im Innern Rußlands, schreibt der Verfasser, sehe es nach wie vor gleich schlimm aus: Attentate, Expropriationen, Morde, Verschwörungen — aber darum kümmere man sich nur wenig. Die auswärtige Politik nehme alles Interesse in Anspruch. Es rieche nach Pulver und Rußland werde seine Rolle in der europäischen Politik wieder aufnehmen. Der Anlaß der Krisis aber sei der folgende: Bekanntlich sei Rußland in den Krieg mit Japan von Deutschland gedrängt worden(!!); damit es in Europa ohnmächtig werde, habe man ihm die japanische Schlinge um den Kopf geworfen.

Das Resultat sei bekannt. Danach habe Deutschland die Russen gegen Polen aufgehetzt, um auch diesen Feind zu vernichten, und endlich,

trotz der von Iswolski mit so großem Geschick herbeigeführten russisch-englischen Entente, welche der Welt bewies, daß fortan nicht Rußland, sondern Deutschland der Gegner der Engländer sei, vor fünf Wochen einen Vertrag mit Rußland und Schweden abgeschlossen, durch den die Ostsee für ein mare clausum erklärt, daß heißt zu einem mare teutonicum gemacht wurde. Aber dank der Wachsamkeit und der patriotischen Entrüstung der „Nowoje Wremja" „qui reflète souvent, sous une forme un peu vive, la pensée impériale" habe die russische Regierung durch eine Note kundgetan, daß sie niemals auf einen solchen Plan eingegangen sei. Deutschland aber habe sich danach auf den Gedanken einer Garantie des territorialen status quo zurückgezogen, und so die heikele Frage der Aland-Inseln aufgebracht, die noch schwebe. Jetzt aber suche die deutsche Intrige auch für die Küsten des Schwarzen Meeres eine Garantie des gegenwärtigen Bestandes zu erlangen, um sich den Türken und den Rumänen gefällig zu erweisen, und den Russen jeden Fortschritt in der Richtung zum Balkan, in Kleinasien und im Mittelmeer unmöglich zu machen.

„So lagen die Dinge, und die Geister waren bereits überhitzt, als die Nachricht eintraf, daß Österreich-Ungarn soeben mit dem Sultan einen Vertrag betreffs Verlängerung seiner Eisenbahnen nach Mitrowitza und nach Saloniki abgeschlossen habe. Wenn Kleinasien uns fortan verschlossen ist, wenn wir jede Hoffnung aufgeben müssen, uns einen Weg ins Mittelmeer, sei es durch Europa, sei es durch Asien, zu bahnen, so ist das deutsche Werk der Bagdadbahn gesichert, der deutsche Einfluß in Kleinasien festgelegt und auf dem Wege, auch nach Indien zu dringen. Dieser Schlag soll zuerst uns (die Russen) treffen, bevor er durch eine natürliche Rückwirkung Italien und dann England trifft. Deutschland ist bereits seines Einflusses in Rumänien sicher. Es soll auch in Athen dominieren, der Marsch nach Saloniki (denn Österreich ist nur die Vorhut Deutschlands) gibt ihm wirtschaftlich und strategisch das Übergewicht auf der Balkanhalbinsel. So wird der slavische Block in zwei Hälften zerschnitten, rechts Montenegro, links Serbien und Bulgarien. Italien verliert alle Hoffnung auf die albanischen Küsten, der englische Handel im Orient wird ruiniet, Indien vielleicht ernstlich gefährdet. Sollte Europa, das so viele Anstrengungen daran gesetzt hat, um die russische Flotte vom Mittelmeer fernzuhalten, nur für die deutsche Flagge gearbeitet haben?"

Wir verzichten auf die Wiedergabe der Schlußbetrachtungen und wollen nur unserem Erstaunen Ausdruck geben, daß ein Blatt wie die „Débats", dieses Gemenge bewußter Unwahrheiten und politischer Phantastereien in seinen Spalten aufgenommen hat. Aber offenbar haben wir hier eine getreue Wiedergabe dessen, was an politischem Gerede in den aufgeregten und nervösen Kreisen der Petersburger Gesellschaft umgeht.

Der „Golos Moskwy" vom 14. Februar hat bei einer Reihe von Moskauer Politikern eine Umfrage veranstaltet, um zu erfahren, was sie von dem Kriegslärm dächten. Die meisten antworteten, die Gerüchte seien hartnäckig und beunruhigend, und eine Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten unerläßlich.

Graf F. A. Murawiew sagte: Ich fürchte, es kommt zum Kriege. Aber ich bin überzeugt, daß die Lehren der letzten Kampagne nicht verloren sind, und daß unser Feldzug ein anderes Resultat haben wird, als der japanische Krieg.

N. F. Richter: Sie haben an der Adelsversammlung teilgenommen und gesehen, wie leidenschaftlich die Parteien einander gegenüberstehen. Darf man bei solcher Unstimmigkeit im Innern vom Beginn kriegerischer Operationen reden? Gott bewahre uns vor einem Kriege!

Baron Krüdner-Struve, Mitglied des Reichsrats, will nach Petersburg fahren, um zu hören, wie man dort auf den Kriegslärm reagiert. Fürst P. D. Dolgorukow will an die Möglichkeit eines Krieges nicht glauben. Wenn zwei Kolosse mit tönernen Füßen aneinander geraten, gebe es ein Unglück für die Bevölkerung beider Länder.

K. N. Paschalow: Ein russisch-türkischer Krieg wäre der tollste Unsinn. Weshalb sollen wir uns denn mit den Türken schlagen? Was brauchen sie von uns, und was wollen wir von ihnen? Aber in unserer Zeit der Phantasmagorien und der unwahrscheinlichen Abenteuer ist alles möglich. Vielleicht haben wir „Freunde", die uns in dieses unsinnige Unternehmen drängen. Es ist eben alles denkbar, aber es wird ein so vollkommener Wahnsinn sein, daß man ihn nicht mehr übertrumpfen kann.

Ein Herr Perepelkin, der als letzter der Reihe aufgeführt wird, sagt, er sei zwar kein Politiker, aber das wolle er doch sagen: Gott bewahre uns vor einem Kriege, denn wie immer er auslaufen mag, er wird unser Land noch mehr zu Grunde richten.

Es schließt sich hieran eine lange Ausführung über die Streitkräfte der Türkei und über ihre Bewaffnung, und der Gesamteindruck, den man gewinnt, ist, daß in der Tat auch in Moskau ein russisch-türkischer Krieg für möglich gehalten wird.

Fragt man, wie all der absolut grundlose Lärm entstanden ist, so ergibt sich, daß er zunächst auf die übertreibenden und aufregenden Nachrichten zurückzuführen ist, den die Berichte der „Nowoje Wremja" von der türkisch-persischen Grenze brachten. Wir haben von diesen Gegensätzen mehrfach gesprochen. Es handelt sich um strittige Gebiete, die von nomadischen Stämmen bewohnt werden, die je nach ihrem augenblicklichen Vorteil bald diesen bald jenen der benachbarten Gebieter als Herrn anerkennen, so daß eine wirklich zuverlässige Grenze eigentlich niemals bestanden hat. Dazu kommt, daß der Sultan die Ansteckung der in Persien zurzeit vorherrschenden konstitutionell demokratischen Ideen fürchtet. Er will sie sich vom Leibe halten. Deutschland aber ist seit geraumer Zeit bemüht gewesen, diese persisch-türkischen Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen, und hat mehr als einmal in Konstantinopel zu versöhnender Haltung geraten, auch Zusagen erhalten, die eine irenische Stimmung zeigten. Nebenher wiesen die jüngsten Ereignisse in Wan darauf hin, daß neue Unruhen in Armenien zu erwarten seien, und das hat zu Verstärkungen der türkischen Truppen geführt, aber so viel uns bekannt ist, keineswegs zu einer Mobilisierung der asiatischen Streitkräfte. An eine Absicht der Türken, Rußland anzugreifen, ist vollends nicht zu denken. Es scheint vielmehr diese türkische Truppenverstärkung für Rußland ein gelegener Vorwand zu sein, um nunmehr seinerseits Truppen im Kaukasus zu konzentrieren und die dort fortdauernden Unruhen energisch niederzuschlagen, was ganz unerläßlich ist. Es sollen 4 Divisionen mobilisiert werden, die wohl ausreichen werden, die Ruhe herzustellen und für alle Fälle eine Achtung gebietende Stellung an den türkischen Grenzen einzunehmen, vielleicht auch, um wenn nötig, in Persien einzuschreiten und dort die Konsequenzen aus dem russisch-persischen Vertrage zu ziehen. Nicht unmöglich ist auch, daß diese Scheingefahr benutzt wird, um den Fürsten Woronzow Daschkow, den wenig energischen Statthalter des Kaukasus, durch eine festere Hand zu ersetzen. Was aber den Lärm wegen der Mitrowitzabahn betrifft, so hat er noch weniger reale Unterlagen. Durch Artikel 25 des Berliner Vertrages, den bekanntlich auch Rußland und die Türkei garan-

tiert haben, behielt sich Österreich-Ungarn das Recht vor, im Sandjak von Nowibazar „Garnisonen zu halten und Militär- und Handelsstraßen zu besitzen"; der weiter in Frage kommende Artikel 29 aber sagt: „Montenegro muß sich mit Österreich-Ungarn verständigen, durch das neue montenegrinische Gebiet (Antivari und sein Küstenland) hindurch eine Straße und eine Eisenbahn anzulegen und zu unterhalten." Von beiden Rechten ist bisher, so weit die Anlage von Eisenbahnen in Frage kommt, nicht Gebrauch gemacht worden. Wenn Österreich jetzt tun will, was ihm bereits 1878 zu tun freistand, ist ihm gewiß kein Vorwurf daraus zu machen, und ebenso wenig trifft die Türkei ein Vorwurf, wenn sie ihre Bahnen mit den österreichisch-ungarischen in Verbindung setzt. Wenn Rußland darin eine Verletzung des Mürzsteger Vertrages erblickt, der eine Wahrung des status quo von 1903 vorsieht, so hat der Frhr. v. Aehrenthal mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß dieser Vertrag den politischen, nicht den wirtschaftlichen status quo betraf und betrifft. Da Österreich-Ungarn der russischen Gegenforderung einer Verbindungsbahn von der Donau zum Adriatischen Meer (Serbien-Montenegro), die ebenfalls wirtschaftlichen Zwecken dienen soll, das größte Entgegenkommen gezeigt, und von dem ihm durch den Artikel 29 zustehenden Vetorecht keinen Gebrauch gemacht hat, läßt sich wohl mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Erregung bald schwinden und ruhiger Erwägung Platz machen wird. Den Vorteil davon würden alle an der Erschließung des Balkans interessierten Mächte ziehen, vor allem aber Mazedonien, das, wie sich hoffen läßt, mit der Bahn und dem regeren Verkehr auch den Frieden finden wird, nach dem das durch die Rivalität der Serben, Bulgaren und Griechen seit einem halben Menschenalter geplagte Land, seufzt. Aber eine Schlußbetrachtung ist hier doch noch anzuknüpfen. Weshalb hat sich bei dieser aufregenden Diskussion alles Gift und aller Haß gegen Deutschland gerichtet? Seit einem Jahrhundert haben Deutschland und Rußland zueinander gestanden. In den politischen Krisen der Jahre 1828 und 1829, während der polnischen Aufstände von 1831 und 63, während des Krimkrieges, wie während des orientalischen Krieges von 1877/8, wie endlich während des letzten japanischen Krieges haben Preußen und Deutschland es Rußland möglich gemacht, ohne Sorge für seine Westgrenzen seine volle Kraft dem Feinde entgegenzuwerfen, auch haben wir Rußland diplomatisch in den Augenblicken höchster Krisis die wesentlichsten Dienste geleistet. Der Dank dafür ist

von der russischen Regierung durch ihre Haltung 1866 und 1870 abgestattet worden, und wir haben das nicht vergessen. Aber die öffentliche Meinung Rußlands ist uns stets feindselig gewesen. Sie scheint sich nur denjenigen freundschaftlich zuzuwenden, die ihrem Vaterlande Übles tun, und es am wenigsten zu vertragen, daß man den Augenblick nicht nützt, wo man dem Nachbarn schaden kann. Auf die Moral, die sich daraus schließlich für den Nachbarn ergeben könnte, brauchen wir wohl nicht weiter einzugehen.

20. Februar 1908. Protest Abdul Aziz gegen die Besetzung von Mar Chika. Kämpfe vor Casablanca. General Stöffel wird zum Tode verurteilt.
23. Februar. Differenzen zwischen der persisch-türkischen Grenzkommission.
24. Februar. Verurteilung des ehemaligen italienischen Unterrichtsministers Nasi zu einer Gefängnisstrafe.

26. Februar 1908.

Wie wir voraussetzten, ist der Kriegslärm, der so völlig unerwartet von Petersburg her ertönte, bereits verstummt. Es war eine Preßkampagne, deren Signal von England her durch den Arguskorrespondenten der „Nowoje Wremja" gegeben wurde, im Redaktionsbureau Herrn Sjuworins weiter zugespitzt und von der gesamten russischen Presse übernommen wurde. Der Petersburger und Moskauer „Gesellschaft" erschien der unmittelbar bevorstehende russisch-türkische Krieg bereits als Realität und der allgemeinen Suggestion vermochte sich — wie die Symptome zeigen — selbst die russische Regierung, vom Ministerium des Auswärtigen bis in das Kriegsministerium hinein, nicht zu entziehen. Die englische und ein Teil der italienischen Presse akkompagnierte diesen alarmistischen Chor, so daß der Eindruck der war, daß nach einem mot d'ordre gearbeitet wurde. Dabei richtete sich der Zorn weniger gegen die Türkei, als gegen die deutsche Intrigue, die Österreich-Ungarn in das Abenteuer der Sandjakbahn, die Türkei in einen Krieg mit Persien gedrängt und endlich Rußland zur Wahrung seiner Ehre und seiner Interessen genötigt habe, im Kaukasus zu rüsten, um den türkischen Anschlägen in Kleinasien zuvorzukommen. Sogar ein Bruch mit Österreich, das Verrat an dem Mürzsteger Übereinkommen geübt habe, wurde als wahrscheinlich angenommen, so völlig schien alles politische Urteil zu versagen.

Und jetzt sieht sich das offizielle Organ der Regierung, die „Rossija", veranlaßt, zu erklären, daß das alles „Viel Lärm um nichts" war. Das Mürzsteger Abkommen ist nach wie vor in ungeschwächter Geltung, gegen den Plan, die bosnischen Eisenbahnen nach Mitrowitza zu führen, läßt sich nichts einwenden, er ist durch die Akte des Berliner Kongresses,

durchaus gerechtfertigt, von einer Kriegsgefahr an den kaukasischen Grenzen kann keine Rede sein. Weder die Türkei noch Rußland haben Maßregeln getroffen, die darauf hinweisen. Aber allerdings scheint es in Petersburg als eine Notwendigkeit angesehen zu werden, daß, wenn Österreich seinen handelspolitischen Einfluß durch einen Bahnbau auf der Balkanhalbinsel erweitert, auch Rußland eine Kompensation zu fordern berechtigt sei. Als solche Kompensation wurde eine Bahn verlangt, die aus Serbien an das Adriatische Meer führen soll. „Aber", schrieb sofort die „Nowoje Wremja", „wir sind überzeugt, daß Österreich-Ungarn lieber auf den Bau der Mitrowitzabahn verzichten, als den Bau einer adriatischen Bahn zulassen wird."

Daß das Wiener Kabinett sogleich diesem russisch-serbischen Projekt in liebenswürdigster Weise entgegenkam, war — wir wissen nicht recht — ob eine Überraschung oder eine Enttäuschung. Für die „Nowoje Wremja" und ihre Hintermänner jedenfalls das letztere. Aber, so darf man wohl fragen, was war der politische Zweck dieser so lächerlich ausklingenden Intrigue?

Die „Nowoje Wremja" ist so unvorsichtig gewesen, uns die Schlüssel des Rätsels zu geben. In einem Leitartikel vom 17. Februar wirft sie die Frage auf: „Mit England, oder mit Deutschland?" Eigentlich sei diese Frage durch das russisch-englische Abkommen bereits entschieden. Aber seither habe es eine Kaiserzusammenkunft vor Swinemünde und den Besuch Iswolskis in Wien gegeben. In London aber habe Lord Curzon die Schatten jenes England heraufbeschworen, das ein friedliches Zusammenleben zwischen Walfisch und Elefant für undenkbar erklärte. Diese Rede habe den germanophilen Kreisen in Petersburg neue Zuversicht gegeben; aber man überschätze Curzons Bedeutung, dieser „russophobe Chauvinist" genieße keinen Einfluß. Man wisse, daß er und seine Gesinnungsgenossen es durch ihren Russenhaß möglich gemacht hätten, daß Deutschland heute eine Flotte habe, mit deren Hilfe es wie einst Wilhelm der Eroberer, seine Heere auf England werfen und den englischen Handel vernichten könne. Auch seien die Politiker vom Schlage Curzons schuld am Aufkommen der gelben Rasse, die jetzt die englischen Kolonien bedrohe. Das wisse man auch in England und deshalb habe das gegenwärtige liberale Kabinett nicht nur sein asiatisches Abkommen mit Rußland geschlossen, sondern es sei im Begriff, „ein ähnliches Abkommen" in betreff des nahen Orients abzuschließen.

Hieran wird ein recht grober Ausfall gegen den Frhrn. v. Aehrenthal geknüpft, und dann kommen wir an die Reihe: Deutschland, das, wie aus der Geschichte bekannt sei, seine Existenz Rußland zu danken habe. Hätte Rußland seinen Sieg bei Kunnersdorf ausgenutzt, so hätte Preußen nie zur Kriegsmacht auswachsen können, in Tilsit habe Rußland Preußen gerettet, Alexander II. durch seine Haltung die Einigung Deutschlands möglich gemacht und ebenso die Einigung des Deutschland verbündeten Italiens.

„Welcher Lohn ist nun Rußland dafür geworden? Auf dem Berliner Kongreß hat Deutschland uns nach einem siegreichen Kriege mit den Türken genötigt, zwei blühende slawische Länder, Bosnien und die Herzegowina, einem deutschen Vorposten, dem deutsch-magyarischen Österreich-Ungarn zu überlassen, und endlich durch den Bau der Bagdadbahn das reiche Süd- und Westrußland wie eine eherne Riesenschlange umschlungen und ihm den Ausgang in das warme eisfreie Meer versperrt. Und dasselbe Deutschland hat den unnatürlichen Dreibund begründet, der seine Mauser und Mannlicher direkt gegen den slawischen Osten richtet. Jetzt, da es zu einer gewaltigen politischen Macht angewachsen ist, erklärt Deutschland ohne Rückhalt, daß es sich auf der Linie des schwächsten Widerstandes ausdehnen wolle, und drängt Rußland, dessen Diplomatie ja halb deutsch ist, in den fernen Osten."

Es schließt sich hieran eine Reihe gleich unsinniger und unehrlicher Vorwürfe, und der Artikel schließt folgendermaßen:

„Dagegen hat England durch seine Zugeständnisse in Zentralasien unser Prestige in Asien gehoben. Kann man danach noch schwanken? Unsere Diplomatie stand während des Sommers auf der richtigen Bahn."

Aus alledem folgt wohl, daß die Sandschakfrage mit allem, was darum und daran hängt, benutzt wurde, um eine gefürchtete engere Verständigung zwischen Deutschland und Rußland zu hintertreiben, wobei, wie in hohem Grade wahrscheinlich ist, englische Gelder mit an der Arbeit gewesen sind. Es sind die Argumente der „Times" und der „National Revue", die aus den Londoner Korrespondenzen des Herrn Wesselitzki wie aus den Redaktionsfabrikaten der „Nowoje Wremja" sprechen, in bewußter Verkehrung der Wahrheit und handgreiflicher mala fides. Oder weiß etwa die „Nowoje Wremja" nichts davon, welche Absichten der Politik Rußlands zugrunde lagen, die in kritischer Zeit

dem mit drei Gegnern kämpfenden Großen Friedrich in den Rücken fiel? Sie weiß wohl auch nicht, daß bei Kunersdorf Soltykow die Schlacht bereits verloren hatte und nur das Eingreifen Laudons die Niederlage in einen Sieg verwandelte. Es gehört wahrhaftig ein ganz ungewöhnlicher Grad von Unverfrorenheit dazu, die These aufzustellen, daß Preußen der Kaiserin Elisabeth Dank schuldig sei. Was aber die weitere Abrechnung von Dank und Gegenleistung betrifft, so liegt uns nichts ferner, als Dienste zu vergessen, die uns die Kaiser Alexander I. und II. geleistet haben, und daß Alexander I. sich in Tilsit den Bialystoker Kreis, der preußisches Land war, von Napoleon schenken ließ, wollen wir ihm nicht einmal verdenken, obgleich er vorher, im Jahre 1804, im Mittelpunkt einer Verschwörung stand, die uns Ost- und Südpreußen entreißen sollte; aber unser Schuldkonto ist über und über abgetragen! Die Jahreszahlen 1831, 1853—55, 1863, 1877—78, 1904 bis heute sprechen so laut, daß wir die daran sich knüpfenden Tatsachen nicht zu wiederholen brauchen. Auch das Jahr 1878! Und in dieser Angelegenheit des Berliner Kongresses möchten wir der „Nowoje Wremja" doch das Gewissen schärfen. Es ist eine bewußte Lüge, wenn sie behauptet, daß Bosnien und die Herzegowina von Deutschland der österreichischen Politik ausgeliefert worden sind. Bosnien und die Herzegowina waren der Preis, um den Rußland 1876 und 1877 in festen Verträgen die Neutralität Österreichs erkaufte, wie noch kürzlich in dem so lehrreichen Buch von Gorjäinow: „Bosporus und Dardanellen" urkundlich dargelegt wurde. Dieses Buch ist russisch geschrieben. Daß aber Österreich rechtzeitig wußte, daß Rußland bereit sei, diesen Preis zu zahlen, dankte es dem Verrat eines russischen Diplomaten mit russischem — nicht mit deutschem Namen, Herrn Sjuworin —, der sich dafür die Spielschulden bezahlen ließ, die er in Wien gemacht hatte.

Es ist kläglich, daß man all diese Dinge sagen muß. Aber diese journalistische Giftmischerei droht zu einer internationalen Kalamität zu werden und hat mit einer anständigen, ihrer Ehre bewußten Publizistik nichts mehr gemein.

Und nun die englische Preßkampagne! Da sei zunächst mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß das offizielle Organ der Regierung, die „Westminster Gazette", von vornherein einen durchaus korrekten und freundschaftlichen Ton angeschlagen hat. Die „Westminster Gazette" hofft, daß beide Eisenbahnprojekte, das russisch-serbische

wie das österreichisch-ungarische, verwirklicht werden, und erwartet davon Früchte, die dem Frieden dienen. Eingehender und im Ton noch freundschaftlicher ist die „Morning Post“:

„Daß Österreich-Ungarn — schreibt sie — seine Blicke Kleinasien zuwendet, ist natürlich und wünschenswert und wird dazu beitragen, diese Länder in engere Verbindung mit Europa zu setzen. Was aber Deutschland in Kleinasien getan hat, ist für die Gebiete, in denen die deutsche Tätigkeit ihr Feld hatte, von höchstem Wert gewesen. Es ist ein Jammer, daß politische Eifersüchteleien, die oft hätten vermieden werden können, die Rivalität gesteigert haben, die so leicht zwischen Kaufleuten verschiedener Nationen entsteht, die in derselben Region arbeiten. Die freundschaftliche Gesinnung, die Deutschland uns zeigt, ... wird vielleicht zu Vereinbarungen führen, welche diese Rivalität in Kleinasien mildern. . . .“

Das sind aber auch die einzigen Stimmen in der Reihe der großen englischen Blätter — soweit sie uns zu Gesicht gekommen sind —, welche diesen Ton anschlagen. Die gesamte Presse der konservativen Opposition nimmt leidenschaftlich gegen Österreich-Ungarn und gegen uns Partei. Die „Times“ faßt allen Ernstes die Frage an, ob jetzt, da durch das Vorgehen Baron Ahrenthals das europäische Konzert in der mazedonischen Reformfrage aufgelöst sei, nicht England in die Lage kommen könne, einzuschreiten, obgleich damit das Risiko eines europäischen Krieges verbunden sei. Das Blatt neigt aber dazu, die Frage zu verneinen: „Wir haben zu wählen zwischen einer Politik, die human und großmütig, aber gefährlich ist und ein Abenteuer bedeutet, und einer Politik, die friedlich und vorsichtig ist.“ Beides zu vereinigen sei keine Hoffnung.

Völlig maßlos ist „The Nation“. Ihre persönlichen Ausfälle übergehen wir, weil es uns nicht ziemt, sie zu wiederholen. Das Blatt nimmt leidenschaftlich für Rußland Partei und sieht in der Mitrowitzabahn eine Gefahr für den europäischen Frieden, wobei es Rußland und Italien als Verbündete Österreich gegenüberstellt. Nebenher erfahren wir, daß die englische Eisenbahn von Smyrna nach Aidin die einzige in Kleinasien sei, die nicht schlimmster Exploitation, sondern der Kultur diene usw. „Daily Chronicle“ entrüstet sich über die Sondervorteile, die Österreich sich ausbedungen habe, „Spectator“ findet es zynisch, daß die augenblickliche Schwäche Rußlands benutzt werde, um ehrgeizige

Pläne zu verwirklichen, und mit demselben Argument fährt die „Pall Mall Gazette" vor, die Türkei als tertius gaudens würde allein den Vorteil haben. Alles in allem sei die Politik von Baron Ährenthal in sonderbar ungünstiger Zeit angekündigt worden und jedenfalls nicht geeignet, gute Beziehung zu Rußland und das Vertrauen auf Erhaltung des europäischen Friedens, noch endlich die Reformen in Mazedonien zu fördern. „Daily Mail" findet die Erbitterung Rußlands sehr begreiflich und weist darauf hin, daß Deutschland hinter Österreich stehe, und schließt mit der doch sehr interessanten Bemerkung, daß, wenn der Zar zur Aufrechterhaltung des russischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel Maßregeln ergreifen sollte, die gesamte Nation hinter ihm stehen werde. Auch könnte er in solchem Fall auf reiche Geldhilfe rechnen, wobei freilich nicht ganz deutlich zu erkennen ist, ob diese Geldhilfe aus Rußland oder von anderer Seite zu erwarten wäre. (In such an event, he could count upon ample supplies of Money, for the wealth of Russia, which really exists, was never poured out for the unpopular struggle with Japan.)

Der „Standard" endlich — um diese Übersicht englischer Stimmen abzuschließen — kommt zu dem Ergebnis, daß nur Deutschland Nutzen von den neuen Bahnen haben werde, was sich durch einen Blick auf die Bagdadbahn und ihre große Zukunft erkläre. Der englische Baumwollhandel aber werde dann in gleichem Verhältnis zurückgehen.

Wir meinen, diese Blütenlese zeigt mit genügender Deutlichkeit, daß in dieser Presse die Neigung besteht, den Konflikt zu schärfen und ihn womöglich in einen Krieg ausmünden zu lassen. Mit welchen Hintergedanken, das hat sie freilich nicht ausgesprochen. Zum Glück ist nun aber die Krisis überwunden, auch die türkischen Truppen, die auf persischem Boden standen, sind nunmehr zurückgezogen, so daß der letzte Scheinvorwand zu einer Beunruhigung den Boden verloren hat. Wohl aber wird die Erinnerung an diese Episode bewahrt bleiben, und das kann nur nützlich sein.

Am 20. Februar, als diese Agitation bereits abzuflauen begann, ist wie durch ein Wunder der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch einem Attentat entronnen, das ihm, dem Justizminister und dem Stadthauptmann von Petersburg, galt. Zwei Stunden, bevor der Großfürst mit Gefolge von einer Fasanenjagd heimkehrte, wurden auf dem Newski Prospekt, in der großen Morskaja und neben dem Hotel d'Europe, acht

Terroristen verhaftet, welche Bomben von ungeheurer Explosivkraft mit sich führten. Es haben dann über 40 Verhaftungen stattgefunden, und man hofft, das Hauptnest der Terroristen damit ausgehoben zu haben. Einer von ihnen ist Italiener dem Namen nach, von den anderen, soweit sie bisher bekannt sind, drei Juden, acht junge Mädchen! Es ist entsetzlich, und es drängt sich immer wieder die Frage auf, ob denn nicht internationale Vereinbarungen möglich sind, um diese Mörder aus Prinzip unschädlich zu machen? Es ist eine Form des moralischen Defekts, wie bei den Mördern aus Schwachsinn, auf welche die Kinder- und Frauenmorde zurückzuführen sind, die in den letzten Jahren in so erschreckender Weise zugenommen haben: in beiden Fällen haben Staat und Gesellschaft ein Anrecht auf Schutz, und nirgends scheint ein Asylrecht, wie England es bietet, weniger berechtigt. Das Proklamieren der anarchistischen Doktrin ist aber ebenso ansteckend wie die anarchistische Tat, und die gewaltsame Unterdrückung von beiden hat mit dem Problem der freien Meinungsäußerung nichts zu schaffen. In Rußland hat die Entdeckung dieser terroristischen Verschwörung das eine Gute gehabt, daß die dritte Duma öffentlich und nachdrücklich ihrem Abscheu vor dem politischen Morde Ausdruck gegeben hat, was bekanntlich die erste wie die zweite Duma zu tun ablehnten.

Inzwischen ist das Urteil im Prozeß Stössel gesprochen worden. Man hat ihn zum Tode verurteilt, ohne ihm die Standesrechte abzusprechen, und ihn zugleich dem Zaren zur Begnadigung auf zehn Jahre Festung empfohlen. Wir halten dieses Urteil keineswegs für gerecht, ganz wie die Führung des Prozesses uns parteiisch erscheint. Die Frage nach dem Zustande, in welchem Stössel die Festung übernahm, durfte in den Verhandlungen nicht berührt und ebensowenig von der Rolle gesprochen werden, welche der Flotte während der Verteidigung der Festung zufiel. Der $1^1/_2$ Monate dauernde Prozeß hat den allerpeinlichsten Eindruck hinterlassen; Neid und Haß führten das Wort, und alles schien verschworen, die Schuld auf diesen einen abzuwälzen. Der Beweis ist nicht erbracht worden, daß die Festung sich noch länger als 48 Stunden hätte halten können; diese 48 Stunden aber hätten Tausenden von Verwundeten und Kranken das Leben gekostet. Es steht fest, daß die Verteidigung bis zuletzt mit bewunderungswürdiger Tapferkeit geführt worden ist. Das 25. Infanterieregiment hat 80 Proz. seiner Offiziere und 145 Proz. seiner Soldaten verloren, was sich daraus erklärt, daß Leute,

die 5—6 mal verwundet waren, immer wieder, sobald sie ein Gewehr tragen konnten, zu ihren Bastionen zurückkehrten. In einer Redoute blieben von 160 Mann zwei am Leben, und von diesen war einer schwer verwundet. Und nun bedenke man, daß Port Arthur acht Monate lang von jeder Verbindung abgeschnitten war, daß die russische Flotte seit Tsushima nicht mehr existierte und die Trümmer der Armee sich in Tienlin sammelten, verwildert und insubordiniert. Szenen, wie sie in der mandschurischen Armee sich abgespielt haben, sind in Port Arthur nicht vorgekommen. Nein, es hat weit Schuldigere gegeben als den General Stössel, von den Spekulanten am Jalu bis zu den unbotmäßigen Generalen, den unglücklichen oder ungeschulten Feldherren, zur langen Reihe derjenigen, denen der Krieg eine Quelle der Bereicherung wurde, und der noch weit schlimmeren Elemente, die das Unglück ihres Vaterlandes nutzten, um ihre revolutionären Ziele zum Triumph zu führen.

Daß das Todesurteil nicht ausgeführt werden wird, ist ja selbstverständlich, aber es wird auf die Form der Begnadigung ankommen.

Man fragt sich wohl, ob die ostasiatische Tragödie bereits ausgespielt hat. Es gibt Leute, die daran zweifeln. So erfahren wir erst jetzt aus dem „Gaelic American", daß der Premier von Kanada Sir Wilfried Laurier Ende vorigen Monats gesagt hat, daß die Zeit nahe sei, da die Flotten Englands und Japans einen gemeinsamen Feind bekämpfen würden (the warships of Japan and England would be riding the sees together against a common enemy). Bisher ist unseres Wissens diese Äußerung nicht in die Presse gedrungen. Wir halten die Nachricht des „Gaelic American" jedoch trotz seiner offenkundigen Feindschaft gegen England für richtig, da wir das Blatt stets zuverlässig in seiner Berichterstattung gefunden haben. Es schließt mit der Bemerkung, daß Sir Wilfried nicht gesagt habe, wer dieser gemeinsame Feind Englands und Japans sei; es könne daher vielleicht die Schweizer Flotte gemeint sein, gewiß nicht Englands lieber „kith and kin" Uncle Sam.

Anmerkung. Erst nachträglich finden wir die Rede Lauriers in der Wochenausgabe der „Times" Seite 31 wiedergegeben. Der „Gaelic American" hat also recht berichtet.

In betreff der marokkanischen Angelegenheiten macht sich in Frankreich eine steigende Beunruhigung bemerkbar. Eine Interpellation folgt der anderen. Aber auch Blätter wie das „Journal des Débats" machen sich Sorgen. Die Erklärungen des Herrn Ministers des Aus-

wärtigen seien zwar im allgemeinen voller Weisheit, aber leider entspreche ihnen die Praxis seiner Politik nicht vollkommen, und das Publikum verstehe immer weniger den Widerspruch, den es zwischen Wort und Tat zu erkennen glaube. Auch sei die Haltung des Teils der Presse, der am meisten zur Regierung halte, auffallend. Während früher dem General Drude Mangel an Unternehmungsgeist vorgeworfen wurde, frage jetzt ein ministerielles Blatt, was wohl der Zweck der Kampagne des Generals d'Amade sein möge, und ob er Frankreich nicht zu weit führe. Die „Débats" sagen, daß die Regierung sich gewiß nicht darüber beklagen dürfe, daß man ihr Schwierigkeiten zu machen suche. Aber die Zeit gehe hin, und allmählich seien sich alle Parteien darüber klar geworden, was man tun könne und was man lassen müsse. Der Wunsch gehe dahin, daß die Regierung den Eindruck hervorrufe, daß auch sie das sehr genau erkenne und daß sie an der Politik festhalte, die sie angekündigt habe. (Que le gouvernement donnât l'impression de le voir aussi très exactement, et se tint à la politique qu'il a annoncée.) Diesem Wunsche können wir uns nur anschließen, denn in der Tat geht es uns wie der öffentlichen Meinung Frankreichs, wir finden, daß die theoretische und die praktische Politik Frankreichs immer schwerer in Einklang zu bringen sind. Daß die letzte verlustreiche Razzia d'Amades eine Notwendigkeit war, vermögen wir noch nicht einzusehen. Vielleicht gibt Herr Pichon die noch ausstehende Erklärung. Zunächst ist doch der Eindruck der, daß Herr Leroy-Beaulieu recht hatte, als er schrieb: Ce ne sont pas nous qui avons le Maroc, mais le Maroc nous a; das war, wenn unser Gedächtnis nicht trügt, der Wortlaut. Die abschüssige Bahn begann mit der Casablanca-Affäre — von da ab gab es immer neue Verwickelungen, und wir vermögen auch heute noch nicht einzusehen, daß das Bombardement der Stadt eine politische oder militärische Notwendigkeit war.

27. Februar 1908. Resolution des engl. Unterhauses gegen die Verwaltung des Kongostaates.
28. Februar. Katholische Trauung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore von Reuß.
Bombenattentat auf den Schah v. Persien.
29. Februar. Bombenattentat auf Alcorta, Präsidenten von Argentinien.
1. März. Evangelische Trauung des Fürsten von Bulgarien.
Japanisch chinesische Differenzen wegen Beschlagnahme des Tatsu Maru.
2. März. Verlustreiche Kämpfe der Franzosen in Marokko.

4. März 1908.

„Ein großes Rußland, Gedanken über das Problem der Macht Rußlands." Unter diesem Titel ist im Januarheft der in Moskau erscheinenden Monatsschrift „Der russische Gedanke" (Rußkaja Mysl) eine Abhandlung von Peter Struve veröffentlicht worden, die uns sorgfältige Beachtung zu verdienen scheint. Wir haben mehrfach Gelegenheit gehabt, uns mit Herrn Struve zu beschäftigen. Er ist der Begründer, Herausgeber und Redakteur der „Oswoboshdenije", deren erste Nummer am 1. Juli 1902 in Stuttgart, die letzte am 18. Oktober 1905 in Paris erschien. Danach finden wir Herrn Struve wieder in Petersburg als einen der Führer der konstitutionellen Demokraten; aber der Verlauf der Revolution, deren blutige Ausschreitungen seiner fein angelegten Natur offenbar schmerzlich waren, hat ihn immer mehr nach rechts gezogen, und heute scheint er uns den Oktobristen näher zu stehen als den „Kadetten".

Es ist unter diesen Umständen um so mehr von Interesse, das Programm kennen zu lernen, das er für die künftige Politik Rußlands entwirft, als, wie uns ein sorgfältiges Verfolgen der russischen Presse gezeigt, seine Gedanken bei der öffentlichen Meinung des Landes eine günstige Aufnahme finden werden. Sowohl in den Parteien der äußersten Rechten wie im Zentrum und in der Linken haben wir Anhänger seiner Ideen gefunden.

Struve geht nun von dem Gedanken aus, daß der große Fehler des reaktionären Rußland seine Abwendung vom „nahen Orient" war. Das Fundament der auswärtigen Politik Rußlands müsse die Be-

gründung der ökonomischen Herrschaft Rußlands im gesamten Bassin des Schwarzen Meeres sein, das heißt in allen europäischen und asiatischen Ländern, die in das Schwarze Meer „ausmünden". Die ökonomische Herrschaft werde sich auf friedlichem Wege erreichen lassen, und mit dieser Machtbasis brauche Rußland niemanden zu fürchten. Das Bündnis mit Frankreich und die Verständigung mit England biete eine vorzügliche Verteidigung und könne, wenn nötig, erweitert und vertieft werden. Das mit dem Namen A. P. Iswolski für immer verknüpfte Abkommen mit England sei eine Rückkehr zu der Politik, die durch die Natur und den historischen Verlauf für Rußland geboten sei.

Um dieses Ziel zu erreichen, müsse vor allem das Volksleben wieder diszipliniert werden. Der Generalstreik, der das Manifest vom 30. Oktober zur Folge gehabt hätte, sei nicht ein taktischer Fehler gewesen, sondern eine von staatsfeindlicher Gesinnung eingegebene Maßregel der Zerstörung, welche die Disziplin der Arbeit durchbrochen habe. Ein „großes Rußland", wie der Ministerpräsident Stolypin es am 10. Mai 1907 als Notwendigkeit gefordert habe, könne nur geschaffen werden, wenn das gesamte Volk, vor allem aber die gebildeten Klassen, als Ideal die Staatsgewalt und als Fundament die Disziplinierung der Arbeit anerkennen. Bisher habe die Staatsgewalt in offener Feindschaft den meist kultivierten Elementen der Gesellschaft gegenübergestanden und die „Reaktion" habe sich vornehmlich vom Kampfe gegen die „Fremdvölker" in Rußland genährt. Von den Problemen, welche die Beziehungen zu diesen Fremdvölkern bedingen, seien die wichtigsten: die Judenfrage und die Polenfrage. Die erstere sei keineswegs so unlösbar wie die soit-disant Konservativen annähmen. Wenn es wahr sei, daß das Problem „Groß-Rußland" identisch ist mit der wirtschaftlichen Ausbreitung Rußlands im Bassin des Schwarzen Meeres, so seien für die Ausführung dieser Aufgabe und überhaupt für die wirtschaftliche Aufrichtung Rußlands die Juden ein überaus wertvolles Element, als Pioniere und Vermittler fast unersetzlich, sobald sie der russischen Staatsgewalt ergeben und der russischen Kultur treu seien. Um solche Juden zu „schaffen", müsse die Emanzipation konsequent und loyal ausgeführt werden. Es gebe, allem Antisemitismus zum Trotz, kein Element, das sich besser dem russischen Staatsgedanken und der russischen Kultur assimilieren werde, vorausgesetzt, daß die Emanzipation sich in einer Atmosphäre wirtschaftlichen Aufschwunges vollziehe.

„So ist die Lösung der Judenfrage untrennbar verbunden mit der ökonomischen Seite des Problems „Groß-Rußland". Die Emanzipation der Juden setzt psychologisch die wirtschaftliche Wiedergeburt Rußlands voraus und wird andererseits eines der Werkzeuge, das die ökonomische Macht des Reiches begründen soll."

Eingehender wird die „Polenfrage" diskutiert. Sie sei das international-politische Problem Rußlands par excellence. Herr Struve stellt an die Spitze seiner Betrachtung den Satz: „*In wirtschaftlicher Hinsicht braucht das Zartum Polen — Rußland, und nicht umgekehrt. Die Russen haben in Polen ökonomisch nichts zu holen, Rußland aber ist der einzige Markt Polens.*"

Daß Rußland am Besitz Polens festhalten müsse, wird als Axiom vorausgesetzt. Stehe das fest, so verlange das Reichsinteresse, daß die Polen mit ihrem Schicksal zufrieden sind und moralisch gewonnen werden. Nun glaube man in weiten Kreisen, daß Deutschland im geeigneten Augenblick sich Polens bemächtigen könnte. Aber das sei falsch. Deutschland brauche keinen Zoll polnischen Bodens und könne nicht einmal die Polen der Provinz Posen verdauen. Daß die preußische Polenpolitik, wie Professor Delbrück mehr als einmal nachgewiesen habe, falsch sei, liege auf der Hand. Sie sei nur ungestraft geblieben, weil die russische Polenpolitik noch falscher war. Preußen suche per fas et nefas Posen zu germanisieren. Die Idee einer Russifizierung Polens sei eine haltlose Utopie, und es könne im Territorium des Zartums Polen weder einen Kampf der Kultur noch der Nationen geben, weil das russische Element in Polen nur durch Beamte und durch Soldaten vertreten sei. Daraus ergebe sich, daß der Besitz Polens für Rußland nicht eine Frage nationaler Selbsterhaltung, sondern eine politische Machtfrage sei.

Von diesem Standpunkte aus müsse die russische Politik vollkommen klar sein.

„Wir müssen, auf die ökonomische Zugehörigkeit Polens zu Rußland gestützt, sie benutzen, um unsere von der Natur gegebenen Beziehungen zu den Slawen und speziell zu den Westslawen durch sie zu verstärken. Die Polenpolitik muß unserer Annährung an Österreich dienen, das heute ein vornehmlich slawischer Staat ist. Eine liberale Polenpolitik wird unser Prestige in der slawischen Welt unermeßlich steigern und auf psychologisch ganz natürlichem Wege, zum ersten Male im Verlaufe

der Geschichte, ein moralisches Band zwischen uns und dem Staate Österreich schaffen."

Zwar werde es zu einer Konkurrenz auf der Balkanhalbinsel in ökonomischen Fragen kommen, aber die moralische Solidarität werde ihr alle Schärfen nehmen. Schon sei Österreich durch seine großartige Wahlreform innerlich erstarkt, auch nach außen hin werde es wachsen. Aber der slawische Charakter Österreichs sei keine Bürgschaft gegen einen Angriff von seiten der Habsburger, wenn Rußland schwach bleibe. Dauere die Unzufriedenheit in Russisch-Polen fort, das in den engsten Beziehungen zu Galizien stehe, und baue Rußland, statt sich im Bassin des Schwarzen Meeres festzusetzen, eine unnötige Linienflotte für das Baltische Meer und den Stillen Ozean, so könne es eines schönen Tages an seiner europäischen Westgrenze unliebsame Überraschungen erleben. Deutschland werde früher oder später genötigt sein, seiner bisherigen Polenpolitik zu entsagen, und sei dann in Rußland die polnische Frage nicht gelöst, so werde Rußland unausbleiblich einen schweren Schlag von Westen her zu erwarten haben. Man unterschätze die Macht Österreichs ebenso leichtsinnig wie man es mit der japanischen getan habe. Ein unglücklicher Krieg mit Österreich bei wohlwollender Neutralität Deutschlands, würde den Verlust des Königreichs Polen an Österreich und der baltischen Provinzen an Deutschland bedeuten. Damit solle nicht ein Zweifel an der Friedensliebe beider Mächte wachgerufen werden, aber Kriege würden durch Interessenkonflikte und durch Machtverhältnisse hervorgerufen, nicht durch ein internationales Falschspielen der Regierungen. Schwache Staaten pflegten den Starken zum Opfer zu fallen, und wenn in einem russisch-österreichischen Kriege Deutschland neutral bleibe, werde sich kein Finger in ganz Europa heben, um Rußland zu verteidigen. Ein Vorwand zum Angriff aber werde sich immer finden, wenn Rußland andauernd schwach bleibe, und es sei patriotische Pflicht, auf die Möglichkeit dieser Gefahr hinzuweisen.

Der Schlüssel zur Lösung dieser Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten liege in der Regelung der polnisch-russischen Beziehungen. Nun sage man freilich, daß Deutschland eine liberale Lösung der polnischen Frage nicht zulassen werde. Aber abgesehen davon, daß eine Einmischung in innere Angelegenheiten Rußlands nicht zu dulden sei, könne Deutschland ohne Österreichs Hilfe nichts gegen Rußland unternehmen, und in einem Kriege mit Deutschland allein, habe Rußland Frankreich und

England zu Verbündeten. Daraus folge, daß Rußland auf Gnade und Ungnade von Deutschland in Abhängigkeit gerate, wenn es die polnische Frage nicht regele. Entweder werde Rußland als Vasall in seiner inneren und äußeren Politik die Wege gehen müssen, die Deutschland weise, oder es müsse darauf gefaßt sein, daß Deutschland im geeigneten Augenblick Österreich in Marsch setze. Der slawische Charakter Österreichs werde dabei nicht zur Geltung kommen.

„So lange wir nicht eine wahrhaft slawische Politik treiben, so lange wir Polen in gedrückter Stellung erhalten, so lange wir nicht unsere historische Mission auf dem Schwarzen Meere erfüllen, auf dem das natürliche ökonomische Fundament eines „Groß-Rußland" ruht, so lange muß Österreich-Ungarn, selbst als slawische Macht, oder vielmehr, weil es slawische Macht ist, darauf ausgehen, sich auf unsere Kosten auszubreiten."

Deutschland werde diese Bemühungen Österreichs im eigensten Interesse unterstützen.

Aus all den angeführten Erwägungen ergebe sich, daß im Kampf mit Deutschland oder mit Deutschland und Österreich die Aktion einer russischen Flotte keinerlei Bedeutung haben könne. Eine baltische Flotte brauche Rußland daher überhaupt nicht, wohl aber eine starke Armee und eine Flotte, die es möglich macht, an jedem beliebigen Punkte der Küste des schwarzen Meeres zu landen und jeden feindlichen Angriff abzuwehren. „Mit anderen Worten, wir müssen die Herren im Schwarzen Meere sein!" Gegen Deutschland werde stets Deckung durch England und Frankreich zu haben sein, wie denn die Erhaltung des französischen Bündnisses und des Abkommens mit England die unerläßliche äußere Garantie sei, wenn ein „Groß-Rußland" geschaffen werden solle.

Es schließt sich hieran ein heißer Appell an den Staatspatriotismus der Russen.

„Ein mächtiger Staat ist unmöglich, wenn die nationale Idee nicht erfüllt wird. Die nationale Idee im heutigen Rußland ist die Versöhnung zwischen Staatsgewalt und dem erwachten Selbstbewußtsein und dem Selbstvertrauen des Volkes, das zur Nation wird. Staat und Nation müssen organisch verwachsen. Das Beispiel der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung zeige, daß mit Machtmitteln gearbeitet werden müsse, um Großes zu erreichen.

Ein Staat muß revolutionär sein, wenn und soweit seine Machtstellung es verlangt. Er kann nicht revolutionär sein, wenn und soweit es seine Machtstellung untergräbt.

Das ist ein Gesetz, das in gleicher Weise Dynastien und Demokratien beherrscht. Es stürzt Monarchen und Regierungen: es vernichtet auch Revolutionen. Wer das versteht, begreift auch das wahre Wesen des Staates, er schaut ihm ins Antlitz, das wie das Antlitz Peters des Großen, nach dem Wort unseres größten Dichters, zugleich „herrlich" und „entsetzlich" ist.

Nur wenn das russische Volk vom Geist wahrer Staatsgesinnung erfüllt sein wird, und sie kühn gegen alle Feinde, wo immer sie sich bergen mögen, verteidigt — nur dann wird auf dem Fundament lebendiger Überlieferungen der Vergangenheit und kostbarer Errungenschaften der gegenwärtigen und kommenden Generation das „große Rußland" geschaffen werden."

Das sind die letzten Worte von Herrn Struve, und wir glauben, daß auch da, wo sein Pathos für unsere Empfindung zu hohe Töne anschlägt, es in Rußland Widerhall finden wird. Man hat drüben von jeher große Worte geliebt und gern die Schwierigkeiten übersehen, über welche sie hinwegtäuschen. Aber das politische Programm, das hinter den Struveschen Ausführungen liegt, dessen Grundgedanken, wenn auch nicht in gleich geschlossenem Zusammenhang, uns schon geraume Zeit aus der russischen Presse entgegentönen und neuerdings auch in politischen Schachzügen der Regierung zum Ausdruck kommen, verdient doch eine Analyse.

Wir sehen dabei von dem lobenswerten Aufruf zu gesunder Staatsgesinnung ab — das Verhalten der Kadetten bei der Dumadeputation zum Zaren und was aus dem Innern Rußlands zu uns herüberklingt, stimmt uns freilich pessimistisch —, aber wir freuen uns der unverkennbar patriotischen Gesinnung Herrn Struves, die wir auch bei unseren Gegnern achten. Und zu unseren Gegnern müssen wir leider auch Herrn Struve rechnen. Wir hätten von einem Mann seiner Bildung, dem doch die Geschichte der letzten hundert Jahre schon einigermaßen bekannt sein muß, nicht erwartet, daß er im Ernst an eine deutsche Gefahr für Rußland glauben kann. Es hat in dieser Zeit sehr oft, zuletzt unter Alexander III., eine russische Gefahr für Deutschland gegeben, n i e m a l s eine deutsche Gefahr für Rußland, und ebensowenig ist Österreich von uns gegen

Rußland gedrängt worden. Das sind historische Halluzinationen, an denen Menschen wie Herr Wesselitzki oder Herr Menschikow kranken, die aber ein Politiker, der wie Herr Struve mit Überzeugung und Gewissen operiert, nicht vorbringen sollte.

Aber abgesehen davon und ohne uns auf eine Widerlegung einzulassen, seien die drei Hauptgedanken seiner Ausführungen näherer Prüfung unterzogen: Wiederaufnahme einer Orientpolitik, die Rußland zum Herrn des Schwarzen Meeres und seiner Küsten machen soll, Versöhnung mit Polen und durch sie Gewinnung der übrigen Westslawen, endlich Emanzipation und zugleich Nutzbarmachung der russischen Judenschaft.

Das erste Ziel ist naturgemäß nur durch einen Krieg gegen die Türkei zu gewinnen, und wir haben das Präludium dazu laut genug in den letzten Wochen gehört. Eine „pénétration pacifique“ des gesamten Bassins des Schwarzen Meeres, so daß Rußland jederzeit an beliebigem Punkt mit seinen Truppen landen kann, ist eben anders nicht denkbar. Der friedliche Weg des Handels steht ihm ja schon jetzt offen, und wenn es seine emanzipierte Judenschaft gegen die Balkanstaaten und gegen die Türken in Asien und Europa loslassen will, steht dem, so viel wir sehen, nichts anderes im Wege als die entschiedene Abneigung, mit der diese Elemente nun einmal zu kämpfen haben. Die „pénétration“ mit den Waffen in der Hand dürfte schon schwieriger sein. Selbst die Bulgaren sind mehr in der Theorie als in der Praxis ihres politischen Lebens Russenfreunde und haben bisher mit außerordentlicher Eifersucht ihre politische Selbständigkeit zu wahren verstanden. Dazu sehen sie in jeder Macht, die am Balkan Fuß fassen will, einen Rivalen. Auch lebt Rußland mit der Türkei in Frieden; es hat 1878 den Besitzstand der Türkei, wie die Verträge ihn geregelt haben, garantiert, und die Türkei ist bei allen Schwächen ihrer Verwaltung immerhin eine sehr respektabele Kriegsmacht. Endlich ist uns zweifelhaft, ob in der russisch-französischen Allianz und in dem russisch-englischen Abkommen ein Verzicht beider Mächte auf ihre traditionelle Orientpolitik zugunsten Rußlands mit eingeschlossen ist. Die russisch-englischen Vereinbarungen sind, so viel uns bekannt ist, auf ein Stillestehen, nicht auf ein Vordringen Rußlands in Kleinasien und ins Mittelmeer hinein berechnet, anderer Gegensätze nicht zu gedenken, wie sie z. B. durch die Interessen Rumäniens und durch den noch fortwirkenden Märzsteger Vertrag, wie Herr A. P. Iswolski noch kürzlich anerkannt hat, bedingt werden.

Noch erstaunlicher freilich ist, was Herr Struve von der künftigen Polenpolitik Rußlands erwartet. Sie soll das Netz werden, mit welchem er die slawische Bevölkerung Österreich-Ungarns zu Rußland herüberziehen will, um das, wie es schien, schon erstorbene und durch die historische Wirklichkeit ad absurdum geführte panslawistische Ideal zu verwirklichen. Dabei wird, ganz beiläufig, die seit bald 30 Jahren bestehende deutsch-österreichische Allianz als quantité négligeable beiseite geschoben, als ob es nicht sehr reale Interessen wären, auf denen sie beruht. Und hat Herr Struve denn nichts von den Gegensätzen zwischen Polen und Ruthenen, zwischen katholischen und orthodoxen Slawen gehört? Wie denkt er sich eine von den Polen besorgte Ausgleichung und Versöhnung dieser in bitterem Haß einander gegenüberstehenden Elemente? Und glaubt er wirklich, daß Österreich-Ungarn sich eine derartige Invasion in sein Staatsgebilde gefallen lassen würde? Uns ist ein so leichtfertiges Umspringen mit den schwierigsten historischen Problemen kaum jemals bei einem Manne vorgekommen, der ernst genommen werden will. Ja, wenn es Herr Kramarz, Herr Maxse oder Herr Chéradame wären, sollte es uns nicht wundern!

Unzweifelhaft richtig ist, was er von der wirtschaftlichen Abhängigkeit der russischen Polen von den Märkten des Ostens sagt, und ebenso glauben wir ihm, daß es unmöglich ist, sie zu russifizieren. Aber Herr Struve und wer hinter ihm steht kann sicher sein, daß Deutschland in keiner Weise darein reden wird, wenn Rußland den Polen noch so weitgehende nationale und politische Zugeständnisse gewährt. Es hat kein Recht dazu und hat zudem die Politik der Einmischung in fremde Angelegenheiten stets perhorresziert. Mit polnischen Verfassungen aber hat Rußland ja seine Erfahrungen gemacht und ebenso mit der Anziehungskraft, welche die polnische Kultur auf die benachbarten russischen Gebiete ausübt. Will es diese Wege nochmals gehen, so ist das seine Sache; uns geht das ebensowenig an, wie die Sanierung der russischen Juden durch Verlegung ihres Schwerpunktes ans Schwarze Meer. Nur fürchten wir, daß auch dieser Plan leichter gedacht als ausgeführt ist, und daß die antisemitischen Strömungen in Süd- und Westrußland durch ein plötzliches Zuströmen frischer jüdischer Elemente sehr erheblich gesteigert werden dürften.

Kurz, die Summe ist, daß die Ausführung der Struveschen Gedanken einen Krieg mit der Türkei mit Sicherheit zur Folge haben

mußte: das würde aber ein Wiederöffnen der orientalischen Frage zur Folge haben mit all den Möglichkeiten, die an ihr hängen; seine Lösung der Polenfrage aber bedeutet in Kombination mit ihrer „Versöhnungspolitik" die Wahrscheinlichkeit eines österreichischen Krieges, der gleichfalls auf die Dauer schwerlich ein Duell zwischen zweien bleiben würde; endlich erscheint uns die der Gesamtdarlegung zugrunde liegende Idee, daß Rußland, wenn es gesunden wolle, jetzt einer aktiven auswärtigen Politik bedürftig sei, als durchaus verfehlt. Die russische Revolution ist noch keineswegs beendigt, weder die terroristische noch die Revolution der Unbotmäßigkeit, der Verbildung und Verwilderung. Was Rußland zunächst braucht, ist, wie Kaiser Nikolaus bei Empfang der Dumadeputation (bei der die Polen fehlten!) sehr treffend sagte, eine Agrarreform; das zweite, vielleicht noch schwierigere ist die Reform des gesamten Schulwesens und die Bändigung der Jugend, das dritte — und das mag trivial klingen — sind Landwege, endlich das vierte ehrliche Beamte in Regierung und Selbstverwaltungsorganen, in Stadt und Land. Die Aufgaben der auswärtigen Politik lassen sich daher im wesentlichen heute in das Wort zusammenfassen: Erhaltung des Friedens! Das ist wesentlicher als alles übrige, weil es die Voraussetzung der Reformen im Innern ist.

Wir möchten in diesem Zusammenhang denjenigen, denen daran liegt, sich schnell und zuverlässig über die historische und staatsrechtliche Grundlage Rußlands zu orientieren, ein Buch empfehlen, das weit mehr bietet, als der Titel verspricht. Es heißt „Baltische Bürgerkunde", Riga 1908, und ist zunächst bestimmt, die baltischen Deutschen in die Probleme ihrer Heimat einzuführen, deren oberstes heute lautet: richtiges Verständnis der russischen Verhältnisse. Wir kennen kein Buch, das in kürzerer Fassung in gleicher Umfassung des Wesentlichen diesem Zwecke besser dient. Die sich in einem zweiten Abschnitt anschließende „baltische Lebenskunde" gibt ein Plus, das die baltische Geschichte, die örtliche Selbstverwaltung, die Landeskirche, das Schul- und Agrarwesen darstellt, und mit reichhaltigen statistischen Angaben abschließt.

Auf dem Gebiet der großen Politik haben, abgesehen von den marokkanischen Angelegenheiten, die ihren widerspruchsvollen Gang weitergehen, die Erklärungen am meisten Aufsehen erregt, die Lord Fitzmaurice im Oberhause, Sir Edward Grey im Unterhause über die mazedonische Frage und über den Kongostaat abgegeben haben. In betreff Maze-

doniens verlangt demnach England einen christlichen Gouverneur, was die Türkei nach den Erfahrungen, die sie mit Bulgarien gemacht hat, nicht anders auffassen kann als eine Drohung. In der Tat wäre die Einsetzung eines christlichen Gouverneurs nur als der erste Schritt zur Selbständigkeitserklärung Mazedoniens zu betrachten, und es ist nicht denkbar, daß die Pforte darauf eingeht. Der Koran verbietet, türkisches Gebiet kampflos abzutreten, und wir halten es für sicher,, daß die Ausführung dieses englischen Programms für Mazedonien ohne Krieg nicht erreichbar ist. Denken wir uns aber Mazedonien tatsächlich von der Türkei gelöst, so ist nichts sicherer, als daß ein blutiger Bruderkrieg zwischen Bulgaren, Serben und Griechen die Folge sein würde. Wir sind daher ketzerisch genug, zu glauben, daß die türkische Herrschaft immer noch besser ist als die in Aussicht genommene Freiheit. Was aber den Kongo betrifft, so scheinen uns die englischen Forderungen auf tatsächliche Ausführung der Kongoakte, speziell soweit die Gleichberechtigung aller Garanten der Akte in Frage kommt, durchaus berechtigt. Aber wir meinen, man sollte den Belgiern, die den Willen Europas kennen, Zeit lassen, nun auch ihren guten Willen durch die Tat zu beweisen. Wenn er versagen sollte, dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, an eine internationale Lösung der Frage zu schreiten.

Übrigens gewinnen wir immer mehr den Eindruck, daß die Stellung des liberalen Kabinetts an Festigkeit einbüßt. Irren wir nicht, so erklärt sich die Tatsache daraus, daß fast die gesamte Presse der Opposition gehört. Es war zweifellos ein grober politischer Fehler, die „Tribune" eingehen zu lassen. Die liberale Partei ist reich genug, um auch mit Opfern ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung des Landes behaupten zu können. Jetzt werden die Schlagworte der Opposition durch den Druck eben dieser öffentlichen Meinung in das Programm der auswärtigen Politik des Ministeriums hineingedrängt. Dazu kommt, daß Campbell Bannerman erkrankt ist und wahrscheinlich die Leitung der Partei dem Schatzkanzler Mr. Asquith wird überlassen müssen. Die „National Review", die schon ihr Triumphgeschrei ertönen läßt, meint, er werde, wie einst Roseberry, der Totengräber des Kabinetts werden.

Die Entwicklung in Portugal ist beunruhigend, auch in Spanien gärt es. Die von Frankreich ausgehende republikanische Ansteckung

gewinnt hier wie dort an Boden, und doch sollte man meinen, daß das Musterbild nicht verlockend ist.

Aus Rußland kommt die Nachricht, daß der Kriegsminister General Rediger zurücktreten werde. Als wahrscheinlicher Nachfolger werden die Generale Iwanow, der Generalgouverneur von Moskau Hoerschelmann und der Gehilfe des Oberkommandierenden der Garde und des Petersburger Militärbezirks General Hasenkampf genannt. Die meisten Aussichten soll Iwanow haben. So meldet der „Golos Moskwy".

5. März 1908. Verdächtigungen der Times in Anlaß des Briefes Kaiser Wilhelms an Lord Tweedmouth.
6. März. Konferenz König Eduard VII. mit Clemenceau und Pichon in Biarritz.
7. März. Ultimatum Japans an China wegen der Tutsu Maru-Affaire.
9. März. General d'Amade meldet einen Sieg, den er bei Medrakas errungen hat.

11. März 1908.

Die „cause célèbre“ der letzten Woche ist die Aufregung, in welche die öffentliche Meinung Englands durch die Nachricht der „Times“ versetzt worden ist, daß Kaiser Wilhelm während seines Aufenthaltes in England einen Brief an Lord Tweedmouth gerichtet habe, um „den Minister, der für das Marinebudget Englands verantwortlich ist, im Interesse Deutschlands zu beeinflussen“. Daran schloß sich ein Leitartikel der „Times“, der im wesentlichen sagte, daß diese Nachricht in England „peinliches Erstaunen und gerechte Entrüstung“ erregen werde. Wenn König Eduard einen ähnlichen Brief an den Minister v. Tirpitz oder an den Kriegsminister gerichtet hätte, wäre durch ganz Deutschland ein Schrei der Entrüstung gegangen, und alle Welt hätte den Deutschen recht gegeben; der Reichstag aber hätte die Regierung genötigt, mit einer Verdoppelung des Marineetats darauf zu antworten. Pitt oder Palmerston wären entrüstet gewesen, wenn ihr Patriotismus und ihre Treue in gleicher Weise in Frage gestellt worden wären, und hätten, ohne weiteren Druck von außen her, ein solches Schreiben dem Parlament mitgeteilt. England sei berechtigt, jetzt die Veröffentlichung des Briefes und der darauf erfolgten Antwort zu verlangen. Die öffentliche Meinung England wisse jetzt, daß es sich um einen Versuch handele, den englischen Marineminister zu beeinflussen, damit Deutschland Zeit gewinne, die englischen „Vorbereitungen“ zu überholen.

Diese Ausführungen erinnern lebhaft an die Warnungsrufe, die im November 1902 in der englischen Presse laut wurden, als Kaiser Wilhelm zum zweiten Male nach London kam. Die englischen Staatsmänner wurden beschworen, sich nicht durch die Liebenswürdigkeit und

Überredungskunst des Kaisers von ihren nationalen Pflichten abwendig machen zu lassen. „Times", „National Review" und in ihrem Gefolge der „Temps" und Herr Wesselitzki von der „Nowoje Wremja" konnten sich damals in ihren Alarmrufen nicht genug tun. Herr Wesselitzki schrieb, die Nachricht von der Abreise Kaiser Wilhelms nach England habe einen „panischen Schrecken" durch ganz Großbritannien erregt. Niemand zweifele daran, daß er die britischen Minister gewinnen und England „in noch größere Abhängigkeit bringen werde", und so fort. Nach der Rückkehr des Kaisers aber brachte die „National Review" das Schlagwort von der „Potsdam Party" auf, das seither nicht verstummt ist und noch heute benutzt wird, um politische Kinder ebenso mit der drohenden deutschen Gefahr zu schrecken, wie man sie von 1823 bis 1870 mit der unmittelbar bevorstehenden französischen Invasion geschreckt hat. Es ist, wenn nicht bewußte mala fides — ein Verfolgungswahn, der jede politische Zurechnungsfähigkeit dieser Blätter aufhebt.

Wir wollen versuchen, ein wenig ruhige Überlegung all dem Lärm entgegenzusetzen.

Also was ist geschehen?

Kaiser Wilhelm hat dem Lord Tweedmouth einen Brief geschrieben, dessen Inhalt bisher nicht bekannt ist, von dem aber die „Times" annimmt, daß er sich das Ziel setzte, Lord Tweedmouth von den Pflichten abzuziehen, deren verantwortlicher Träger er ist.

Sollte es sich da nicht zunächst empfehlen, die Veröffentlichung des Briefes abzuwarten? Es ist gewiß nicht daran zu zweifeln, daß, wenn Lord Tweedmouth eine dahin gehende Bitte an Kaiser Wilhelm richtet, eine Ablehnung nicht erfolgen wird, und dann wird ja England alle Möglichkeit haben, sich ein Urteil zu bilden. Was bisher vorliegt, ist eine Indiskretion, die von der „Times" zu Reklamezwecken benutzt wird, und die zugleich den durchsichtigen Zweck verfolgt, dem liberalen Kabinett einen Stoß zu versetzen. Wie aber wäre es denkbar, daß Lord Tweedmouth jenen Brief dritten Personen gezeigt hätte, wenn er Zumutungen enthielt, deren Inhalt sein Pflichtgefühl beleidigen könnte? Und andererseits, wie wäre die mehrfach und öffentlich ausgesprochene Zufriedenheit Kaiser Wilhelms mit seinem englischen Aufenthalt erklärlich, wenn Lord Tweedmouth sich genötigt gesehen hätte, ihm abweisend zu antworten, was er, wenn die „Times" mit ihren Behauptungen recht hätte, als Ehrenmann tun mußte.

Das eine wie das andere ist in sich gleich unmöglich, und die ganze aufgebauschte und entstellte Angelegenheit nur aus dem alten Haß der „Times" zu erklären.

Aber, behauptet die „Times", Korrespondenzen eines Souveräns mit einem fremden Staatsmann sind überhaupt ungehörig. Auch diese Behauptung ist, soweit das Verhalten englischer Souveräne in Frage kommt, nicht haltbar. Wir wollen dabei nicht zu großen Nachdruck auf die Korrespondenz des Prince Consort mit dem Baron Stockmar, der ihm als Mittelsmann diente, und mit seinen Verwandten am preußischen Königshofe legen, obgleich diese Korrespondenz recht eigentlich bestimmt war, politischen Einfluß auszuüben und deutsche Fragen einer Lösung entgegenzuführen, die dem englischen Interesse entsprach, Prinz Albert aber hatte außerdem „a friend at Berlin", dessen Namen der Biograph des Prinzen, Theodor Martin, verheimlicht, der aber unzweifelhaft in den Kreis der „Staatsmänner" gehört, und der ebenfalls als Medium des englischen Einflusses in Preußen diente.

Doch vielleicht genügt das der „Times" noch nicht. Prinz Albert war kein Souverän, und der „friend at Berlin" vielleicht doch kein *verantwortlicher* Staatsmann. *Die Königin Viktoria als Briefschreiberin und Fürst Bismarck als Empfänger des Briefes* werden dagegen schwerlich anzufechten sein! 1877 während der orientalischen Krisis schrieb Königin Viktoria direkt dem Fürsten Bismarck und verlangte von ihm, daß er den Krieg zwischen Rußland und der Pforte verhindere. Er antwortete ausweichend. Danach folgte ein zweiter Brief Ihrer Britischen Majestät an den kaiserlichen Kanzler, der die Forderung nachdrücklicher wiederholte.

Dieses Mal war die Antwort etwas positiver in der Form, aber noch nicht im Sinne der Königin, die sich dann an den Kaiser wandte. (Some time ago Queen Victoria worte directe to Prince Bismarck, urging upon him to prevent the war between Russia and the Porte. The answer was evasive. Then followed a second lettre from her Britannic Majesty to the Imperial Chancellor, repeating her request etc.) Die Nachricht stammt von Moritz Busch und ist veröffentlicht in dem von der „Times" reichlich genug ausgeschlachteten Buch: Bismarck. Some secret pages of his history. Band II, S. 297 u. 298. Im Juni 1882 kommt er im Gespräch mit Bismarck auf eben diese Angelegenheit zurück und bestätigt sie ausdrücklich (Band III, S. 53 u. 54), so daß die

Tatsache selbst nicht bestritten werden kann. Auch werden sich jene Briefe, wenn es einmal für nützlich befunden werden sollte, wohl noch auffinden lassen. Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß, wie ein Korrespondent der „Westminster Gazette" hervorhebt und wie sich aus den jüngst veröffentlichten Briefen der Königin Viktoria ergibt, Lord Palmerston als leitender Minister in vertraulicher Korrespondenz mit Napoleon III. gestanden hat. In wie hohem Grade aber die Korrespondenz der Königin mit ihren deutschen Verwandten einen politischen Charakter trug, das braucht wohl nicht erst ausgeführt zu werden. Es ist allbekannt.

Aber solche politischen Korrespondenzen haben allezeit stattgefunden, wie jeder weiß, der einmal in einem größeren Staatsarchiv gearbeitet hat, und nichts ist lächerlicher, als sich darüber zu entrüsten. Beeinflußt wird nur, wer sich beeinflussen läßt, und uns scheint, daß eine weit nachhaltigere politische Einwirkung eines Souveräns durch direkte Verhandlungen mit den leitenden politischen Staatsmännern eines Landes mündlich als schriftlich ausgeübt werden kann. Es ist heute eine von den Franzosen zugegebene Tatsache, daß die Marokkopolitik Delcassés von König Eduard VII. inspiriert worden ist, und gewiß hat die Konferenz, die der König vor wenigen Tagen mit Herrn Clemenceau und Herrn Pichon und danach mit dem Präsidenten Fallières gehabt hat, nicht ausschließlich das schlechte Wetter zum Gegenstand gehabt. Aber es ist sein gutes Recht, zu tun und zu reden, was er mit den Interessen Englands für vereinbar und für nützlich hält, und wir haben nicht gehört, daß man dem französischen Kabinett aus diesem Verkehr mit dem Könige einen Verrat an der Nation geschmiedet hätte!

Übrigens konstatieren wir mit Genugtuung, daß die Mehrzahl der englischen und französischen Blätter gegen die „Times" Stellung nimmt und daß in England Stimmen laut geworden sind, die sehr nachdrücklich gegen die systematischen Hetzereien protestieren, mit denen die „Times" gegen Deutschland vorgeht. Es ist mit ihr, wie es schon 1861 war, da der Prince Consort schrieb: „Der gestrige Leitartikel der „Times" ist mit Absicht beleidigend, aber er wird der großen Masse hier nicht mißfallen, weil er in Berlin tief verstimmen wird, und das scheint in der Tat der Zweck zu sein." Daran werden auch die klarsten Widerlegungen nichts ändern und das System wird fortleben, bis einmal die „Times" in andere, nicht der Sensation, sondern den Interessen

des Landes dienende Hände übergeht. Inzwischen hat die Montagsverhandlung in beiden Häusern des englischen Parlaments uns alle Genugtuung gebracht, die wir irgend erwarten konnten. Es ist fast beispiellos, daß die Machenschaften einer Clique von unverantwortlichen Politikern so vor der großen Öffentlichkeit gebrandmarkt worden sind. Die „Times" ist nicht nur wegen dieses einen Lärmartikels, sondern ihrer ganzen Haltung wegen auf das schärfste getadelt worden. Wir dürfen wohl hoffen, daß der Eindruck speziell der Ausführungen Lord Roseberys auf die öffentliche Meinung Englands der allerbeste sein wird, ganz wie bei uns der Ausfall der Parlamentsverhandlungen allgemein befriedigt hat. Es ist ganz richtig, daß internationale Hetzereien sich zu einer Gefahr für den europäischen Frieden entwickeln können. Lord Balfour hat es im Februar 1903 fast mit denselben Worten gesagt. Wir wünschen und hoffen, daß die Notwendigkeit nicht eintritt, diese elementare Wahrheit zum dritten Male zu wiederholen.

In betreff der marokkanischen Frage sind die Erklärungen des französischen Ministeriums nach wie vor höchst korrekt und die Tatsachen höchst inkorrekt. Die Unruhe in Marokko nimmt zu, nicht ab, und General d'Amade, der telegraphisch erklärt hatte, keine weiteren Verstärkungen zu brauchen, erhält 4000 Mann Soldaten, teils aus Tunis und Algier, teils aus dem Senegal; wildes barbarisches Volk, von dem nicht zu erwarten ist, daß es seine bösen Instinkte zügeln wird. Die weißen Soldaten sind meist Fremdenlegionäre, so daß das französische Blut sorgfältig geschont wird. Dabei fällt dem fremden Beobachter auf, wie ungeheuer die Reklame ist, die jedes Gefecht begleitet; wenn wir der furchtbaren Strapazen gedenken, die unsere Truppen in Südwest zu überwinden hatten, und wie sehr ihr Ausharren unter den schwierigsten Verhältnissen als selbstverständliche Pflichterfüllung hingenommen wurde, ist der Kontrast besonders groß, und dasselbe läßt sich von der jüngst glücklich zum Abschluß geführten Expedition der Engländer gegen die Afridis sagen. Die englischen Zeitungen haben nicht das geringste Wesen davon gemacht.

Von einer Neutralität Frankreichs zwischen Abdul Asis und Mulay Hafid ist weiter keine Rede. Es wird sehr nachdrücklich für den ersteren Partei genommen. Wir werden die Macht Mulay Hafids am besten zerstören, wenn wir darauf hinarbeiten, die Stellung Abdul Asis' zu kräftigen, schreibt der „Temps", und dasselbe Blatt erklärt, daß Marokko

die geographische und ethnographische Fortsetzung von Französisch-Nordafrika sei. Da nun die politische und religiöse Ansteckung von West nach Ost gehe, müsse Frankreich die Ordnung in Marokko herstellen, um sich selbst zu schützen. Das hätten auch die Mächte anerkannt. Nun wollen wir das letztere nicht bestreiten, nur sehen wir nicht eine allmähliche Zunahme der Ordnung, sondern eine steigende Desorganisation. Ein englisches Blatt, der „Al Mogreb al Aksa", schreibt darüber: „Jetzt, nachdem die französische Militärintervention sieben Monate gedauert hat, scheint der Augenblick nicht mehr fern zu sein, wo nicht nur Frankreich, sondern auch Europa und Amerika gern wissen möchten, wie man allmählich wieder geordnete Zustände schaffen kann." Frankreich habe die Ermordung von 10 oder 12 Europäern, die bei den verhaßten Eisenbahnarbeiten beschäftigt waren, gerächt durch das wissenschaftliche Abschlachten einiger tausend Männer, Frauen und Kinder, hauptsächlich Nichtkombattanten. Man habe die Heiligtümer und die offenen Dörfer der Marokkaner zerstört. Der Quai d'Orsay gebe die schönsten Versicherungen. Aber die französischen Befehlshaber gingen eigene Wege. Jedes europäische Unternehmen im Innern des Landes sei unmöglich geworden, und Frankreich belaste Marokko mit einer Schuldenlast, die in einem halben Jahrhundert des Friedens kaum abzutragen sein werde, während der Haß gegen Frankreich sich nicht durch Jahrhunderte der „Pazifikation" werde mindern lassen. Der Verfasser dieser Ausführungen, die wir nur in aller Kürze wiedergegeben haben, bestreitet zugleich auf das bestimmteste, daß England durch sein Abkommen den Franzosen carte blanche für dieses Treiben gegeben habe! Aber das ist wohl nur der Schmerzensruf eines in Marokko lebenden englischen Kaufmanns, und bis auf weiteres läßt sich annehmen, daß diese Stimmen keinen Widerhall in England finden werden, zumal man es in Frankreich nützlich findet, immer häufiger auf nicht normale Verhältnisse in Ägypten und in Indien hinzuweisen: offenbar um den Revers der marokkanischen Medaille zu zeigen. Dagegen beginnt sich eine schlimme Wirkung der marokkanischen Politik Frankreichs im südlichen Algerien zu zeigen. Die Oase Tafilet mit einer „Harka" von gegen 4000 Köpfen ist in Bewegung, und wenn wir auch annehmen, daß die Überlegenheit der französischen Waffen sie in nicht allzu ferner Zeit zurückwerfen wird, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß das Resultat eine ruhige und zufriedene Stimmung sein wird.

Europa sieht diese Entwicklung kopfschüttelnd an und hält sich nach wie vor an die Erklärungen, mit denen das offizielle Frankreich nicht kargt; aber die allgemeine Empfindung ist wohl, daß es ein elender Krieg ist und daß ein Ende noch nicht abzusehen ist.

Mit der englischen Politik in Mazedonien scheint man in Rußland sehr zufrieden zu sein. Sie ist, schreibt die „Nowoje Wremja", sehr energisch und findet offenbar in Wien und Konstantinopel Gehör. Sir Nicolson, der englische Botschafter in Petersburg, lege den Balkanangelegenheiten die größte Bedeutung bei und glaube, daß sie im Frühjahr zu bedeutenden Verwicklungen führen werden. Dagegen scheine man in Wien keine Neigung zu haben, das Projekt zu begünstigen, das die Einsetzung eines christlichen Generalgouverneurs in Mazedonien verlange, wohl aber sei Rußland für eine radikale Wandlung der bestehenden Verhältnisse. Darüber habe der Hofmeister Iswolski sich ganz unzweideutig ausgesprochen. Als Kandidat für den mazedonischen Gouverneursposten werde Prinz Mirko von Montenegro genannt, den König Eduard protegiere. Es schließen sich daran offenbar wenig orientierte Bemerkungen über die wahrscheinliche Haltung Deutschlands, und die „Nowoje Wremja" scheint nicht zu ahnen, wie furchtbar schwierig und wie gefährlich das Problem ist, das sie so leichter Hand aufrollt. Vor allem vermissen wir den türkischen Faktor in der Rechnung. Nach den Erfahrungen, die Rußland in allen Türkenkriegen des vorigen Jahrhunderts gemacht hat, läßt er sich doch nicht als nicht vorhanden betrachten!

Von den inneren Angelegenheiten Rußlands erregt das meiste Aufsehen die Antwort, die Kaiser Nikolaus II. auf die Adresse des Moskauer Adels erteilt hatte. Diese Adresse war so angelegt, daß sie ein Bekenntnis zur Aufrechterhaltung des autokratischen Prinzips förmlich herausforderte. Statt dessen erfolgte eine Antwort, in welcher der Zar diesen Adel aufforderte, an der Reform Rußlands mit ihm rüstig weiterzuarbeiten, d. h., der Zar stellte sich auf den Boden der von ihm verliehenen Verfassung, und das ist im höchsten Grade erfreulich. Die Mitarbeit der Volksvertretung an der Gesetzgebung und die Aufrechterhaltung der Grundrechte jener magna charta, die wir stets als das unerläßliche Fundament eines gesundenden Rußland bezeichnet haben, sind politische Notwendigkeiten, die sich nicht mehr beseitigen lassen. Auch scheint die Duma ihren Pflichten nachzukommen und praktische

Arbeit zu leisten, wenn auch über Absentismus in den Kommissionen, namentlich in der Finanzkommission, geklagt wird. Doch ist gute Aussicht, daß ein Gesetz zur Einschränkung der Trunksucht bald zustande kommt, und ebenso ist es wahrscheinlich, daß mit dem System des Branntweinmonopols endgültig gebrochen wird. Mit den Anarchisten ist in den letzten 14 Tagen sehr energisch aufgeräumt worden. Der Prozentsatz an Juden und Jüdinnen unter ihnen war wiederum sehr groß. Auch der Prozeß Stössel ist nun endgültig entschieden. Der Kaiser hat den unglücklichen General, wie das Gericht vorschlug, zu 10 Jahren Festung begnadigt, aber man darf wohl erwarten, daß diese Jahre ihm noch gekürzt werden.

Den asiatischen Angelegenheiten, namentlich den chinesisch-japanischen Angelegenheiten, wendet sich die Aufmerksamkeit wieder lebhaft zu. In Rußland glaubt man, daß Japan darauf ausgehe, sich die Hegemonie über China zu sichern. Nächst dem viel besprochenen Eisenbahnstreit zwischen den ostasiatischen Vettern, liegt auch ein ernster Grenzstreit vor. Nach dem japanisch-chinesischen Traktat von 1905 erstreckt sich das Gebiet des japanischen Protektorats über Korea bis Kientao, so heißt die an Korea stoßende sehr reiche Provinz, die ihren Namen von einem gleichlautenden Fluß erhalten hat. Außerdem aber heißt auch die Mauer, welche auf der Korea entgegengesetzten Seite der Provinz die Grenze bildet, Kientao. Nun behaupten die Chinesen, daß das japanische Protektorat sich nur bis zum Fluß Kientao ausdehne und keineswegs ihre Provinz umfasse; Japan dagegen beansprucht alles Land bis zur Mauer. Darüber und über die Frage der Eisenbahn Sinminting—Fakumin gehen jetzt die Verhandlungen, die, wie der „Golos Moskwy" behauptet, weit ernster seien, als man in Europa annehme. China rüste, und zwar direkt in den an Korea stoßenden Provinzen, und jedenfalls sei ein japanisch-chinesischer Krieg weit wahrscheinlicher als ein japanisch-amerikanischer.

Zu diesen Differenzen ist nun ein Zwischenfall gekommen, der die Lage noch weiter geschärft hat. Ein japanischer Dampfer, „Tatsu Maru", der von Kobe nach Hongkong fuhr, nahm dort Waffen auf, die für ein japanisches Haus in Makao bestimmt waren. Am 5. Februar wurde nun der „Tatsu Maru", bevor er Makao erreicht hatte, von vier chinesischen Kanonenbooten aufgehoben und unter chinesischer Flagge nach Kanton gebracht. Die Chinesen behaupteten, daß die Waffen für die Aufrührer

in den Provinzen Kuangtung und Kuangsi bestimmt seien. Der japanische Konsul in Kanton verlangte sofortige Freigebung des Schiffes und Zahlung einer Entschädigung, denn das Schiff sei in portugiesischen Gewässern genommen worden. China war bereit, Entschuldigungen zu machen und das Schiff freizugeben, verweigerte aber die Auslieferung von Waffen und Munition, bevor die Frage durch ein gemischtes Gericht untersucht sei. Es handelte sich darum, festzustellen, ob der „Tatsu Maru" wirklich bereits in portugiesischen Gewässern oder auf offenem Meere war, als er genommen wurde. Eine Feststellung des Tatbestandes in analogen Fällen ist durch die Beschlüsse der Haager Konferenz von 1899 vorgesehen und hat in der bekannten Doggerbank-Affäre auch wirklich in kritischer Zeit stattgefunden.

Japan will aber davon nichts wissen, sondern verlangt sofortige Erfüllung seiner Forderungen. Auch soll ein japanisches Kriegsschiff vor Kanton eingetroffen sein. Bis zur Stunde haben beide Mächte sich noch nicht verständigen können, wohl aber ist aus Lissabon die Nachricht eingelaufen, daß man dort nicht glaube, daß der „Tatsu Maru" sich in portugiesischem Gewässer befunden haben könne. Das Schiff wartete die Flut ab, und dadurch läßt die Lage sich annähernd bestimmen. Daß es sich um Waffenschmuggel gehandelt hat, ist aber kaum zweifelhaft. Hongkong und Makao sind die Mittelpunkte dieses Schmuggels, und der Aufstand wird zumeist von Chinesen geleitet, die in Japan studiert haben; es ist daher nicht zu verwundern, wenn der chinesischen Regierung schließlich die Geduld reißt. Ob sie stark genug ist, sich gegen Gewalt zu schützen, ist eine andere Frage, und die Erwägung liegt nahe, ob nicht Japan in Hinblick auf das Nahen der amerikanischen Flotte es für nützlich erachtet, sich noch rechtzeitig durch die Wegnahme chinesischer Kriegsschiffe zu verstärken. Japan — so führte jüngst ein französisches Blatt aus — scheint eine gewisse Koketterie darein zu setzen, daß seine Flotte zu nicht geringem Teil aus Kriegsschiffen besteht, die es anderen abgenommen hat. Für die Erhaltung des Friedens spricht andererseits der Umstand, daß es in der japanischen Kammer eine starke Partei gibt, die von einer Fortsetzung der Kriegspolitik nichts wissen will und dem Kriegsminister Teranchi heftige Opposition macht. General Teranchi hat der Kammer erklärt, daß Japan für alle Möglichkeiten bereit sein müsse, und daß eine Einschränkung der militärischen Ausgaben unmöglich sei. Der „Eastern World", dem wir diese letzteren Daten ent-

nehmen, weist außerdem darauf hin, daß die Erhaltung von Armee und Flotte auf dem Kriegsfuß, bei völliger Vernachlässigung der produktiven Arbeit, notwendig über kurz oder lang zum Staatsbankerott führen müsse. Betrachte man die Ausgaben für Marine und Heer als Assekuranzprämie und rechne man die aufgenommenen Anleihen hinzu, so sei schon jetzt die Prämie höher als der Wert des versicherten Eigentums.

13. März 1908. Vertrauensvotum der französischen Kammer für Clemenceau.
14. März. Demission des Ministeriums Lövlandin Norwegen.
15. März. Beilegung des Tatsu Maru-Konflikts.
16. März. Unruhen in Haiti.
17. März. General d'Amade meldet einen neuen Sieg.

18. März 1908.

Während der letzten 8 Tage hat es in Frankreich ein starkes politisches Wetterleuchten gegeben, das als Anzeichen nahenden politischen Sturmes gedeutet wird. Seit der ehemalige Ministerpräsident Combes sich wieder vor der Öffentlichkeit betätigt, mehren sich diese Wetterzeichen. Erst war es die Maßregelung zweier Ministerialbeamten, die allzu herzliche Händedrücke mit Herrn Constans gewechselt hatten, und eine Rauferei in der Kammer zwischen Herrn Mendes und dem viel stärkeren Berteaux, danach folgte ein direkter Angriff Combes' auf den Ministerpräsidenten bei der wenig passenden Gelegenheit, die ein Bankett bot, das zu Ehren der zum 15. mal erfolgten Wahl Brissons zum Präsidenten der Kammer veranstaltet war. Aber Clemenceau verstand es vortrefflich, die sehr persönlich zugespitzte Rede seines Rivalen durch einen Hinweis auf die allgemeinen Interessen aller patriotischen Franzosen zu parieren, und ebenso schlug er mit großer Majorität den direkt auf seinen Sturz berechneten Angriff Berteaux' am 13. März in der Kammer ab. Es handelte sich um die Grenzen der versprochenen politischen Amnestie für die während der Emeute des Südens kompromittierten Persönlichkeiten. Clemenceau war fest genug, von dieser Amnestie die „Antipatrioten" und die Beamten auszuschließen, die sich der Revolte angeschlossen hatten, und die Interpellation dahin auszulegen, daß die Kammer sich entschließen müsse, ob sie sich für oder gegen die Anarchie erklären wolle. Wenn nun die Kammer mit einer Majorität von 222 Stimmen die Politik des Ministeriums gut hieß, so ist damit freilich nicht gesagt, daß diese Mehrheit noch lange zu Clemenceau halten wird. Seit er am 22. Oktober 1906 sein Amt antrat, sind ziemlich genau $1\frac{1}{2}$ Jahre hingegangen, und das ist für ein französisches Ministerium

eine sehr stattliche Zeit: Clemenceaus Rival, Herr Combes, ist einer der wenigen, die sich rühmen können, ganze 2½ Jahre (vom 6. Juni 1902 bis 17. Januar 1905) den vielumworbenen Posten des Ministerpräsidenten behauptet zu haben. Aber er hatte ein großes Zerstörungswerk vor, die Desorganisation der französischen Kirche, die einst (1880) Waldeck-Rousseau eingeleitet hatte, und man wollte ihm Zeit lassen, sein Werk zu Ende zu führen. Ob man jetzt geneigt sein wird, ihn zum zweiten Male auf den Schild zu heben, ist eine andere Frage. Wir glauben es nicht, wenn wir es auch nicht für unmöglich halten. In dem kleinen Mann steckt etwas von der tugendstolzen Konsequenz Robespierres, aber wie jener ist er im Grunde ein armer Geist, und Clemenceau ist ihm ohne allen Zweifel unendlich überlegen. Was dessen Stellung von Tag zu Tag mehr geschwächt hat, ist sein explosives Temperament und die wenig verhüllte Geringschätzung, die er den Abgeordneten zeigt, die um ihrer Selbsterhaltung willen mit ihm von Fall zu Fall stimmen. Daß sich dieses Spiel nicht allzulange fortsetzen lassen wird, scheint der Ministerpräsident selbst zu wissen. Er hat es in seiner letzten Kammerrede recht deutlich ausgesprochen, und es wird behauptet, daß er ganz kürzlich in einer Gesellschaft von Diplomaten gesagt habe: „je vois bientôt m'en aller et je vous invite tous à déjeuner au mois de mai, à Armenonville". So berichtet die „Opinion", der wir die Verantwortung dafür überlassen. Dasselbe, übrigens vortrefflich redigierte Wochenblatt sagt, Clemenceau wisse ganz genau, daß seine Tage gezählt seien, es handele sich für ihn nur noch um einen guten Abgang (Il voudrait seulement disparaître en beauté), den er vielleicht eher finden wird, als einen guten Nachfolger. Man sucht die combinaison X und weiß zurzeit wohl nur, daß man Herrn Combes nicht zu diesem X machen möchte. Die „Opinion" definiert dieses X folgendermaßen: „Ein Mann aus der Linken, der in Fühlung mit den Combisten steht, dessen Liberalismus bereits bewiesen ist und der die Fähigkeit mitbringt, mit Geschmeidigkeit die großen Schwierigkeiten des Augenblicks zu übernehmen und zu lösen." Aber, wenn man auch die „papabili" kenne, die das Konklave bilden würden, so wisse doch niemand ihr künftiges Haupt zu nennen.

Das entspricht wohl der politischen Lage, wie sie sich in der französischen Kammer darstellt. Ob auch der Meinung Frankreichs, ist uns fraglich. Es mehren sich die Anzeichen, daß das Land der Tyrannei

müde wird, die von der radikal-sozialistischen Majorität ausgeübt wird, und die alle andersgesinnten, alles was nicht zur Gefolgschaft des Grand Orient gehört, von der Teilnahme am Regiment ausschließt. Eben jetzt ist ein Buch erschienen, das uns jene anders denkende Welt der Franzosen zeigt, die sich nach der Freiheit zurücksehnen, die vor dem Parteiregiment herrschte, das nur eine Meinung kennt und nur eine Überzeugung dulden will: Edmond Rousse. La Liberté Religieusé en France (1880—1904). Paris 1908. Edmund Rousse, einer der großen Rechtsanwälte, an denen Frankreich so reich ist, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, ist 1907, 85 Jahre alt gestorben. Seine Freunde haben aus seinem Nachlaß diejenigen Schriften und Gutachten herausgegeben, die sich auf die Verteidigung der Gewissensfreiheit beziehen, und Rousse selbst hat eine historische Einleitung vorausgeschickt, welche die Geschichte dieses Kampfes bis zum Beginn des Ministeriums Combes führt, das die Desorganisation der katholischen Kirche Frankreichs zum Abschluß führte. Was uns an diesen scharfsinnigen und warmherzigen Darlegungen meist interessiert, ist die Tatsache, daß alle Zwangsmaßregeln, durch welche die Regierung die gesetzlich zu Recht bestehenden Freiheiten der Kirche und der Gewissen in Frankreich erst beschränkte und dann vernichtete, gegen den Protest der französischen Anwaltkammern oder doch sehr zahlreicher Mitglieder derselben erfolgt sind. Gegen die Dekrete vom 29. März 1880 protestierten 1600 Advokaten, und in weniger als einem Monat legten 400 Richter ihr Amt nieder. Diese Dekrete führten zu einem zweijährigen Kampf zwischen Advokatur und Regierung, den im Frühjahr 1882 Waldeck Rousseau dadurch zugunsten der Regierung entscheiden wollte, daß er die Dekrete von 1880 zu einem Gesetzesantrag zusammenfaßte. Aber die Kammer ließ seinen Antrag 20 Jahre lang ruhen. Der Tod Gambettas, die Boulanger-Affaire, der Prozeß Wilson, der Panamaskandal und die Dreyfus-Affaire verschlangen alles Interesse und verbrauchten alle Leidenschaften; man hatte keine Zeit für kirchliche Fragen. Es ist die Zeit in welcher der Grand Orient zu der Macht heranwuchs, die er heute darstellt.

Erst am 14. November 1899 erfolgte ein neuer Angriff. Waldeck-Rousseau, seit 4 Monaten wieder Ministerpräsident, wiederholte in etwas veränderter Form seinen Antrag von 1882, demzufolge alle in Frankreich bestehenden Mönchsorden aufgehoben, die Vertreibung der

Mönche, die Schließung ihrer Klöster, Kapellen und Schulen und die Konfiskation ihres gesamten Besitzes angeordnet werden sollte. Die Kammer nahm den Antrag am 29. März 1901, der Senat am 29. Juni an: es handelte sich nunmehr um die Ausführung, und die hat Herr Combes besorgt.

Gegen den Antrag von 1882 und 1899 und gegen das Gesetz von 1901 haben nun, als gegen einen verfassungswidrigen Beschluß, die französischen Rechtsanwälte ebenso protestiert wie gegen die Dekrete von 1880, und neue Proteste haben jede der Maßregeln begleitet, durch welche in der Tat das Ministerium Combes das Gewissen des katholischen Frankreichs verletzte. Immer aber hören wir dabei die Stimme von Edmund Rousse: so als am 18. Oktober 1903 der Gottesdienst verboten wurde, der seit 400 Jahren bei der feierlichen Eröffnung der Gerichte stattfand, und in flammenden Worten, als 6 Monate später Combes den Befehl erließ, „daß ohne Verzug die Kruzifixe, Bilder und andere an den Kultus erinnernde äußere Zeichen aus den Räumen der Appellationshöfe zu entfernen seien". Rousse schrieb damals einen offenen Brief an das „Journal des Débats", der mit dem Vorschlage schloß, die Kruzifixe für 30 Silberlinge auszubieten und an die Stelle des ehrwürdigen Gemäldes, das Jesus Christus und Ludwig den Heiligen darstellte, die Bildnisse der Häupter des Grand Orient M. Homais und M. Cardinal zu setzen!

425 Advokaten von Paris haben sich damals dem Protest gegen die Entfernung der Kruzifixe angeschlossen, und dann folgten weitere Protesterklärungen der Anwälte von 31 anderen Städten, wobei wir an der Spitze stets den Namen des bâtonnier, des Präsidenten der Anwaltskorporation, finden. Nur mit Bedauern verzichtet man auf die Wiedergabe des Wortlautes dieses Widerspruchs des regierten Frankreichs durch den Mund seiner Anwälte gegen die Gewaltsamkeit der Regierenden. Was dadurch bewiesen wird, ist wohl die Tatsache, daß hinter jenem offiziellen Frankreich ein anderes Frankreich steht, das anderes denkt und empfindet und eine andere Vorstellung von Recht und von — Freiheit hat. Wir stehen nicht an zu erklären, daß alle unsere Sympathien dem Gewissen dieses anderen Frankreichs gehören.

„Unsere Völker sind müde. Wir wollen uns bemühen, daß sie sich bald dessen bewußt werden." So schließt Rousse einen seiner offenen Briefe. Und in der Tat, daß die Franzosen des radikal-sozialistischen

Regiments müde geworden sind, ist nicht mehr zu übersehen. Aber von da bis zu einer Wandlung des geltenden Regiments kann noch ein weiter Weg sein, und zunächst ist nichts unwahrscheinlicher, als daß der Nachfolger von Herrn Clemenceau — wenn wirklich Clemenceau scheiden sollte — die innere Politik Frankreichs in neue Bahnen leiten wird.

In der äußeren Politik steht nach wie vor die Marokkofrage im Vordergrunde. Im Augenblick ist die Stimmung wieder einmal optimistisch. General Lyauten, wahrscheinlich der künftige Generalissimus, ist unterwegs nach Casablanca und führt Herrn Regnault als Unterhändler und diplomatischen Leiter mit sich. General d'Amade hat allerlei kleine Erfolge und soeben eine großen zu melden und „es heißt", daß Mulay Hafid sich den Franzosen unterwerfen will. Ob er es tut, wird abzuwarten sein, und wenn er es tut, scheint uns damit nur ein neues, vielleicht nicht weniger heikles Stadium der marokkanischen Frage zu beginnen. Und mit dieser Ansicht stehen wir nicht allein. In der „Westminster Gazette" sagt R. B. Cunninghame Graham, der schon vor einem Monat die französische Marokkopolitik scharf angegriffen hatte, in Erwiderung auf andere Auffassungen u. a. folgendes:

„Es wird, wie ich glaube aus guter Quelle, berichtet, daß die französischen Streitkräfte in Marokko weit größer sind als angegeben wird. Ich schrieb vor einem Monat, es seien 10 000 Mann. Auch heute noch glaube ich, daß ich recht hatte, und jeder, der die veröffentlichten Angaben gelesen hat, wird sich davon überzeugen, wie sehr ich jetzt im Recht bin. Das ist aber nicht alles. Frankreich wird 300 000 Mann brauchen, um das Werk der Eroberung zu vollenden. England brauchte 300 000, um 200 000 Buren zu unterwerfen, in einem Lande, das weniger schwierig war. In Marokko aber sind nach statistischen Angaben gegen 10 Millionen Einwohner. . . . Ich bin nach 17jähriger Erfahrung in Marokko der Meinung, daß das Eingreifen von Frankreich, England, Deutschland und anderen Mächten in die inneren Angelegenheiten des Landes nichts anderes als Unheil über die Mauren bringen kann. . . . Frankreich kann nichts für Marokko tun, außer, daß es die Mauren entweder tötet oder sie in ökonomische Knechtschaft zwingt. Dagegen gibt es eine Aussicht für die Zukunft, wenn das Land unter dem Sultan bleibt, den es gewählt hat. . . ."

Es folgen noch einige bittere Worte an die Adresse Frankreichs, die wir übergehen. Das Wesentliche ist, daß ein Kenner marokkanischer

Verhältnisse so wenig den offiziellen Optimismus teilt, den man in Frankreich zu verbreiten bemüht ist, der aber, wenn wir recht sehen, weniger Glauben findet, als sich aus den Zeitungsstimmen erkennen läßt.

Sehr erfreulich ist es, daß die Pforte sich entschlossen hat, das Mandat der Reformorgane: Generalinspektor, Zivilagenten und fremde Gendarmerieoffiziere bis zum 12. Juli 1914 zu verlängern. Ebenso hat sie den Eisenbahnplänen, über die so viel unnötiger Lärm gemacht worden ist, das bereitwilligste Entgegenkommen gezeigt. Daß sie dem englischen Vorschlage: Einsetzung eines christlichen Generalgouverneurs und Garantie der Integrität Mazedoniens durch die Mächte, ein gleich freundliches Gesicht zeigen wird, ist nicht sehr wahrscheinlich. Wir glauben nicht einmal, daß alle an der mazedonischen Frage interessierten Mächte für diesen Gedanken zu gewinnen sein werden. Der griechische Minister Theotokis z. B. hat einem Korrespondenten (des „Figaro", wenn wir uns recht erinnern) gegenüber seine entschiedenste Abneigung gegen das englische Projekt ausgesprochen. Er wünscht, daß Mazedonien nach den überwiegenden Nationalitäten (Serben, Bulgaren, Griechen) in drei Teile zerlegt und den betreffenden Staaten angegliedert werde. Wo gemischte Bevölkerung sei, solle die Minorität in das Gebiet ihres Sprachstammes auswandern usw. Nun ist dieser Plan natürlich unausführbar. Zunächst wäre Mazedonien der Pforte zu entreißen, was keine der drei Mächte vermag, und was auch alle drei zusammen nicht können; dann sind die Kuzzowalachen übersehen, und endlich würde sich niemals eine Verständigung zwischen den konkurrierenden Regierungen erreichen lassen. Aber Theotokis weist mit dem Finger auf die wirkliche Schwierigkeit, die nicht in der Mißregierung der Pforte, sondern im Haß liegt, mit dem Griechen, Bulgaren und Serben sich gegenseitig verfolgen und zu vernichten trachten. Wie ist nun daran zu denken, daß ein Gouverneur, dem keine Kriegsmacht zur Verfügung steht, die stark genug wäre, nach drei Seiten sein Gouvernement zu verteidigen, sich auf diesem unterwühlten Boden behauptet?

Es ist sehr zu bedauern, daß Herr v. Iswolski in der vortrefflichen Rede, die er kürzlich über die politische Lage vor der Duma hielt — es war das erste Mal, daß eine Frage auswärtiger Politik vor der russischen Volksvertretung behandelt wurde — nur über die Verhältnisse im fernen Osten und nicht auch über den petit orient gesprochen hat. Wir

hätten uns aus seinem Munde davon überzeugen können, daß er an nichts weniger denkt, als daran, Rußland in das Abenteuer eines orientalischen Krieges zu führen, den ein Teil der russischen Presse so nachdrücklich gefordert hat. Vielmehr geht seine Politik offenbar dahin, nach allen Seiten hin dem todmüden Staat eine möglichst lange Periode des Friedens zu sichern. Nun haben die Bemerkungen, die wir jüngst an das politische Programm von Herrn Struve knüpften, Anlaß zu einer sehr lebhaften Zeitungspolemik in den Petersburger und Moskauer Blättern gegeben. Unter anderem protestiert auch Herr Menschikow in der „Nowoje Wremja" lebhaft dagegen, daß er ein Anhänger des Gedankens sei, daß Rußland jetzt die Balkanfrage aufnehmen solle. Auch müssen wir zugeben, ihm in diesem Punkte unrecht getan zu haben. Die Artikel, die wir im Auge hatten, gehören nicht ihm, sondern der Redaktion der „Nowoje Wremja", in der seine aufregenden Artikel erscheinen; aber Herr Menschikow verkehrt unsere Gedanken in ihr Gegenteil, wenn er sie zu einem fulminanten Angriff gegen den Minister umformt. Nichts liegt uns ferner; wir haben das beste Vertrauen dazu, daß Herrn v. Iswolski eine Kriegspolitik sehr fern liegt, und haben ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er den Märzsteger Vertrag als zu Recht fortwirkend anerkannt hat. Vollends unerhört aber ist es, wenn Herr Menschikow behauptet, daß wir Herrn v. Iswolski zum konstitutionellen Demokraten (Kadetten) gestempelt hätten, und wenn er speziell darauf seine Angriffe gegen den Minister gründet. Wir haben gesagt, daß Herr Struve sich in seinen politischen Anschauungen immer mehr von den Kadetten ab und den Oktobristen zuwende und dadurch seine, „wie behauptet wird", guten Beziehungen zu Herrn v. Iswolski erklärt. Daß dieser aber politisch auf demselben Boden steht, wie der Ministerpräsident Stolypin, ist eine allbekannte Tatsache! Wenn Menschikow es trotzdem möglich findet, aus dem Minister auf die Autorität unserer Ausführungen einen „Kadetten" zu machen, beneiden wir ihn weder um seine Logik, noch um seine bona fides Er hat ein politisches Taschenspielerkunststück vorgeführt, mehr nicht und wird bei niemandem Glauben finden, der unsere Ausführungen in deutscher Sprache gelesen hat. Aber solche Verkehrungen sind wir gewohnt, wie, um ein Beispiel anzuführen, die „Nowoje Wremja" vom 11. März die erstaunliche Behauptung aufstellt, daß die deutsche Presse seinerzeit bewiesen habe, daß Rußland durchaus mit der Türkei

und mit Japan Krieg führen müsse! Parallel damit aber geht eine Korrespondenz des „Golos Moskwy" aus Tiflis, die das Gerücht meldet, daß türkische Gebirgsartillerie in Melo, nur 10 Werst von der russisch-kaukasischen Grenze konzentriert werde „in Ausführung des von Deutschland unterstützten heimlichen Planes der Türkei". Auf derartige Halluzinationen haben wir natürlich keine Antwort zu geben. Es ist übrigens in Rußland noch sehr unsicher, und die Regierung kommt immer neuen Komplotten auf die Spur. So hat man in Woronesch eine Bombenfabrik entdeckt, und die Zeitungen sind voll von Berichten über Haussuchungen, Arreste und entdeckte Unterschlagungen. Dazu kommt, daß in den weiten Gebieten der vorjährigen schlechten Ernte die Not unter den Bauern sich sehr fühlbar macht, lauter Tatsachen, die daran erinnern, daß die nächsten Aufgaben Rußlands in der Reorganisation seiner inneren Verhältnisse, nicht im Aufgreifen schwieriger internationaler Probleme liegen, wie sie von einer, ihrer moralischen Verantwortlichkeit nicht bewußten Presse in den Vordergrund gerückt werden. Davon ist aber gewiß niemand mehr durchdrungen als der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Der japanisch chinesische Konflikt wegen des „Tatsu Maru" ist nun glücklich beigelegt. Japan hat, wenn auch nicht in allen Punkten, seine Genugtuung erhalten, aber es scheint keineswegs, daß diese Angelegenheit die ohnehin nicht bedeutende Zuneigung zwischen China und Japan gesteigert hat. Die Chinesen zeigen keinerlei Neigung, sich einer japanischen Tutel unterzuordnen, und arbeiten energisch daran, sich so weit zu kräftigen, daß sie ihre Interessen wenn nötig auch verteidigen können. In Japan aber wird trotz der heftigen Angriffe, die von der Opposition im Parlament gegen die fortdauernden Rüstungen der Regierung gemacht werden, ebenfalls mit aller Energie daran festgehalten, daß von einer Minderung von Heer und Flotte keine Rede sein könne. In diesem Sinne hat sich der Kriegsminister Terauschi am 15. Februar im Parlament ausgesprochen. Von der amerikanischen Flotte, die rascher, als vorausgesetzt wurde, ihren weiten Weg zurücklegt, verlautet jetzt, daß sie ihren Rückweg durch den Suezkanal nehmen und vorher in Australien einen Besuch abstatten werde. Die Aspekten für Erhaltung des Friedens im Stillen Ozean gelten allgemein als günstig. In Australien werden große Vorbereitungen zum Empfang der Amerikaner getroffen, zugleich aber hat Mr. Deakin mit großem

Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zeiten vorüber sind, da der common wealth ohne eigene Flotte bestehen konnte. Es ist wohl sicher, daß der Prime Minister mit seinen Plänen durchdringen wird. Dann wäre Australien die erste große englische Kolonie, die sich für ihre Verteidigung auf eigene Füße stellt, in der Südsee aber würde neben der amerikanischen und japanischen Seemacht als dritte die australische auftreten. Bei der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der heute gebaut wird, mag dieser Zeitpunkt nicht gar zu fern liegen. In Indien hat die Boykottierung europäischer Waren einen großen Umfang angenommen. Der deutsche Dampfer „Neuenfels", der Ende Februar von Indien und Ceylon in Boston eintraf, hat 64 Tage in Kalkutta liegen müssen, ehe es ihm möglich war, seine Ladung einzunehmen. Der ganze Hafen lag damals voll englischer Dampfer, die gleichfalls keine Arbeiter finden konnten. Die Bewegung ist antieuropäisch, trifft aber naturgemäß vornehmlich die Engländer. Im Innern, so berichtet ein Telegramm, das einer Zeitung in Philadelphia zugeht, ist eine Revolte in Vorbereitung; an vielen Orten bewaffnet sich das Volk, um die englische Herrschaft zu stürzen. Verantwortlich dafür sind Agitatoren, die dem Volke sagen, „Japan werde helfen". Kontrollieren läßt sich diese letztere Nachricht nicht, aber es ist wohl sicher, daß die Gärung in Indien in der Zunahme, nicht im Abnehmen ist.

18. März 1908. Konstituierung des Ministeriums Gunnar Knudsen in Norwegen. (Radikal.)
19. März. Verlustreiche Kämpfe mit Simon Kopper in Süd-West.
21. März. 1500 Marokkaner werden bei Uled al Arami von den Franzosen niedergemacht.
22. März. Feindselige Kundgebungen gegen Japan in Kanton.
25. März. Zusammentreffen Kaiser Wilhelms und König Viktor Emanuels in Venedig.

25. März 1908.

Die Montagsdebatte über unsere auswärtige Politik war insofern eine Enttäuschung, als sie die erwartete Rede des Reichskanzlers nicht brachte. Trotzdem war es lehrreich, jener Sitzung beigewohnt zu haben. Speziell in betreff der Marokkofrage kam ganz allgemein ein unverhülltes Mißtrauen gegen die französische Politik zum Ausdruck. Der Widerspruch zwischen den Erklärungen der Regierung und den Tatsachen, die sie regelmäßig widerlegen, ist freilich auch nicht zu überbrücken. Von den offiziellen Nachrichten wird mindestens die Hälfte nach 24 Stunden korrigiert oder direkt dementiert. So berichten, um ein Beispiel anzuführen, die eben jetzt aus Casablanca nach Paris zurückgekehrten barmherzigen Schwestern (infirmières), daß die Verlustlisten durchweg gefälscht seien; es werden nur die gefallenen Franzosen vom Telegraphen gemeldet, die Soldaten „d'origine étrangère" oder die Eingeborenen, die auf seiten der Franzosen fallen, werden nicht gezählt. Natürlich, diese Fremdenlegionäre und diese Indigenen verdienen nicht, mitgezählt zu werden, da sie für Frankreich keinen Verlust bedeuten. Kanonenfutter sind sie, und höchstens bei Berechnung der Kosten Frankreichs werden sie in Anschlag zu bringen sein. Man kann wohl sagen, daß es ein Stück ehrlicher Entrüstung war, das aus den Reden aller Parteien hervorklang. Auch aus der Rede des Abg. Bebel war ein patriotischer Ton herauszuhören. Zwar mit der Politik unserer Regierung war er nicht einverstanden. Sie bedeutete ihm eine Kette von Fehlern — von der Tangerfahrt bis zur Konferenz von Algeciras und bis zu den neuesten Verhandlungen. Aber er nahm wenigstens nicht für die französische Politik Partei. Er vertrat vielmehr eine Ansicht, die man auch sonst hört, daß für Deutschland nichts günstiger sei, als wenn die Franzosen

sich so tief in das marokkanische Abenteuer verbeißen, daß sie nicht mehr hinaus können. Die Eroberung Marokkos werde noch mehr Zeit und Opfer kosten, als einst die Eroberung Algiers. Bebel vergißt aber dabei Zweierlei. Einmal, daß dieser marokkanische Krieg zugleich der systematischen Ruinierung des Landes und des Handels aller übrigen Nationen gleichkommt, daß Frankreich schon jetzt sich in den Besitz der reichen Mineralager des Landes zu bringen verstanden hat, und daß es wie nicht mehr zu verkennen ist, das fruchtbarste Gebiet, die Länder der Schauiastämme ganz an sich zu bringen bemüht ist. Das Zweite aber ist, daß Frankreichs rücksichtsloses Vorgehen sehr wesentlich dazu beiträgt, den religiösen Gegensatz des Islam gegen die christliche Kultur zu steigern, was weder uns noch den übrigen Nationen gleichgültig sein kann, die in friedlichen Beziehungen zu den Völkern des Islam stehen. Auch beginnen die Franzosen es an ihrem eigenen Leibe zu spüren. In Algier und in der Sahara beginnt es sich zu regen, und wenn wir auch sehr wohl wissen, daß die ungeheuere Überlegenheit der französischen Waffen immer neue Niederlagen der nordafrikanischen Heerhaufen nicht nur wahrscheinlich, sondern sicher macht, so ist doch ebenso gewiß, daß ein furchtbares Residuum an Haß nach bleibt und daß Algier und Tunis heute den Franzosen weniger gesichert sind, als sie es vor Jahresfrist noch waren. Darüber mag man sich in Frankreich täuschen, in der übrigen Welt tut man es nicht, und ebenso wenig wollen auch in den Reihen der näheren Freunde Frankreichs die Urteile verstummen, die über die Art der französischen Kriegführung sich sehr wenig zustimmend aussprechen. Die Marokkaner, die weit schlechter bewaffnet sind, als es unsere Gegner in Südwest waren, auch nicht an der Bodengestaltung den Schutz finden, der jenen zugute kam, sind auf den weiten Ebenen der Schauia in ihren primitiven Siedelungen die wehrlosen Opfer der aus weiter Ferne mit ihnen aufräumenden Kartätschen. Wenn jetzt die Ereignisse von Casablanca sich in Safi wiederholen sollten, wird wohl in ganz Europa nur ein Urteil zu hören sein.

Was unser Verhältnis zu England betrifft, so war in der Debatte alles darin einig, gute Beziehungen zwischen beiden Ländern für höchst wünschenswert zu halten und die Notwendigkeit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Rivalität zu bestreiten. Aber auch hier zeigten sich Nuancierungen. Herr Bebel sucht, wie es seine Art ist, die Schuld der vorhandenen Mißhelligkeiten bei uns und griff dabei in alter Weise

bis in das vorige Jahrhundert zurück. Die Krügerdepesche mußte wieder einmal herhalten; als ob sie nicht die natürliche Antwort auf den räuberischen Einfall Jamesons gewesen wäre, den ja England in aller Form rechtens verurteilt hat. Wenn Herr Jameson später freigegeben wurde und nach Beendigung des Burenkrieges Prime Minister des Kap werden konnte, so ist das bekanntlich ein kurzer Triumph gewesen, und heute ist eben jene Afrikanderpartei, die er bekämpfen und womöglich vernichten wollte, politisch in Englisch-Südafrika die regierende Partei. Wenn je, so hat hier die Ironie der Weltgeschichte ein vernichtendes Urteil über die Politik gesprochen, die den Burenkrieg erzwang. Wir haben aber kurz nach Beendigung des Krieges von sehr gut unterrichteter Seite gehört, daß bald nach dem Telegramm Kaiser Wilhelms Präsident Krüger auch von der Königin Viktoria ein Telegramm erhalten hat, das sich unwillig über das Jamesonsche Abenteuer aussprach. In der langen Reihe der Bände, welche die Korrespondenz der Königin umfassen, wird sich wohl auch das Konzept dieses Telegramms finden. An sich würde die Tatsache sehr wohl zum Bilde der Königin passen, die doch ein sehr lebhaftes Gefühl für Recht und Gerechtigkeit hatte und keineswegs geneigt war, aus Schwarz — Weiß zu machen, nur weil der Strom der öffentlichen Meinung die Wahrheit nicht sehen wollte. Auch hier möchten wir der Argumentation des Abgeordneten Bebel entgegentreten. Er brachte den Brief Kaiser Wilhelms an Lord Tweedmouth zur Sprache und verurteilte zwar sehr nachdrücklich das „heuchlerische" Spiel, das die „Times" mit ihm getrieben hatte; aber ebenso verurteilte er den Brief des Kaisers, auch wollte er die Parallele der von uns herangezogenen Briefe der Königin an den Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1877 nicht gelten lassen. Es komme, sagte er, auf die Zeitverhältnisse an. Aber darüber wird er sich wohl noch näher aussprechen müssen. Was die Königin verlangte, war ein Druck, den Deutschland auf die innere und äußere Politik eines Nachbarstaates ausüben sollte, mit dem in guten Verhältnissen zu leben einer der obersten politischen Grundsätze der deutschen Politik war und ist. Eine Einmischung, wie die Königin sie wünschte, aber wäre damals einem Bruch mit Rußland gleichgekommen, worüber niemand im Zweifel sein kann, der die Geschichte jener Tage einigermaßen kennt. Wir raten Herrn Bebel, sich darüber in dem lehrreichen Buche von Gorjäinow: Bosporus und Dardanellen, Petersburg 1907, zu orientieren. Er findet dort S. 305

und folgende alle wünschenswerte Auskunft. Es fehlt jede Parallele mit dem Schreiben Kaiser Wilhelms, und wir können nach wie vor nur bedauern, daß Lord Tweedmouth sich nicht die Erlaubnis erbeten hat, den Brief zu veröffentlichen.

Ganz ungerechtfertigt aber war es, und zugleich ein völliges Herausfallen aus dem national-deutschen Ton, den er sonst in seiner Rede anzuschlagen bemüht war, wenn Herr Bebel die Verantwortung für die Rüstungen zur See uns zuzuschieben bemüht war. Wer hat denn durch die Einführung des Dreadnought-Typus alle Seemächte der Welt zu neuen, ungeheueren Aufwendungen genötigt, wenn nicht England? Schon die Tatsache, daß Amerika, Japan, Frankreich auf diesen Typus übergegangen sind, zeigt die völlige Haltlosigkeit seiner Unterstellung.

Doch wir wollen nicht weiter polemisieren. Alle diese Dinge sind ja im Grunde millies dicta, wer sich nicht überzeugen lassen will, dem ist eben nicht zu helfen. Wir unsererseits halten an der Vorstellung fest, daß unser Flottenprogramm, eine Notwendigkeit darstellt, daß es in seiner Anlage defensiv gedacht ist, aber als eine Defensive, die geeignet ist, Respekt einzuflößen, und daß je stärker wir sind, desto größer die Aussicht ist, daß unsere Beziehungen zu England immer freundschaftlichere werden.

Sehr erfreulich ist die Tatsache, daß Rußland sich nicht auf den Boden des Greyschen Projekts gestellt hat, das einen Generalgouverneur in Mazedonien einsetzen will. Dadurch würde, wie wir schon früher ausgeführt haben, die Lage nicht gebessert, sondern wesentlich geschärft werden. Es hat uns sehr gefreut, von einem so hervorragenden Kenner aller türkischen Verhältnisse, wie es der General der Infanterie Frhr. v. der Goltz ist, in der „Woche" vom 21. März diese Ansicht auf das nachdrücklichste bestätigt zu finden. Er führt das englische Projekt als völlig undurchführbar ganz ad absurdum. „Einen besseren Generalgouverneur als Hilmi Pascha — so schließt er — ... wird man ohnehin nicht finden." Das Ergebnis aller Prüfungen des Balkanproblems läuft also noch immer auf das hinaus, was Victor Bérard schon vor 15 Jahren in seinem Werke „La Turquie et l'Hellénisme contemporain" aussprach: „En Macédoine la justice la plus vraie se confond avec le droit le plus strict: seul le maintien du Turc peut assurer le respect de ces grands principes de races et de nationalités, que l'on invoque

pour le chasser" .... Der Generalgouverneur Greys würde machtlos einem Kampfe aller gegen alle gegenüberstehen.

Nun ist das russische Reformprojekt, das wir nicht kennen, direkt der österreichischen Regierung mitgeteilt worden, und das bestätigt uns, was wir vor 8 Tagen annahmen, daß Herr v. Iswolski am Programm von Mürzsteg festhält. Stehen aber Österreich-Ungarn und Rußland zusammen, so läßt sich mit Bestimmtheit annehmen, daß aus der Diagonale ihrer Interessen sich eine Politik ergeben wird, die den Frieden wahrt und damit den allgemeinen Interessen dient.

Uns ist kürzlich von dem bekannten Nationalökonomen Oserow, Professor an der Moskauer Universität, ein Buch zugegangen, das wir allen denen empfehlen, die sich zuverlässig über den Stand der russischen Finanzen orientieren wollen. Ein Kapitel dieses Buches, das schon im vorigen Jahre erschien, hat bereits damals in Deutschland Besprechungen gefunden, z. B. in den preußischen Jahrbüchern. Der Titel lautet: Wie in Rußland das Volksvermögen vergeudet wird. Kritik des russischen Ausgabebudgets und die Reichskontrolle.

Wir bemerken jedoch ausdrücklich, daß es sich um die Zustände bis zum Jahre 1906 handelt, daß aber seither wesentliche Schritte zum Besseren gemacht worden sind. Oserow hatte die Archive des Handelsministeriums und der Reichskontrolle unbehindert benutzen dürfen. Das Studium der ersteren ergab als Frucht ein Buch „Über die Politik in der Arbeiterfrage während der letzten Jahre", das Studium des Archivs der Reichskontrolle das Buch, dessen Titel wir oben erwähnt haben. Wir heben aus dem Zusammenhang die Frage der russischen Unternehmungen in Persien hervor, die ebenfalls von Herrn Bebel mit nicht ausreichender Sachkunde in seiner Reichstagsrede behandelt worden ist. Damit verhält es sich nämlich folgendermaßen: Im Jahre 1893 organisierte Herr Poljakow eine persische Transportversicherungsgesellschaft, die von der Regierung des Schah eine Konzession zum Bau und zur Exploitierung von Fahrstraßen von der Bucht von Enseli nach Kaswin (198 Werst) erhielt. Die Gesellschaft erwarb dann von persischen Magnaten die Fahrstraße von Kaswin nach Teheran (135 Werst), später auch das Recht, den Hafen von Enseli auszubauen. Das Aktienkapital betrug 1,5 Mill. Rubel, dann wurden noch für 4,1 Mill. Obligationen erlassen. Aber die Gesellschaft wurde zahlungsunfähig und die russische Regierung erwarb für 5,2 Mill. Rubel die Papiere der

Gesellschaft, wobei die Obligationen in Aktien verwandelt wurden. Später wurden für weitere 5,5 Mill. Aktien erlassen, welche die Regierung gleichfalls erwarb, in Summa also Papiere auf 10 Mill. Rubel.

Bei Prüfung der Papiere der Gesellschaft stellte sich heraus, daß alle Arbeiten nur auf Rechnung des Kapitals der Obligationen ausgeführt worden waren, und daß die Aktien keinerlei realen Wert hatten.

Nun hatten Persien und Rußland sich dahin verständigt, daß vor 1910 in Persien keine Eisenbahnen gebaut werden dürften, aber die Straßen waren so angelegt, daß es immer möglich war, sie zu Eisenbahnstraßen umzuwandeln. Wie einträglich das Unternehmen war, läßt sich daraus erkennen, daß auf der Strecke Kaswin—Hamandan im Laufe von 8 Monaten 3 Passagiere befördert wurden: der Emir von Hamandan, ein Arzt und der englische Militärattaché!

Die Straßen wurden als Chaussee gebaut, aber in den 7 Jahren, seit die Chaussee Teheran-Enseli besteht, sind nicht mehr als 10—15 % aller Waren auf ihr in Fuhren befördert worden, die Perser zogen es vor, in alter Weise Kamele und Maulesel zu benutzen, was billiger war, aber die Manufakturwaren des Auslandes drangen auf dieser Straße ein, und verdrängten die Russen von den Märkten, die sie erobert hatten. Oserow führt außerdem die merkwürdige Tatsache an, daß die Kosten der Straße ungewöhnlich hoch waren, obleich die Bauunternehmer sich mitunter erboten, sie zur Hälfte des Preises zu bauen, und daß nicht der kürzeste Weg von Enseli nach Teheran gewählt wurde (150 Werst), sondern ein um 200 Werst weiterer, der durch ganz unwirtliches, fast unbewohntes Land führte und außerdem der Waßerstraße auf dem Kaspischen Meere parallel geht. „Alle gebauten Straßen — sagt ein offizielles Dokoment sind kommerziell mit Verlusten verbunden und wenn wir weitere 500 Werst in wasserlosem Lande bauen, werden wir nichts davon haben als Verluste. Die persische Regierung, die uns dazu die Konzession abschlägt, sorgt offenbar besser für die russischen Finanzen als unser Finanzministerium." — Oserow schließt diesen Abschnitt mit der Bemerkung, daß die Zeit, da Rußland auswärtige Märkte brauchen werde, noch nicht gekommen sei, „Rußland ist ja nicht England, das die Waren, die es produziert, nicht verbrauchen kann, sondern sie ausführen und deshalb Märkte suchen muß."

Es ergibt sich aus alledem wohl, daß bei der zwischen England und Rußland in betreff Persiens abgeschlossenen Konvention von Zu

geständnissen, die Rußland gemacht hat, keine Rede sein kann. Es hatte eben nichts zu vergeben. In wirtschaftlicher Hinsicht war der russische Einfluß in Persien gleich Null, ein Anspruch auf eine ferne Zukunft, was ja auch von weiten Gebieten gilt, die Rußland in Asien besitzt. Aber wenn man diese Tatsachen kennt, erscheint die Eifersucht, mit der die russische Presse das Eindringen jeder fremden Ware und jedes fremden Unternehmens auf persischem Boden verfolgt, geradezu lächerlich. Wir denken dabei auch an unser Bankunternehmen.

Übrigens sieht es in Persien trübe genug aus. Am 28. Februar ist der Schah nur durch einen glücklichen Zufall einem Bombenattentat entronnen, und es scheint jetzt beinahe, als sollte ihm aus den Reihen seiner fünf Brüder und seines Oheims ein Prätendent entgegentreten. Als nach der Revolution im Dezember der Schah vor seinem Parlament kapitulierte, glaubte man eine Zeitlang, daß in Persien ein konstitutionelles Regime Fuß fassen werde. Aber die Feindseligkeit gegen den Schah dauerte auch danach fort und wurde von der zügellosen Presse Teherans (4 Tageszeitungen und 20 Wochenblätter) genährt. Der Prinz Salared Dauleh, sein Bruder, und Silleh Sultan, sein Oheim, gelten als besonders gefährlich. Dem letzteren hat der Schah gleich nach dem Attentat den nachdrücklichsten Rat gegeben, zu verreisen, da sein Aufenthalt in Teheran zu bösen Gerüchten Anlaß gebe. Der „Golos Moskwy", dem diese Nachrichten aus Teheran zugehen, bemerkt dazu, daß von allen dem Schah feindseligen Elementen Silleh Sultan der stärkste sei. Sein Reichtum gebe ihm einen ungeheuren Einfluß in der Residenz, dazu begünstige ihn die englische Diplomatie, und das mache, daß er ohne sich um den Willen des ohnmächtigen Schah zu kümmern, tun und lassen könne, was ihm behage. Der Schluß, der sich aus diesen Verhältnissen ziehen läßt, weist auf eine Periode weiterer Wirren hin; was aber Oserow in den übrigen Kapiteln seines Buches aufführt, nötigt zum Schluß, daß Rußland noch sehr lange mit der unabweisbaren Notwendigkeit zu rechnen haben wird, vor allem im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, ehe es an weit aussehende auswärtige Unternehmungen herantritt. Darüber soll der renommistische und aggressive Ton eines Teils der russischen Presse nicht täuschen. Es ist blinder Lärm, und Rußland würde niemanden mehr schädigen als sich selbst, wenn es die Wege einschlagen wollte, auf welche diese Presse den Staat zu drängen bemüht ist.

Die Ablehnung der Flottenvorlage durch die Kommission der Duma ist nicht dahin zu verstehen, als wolle die russische Volksvertretung überhaupt von einer Erneuerung der Marine nichts wissen. Das ist keineswegs der Fall. Sie will die ungeheuer verantwortliche und kostspielige Arbeit nur nicht in die Hände der Verwaltung legen, der sie nicht mit Unrecht einen großen Teil der Schuld an der Katastrophe Rosheſtwenskis und Nebogatows zuweist. Auch ist der Marineminister bereits zurückgetreten. Daß Stolypin aus der Marinefrage keinen casus belli der Duma gegenüber gemacht hat, bekräftigt uns noch mehr in der Überzeugung, daß er der rechte Mann am rechten Platze ist. Aber unleugbar machen sich reaktionäre und national-chauvinistische Element nebenher geltend. Es kann nur als eine schädliche Maßregel bezeichnet werden, wenn neuerdings angeordnet worden ist, in den Grenzgebieten (also wohl baltische Provinzen und Polen) bei der Anstellung von höheren und niederen Beamten nur Personen russischer Herkunft zu berücksichtigen. Damit wird, soweit die baltischen Provinzen in Betracht kommen, auf die Elemente zurückgegriffen, die eine Hauptschuld am Ausbruch der Revolution von 1905 tragen, während doch deutsche Elemente im Lande reichlich vorhanden sind, die bewiesen haben, daß sie in einer Zeit allgemeiner Untreue treu am Kaiserhofe und an den rechtlichen Grundlagen des Reiches festgehalten haben. Auch in betreff des Schulwesens scheint unter dem Druck dieser nationalistischen Elemente die freiere Auffassung zu schwinden, die ursprünglich auf bessere Tage hoffen ließ. Unter diesen Umständen ist der Tod des Generaladjutanten v. Richter ganz besonders zu bedauern. Er ist der Freund und Vertraute von drei Kaisern gewesen, ein Mann, dessen Treue, Ehrenhaftigkeit und Selbstlosigkeit selbst in den Zeiten, da die Wogen des Deutschenhasses in der öffentlichen Meinung Rußlands am höchsten gingen, von keiner Seite verdächtigt werden konnte. Ein echter Vertreter des Geistes, der in den baltischen Provinzen zur Tradition gehörte, die von Vater auf Sohn ging. Mit ihm tritt eine Generation von der politischen Schaubühne, und heute scheint alles bemüht, darauf hinzuarbeiten, daß Männer dieses Schlages von der intimen Umgebung des Herrschers systematisch ferngehalten werden.

Die Wendung, welche das Eintreffen der amerikanischen Flotte im Großen Ozean herbeigeführt hat, läßt sich nur als erfreulich bezeichnen. Es war in der Tat sehr notwendig, daß in diesen Gewässern eine neue

Flagge sich zeigte. Das hat ernüchternd und beruhigend gewirkt, wie u. a. die Einladungen nach Yokohama und nach Australien zeigen.

Die Affäre des „Tatsu Maru" hat mit dem Untergange dieses Dampfers einen tragischen Abschluß gefunden. In Canton hatten die Chinesen beschlossen, den Tag, da der Dampfer an Japan ausgeliefert wurde, als einen Trauertag zu begehen. Jetzt wird dort wohl lauter Jubel sein. Denn so liegen heute die Dinge: Was den Japaner freut, ist die Sorge des Chinesen und vice versa.

Was endlich die barbarisch-blutige Tragödie in Port au Prince betrifft, so hat sie dank dem Einschreiten der Mächte nicht weiter fortgesetzt werden können. Aber was noch bleibt, ist dieselbe Barbarei, und ähnliche Revolutionen können sich jeden Tag wiederholen. Dieser Negerstaat ist ein völkerrechtliches Skandalum, und nichts würde uns mehr freuen, als wenn die Vereinigten Staaten, die ja die nächsten dazu sind, sich entschlössen, dem Unwesen kurzerhand ein Ende zu bereiten. Die Unmöglichkeit, die Schwarzen sich selbst zu überlassen, wo der Verkehr sie mit abendländischer Kultur in dauernde Beziehungen bringt, ist in Haiti deutlich genug erwiesen. Wie ihre Sprache ein korrumpiertes Französisch ist, das jeder sprachlichen Würde spottet, so ist ihr Christentum zum Fetischismus geworden, und von Recht und Gerechtigkeit auf diesem Boden kann vollends keine Rede sein. Die Insel aber ist eine der fruchtbarsten der Welt, ein Paradies, das zur Hölle geworden ist.

27. März 1908. Die Pforte ernennt General Robilant zum Chef der Gendarmerie in Mazedonien.
28. März. Der Kreuzer „Bremen" bringt Flüchtlinge aus Port au Prince nach Jamaika.
29. März. Konferenz des Fürsten Bülow in Wien mit Aehrenthal und Erzh. Franz Ferdinand. Unruhen in Wien.
30. März. Audienz des Fürsten Bülow bei Kaiser Franz Joseph.
31. März. Anarchistische Morde in Lemberg.

1. April 1908.

Das englische Projekt für die Reform Mazedoniens hat nur an einer Stelle Beifall gefunden, in Bulgarien, wo ganz richtig erkannt wurde, daß die Einsetzung eines autonomen Generalgouverneurs in Mazedonien der Schritt sei, der in seinen Folgeerscheinungen zur Loslösung dieser Provinz vom türkischen Reich und damit zu einem Kriege führen müsse, in welchem die Bulgaren als die stärkeren den Sieg über die anderen Prätendanten, die Serben und die Griechen, davonzutragen hoffen. Denn Serben und Griechen wollen ihre Sprachgenossen in Mazedonien viel lieber unter türkischer Herrschaft als den Bulgaren verfallen sehen. Von den letzteren haben sie nur nationalen und religiösen Zwang zu erwarten, während die Türken nach beiden Richtungen hin duldsam sind.

Diese Gegensätze treten mit aller Deutlichkeit in der Resolution hervor, welche ein mazedonisches Meeting in Sofia am 3. März gefaßt hat und deren Wortlaut uns erst jetzt aus den russischen Zeitungen bekannt geworden ist. Sie lautet:

1. Wir protestieren gegen das unchristliche und unmenschliche Bündnis der Griechen und Serben mit den Türken wider unsere unter türkischer Herrschaft stehenden Brüder.

2. Wir protestieren gegen die österreichisch-deutsche Balkanpolitik, welche, um Konzessionen zu erlangen, die Fortdauer der unmenschlichen Lage der Christen in der Türkei duldet.

3. Wir rufen an die Regierungen, Parlamente und die öffentliche Meinung Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens sowie anderer

aufgeklärter Staaten, auf daß sie mit ihrer Macht für die politische Autonomie der Gebiete von Mazedonien und Adrianopel unter einem christlichen Generalgouverneur eintreten, der den christlichen Mächten verantwortlich ist. Nur so läßt sich das Gedeihen der Bevölkerung dieser Gebiete und der Frieden Europas sichern.

4. Wir sagen Rußland unseren unbegrenzten Dank für alle Wohltaten, die es unserem Volke erwiesen hat, und ebenso den slavischen Wohltätigkeitsgesellschaften in Petersburg und Moskau für den Anteil und die Sorge, die sie unseren Angelegenheiten gewidmet haben, dazu dem Balkankomitee in London für seine steten Bemühungen und Vermittelungen, um das Schicksal unseres Vaterlandes zu bessern.

5. Wir danken der russischen und englischen Presse, sowie der unabhängigen und humanen Presse anderer Länder Europas für das, was sie für uns getan haben.

6. Eine Abschrift dieser Resolution ist den diplomatischen Vertretern von Rußland, England, Frankreich und Italien einzuhändigen, damit sie dieselbe ihren Regierungen und Parlamenten, den slavischen Wohltätigkeitsgesellschaften in Petersburg und Moskau, dem Balkankomitee in London und der Presse überreichen."

Das Interessanteste an dieser Resolution ist wohl, daß die bulgarischen Ansprüche sich nicht mehr mit Mazedonien begnügen, sondern auch Adrianopel, also Thrakien umfassen. Damit wird der Weg gezeichnet, den das künftige Großbulgarien gehen will, aber wohl auch bewiesen, wie gefährlich weitere Konzessionen an Bulgarien sein würden.

Das russische Gegenprojekt, das übrigens die Unmöglichkeit ausdrücklich betont, für den englischen Gedanken die Zustimmung der Mächte zu gewinnen, läßt sich im wesentlichen dahin zusammenfassen, daß die für Mazedonien als unerläßlich anerkannten Reformen durch die erweiterte Finanzkommission durchgeführt werden sollen, jedoch so, daß zwar die Mitglieder dieser Kommission in türkische Dienste treten, aber die Mächte stets genau über den Gang ihrer Arbeiten zu unterrichten haben, womit eine Kontrolle der Mächte gegeben wird. Nun stand dieses Recht der Kontrolle auf Grund der Vereinbarungen von Mürzsteg bisher nur Österreich-Ungarn und Rußland zu, so daß, da nach dem russischen Projekt nunmehr auch Frankreich, England, Deutschland und Italien hinzugezogen werden, die Mürzsteger Vereinbarung dadurch tatsächlich aufhören müßte. Dies ist der springende Punkt

des russischen Projektes, auf dessen Detail näher einzugehen wir keine Veranlassung haben. Aber es muß doch betont werden, daß sich hier eine überraschende Schwenkung der russischen Politik vollzogen hat. Der jetzt von Rußland angeregte Gedanke gehört ursprünglich Herrn Delcassé. Er wurde im Februar 1904 als ballon d'essai vom „Temps" vorgebracht, und war mit einer recht hämischen Verdächtigung der österreichischen Politik verbunden, deren „geschickter Egoismus und skrupelloser Realismus" sich bei der Erwerbung von Bosnien und der Herzegowina kund getan habe. Die Mächte hätten es bisher nützlich gefunden sich zu effacieren, und Österreich-Ungarn und Rußland das Mandat zu übertragen, in ihrem Namen zu handeln. Jetzt, da einer der Mandatare wegen des Krieges im fernen Osten außer stande sei, gleichzeitig seinen eigenen Angelegenheiten und diesem Mandat gerecht zu werden, komme es der Gesamtheit der Mächte zu, die Integrität ihrer vollen Aktionsfreiheit wieder aufzunehmen und kollektiv die ganze Kraft ihrer Initiative in Mazedonien geltend zu machen.

Dieses Ansinnen wurde damals von der russischen Presse sehr nachdrücklich zurückgewiesen; ob es jemals von Herrn Delcassé offiziell angeregt wurde, wissen wir nicht, Tatsache ist aber, daß heute der Gedanke in Rußland sehr populär geworden ist, weil von der Heranziehung Englands, Frankreichs und — Italiens zu der russischen Aktion ein schnelleres Reifen der orientalischen Krisis erwartet wird. Der „Golos Moskwy" spricht sich darüber sehr unzweideutig aus.

„Schon der Umstand, daß die bei den Slaven so unpopuläre Münzsteger Vereinbarung endgültig zerrissen wird, daß alle großen Mächte an der Durchführung der Reformen interessiert und beteiligt werden, und daß im Konzert dieser Mächte die Majorität den Staaten gehört, die aufrichtig an der Durchführung der Reformen interessiert sind — schon das gibt unserer Meinung nach Grund zur Hoffnung, daß das unglückliche Mazedonien wenigstens eine geringe Möglichkeit erhalten wird, ein Kulturleben zu führen."

Die Erfüllung dieser Hoffnung hängt nicht von den Reformen, sondern davon ab, daß die rivalisierenden Nationen in Mazedonien verhindert werden, ihr ruchloses Treiben fortzusetzen, und da müssen wir uns zur ketzerischen Ansicht bekennen, daß eine Verständigung zu zweien immer noch leichter ist als eine Verständigung zu sechs bzw. sieben, zumal von einer Majorisierung, wie der „Golos Moskwy" sie anzu-

nehmen scheint, keine Rede sein kann. Immerhin scheinen alle Mächte geneigt, das russische Projekt wohlwollend zu diskutieren, und undenkbar ist es ja nicht, daß die Einmütigkeit Europas auch auf die Hauptfriedensstörer, die Bulgaren, einen Eindruck macht. Erst wenn von dieser Seite her keine Gefahr mehr droht, läßt sich darauf rechnen, daß auch die griechische und die serbische Propaganda aufhört; daß in dem dann ruhigen Mazedonien alle wünschenswerten Reformen sich werden durchführen lassen, ist kaum zweifelhaft. Jetzt dauert das Unwesen schon zehn volle Jahre, während welcher nicht die Pforte, sondern Serben, Griechen und Bulgaren die Herstellung friedlicher Verhältnisse und damit auch die Wirksamkeit aller Reformmaßregeln verhindert haben. Es heißt absichtlich blind sein, wenn man das verkennen will.

Neuerdings wird von dem Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja", Herrn Wesselitzki-Boshidarowitsch, wieder in unverschämtester Weise gegen Deutschland gehetzt. Eine Korrespondenz unter dem Titel „Deutsche Landung in Schottland" erzählt die folgende abenteuerliche Geschichte. Es sei vor einiger Zeit aufgefallen, daß in den schottischen „Firth" (Fjorden) ein Fremder nicht nur die Gewässer, sondern auch alle landeinwärts führenden Straßen und Fußpfade studiert habe. Dabei kehrte er häufig bei Farmern ein und erkundete von ihnen weiteres über Land und Leute. Da geschah es, daß ein benachbarter Gutsbesitzer ihn zu sich einlud und von dem Mann, nachdem er ihn trunken gemacht hatte, sehr merkwürdige Bekenntnisse zu hören bekam. Er sei ein Hauptmann des preußischen Generalstabes und habe nunmehr seinen Bericht fertiggestellt, der den Plan für die Landung einer deutschen Armee und für ihren Marsch nach London darlege. Schon vor ihm hätten Hauptmann N. und Major M. denselben Auftrag wie er gehabt, aber nichts Rechtes ausgerichtet. Die Landung werde in diesem Firth erfolgen und nirgends sonst. Aber sie, seine Wirte, sollten sich nicht fürchten. Er wisse, daß die Schotten echte Teutonen seien und werde sie schützen.

„Die Wirte — so fährt Herr Wesselitzki fort — wurden infolge dieser Offenheit nüchtern und brachten ihren Gast zu Bett, wunderten sich aber nicht, als er am nächsten Morgen nicht nur aus dem Schloß, sondern auch aus der Gegend verschwunden war. Sie erfuhren auch, daß die anderen drei (!) wißbegierigen Ausländer aus dem Lande verschwunden waren. An der Authentizität der von einem Augenzeugen stammenden Erzählung kann nicht gezweifelt werden. Man muß annehmen, daß

die britische Regierung davon erfahren hat und Maßregeln zur Vorbeugung einer Wiederholung trifft. Die Zeitungen schweigen, wie sie in England zu tun pflegen, wenn etwas sie ganz besonders beschäftigt. Aber vor 14 Tagen brachte der „Observer", dessen Redakteur jetzt Herr Garvin ist, der unter dem Namen Calchas schreibende Mitarbeiter der „Fortnightly Review", eine Notiz über die Tätigkeit deutscher Offiziere am Ostufer Südenglands."

Herr Wesselitzki hat dann mit einem militärischen Sachkenner über diese schreckliche Angelegenheit gesprochen, und von ihm erfahren, daß deutsche Offiziere genau ebenso die französischen Küsten vor Beginn des Krieges studiert hätten. Die deutsche Regierung habe sich noch nicht entschlossen, welchen Ort sie zu ihrem vornehmsten Landungsplatz machen wolle, aber wahrscheinlich werde es Schottland sein usf. Auch Island wird als einer der Punkte genannt, von dem Deutschland seinen Überfall ausführen werde. Die deutsche Flotte wachse schneller als die englische und alles verfolge nur ein Ziel, die Landung in England. Die Seemanöver von 1906 hätten bewiesen, daß Deutschland leicht die zum Schutz Südenglands bestimmte Flotte fortmanövrieren und einige Häfen besetzen könne. Um wie vieles leichter könne das in dem fernen, nicht befestigten Schottland geschehen?

Mit diesem Fragezeichen schließt der Artikel, von dem sich nur annehmen läßt, daß ein Spaßvogel die Unwissenheit und die kranke Phantasie Wesselitzkis benutzt hat, um sich über ihn lustig zu machen. Aber Herr Wesselitzki ist Vorsitzender des Verbandes ausländischer Journalisten in London, und in Rußland wird er offenbar ernst genommen. Außerdem paßt seine Verhetzungspolitik dem System der „Nowoje Wremja", und schon wenige Tage nach diesem schottischen Märchen brachte Herr Sjuworin eine zweite Korrespondenz von Argus (20. März unter dem Titel: „Will Deutschland einen Krieg?"

Es war die Wiedergabe eines Gespräches „mit einem der ersten Diplomaten nicht nur Englands, sondern Europas", und dieses Orakel sagte:

„Wenn sie meine persönliche Meinung hören wollen, sage ich, daß Mazedonien niemals beruhigt werden wird, solange die Mächte das europäische Konzert um jeden Preis aufrecht erhalten wollen. Damit dient man ja nur Deutschland, das kein Interesse daran hat, diese Wunde der Türkei zu schließen. Deutschland — fährt der Diplomat nach einer

Zwischenfrage Wesselitzkis fort — bereitet sich ohne Zweifel konzentriert und mit allen Kräften auf einen Krieg mit drei Fronten vor und will nach allen drei Seiten aggressiv vorgehen. Noch aber ist es nicht fertig, und keinesfalls wird es vorgehen, ehe es zwei vorbereitende Aufgaben gelöst hat: den Bau einer Spezialflotte, um England zu überfallen, und die Germanisierung der polnischen Provinzen, als Basis zum Angriff auf Rußland. Keines von beiden kann schnell geschehen und deshalb ist die Furcht vor Deutschland jetzt noch übertrieben. Wenn daher drei oder vier Mächte — Frankreich hofft noch immer Italien zu gewinnen, worauf man in England nur wenig rechnet — sich entschließen wollten, die Pforte durch eine Flottendemonstration zur Annahme ihrer mazedonischen Vorschläge zu zwingen, werde Deutschland sich wahrscheinlich darauf beschränken, an der Demonstration nicht teilzunehmen und der Türkei sein Beileid aussprechen. Ein solcher Druck, energisch durchgeführt, würde am sichersten den Frieden auf der Balkanhalbinsel wahren, der sonst stets von Überraschungen abhängen wird."

Herr Wesselitzki läßt nach Wiedergabe dieses Orakels seine Phantasie weiter spielen. Er findet, daß Rußlands Stellung der Pforte gegenüber weit schwieriger sei, als die der Seemächte. Gegen die letzteren könne die Türkei nichts tun, als ihre mohammedanischen Untertanen aufzustacheln. Rußland aber sei im Kaukasus verwundbar, und wenn Deutschland nicht selbst die Russen angreifen wolle, werde es die Türken gegen sie hetzen, denn jede Schwächung Rußlands sei für Deutschland vorteilhaft. Siege aber Rußland, so werde Österreich benutzt werden, um die Erfolge des Sieges zu mindern. Kurz, das Resultat ist immer, daß Deutschland als der eigentliche Feind Rußlands bezeichnet wird, was Herr Wesselitzki noch in langatmigen Betrachtungen, die wir unseren Lesern erlassen wollen, ausführt. Wir bedauern aber, feststellen zu müssen, daß dieselbe Feindseligkeit uns auch aus den meisten anderen Organen der russischen Presse entgegenklingt, wenn auch der „Nowoje Wremja" und ihrem Argus-Korrespondenten die Palme gebührt.

Sehr erfreulich ist demgegenüber, wie besonnen das „Journal des Debats" das englische Reformprojekt und überhaupt die mazedonische Frage beurteilt. (Artikel vom 28. März.) Die Türkei habe mit einer Kollektivgarantie, wie Sir Ed. Grey sie vorschlage, stets schlechte Erfahrungen gemacht. Der Pariser Friede habe die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei garantiert, und ein Geheimartikel habe ihr

im Kriegsfall die bewaffnete Unterstützung von drei Mächten zugesichert. Weder 1871 noch 1877 seien diese Verpflichtungen eingehalten worden. Die Türkei werde daher in Zukunft vornehmlich auf ihre Armee, und nicht auf papierne Garantien rechnen müssen und könne unmöglich auf Reduzierung derselben eingehen. Die legitimen Verteidigungsanstalten, die sie in Mazedonien getroffen habe, seien durch die übertriebenen Rüstungen ihres bulgarischen Vasallen hervorgerufen, Rüstungen, die, wie die „Times" vom 21. März zugestehe, den Verträgen widersprechen, durch nichts zu rechtfertigen sind und die Hilfsmittel des Landes überlasten. Ihr Zweck war, revolutionäre Unternehmungen zu unterstützen und die Türkei zu nötigen, ihre Finanzkräfte zu erschöpfen. Auf dieses Verhalten Bulgariens gingen alle späteren Kalamitäten zurück, und sie wären zu vermeiden gewesen, wenn man Bulgarien gezwungen hätte, die Verträge einzuhalten.

Das können wir Wort für Wort unterschreiben, und wir meinen, daß wir hier den Ausdruck der althergebrachten französischen Orientpolitik wiederfinden, mit der wir uns sehr wohl verständigen können, die aber heute nicht an der Tagesordnung ist.

Ganz ebenso schließen wir uns den Ausführungen an, die von den „Débats" an die letzten Verhandlungen der französischen Kammer über die Ergänzungskredite für Marokko geknüpft werden. Die Bewilligung erfolgte mit allen Stimmen gegen die der Sozialisten, und die „Débats" billigen das rückhaltlos. Aber, fragen sie was weiter? Welche Opfer werden noch nötig sein? Wie lange werden wir in Casablanca bleiben? Ist noch viel zu tun, damit im Gebiet der Schauja der Friede eintritt? Auf alle diese Fragen habe die Kammer keine Antwort gegeben. Aber Ziel und Gegenstand der Marokkoexpedition seien durchaus klar. Herr Ribot habe daran erinnert, daß Frankreich nach Casablanca gegangen sei, „pour faire un acte vigueur" und die Ermordung von Franzosen zu rächen. Aber es sei nicht beauftragt, die Anarchie in ganz Marokko zu beseitigen, und es beabsichtige weder Eroberungen zu machen, noch Expeditionen zu veranstalten. Das habe Clemenceau bestätigt. Aber wenn das alles richtig sei, dürfe man wohl fragen, wie lange es noch dauern werde? Schon acht Monate sei Frankreich in Marokko, die Rivalität der beiden Sultane habe die Lage kompliziert, und das dauere fort. Einige Optimisten meinten zwar, daß, je mehr Frankreich ausgebe und je länger es bleibe, um so größer auch die Ansprüche würden, die

es an die Dankbarkeit des Sultans und Europas habe. In Wirklichkeit aber sei das Mandat Frankreichs durch die Akte von Algeciras bestimmt, und wenn Frankreich sich korrekt an sie halte, werde das zwar anerkannt, aber man erinnere auch daran, daß die übrigen Mächte wirtschaftlich gleichberechtigt seien und auch das gleiche Recht hätten, wenn ihre Volksgenossen betroffen werden sollten. Man solle daher den Begriff des Wortes Dankbarkeit nicht übertreiben. Herr Pichon habe mit Recht gesagt, der Nutzen, den Frankreich gewinne, liege darin, daß es seine Pflicht erfüllt habe.

Ein unberechenbarer Faktor sei in der Person Mulay Hafids aufgetreten. Frankreich habe nicht die Ordnung in Fez herzustellen noch Abdul Aziz wieder auf seinen Thron zu setzen; ja man solle sich sogar hüten, ihn nach der Schauja zu führen. Wohl aber werde Frankreich nicht untätig zusehen können, wenn Mulay Hafid den Bruder in Rabat angreifen sollte. Ribot habe das sehr nachdrücklich betont, und ebenso das Versprechen des Ministers Pichon, sich nicht mit Safi zu befassen. Der Kampf beider Brüder dürfe die Region nicht beunruhigen, in der Frankreich eine Aufgabe zu erfüllen habe. Noch könne es daher nicht fort, und damit die endliche Beruhigung eintrete, müsse vor allem die Polizei organisiert werden. Wenn das geschehen sei, werde Frankreich in Ehren seine Aufgabe gelöst und seine Rechte gesichert haben, ohne sie durch ein Abenteuer zu gefährden. Diese Politik habe die Regierung sich zu eigen gemacht, nun komme es darauf an, sie auszuführen.

Das ist klar und korrekt und kombiniert die Interessen Frankreichs mit denen der anderen Unterzeichner der Akte von Algeciras. In Deutschland wünscht man nicht mehr als diesen Ausgang.

In England ist man in Sorge um den Prime Minister Campbell Bannermann, dessen Zustand sich so verschlimmert hat, daß nur wenig Hoffnung auf Besserung, keine auf Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit vorhanden ist. Wahrscheinlich wird Mr. Asquith sein Nachfolger als Führer des Unterhauses. Nächst ihm stellt Mr. Lloyd George wohl die größte Kapazität des Kabinetts dar. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die Liberalen eben jetzt eine nicht ungefährliche Krisis durchmachen. Die Nachwahlen fallen fast regelmäßig gegen sie aus, und das ist im palamentarischen Leben Englands immer ein böses Symptom Auch hat trotz seiner starken Majorität das Kabinett nicht gewagt, den Kampf gegen die Lords so durchzuführen, wie es beabsichtigt und

angekündigt wurde. Dazu kommen die irischen Schwierigkeiten, die zu einem Homerule-Antrag Mr. Redmonds geführt haben, über den in der Partei keineswegs Einmütigkeit herrscht und der auch aus anderen Gründen aussichtslos sein dürfte, da die Sinfein-Partei von Mr. Redmond nichts wissen will; und der Dissensus in einer so wichtigen Frage bedeutet trotz allem eine Schwächung der Partei ihren Wählern gegenüber. Es ist aber nicht unmöglich, daß trotz heftiger Opposition das liberale Kabinett sich durch Durchsetzung der sogenannten Licencing-Bill seine Stellung wieder festigt. In dieser Frage ist das sittliche Recht durchaus auf seiten des Kabinetts. Es handelt sich um Einschränkung der Trunksucht durch wesentliche Minderung der Zahl der Kneipen, und darin stehen die Liberalen zusammen. Am 26. März hat Mr. Lloyd George sich in Quens-Hall darüber folgendermaßen ausgesprochen: Die Regierung hat ihren Lauf begonnen, und sie wird nicht kehrt machen. Selbst wenn sie wüßte, daß sie 14 Tage nach Annahme der Licencing-Bill von ihrer Stellung verjagt werden sollte, würde sie lieber fallen und sich nach dem Fall wieder aufrichten und den Kampf aufs neue aufnehmen." Dazu bemerkt die „Westminster Gazette":

„Das ist der rechte Geist, und wenn die mächtige Partei, welche die Regierung im Unterhause unterstützt, bereit ist, ihr Leben an den Ausgang zu setzen, so zweifeln wir nicht, daß sie es rettet, und zwar mit Ehren. Die liberale Partei ist durchaus in der Lage, einen solchen Kampf auf sich zu nehmen. Sie hat eine Reserve, die stark genug ist, den ersten Stoß zu ertragen.

Sie kann es wagen, geduldig und besonnen in der Überzeugung zu arbeiten, daß, wenn sie siegt, sie etwas Großes vollbracht haben wird, und daß, selbst wenn sie zeitweilig zurückgeworfen werden sollte, sie ehrenvoll für eine gute Sache gelitten haben wird. Wir freuen uns daher, daß Mr. Lloyd George es ausgesprochen hat, daß die erste und die gebieterische Pflicht der Regierung ist, für die Maßregel, die sie vorgeschlagen hat, „alles zu riskieren".

Es sind die Interessen der großen Brauer und der zahllosen Schankbesitzer, die die Agitation gegen die Licencing-Bill führen, und die Konservativen gehen mit ihnen, weil sie eben Opposition quand même in allen die innere Politik des Landes betreffenden Fragen sind. Das schließt freilich nicht aus, daß, wenn sie ans Ruder gelangen sollten, sie zu guter Stunde den Antrag selbst aufnehmen, den sie eben erst

leidenschaftlich bekämpft haben. Das ist im parlamentarischen Leben Englands mehr als einmal vorgekommen, und erregt weiter keinen Anstoß.

Das russische „Nachrichtenbureau" gibt für die letzten 14 Tage des Februar (russischen Stils) die folgende Statistik terroristischer Ausschreitungen: Getötet 52. Davon 12 Beamte, 40 Privatpersonen. Verwundet 29, davon 8 Beamte.

Geraubt wurden 447 957 Rubel 63 Kop. Davon an Kronsgeldern 360 000 Rubel und zwar von 5 Postämtern 77 390 Rubel, von Staatseisenbahnen 18 000, aus 3 Monopolbuden 719 Rubel, aus 6 Dorf- und Gemeindeverwaltungen 5608 Rubel 99 Kop., aus 6 Privatinstituten 18 162 Rubel 38 Kop. und von 82 Privatpersonen 28 077 Rubel. Außerdem wurden 800 Paßblankette unterschlagen!

Was hier fehlt ist die Aufzählung der durch rechtzeitige Entdeckung verhinderten Attentate. Die letzten Wochen haben der Polizei die Notwendigkeit auferlegt, sehr zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen. Aber noch spricht nichts dafür, daß das ganze Nest der Anarchisten und Terroristen aufgehoben wäre.

2. April 1908. Eid der Großherzogin von Luxemburg auf die Verfassung.
Annahme der Amnestievorlage von der französischen Kammer. Blutige Straßenunruhe in Rom.
5. April. Campbell Bannerman tritt als Prime Minister zurück. Wahlen zur portugiesischen Kammer. Unruhen.
6. April. Niederlage einer Mosolla von Abd el Aziz. Auflösung des Finnländischen Landtags.
7. April. Mulay Hafid besetzt Settat.

8. April 1908.

Es läßt sich durchaus nicht übersehen, daß in der Organisation der Iren eine neue politische Großmacht sich im inneren Leben der Vereinigten Staaten geltend macht, die auch auf die auswärtige Politik allmählich Einfluß zu gewinnen beginnt. Der Neuyorker Korrespondent der „Kreuz-Zeitung" hat bereits ausführlich über das große Meeting im Majestic-Theater berichtet, es sind aber danach noch eine Reihe ähnlicher Versammlungen gefolgt, wie z. B. am 17. März, dem St. Patrictage, in New York oder am 9. in New Haven. Charakteristisch dabei ist, daß die beiden Präsidentschaftskandidaten, Staatssekretär Taft und der Gouverneur von New York, Hughes, in ihren Huldigungen den Iren gegenüber konkurrierten, daß auf anderen Versammlungen Männer wie Viktor J. Dowling vom Neujorker Obergericht, oder James Higgins, der Gouverneur von Rhode Island, ähnliche Töne anschlugen, der zahlreichen Iren in hervorragenden Stellungen nicht zu gedenken. Das Charakteristische der irischen Politik aber ist die gegen England gerichtete Tendenz, wie denn, um ein Beispiel anzuführen, gegen den jetzt bis auf die Sanktion durch den Senat perfekt gewordenen englisch-amerikanischen Schiedsvertrag auf das leidenschaftlichste agitiert worden ist. Die Iren haben nun zwar in dieser Frage eine Niederlage erlitten, aber der eigentliche Zweck ihrer Agitation war auch nicht der Schiedsvertrag an sich, sondern die unverblümt ausgesprochene Absicht, unter allen Umständen den Abschluß einer englisch-amerikanischen Allianz zu verhindern, wie sie durch die von London her beeinflußten Blätter vertreten wird. Daß in Amerika selbst Staatsmänner von Bedeutung

für diesen Gedanken eintreten, haben wir nicht konstatieren können, auch würde es nicht den, einer formellen Allianz widerstrebenden, politischen Überlieferungen der Vereinigten Staaten entsprechen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Vorbereitung zu den Präsidentschaftswahlen alles Interesse in Anspruch nimmt, ist nicht daran zu denken, daß ein allen Instinkten der Iren zuwiderlaufender Schritt von solcher Tragweite auch nur versucht werden könnte. Ein Verdienst, das die Iren sich erworben haben, ist zweifellos, daß sie die Alleinherrschaft durchbrochen haben, die bisher in allen Fragen auswärtiger Politik der deutschfeindlichen englischen Presse gehörte. Das vornehmste Organ der Iren, der „Gaelic American", ist eine mit ungewöhnlichem Geschick redigierte Wochenschrift, die ihre Korrespondenten überall da hat, wo sich die Spuren einer antienglischen Bewegung zeigen. Eine rasche Übersicht über den Inhalt der letzteingelaufenen Nummer des „Gaelic American" (vom 28. März) läßt diese Richtung drastisch genug erkennen: Leitartikel: die Rede O'Neill Ryans aus St. Louis, gehalten in Chicago am Patrickstage, führt aus, daß England niemals freiwillig den Iren eine eigene Legislatur gewähren werde, und tritt für eine irische Republik als politisches Ideal ein. Es folgt eine Reihe von Artikeln gegen den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag. Artikel: englische Freundschaft, verspottet die vom Bankier A. P. Hepburn bei seiner Rückkehr aus Europa in New York aufgestellte Behauptung, daß das kontinentale Europa den Vereinigten Staaten feindlich gesinnt, der einzige Freund aber England sei. Bericht über den Vortrag eines indischen Patrioten, Barakatullah über John Morleys Verwaltung in Indien, die als heuchlerisch und unhaltbar gezeichnet wird. Artikel über Pflege der keltischen Sprache und spezifisch irische Interessen. Bericht über ein Meeting zu Ehren Paul Krügers, Nekrolog des Kommandanten Trichard, Führers der Transvaal-Artillerie. Widerlegung der Argumente, die von den Freunden eines Vertrages mit England vorgebracht werden. Betrachtung über die Auflösung des britischen Weltreichs, was an Australien und Südafrika exemplifiziert wird. Polemik gegen die „Times" und gegen tendenziöses Verherrlichen Englands in amerikanischen Schulen. Bericht über eine Konferenz der „Sin Fein" und über die „Gaelic League" in Irland, die von Amerika aus unterstützt wird usw. Durch alle Nummern der „Gaelic American", die uns zu Gesicht gekommen sind, geht die Polemik gegen das englisch-

japanische Bündnis, wozu die Rede Sir Wilfried Lauriers, die von der Möglichkeit sprach, daß japanische Schiffe dereinst Vancouver schützen könnten, neuen Stoff geliefert hat. Deutschland gegenüber ist die Haltung der Iren freundschaftlich, wie es denn scheint, daß seit einiger Zeit die Deutsch-Amerikaner mit den Iren Hand in Hand gehen. Aber die letzteren sind einheitlicher und fester organisiert und stehen auch in der großen Wahlkampagne geschlossener beisammen. Nun liegt es uns sehr fern, die Bedeutung dieser Tatsachen zu überschätzen; sie zu unterschätzen, ist aber gewiß ein Fehler, und daß sie sich totschweigen lassen, wie es die englische Presse zu tun versucht, glauben wir ebenfalls nicht. Diese irische Bewegung wächst unzweifelhaft, und wie in Amerika wird man schließlich auch in England mit ihr rechnen müssen. Bei der großen Einmütigkeit aber, mit der die gesamte Tagespresse Englands an dieser Seite der irischen Frage vorübergeht, wird man allerdings an ein parti pris glauben müssen, wie es uns ja auch in den marokkanischen Angelegenheiten und in den südafrikanischen entgegentritt. Die sehr zahlreiche englische Kolonie in Marokko, die noch mehr als unsere Landsleute durch die „Pazifikationspolitik" Frankreichs leidet, kommt in England nicht zu Wort, und ebenso verbeißt man in England die Äußerungen der Sorge, welche die letzten parlamentarischen Erfolge des Afrikanderelementes in Transvaal und in der Kapkolonie wachgerufen haben. Nur gelegentlich kommt das zum Ausdruck. Die „National Review" (die übrigens mehr als je ihre Verhetzungskampagne gegen Deutschland fortsetzt) bringt in ihrem Aprilheft einen überaus anziehenden Reisebericht von A. Rambler „a little tour in South Africa". Der Artikel ist undatiert, aber die Reise muß Ende Februar 1907 stattgefunden haben. Mr. Rambler war zugegen, als Lord Selborne das erste Burenministerium dem Parlament von Transvaal vorstellte. Lord Selbourne wandte sich, nachdem er dem scheidenden englischen Ministerium gedankt hatte, der neuen „Kollektion von Ministern" zu und sagte:

„Ich ernenne General Botha zu meinem Prime Minister" und reichte ihm eine Pergamentrolle mit so freundlichem und würdevollem Gesicht, als ob die Wahl dieses „Dutsch" ihm angenehm und seine eigene Wahl wäre. Botha sprang auf, worauf alle „Dutschen" sich erhoben und Beifall riefen (huzzaed), wir Engländer aber saßen schweigend und ingrimmig. Danach verlas ein Beamter den Treueid, „die Ehre

der allerdurchlauchtigsten Majestät des Königs und seines Landes für immer aufrecht zu erhalten", und General Botha erhob seinen rechten Arm und sagte mit fester vernehmlicher Stimme: „ich schwöre". Diese Zeremonie wurde fortgesetzt, bis jeder Minister geschworen hatte. Smuts folgte und dann ein großer Afrikander, Mr. H. C. Hall, der Kolonial-Finanzminister, der den Eid in englischer Weise leistete, ohne den Arm zu heben. Darauf Johann Rissik, ein flinker, kleiner Dutschmann, und Mr. Jacie de Villiers, ein beliebter dutscher Advokat, und zuletzt Mr. E. P. Salomon, politisch nominell ein Engländer, dem es in seiner zweideutigen Stellung etwas unbehaglich zu sein schien. So wurde das Burenministerium eingeschworen, und so übernahm es wieder die Macht. Der Platz draußen war gedrängt voll, als wir hinaustraten, Lord Selbourne erhielt nur wenige Beifallsrufe, als er fortfuhr, aller Enthusiasmus wurde für die beiden Helden des Tages reserviert. Wir warteten eine Zeitlang auf den Stufen des Parlamentshauses und beobachteten die Buren, die den Wagen umringten, in dem Botha und Smuts saßen, lachend und grüßend, als sie frenetischer Jubel empfing. Es war der Höhepunkt ihres Lebens. Die kleinen Gruppen der Engländer standen schweigend beiseite, mit ihnen wir, und die Überzeugung kam über uns, daß unsere Tage allerdings vorüber sind. Wir waren Fremde und der Krieg ist umsonst geführt worden. Es war ein bitterer Augenblick, und wenn er für zwei gewöhnliche englische Reisende bitter war, unendlich viel bitterer mußte er für diejenigen sein, die all ihre Energie, all ihre Hoffnung auf Südafrika gesetzt hatten — die Hoffnung und die Energie eines Lebens."

Man kann diese Empfindungen eines Engländers wohl verstehen, aber um wie vieles bitterer wären wohl die Gedanken Mr. Ramblers gewesen, wenn er, kaum ein Jahr später, zugegen gewesen wäre, da in Kapstadt Dr Jameson seinen Ministersessel ebenfalls einem Dutschmann (Merriman) abtreten mußte. Es ist eine furchtbare Nemesis, die hier waltet und die Lage für England dadurch besonders erschwert, daß der unaufhaltsame Sieg der holländischen Afrikander auf der Grundlage der nicht zu widerrufenden englischen Kolonialverfassung sich vollzieht. Das Werkzeug dieser Nemesis, der Premierminister Campbell-Bannerman, liegt heute schwer krank darnieder. Es steht bereits fest, daß Asquith sein Nachfolger wird, ist aber noch zweifelhaft, ob er das Finanzministerium beibehält. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird

mehr Leben in die Politik des liberalen Kabinetts kommen. An seiner Haltung in auswärtigen Angelegenheiten aber ändert sich gewiß nichts. Sir Edward Grey wird nach wie vor die Wege gehen, die er seit seinem Amtsantritt gegangen ist, d. h. die Politik Lord Lansdownes oder vielmehr die Politik König Eduards fortsetzen. Der Kernpunkt dieser Politik ist heute mehr als je die „Entente" mit Frankreich, die weit mehr als die russisch-französischen Beziehungen den Charakter einer „Allianz" angenommen hat und, wie es scheint, allerdings die Tendenz verfolgt, in eine russisch-französisch-englische Tripelallianz für Europa auszumünden. Der französisch-polnische Historiker Waliszewski hat sich in einem seiner Briefe an die „Nowoje Wremja" so lebhaft für diese Kombination ausgesprochen, daß sie ihm fast wie eine Realität erscheint.

„Europa — sagt er — steht an der Schwelle wichtiger Ereignisse. Schon lassen sich deutlich zwei Lager erkennen: auf der einen Seite Deutschland, auf der anderen England. Schon werden die Kämpen gesammelt, die hier oder dort figurieren sollen. Werdet ihr euch einem solchen Ruf versagen können? Vor einigen Jahren noch war es möglich. Das Bündnis mit Frankreich war nur ein Assekuranzvertrag und verpflichtete Rußland wenig, wenigstens konnte es die eingegangenen Verbindlichkeiten ins Unbestimmte hinausschieben. Beim ersten Rollen des im fernen Osten aufsteigenden Gewitters warf eure Bundesfreundin sich in die Arme ihres nördlichen Nachbars. Auch *heute muß Frankreich sich der kriegerischen Losung fügen, die von jenseit des Kanals ausgegeben wird.* Was werdet *ihr* tun, wenn der Aufruf ertönt? Auf wessen Seite werdet ihr treten? Ihr glaubt, ihr werdet eure Neutralität erklären. Meint ihr denn, daß ihr in der Lage sein werdet, es zu tun? Vor 8 Tagen wurde auf einem diplomatischen Abende bei mir eine Hypothese erwogen, die euch nicht unwahrscheinlich sein wird: ein Aufstand der westlichen (!) preußischen Provinzen, der mit einem auswärtigen Kriege Deutschlands zusammenfällt. Diese Hypothese war so leicht vorherzusehen, daß sie in den Zusammenhang des von euch unterschriebenen Vertrages fällt. Werdet ihr euch von ihm im entscheidenden Augenblicke lossagen? Als Historiker kenne ich den Wert von Verträgen und gebe die Möglichkeit zu. Hier aber handelt es sich nicht um einen Vertrag! In dem Konflikt, der sich vorbereitet, hat die Tinte von Protokollen nur geringe Bedeutung. Es wird eine Frage entschieden werden, an der ihr wohl oder übel teil-

nehmen müßt, weil sie eure Lebensinteressen trifft, und weil ihr einen Selbstmord begeht, wenn ihr euch der Rolle entzieht, die euch gehört. Ihr habt es ja verstanden, als ihr einen Slavenkongreß berieft, der eine Kriegsmusterung sein soll im Hinblick auf den drohend anrückenden Germanismus."

Man wird Herrn Waliszewski eine außergewöhnlich reiche Phantasie gern zuerkennen, sie spricht ja aus all seinen Büchern, daß er aber einen Aufstand unserer Westprovinzen ankündigt, ist wohl die erstaunlichste seiner Leistungen. Wir glaubten zunächst uns verlesen zu haben und hätten uns nicht gewundert, wenn er mit einem polnischen Aufstande gedroht hätte, aber den schließt er wohl ohnehin in die Reihe der Konsequenzen ein, die die große Heerschau des Slavenkongresses nach sich ziehen muß. Aber der Aufstand im Elsaß und in Lothringen, die er doch wohl meint, ist sein Eigentum, das hat vor ihm noch niemand gedacht und gesagt! Natürlich ist das Wasser auf die Mühle der russischen Chauvinisten, die wie der „Golos Moskwy" vom 20. März von der „zusammengefaßten Energie Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands" träumen und ihr Kampfesfeld im nahen Orient bereits gefunden haben.

Nun schätzen wir die Aktionsfähigkeit Rußlands vorläufig recht gering ein, schon weil die Ruhe, die heute eingetreten ist, mehr Schein als Wirklichkeit ist und namentlich aus den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung, die systematisch von den Sozialrevolutionären bearbeitet wird, böse Überraschungen drohen, auch trotz aller Verhaftungen und Exekutionen die revolutionären Organisationen ungemindert fortbestehen und ihrer Stunde harren. Was man vernichtet hat, sind die außerhalb der Organisation stehenden ungeduldigen Elemente; die kalten Fanatiker sind weder bekehrt noch entmutigt, und es ist uns fraglich, ob nicht gerade sie es sind, die auf ein neues Abenteuer hinarbeiten, um das begonnene Zerstörungswerk wieder aufnehmen zu können. Die Hartnäckigkeit, mit der die notorisch falschen Nachrichten von aggressiven Absichten der Türkei gegen den Kaukasus verbreitet werden, spricht für unsere Annahme. Daß die russische Regierung aber jetzt sich mit kriegerischen Absichten tragen sollte, darf man wohl kurzweg als Nonsens bezeichnen. Daran ist nicht zu denken. Sie arbeitet diplomatisch mit früherem und zukünftigem Prestige und es liegt im Interesse Englands und Frankreichs, dieses Prestige möglichst hoch einzuschätzen. In Frank-

reich selbst aber denkt man ebenso wenig daran, sich zu den marokkanischen Schwierigkeiten noch einen Kontinentalkrieg auf den Hals zu laden. Gegen die Behauptung Waliszewskis, daß Frankreich, wenn England will, Krieg führen muß, würde ganz Frankreich protestieren, „l'opinion française — assoiffée de calme et de paix", wie kürzlich eine französische Wochenschrift sagte. Wir glauben aber, daß diese Äußerung der Wirklichkeit entspricht, und daß es keine populärere Politik gäbe, als die, welche calme et paix in Wirklichkeit bringen wollte.

Aus den Zeitungen ein richtiges Bild von der Meinung der Franzosen über den Gang der marokkanischen Politik des Kabinetts zu gewinnen, ist fast unmöglich. Es gilt als unpatriotisch, nicht alle offiziellen Meldungen aus Marokko als bare Münze und alle Versicherungen des Ministeriums als sichere Zukunftsprognosen zu betrachten. Auch die Skepsis der großen Monatsschriften, der „Revue des deux mondes" und der „Revue" ist zurückhaltend, aber es scheint uns doch, daß man je früher je lieber die Botschaft hören würde, daß die französischen Truppen nach Frankreich zurückgerufen seien. Statt dessen werden Verstärkungen auf Verstärkungen hinüber geschafft, jetzt sollen es nach Angaben der Regierung 16 000 Mann sein. Ein Ende aber ist durchaus nicht abzusehen. Die Verhandlungen in der französischen Kammer am 31. März waren in dieser Hinsicht besonders lehrreich. Wir haben den stenographischen Bericht zur Hand genommen, um des Wortlauts der Rede Pichons recht sicher zu sein, und darin den folgen den erstaunlichen Satz gefunden: „Indem wir uns stets durch die Akte von Algeciras decken, uns stets mit ihrem Geiste erfüllen, da der Buchstabe zuweilen unzureichend ist, handeln wir, nicht nur auf unser eigenes Recht fußend, für unser besonderes Interesse, sondern als Mandatar Europas." Und weiter heißt es: „Die finanzielle Verantwortlichkeit der marokkanischen Regierung ist ebenso festgelegt, wie ihre politische Verantwortlichkeit."

Dieser Auffassung ist doch mit Entschiedenheit zu widersprechen. Frankreich hat kein anderes Mandat von Europa erhalten, als den Marokkanern bei der Organisation der Polizei in bestimmten Hafenplätzen behilflich zu sein. Das ist der Buchstabe und ist auch der Geist der Akte von Algeciras. Niemand hat Frankreich ein Mandat gegeben, Straferpeditionen tief landeinwärts zu unternehmen und die Ruhe und Ordnung in ganz Marokko herzustellen. Das ist eine unlösbare Aufgabe. Von Marokko gilt, was ein Sprichwort der Polen sagte:

„Polen wird durch Unordnung aufrechterhalten.“ Der französische Ordnungsbegriff paßt in dieses Land nicht hinein, und niemand wird bestreiten können, daß alles im Lande schlimmer geworden ist, seit Frankreich „Ordnung“ schafft. Das schlimmste Prognostikon für die Zukunft Marokkos ist aber jene „responsabilité financière“, die Herr Pichon der marokkanischen Regierung aufbürdet, denn je ungeschickter die Franzosen operieren, je länger sie infolgedessen in Marokko bleiben, um so gewaltiger wachsen die Kosten an, auf die es Anspruch zu erheben gewillt scheint. Ist einmal die Summe auf 100 und mehr Millionen Francs angewachsen, und wie bald kann das geschehen, wenn Frankreich mit seinen Truppensendungen fortfährt, so gerät Marokko in eine pekuniäre Knechtschaft, an der die durch die Akte von Algeciras garantierte Unabhängigkeit des Landes zugrunde gehen muß. Ein halb nomadischer Staat kann solche Lasten nicht tragen, und eben weil es über seine Kräfte geht, wächst die Wahrscheinlichkeit, daß die pacification in eine guerre à outrance ausmünden wird. Das ist weder der Buchstabe, noch der Geist der Akte von Algeciras.

Am 30. und 31. März sind die endlosen Verhandlungen über die Amnestie in der französischen Kammer zum Abschluß geführt worden. Am 2. April wurde das Gesetz perfekt. Amnestiert wurden Vergehungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen über Presse, Versammlungen, Jagd, Fischerei, Polizei, die Ausschreitungen in Südfrankreich zur Zeit des Winzeraufstandes, Streikexzesse und dergleichen. Das Amendement Sembat, das auch eine Amnestierung der Antimilitaristen beantragte, wurde mit 460 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Ein Zeichen, daß der Block entschlossen ist, noch nicht vor den Konsequenzen des Sozialismus abzudanken. Der praktische Antimilitarismus macht sich übrigens in der Zunahme der Desertionen geltend. Der Kriegsminister Picquart hat darüber die folgenden wenig erbaulichen Ziffern mitgeteilt: 1904 gab es 7016 Desertionen, 1905 bereits 10 181, im Jahre 1906 stieg die Zahl auf 13 508 und 1907 waren es 14 267! Wir glauben nicht, daß diese Zahlen in irgend einem anderen Staate erreicht werden.

Aus dem fernen Osten liegt der Bericht über eine Rede des Grafen Hayashi (Minister des Auswärtigen) über die auswärtige Politik Japans vor. Der Minister ging von der „Tatsu-Maru“-Affäre aus. Er legte den Verlauf des Streites dar und sagte, daß der vollständige Bericht im Auswärtigen Amt noch nicht eingelaufen sei. Er wolle aber nach-

drücklich betonen, daß die chinesische Zentralregierung sich Japan gegenüber freundschaftlich verhalten habe und durch Gewährung voller Satisfaktion zeige, daß sie auch ferner freundschaftliche Beziehungen aufrecht erhalten wolle.

Was die Beschlagnahme des japanischen Fischereischiffes „Kaju Maru" in der Nähe von St. Paul durch die Amerikaner betreffe, so schwebten darüber Verhandlungen, und es wäre verfrüht, Mitteilungen zu machen. In betreff der Kwantogrenze sagte Hayashi, daß dies ein alter Streitpunkt zwischen Korea und China sei und die Verhandlungen darüber langwierig sein würden. Bisher sei die Grenze noch nicht festgesetzt. Auch daß Chinesen sich gewaltsam mit Hilfe von Truppen in Besitz einer Mine von Kwanto gesetzt hätten, sei zur Grenzfrage gezogen worden und werde sich mit ihr erledigen. Endlich sprach er von der angeblichen antijapanischen Stimmung der chinesischen Zentralgebiete. Er, Hayashi, habe auch nicht das geringste Anzeichen davon entdecken können. China sei ein sehr großes Reich mit Millionen von Menschen, von denen wahrscheinlich einige eine Abneigung gegen Japan hätten. Wie aber solle man ein ganzes Volk beeinflussen, das liege nicht im Bereich der Aufgaben des Auswärtigen Amtes. Die Zeit werde beweisen, daß Japan von den besten Gesinnungen für seinen Nachbar erfüllt sei.

Der japanische Reichstag ist damit geschlossen worden. Im Mai finden die allgemeinen Wahlen statt und im Dezember tritt dann der Reichstag wieder in Tokio zusammen. Bis dahin muß die allgemeine Lage im fernen Osten sich wesentlich geklärt haben. Graf Hayashi aber hat eine Reihe schwieriger Fragen nicht berührt, unter denen wir der mandschurischen die größte Wichtigkeit beilegen. Sie erregt auch in Rußland steigende Aufmerksamkeit und wird von amerikanischer Seite sehr nachdrücklich angefaßt. Es handelt sich um die tatsächliche Durchführung des Prinzips der offenen Tür, das von japanischer Seite in sein Gegenteil verwandelt worden ist.

Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt vom 25. März hat diese Frage und überhaupt Probleme der auswärtigen Politik nicht berührt.

10. April 1908. Botschaft des Präsidenten Roosevelts gegen den Anarchismus.
11. April. Unterzeichnung der russisch-japanischen Grenzrichtung in Sachalin.
12. April. Besuch des Fürsten Bülow bei Tittoni in Rom.
Ermordung des Statthalters von Galizien, Grafen Potocki.
13. April. Audienz des Fürsten Bülow bei König Viktor Emanuel.
Auflösung der serbischen Skupschtina.

15. April 1908.

Die Rekonstruktion des liberalen Kabinetts nach Campbell-Bannermans Ausscheiden ist erfolgt, wie allgemein vorausgesetzt wurde. Die Leitung des Kabinetts und der Partei hat Mr. Asquith übernommen, Lloyd George die Finanzen, während — was wir als erfreulich bezeichnen — Lord Tweedmouth Lordpräsident des Geheimen Rats geworden ist und in seiner früheren Stellung als erster Lord der Admiralität von McKenna ersetzt worden ist. Die Tatsache, daß Morley in das Oberhaus übergeht, erinnert uns an eine Episode in der Geschichte der liberalen Partei, die sich im Sommer 1901 abspielte und deren Helden Mr. Morley und Mr. Asquith waren. Sie ist auch heute noch lehrreich. Damals, im Juli 1901, war der Ausgang des Kampfes mit den Buren noch keineswegs entschieden, und in den Reihen der Opposition die Sympathien für die um ihre Selbständigkeit kämpfenden Männer von Transvaal und vom Oranjefreistaat überaus lebendig. Die Partei war jedoch nicht einheitlich geschlossen, und gerade über der Frage des südafrikanischen Krieges gingen die Meinungen auseinander, aber man war bemüht, nach außen hin diese tiefen Gegensätze zu verkleiden. Auf einem Diner, das zu Ehren Campbell-Bannermans im Holbornrestaurant gegeben wurde, an dem aber auch Mr. Asquith teilnahm, hielt John Morley eine im Programm nicht vorgesehene Rede, in welcher er die Buren feierte und ihre Gegner leidenschaftlich angriff. Asquith, der zu den imperialistisch gesinnten Liberalen ebenso gehörte wie Sir Edward Grey, hob den Handschuh auf und warf ihn, wie Henry W. Lucy in seinen ebenso amüsanten wie lehrreichen Aperçus

über das Parlament in der Ära Balfour sagt, dem Gegner kräftig ins Gesicht.

Die Folge war, daß die Anhänger von Asquith ihm nun ihrerseits ein Festmahl im Hotel Cecil gaben und damit der Zwiespalt in der Partei, der bis dahin wie ein Geheimnis gehütet wurde, zu einer offenkundigen Tatsache ward. Sir William Harcourt, der damalige Leiter der Partei, war nicht stark genug, sie zusammenzuhalten, und es fehlte an einer überwiegenden einigenden Potenz, wie Gladstone es solange gewesen war. Was die Partei an ihm verloren hatte, drückte, gleich zu Anfang des dritten Ministeriums Salisbury, Lord Rosebery sehr drastisch folgendermaßen aus: Wenn man über die Bänke der Opposition auch nur ein Paar alte Beinkleider Gladstones werfen wollte, würde die Regierung in 8 Tagen gestürzt sein! („If they only threw over the Opposition Bench one old pair of Mr. Gladstones trousers, this Government would be out in a week.")

Die Imperialisten unter den Liberalen sind nun unter Mr. Asquith definitiv ans Ruder gelangt, nachdem schon vorher Campbell-Bannerman durch die Wahl Sir Edward Greys ihnen das Feld des Auswärtigen so ziemlich frei gegeben hatte. Die Tatsache ist ohne Zweifel sehr bedeutsam. Sie stärkt die Stellung des Ministeriums der Opposition gegenüber, und läßt nach außen hin ein noch rücksichtsloseres Vertreten der englischen Interessen erwarten. Auch scheint es allerdings notwendig, daß England den weiter ab liegenden Gliedern seines Weltreiches schärfste Aufmerksamkeit zuwendet, denn es gärt im Grunde überall. Zwar sind die Engländer mit Recht durch den Ausgang zufriedengestellt, den die Expedition gegen die Zakha Khels tief in den Himalaja hinein, genommen hat. Noch niemals hat, dank der Vorsicht des Hauptquartiers in Kalkutta und der Energie Sir James Willcocks im Felde, England eine schwierige Expedition mit geringeren Kosten und geringeren Verlusten durchgeführt. Der offizielle Bericht weist darauf hin, daß hier zum ersten Male die Früchte der von Lord Kitchener geschaffenen Organisation sich geltend machten. Nur drei Brigaden wurden in Bewegung gesetzt und Sir James drang so überraschend vor, daß er den Feind zerstreute, bevor er sich hatte sammeln können und nach großen Verlusten sich unterwerfen mußte. „Das Verhalten der Truppen — heißt es in diesem Bericht - - war über alles Lob erhaben und die Leistung des Generalstabes zeigte einen hohen Grad von Vollkommenheit." Die

Nachrichten werden beruhigend wirken und die Sorgen mindern, welche die ersichtlich zunehmende revolutionäre Stimmung in Indien erregt.

Die „New York Preß" vom 20. Februar sagt, wie wir dem eben eingetroffenen „Eastern World" entnehmen, daß die britische Regierung Nachricht erhalten habe, daß Waffen, Feldgeschütze und Munition aus New York und Philadelphia heimlich nach Indien geschafft würden, ebenso Bomben, mit denen Regierungsgebäude in die Luft gesprengt werden sollen. Auf Anfrage der britischen Regierung seien in den Vereinigten Staaten Nachforschungen angestellt worden und diese hätten ergeben, daß viele hunderttausend Dollars von reichen Indiern gewissen amerikanischen Firmen zugegangen seien. Unzweifelhaft sei seit den Tagen des Sepoy-Aufstandes in Indien das Volk den Engländern nie feindseliger gewesen, und daß die englische Regierung mit dieser Tatsache rechne, zeige die Entsendung schottischer Aufseher (Yard men), Vertreter der indischen Regierung und indischer Spione nach New York, um die dort lebenden Hindus zu beaufsichtigen. Es seien zum Teil Hindus aus hohen Kasten, die aus Indien nach New York flüchteten, andere seien nach Beratung mit dem Haupt der Organisation nach Indien zurückgekehrt. Am größten sei die Erregung in Punjab, Bengalen und Assam, das Hauptquartier sei Lahore, in Kalkutta sei es am tätigsten. „Die Revolutionäre haben heute in Indien 100 000 Mausergewehre verborgen, mit Munition und allem Zubehör", sagte ein Inder aus dem Osten, so daß sie schnell handeln können, wenn es nötig wird. Dieser Mann billigte das keineswegs, denn er war überzeugt, daß die Inder unterliegen würden, wie 1857.

„Sie haben die Flinten als Nähmaschinen und die Munition als kondensierte Milch eingeführt. Diese Ware ging erst nach Italien, wurde von dort nach Persien geschafft und dann nach Indien geschmuggelt. Jetzt sind noch mehr Waffen und Munition unterwegs. Die Verladungen haben vor 4 Wochen stattgefunden. Die Hindus haben Leute ausfindig gemacht, die ihnen die Bomben anfertigen. Sie haben das alles aufgespeichert, und die Erhebung kann nach sechs Monaten oder nach vielen Jahren erfolgen. Indische Fürsten legen alljährlich Geld zurück, denn sie hoffen auf volle Selbständigkeit. Sie wollen Geld zur Hand haben, um Hilfstruppen im Fall eines Aufstandes zu senden. Sie sind entschlossen, die britischen Soldaten aus dem Lande zu treiben und sich ein eigenes Regiment zu begründen."

Die „New York Preß führt“ nun aus, daß in den Vereinigten Staaten die Verschiffung von Gütern unter falscher Angabe straffällig sei, daß die „Society fort Advancement of India“ in New York jeden Zusammenhang mit den Revolutionären bestreite, daß aber ihr Präsident Myron H. Phelps, ein Anwalt, zugebe, daß die Erregung in Indien groß sei. Seine Gesellschaft sei jedoch nur interessiert, die Bildung der Inder zu heben und sie in Zeiten der Hungersnot zu unterstützen.

„Die Erbitterung — sagte er — wächst von Tag zu Tage in Indien, und wenn die britische Regierung nicht versöhnlicher wird, soll es mich nicht wundern, wenn eine Revolution ausbricht. Je mehr die Aufklärung des Volkes in Indien wächst, um so mehr Anteil verlangt es am Regiment, aber diese Bitten werden abgelehnt. Jetzt hat die Polizei das Recht erhalten, Versammlungen von 20 und mehr Personen aufzulösen. Nur wenige Amerikaner kennen die wahre Lage in Indien, die entsetzliche Armut und die Leiden von mehr als 300 Millionen Menschen. Diese Millionen haben ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 6 Dollar auf den Kopf. Es heißt, daß ein Viertel von ihnen nie gewußt hat, was es heißt, nicht hungrig sein. Armut und Hunger haben im letzten Jahrhundert so sehr zugenommen, daß eine tieferliegende, besondere Ursache vorhanden sein muß. Zwischen 1800 und 1850 gab es 9 Hungerjahre, in den folgenden 25 Jahren 6, im letzten Vierteljahrhundert nicht weniger als 19. Der Hunger ist jetzt chronisch in Indien geworden, das ist die normale Lage des Landes. Der Hunger ist aber nicht Folge mangelnder Nahrung, denn Indien hat ohne jede Unterbrechung Nahrungsmittel ausgeführt. Jetzt steht eine neue Hungersnot bevor, weil zwei Mißernten stattfanden und es mögen Millionen sterben.“

Die „New York Preß“ hat dann noch den britischen Konsul befragt „einen hervorragenden in Indien geborenen Mann“, und der gab andere Auskunft. Er gebe zu, daß etwas wie eine Verschwörung bestehe, aber was die Leute wollten, sei unsinnig. Im Augenblick, da die englische Armee abziehe, werde es einen blutigen Bürgerkrieg geben. Das Land sei niemals so gut regiert worden wie jetzt. Es stürben zwar viele, aber doch weniger als früher, nur würden jetzt durch Telegraph und Kabel die Tatsachen schneller bekannt; die Regierung gebe alljährlich 40 Millionen Pfund für Indien aus und dieses Geld werde in Hungerjahren gebraucht, das Volk zu ernähren. Das Unglück sei aber, daß die

Leute Hungers sterben, obgleich sie Nahrung genug haben. Viele von ihnen essen aus religiösen Gründen nur Reis. Gibt es eine Mißernte an Reis, so kann man ihnen Hühner, Fleisch, Brot oder was sonst immer geben, sie sterben lieber als davon zu essen.

Das ist wohl etwas einseitig erklärt und dürfte auf Widerspruch stoßen. Denn wenn wir auch nicht verkennen, daß England viel für Indien getan hat, so hat es ihm doch auch viel genommen, und gewiß hat die „New York Preß" recht, wenn sie auf die Wirkung hinweist, welche die japanischen Siege auf alle asiatischen Völker gehabt haben. Gilt doch dasselbe auch von Ägypten, wo von einem wirklichen Notstand der Bevölkerung kaum die Rede sein kann und doch der Ruf nach Beseitigung der englischen Fremdherrschaft immer lauter wird. Es läßt sich kaum mehr verkennen, daß alle diese Untertanen und Vasallenschaften zudem durch den Kriegslärm aufgeregt werden, den der allen bekannte Teil der englischen Presse seit Jahr und Tag unermüdlich erhebt, so daß sich die Vorstellung von einer großen bevorstehenden europäischen Konflagration in Asien und Afrika festgesetzt hat. Auf diesen Tag rechnet man in Indien wie in Ägypten und wo sonst immer die englische Herrschaft unwillig getragen wird. Bis dahin hält die Ungeduld zurück, dann aber wollen sie nicht länger warten. Das geht aus allem hervor, was wir seit den Siegen Japans aus der Welt, die nicht weiß ist, hören.

Offenbar hat die bereits mehrfach erwähnte Rede Sir Wilfried Lauriers, des Premierministers von Kanada (28. Januar 1908) wesentlich dazu beigetragen, das Gefühl allgemeiner Unsicherheit zu steigern. Jetzt liegt der volle, stenographisch aufgenommene Text der Verhandlungen des kanadischen Parlaments vor, so daß es möglich ist, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Sir Wilfried beantwortete eine Interpellation Mr. Bordons, des Führers der Opposition, über die Frage der japanischen Einwanderung, und führte dabei den Gedanken aus, daß Kanada, als eine britische Kolonie, auch in der Frage der japanischen Einwanderung den von England gegebenen Direktiven folgen müsse. Seine Rede war voll höchster Anerkennung für Japan, das aus lethargischen Zuständen plötzlich zu tatkräftigem, modernem Leben erwacht sei.

Japan hat unser Erziehungssystem angenommen, unsere Methoden für Handel und Industrie und in der Kunst der Kriegführung zu Wasser

und zu Lande bewiesen, daß es den berühmtesten Nationen der Gegenwart ebenbürtig ist. Es ist der Ruhm Lord Lansdownes, daß er von allen Diplomaten Europas als erster die Möglichkeit dieser japanischen Wandlungen erkannte. Die Bedeutung, die er mit Recht dieser Wandlung zumaß, war so groß, daß er sich plötzlich entschloß, mit allen Überlieferungen englischer Politik zu brechen. Bisher war es Regel und Tradition britischer Diplomatie gewesen, daß England sich in keine auswärtige Allianz verwickeln dürfe, sondern in seiner insularen Stellung allein stehen müsse, um stets von den sich bietenden Gelegenheiten einen Vorteil zu ziehen, ohne durch das Gewicht von Allianzen behindert zu werden. Aber Lord Lansdowne legte der neuen Entwicklung Japans so große Bedeutung bei, daß er im Jhre 1902 tat, was vor unseren Tagen von keinem englischen Staatsmann getan worden war und ein Defensiv- und Offensiv-Bündnis mit Japan abschloß. Welches ist also die Lage, die seit 1902 besteht? Sie liegt folgendermaßen: infolge des von Lansdowne abgeschlossenen Vertrages ist es möglich, daß, wenn unglücklicherweise die Interessen Großbritanniens im nördlichen Teil des Stillen Ozeans in Gefahr geraten sollten und unglücklicherweise ein Krieg ausbrechen sollte, in welchem die Flotte von Japan gemeinsam mit der Flotte von England für ein gemeinsames Ziel und gegen einen gemeinsamen Feind vorgeht, wir bereit sein müssen. Es ist möglich, daß wir infolge dieses Vertrages sehen, wie die Flotte von Japan in dem Hafen von Vancouver Anker wirft, um jene englischen Interessen zu schützen, denen Kanada so große Wichtigkeit beimißt.

Wir heben nur noch den Schlußsatz der sehr effektvollen Rede hervor:

„Soll es einmal heißen, daß es in diesem Parlament eine Opposition gab, die dafür stimmen konnte, daß Japaner in diesem Lande nur zugelassen werden, wenn sie auf Kriegsschiffen in Begleitung der englischen Flotte kommen,

um unsere Küsten zu schützen, und daß es eine Parlamentsakte gibt, die ihnen untersagt, in Friedenszeiten zu kommen?"

Diese Rede ging zunächst völlig unbemerkt vorüber. In England, wo eine offizielle Depesche eine kurze Inhaltsangabe verbreitete, schwieg man darüber, und auch in Amerika blieb sie unbeachtet, bis der „Gaelic American" erst eine etwas eingehendere Depesche, dann die Hauptstellen und endlich den vollen Text der gesamten Parlamentsverhandlung brachte. Es knüpfte sich daran die schon erwähnte lebhafte Polemik gegen den geplanten englisch-amerikanischen Schiedsvertrag, und diese Agitation dauert noch fort. Wie weit sie von den amerikanischen Blättern aufgenommen worden ist, können wir nicht mit Sicherheit feststellen. Die großen Neuyorker Blätter, die in gewissem Zusammenhang mit England stehen, schweigen — so weit sich bisher verfolgen läßt —, aber die Provinzialblätter sind voller Betrachtungen über die Rede, und die Regierung wie der Kongreß werden mit Resolutionen und Zuschriften angegangen, die sich gegen jeden Vertrag mit England aussprechen, der in letzter Stunde die Hände Amerikas binden könnte. Da die Verhandlung im Senat über den Abschluß des amerikanisch-englischen Schiedsvertrages noch aussteht, kann man auf den Ausgang gespannt sein.

Unter diesen Umständen ist es von großem Interesse, daß gänzlich unerwartet ein neuer demokratischer Präsidentschaftskandidat aufgetaucht ist. Mr. Johnson, Gouverneur von Minnesota, von Vater- und Mutter-Seite schwedischer Herkunft, aber in Amerika geboren. Die „Sun" tritt sehr lebhaft für ihn ein und im Augenblick ist die Lage die, daß Johnson sich erboten hat, Bryan zu unterstützen, wenn die demokratische Konvention ihn nominieren sollte, und es fragt sich nur, ob Bryan sich zu dem gleichen Versprechen bequemen wird. Jedenfalls — so triumphiert die „Sun" — ist die Lage der Demokraten nicht mehr hoffnungslos. Aber es scheint uns, daß die neue Kandidatur zunächst in beiden Lagern Verlegenheit erregt. Johnson ist im Westen sehr beliebt, gilt als absolut integer und könnte leicht auch zahlreiche republikanische Wähler zu sich herüberziehen, so daß die Kandidatur Taft dadurch beeinträchtigt werden könnte, während andererseits Bryan trotz allem wenig Neigung zu haben scheint, seine — nicht sehr erheblichen — Aussichten preiszugeben. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die Stimmen

und Stimmungen des Westens größere Berücksichtigung finden werden, als ihnen bisher zu teil geworden ist.

Präsident Roosevelt hat scharfe Maßregeln gegen die Anarchisten, „diese Feinde der Menschheit", in Aussicht gestellt, und wir möchten unserer oft genug ausgesprochenen Hoffnung Ausdruck geben, daß endlich einmal die Regierungen aller zivilisierten Staaten gegen diese sittliche Pest ausreichende Schutzmaßregeln treffen. In Rußland, Portugal, Spanien, neuerdings wieder in Frankreich und im Orient bricht die Reihe ihrer ruchlosen Verbrechen nicht ab. Und doch war es nicht unmöglich, durch gleichzeitiges Vorgehen aller, die ganze Sekte unschädlich zu machen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Assekuranz des Asylrechts ist im Grunde Begünstigung, darüber helfen keine Sophismen hinweg.

Die Nachrichten aus Marokko sind widerspruchsvoll wie immer. Sie beginnen bereits den Charakter einer gewissen Komik anzunehmen. Daß der alte Räuberhauptmann Raisuli wie ein Triumphator seinen Einzug in Tanger halten konnte, ist ein Spott auf alle Gerechtigkeit. Der Mann verdiente gehängt zu werden. Aber er steht unter dem Schutz der französischen Polizei in Tanger und ist El Guebbas, dem Minister des französischen Sultans, gerührt um den Hals gefallen. Sie haben sich geküßt und erklärt, alles Vergangene vergessen zu wollen — was von Raisuli sehr klug ist —, denn was geschehen sei, das sei Gottes Wille gewesen. In Fez aber hat sich das Gerücht verbreitet, daß Raisuli El Guebbas und alle übrigen Beamten des Maghzen in Tanger gefangen genommen und Mulay Hafid zum Sultan proklamiert habe. Die braven Leute in Fez wissen offenbar, was Raisuli zuzutrauen ist.

Von den Balkanangelegenheiten wollen wir nicht reden, sie scheinen noch im Stadium der Verhandlungen zu stehen. Die mit so außerordentlicher Sicherheit auftretenden Gerüchte von den Angriffsplänen der Türkei gegen die russischen Besitzungen in Transkaukasien sind jetzt nachdrücklich von der „Rossija", dem offiziellen Organ der russischen Regierung, dementiert worden. Wir glauben aber immer mehr Anhalt für unsere Annahme zu finden, daß diese Kriegsgerüchte und Kriegstreibereien auf die revolutionären Elemente in Rußland zurückzuführen sind. Denn unzweifelhaft geben sie ihre Hoffnung auf eine zweite siegende Revolution nicht verloren. Sie rechnen darauf, daß ein Krieg

Rußlands mit der Türkei in einen allgemeinen Krieg ausmünden werde, was sich janicht ohne weiteres als politische Unmöglichkeit bezeichnen läßt, und glauben, daß dann ihre Stunde schlagen wird. Daß die revolutionären Organisationen in der Stille weiter arbeiten, versichern Leute, die eben jetzt Rußland bereist haben, mit aller Bestimmtheit. Daneben flammt die panslavistische Tendenz wieder auf. Jener General Wladimorow, der als Kommissar nach Böhmen ging, um die Tschechen für den bevorstehenden Moskauer Slavenkongreß zu gewinnen, ist, wie es heißt, mit den „befriedigendsten" Eindrücken zurückgekehrt, und so wird der Welt das Schauspiel dieses Kongresses wohl nicht verloren gehen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß er einen erbaulicheren Verlauf nehmen wird als seine Vorgänger. Der Meuchelmord, dem der Graf Potocki in Lemberg zum Opfer gefallen ist, zeigt, wie furchtbar tief die Gegensätze sind, welche die einzelnen slavischen Stämme trennen. Zwischen Polen und Russen sind sie, trotz aller Komplimente, die man sich gegenseitig macht, nicht minder scharf, und fast dasselbe gilt von den Serben und Bulgaren. Man mag sich über die Tafel die Hand reichen, zusammen zu leben und zusammen zu arbeiten vermögen sie nicht. Was sie im Augenblick einigt, ist blinder Haß, wir brauchen nicht erst zu sagen, daß er uns gilt.

Es mag bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen werden, daß der „Temps" sich neuerdings die Kühnheit leistet, wiederum zu behaupten, daß Deutschland auf dem Berliner Kongreß von 1878 die Russen um die Erfolge von San Stephano gebracht habe. Man weiß wirklich nicht mehr, was man zu dieser absichtlichen Verkehrung einer urkundlich feststehenden Tatsache sagen soll. Nachdem zuerst Tatischtschew in seiner Geschichte Alexander II. sich genötigt sah, die Abmachungen von Reichstadt, durch welche Rußland Bosnien und die Herzegowina an Österreich-Ungarn preisgab, mitzuteilen und darauf Gorjäinow, der Direktor des Petersburger Geheimen Staatsarchivs, an der Hand der Akten diese Tatsache nicht nur bestätigte, sondern tiefer begründete, und uns dazu bis in das Detail hinein die von Schuwalow in London mit Disraeli und Salisbury getroffenen Vereinbarungen darlegte, durch welche das Großbulgarien von San Stephano auf die Grenzen reduziert wurde, die es bis 1885 einnahm, darf man diese Tatsachen nicht ignorieren. Es sind „lauter Dinge, die jetzt weltkundig sind". Es gehört in der Tat eine mauvaise foi ohnegleichen dazu, die

alten Lügen zu wiederholen. Oder sollte wirklich die Unwissenheit der Redakteure des „Temps“ so ungeheuerlich sein, daß sie von diesen Dingen nichts wissen? In beiden Fällen erwarten wir, daß jetzt, da wir ihnen den schon vor 3 Wochen dargelegten Zusammenhang nochmals wiederholen, sie ihrerseits revozieren und deprezieren! (Das ist natürlich nicht geschehen! Januar 1909.)

15. April 1908. Audienz des Fürsten Bülow beim Papst.
16. April. Kämpfe an der russisch-persischen Grenze.
Der Kongreß willigt 2 der von Roosevelt geforderten 4 Schlachtschiffe
17. April. Neue Kämpfe zwischen Franzosen und Marokkanern.
18. April. Regelung der deutsch-französischen Grenze zwischen Kamerun und frz. Congo.
19. April. Tod des Grafen Peter Schuwalow.

22. April 1908.

Die lange erwartete Rede des russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten hat die Erörterung der mazedonischen Reformen und damit die orientalische Frage wieder in den Vordergrund gerückt. Es liegt jetzt der vollständige Text der Rede Iswolskis nebst den sich daran schließenden Debatten und den Erwägungen der russischen und der ausländischen Presse vor. Der Minister hat — um eine Wendung des „Temps" zu gebrauchen — mit dem seiner Stellung entsprechenden Optimismus gesprochen, und sein Reformprojekt gewissermaßen als das Allheilmittel dargestellt, von dem die Genesung des „kranken Mannes" zu erwarten ist. Wir sind auf den wesentlichen Inhalt des russischen Projekts bereits am 1. April an dieser Stelle eingegangen, halten es aber für nützlich, mit den Worten Iswolskis diesen Kern der russischen Reformgedanken nochmals zu wiederholen. Er resumierte sein Memorandum folgendermaßen: An Stelle der (von England beantragten) Ernennung eines Generalgouverneurs, bleibt der Generalinspektor in den drei Vilajets wenigstens solange bestehen, bis die Frist für den gestatteten Zollzuschlag abläuft, und unter der Bedingung, daß bis zum Ablauf dieser Frist der Generalinspektor nicht ohne Zustimmung aller Mächte entlassen werden kann. Die Delegierten Englands, Deutschlands, Italiens und Frankreichs in der jetzt bestehenden Finanzkommission werden dem russischen und dem österreichischen Zivilagenten hinsichtlich der allgemeinen Kontrolle rechtlich gleichgestellt. Der Generalorganisator der Gendarmerie nimmt in Verwaltungsfragen an den Sitzungen der Finanzkommission mit beratender Stimme teil. Die Glieder der Finanzkommission, die Zivilagenten und

die Gehilfen des Generalorganisators treten in den Dienst der Türkei (wörtlich: werden als in türkischen Dienst stehend gezählt), wobei jedoch der bisherige Modus ihrer Ernennung beibehalten wird. Das Projekt der Justizreform wird von der Pforte in vollem Umfange angenommen, wobei die Kontrolle der Justiz der Finanzkommission übertragen wird. Erweitert und entwickelt wird das Institut der Landwächter (sselski strashnik) und unter die unmittelbarste Aufsicht und Leitung der von den europäischen Mächten reorganisierten Gendarmerieoffiziere gestellt. Die Zahl dieser Gendarmerie wird, den Mitteln der Pforte entsprechend, und in Übereinstimmung mit der Finanzkommission, ein wenig vergrößert. Endlich fällt der Vorschlag, die Zahl der türkischen Truppen zu mindern, und infolge dessen fällt auch von seiten der Mächte die Garantie für die Integrität der mazedonischen Besitzungen des Sultans.

Der Minister ist danach auf die günstige Aufnahme eingegangen, die sein Projekt bei den Mächten gefunden hat, wobei an gewissen Nüancierungen des Ausdrucks sich erkennen läßt, daß die Zustimmung Frankreichs und Italiens in einer Weise erfolgte, die in Rußland besonders befriedigte. Von England liegt bisher der Verzicht auf seine beiden vornehmsten Forderungen vor: Ernennung des Generalgouverneurs und Verminderung der in Mazedonien stehenden türkischen Truppen; über das weitere wird verhandelt. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß er sein Ziel erreichen werde, d. h. die „Ausarbeitung eines solchen Reformprogramms, das einmütig von allen Mächten unterstützt wird, und dem auch der Sultan zustimmen kann". Es ergibt sich daraus der Schluß, daß wir noch nicht vor einem fait accompli stehen, was insofern sehr wichtig ist, als inzwischen sachliche Einwendungen von nicht diplomatischer Seite laut geworden sind, die wohl den Anspruch erheben dürfen, bei der endgültigen Ausarbeitung des Programms in ernste Erwägung gezogen zu werden, zumal Herr v. Iswolski trotz seines Optimismus darauf hingewiesen hat, daß die Metzeleien und Kämpfe in Mazedonien nicht nur fortdauern, sondern „mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit noch zunehmen können".

In dem „Dresdener Anzeiger", der uns von Zeit zu Zeit durch politische Mitteilungen von großer Wichtigkeit überrascht, findet sich eine Korrespondenz aus Saloniki, aus der Feder einer Persönlichkeit, „die dem mazedonischen Reformwerk nahesteht". Dieser Gewährs-

mann des „T. A." weist nun darauf hin, daß ein wenig beachteter Punkt des russischen Projekts eine wirklich ernste Gefahr bedeutet. Das Institut der Landwächter verstecke unter einem harmlosen Namen die Organisation eines bewaffneten Landsturmes, dessen bloße Organisierung blutige Aufstände zur Folge haben müsse. Nach dem vom russischen General Schostak gemachten Vorschlage sollen nämlich in jedem Orte eine bestimmte Anzahl von Bewohnern jeder dort vorhandenen Rasse und Religion „im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil" zu diesem Landsturm ausgehoben werden. Nun sei der Streitpunkt, um dessen willen sich die Bevölkerung Mazedoniens seit Jahren zerfleische, gerade die Frage nach der religiösen und nationalen Zugehörigkeit des einzelnen, ob Serbe, Bulgare oder Grieche, ob Zugehöriger des Exarchats oder des Patriarchats. Jeder Teil nehme die Mehrheit der Bevölkerung für sich in Anspruch, und es sei ganz undenkbar, daß jemals griechischer Landsturm gegen griechische Banden, oder bulgarischer Landsturm gegen bulgarische Banden fechten werde. Als Resultat werde man schließlich neue organisierte Räuberbanden erhalten, die nur zu bald Werkzeuge der fortbestehenden Revolutionskomitees sein werden.

Mit noch größerer Schärfe wendet sich diese Korrespondenz aus Saloniki gegen das Greysche Projekt, das durch Entziehung der Zollerhöhung die Türkei auf indirektem Wege zwingen wolle, ihre Truppen in Mazedonien zu vermindern. „Die türkischen Truppen vermindern und durch Einrichtung der gardes communales (Landwächter bzw. Landsturm) den revolutionären Komitees neue Stützpunkte zu schaffen, das heißt nichts anderes, als nicht nur erneute Metzeleien heraufzubeschwören, sondern auch die Bulgaren, die sich bisher nur durch das starke türkische Aufgebot von kriegerischen Abenteuern zurückhalten ließen, direkt aufzufordern, einen Krieg mit der Türkei vom Zaune zu brechen."

Die jüngste Verbrüderung der russischen und bulgarischen Generalstabsakademiker, unter den Klängen der bulgarischen Kriegshymne: Rausche Maritza! ist kein übler Kommentar zu diesen Ausführungen. Aus dem Kreise der Kadetten hat Professor Miljukow, der mehrere Jahre in Sofia dozierte, in seiner Erwiderung auf die Ausführungen Iswolskis einen ähnlichen Gedanken ausgesprochen wie jener Korrespondent aus Saloniki. Er sagte: „Jedes Wort, das im gegebenen

Augenblick von uns hier über die Politik der Balkanhalbinsel gesagt wird, riecht nach Blut. Man braucht der mazedonischen Bevölkerung nur die geringste Hoffnung zu machen, um wieder einen neuen Ausbruch hervorzurufen." Das sollte eine Warnung vor dem englischen Projekt sein, während er dem russischen Projekt einen gesunden Kern nachrühmte, durch den die Reform Mazedoniens auf den korrekten Weg zurückgeleitet werde – um schließlich dennoch in das englische Projekt auszumünden. Herr Miljukow will also das Programm Iswolski als eine Vorstufe zum Programm Grey betrachtet wissen, und darin mag er, was den Effekt betrifft, recht haben. Aber er übersieht, daß auch dadurch Hoffnungen erweckt werden, „die nach Blut riechen"!

Das scheint auch in Bulgarien verstanden zu werden. Wir teilten jüngst die begeisterte Resolution mit, durch welche ein Meeting in Sofia das englische Reformprojekt begrüßte. Jetzt ist die Stimmung genau die entgegengesetzte: alles jubelt dem russischen Programm zu. Der „Sofiiski Dnewnik" hat über diese Frage Dragan Zankow, Grigori Natschewitsch, den Schriftsteller Michailowski und den Sozialisten Sakasow interviewt, sie stimmen sämtlich den russischen Plänen zu, was wohl als bündiger Beweis der Tatsache dienen kann, daß sie nicht in Widerspruch zu den bulgarischen Hoffnungen stehen. Wohin aber diese gehen, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Fassen wir dies zusammen, so verkennen wir nicht, daß die russischen Reformgedanken insofern mit Beifall zu begrüßen sind, als sie die Greyschen Pläne beseitigt haben, deren Ausführung ohne einen orientalischen Krieg nicht denkbar war. Eine wirkliche Besserung in den mazedonischen Verhältnissen erwarten wir aber auch von dem Versuch nicht, Herrn Iswolskis Vorschläge durchzuführen, selbst wenn die sehr bedenklichen Ideen mit der Erweiterung und Entwicklung des Instituts der Landwächter aufgegeben werden. Die Voraussetzung jeder Reform ist die endgültige Unterdrückung des Bandenwesens in Serbien, Griechenland und vornehmlich in Bulgarien. Dorthin und nicht nach Konstantinopel wäre der Schwerpunkt der Aktion der Mächte zu richten. Alles andere heißt Wasser in das Faß der Danaiden schöpfen.

Durch die „Agenzia Stefani" ist die Welt mit der Nachricht überrascht worden, daß wir unmittelbar vor einer *italienischen Flottendemonstration gegen die Türkei* stehen. Italien will die offizielle Genehmigung der Pforte zur Einrichtung von

5 Postanstalten (in Konstantinopel, Valona, Saloniki, Smyrna und Jerusalem) erzwingen. Nun hat die Pforte offiziell sich keiner Macht gegenüber des Rechts begeben, ihre Post in eigenen Händen zu behalten, das ist ein Teil ihrer Souveränitätsrechte, wohl aber hat sie stillschweigend solche Anlagen als fait accompli geduldet. Wenn nun die „Agenzia Stefani" mitteilt, daß die Pforte nicht nur das an sie gerichtete Verlangen unberechtigterweise abgelehnt habe und dessen Verwirklichung mit Gewalt zu verhindern suche, so scheint hier eine Ungeschicklichkeit des italienischen Botschafters in Konstantinopel, eventuell eine rasche Antwort des Großwesiers vorzuliegen. Von Gewaltsamkeiten, die stattgefunden hätten, ist bisher wenigstens nichts bekannt.

Die „Neue Freie Presse" weist mit Recht darauf hin, daß die Energie des italienischen Vorgehens zu den Ursachen des Streites im Mißverhältnis stehe und darauf schließen lasse, daß Italien sich als ein starker Faktor in der Orientpolitik bekunden wolle, betont aber, daß die italienische Agentur zugleich die Gerüchte von einer bevorstehenden Besetzung einer türkischen Provinz dementiere. Wenn dieselbe Agentur schreibt, daß Deutschland sich mit Italien in betreff Tripolis in Übereinstimmung befinde, so ist das wohl nur so zu verstehen, daß Italien sich mit keinerlei Anschlägen gegen Tripolis trägt. Es fehlte gerade noch, daß zum marokkanischen Herde ein neuer Herd des Fanatismus im nördlichen Afrika, für nichts und wider nichts, entzündet wird!

Da wir die Korrektur unserer Betrachtungen lesen, ist die, wie es schien, bedenkliche italienisch-türkische Krisis bereits in der Hauptsache überwunden. Der Sultan hat, unter Wahrung seines prinzipiellen Standpunktes, den Italienern die gewünschten Postanstalten bewilligt. Über die weiteren Differenzpunkte wird verhandelt, aber es ist ausgeschlossen, daß die geplante Flottendemonstration stattfindet. Und das läßt sich nur mit Genugtuung begrüßen. Sie hätte ein falsches Bild von der Stellung des Dreibundes zum orientalischen Problem entstehen lassen.

Neben der Krisis im „kleinen Orient" wird der Wandlung im fernen Osten wieder erneute Aufmerksamkeit zugewandt, und obgleich wir dort herzlich wenig mitspielen, sind nach wie vor unsere Freunde in der fremden Presse bemüht, auch dort die Spuren deutscher Intrigen zu finden. Den Anlaß dazu hat der Protest der Vereinigten Staaten gegen die politische Kontrolle gegeben, welche Rußland und

Japan widerrechtlich in dem China wieder zuerkannten Gebiet der mandschurischen Bahn ausüben. Die Vereinigten Staaten sind durchaus korrekterweise für die Verwirklichung des durch den Frieden von Portsmouth für diese Gebiete garantierten Prinzips der offenen Tür eingetreten, und verlangen die schriftliche Bestätigung ihrer Agenten als Konsuln, ausschließlich von China, als dem rechtmäßigen Herrn des Landes. Die „Nowoje Wremja" behauptet nun, daß sich auch Deutschland diesem Schritt der Vereinigten Staaten angeschlossen habe und knüpft daran die folgenden liebenswürdigen Erwägungen: „Wir glauben nicht, daß es Deutschland dieses Mal gelingen wird, einen ernsten Zusammenstoß zwischen Rußland und China herbeizuführen. Die russisch-japanischen Mißverständnisse verstanden die deutschen Staatsmänner zu einem Kriege zu entfachen. Damals stellten sie sich auf unsere Seite, bei dem jetzigen Mißverständnis zwischen Rußland und China in Anlaß der Munizipalreform in Charbin und Chailar stellt Deutschand sich auf seiten Chinas. In beiden Fällen ist der liebe Nachbar bemüht gewesen, die Beziehungen Rußlands zu seinem östlichen Nachbarn zuzuspitzen." Das wird dann noch weitläufig breitgetreten und gipfelt in der Behauptung, daß wir systematisch das chinesische Nationalgefühl gegen Rußland aufhetzen.

Der allzeit erfindungsreiche Herr Wessélitzki zeigt seinen Lesern bereits die Perspektive einer möglichen Allianz des Dreibundes mit Japan! Er hat nämlich Gelegenheit gehabt, mit zwei englischen Spezialisten, einem Seemann und einem Großkaufmann, denen Indien und China genau bekannt sind, zu verhandeln. Von dem einen erfährt er, daß dem englischen two Power Standard ursprünglich die russische und die französische Flotte als Maßstab gedient haben. Jetzt handele es sich um die Flotten des Dreibundes. Es genüge nicht, die Elbe zu blockieren, wenn aus Sizilien und Pola gegen die Flanke der englischen Verbindungen mit Japan operiert werden könne. Nun laufe 1915 das englisch-japanische Bündnis ab, und wahrscheinlich werde es nicht erneuert werden. Bis zu diesem Termin müßten daher neue Flotten fertiggestellt sein, um die Stellung Englands im Stillen Ozean zu behaupten, ohne Verstärkungen aus den europäischen Meeren heranzuziehen. Daß es unbedingt notwendig sei, neue Geschwader zu schaffen, habe das Erscheinen der amerikanischen Flotte im Stillen Ozean bewiesen. Der Eindruck, der dadurch auf alle anliegenden Staaten gemacht

würde, sei ganz außerordentlich. Australien und Neuseeland hätten die amerikanischen Kriegsschiffe gebeten, ihre Häfen zu besuchen, die Presse habe sie stürmisch begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen, daß Amerika sie vor den Gelben schützen werde. In England habe das großes Mißfallen erregt: England könne selbst seine Kolonien schützen und brauche keine Hilfe von seiten Amerikas. Aber man erkenne an, daß das japanische Bündnis in Australien niemals populär gewesen sei; dort habe man während des letzten Krieges nichts leidenschaftlicher gewünscht, als die Niederlage Japans. Daher müsse die englische Flotte das doppelte Ziel verfolgen: den Kolonien Vertrauen zu ihrer Sicherheit einflößen und ihnen zugleich beweisen, daß sie ausschließlich von England abhängen. Zu alledem komme nun die Möglichkeit, daß der Dreibund sich mit den Vereinigten Staaten oder gar mit Japan verständige. Es gebe nur zwei Mächte, die England nicht bedrohen, das seien Frankreich und Rußland.

Den Großkaufmann habe vornehmlich die systematische Konkurrenz Japans in Indien beunruhigt, ein Gedanke, der jüngst auch mit großer Energie in der „Empire Review" zum Ausdruck kam und in den Vorschlag eines englisch-amerikanischen Bündnisses gegen Japan ausmündete. Man solle zugleich dafür sorgen, daß China in ausreichender Bewaffnung den Japanern entgegentreten könne. Besonders erregt hat es, daß Baron Hayashi die Pekinger Regierung für die Folgen verantwortlich macht, welche die Boykottierung japanischer Waren in Kanton nach sich ziehen könne; da nun der Streit über die strittige koreanische Grenze fortdauert, in Südchina die Erbitterung über Japan eher in der Zunahme als im Schwinden ist, werden diese chinesisch-japanischen Schwierigkeiten in Rußland wie in England mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, aber hier wie dort mündet alles schließlich in Ausfälle gegen Deutschland aus. Das Treiben wird dem, der es Tag für Tag verfolgt, schließlich so zum Ekel, daß es Überwindung kostet, davon zu berichten. Aber es gibt noch brave Leute, die davon nichts wissen und hören. So berichtet der Korrespondent der „Nowoje Wremja", Herr Sjibirjakow, der sich vorteilhaft von seinem Londoner Kollegen unterscheidet, von einem 1903 in Berlin gegründeten „Verein zur Beförderung des Studiums russischer Kultur". Stifter ist Herr Professor Märkel, um den sich ein Kreis von Deutschen geschart hat. Am 7. März haben diese Herren unter Teilnahme eines Russen

(wahrscheinlich der Herr Sſibirjakow) ein Fest gefeiert, welches die „Nowoje Wremja“ folgendermaßen schildert: „Professor Märkel wandte sich an die Anwesenden in russischer Sprache. Auch das Menu war russisch, zur deutschen Sprache kehrte man erst zurück, als der Höhepunkt des Festes eintrat und die travestierte deutsche Nationalhymne gesungen wurde: „Rußland, Rußland über alles!“ Herr Sſibirjakow bemerkt dazu: „Das ist doch der Gipfel aller Russophilie!“ Gewiß, und die Herren haben wohl nicht gemerkt, wie verächtlich sie in diesem Augenblick ihrem russischen Gast erschienen, und mit welchem Hohn die Beschreibung ihrer naiven Begeisterung von den Lesern der „Nowoje Wremja“ begrüßt worden ist. Aber es wäre doch von Interesse, wenn Herr Märkel der Welt mitteilen wollte, wie er die weiteren Strophen von „Deutschland, Deutschland über alles“ in das Russische umgebildet hat, es fällt wirklich schwer, die Fortsetzung weiter zu denken.

Doch wir kehren zu ernsteren Dingen zurück. Im „Standard“ vom 16. April finden wir in einem der amerikanischen Flotte gewidmeten Artikel die folgende Betrachtung: „Das Ziel Roosevelts ist, daß die Vereinigten Staaten nicht wieder unvorbereitet sind, wie es der Fall gewesen wäre, wenn eine der europäischen Großmächte sich entschlossen hätte, Spanien beizustehen. In solchem Falle wäre man in Washington genötigt gewesen, auf einige Zeit seine Hörner einzuziehen und eine günstigere Gelegenheit abzuwarten. Wir zweifeln nicht daran, daß, wenn man Amerika Zeit ließ, es seine Hilfsmittel so stark entwickelt hätte, um aus eigener Kraft jeder Kombination von Gegnern die Spitze zu bieten. Bis dahin aber wäre McKinley gezwungen gewesen, zu temporisieren, wenn der Plan gewisser heimtückischer europäischer Diplomaten nicht von Lord Salisbury zu schanden gemacht worden wäre.“

Wir wissen nicht, ob unsere Leser die perfide Insinuation verstehen, die hinter diesen Andeutungen steckt. Es handelt sich um die Wiederaufnahme einer Verleumdungskampagne, die bereits einmal an dieser Stelle abgeschlagen wurde (conf. Deutschland und die große Politik 1902 S. 51—60). Damals behauptete England durch den Mund des Staatssekretärs Cranborne zunächst andeutend, danach durch Telegramme ihrer Presse ausführlich, daß Deutschland sich bemüht habe, eine europäische Koalition während des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 gegen die Vereinigten Staaten zu organisieren, Lord Salisbury

aber habe in diesem deutschen Antrage eine unverantwortliche Einmischung in die Angelegenheiten einer befreundeten Macht erblickt, und durch seine entschiedene ablehnende Haltung den Präsidenten McKinley aus einer höchst gefährlichen Lage gerettet.

Im Februar 1902, als die mit großer Leidenschaftlichkeit in Amerika und England über diese Frage geführte Preßkampagne auch von uns notgedrungen aufgenommen werden mußte, stellte sich heraus, daß die gleiche verleumderische Behauptung bereits in dem halboffiziellen Buche von Whates „The third Salisbury Administration 1895—1900" Aufnahme gefunden hatte, und es wurde schließlich unerläßlich, durch eine offizielle Darstellung der historischen Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie wurde in der „N. A. Z." veröffentlicht und stellte fest, daß am 14. April 1898 England durch seinen Botschafter in Washington den Vertretern der übrigen Großmächte den Antrag auf eine Kollektivnote machte, durch welche die Mächte erklären sollten, daß Europa eine bewaffnete Intervention Amerikas in Kuba nicht für berechtigt halte. Dieser Antrag, über den an eben diesem 14. April die Vertreter sämtlicher europäischer Großmächte in Washington nach Verabredung, gleichzeitig und gleichartig, an ihre Regierungen berichteten, wurde bekanntlich abgelehnt, und zwar ist es die Haltung, die Deutschland von vornherein in dieser Frage einnahm, gewesen, die dabei den Ausschlag gab.

Wenn jetzt, nachdem 6 Jahre seit dieser so blamanten Kampagne hingegangen sind, der „Standard" es wagt, mit den alten Verdächtigungen wieder hervorzukommen und uns erzählt, wie groß die Nöte McKinleys gewesen wären, „if the scheme of certain designing European diplomatists had not been dampned down by Lord Salisbury", so erkennt man daran die neue publizistische Schule, in die das einst hochachtbare Blatt eingetreten ist, seit es von Mr. Pearson aufgekauft wurde.

Man fragt wohl, welches die Quelle all des Giftes ist, das so von englischer, russischer, französischer Seite und von ihrer Gefolgschaft in den Reihen der Polen, Tschechen und eines Teils der Magyaren seit Jahr und Tag, mit nur geringen Pausen, gegen uns verbreitet wird? Wir möchten von vornherein bestreiten, daß der Grund des Hasses in einer Aversion liegt, die sich gegen deutsche Charaktereigentümlichkeiten richtet. Die meisten von uns haben Freunde unter Männern anderer Nationalität, und es ist nicht unsere Art, fremdes Wesen zu unterschätzen. Man hat uns nicht mit Unrecht lange genug das Gegenteil

vorgeworfen, und wir haben gesehen, daß es sogar heute noch ehrenwerte Männer gibt, die imstande sind zu singen: Rußland, Rußland über alles! Der Gegensatz ist ein politischer. Das Anwachsen einer großen Macht, die in jeder anderen Hand mißbraucht worden wäre, und die seit über einem Menschenalter bemüht ist, der Welt immer wieder die Versicherung zu geben, daß sie höchst friedliebend ist, die bereit ist, jedem, soweit ihr Einfluß reicht, gefällig zu sein, und von der man nicht glaubt, daß sie rücksichtslos ihre Kräfte brauchen wird, um sich einen möglichen Vorteil zu erringen, eine solche Macht erscheint im Augenblick ungefährlich, aber die Befürchtung, daß sie einmal ihre gutmütige Haltung aufgeben könnte, bleibt lebendig. Auch wollten wir nicht die Bürgschaft dafür übernehmen, daß, wenn jene literarischen Belustigungen sich in praktische Politik übersetzen, unser Geduldfaden nicht schließlich doch reißt. Den freien Raum für die Entwicklung der eigenen Interessen, den andere sich so ungeniert usurpieren, wollen wir, die wir auf dem Boden unseres guten Rechtes stehen, uns nicht beschränken lassen und unsere Wege unbekümmert weitergehen. Der Haß gegen Deutschland entspringt dem schlechten Gewissen der Hasser und könnte, da Haß unklug und blind macht, eines schönen Tages doch zu einer merkwürdigen Klärung der Weltlage führen.

23. April 1908. Unterzeichnung des Nordsee- und des Ostseevertrages.
Kämpfe der Engländer mit den Mohmands (Indien).
25. April. General d'Amade meldet neue Erfolge an.
6. April. König Eduard und Gemahlin in Stockholm.
28. April. Das englische Königspaar in Christiania.
30. April. Aufruhr in Mauretanien.
2. Mai. Entdeckung einer antienglischen Verschwörung in Calcutta.
3. Mai. Vermählung des Prinzen Wilhelm von Schweden mit der Großfürstin Maria Pawlowna.
4. Mai. Einbruch afghanischer Truppen in Indien, die General Willcocks zurückwirft.

6. Mai 1908.

Die vorbereitenden Kämpfe um die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten haben noch immer nicht dazu beigetragen, die Lage zu klären. Den beiden vornehmsten Kandidaten, Bryan und Taft, sind im eigenen Lager Konkurrenten erstanden, die sich zwar zurzeit noch nicht als direkt gefährlich bezeichnen lassen, die aber bei der Unberechenbarkeit der Zufälligkeiten, die im letzten Augenblick entscheiden, doch nicht übersehen werden dürfen. Dem Demokraten Bryan hat Minnesota, obgleich dieser Staat republikanisch ist, den Governor Johnson, ebenfalls ein Demokrat, als Gegenkandidaten gesetzt. Johnson ist der Sohn eines schwedischen Einwanderers und hat sich aus den ärmlichsten Verhältnissen durch eigene Kraft zu der angesehenen Stellung emporgerungen, die er heute einnimmt, so daß in Minnesota alles, ohne Unterschied der Parteistellung, für ihn eintritt. Für ihn ist außerdem das sehr zahlreiche schwedische Element, das in Nord- und Süd-Dakota, minder stark in Nebraska, Jowa, Illinois und Wisconsin verbreitet ist. Die vier letztgenannten Staaten sind aber für die Republikaner unerläßlich, wenn sie siegen wollen. Nun werden unsere Leser sich erinnern, daß Johnson einen Akkord mit Bryan schließen wollte, der im wesentlichen dahin ging, daß die Konkurrenz aufhören sollte, sobald die Majorität der Demokraten sich für einen von ihnen ausgesprochen habe. Bryan hat einen solchen Pakt abgelehnt und damit haben die Aussichten auf den schließlichen Sieg der Partei sich entschieden gemindert. In Eng-

land, wo alle Sympathien sich den Demokraten zuwenden, scheint man trotzdem die Hoffnung nicht aufzugeben. Einmal stehen auch dem republikanischen Kandidaten Taft zwei Konkurrenten im eigenen Lager gegenüber: Hughes und Foraker, dann aber rechnet man darauf, daß die Neger und die Arbeiter demokratisch wählen werden. Beides ist nicht unwahrscheinlich, aber beides nicht sicher, und so bleibt die Lage undurchsichtig, wenngleich unserer Meinung nach das Eintreten Roosevelts für Taft diesem die besseren Aussichten gewährt. Es ist nicht unmöglich, daß schließlich Fragen auswärtiger Politik mitspielen. Eine Präsidentschaft Taft wäre eine Bürgschaft für die Fortsetzung der kraftvollen Politik Roosevelts, während von Bryan das Gegenteil zu erwarten ist. Daher auch die Sympathie, die ihm von englischer Seite und von dem Teil der amerikanischen Presse entgegengetragen wird, die ihre Inspirationen aus London empfängt. Es ist sehr lehrreich, diese Tatsache zu verfolgen. Während bisher in dem uns feindlich gesinnten Teil der englischen Presse sorgfältig vermieden wurde, die Notwendigkeit einer weiteren Verstärkung der britischen Flotte an dem riesigen Wachstum der amerikanischen Kriegsmarine zu exemplifizieren, vielmehr stets Deutschland ins Auge gefaßt wurde, und bei Berechnung des two power Standard Amerika ausdrücklich ausgenommen wurde, da ein englisch-amerikanischer Konflikt undenkbar sei, wird neuerdings gerade diese Eventualität sehr ernstlich ins Auge gefaßt. Einer der hervorragendsten englischen Militärschriftsteller, L. S. Amery, Kriegskorrespondent der „Times" während des Burenkrieges und Verfasser der „Times history of the war", spricht sich über die englisch-amerikanischen Beziehungen folgendermaßen aus:

„Ich weiß, daß es viele gibt, welche zwar die Realität der deutschen Gefahr zugeben, sich aber absolut weigern, die größere Gefahr anzuerkennen, die eventuell von der Ausbreitung der Vereinigten Staaten drohen kann. Ich weiß, was der Durchschnittspolitiker, der unbequeme Tatsachen haßt, sagen würde: „Die Amerikaner sind unsere Vettern und Freunde, ein Krieg mit ihnen ist undenkbar." Undenkbar! Solch ein Wort gibt es nicht in der internationalen Politik. Wir haben früher mit den Vereinigten Staaten Krieg geführt und sind mehr als einmal hart daran gewesen, sie zu bekriegen — vor kurzem noch, vor nur 12 Jahren wegen Venezuelas.... Und worauf gründen sich denn die guten Beziehungen des Augenblicks? Nur darauf, daß im Jahre 1898 die mäch-

rige englische Flotte Europa verhinderte, zugunsten Spaniens zu intervenieren."

Wir unterbrechen hier unser Zitat, um darauf hinzuweisen, daß, wenn die guten Beziehungen Englands zu Amerika auf dieser „Tatsache" beruhen, ihnen überhaupt jedes Fundament fehlt. Denn, wie wir schon vor 14 Tagen ausführten, im Jahre 1898 war England bemüht, Europa zu einer Intervention zugunsten Spaniens zu bewegen, und dieser Plan scheiterte nur an dem entschiedenen Widerspruch Deutschlands und Rußlands! Es ist doch unerhört, daß diese englische Verleumdungslegende trotz aller offiziellen und dokumentarischen Widerlegungen immer aufs neue wieder vorgebracht wird! — Amery fährt danach fort:

„Je mehr die amerikanische Flotte heranwächst, um so weniger wird unsere Hilfe notwendig sein, es kann sogar der Wunsch an die Stelle treten, unsere Position für sich in Anspruch zu nehmen. Die Amerikaner geben schon jetzt 20 Millionen Lstr. jährlich für ihre Flotte aus. Sie können, ohne es zu spüren, 50 Millionen jährlich daran setzen, und ich glaube, bevor 20 Jahre hingegangen sind, werden sie es getan haben. Unsere Übermacht zur See ist für unsere Existenz aber so unerläßlich, daß wir es nicht dulden können, daß irgendeine Nation, oder zwei Nationen zusammen, wie freundschaftlich sie uns auch im Augenblick gesinnt sein mögen, uns zur See überbieten. Erlauben wir einmal, daß es geschieht, so bricht das gesamte Fachwerk, aus dem das Reich erbaut ist, in sich zusammen."

Mr. Amery kommt bei Erwägung der Mittel, durch welche der deutsch-amerikanischen Gefahr entgegengewirkt werden kann, zu dem Ergebnis, daß einerseits die allgemeine Wehrpflicht in England und in den Kolonien eingeführt werden müsse, andererseits die Durchführung der Chamberlainschen Fiskalpolitik unerläßlich sei. Geschehe beides, so werde man Menschen und Mittel haben, die Vormacht zur See trotz alledem zu behaupten. Denselben Gedanken vertritt ein gegen die englische Admiralität gerichteter Artikel von St. Barbara (ebenfalls in der „Nat. Review" und seit dem 4. Mai im „Standard" fortgesetzt), und noch weit energischer der jüngst viel genannte Lord Esher in einem Aufsatz, der die Überschrift führt: Heute und morgen. Beide Autoren schreiben überaus pessimistisch, aber Lord Esher verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß aus ihm ein Gefühl von Furcht spreche. Wenn England

seine Kräfte brauche, werde ein Krieg mit Deutschland auslaufen wie die Kriege mit Spanien, mit Holland und mit Frankreich. „Wenn aber das Volk im großen und ganzen sich kleinmütig zeigt, wie die Landsleute des großen De Wet es waren, dann wird England das Schicksal der Holländer zu teil werden, und es wird nicht mit Sicherheit darauf rechnen können, daß seine Selbständigkeit ihm gewahrt bleibt, wie es bislang mit Holland der Fall ist." Es sei ein eitler Traum, daß die Friedensperiode sich verlängern lasse. Vor 13 Jahren habe die Flotte wenig über 21½ Millionen und die Armee 21 Millionen gekostet. Seither habe England den Sudan erobert, weite Verantwortlichkeiten in Ägypten auf sich genommen und mehr als eine halbe Million Soldaten während des dreijährigen Krieges in Südafrika gebraucht. Heute sei das Budget der Flotte 30 Millionen, das der Armee 28. Wie hoch würden diese Posten in 5 Jahren, ja im nächsten Jahre sein? Wer könne das sagen? Und wer sei anmaßend genug, zu behaupten, daß England im Lauf dieser Periode nicht in einen Konflikt verwickelt sein werde, der nicht lokalisiert sei.

Wir übergehen die Vorschläge, die er macht, um Englands Zukunft zu sichern. Es ist immer dieselbe fixe Idee, daß alle Welt darauf ausgehe, England zu überfallen und ihm sein Kolonialreich zu rauben und wenn auch nicht direkt ausgesprochen, klingt uns aus dem Zusammenhang dieser und anderer Artikel der „National Review" derselbe Gedanke entgegen: braucht den Vorteil eurer Übermacht, so lange es noch Zeit ist.

Dieselbe Sprache führt das bekannte Konsortium englischer Blätter des Pearson-Trust. Der Ausgangspunkt bleibt stets die Verdächtigung Deutschlands. So veröffentlicht der „Standard" vom 30. April einen Brief von Professor Herbert Strong an den Präsidenten der Einwanderungsliga für Australien. Herbert Strong ist Professor an der Universität Liverpool, bekannt durch seine Catull- und Juvenal-Ausgaben, ein gelehrter Latinist und Sprachforscher, aber politisch ein Chauvinist und Imperialist, dem, wie es scheint, alles nüchterne politische Urteil verloren gegangen ist. Dieser Mann schreibt:

„Was mich immer in Erstaunen setzt, ist die Kurzsichtigkeit, mit der die Australier in die Zukunft blicken. Für mich steht nichts sicherer fest, als daß die Australier in nächster Zukunft um ihr Leben entweder mit Japan oder mit Deutschland zu kämpfen haben werden. Ich weiß

sehr wohl, was ich sage, denn ich habe in Deutschland gelebt und ich weiß, daß die Deutschen uns angreifen und uns eine unserer Kolonien im gemäßigten Klima nehmen wollen."

Nun lohnt es ja nicht, gegen diesen politischen Wahnsinn auch nur ein Wort der Widerlegung zu sagen, wohl aber halten wir es für in hohen Grade bedenklich, daß nunmehr seit bald 7 Jahren ohne jede Unterbrechung die politische Phantasie des englischen Volkes durch solche Hirngespinste vergiftet wird. In Wirklichkeit liegen die politischen Verhältnisse so, daß niemand in aller Welt daran denkt, England anzugreifen, daß aber die englischen Rüstungen die politische Atmosphäre erhitzt haben und die englische Bündnispolitik die Vorstellung erweckt hat, daß irgend eine große Aktion in Vorbereitung ist. Wenn nun, wie der „Temps" meldet, der französische Ministerpräsident Clemenceau während seines jüngsten Aufenthalts in London sich in auffallender Weise dem Haupt der englischen Alarmisten und Kriegshetzer, Herrn Maxse, dem Chefredakteur der „National Review", genähert hat, so gewinnt man den Eindruck, daß das offizielle Frankreich an diesem Treiben eine politische Stütze zu finden hofft. Das Resultat dürfte das entgegengesetzte sein. So sehr wir davon überzeugt sind, daß das heutige Kabinett trotz seiner imperialistischen Spitze friedlich gesinnt ist, so sicher wissen wir auch, daß jene chauvinistischen Elemente, deren Ausführungen unsere Leser eben kennen gelernt haben, in dem Verhalten des französischen Ministerpräsidenten eine Ermunterung zu weiterer Agitation gegen Deutschland finden. Sollte wirklich dieses frevelhafte Spiel zu einem Bruch zwischen uns und England führen — was wir trotz allem nicht glauben wollen —, so wird in Deutschland kein Zweifel darüber sein, daß die wesentlichste Schuld der französischen Politik zuzuschreiben sein wird.

Auch die Wendung, welche die marokkanische Politik Frankreichs nimmt, stimmt uns immer bedenklicher. Von der Versicherung, die Herr Pichon ex cathedra, das heißt vom Ministertisch, in der französischen Kammer gab, daß Frankreich eine unparteiische Stellung zwischen den sich bekämpfenden Sultanen einnehmen werde, ist heute keine Rede mehr. Französische Offiziere führen die Mahalla von Abdul Asis, die Expeditionen dauern fort, ohne mehr zu erreichen, als daß eine vorübergehende Stille eintritt, für deren Dauer gar nichts spricht. Die Gesamtwirkung der französischen Aktion aber ist, daß die Erregung

der islamischen Welt immer weitere Kreise ergreift. In Afrika hat sie bereits die Schwarzen erfaßt, in Ägypten und im Sudan treten uns Anzeichen entgegen, daß auch dort die Gärung zunimmt, und es steht uns keineswegs fest, daß nicht auch die Bewegung der Mohmands und Afridis, die notorisch durch die Predigt fanatischer Mullahs hervorgerufen ist, im Zusammenhang mit der von Marokko ausgegangenen Erregung steht. Daß dabei der „Temps" sich herausnimmt, uns in meisterndem Ton den Empfang der Abgesandten Mulay Hafids zu untersagen — French warning to Germany, so gibt der „Standard" den Inhalt des „Temps"-Artikels wieder —, ist doch eine Anmaßung, die alle Grenzen übersteigt. Bei der völligen Unzuverlässigkeit all der offiziösen französischen Berichte vom marokkanischen Kriegsschauplatze, ist es vielmehr in hohem Grade erwünscht, auch die „altera pars" zu hören, Mulay Hafid und seine Anhänger. Ob und wie diese Boten von uns empfangen werden, geht Frankreich gar nichts an, und wenn ihm nachträglich Mitteilungen gemacht werden, so ist das eine Höflichkeit guter Nachbarschaft, gegen die sich natürlich nichts einwenden läßt. Daß wir aber unser Verhalten zu *rechtfertigen* brauchen (justifier schreibt der „Temps"), ist eine durch nichts zu begründende Behauptung des „Temps", die durchaus zu dem nörgelnden Ton paßt, mit dem dieses Blatt die deutsch-französischen Beziehungen zu behandeln pflegt.

Die oben erwähnte Erhebung der Mohmands scheint durch die unerwartete Unterstützung, die ihnen von seiten der Afghanen (angeblich 20 000 Mann) zu teil wird, einen gefährlichen Charakter anzunehmen, zumal eine Erhebung in Bengalen parallel zu laufen scheint. Es wird alles darauf ankommen, daß die Engländer rechtzeitig den Einfall der Afghanen abschlagen und die offenbar noch nicht ausgereifte bengalische Verschwörung unterdrücken. Da der sehr tüchtige General Willcocks an der afghanischen Grenze steht und ein so hervorragender und vorsichtiger Feldherr die Militärkraft Indiens in Händen hat, wie Lord Kitchener, ist zu beidem gute Aussicht. Dennoch setzt unter allen Umständen die Teilnahme Afghanistans an der Erhebung der Mohmands England in eine sehr ernste Verlegenheit. Es darf, um sein Ansehen aufrecht zu erhalten, einen afghanischen Angriff nicht ungestraft lassen, und ein afghanischer Feldzug bedeutet unter allen Umständen eine Gefahr. Diese Gefahr aber steigert sich erheblich durch die erregte

Stimmung in Hindostan und Bengalen. Es heißt, daß der Unwille des Emirs Habibullah Khan durch das russisch-englische Abkommen über Afghanistan erregt worden ist. Jedenfalls steht fest, daß auf die ihm nachträglich von den Engländern gemachte Mitteilung über den Charakter dieses Abkommens von seiner Seite bisher keine Antwort erfolgt war. Vielleicht sind jene 20 000 (?) Afghanen, die jetzt auf indischem Boden stehen, als Antwort des Emirs zu verstehen. Da die Bevölkerung Hindostans und der an die Sitze der Afridi und Mohmands anstoßenden Gebiete islamisch ist, kann England auch ihrer Sympathien keineswegs sicher sein. Die revolutionäre Stimmung in Indien steht aber, wie kaum noch bestritten wird, in Zusammenhang mit dem englisch-japanischen Bündnis.

Zu alle dem kommen die inneren Unruhen in Persien, die seit Einführung der Verfassung kein Ende nehmen wollen und neuerdings durch die Entlassung des persischen Ministeriums sich noch besonders zugespitzt haben. Wundernehmen kann ja die Tatsache an sich nicht. Der Sprung von dem Despotismus eines persischen Schah zu einem parlamentarischen Verfassungsleben ist doch noch unendlich viel größer als die Wandlung, die sich auf russischem Boden vollzogen hat, und im Verhältnis zu den russischen Wirren sind jene inneren Kämpfe Persiens immer noch geringfügig. Es kommt aber noch hinzu, daß sich das Ehrgefühl Persiens genau so wie in Afghanistan durch das russisch-englische Abkommen tief verletzt fühlt. Die erste Wirkung der freiheitlichen Institutionen war eine Steigerung des nationalen Selbstbewußtseins und gerade dieses gesunde und gerechtfertigte Gefühl ist verwundet worden. So sehr die Politik der Selbsterhaltung auch dafür sprach, jene Empfindungen zurückzudrängen, verbergen ließen sie sich doch nicht, und es steht ganz sicher fest, daß sowohl nach der russischen wie nach der englischen Seite hin infolgedessen das Mißtrauen der Perser heute überaus rege ist. Auch hier spielt neben dem nationalen das religiöse Element mit. Nun sind die Räubereien der Kurden an den Grenzen der Türkei, Kaukasiens und Persiens als neues Element der Unruhe hinzugetreten. Es muß zur richtigen Beurteilung dieser Wirren betont werden, daß diese Kurden Nomaden, ihrem Bekenntnis nach Sunniten und ihrem Beruf nach Räuber sind. Es läßt sich durchaus nicht sagen, wohin sie eigentlich gehören, da ihre Grenzen nicht feststehen. Die Kurden, welche heute die Dörfer der vielgeplagten Armenier verwüsten, sind persische

Untertanen, sie geben aber vor, für türkische Interessen zu wirken, während sie in Wirklichkeit nur den eigenen Räuberinstinkten folgten. Die „National Review" aber sagt „unsere Kurden!" Das gibt ein völlig unsicheres politisches Bild, und wenn heute Rußland am Werk ist, die Kurden niederzuwerfen, sehen die Perser darin einen Eingriff in ihre oberherrlichen Rechte, während die Kurden vorgeben, im Interesse ihrer türkischen Glaubensgenossen zu arbeiten. Daß aber die türkischen Truppen, über deren Konzentrierung im östlichen Kleinasien zeitweilig so viel Lärm gemacht wurde, nicht mitspielen, ergibt sich schon daraus, daß sie weitab vom Schauplatz dieser Konflikte am Schwarzen Meer und auf dem alten russisch-türkischen Kriegsschauplatz Kars-Erzerum ihre Standquartiere haben. Der Kaukasus aber muß noch heute von Rußland erst wiedererobert werden, da in den Jahren der Revolution die kaukasischen Bergstämme sich fast unabhängig gemacht haben.

Summieren wir die Tatsachen, die sich aus unserer raschen Übersicht ergeben, so zeigt sich, daß der gesamte Islam von Tanger bis Kalkutta in kriegerischer Erregung ist und daß in Afrika diese Mobilisierung des religiösen Fanatismus einen antifranzösischen, in Asien einen antienglischen Charakter trägt. Wird nun noch durch Verschärfung des Konflikts in Mazedonien die europäische und die kleinasiatische Türkei und werden Arabien und Syrien gleichfalls in den Kreis dieser Erhebung hineingezogen, so kann schließlich der leichtfertig entfachte Brand die ganze islamische Welt entzünden, die doch einen Komplex von an 300 Millionen Menschen umfaßt.

Für Rußland bedeutet diese Entwicklung zweifellos einen politischen Vorteil. Die durch die Notwendigkeiten des Augenblicks gebotene Kapitulation vor England in Asien, kann dadurch tatsächlich aufgehoben werden, und ebenso steigt der in letzter Zeit sehr gesunkene Wert der japanischen Freundschaft wieder im Preise für England. Aber auch das führt schließlich zu neuen Verlegenheiten. England unterstützt, wie der „New York Herald" vom 14. April schreibt, den Boykott der Chinesen gegen japanische Waren, im Interesse des eigenen Handels.

Diese Situation beleuchtet die allgemeine Unpopularität des englisch-japanischen Bündnisses unter den Engländern im Orient. Das gilt nicht nur von den Kaufleuten, sondern von allen Ständen. Die Offiziere der Armee wie der Flotte kritisieren die Haltung ihrer Regierung zwar nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit, aber die

Vertreter des englischen Großhandels machen kein Hehl aus ihren Überzeugungen.

Wir folgern aus alledem, daß wir vor dem Beginn einer großen politischen Wandlung stehen, in welcher unsere geschonte politische Kraft und unsere weise politische Zurückhaltung ihren Lohn finden kann.

Wir brauchen alle die Feindseligkeiten, die gegen uns arbeiten, nicht zu fürchten. Für uns arbeitet die Zeit und die falsche Politik unserer Gegner, für uns spricht unser gutes Gewissen. Und das ist auch in politischen Fragen ein Faktor, der nicht zu unterschätzen ist.

7. Mai 1908. Kaiser Wilhelm und die deutschen Fürsten in Schönbrunn.
9. Mai. 2 Abgesandte Mulay Hafids treffen in Berlin ein.

13. Mai 1908.

Der Ehrenbesuch, den unter Führung Kaiser Wilhelms die deutschen Fürsten dem ehrwürdigen Kaiser Franz Josef gemacht haben, gibt einer Empfindung Ausdruck, die durch ganz Deutschland geht. Österreich-Ungarn ist seit 1879 unter allen Wandlungen, welche die Zeit gebracht hat, unser treuer Bundesgenosse gewesen und wird es, so hoffen wir, auch fürderhin bleiben. In den entscheidenden politischen Lebensfragen sind die Interessen beider Mächte gleichsam verwachsen, sie bieten einander einen Rückhalt wie keine andere mögliche Kombination, und können eben deshalb in voller Selbständigkeit auch die besonderen Interessen pflegen, die dem politischen Genius und der historischen Entwicklung beider Staaten entspricht. Es war eine besonders fein empfundene Rücksichtnahme, daß dieser Fürstenbesuch nicht auf den 2. Dezember, den Jubiläumstag des Kaisers gelegt wurde: an diesem Tage will und soll ihm die dankbare Huldigung seiner Völker nicht gestört werden durch die Anwesenheit nicht österreichisch-ungarischer Gäste. Es gehört der böse Wille der „Nowoje Wremja" und des „Temps" — par nobile fratrum — dazu, um das nicht zu begreifen. Sie sind beide, gleichzeitig, der Meinung, daß der 2. Dezember, wenn schon ein Fürstenbesuch stattfinden sollte, gewählt werden mußte!

Wir möchten bei dieser Gelegenheit doch darauf aufmerksam machen, daß die Stellung des „Temps" zur französischen Regierung durchaus geklärt werden muß. Jeder, der das Blatt regelmäßig liest, gewinnt den Eindruck, daß es Regierungsorgan ist. Nun hat aber Herr Pichon sich mehr als einmal von den Ausführungen der „Temps" losgesagt, und es liegt uns fern, sein Wort anzuzweifeln. Trotzdem dauert der unverkennbar offiziöse Charakter der Mitteilungen des „Temps" fort, so daß man den Eindruck gewinnt, daß in den Kreisen der französischen Regierung eine doppelte Politik geführt wird, die Herrn Pichons —

wir sprechen nur von der auswärtigen Politik — und die eines anderen mächtigeren politischen Faktors, dem der Verlauf der politischen Tatsachen schließlich recht zu geben pflegt, und der mit großer Konsequenz darauf hinarbeitet, alles zuzuspitzen und zu schärfen, was die deutsch-französischen Beziehungen verschlechtern kann. Da diese Tendenz auch während der amerikanischen Reise Herrn Tardieus fortdauerte, kann er allein sie unmöglich verschulden. Es ist höher hinauf zu suchen — und wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, an wen wir zunächst dabei denken. Es ist ja im Grunde dasselbe Bild, das uns in der Behandlung der marokkanischen Frage entgegentritt. Herr Pichon gibt eine feierliche Erklärung nach der anderen ab, und die Tatsachen, deren vorausfallende Schatten der „Temps" vorher in Form von Wünschen und Kritiken ankündigt, ergeben das Gegenteil der Pichonschen Versicherungen. Es ist dies ja auch recht deutlich an dem Aktenmaterial zutage getreten, das in unserem Weißbuch veröffentlicht wurde, obgleich, wie stets zu geschehen pflegt, jede der mitgeteilten Depeschen die Zensur des französischen Auswärtigen Amtes passiert hat und aller Wahrscheinlichkeit nach auf französische Bitte manches Aktenstück weggefallen ist, das diese Widersprüche in noch helleres Licht gesetzt hätte.

Daran ist nichts zu ändern, unzensierte Aktenpublikationen finden wohl nur unmittelbar vor Ausbruch eines Konfliktes statt, und soweit sind wir gottlob nicht.

Es fällt übrigens auf, wie in Frankreich die Unzufriedenheit mit dem Regime Clemenceau stetig anwächst. Ein so feiner und maßvoller Politiker, wie Professor Fernand Faure, der Chefredakteur der „Revue politique et parlamentaire", hat in dem Heft vom 10. Mai in eingehender Ausführung die zwei Jahre der Regierung des Kabinetts Clemenceau einer wahrhaft vernichtenden Kritik unterzogen, soweit die innere Politik in Betracht kommt. Sie fange an, jedermann verdächtig zu werden, und wenn die Kammer immer aufs neue Herrn Clemenceau ihr Vertrauen ausspreche, so sei das für die Majorität, mit der er arbeite, die notwendige Form, ihre eigene Unentbehrlichkeit zu bekunden. Clemenceau habe, als er am 5. November 1906 sein Programm entwickelte, nicht weniger als 17 verschiedene Reformen angekündigt, jetzt sei dieses Programm auf 3 Punkte zusammengeschmolzen: Rückkauf der Ostbahn, Arbeiterversicherung, Progressivsteuer, aber bisher sei noch keiner dieser Programmpunkte ausgeführt worden.

„Man erkennt – schreibt Fernand Faure mit bitterer Ironie — zwei große Kategorien von Reformen. Diejenigen, die völlig vergessen sind, und jene, mit denen man sich hier und da vom November 1906 bis heute beschäftigt hat. Zur ersten Kategorie gehört z. B. das Gesetz über Unfallversicherung von Arbeitern, über die Arbeit in Bergwerken, über die Reorganisation der Verwaltung usw. Die zweite zerfällt in zwei Unterabteilungen, erstens in die schlecht vorbereiteten Reformen, die zu erfüllen entweder unmöglich oder gefährlich ist, und zweitens in die notwendigen, völlig vorbereiteten Reformen. Das radikal-sozialistische Ministerium hat unter dem Beifall seiner Majorität nicht gezögert, zwischen beiden zu wählen. Es hat sich entschlossen den unausführbaren und schädlichen Reformen vorgespannt und alles daran gesetzt, um die Verwirklichung der anderen zu verhindern."

Das sei zwar unglaublich, aber leicht zu beweisen. Herr Fernand Faure geht nun in seiner klaren und gründlichen Art in ein Detail ein, auf dessen Wiedergabe wir verzichten müssen, das aber in schlagender Weise zeigt, wie völlig unfruchtbar die radikal-sozialistische Politik gewesen ist. Er streift danach den keineswegs erfreulichen Stand des französischen Finanzwesens, um schließlich eingehender bei der Frage zu verweilen, wie in den Tagen des Ministeriums Clemenceau die geltenden alten Gesetze vernachlässigt worden sind; die allgemeine Schulpflicht werde in immer steigendem Maße umgangen, so daß die Zahl der Analphabeten nicht nur nicht abnehme, sondern sich steigere, die allgemeine Wehrpflicht existiere nur noch auf dem Papier.

„Die Zahl derjenigen, die sich der heiligen Pflicht des Militärdienstes entziehen, wächst von Tag zu Tag. Sie ist erschreckend hoch geworden. 1898 wurden 1904 Soldaten für Deserteure erklärt und 4678 waren insoumis, Ungehorsame.

1904	sind	die	entsprechenden	Zahlen	2316	und 4737
1905	„	„	„	„	2674	„ 7807
1906	„	„	„	„	3028	„ 10480
1907	„	„	„	„	3437	„ 10630

Das ergibt für das Jahr 14 000 Individuen, die in offener Rebellion gegen das Militärgesetz waren, oder, da 400 000 einberufen werden, auf je 100 mehr als 3 Deserteure oder insoumis. Dabei ist aber nur die Armee, nicht die Flotte, in Betracht gezogen, von der der Marineminister am 2. April 1908 sagte, daß infolge der allzu zahlreichen

Amnestien die Zahl der Deserteure sich seit 1898 verdreifacht habe. Die Zahlenangaben über die Desertionen und Rebellionen in der Armee aber stammen vom Kriegsminister."

Als drittes Beispiel führt Fernand Faure die Tatsache an, daß trotz aller Verbote Beamtensyndikate der Lehrer, der Post- und Telegraphenbeamten bestehen. Sie sind ungesetzlich, aber man duldet sie. Das Schlimmste sei eben das Abnehmen der Achtung vor dem Gesetz! Daß diese Zustände einen Patrioten wie Faure beängstigen und schmerzen, ist wohl verständlich.

„Trotzdem", so sagt er, „verzweifeln wir nicht an der Zukunft. Frankreich leidet unter der radikal-sozialistischen Politik, es wird sich ihrer zu entledigen wissen, bevor das Übel unheilbar geworden ist. Es ist nicht das erstemal, daß wir unfähige oder schlechte Regierungen haben. Wir haben uns stets von dem Übel erholt, das sie uns getan haben. „Mit einem Königreich", sagt Voltaire in seinem philosophischen Wörterbuch, „ist es wie mit einem Landgut. Ist der Boden gut, so wird es nie ruiniert werden." Ist nun Frankreich nicht ein freigiebiges Land? Voltaire glaubt es. Er sagt uns darüber ein schönes und tröstendes Wort: Mag Frankreich auch von einem entschlossenen Narren wie Law, oder von einem lustigen Narren wie Dubois, oder von Ministern, wie wir sie mitunter haben, regiert werden, man wird stets von ihnen sagen können, was ein venetianischer Gesandter Ludwig XII. antwortete, als dieser im Zorn drohte, Venedig zugrunde zu richten: „Versuchen Sie es, Sire, ich glaube, es ist unmöglich. Seit 20 Jahren tun meine Kollegen alles Denkbare, um Venedig zu zerstören, sie haben es doch nicht fertig gebracht." Die Radikal-Sozialisten Frankreichs werden heute nicht stärker sein, als die Senatoren der Republik Venedig in den Tagen Ludwigs XII."

Das hoffen auch wir, denn wir wünschen ein gesundes und zufriedenes Frankreich zum Nachbarn, nicht das fieberkranke Frankreich von heute, das, wie es scheint, in seiner auswärtigen Politik ebenso in Widerspruch zu seinem laut verkündeten Programm steht, wie in seiner inneren Politik.

Die Töne, die in der „Revue politique et parlamentaire" angeschlagen werden, klingen uns übrigens ebenso in den „Débats" und auch in konservativen Blättern entgegen, wir finden sie noch drastischer in dem von Seignobos redigierten sozialistischen „Courrier Européen".

In einem Artikel über „Die Krisis des Parlamentarismus" wird der Deputierte im heutigen Frankreich folgendermaßen charakterisiert:

„Das große Problem und die große Sorge für ihn ist, seine Wiederwahl zu sichern; er will unabsetzbar sein, und möchte, wenn er Söhne und Schwiegersöhne hat, seine Stellung erblich machen. Wie ist das zu erreichen? Nun, man schafft sich eine getreue Klientel, indem man seinen Einfluß daran setzt, Belohnungen zu verleihen und Stellungen zu besorgen. Der Deputierte will Beamte ernennen, ihr Avancement bestimmen, über die Gerichte verfügen, seinen Freunden Straflosigkeit sichern, und seine Gegner die Wucht seiner Abneigung fühlen lassen. In seinem Wahlkreise hält er sich für den Träger und für die Verkörperung der Volkssouveränität; er übt königliche Rechte aus und bereitet, indem er sie ausübt, die Umwandlung seines Wahlkönigtums zu einem Königtum auf Lebenszeit vor, oder gar zu einem erblichen Königtum. Das Günstlingswesen, das alle Räder unserer Verwaltung treibt, ist kein Zufall, es ist die Form der Tyrannei, die dem Parlamentarismus entspricht!"

Vielleicht hat dem russischen Finanzminister Kokowzew dieser Parlamentarismus vorgeschwebt, als er zur tiefen Entrüstung der Duma vor einigen Tagen ausrief: Gottlob, wir haben keinen Parlamentarismus!

Es ist wohl nur natürlich, daß diesem Treiben ein erhitzter Chauvinismus parallel geht. Die französischen Studenten haben es erfahren müssen, die vor kurzem unsere Gäste waren, und in so lächerlich übertriebener Weise gefeiert wurden. Als ihr Führer, Professor Andler, in der Sorbonne seine Vorlesungen wieder aufnehmen wollte, hat man ihn nicht zu Worte kommen lassen. Die „Patrioten" unter den Studenten unterbrachen ihn mit dem Ruf: Conspuez! A Berlin! Ein anderer Kreis von Studenten protestierte dagegen, ein roter Sonnenschirm diente den Lärmenden als Symbol. Die Gegner hißten die Trikolore, und während die einen die Marseillaise anstimmten, sangen die anderen die Internationale. Kurz, es war ein wüstes und lächerliches Treiben, bis schließlich eine Brigade Polizeiagenten die Sorbonne säuberte Nun sagt freilich der „Gaulois", es seien russische Anarchisten und Armenier gewesen, die schuld seien, und das ist sehr wohl möglich, immerhin ist es nicht eben ein Ehrentag für die Sorbonne gewesen.

Die oben angeführte Äußerung des russischen Finanzministers hat in der russischen Presse und auch in der Duma einen wahren Sturm

hervorgerufen, was sich wohl nur daraus erklären läßt, daß die Herren keine klare Vorstellung von dem Unterschied eines parlamentarischen und eines konstitutionellen Regiments haben. Da in Rußland das Ministerium nicht von der Majorität des Reichstages abhängt und nicht aus ihr genommen wird, ist die Verfassung der Duma auch keine parlamentarische, so daß der Minister in der Sache durchaus recht hatte. Wir meinen, er hatte auch recht mit seinem „gottlob". Denn bisher beweist noch nichts, daß sich aus den Reihen der Dumamehrheit ein arbeitsfähiges und arbeitslustiges Ministerium bilden läßt. Endlich schließt die russische Verfassungsurkunde den Begriff des Parlamentarismus aus, und wenn wir richtig sehen, hat Kaiser Nikolaus seine Verfassung unter dem Vorbehalt verliehen, daß sie sich als leistungsfähig bewähre. Überschaut man nun die Arbeiten der letzten Duma, so wird man ihr das Zeugnis nicht versagen dürfen, daß sie arbeiten will und arbeiten kann, wenngleich, wie wir hören, die eigentliche Arbeitslast von verhältnismäßig wenigen Schultern getragen wird. Die Ablehnung der beiden von der Regierung eingebrachten Flottenpläne wird im allgemeinen von der öffentlichen Meinung Rußlands gebilligt, man will nicht über das Notwendigste hinausgehen und sich auf Vollendung der begonnenen Schiffsbauten beschränken. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß die Regierung sich damit zufrieden gibt, sie dürfte eine dritte Flottenvorlage bringen und auf dieser wohl auch bestehen. Die alarmistischen Nachrichten, die mit dem Brand der Obuchowschen Fabrik verbunden wurden, bestätigen sich glücklicherweise nicht. Der Brand hat nicht länger als 30 Minuten gedauert und nur das Holzwerk vernichtet. Die Maschinen und Werkzeuge sowie die bereits fertiggestellten Geschütze, sind unbeschädigt geblieben. Zerstört wurden vornehmlich nur die Dächer der Gebäude. Den Gesamtschaden schätzt man auf etwas über eine Million Rubel. So kann von einer wirklichen Schädigung der militärischen, Leistungsfähigkeit Rußlands keine Rede sein.

Sehr zufrieden ist die Regierung mit der Annahme des Gesetzes über den Bau der Amureisenbahn. Wladiwostock kommt erst dadurch zu einer direkten Verbindung mit der großen sibirischen Bahn. Dagegen findet die Petition der Stadt um eine Freihafenstellung viel Widerspruch in der Presse. Es kennzeichnet die heute in Rußland vorwaltende Stimmung, wenn dieses Gesuch dadurch verdächtig gemacht wird,

daß unter den Petenten auch eine Reihe deutscher Namen ist, wie z. B. der des Gouverneurs General Unterberger. Denn unzweifelhaft gewinnt die intolerant nationalistische Richtung von Woche zu Woche an Boden, und es scheint, daß Herr Stolypin sich diesen Strömungen nicht mehr ganz zu entziehen vermag. Auch die Forderung eines Reversals bei Abschluß von Mischehen wird neuerdings wieder zur Geltung gebracht, so daß die mit so viel Ostentation verkündete Gewissensfreiheit leicht wieder in die Unduldsamkeit früherer Jahre umschlagen kann. Sehr merkwürdig ist die uns in amerikanischen Zeitungen entgegengetretene Behauptung, daß zwischen Rußland und Japan ein geheimes Einverständnis bestehe, unter welchem sowohl der englische wie der amerikanische Handel zu leiden habe. In den englischen Kaufmannskreisen des fernen Ostens wächst die Erbitterung über Japan stetig und man macht dort kein Hehl daraus, daß England bei Abschluß seiner gegen Rußland gerichteten Allianz mit Japan sich auf das „falsche Pferd" gesetzt habe. Eine Depesche des „Herald" aus Schanghai behauptet, daß bereits der gesamte Handel zwischen Bombay und den japanischen Häfen in japanische Hände übergegangen sei. Dasselbe hat bereits, unter Hinweis auf die subventionierten japanischen Dampferlinien Sir Thomas Sutherland den Aktionären der großen Peninsular and Oriental Steam Navigation Company in London mitgeteilt. Der „Herald" führt nun eine Reihe anderer „tricks" an, die den Japanern diesen Erfolg gesichert haben. Auch die Ereignisse an der englisch-afghanischen Grenze werden in diesen Zusammenhang mit hineingezogen. Charakteristisch dafür ist eine sehr eingehende Darlegung der „Nowoje Wremja", die, zunächst von den Kämpfen mit den Mohmands ausgehend, die übrigen Konfliktspunkte Englands mit dem Islam herzählt und in der folgenden Ausführung gipfelt:

„Von der panislamitischen Agitation zu reden, ist überflüssig. Ihre Quelle ist Konstantinopel, aber vielleicht hat sie ihren *Ursprung auch weiter nördlich*. Sie trägt einen so bestimmten und planmäßigen Charakter, daß weitere Beweise überflüssig sind. Weniger deutlich läßt sich die panasiatische Strömung verfolgen, die von Tokio ausgeht und langsam aber sicher Französisch-Hinterindien und Hindostan durchdringt. Im Augenblick sind diese beiden Strömungen zusammengetroffen; sie haben England und Rußland von den Anglegenheiten des nahen Orients abgelenkt, die ihrer gemeinsamen freundschaftlichen

Arbeit so sehr bedürftig waren. Im russisch-persischen und im englisch-afghanischen Konflikt befinden beide Mächte sich durchaus in der gleichen Lage. Die Sicherheit der Grenzen ist in Frage gestellt, welche die Zone der russisch-englischen Verständigung betreffen. Hier wie dort müssen beide Mächte sich ihre politische Stellung sichern. Sollte die Ablenkung der Aufmerksamkeit Englands und Rußlands auf Grenzfragen kein bloßer Zufall sein, so müßte man offen anerkennen, daß ein besseres Mittel, sie von den dringenden und unaufschiebbaren europäischen Aufgaben abzuwenden, nicht leicht ausfindig gemacht werden konnte. Nun, endlich wird unsere Regierung wohl energische Maßregeln ergreifen, unsere kaukasischen Grenzen zu schützen. Aber man darf die Augen vor den geheimen Triebfedern der Ereignisse, die sich abspielen, nicht verschließen."

Ohne auf die auch hier versteckten Insinuationen einzugehen, unterstreichen wir den Hinweis auf einen bevorstehenden russisch-persischen Krieg. So sicher wie die „Nowoje Wremja" ihn darstellt, scheint er uns noch nicht zu sein. Im Grunde hat ja Persien mit den Räubereien der Kurden ebensowenig zu schaffen, wie etwa Rußland mit den Ausschreitungen der unbotmäßigen kaukasischen Stämme. Was aber Afghanistan betrifft, so hat Habibullah Khan, wenn die Nachrichten der englischen Presse zuverlässig sind, sich von jeder Unterstützung der Mohmands losgesagt und ein entsprechendes Verbot veröffentlichen lassen. Es liegt aber durchaus im Interesse der Engländer, sich bis auf weiteres damit zufrieden zu geben. Die unaufschiebbaren Aufgaben Rußlands endlich scheinen uns immer noch mehr im Innern des Reichs als in Mazedonien zu liegen. Auch die Frage der Eisenbahnen auf der Balkanhalbinsel käme im Vergleich zu diesen Bündnissen, namentlich wenn man den Blick auf das immer noch völlig desorganisierte Schulwesen richtet, doch nur sehr nebensächlich — pour les beaux yeux de la Servie — in Betracht. Es ist eben jetzt eine ganz ausgezeichnete Beleuchtung dieser Eisenbahnfragen veröffentlicht worden: „Sandschakbahn und Transversallinie. Ein Beitrag zur Geschichte der verkehrs- politischen Interessengegensätze auf der Balkanhalbinsel" von Richard Riedel (Wien, Franz Deutike 1908). Ohne auf die sehr lehrreichen Ausführungen des Verfassers näher einzugehen — das Büchlein muß gelesen werden — heben wir einen Satz hervor, der den Kern des Problems deutlich zeigt:

„Es ist Wahnsinn, den Bahnbau durch das Sandschak mit österreichischen Expansionsgelüsten in Mazedonien in Zusammenhang zu

bringen. Das wird am besten schon dadurch widerlegt, daß das von Serbien und Mazedonien flankierte Gebirgsland des Sandschaks auch mit der Bahn noch lange keine Operationsbasis für ein militärisches Vorrücken abgeben kann. Ihre politische Bedeutung beruht ausschließlich darin, daß wir mit ihrem Bau den Willen kundgeben, eine unseren Interessen abträgliche Verschiebung der Besitzverhältnisse im Süden des Okkupationsgebietes nicht zuzugeben und daß wir im Fall einer Zuspitzung der Verhältnisse besser als bisher in der Lage sind, diesem Willen Nachdruck zu verleihen."

Nebenher tritt Herr Riedel mit einem anderen Projekt hervor, daß auch die berechtigten Interessen Serbiens befriedigt und eine handelspolitische Versöhnung Serbiens und Österreich-Ungarns in Aussicht stellt. Was er definitiv ablehnt, ist eine franko-russische Linie von Serbien nach Antivari und eine italienische von Valona nach Monastir, und darin kann man ihm sowohl vom österreichisch-ungarischen wie vom türkischen Standpunkt aus nur recht geben.

Wir schließen mit einem polnischen Kuriosum. Aus Milwaukee, Wisconsin, ist uns eine polnische Monatsschrift „Praja Polska" zugegangen, Organ des „Verbandes polnischer Zeitungen in Amerika". Der Hauptzweck dieser Monatsschrift, die den bescheidenen Umfang von 12 Seiten 8° hat, ist, die Amerikaner darauf aufmerksam zu machen, daß es nützlich sei, in polnischen Zeitungen zu annoncieren, da die Vereinigten Staaten eine Bevölkerung von nahezu 4 Millionen Polen zählten, wobei wir für die Richtigkeit dieser, an sich wenig wahrscheinlichen Angabe keinerlei Garantie übernehmen wollen. Es schließ sich daran eine Reihe von Anekdoten und Bildern: „Der kleine Erwin Urbaniak, in polnischer Nationaltracht, er ist der 4jährige Sohn von Mr. Thomas und Mrs. Mary Urbaniak, ein kleiner Deklamationskünstler an polnischen Gedenktagen. Er verspricht ein Redner zu werden." Danach eine Art Protest gegen die Äußerung von Staatssekretär Elihu Root, daß Tschechen, Juden, Rumänen, Polen, Italiener, Griechen und andere östliche und südliche Völker als Einwanderer in die Vereinigten Staaten eine wahre Invasion von Barbaren darstellten. Die „Praja Polska" protestiert gegen diese Gemeinschaft. Das Urteil des Staatssekretärs erkläre sich nur aus der allgemeinen geographischen Ignoranz der Amerikaner, aber man hätte doch erwarten dürfen, daß er wenigstens die Bevölkerung seines Vaterlandes kenne.

Nun sei es zwar richtig, daß die Polen nicht mit vollen Taschen nach Amerika kämen. Aber das gelte auch von den übrigen Einwanderern, mit Ausnahme der flüchtigen Bankkassierer, der großen Diebe und Hochstapler. Die Polen brächten Hunger nach Land und Arbeit mit und seien von allen Nationen in Europa und Amerika die größten Produzenten, Ackerleute und Häuserbauer. Gewiß komme es auch vor, daß unter diesen Polen unliebsame Elemente, Mörder, Bombenwerfer und Messerhelden sich fänden, aber mit denen hätten sie längst aufgeräumt, wenn nur die Gesetze es gestatteten, und schwarze Schafe finde man in jeder Herde. Man solle bedenken, daß sie, die Polen, aus dem Lande ihrer Väter vertrieben worden seien durch brutale Bedrücker. Es liege in ihrer Natur, die Gesetze zu achten, und wenn Amerika ihnen nur Raum zu normaler Entwicklung gebe, wollten sie dem Staat ein Menschenmaterial liefern, das ihm für alle Zeit Gesundheit und Sicherheit verbürgen werde.

Auf diese captatio benevolentiae folgt ein Artikel über „Preußens letzten Versuch, die Polen auszurotten" von Inv. A. Wedda, aus dem es genügen wird, den folgenden Satz hervorzuheben:

„Ein Antrag, alle Polen zu expropriieren, wurde vor kurzem vom preußischen Herrenhause angenommen und, nachdem auch das preußische Abgeordnetenhaus zugestimmt hatte, ist das Gesetz vom Könige von Preußen, dem Deutschen Kaiser, und den Mitgliedern des „Deutschen Kabinetts" unterzeichnet worden. Laut diesem Gesetz sollen 4 Millionen Polen expropriiert und von Haus und Hof vertrieben werden. Es gibt in der neuen Geschichte keine Parallele zu dieser Barbarei!"

Ein weiterer Artikel berichtet über ein Polenmeeting in Milwaukee, auf welchem ein Herr Gonski die Brandrede hielt. Sie gipfelt in dem Satze: Mag das verhängnisvolle Datum des März, an dem das Expropriationsgesetz perfekt wurde, dem Hohenzoller beweisen, was am 15. März der Wahrsager Julius Caesar zurief: Nimm vor des Märzes Iden dich in acht!

Den Abschluß endlich bildet die Abbildung des Märtyrers von Wreschen, Henryk Heyducki. Der Text ist bis auf den einleitenden geschäftlichen Teil englisch und dient zu weiterer Illustration des Treibens der Polen jenseits des Ozeans, das uns bereits Justizrat Wagner in seinem trefflichen „Polenspiegel" (Berlin bei Puttkamer u. Mühlbrecht 1908) durch eine Reihe drastischer Beispiele enthüllt hat.

14. Mai 1908. Zusammenstoß zwischen spanischen und französischen Tirailleuren in Casablanca.
15. Mai. Der Kaid Buchta ben Bagdadi geht mit 4000 Mann zu Abdul Hamid über.
17. Mai. Niederwerfung des Aufstandes in Maurotanien.
18. Mai. Studentenunruhen in Innsbruck.
20. Mai. Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Berlin.

20. Mai 1908.

In Rußland hat die letzte Woche erregte und interessante Dumadebatten gebracht. Wir heben aus der Reihe der Verhandlungen die über Befreiung der Juden vom Militärdienst, und zweitens die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern hervor. Aus beiden läßt sich der Schluß ziehen, daß das Machtgefühl der Versammlung sich erheblich gesteigert hat, aber wohl auch, daß die Meinungen der Majorität der Versammlung, wenn sie sich der Regierung oktroyieren ließen, zu recht bedenklichen Resultaten führen könnten. Der endgültige Ausschluß der Juden von dem Militärdienst würde, weil die russischen Juden ihn als Beleidigung empfinden müssen — so lieb es vielen von ihnen wäre, der lästigen und gefährlichen Pflicht ledig zu werden —, zweifellos die Reihen der Revolutionäre wesentlich verstärken. Wir wissen ja, wie stark ohnehin das jüdische Element an den revolutionären Ausschreitungen und an der Organisierung der Revolution beteiligt ist. Auch ist es nicht denkbar, daß die Regierung im Prinzip den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht aufgibt. Aber es ist nicht ohne Interesse, daß selbst der Führer der Oktobristen, Gutschkow sich gegen den Militärdienst der Juden erklärt hat. Er hat in einer Zuschrift an den „Golos Moskwy" an der Hand seiner Erinnerungen aus den Kämpfen in Transvaal seinen Standpunkt erklärt. Zahlreiche russische Juden, die er dort traf, sind niemals Mitkämpfer gewesen, sie standen ursprünglich auf seiten der Buren, wandten sich aber den Engländern zu, sobald der Erfolg für sie zu sprechen begann. Wenn die Engländer Herren des Landes werden, wird auch das Geschäft aufblühen. Das war ihr Argument.

„Ein Gefühl tiefen Ekels vor dieser Schar professioneller Verräter ergriff mich. Sie hatten ihr erstes Vaterland aus Feigheit verlassen (um nicht zur Wehrpflicht herangezogen zu werden) und gaben vor, daß Rußland ihnen nur die böse Stiefmutter gewesen sei, das zweite Vaterland, das sie sich erwählt hatten, verrieten sie aus Eigennutz um des Geschäftes willen."

Aber so wie Gutschkow denkt alles in der Duma mit Ausnahme der Kadetten und der Revolutionäre, und wenn die Regierung mit einem entsprechenden Antrage gekommen wäre, hätte sie des stürmischen Beifalls der Majorität und des ganzen Landes sicher sein können. Zum Glück steht sie in dieser Frage über den Parteien, aber man wird es unter solchen Umständen auch verstehen, wenn sie von einer sofort eintretenden vollen rechtlichen Gleichstellung der Juden nichts wissen will. Weder die Masse der Juden, und noch weniger die Masse des russischen Volkes würde das ertragen, und es läßt sich mit Bestimmtheit vorhersehen, daß neue Judenmassakres die Folge sein würden. Ebenso hatte die Regierung entschieden recht, wenn sie von der von allen Teilen, mit Ausnahme der Rechten gewünschten Aufhebung des Belagerungszustandes oder des Zustandes verstärkten Schutzes nichts wissen wollte. Für das ganze Reich verlangte nur die äußerste Linke Herstellung der gewöhnlichen Verwaltung, alle anderen Parteien gaben zu, daß im Kaukasus und in den Westprovinzen der verstärkte Schutz unentbehrlich sei, aber das Zentrum des Reiches wollten sie von dem Druck der Ausnahmezustände befreit wissen. Auch hier läßt sich vorhersehen, was die Folge einer solchen Maßregel wäre: die Revolutionäre und die zahlreichen ganz verwilderten Elemente, Bauern, Arbeiter, entlaufene Sträflinge würden sich in diesen Gebieten geminderter Aufsicht zusammenfinden und sie sehr bald Zuständen entgegenführen, wie sie vor dem energischen Eingreifen Stolypins bestanden. Es läßt sich durchaus nicht übersehen, daß die verhältnismäßige Ruhe, die jetzt herrscht, fast ausschließlich der verstärkten Polizei und den Vollmachten zu danken ist, mit denen die Generalgouverneure ausgerüstet sind. Daß diese Gewalt vielfach mißbraucht wird, haben die Verhandlungen in der Duma bewiesen, aber dieser Mißbrauch ist das mindere Übel im Vergleich zu der Zügellosigkeit, die ein Nachlassen der Furcht vor dem Eingreifen einer rücksichtslosen und strengen Strafgewalt zur Folge haben müßte. Noch geht kein Tag hin, an dem die Zeitungen nicht

von Raub, Mord und Brandstiftung zu berichten haben. Wo die Hand der Regierung nicht hinreicht, finden furchtbar grausame Lynchgerichte, die Selbsthilfe der Bauern statt, Foltern, lebendig Verbrennen und Martern, gegen deren Wiedergabe die Feder sich sträubt. Dazu kommt die entsetzliche Verwilderung der Jugend. Als Niederschlag der russischen Revolution ist eine pornographische Literatur zurückgeblieben, die ihresgleichen nicht haben soll und deren vergiftende und ansteckende Wirkung sich an jenen Schülerorgien zeigt, die jetzt bald in dieser, bald in jener Stadt an ihren physischen Folgen zutage treten. Endlich der Terrorismus der Bombenwerfer hat keineswegs aufgehört. Eben jetzt ist wieder in Petersburg ein derartiger Anschlag entdeckt worden, der die Verhaftung von zahlreichen Studenten, angeblich sechzig, zur Folge gehabt hat. Die Beruhigung, die in Rußland eingetreten ist, ist mehr Schein als Wirklichkeit, und die Erklärungen, die neuerdings der Kriegsminister Rödiger über die Zustände in der Armee abzugeben genötigt war, sind gleichfalls keineswegs beruhigend. Es ist uns unter diesen Umständen kaum zweifelhaft, daß der Kriegslärm, der nicht verstummen will, zum Teil auf die revolutionären Elemente zurückzuführen ist, die bei einem Kriege Gelegenheit zu finden hoffen, die einmal gescheiterte Revolution nunmehr durchzuführen. Wenn auch ein Teil der Presse und, wie es scheint, auch Mitglieder der äußersten Rechten in das gleiche Horn blasen, so zeigt sich darin nur die Verblendung einer Gruppe von Leuten, die innere Schäden durch Abenteuer nach außen hin abzulenken hofft. Das hat noch niemals zu gutem Ausgang geführt und heute sind die Aussichten dazu ungünstiger als je. Unter diesen Umständen verdient es wohl besondere Beachtung, daß der Reichsrat jetzt gleichfalls der Regierung entgegenzutreten beginnt. Er hat das Projekt der Amurbahn abgelehnt, obgleich der Generalgouverneur von Wladiwostock, Unterberger, es mit ebensoviel Geschick wie Nachdruck vertrat. Man gewinnt den Eindruck, als ob es sich um einen Ansturm gegen die Stellung des Ministerpräsidenten Stolypin handelt, der seinen gewiß nicht bequemen Posten mit wahrem Heldenmut behauptet. Das Spiel erscheint aber um so frivoler, als niemand einen Kandidaten zu nennen weiß, der in gleichem Maße das allgemeine Vertrauen in Rußland wie im Auslande besäße. Es heißt, daß Stolypin heute, Montag, in der Duma reden wird; wahrscheinlich um die Angriffe auf das Ministerium des Innern abzuwehren und seine Majorität in der Duma

neu zu disziplinieren. (Ist inzwischen geschehen. D. R.) Wir glauben, daß ihm das gelingen wird, denn daß die Duma, auch wo sie opponiert, von patriotischen Beweggründen bestimmt wird, ist bei ihrer heutigen Zusammensetzung selbstverständlich. Weit schwieriger ist trotz aller Preßmaßregeln eine Disziplinierung der russischen Zeitungen. Die „Nowoje Wremja" setzt ihre gehässigen Angriffe gegen Deutschland fort, und selbst da, wo der russische Telegraph uns eine Wandlung zu ruhiger und sachlicher Behandlung der deutsch-russischen Beziehungen ankündigt, finden wir, wenn der Text der „Nowoje Wremja" uns vorliegt, Gift und Galle. Da fragt man wohl, ob die offiziöse Anmeldung der Sinnesänderung des Blattes etwas anderes bedeutet als einen schlechten Scherz.

„Der Dreibund", schreibt die „N. W." ganz kürzlich, „ist seinem Wesen nach nichts anderes als ein politisches Phantom, unter dessen Schirm die Germanisierung des slavischen Österreich, die Knechtung der Balkanvölker und die barbarische Verfolgung aller Nichtpreußen in Deutschland sich vollzieht. Solch ein Bündnis kann unmöglich dem Frieden dienen, es kann nur den Krieg zwischen den Völkern Mitteleuropas provozieren. In Südeuropa hat man schon bemerkt, daß dieses Bündnis die Italiener gegen ihre Blutsverwandten, die Franzosen, aufreizt. Es unterstützt und bewaffnet die Türkei gegen Rußland, damit die Türkei im gegebenen Augenblick die Aufgabe Japans übernehme. Das ist der Grund, weshalb alle nichtdeutschen Nationen Österreichs, insbesondere alle Slaven, so sehr nach dem Ende dieses unnatürlichen Bündnisses lechzen, zu dessen Aufrechterhaltung Wilhelm seine Buffonaden vorbringt. Ein gerechteres Bündnis zu schließen, das in Wirklichkeit den europäischen Frieden sichert, das ist die dankbare Aufgabe der slavischen, britischen und romanischen Diplomatie...."

So ist der Grundton des Blattes, der in ewigen Varianten wiederkehrt: Ausfälle gegen die Person unseres Kaisers, Verdächtigungen und bewußte Unwahrheiten! Und da redet man uns von einer erfreulichen Wandlung in der Haltung des Blattes. Wir könnten mit ähnlichen Zitaten aus den letzten 8 Tagen ganze Spalten füllen, einem Versuch ruhiger Beurteilung deutscher Verhältnisse und deutscher Politik, wo immer sie spielen mag, aber sind wir nicht begegnet.

In betreff der Haltung der Türkei ist die „Nowoje Wremja" genötigt gewesen, eine Notiz aufzunehmen, die offenbar aus dem russischen

Auswärtigen Amt stammt. Sie sagt, daß die Türkei einen Beweis ihrer Loyalität gegeben habe, indem sie Rußland aufforderte, sich durch Entsendung von zwei Generalstabsoffizieren davon zu überzeugen, daß die Pforte keinerlei Rußland bedrohende Truppenkonzentrationen vorgenommen habe. Die russischen Generalstabsoffiziere sind dann tatsächlich abgesandt worden, und ihr Bericht wird wohl auf einige Zeit die alarmistischen Zeitungsmeldungen zum Schweigen bringen.

Dagegen mehren sich die Anzeichen, daß in den russisch-persischen Beziehungen irgendein Novum eingetreten sein muß. Eine aus englischer Quelle stammende Nachricht will wissen, daß ein mit Persien abgeschlossener Vertrag die russische Einflußsphäre bis nach Teheran ausgedehnt hat, was wir zunächst nicht glauben können, da der Schah dafür die Zustimmung seines Parlaments niemals erlangen würde. Auch würde ein solches Vorgehen Rußlands nicht ohne die vorherige Zustimmung Englands denkbar sein. Unmöglich aber ist es nicht, daß in der Tat eine Vereinbarung insgeheim zwischen beiden Mächten abgeschlossen oder doch dem Abschluß nahe ist, die ihnen Vorteile auf Kosten Persiens zusichert. Die „Civil Military Gazette" bringt nämlich die Notiz, daß 50 Seapoys unter Befehl englischer Offiziere von Karatschi zur Verstärkung der Schutzwachen von Dschask abgeordnet seien. Da nun in letzter Zeit ein starker Waffenschmuggel an der Küste von Mekran stattfindet, scheint es, daß England die Gelegenheit benutzen will, um seine Grenzposten und die Schutzwachen der Telegraphenämter in Tschahbar und Dschask zu verstärken, was wohl über kurz oder lang dahin führen muß, daß ganz Persisch-Beludschistan in englische Hände käme. Rußland aber würde wohl darin den Anspruch auf eine Kompensation finden. So würde sich zunächst ein Vorteil für beide Kontrahenten ergeben. Aber schon jetzt glauben wir die Spuren der wiederauflebenden alten Rivalität zu erkennen. Aus der russischen Presse gewinnt man den Eindruck, daß die Verlegenheiten Englands in Indien und Afghanistan nicht ohne Schadenfreude verfolgt werden, während andererseits, trotz der Entente mit Rußland, in England die Sorge um die Sicherheit der Grenzen Indiens wieder lebendig zu werden beginnt. Die Ernennung des Generals Mischtschenko zum Generalgouverneur von Russisch-Turkestan zeigt jedenfalls, daß Rußland als asiatische Macht nicht abzudanken gewillt ist. Auch sind wir nach wie vor der

Meinung, daß die islamischen Staaten sich nicht wie das Gebiet der schwarzen Volksstämme Innerafrikas aufteilen lassen.

Während des Vorgehens gegen Afghanistan ist im letzten Augenblick unter den Truppen des Generals Willcocks die Cholera, und zwar sehr heftig ausgebrochen, was wohl eine Verzögerung der Operation nach sich ziehen wird. Über die Haltung des Emirs lauten die Nachrichten widersprechend. Auch fragt sich, wie weit er die einzelnen Stämme in Händen hat. Afghanistan erinnert in vieler Hinsicht an Marokko, und erst dem Vater Habibullahs war es gelungen, die 400 Stämme des Volkes zu strafferer Einheit zusammenzufassen. Seit im März vorigen Jahres der Emir als Gast Lord Mintos in Indien weilte, wollen aber die Gerüchte von einer gärenden Unzufriedenheit im Lande nicht verstummen. Wie Abdul Aziz hat Habibullah durch seine Bewunderung für europäische Bräuche und durch Nachahmung derselben Unwillen erregt, der zwar bisher noch nicht zu offenem Ausbruch kam, aber durch das kriegerische Vorgehen der Engländer leicht einen gefährlichen Charakter annehmen könnte. Auch an dem Bruder Prätendenten fehlt es in Afghanistan nicht, so daß wir vielleicht eine merkwürdige Wiederholung der marokkanischen „pénétration pacifique" auf afghanischem Boden zu erwarten haben.

In Bengalen hat ein neues Bombenattentat stattgefunden, seit zwei Jahren das vierte, und wie es heißt, soll in Kalkutta eine förmliche Schule zur Fabrikation von Bomben (bomb college) entdeckt worden sein. Das deutet auf eine weite Organisation, die bei dem fanatischen, todesfrohen Charakter der Hindu in der Tat eine große Gefahr bedeutet.

Am 14. Mai hat in New York ein großes Bankett stattgefunden, an welchem 1300 Kanadier teilnahmen. Hauptredner war M. Marcil, der Vizepräsident des kanadischen Unterhauses, und M. Hugh Gothrie, einer der Abgeordneten. Die Toaste „auf den großen Präsidenten der Vereinigten Staaten und den großen König von England" wurden stehend getrunken. Dann folgte ein Toast auf die Beziehungen zwischen Kanada, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, den Judge Longley aus Halifax folgendermaßen beantwortete:

„Ich glaube nicht, daß Kanada immer eine Kolonie bleiben wird. Unsere Beziehungen sind so angenehme, daß es zwischen dem Mutterland und seiner ältesten Tochter nur die besten Gefühle gibt. Schon jetzt haben wir alle Rechte eines freien und unabhängigen Landes,

auch in Angelegenheiten, welche die auswärtige Politik betreffen, aber es kommt eine Zeit, da eine Nation eine so große Macht entwickelt, daß sie nicht länger eine Kolonie zu sein wünscht. Wenn die Zeit gekommen ist, wird eine gegenseitige Auseinandersetzung folgen, und Kanada wird danach dann seine natürlichen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Mutterlande wieder aufnehmen. Statt eines Abhängigkeitsverhältnisses wird es dann eine Allianz geben, und ich bin überzeugt, daß Kanada dem Mutterlande behilflich sein wird, Freiheit und angelsächsische Institutionen in der Welt zu verbreiten. An eine Union mit den Vereinigten Staaten wird man nicht denken. Sie könnte unserem politischen Interesse entsprechen, nicht aber unserem Ideal, weil wir dann nicht einen besonderen Platz unter den Völkern der Welt einnehmen könnten."

Der anwesende englische Botschafter Bryce erwiderte darauf, England und Kanada würden ihre gegenwärtigen Beziehungen für immer aufrecht erhalten. Er führte das noch weiter aus, aber Judge Longley erhob sich und verließ den Saal. Diese Angelegenheit hat in England begreiflicherweise großes Aufsehen erregt, aber man rechnet darauf, daß die im Juli bevorstehende Dreihundertjahrfeier Kanadas, die in Quebek stattfinden wird und an der der Prinz von Wales teilnehmen soll, den Loyalismus früherer Jahre wieder herstellen wird, und das ist auch höchst wahrscheinlich. Was Judge Longley sagte, war, wenn man in eine weite Zukunft blickt, gewiß richtig gesehen, es ist die Entwicklung, die schließlich alle großen Kolonien nehmen würden, sobald sie sich stark genug fühlen, um auf eigenen Füßen in Kriegs- und Friedenszeiten zu stehen. Bis dahin aber hat es noch gute Weile.

Eine Äußerung, die der Primas von Irland, Kardinal Logue, in gleichem Sinn wie Judge Longley in bezug auf Australien gemacht hat, ist in Melbourne von Mr. Deakin, dem Präsidenten der australischen Föderation, sehr energisch zurückgewiesen worden. Aber die Frage scheint allmählich zur Diskussion gestellt zu werden. Der „Standard" behandelt sie in Anlaß von Staatssekretär Dernburgs Aufenthalt in London, soweit Südafrika dabei in Betracht kommt. Diese Ausführungen sind so unliebenswürdig wie irgend möglich, wenn auch durch vorausgeschickte und dazwischen gestreute Komplimente versüßt. Dernburg habe, mit nationaler Gründlichkeit, sich daran gemacht, Informationen von Staatsmännern zu erhalten, die erfolgreiche Kolonialpolitik getrieben

hätten, „während sein eigenes Volk Konsequenz nur im steten Wiederholen derselben Mißgriffe“ gezeigt habe. Es schließt sich daran eine hochmütig herablassende Belehrung und die Versicherung, daß wir die Walfischbai niemals bekommen werden. Es sei ein Fehler Granvilles gewesen, daß wir überhaupt in Südwest Fuß fassen durften. Übrigens sei von dieser deutschen Nachbarschaft eine Gefahr für Englisch-Südafrika, trotz des durch eine zu früh verliehene Verfassung begründeten Übergewichts der Buren nicht zu fürchten. Im Fall der Not würden Holländer und Engländer ihre Gegensätze ruhen lassen, und als Afrikander gemeinsam den Fremden die Spitze bieten!

Also schließlich doch wieder die deutsche Gefahr. Es will eben von ihr nicht ruhig werden. Im englischen Parlament fragte am 13. Mai Mr. Byles den Staatssekretär Haldane, ob er von einer Vorlesung wisse, die der Oberstleutnant Baden-Powell in Newcastle gehalten habe, die einen alarmistischen Charakter trug und in einer Sprache vorgebracht wurde, die eine befreundete Macht wohl beleidigen könne, und ob er etwas tun wolle, um solchen Äußerungen höherer Offiziere eine Schranke zu setzen.

Der Staatssekretär antwortete, die Vorlesung sei nicht öffentlich gewesen, auch habe man keine Reporter hinzugezogen. Die Einleitung habe mit einigen Worten die Kriegsbereitschaft Deutschlands berührt, kann aber durchaus nicht als beleidigend bezeichnet werden.

Darauf fragte Mr. Robertson: Sprach er von Deutschland als dem natürlichen Feinde dieses Landes, und sagte er einen furchtbaren und blutigen Kampf voraus?

Haldane: Ich glaube nicht, daß er das gesagt hat.

Im Grunde liegt in all diesen Erörterungen und Verdächtigungen ein Kompliment, das wir uns wohl gefallen lassen können, zumal kein Mensch in aller Welt wird behaupten können, daß Deutschland an ähnlichen Angstanfällen leidet.

Auf die marokkanischen Dinge wollen wir nicht näher eingehen. Die Franzosen melden kleine Verluste und große Erfolge, wobei man den Eindruck gewinnt, daß die einen unterschätzt und die anderen übertrieben sind. So gibt der offizielle Bericht über das Treffen bei Bu-Denib als Verlust der Franzosen 2 Tote und 9 Verwundete an, während der Spezialkorrespondent des „Messidor“ 13 Tote, darunter 3 Offiziere, und 65 Verwundete, darunter 7 Offiziere, zählt. Ebenso berechnet

der offizielle Bericht die Stärke des Feindes auf 6—7000 Mann und 700 Pferde, der Spezialkorrespondent auf gegen 1000 Mann. Wem soll man glauben? Auch die Nachrichten über die Mahalla von Bagdadi sind widersprechend. Nach einigen Nachrichten soll sie zu Mulay Hafid übergegangen sein, nach der „Agence Havas" ist davon am Quai d'Orsay nichts bekannt. Wie vorteilhaft ist dagegen der Eindruck, den die Berichte der Engländer über ihre Verluste in den afghanischen Bergen machen?

Der „Temps" ist höchst unzufrieden, daß General Lyautey ungenügende Vollmachten erhalten habe und mahnt zu energischem Vorgehen. Andere freilich sind des marokkanischen Abenteuers bereits recht müde geworden. So George Valençay, der in der „Europe" von Henry Moreau einen sympathischen Artikel „France et Allemagne" geschrieben hat. Aber wie selten hört man solche Stimmen?

21. Mai 1908. Abschluß eines Grenzvertrages zwischen Italien und Abessinien.
22. Mai. Angebliche Überschreitung der russischen Grenze durch Perser. Russisches Ultimatum. Gefechte zwischen Japanern und koreanischen Insurgenten.
25. Mai. Präsident Fallières und Pichon reisen nach England.
26. Mai. Chinesisch-japanische Grenzstreitigkeiten.

27. Mai 1908.

Vor acht Tagen brachte der „Temps" eine Betrachtung, die uns in höchster Selbstzufriedenheit die Erfolge herzählte, welche die französische Politik seit dem neuen Jahre in Marokko errungen hat. Umsichtig, klug die kommenden Dinge vorhersehend, ist sie soweit gediehen, nun die Früchte dieser Politik pflücken zu können. Mulay Hafid hat Autorität und Anhang verloren, um ein kurzes wird der französische Sultan den Einzug in seine Residenzen halten können. Das war der Inhalt — nicht der Wortlaut — jener Ausführungen. Und nun ist alles so ganz anders gekommen. Der feierlich abgesetzte und exkommunizierte Sultan Abdul Aziz, der, seit er Träger des Großkreuzes der französischen Ehrenlegion ist, dem Islam gleichsam als ein Abtrünniger gezeichnet wurde, steht völlig hilflos da, nur die französischen Musketen schützen ihn vor dem Haß seines Volkes, das sich mit einer in Marokko unerhörten Einmütigkeit seinem glücklichen Bruder Mulay Hafid zugewendet hat.

Die gefärbten offiziellen Berichte der französischen Zeitungen hatten das Urteil so irre geführt, daß die Nachricht von Mulay Hafids Einzug in Mekinez der Pariser Presse gleichsam den Atem nahm. Sie fand zunächst keine Worte und am Quay d'Orsay scheint der Eindruck kaum ein anderer gewesen zu sein. Herr Pichon wird nach England fahren und sich dort beraten lassen, ehe er die Interpellation beantwortet, die der Abg. Gervais über die Mission des Generals Lyautey eingebracht hat.

In der Tat, was soll Frankreich tun? Unserer Meinung nach ist die Antwort recht naheliegend. Der Versuch Abdul Aziz, der mit dem vollen Gewicht der Unpopularität Frankreichs belastet ist, den Marok-

kanern als Werkzeug der französischen Politik zu oktroyieren, ist gescheitert. Erreichen ließe sich das nur, wenn Frankreich, im Widerspruch zu den Satzungen der Konferenz von Algeciras, ihn im Gefolge seiner Armeen nach Fez führen und dort unter Zurücklassung eines Teiles seiner Truppen bewachen ließe. Aber es müßten wirklich französische Truppen sein. Nicht jene bunt zusammengekauften Mannschaften, deren Nationalbestand uns so drastisch in den französischen Verlustlisten entgegentritt. Wir haben in der Reihe der bei Bu-Denib Gefallenen und Verwundeten nur 11 wahrscheinlich französische Namen gefunden. Die übrigen heißen Kremili, Ben-Fathma, Zaraouni, Djalente, Mars, Aissa, Chamlul, Mohamed, Rabalk, Mohamed ben Ahmed, Abd el Kader, Mohamed ben Toseira und so fort weitere 45 Namen ähnlich fremden Klanges, darunter aber auch die deutschen Vogel, Hetzmann, Schindele, Patzinger. Da es aber nicht denkbar ist, daß selbst ein von französischen Truppen bewachter Sultan im Lande Anerkennung findet, müßte um diese Anerkennung gekämpft werden, und das käme im Effekt einem Eroberungskriege gleich, den die Akte von Algeciras ausschließt.

So bleibt doch wohl nur das eine übrig, daß Frankreich sich dem fait accompli fügt, seine Truppen aus dem Lande zieht und zu der einzigen Aufgabe zurückkehrt, die ihm die Konferenz von Algeciras zugewiesen hat, d. h. im Verein mit Spanien und unter der Oberaufsicht des Obersten Müller, die Korps einheimischer Polizei organisiert, die bestimmt sind, in den Hafenplätzen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß, wenn dieser Weg eingeschlagen wird, Mulay Hafids Regiment zu Zuständen führen wird, die in der Entwicklung Marokkos einen großen Fortschritt bedeuten und mit denen auch die allgemeinen an die Erschließung der Welt geknüpften Interessen sich zufrieden geben können. Er wird für Marokko tun, was Dost Mohamed für Afghanistan tat, d. h. Marokko zu einem wirklichen Einheitsstaat umbilden, und damit auch für die französisch-algierische Grenze Bürgschaften bieten können, wie sie bisher nicht zu erlangen waren.

Nun finden wir in der „Opinion" vom 16. Mai, also noch bevor die Nachricht vom Einzug Mulay Hafids in Mekinez bekannt war, einen Aufsatz von René Millet, dem energischsten und wohl auch bedeutendsten Kopf der französischen Kolonialpartei, und zwar mit der Überschrift: „Qu'allons nous faire au Maroc?" Er beginnt mit der Klage, daß so viele und so angesehene Franzosen von einer Fortsetzung der bisherigen

Marokkopolitik nichts wissen wollen, und sucht sie zu widerlegen, indem er auf den nationalen Charakter des Unternehmens hinweist. Am Atlas verteidige Frankreich die Vogesengrenzen (die nota bene niemand bedroht), und schon Richelieu, der doch ein Kenner gewesen sei, habe gesagt: ein Geschäft, das einmal angegriffen ist, muß mit äußerster Stetigkeit verfolgt werden. Aber Frankreich will, so beruhigt Herr Millet die Zweifler, Marokko weder wie Algier erobern, noch wie Tunis unter französisches Protektorat bringen. Es will nur, daß Marokko „sous l'hégémonie de la France" gedeihe. „Que le Sultan du Maroc écoute seulement nos conseils; qu'il n'intrigue pas contre nous... qu'on nous autorise un jour à prolonger nos voies ferrées jusqu' à l'Atlantique et nous voilà satisfaits."

Mit Verlaub, das pflegt man ein Protektorat zu nennen, und es ist 10 gegen 1 zu setzen, daß ein solches Protektorat in eine Annexion übergeht! Madagaskar ist wohl dafür ein klassisches Beispiel und Tunis auf dem Wege, ein zweites zu werden, wobei beides zugleich zeigt, was die Welt von einer offenen Tür, wie Frankreich sie versteht, zu erwarten hat. Aber nicht das allein ist der Grund, der uns die Milletschen Ideen wenig verlockend erscheinen läßt. Die Methode der französischen Propaganda wirkt so aufreizend, daß sie die ganze islamische Welt in Gärung gebracht hat, und das bedeutet eine allgemeine Schädigung. Wenn wir die macchiavellistische Politik trieben, die man uns zuschreibt, könnten wir ja nur wünschen, daß Frankreich sich recht fest in das marokkanische Abenteuer verbeißt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß, wenn Frankreich — nach Richelieuschem Rezept — nach wie vor seine pénétration pacifique fortsetzt, es nicht nur in Marokko, sondern auch in Algier, Tunis, der Sahara und in Mauretanien Kämpfe zu erwarten hat. Die „Débats" vom Sonntag bringen einen Artikel über das Wiedererwachen des Mahdismus aus Gabes vom 12. Mai, der doch zu denken geben sollte.

„Wir dürfen uns", schreibt das Blatt, „über dieses Erwachen des Mahdismus im Sudan nicht mehr wundern, als über die Verkündigung des heiligen Krieges gegen die Franzosen in Marokko und Mauretanien. Beide Bewegungen sind die Folge der muselmännischen Preßkampagne und der Predigten, die seit Monaten gegen Frankreich und England durch Marabuts gehalten werden. Wenn beide Mächte sich nicht über gemeinsame Maßregeln verständigen, um sich gegen dieses Treiben

fremder agents provocateurs in muſelmänniſchen Gebieten zu ſchützen, ſo werden ſie auf lange Zeit ſehr ernſte Schwierigkeiten zu überwinden haben."

Das iſt doch recht äußerlich geurteilt. Derartige national-religiöſe Bewegungen laſſen ſich nicht künſtlich hervorrufen, ſie pflegen die Reaktion gegen ein wirkliches Unrecht zu ſein, und das liegt ſowohl in der Stellung Frankreichs wie in der Englands dem Islam gegenüber unzweifelhaft vor.

Wir ſchließen hier eine zweite franzöſiſche Betrachtung über die marokkaniſche Frage an, die Maurice Muret in Anlaß des Bandes 1907 von „Deutſchland und die große Politik" in den Questions diplomatiques et coloniales (16. Mai) veröffentlicht hat, weil ſie uns Gelegenheit gibt, einmal in großen Zügen die Bedeutung der marokkaniſchen Konfliktsmomente hervorzuheben. Maurice Muret iſt uns durch ſeine geiſtvollen von ſittlichem Ernſt getragenen Betrachtungen über die Gorkiliteratur in angenehmer Erinnerung geblieben. Mit dem Politiker vermögen wir uns weniger zu befreunden. Er ſucht zu beweiſen, daß die deutſche Politik in der marokkaniſchen Frage, ſo wie ich ſie in den Wochenſchauen der „Kreuz-Zeitung" vertreten habe, an Widerſprüchen leide. Ironiſch im Jahre 1904, ſei ſie im Verhältnis zu den Niederlagen Rußlands 1905 immer intranſigenter geworden, 1906 ſei die Eventualität eines Konflikts ſehr ernſtlich erwogen, und 1907 wiederum behauptet worden, daß Deutſchland nie ernſtlich an eine militäriſche Intervention gedacht hatte. Muret zitiert dafür den folgenden Satz aus der Wochenſchau vom 1. Mai 1907. „Bei uns war man über die Zuſtände an den Grenzen in der franzöſiſchen Armee damals (1905) ganz genau orientiert und doch haben Kaiſer Wilhelm und der verantwortliche Leiter unſerer Reichspolitik keinen Augenblick daran gedacht, die Schwäche des Nachbarn zu einem Angriff zu benutzen. Unſere ganze marokkaniſche Aktion — und das kann nicht oft genug betont werden, um franzöſiſchen Legenden entgegenzutreten — hat keinen anderen Zweck gehabt, als Frankreich und der Welt zu beweiſen, daß Deutſchland keine quantité négligeable ſei, über die man zur Tagesordnung hinwegſchreiten könne."

„Alſo — ruft Herr Muret aus —, die geſamte deutſche Preſſe und an ihrer Spitze Herr S. hatten die Perſpektive eines Krieges nur deshalb ſo direkt ins Auge gefaßt und nur deshalb ſo laut geſchrien

und gedroht, um den Frieden um so sicherer zu erhalten? Es handelte sich also um einen simplen Bluff, das ergibt sich aus diesen Geständnissen. Gewiß der Bluff — wenn anders es ein Bluff war — wurde meisterhaft durchgeführt —, aber bis zu einem Punkt, an dem die Konsequenzen hätten tragisch werden können."

Nun, den Bluff bestreiten wir und die möglichen tragischen Konsequenzen, die sich aus der Lage ergaben, haben auch wir ins Auge gefaßt. Es lag in der Hand Frankreichs, sie herbeizuführen oder ihnen zu entgehen und wir freuen uns noch heute, daß Frankreich sich zu letzterem entschlossen hat. Der ganze Ernst des marokkanischen Problems aber läßt sich nur im Zusammenhang mit der Wandlung erkennen, die sich seit Anfang des Jahres 1902 in der großen Politik vollzogen hat. Als der Marquis Ito nach der Abweisung, die er in Petersburg erfahren hatte, am 30. Januar 1902 jenes Offensiv- und Defensivbündnis mit England zur Aufrechterhaltung der Integrität Chinas unterzeichnete, war man in Frankreich bereits sehr merklich von der Begeisterung frei geworden, mit der ursprünglich die alliance franco-russe begrüßt worden war. Die leitenden Kreise sowohl wie die Nation zweifelten nicht mehr daran, daß Rußland für einen Revanchekrieg nicht zu gewinnen sei, die Perspektive eines wahrscheinlichen russisch-japanischen Krieges, bei welchem England der Bundesgenosse Japans war, aber wirkte in höchstem Grade beunruhigend, und als nun Rußland mit dem Antrage kam, die Allianz mit Frankreich auch auf das Gebiet des Stillen Ozeans auszudehnen, verstand sich Frankreich zwar dazu, daß ein möglichst unbestimmt gehaltenes Memorandum veröffentlicht würde, das den Schein erwecken sollte, daß beide Mächte für den Fall eines Konfliktes im fernen Osten Hand in Hand gehen würden, und das war allerdings ein „bluff", in Wirklichkeit aber lehnte es jede Ausdehnung der Allianz über ihre ursprünglichen Grenzen mit aller Entschiedenheit ab. Dagegen begann gleichzeitig von französischer wie von englischer Seite in der Presse und, wie jetzt feststeht, auch von seiten der Regierungen das Bemühen, beide Nationen und die Politik beider Mächte zusammenzuführen. Schon im Oktober 1903 war es bekannt, daß sich ein englisch-französisches Übereinkommen auf Grund der Gleichung Ägypten-Marokko vorbereite, am 8. April 1904 ist es unterzeichnet worden. Wir brauchen auf den allbekannten Inhalt nicht einzugehen und wollen nur noch daran erinnern, daß England in betreff Marokkos vergab, was ihm

nicht gehörte und in Ägypten sehr wertvolle reale Zugeständnisse erhielt, durch deren Gewährung Frankreich die moralischen Sympathien verlor, die es bisher unter dem Islam Ägyptens in so hohem Grade besessen hatte. Parallel mit diesem englisch-französischen Abkommen, das alle Merkmale eines nicht offen ausgesprochenen Bündnisvertrages trug, ging die Aktion der deutschfeindlichen Presse Englands, wie sie durch Sir Rowland Blennerhasset, die „Fortnightly Review" und den Stab von Deutschfeinden vertreten wurde, die sich um Mr. Maxse sammelten, den Herrn Clemenceau kürzlich so ausgezeichnet hat. Diese Presse, welche sich zu der Forderung steigerte, daß die deutsche Flotte je eher je lieber von der übermächtigen Flotte Englands zerstört werden müsse, hatte im englischen Kabinett einen Bundesgenossen an Mr. Chamberlain und in der Tagespresse an der „Times". Der Gedanke war, Frankreich vom russischen Bundesgenossen zu lösen und es zu einem Werkzeug der antideutschen Politik Englands zu machen. Beides hat Herr Delcassé sich zu eigen gemacht, und wie wir aus seinem eigenen Munde wissen, ausdrücklich erklärt, daß er der englischen Hilfe für den Fall eines deutsch-französischen Krieges sicher sei. Das war nun freilich ein Verkennen der wahren Lage. Frankreich sollte das Heer Englands sein, nicht umgekehrt, Deutschland erst politisch gedemütigt und dann, wenn der Augenblick günstig war, durch die vereinigte Macht Englands und Frankreichs tatsächlich zerbrochen werden. Die Revanche, die Rußland verweigert hatte, hoffte man so zu erlangen.

In Deutschland ist schon der spanisch-französische Vertrag über Marokko vom 7. Oktober 1904 als eine Verletzung deutscher Rechte empfunden worden, und zwar um so mehr, als die französischen Kommentare nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen. Das ganze Marokko, schrieb Onésime Reclus wenige Monate vorher, müsse französisch werden. Was man brauche, sei ein scharf formuliertes kräftiges Protektorat, kein Protektorat pour rire! Werde Widerstand geleistet, so sei das Land zu erobern, unter allen Umständen müsse man es französieren. Nur drei Sprachen seien zu dulden, französisch, berberisch, arabisch „les deux dernières destinées, à s'effacer". Am 10. November 1904 kündigte dann Herr Delcassé der französischen Kammer die bevorstehende pénétration pacifique von Marokko an. Die deutsche Regierung, die begreiflicherweise all diese Dinge genau verfolgte, hat noch bis zum März 1905 gewartet, ob nicht Frankreich Deutschland

als Mitunterzeichner und Garanten des Madrider Vertrages um Gutheißung seiner Politik angehen werde. Am 16. März erfolgte durch den Mund des Fürsten Bülow im Reichstage die erste Warnung an die Adresse Frankreichs, am 31. März der Einritt Kaiser Wilhelms in Tanger und die berühmte Ansprache, durch die er kund tat, daß er die Souveränität des Sultans und die Integrität Marokkos aufrecht erhalten wissen wolle, sowie die Rechte, die Deutschland auf Grund des Madrider Vertrages zukommen. Erreicht wurde dadurch der Sturz Delcassés und damit das Scheitern seiner Verschwörerpolitik; es wurde dadurch auch erreicht, daß die öffentliche Meinung Frankreichs emphatisch erklärte, daß sie sich nicht zum Werkzeug der ruchlosen englischen Hetzerpartei machen wolle, die an dem marokkanischen Problem hatte prüfen wollen, ob Deutschland sich einen Schimpf gefallen lasse. Avilir puis démolir war die Parole gewesen, da das erste nicht gelang, hat man auch nicht den Entschluß gefunden, es mit dem zweiten zu versuchen. Herr Muret irrt also, wenn er meint, es habe sich um einen Bluff gehandelt; ebensowenig aber handelte es sich um eine Provokation oder um die Drohung eines Angriffs, sondern um die Abwendung einer geplanten Demütigung, die wir, wenn nicht anders, auch mit dem Schwert abzuwenden bereit waren. Der Vertrag von Algeciras hat es zu diesem Äußersten glücklicherweise nicht kommen lassen, aber es ist vielleicht nützlich, gerade jetzt darauf hinzuweisen, daß wir heute ebenso fest auf dem Boden dieses Vertrages stehen, wir vor drei Jahren auf dem Boden des Vertrages von Madrid.

Die Sonnabendbeilage der „Nowoje Wremja" bringt eine sehr hübsche, illustrierte Karte der Einflußsphären Rußlands und Englands in Persien. Die russische umfaßt das gesamte Nordpersien und wird im Süden von einer Linie begrenzt, die von Schirin über Ispahan nach Jezd als südlichsten Punkt und von da nach Sulfagar Mesched als östlichsten geht. Die englische schließt sich direkt an Beludschistan, zieht am persischen Golf bis Bender Abbas und geht von dort bis Gazik etwa 100 km östlich von Herat, so daß fast die gesamte Westgrenze Afghanistans umschlossen wird. Zwischen der russischen und der englischen Einflußsphäre liegt die sogenannte neutrale Zone, d. h. das noch übrige Drittel von Persien. So hat es die Konvention vom 31. August 1907 bestimmt. Auch hier sehen wir über islamisches Land verfügen, als sei es herrenloses Gebiet, und auch hier scheint es uns ein gefähr-

liches politisches Spiel zu sein. Es liegt die nicht geringe Wahrscheinlichkeit vor, daß all diese Herde verletzten nationalen und religiösen Ehrgefühls schließlich zu einem ganzen zusammenfließen und die alten Rivalitäten vergessen, die sie bisher voneinander trennten. Zunächst bedroht sind freilich die Beherrscher dieser Lande. Die Bevölkerung macht sie für die Gewaltsamkeit und die Mißachtung verantwortlich, die die Nation auf sich nehmen muß. Die Lage des Schah Mahomet Ali läßt sich schon jetzt als höchst gefährdet bezeichnen, und dasselbe gilt wohl auch von Habibullah Khan von Afghanistan. Dabei dauert die Gärung in Indien fort, und bisher ist es den Engländern noch nicht gelungen, entscheidende Erfolge über die Mohmands zu erringen. Das in London erscheinende Organ der Hindu „The Indian Sociologist" bringt Artikel von erstaunlicher Leidenschaft, und selbst die Forderungen der gemäßigten indischen Patrioten gehen weit über das hinaus, was die Engländer glauben gewähren zu können. Der „Temps" hat einen gelehrten Hindu Romesch Datt über die Ursachen des Aufruhrs befragt und die Antwort erhalten, daß ohne radikale Reformen eine Besserung nicht zu erwarten sei. Auch die „Nowoje Wremja" beschäftigt sich mit dem Problem und bringt es in Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise König Eduards nach Rußland. Sie schreibt darüber:

„Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige wird die engen verwandtschaftlichen Bande, die beide Herrscherhäuser verbinden, noch weiter festigen und zu einer dauerhaften Verbindung zwischen Mächten führen, die berufen sind, ihr gewichtiges Wort zur Lösung vieler Weltprobleme zu sagen und in der jetzigen politischen Lage die allerbedeutsamste Rolle zu spielen. Die panislamitische Bewegung im südlichen (?) Indien, in Afghanistan, an unserer kaukasischen Grenze und in Afrika im Nilital, sowie die mazedonische Frage in Europa, hätten noch vor wenigen Jahren eine ernste Bedrohung des Friedens bedeutet. Jetzt aber, nachdem Rußland und England sich verständigt haben auf dem Fundament gegenseitigen Vertrauens und der richtig verstandenen Interessen beider Reiche, müssen alle diese Fragen in ruhiges Fahrwasser einmünden, und dazu wird unsere französische Bundesgenossin helfen, und die guten Beziehungen, die Rußland und England mit den übrigen Mächten verbinden. Einen richtigen Maßstab der englisch-russischen Beziehungen gibt die Rede Lord Curzons, den man früher nicht gerade einen Russophilen nennen konnte. Diese glückliche Wand-

lung wird ihren Ausdruck im Meinungsaustausch der beiden gekrönten Häupter finden. Das Detail auszuarbeiten wird die Aufgabe des Staatssekretärs Hardinge und Herrn Iswolskis sein. Die Wichtigkeit dieser Zusammenkunft hätte wohl auf Sir Edward Grey als Begleiter des Königs hingewiesen, aber da Hardinge früher Botschafter in Petersburg gewesen ist, so läßt sich seine Wahl nur als sehr passend bezeichnen... Wir begrüßen die nahe bevorstehende Ankunft des hohen Gastes auf das lebhafteste. Diese Zusammenkunft wird die Verständigung zwischen der größten Seemacht und der größten Territorialmacht (!) durch ein neues Bindeglied festigen. Aus solchen Gliedern wird die Kette geschmiedet, die kraft historischer Mißverständnisse lange zerrissen war, und erst jetzt, in der Morgenröte des 20. Jahrhunderts unsere gemeinsamen Aufgaben in Asien und unsere gemeinsamen Interessen in Europa dauernd verbinden wird. Dadurch wird allen denjenigen eine sichere Friedensgarantie geboten, die ohne Heuchelei wirklich nach Frieden streben."

Das klingt sehr hüsch, besonders auf die beiden Mächte angewandt, die im letzten Menschenalter die meisten und die blutigsten Kriege, ohne alle Heuchelei, geführt haben.

Viel Lärm wird vom bevorstehenden Slavenkongreß gemacht. Nach den einen will man ihm einen rein kulturellen und wissenschaftlichen Charakter geben, andere wiederum sehen in ihm ein Mittel zur Propaganda panslavistischer Gedanken. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser Kongreß weder viel Gutes noch viel Böses schaffen. Man wird reden, und die politische Wirklichkeit wird ihren Gang weitergehen, ohne dadurch in neue Richtung gedrängt zu werden. Wohl aber hat die ungenierte Propaganda der russischen Panslavisten in Österreich böses Blut gemacht, wie die jüngsten Kammerverhandlungen in Galizien in sehr drastischer Weise gezeigt haben.

Es scheint nun doch, daß Taft durch die nächsten Wahlen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erhoben wird. Das wäre aber sehr erfreulich, da sich von ihm, als dem vertrauten Freunde Roosevelts erwarten läßt, daß er die Kontinuität der amerikanischen Politik behaupten wird. Die jüngst erwähnte Rede von Judge Longly liegt jetzt im Originaltext vor uns und ist noch weit schärfer, als sich aus der ersten kurzen Wiedergabe ersehen ließ, sie erreicht aber an entschiedener Feindseligkeit gegen England noch lange nicht die vom „New York Evening"

verbreiteten Äußerungen des Primas von Irland, Kardinals Logue, der bei der Zentenarfeier der amerikanischen Katholiken in New York präsidierte und ganz direkt von dem bevorstehenden Niedergang Englands sprach.

Die bevorstehende Ankunft des Prinzen von Wales in Kanada begrüßt die in Toronto erscheinende „Weekly Sun" nach einigen Worten freundlicher Einleitung mit folgender Betrachtung:

„Seit 30 Jahren wird die Agitation für „Imperial Federation" nach Kanada getragen. Aber es ist uns kein Plan vorgelegt worden, den wir hätten verstehen können. Man hat nie versucht, uns zu zeigen, wie Gemeinschaften, die durch den ganzen Globus verstreut liegen und in ihren Verhältnissen durchaus verschieden sind, sich zu einer Politik und zu einem Regiment zusammentun können. Man hat uns niemals gefragt, was in Indien geschehen solle. Man hat uns nie gesagt, wie eine gemeinsame Armee und eine gemeinsame Flotte aufgebracht und kommandiert werden soll. Man sagt uns nur, daß wir ein bestimmtes Gefühl kultivieren sollen, und das gelingt nur wenigen. Es kann, wie es jetzt der Fall ist, ein Reich mit Dependenzen geben, aber keine Dependenz mit dem Charakter und den Machtvollkommenheiten eines Staates. Auch kann eine Dependenz nie in die Reihe der Nationen eintreten. Die Frage muß daher so gestellt werden, ob Kanada entschlossen ist, für immer eine Dependenz zu bleiben."

Diese kurzen Ausführungen verdienen alle Beachtung. Sie zeigen uns, daß die Bäume des englischen Imperialismus nicht in den Himmel wachsen werden.

27. Mai 1908. Absendung türkischer Kriegsschiffe nach Samos.
28. Mai. Attentat auf einen russischen Finanzagenten in Teheran.
29. Mai. Rückkehr des Präsidenten Fallières nach Paris.
30. Mai. Empfang der deutschen Geistlichen durch König Eduard.
31. Mai. Besuch des schwedischen Königspaares in Berlin.

3. Juni 1908.

Die große Sensation der letzten 8 Tage ist ein Artikel von Herrn Tardieu im „Temps" gewesen, der wohl vornehmlich deshalb in Frankreich und England so außerordentliches Aufsehen erregt hat, weil bekannt ist, daß Herr Clemenceau diesen temperamentvollen Journalisten gelegentlich als Sprachrohr zu benutzen pflegt. Was Herr Tardieu vorbrachte, war die Forderung, daß England, wenn es darauf ausgehe, aus der Entente mit Frankreich eine Allianz zu machen, sich dazu bequemen müsse, die wenig vertrauenerweckende Haldanesche Armeereform durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu ergänzen. König Eduard VII. hatte im Buckinghampalast von einer „entente permanente", Präsident Fallières von einer „entente resserrée" gesprochen, und das legte allerdings die Mutmaßung nahe, daß als nächstes Ziel ein förmlicher Allianzvertrag ins Auge gefaßt sei. So wurde auch in Rußland interpretiert, und als gleich danach die bevorstehende Begegnung König Eduards mit dem Zaren in den Gewässern um Reval angekündigt wurde, konstruierten „Nowoje Wremja" und Genossen die russisch-französisch-englische Tripelallianz.

Das Hauptargument Herrn Tardieus war, daß England bündige Verpflichtungen auf sich nehmen müsse, wenn Frankreich das Risiko einer englischen Allianz tragen solle: entweder Einführung der allgemeinen Wehrpflicht oder Organisation einer Berufsarmee, die fähig sei, einen energischen Vorstoß in den Kontinent hinein zu unternehmen. Frankreich dürfe nicht zum zweitenmal dieselben Erfahrungen machen, wie mit der russischen Allianz. Statt seine Kräfte auf Europa zu konzentrieren (wie es der Revanchegedanke verlangt), sei Rußland mit

Geld, Armee und Marine „nach Asien desertiert", was über Hoffnungen und Enttäuschungen nach Mukden und Tsushima geführt habe. In einem späteren Artikel weist der „Temps" recht nachdrücklich darauf hin, daß die Erinnerung an Faschoda noch nicht geschwunden sei. Frankreich sei keineswegs geneigt, auf eine Kritik der Haltung Englands zu verzichten, und da es nun einmal eine Kontinentalmacht sei, brauche es Alliierte, die ihm im Kriegsfall auf dem Kontinent Hilfe leisten könnten.

Dieser „sonderbare Artikel" (strange note) hat nun in England keineswegs ein freundliches Echo gefunden. Man erinnerte sich, daß in den letzten Monaten der „Temps" sich ketzerische Bemerkungen über die englische Politik in Ägypten und in Indien erlaubt hatte, hielt es aber für nützlich, recht eingehend aufzuzählen, was alles England im Kriegsfall für Frankreich tun könne. Wir könnten — führt ein Leitartikel des „Standard" vom 28. Mai aus — bedeutende Armeen in impotenter Wachsamkeit an den Küsten festhalten, wir könnten französische Transporte und Armeen an jeden beliebigen Punkt schaffen, an dem der Anmarsch frischer Truppen eine formidable Diversion bedeuten würde. Mit Hilfe der britischen Flotte könnte Frankreich den Feind in der Flanke angreifen und durch Zerstörung seines Aufmarsches den ganzen Verlauf des Krieges zur Entscheidung führen. Das alles aber könne gleich beim Beginn der Feindseligkeiten geschehen. Außerdem aber sei sicher, daß die englische Militia, wenn sie sich erst ein wenig eingeschossen habe, den besten Truppen der Welt nicht nachstehen werde. Aber der „Standard" steht mit diesen Ausführungen ziemlich vereinzelt da, und auch er findet die kategorischen Formulierungen des „Temps" wenig passend. Völlig in das gleiche Horn mit Herrn Tardieu stößt nur die „National Review", was, wie wir schon hervorgehoben haben, insofern nicht ohne Bedeutung ist, als Herr Clemenceau seinen Aufenthalt in England benutzte, um recht auffallend kundzutun, daß er Herrn Marsc zu seinen politischen Freunden zähle. Es ist daher begreiflich, daß selbst ein maßvolles Blatt wie das „Journal des Débats" die Ausführungen der „National Review" als höchst wichtig (un très important article) in eingehendem Auszuge wiedergibt. Gezeichnet ist der Artikel dieser deutschfeindlichsten englischen Monatsschrift von Ignotus, dem Pseudonym, unter dem der ehemalige Sekretär Delcassés, Herr Reton, im „Figaro" die politischen Betrachtungen seines Gebieters mitteilte.

Es nimmt uns daher nicht wunder, wenn es im wesentlichen längst bekannte Gedanken des gefallenen Ministers sind, die uns hier unter englischer Flagge entgegentreten. Zunächst die Versicherung, daß die von Herrn Delcassé geschaffene englisch-französische Entente keinerlei feindselige Absichten gegen Deutschland hegte. Frankreich habe nur einen Schutz vor deutscher Gewalt gesucht, England nur das europäische Gleichgewicht aufrechterhalten wollen, ganz wie es aus demselben Grunde den ersten Napoleon und später den Ehrgeiz Nikolaus' I. und Alexanders II. bekämpft habe. Jetzt nehme Deutschland, was sich nicht übersehen lasse, eine militärisch übermächtige Stellung ein, es sei also, sobald die Gefahr eines deutschen Angriffs auf Frankreich vorliege, die Pflicht Englands, dem schwächeren Staate beizuspringen. Während der marokkanischen Krisis habe England die bereits drohende Gefahr abgewandt, aber noch sei die beiden Mächten gemeinsame Gefahr nicht geschwunden. Seit 1905 habe Deutschland Armee und Flotte noch weiter verstärkt, während Frankreich und England aus falscher Sentimentalität abzurüsten begonnen hätten (!). „Wenn nun Frankreich plötzlich von Deutschland angegriffen werden sollte, ist es unerläßlich, daß England ihm nicht nur zur See, sondern auch zu Lande mit einer möglichst starken Armee zu Hilfe kommt. General Bonnal hat berechnet, daß, wenn England zwei Armeekorps nach Lothringen werfen könnte, Deutschland in den ersten 10 Tagen des Krieges immer noch 23 Armeekorps den 22 Korps der Engländer und Franzosen entgegensetzen würde." England müsse daher nicht 2, sondern 4 oder 5 Armeekorps senden und sich nicht einbilden, daß seine Seemacht eine ausreichende Hilfe sei. Die englische Hilfe müsse mit äußerster Schnelligkeit in den ersten Tagen des Krieges direkt auf das Schlachtfeld geführt werden, denn die Entscheidungsschlacht werde in Lothringen fallen, und träfen die Engländer erst nach der Schlacht ein, so sei ihre Hilfe von keinem Nutzen. Das wird dann weiter ausgeführt und gezeigt, daß Herrn Haldanes Reform gescheitert sei („échec lamentable") und daß nichts übrig bleibe, als die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, wenn England nicht auch die Beherrschung des Meeres verlieren wolle. Denn der Ruin Frankreichs bedeute auch den Niedergang Englands usw. Es ist, wie von Ignotus nicht anders zu erwarten war, die Identifizierung der idée fixe der „National Review" von der zu zerstörenden deutschen Flotte mit der Delcasséschen Revancheidee, beides maskiert

dnrch die wider beſſeres Wiſſen verbreiteten Phantasmen von der angeblichen Abſicht Deutſchlands, es mit einer Jnvaſion in England zu verſuchen und bei guter Gelegenheit über Frankreich herzufallen.

Zur Abwendung dieſer Gefahren bringt nun der „Meſſidor" von angeblich gut unterrichteter Seite einen neuen Plan, der es verdient, niedriger gehängt zu werden. Es handle ſich nämlich bei den gefeſtigten Beziehungen Englands zu Frankreich und bei den bevorſtehenden Verhandlungen in den Gewäſſern von Reval weder um Angriff noch um Abwehr eines Angriffes. Vielmehr ſei wahrſcheinlich die franzöſiſch-engliſch-ruſſiſche Entente beſtimmt, einen Stillſtand in den Rüſtungen herbeizuführen. Jn Deutſchland wiſſe man ſehr wohl, daß die militäriſchen Kräfte von Frankrich, England und Rußland ſo groß ſind, daß ſie einen Angriff zur Unmöglichkeit machen, zumal Deutſchland auf Öſterreich nicht rechnen könne, das von Jtalien in Schach gehalten werde. Deutſchland werde demnach gezwungen ſein, ſeine Rüſtungen ſowohl an der Weſtgrenze gegen Frankreich als an der Nordküſte gegen England einzuſtellen. Sei aber dieſes Ziel erſt erreicht, ſo brauche England keine koſtſpielige Armee, Frankreich und Rußland nicht ihre ungeheuren Machtmittel für die Kriegsmarine zu verwenden, das alles könne der Jnduſtrie und nützlichen Arbeiten zugute kommen.

Damit das aber erreicht werde ſei die „entente permanente" unerläßlich. Sie dürfe ſich nicht auf wenige Jahre erſtrecken, wie es mit einer Allianz der Fall zu ſein pflege, ſie müſſe bereitſtehen, jederzeit das kriegeriſche und kriegsluſtige Deutſchland in Reſpekt zu halten. Die ewige entente aber ſei um ſo leichter zu erreichen, als zwiſchen jenen drei Großmächten keinerlei Schwierigkeit und nicht der geringſte Streitpunkt vorliege, der die Dauer dieſes Einverſtändniſſes beeinträchtigen könne.

Die Korreſpondenz, in der dieſer kindiſche Gedanke ausgeführt wird, geht dem „Meſſidor" aus London zu. Wir brauchen wohl nicht zu ſagen, daß der Verſuch, ihn zu verwirklichen, einen Kampf auf Leben und Tod zur Folge haben würde, dem ſich ſchließlich niemand in der alten Welt entziehen werde. Es iſt ein politiſcher Sadismus, der aus dieſen Hirngeſpinſten ſpricht, und wir lehnen es ab, auch nur ein Wort zu ihrer Widerlegung zu ſagen.

Wie aber liegen nun die Verhältniſſe in Wirklichkeit?

In England wünscht der einflußreichste Faktor im politischen Leben der Nation, die City, und mit ihr die gesamte Arbeiterpartei den Frieden. Ebenso stehen die heute regierenden Liberalen, wenn sich auch nicht übersehen läßt, daß das imperialistische Element im Ministerium an Gewicht gewonnen hat. Endlich scheint die persönliche Politik des Königs nach dieser Richtung zu gehen. Seine Tendenz, die schwachen und die geschwächten Nationen um England zu scharen, dient aber gewiß weniger kriegerischen Absichten, mit denen er sich, wie wir wohl mit Recht annehmen, keineswegs trägt — sie widersprechen seinen Lebensgewohnheiten, seiner Erziehung und seinen Jahren —, als vielmehr dem unverkennbaren Bedürfnis, seine ungewöhnlichen geistigen Gaben zur Geltung zu bringen. Er liebt es, zu überreden und zu bekehren und niemand wird ihm die Anerkennung versagen, daß die Verständigungen, die er abgeschlossen hat, mehr dem englischen Vorteil dienen als dem Gefolge, das er um sich gesammelt hat. Nebenher aber steht England gerade jetzt in einer politischen Krisis, die ihm seine überseeischen Besitzungen gefährdet und es nötigt, auf den immer rückhaltloser zur Geltung kommenden Eigenwillen seiner Kolonien die allergrößte und schonendste Rücksicht zu nehmen. Wir haben die Belege dafür mehrfach in den Übersichten der letzten Wochen beigebracht. Dazu kommt das steigende Mißtrauen der Vereinigten Staaten gegen die englisch-japanische Allianz. In der „Washington Times" wird darauf hingewiesen, daß der Hebel dieser Allianz in Japans, nicht in Englands Händen ruhe. So liege die Gefahr eines englisch-japanischen Angriffs auf die Vereinigten Staaten vor, oder mindestens die Absicht, Amerika und Deutschland aus dem Großen Ozean zu verdrängen. Der Schluß, der daraus gezogen wird, lautet, daß nichts notwendiger sei als eine mächtige amerikanische Flotte „as the countrys life is at stake of issue". Es knüpfen sich daran die heftigsten Ausfälle gegen Japan, und genau den gleichen Ton (wenn auch unter Entwicklung staatsrechtlicher Theorien, die wir uns keineswegs zu eigen machen wollen) finden wir in der „New York Tribune" vom 10. Mai und in der New York Times" vom gleichen Datum. Sie alle klagen darüber, daß die japanische Politik in der Mandschurei und in Korea zur Ausschließung des gesamten europäischen Handels geführt habe, immer unter scheinbar unanfechtbaren Gründen „but each contains a joker". Derselben Ansicht sind aber die zahlreichen Engländer, die im fernen Osten leben und die gegen die offizielle englische Politik

ebenso heftig protestieren, wie die englischen Kaufleute in Marokko, deren Geschäfte der französischen pénétration pacifique zum Opfer gefallen sind. Der Protest der englischen Radikalen und Arbeiter gegen den bevorstehenden Besuch des Königs in Rußland ist ein weiteres Zeichen der tatsächlichen Stimmung des Landes, so daß, wenn wir die Summe dieser Tatsachen zusammenfassen, uns nichts unwahrscheinlicher ist, als daß ein englischer Patriot wünschen könnte, sein Vaterland den unberechenbaren Wendungen eines großen Krieges auszusetzen. Alle die englischen Wunden, und es sind nicht wenige, würden in solchem Fall gleichzeitig zu bluten beginnen. Was aber Frankreich betrifft, so scheint uns auch dort die öffentliche Meinung des Landes nichts mit größerer Besorgnis ins Auge zu fassen als die Möglichkeit eines Krieges. Sieht man genauer zu, so spricht auch aus Herrn Tardieus Ausführungen die gleiche quälende Sorge, und das ist wohl begreiflich. Hat Frankreich sich 1905 von den direkten Konsequenzen der Delcassé-schen Politik freigemacht, so steht es doch noch heute in Abhängigkeit von der Tatsache, daß die Politik, die es führt, ohne englische Unterstützung nicht denkbar ist. Die Marokkopolitik der letzten Jahre wäre ohne diesen Rückhalt nicht einen Tag zu behaupten gewesen, und wenn sie trotz dieses Rückhalts heute auf den Vertrag von Algeciras zurückweicht und nach dem Ausweg sucht, der ihr ermöglicht, Abd el Aziz fallen zu lassen, so liegt darin das Zugeständnis, daß die Opfer, die für den Ausgleich der englisch-französischen Interessen gebracht wurden, vergebens gebracht worden sind. Die pénétration pacifique hat sich als eine Utopie erwiesen und die Eroberung des Landes als eine Unmöglichkeit. Frankreich hat von seinem marokkanischen Abenteuer nicht einen frohen und nicht einen stolzen Tag gehabt, und wie uns scheint, wäre der ungeheuren Mehrheit der Franzosen das liebste, wenn sie die drei letzten Jahre aus ihrer Geschichte auslöschen könnten. Das gilt auch von dem inneren Leben der Nation. Wir führen klassische Zeugen dafür an, wenn wir den Inhalt eines vom „Temps" reproduzierten Artikels von Eugène Fournière hersetzen. Er klagt, daß das parlamentarische System, das begründet wurde, um der Nation Garantien gegen den Mißbrauch der königlichen Gewalt zu sichern, ausgemündet sei in die Tyrannei des Parlaments:

„Die Kammern regieren und verwalten: weder Justiz noch Administration entgehen ihrer Allmacht, und es gibt keine Garantie für

die Freiheit und die Rechte des Individuums. Wir haben an die Stelle des Cäsarismus eines einzelnen eine Art Kollektiv-Cäsarismus gesetzt. Die Staatsallmacht ruht kraft des Prinzips der Majorität in den Händen derjenigen Partei, die es verstanden hat, das numerische Übergewicht in den Kammern zu erlangen, und diese Partei nutzt zu ihrem ausschließlichen Vorteil die ungeheuren Machtmittel, welche ihr ein zentralisiertes Regiment in die Hände gelegt hat, um zu bedrücken und auszubeuten. „Der Staat ist eine mit Sturm genommene Festung und das Land ein vom Feinde erobertes Gebiet." Alle Beamten, vom Präsidenten der Republik bis zum untersten Beamten eines Kantons, die aufsteigenden Beamten mit eingeschlossen, sind dem wahren Gebieter untergeordnet: der Majorität des Parlaments, die im Namen des angeblichen Gebieters der Nation handelt. Diese Macht ist absolut und unbeschränkt, wie die des schwärzesten Despoten des schwarzen Kontinents. Die anderen Parteien aber haben kein anderes Ziel, als sich dieser höchsten Macht zu bemächtigen, um nun auch ihrerseits unbehindert das Volk der Knechtschaft und den Staat der Plünderung zu überliefern! Der Kampf der Parteien ist nur noch eine Jagd nach Stellungen."

Diese Kritik unserer Schäden, bemerkt dazu der „Temps", kann man mit Herrn Fournière nur als zutreffend bezeichnen.

Wir wagen es nicht, diesem autoritativen Urteil zu widersprechen, aber wir wissen auch, daß zahlreiche Franzosen mit Zorn und Erbitterung auf diese Zustände blicken, ganz wie ihnen die politische Vormundschaft auf die Dauer unerträglich scheint, in deren Kreisen sich heute die auswärtige Politik Frankreichs bewegt. Aber ist der Gedanke nicht lächerlich, daß dieses zerklüftete Frankreich den vom „Messidor" ausgeheckten Belagerungsplan oder die aggressiven Pläne der „National Revue" ausführen sollte, oder endlich, daß England sich von Frankreich die Bedingungen vorschreiben ließe, unter denen es seine Vormundstellung ausüben soll?

Was endlich Rußland betrifft, so haben wir schon früher unser Urteil über das russisch-englische Abkommen ausgesprochen. Die Vorteile fallen England zu, aber Rußland hat dafür wenigstens die Gewißheit gewonnen, daß es innerhalb gewisser Grenzen von englischer Seite keine künstlichen Schwierigkeiten zu erwarten hat. Und das ist, im Hinblick auf die sehr ernsten Sorgen, welche die innere Lage des Reichs macht, immerhin etwas. Aber ist es denkbar, daß unter diesen Um-

ständen Rußland sich bereit finden sollte, sich zum Werkzeuge der den englischen Politikern zugeschriebenen antideutschen Pläne zu machen? Zwar der augenblicklichen Richtung der Geister würde das entsprechen. Das deutschfeindliche Element ist durch den Besuch der slavischen Gäste aus Österreich bis zur Gluthitze gesteigert worden, und die ursprüngliche Absicht, nur ideale Probleme slavischer Kultur zum Gegenstand der Erörterung zu machen, hat nicht 3 Tage lang vorgehalten. Man hat Politik gesprochen und nur Politik, und wenn die große Frage der Versöhnung der slavischen Brüder zur Sprache kam, mündete sie stets in den Schlachtruf gegen die „deutschen Bedrücker" aus. Einige Beispiele werden genügen. Die „Nowoje Wremja" leistet sich die folgende Betrachtung:

„Wenn Deutschland einst Gift in den Becher slavischer Brüderschaft träufelte, so wirkte dieses Gift nie so lange und nie mit so schrecklicher Wirkung als 1773. Jetzt, nachdem mehr als 130 Jahre darüber hingegangen sind, reift endlich der Gedanke, daß irgendwie diese Erbschaft Friedrichs liquidiert werden muß, daß aller Haß und Neid zu vergessen ist, der aus dem verpesteten Boden des verfluchten preußischen Geschenkes hervorgewachsen ist." Und etwas weiter: „Wenn die Polen sich nicht stark genug fühlen, den Krieg mit zwei Fronten zu führen — und ein so törichter Gedanke wird wohl bei ihnen nicht aufkommen —, so müssen sie sich sagen, daß der Rücken des polnischen Volkes sich an Rußland stützen muß, damit Schild und Speer sich gegen Deutschland wenden können..... Wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, nicht nur die Pflicht, sondern auch ein Interesse, die Polen gegen die Deutschen zu unterstützen."

In den Verhandlungen, die der Vorbereitung eines Slavenkongresses für das Jahr 1910 galten, klang das politische Moment überall durch, am lebhaftesten trotz aller Umschreibung bei dem Tschechen Kramarsz, aber, wie wir erwartet haben, ist es im wesentlichen bei Worten geblieben. Herr Dmowski ist nicht zur Erklärung zu bewegen gewesen, daß er die polnischen Sonderinteressen den allslavischen unterordnen wolle, und so ist man in bezug auf die vorhandene polnische Frage recht ernüchtert auseinandergegangen. Andererseits ist es schwer verständlich, wie Kramarsz, trotz seiner emphatischen Loyalitätserklärungen, die mit der Existenz Österreich-Ungarns unvereinbaren Pläne des neuen Panslavismus vereinbaren wird. Das alles streift hart an die Grenzen

einer Politik, in der die slavischen Interessen einen Verrat an den österreichischen bedeuten.

Daß der bevorstehende Besuch König Eduards trotz des Protestes der englischen Arbeiter gern gesehen wird, ist begreiflich. Man hofft von ihm eine Wendung Rußlands zu einer aktiven Politik in der mazedonischen Frage und rechnet recht unbefangen mit dem Einfluß, den der König auf den Zaren ausüben wird. Inzwischen aber ist Duma und Reichsrat nun doch bewogen worden, den Bau der Amurbahn zu genehmigen. Das war, wenn Rußland seine Stellung am Stillen Ozean überhaupt behaupten wollte, unerläßlich. Aber es zeigt doch auch, daß die Richtung seiner Politik durch die Macht der Verhältnisse nach Osten, nicht nach Westen gewendet wird. Dazu nötigen auch die kaukasischen Verhältnisse, die, nach den durch die russischen Zeitungen gehenden Korrespondenzen zu urteilen, weit ernster sind, als meist angenommen wird. Wenn das gesamte ungeheure Gebiet auch nicht direkt wiederzuerobern ist, so muß es doch von Grund aus neu geordnet und diszipliniert werden, und im Augenblick scheint jede militärische Unternehmung, die mit dem Kaukasus als Operationsbasis unternommen wird, entschieden gefährlich. Bei den jetzigen Schwierigkeiten in Persien ist das durchaus in Betracht zu ziehen. Auf dem flachen Lande sind in weiten Gebieten die Zustände immer noch entsetzlich. Die junge Generation der Bauern ist wie die russische Jugend überhaupt völlig verwildert, wie namentlich die Brandstiftungen zeigen, welche die Dörfer verwüsten. Auch mit der Armee scheint es noch keineswegs zum besten zu stehen. Als jüngst der Kriegsminister vor einer Kommission des Reichsrats mit Fragen bestürmt wurde, welche die Schäden der Verwaltung während des letzten Krieges betrafen, brach eines der Kommissionsmitglieder, Opotschinin, plötzlich in krampfhaftes Schluchzen aus. Man suchte ihn zu beruhigen und fragte nach dem Grund seiner Erregung. „Es ist ja" — schluchzte er — „heute noch alles ebenso schlimm!"

Die Gewalttaten der Terroristen scheinen allerdings nachgelassen zu haben. Die Liste der Verbrechen dieser Kategorie nimmt für die Zeit vom 29. April bis zum 14. Mai dieses Jahres nur noch 2½ Spalten des „Regierungsanzeigers" ein, früher waren es 4—5 und mehr. Aber immerhin ist auch das nicht unbedenklich, zumal wenn man sich erinnert, daß eben jetzt ein Anschlag, der gegen die Kaiserjacht gerichtet war, glücklich entdeckt worden ist. Auch hat man den Chef der Kampfabteilung

des Nordgebiets der Partei der Sozialrevolutionäre, von dem die Anschläge gegen die kaiserliche Familie ausgingen, gefaßt und hingerichtet. Aber die Köpfe der Hydra wachsen immer wieder. An Beamten sind 25 ermordet, 24 verwundet worden, von Privatpersonen ermordet 40, verwundet 46. Seither aber berichtet jede Zeitungsnummer von neuen Anschlägen!

Die Duma arbeitet fleißig und gewissenhaft, aber man gewinnt den Eindruck, daß ein unduldsam nationalistisches Element immer mehr an Boden gewinnt. Die Duma kann zudem nur Gesetze ausarbeiten, die Ausführung liegt in den Händen der Bureaukratie, die trotz aller Maßregelungen noch zahlreiche schlimme Vertreter hat. Es sind gerade in letzter Zeit die schamlosesten Mißbräuche zutage getreten. Die Willkür scheint im Blut und die Gewissenlosigkeit in der Tradition zu liegen. Das alles braucht Zeit und tatkräftige Männer, um gebessert zu werden.

Wir ziehen aus alledem den Schluß, daß es bis auf weiteres undenkbar ist, daß Rußland in der großen Politik mit anderen Waffen auftritt, als mit denen der Diplomatie. Aber das Interesse Englands und Frankreichs geht dahin, das Gewicht dieser papierenen Aktion nach Möglichkeit hoch zu bewerten. Es wäre verhängnisvoll, wenn Rußland sich dadurch über die Realität seiner eigenen Verhältnisse hinwegtäuschen ließe.

Nachschrift. Beim Lesen der Korrektur geht uns der „Golos Moskwy" vom 31. Mai zu, der sich mit dem bevorstehenden Besuch des Königs Eduard VII. beschäftigt und dabei zu den folgenden erbaulichen Schlußbetrachtungen gelangt:

„Wenn man annimmt, daß in der Tat dieses Bündnis sich verwirklicht und seine Spitze gegen Deutschland richtet, so wäre dessen Lage allerdings höchst schwierig. Von Westen und Osten durch die Armeen Rußlands und Frankreichs gepreßt, vom Meer durch die englische Flotte abgeschnitten, würde es in eine Bedrängnis geraten, aus der es kaum einen Ausweg gäbe. Die Bilder des politischen Lebens Europas ändern sich von Tag zu Tag, und vielleicht werden wir die Verwirklichung jenes grandiosen Planes Eduard VII. mitansehen, der schließlich zur friedlichen Isolierung Deutschlands führt." ... Die Herren täten wirklich besser, um ihre eigene Zukunft zu sorgen; wir haben für diese Pläne nur ein mitleidiges Achselzucken.

1. Juni 1908. Beisetzung der Leiche Zola's im Pantheon.
Ein Mißtrauensvotum gegen die russische Reise König Eduards wird vom Unterhaus mit 225 gegen 59 Stimmen abgelehnt.
6. Juni. Die Duma lehnt die Mittel für den Bau der von der Regierung geforderten Panzerschiffe ab, mit 194 gegen 78.
9. Juni. Zusammenkunft König Eduards mit dem Zaren vor Reval.
10. Juni. Einzug Malay Hafids in Fez.

10. Juni 1908.

Mit großer Genugtuung begrüßen wir die nunmehr wirklich erfolgte Unterzeichnung der Konvention, durch welche die Fortsetzung des deutschen Bagdadbahnprojektes für weitere 840 km gesichert ist. Es handelt sich um die Strecke Bugulu—Tel-Helife, das heißt um den wirklich technisch schwierigen Teil des Baues, der Taurus und Amanusberge überwinden und unterhalb Biredjik den Euphrat überschreiten wird. Sieben Jahre sind als Maximum für die Beendigung der Strecke bis Tel-Helife vereinbart, von da bis nach Basra als dem Endziel sind zwar noch 1150 km Weges, aber die Terrainverhältnisse sind dort so überaus günstig, daß man mit weit geringeren Kosten und mit weit schnellerer Ausführung der Eisenbahnlinie wird rechnen dürfen. Die Absicht ist nun, von der Stelle aus, wo die Bahn nach Überschreitung des Amanus in die Ebene hinabsteigt (Tel-Habesch), durch eine Zweigbahn Aleppo zu erreichen, so daß dann auch die Verbindung mit der Hedschasbahn (über Damaskus) hergestellt wäre. Damit wäre die Vollendung eines großen Kulturwerkes sichergestellt, das sich würdig den englischen Bahnbauten in Ägypten und der französischen Saharabahn an die Seite stellen kann. Der große Unterschied zwischen dem deutschen Unternehmen und den englischen und französischen liegt aber darin, daß den letzteren neben den rein kulturellen Zielen, die sie verfolgen, auch die Absicht zugrunde liegt, in den erschlossenen Gebieten ihre politische Herrschaft zu begründen, was neben den materiellen Vorteilen, die den eingeborenen Herren des Landes geboten werden, Zustände begründet, die als Knechtung empfunden werden und früher oder später einmal zu einem

Befreiungskriege vom fremden Joch führen müssen. Deutschland hat von vornherein einen im Prinzip verschiedenen Standpunkt eingenommen. Wir sind nicht der Meinung, daß die Völker des Islam bestimmt sind zu Dependenzen der europäischen Mächte zu werden. Vielmehr hat die historische Erfahrung gezeigt, daß es wohl möglich ist, sie aus einem Teil des von ihnen okkupierten Bodens zu verdrängen, keineswegs aber sie zu assimilieren oder zu absorbieren. Es muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß die Völker des Islam als ein Besonderes fortbestehen, und die Aufgabe der europäischen Nationen, die ihnen in der Technik der Kultur so weit voraus sind, liegt nicht darin, sie zu unterjochen, sondern sie mit den der Erschließung und Kultivierung der Welt dienenden Errungenschaften unserer Zivilisation in friedlichem Verkehr vertraut zu machen. Deutschland ist die erste und einzige Macht, die diesen Weg eingeschlagen hat, und der Bau der Bagdadbahn auf türkischem Gebiet, zum Vorteil der Türkei zunächst, zum Dienst allgemeiner Kulturinteressen in zweiter Linie, wird so zu einem Friedenswerk im besten Sinne des Wortes. Wir erwarten von der vollendeten Bahn ein Aufblühen alten Kulturbodens und die Rückkehr der heute durch die Verödung des Bodens zu räuberischem Nomadenleben erzogenen Bevölkerung, zu Ackerbau und städtischem Leben. Beides bedeutet im Effekt friedliche Zustände und einen aufblühenden Wohlstand, der zur Sanierung des schlecht gesicherten türkischen Finanzsystems führen kann. Auch ist es von hoher Wichtigkeit, daß diese Bahn, sobald sie fertiggestellt ist, die Pilgerfahrt nach Mekka und Medina den Millionen Mohammedanern im fernen Osten und in Zentralasien erleichtert. Mit den Pilgern aber geht der Handel, der bis in das 18. Jahrhundert hinein die große Straße den Schat el Arab hinauf zu wählen pflegte. Portugiesen, Holländer, zuletzt die Engländer haben ihm diesen Weg versperrt und erst dadurch die Verarmung und schließliche Verödung einst blühender Landschaften endgültig herbeigeführt. Es ist ohne Zweifel das zukunftsreichste Unternehmen im Gebiet des osmanischen Reiches. Über die auf der Balkanhalbinsel geplanten Bahnen ist in den letzten Wochen viel geschrieben und geredet worden. Wider Erwarten ihrer Gegner hat die Pforte all diesen Unternehmungen ein freundliches Gesicht gezeigt. Daß die Sandjakbahn verwirklicht wird, kann bereits als feststehend angenommen werden, und dasselbe mußte von dem russisch-serbisch-montenegrinischen Plan angenommen werden,

nachdem erst kürzlich der italienische Minister des Auswärtigen, Tittoni, so nachdrücklich erklärt hat, daß die serbische Eisenbahn das Adriatische Meer erreichen werde. Aber gänzlich unerwartet scheint sich eine Schwierigkeit dadurch einzustellen, daß die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro einen so unfreundlichen Charakter annehmen, daß ein Zusammenarbeiten ausgeschlossen scheint. Das englische Telegraphenbureau Reuter meldet nämlich, daß infolge des Prozesses Nastics ein Abbrechen der diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro im höchsten Grade wahrscheinlich geworden sei. Damit aber verhält es sich folgendermaßen: Bekanntlich wurde vor einiger Zeit ein Mordanschlag gegen den Fürsten Nikolai von Montenegro entdeckt. Die mit großer Energie geführte Untersuchung hatte die Verhaftung eines gewissen Nastics zur Folge. Dieser Mann, ein Bosnier, der nach Serbien ausgewandert war und sich dort als Journalist dem großserbischen Gedanken zu Dienst stellte, hat nun vor Gericht Aussagen gemacht, die das serbische Königshaus im höchsten Grade kompromittierten. Er behauptete nämlich, daß ihn der Vetter König Peters, Juscha Nenadowitsch, Hauptmann in der serbischen Armee, im Namen des serbischen Kronprinzen beauftragt habe, im Arsenal von Kragujewasch Bomben anfertigen zu lassen, die einem patriotischen Zwecke zu dienen bestimmt seien. Dieser Zweck aber sei die Ermordung des Fürsten Nikolai. Das alles wurde von Nastics mit vielem Detail vorgetragen und machte in Montenegro den schlimmsten Eindruck. In Serbien aber ist man aufs tiefste entrüstet, daß jenem Nastics auch nur einen Augenblick Glauben geschenkt werden konnte und daß sein Prozeß weiter geführt wird. Die ganze ungeheuerliche Affäre ist ein weiteres Zeichen dafür, wie groß die Eifersucht und das Mißtrauen sind, mit denen diese Balkanvölker einander gegenüberstehen. Von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die Herr Kramarsz in Petersburg und Warschau als das Programm der künftigen panslavischen Einheit proklamiert hat, ist auf diesem Boden jedenfalls wenig zu finden. Gerade die letzten Wochen haben wieder von einer langen Reihe von Gewaltsamkeiten berichtet, die auf mazedonischem Boden stattgefunden haben. Übrigens hat Herr Kramarsz es in Warschau nicht mehr für notwendig gefunden, ein Geheimnis daraus zu machen, daß er eine politische Aufgabe verfolgt habe. Eine Warschauer Korrespondenz der „Nowoje Wremja", die ihn redend einführt, betont das ausdrücklich. „Unsere

Aufgabe — sagte Herr Kr. — ist eine komplizierte, politische.“ Und an anderer Stelle: „Herr Kr. unterstrich aufs neue den politischen Charakter seiner Mission.“ Bei seinen Verhandlungen mit den Polen, denen, wie ja verständlich ist, in Warschau der größte Teil seiner Zeit gehörte, trat übrigens sehr deutlich zutage, daß die Polen keinerlei Neigung zeigen, über ihren weißen Adler einen slavischen Adler schweben zu lassen, wenn dessen Klauen gefährlich werden könnten; die „unerschütterlichen Bestrebungen“ und die „heiligen Rechte“ Polens dürften nicht angetastet werden! Was wohl heißt, daß eine Versöhnung nur möglich sei auf dem Boden der Anerkennung eines selbständigen Polen.

Herr Kramarsz gibt, wie es scheint, trotzdem seine optimistische Beurteilung der Lage nicht auf. Speziell daß er vom Ministerpräsidenten Stolypin und sogar vom Zaren empfangen worden ist, was ja allerdings viel Ehre ist, hat ihm den Mut gehoben; aber wenn wir die Lage recht beurteilen, werden beide, der Ministerpräsident wie der Kaiser, sich schwerlich mit den Utopien solidarisch erklären, die ihm vorschweben. Schon die guten Beziehungen, die zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bestehen, schließen diese Möglichkeit aus. Aber offenbar hat die politisch erhitzte Atmosphäre, die während seines Aufenthalts in Petersburg auf alle Kreise der Gesellschaft, vornehmlich aber in der Presse ihren Einfluß ausübte, auch ihn berauscht. Es ist kaum glaublich, wie sehr der bevorstehende Besuch König Eduards in diesem Sinne wirkt.

Eine Korrespondenz unseres Freundes Argus, d. h. des Herrn Wesselitzki Boshidarowitsch, aus London mag zeigen, wie der Boden vorbereitet wurde. Seine vom 30. Mai datierte Korrespondenz trägt die Überschrift: „Der neue Dreibund“ und lautet in wörtlicher Übersetzung:

„Die Abreise Fallières schließt die erste der drei Zusammenkünfte von Staatsoberhäuptern, durch die das Jahr 1908 in der Geschichte berühmt werden wird. Für uns Russen liegt das Hauptinteresse des Besuchs des französischen Präsidenten beim Könige von England darin, daß sowohl sie beide wie auch ihre Minister bei all ihren Beschlüssen und Plänen stets Rußland im Auge hatten und sich mit ihm identifizierten. Diese Teilnahme Rußlands an der anglo-französischen Zusammenkunft zeigte sich sogar vor der Öffentlichkeit dadurch, daß der russische Botschafter an dem Diner im foreign office teilnahm, zu welchem außer der Suite des Präsidenten, zu der auch Herr Pichon und Herr Cambon gehörten, keiner der anderen fremden Botschafter geladen

war, von den englischen Botschaftern aber nur die von Paris und Petersburg. Die dabei angewandte Etikette ist dieselbe, die üblich ist, wenn zwei Häupter des Dreibundes zusammentreffen, auch dort pflegt man einen Vertreter des dritten Bundesgenossen einzuladen. Jetzt ist es wahrscheinlich üblich zu sagen: der alte Dreibund, d. h. Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, und der „neue", d. h. England, Rußland, Frankreich. Dieser letztere ist noch nicht abgeschlossen, aber man hält ihn bereits für unausbleiblich und die Unterzeichnung nur noch für eine notwendige Formalität, die eine schon vorhandene Tatsache bestätigt und bekräftigt.

„Ganz besonders interessant ist aber, daß, solange es sich nur um eine diplomatische Verständigung handelte, die Franzosen sich für England begeisterten und Rußland fast vergaßen, als aber die Engländer davon begannen, daß aus der Entente ein Bündnis werden müsse, die Franzosen sofort erwiderten: nicht, bevor England eine Armee hat, die Frankreich auf dem Kontinente ebenso unterstützen kann, wie Rußland es vermag. Die Engländer geben das zu, daß sie nämlich, bevor sie in das Bündnis eintreten, ihre Armee reformieren müssen, um an kriegerischen Operationen auf dem Kontinent teilnehmen zu können. In England wird schon lange in diesem Sinn agitiert... aber bei Prüfung des Bündnisses haben die Franzosen sich selbst geprüft und sich sagen müssen, daß sie in letzter Zeit Armee und Flotte vernachlässigt haben (worüber also die Russen nicht mit Unrecht klagen), und daß beides möglichst schnell gehoben werden müsse. Mag nun das Bündnis abgeschlossen werden oder nicht, augenscheinlich war es nützlich, die Frage anzuregen, da die Folge schon jetzt ist, daß England und Frankreich ernstlich darangehen, ihre Machtmittel zu stärken. Einen äußerst angenehmen Eindruck hat auf die englische Gesellschaft die Nachricht gemacht, daß P. A. Stolypin an der Revaler Zusammenkunft teilnehmen wird. Eine dem hiesigen Hofe nahestehende Person sagte mir: „Der russische Premier hat zahlreiche Verehrer in England, niemand aber schätzt seine Verdienste höher als König Eduard, der sich sehr darauf freut, seine persönliche Bekanntschaft zu machen."

Es ist nun sehr merkwürdig, daß an die erregten Debatten, welche der Ablehnung der Marinevorlage durch die Duma vorausgingen, die „Slowo" eine Mitteilung knüpft, die es erklären soll, weshalb die Minister des Auswärtigen und der Finanzen nicht im Interesse ihres Ressorts

erklären, daß Rußland keine große Flotte brauche. „Beide schweigen, es handelt sich hier um eine Tatsache, von der man nur flüsternd zu sprechen pflegt, obgleich alle von ihr sprechen, um eine Tatsache, die augenscheinlich Herrn Kokowzow, aber auch Herrn Stolypin und anderen den Mund verschließt. Es wird nämlich das Vorliegen einer geheimen Übereinkunft vorausgesetzt, die die Handlungen des jetzigen Kabinetts bestimmt. Wenn eine solche Übereinkunft nicht existiert, so wird es dem Minister des Auswärtigen oder auch dem Premier sehr leicht sein, dieses Gerücht offiziell und nicht mißverständlich zu widerlegen, was natürlich alle Bewohner Rußlands nur freuen könnte."

Die hier ausgesprochene Vermutung, die wohl so zu deuten ist, daß Rußland einer anderen Macht (England) gegenüber gebunden sei, starke Rüstungen zur See vorzunehmen, ist an sich aus vielen Gründen höchst unwahrscheinlich. Auch hat die russische Regierung durch die „Rossija", ihr offiziöses Organ, sich sehr entschieden gegen eine Politik neuer Bündnisse ausgesprochen. „Ein jeder Versuch, neue Kombinationen zu schaffen, würde unbedingt in sich einen Keim des Kampfes tragen und in scharfem Widerspruch zum Geist der Friedensliebe stehen, der in den letzten Jahren in zahlreichen Sonderabkommen deutlich zutage getreten ist." Der Artikel hebt dann die Bedeutung des jüngsten russisch-englischen Abkommens hervor, das durch den Besuch des Königs gleichsam unterstrichen werde. Die zur Unterhandlung stehenden Materien beträfen Mazedonien; im allgemeinen aber sei dieser Besuch ein neues Pfand für den festen allgemeinen Frieden. Es folgen einige warme Worte, die Deutschland gelten: die nochmalige Erklärung, daß Rußland „zurzeit" an keine neuen Bündnisse denke, und die Zurückweisung der Angriffe, welche die russische Presse gegen uns richtet, als „vollständig unbegründet". Eine andere Version lautet: „wobei sie [die russischen Blätter] Deutschland in jeder Frage internationaler Politik hinterlistige Machenschaften zuschreiben, *obgleich hierfür keine Beweise vorliegen*". Wir würden uns freuen, wenn die erste Fassung die authentische wäre, die zweite läßt Deutungen zu. Leider spricht nichts dafür, daß diese Mahnung gehört wird. Die Presse geht ihre Wege weiter, und die Gesellschaft folgt ihren Schlagworten.

Überaus charakteristisch für die Wirkungslosigkeit jener offiziellen Erklärung ist es, daß die „Nowoje Wremja" überhaupt keinerlei Notiz von ihr nimmt. Sie bringt statt dessen die Wiedergabe einer Unter-

redung mit einem fremden Diplomaten über die Bedeutung der Ankunft König Eduards. Es sei, sagte der Diplomat, ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung, der Beginn einer neuen Ära, die große Ereignisse in ihrem Schoß trage. Ein förmliches Bündnis sei „unter den gegenwärtigen Umständen" nicht notwendig, ja sogar nicht möglich, aber es könnten Verhältnisse eintreten, die es herbeiführen. „Solch ein Bündnis würde dann gegen Deutschland gerichtet sein." Die „russisch französisch-englische Vereinigung" reguliere die Beziehungen der Mächte und entscheide viele wichtige Fragen. Für den fernen Osten bedeute sie infolge des englisch-japanischen Bündnisses den Frieden, und auch in Europa würden viele Verwicklungen schwinden. Die Initiative zu der neuen Gruppierung gehöre Frankreich, Delcassé habe ihr vorgearbeitet, und sein Ziel, die Isolierung Deutschlands, sei nunmehr glanzvoll erreicht. Auch Maurice Bompard habe sich darum große Verdienste erworben. Die Unzufriedenheit der deutschen Presse sei ja begreiflich, aber die Deutschen hätten keinen Grund, sich aufzuregen. Sie nehmen ja eine schöne Stellung in Europa ein, verstehen vortrefflich zu lavieren und ihren Vorteil wahrzunehmen, wie ihre Position in Konstantinopel beweise. Im fernen Osten könne Deutschland naturgemäß gegen Rußland, Frankreich, England und Japan nicht aufkommen, denn auch Japan sei mit der neuen Kombination durchaus einverstanden, sie sichere ihm den Frieden. Diese russischen Zeitungsstimmen, in ihrer hochmütigen Sicherheit, reden in der Tat, als ob nicht Rußland, sondern Deutschland durch eine Revolution und durch einen unglücklichen Krieg geschwächt sei. Mutatis mutandis aber ließe sich dasselbe von der provozierenden Sprache englischer und französischer Blätter bekannter Färbung sagen.

Wir können all diesen Herausforderungen ruhigen Mutes entgegensehen und denken an das Wort Friedrich Wilhelms I. „wenn sie ein Herz haben, sollen sie es versuchen".

Es regt uns dieser Lärm ebensowenig auf, wie die Schulmeisterei des „Temps", der dem Könige von Schweden einen Verweis erteilt, weil er zu freundschaftlich über seine Beziehungen zu Deutschland gesprochen hat. Hier wie dort spricht aus dem Grimm das Gefühl der eigenen Ohnmacht.

Die Entscheidung über die russische Marinevorlage der Regierung ist am 6. Juni gefallen, die Vorlage des Ministeriums forderte für den Bau von Panzerschiffen 20 789 000 Rbl., die Budgetkommission hatte von dieser Summe $11\frac{1}{4}$ Millionen gestrichen und gegen 2 Millionen

für andere Ausgaben des Marineministeriums hinzugefügt, so daß der Abstrich im ganzen 8 611 184 Rbl. betrug. In namentlicher Abstimmung wurde dann die Forderung der Regierung mit 194 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Der Ministerpräsident hatte noch im letzten Augenblick durch eine Rede, die dem Patriotismus der Opposition alle Anerkennung zollte, die Position zu retten versucht, aber es war alles vergeblich. Die Erbitterung über die nicht zu übersehenden Übelstände im Marineministerium gab den Ausschlag.

Es wäre jedoch falsch, aus alle dem den Schluß zu ziehen, daß die Duma überhaupt einer russischen Flottenpolitik feindselig gegenüberstehe. Sie hat vielmehr ausdrücklich anerkannt (Antrag Miljukow), daß eine „tatkräftige Flotte zur Verteidigung des Staates" hergestellt werden müsse, aber sie will den Wiederaufbau mit dem künftigen Plan der Landesverteidigung in Einklang gebracht wissen, sie besteht auf einer durchgreifenden Reorganisation des Marineministeriums und verlangt die Vorlegung eines auf weitere Zeiträume berechneten Flottenplans, lauter Dinge, die sich keineswegs als unbillig oder den russischen Interessen widersprechend bezeichnen lassen.

Man wird als Resultat dieser Debatten und Abstimmungen wohl eine Stärkung der Stellung der Duma zu erwarten haben. Daß die Ablehnung des Regierungsprogramms die Auflösung der Duma zur Folge haben könnte, muß als ausgeschlossen angesehen werden. Damit aber erkennt die Regierung an, daß sie in einer grundlegenden Frage auf falschen Wegen gewesen ist.

In Frankreich hat die Überführung der Leiche Zolas ins Pantheon zu Ausschreitungen und zu einem Attentat geführt, das gleichmäßig von der gesamten öffentlichen Meinung verurteilt wird. Aber, sagt das „Journal des Débats", damit wird auch die „absurde" Initiative der Regierung verurteilt. Man habe niemals die Hartnäckigkeit verstehen können, mit der die Regierung diese keineswegs notwendige Zeremonie durchgezwungen habe. Zola sei der Meister jener schmutzigen Romantik gewesen, die mit höchstem Fleiß und unendlicher Gründlichkeit „au fond de l'immondice" hinabstieg. Sein offener Brief „J'accuse" könne doch nicht den Mann absolvieren, dessen Lebensarbeit alle menschlichen Ideale verleugnete, zumal die Entscheidung der Krisis, in die er so geräuschvoll eintrat, nicht durch ihn herbeigeführt worden sei.

Auch sei es doch in Frankreich nicht eine so unerhörte Ausnahme, daß ein Mann sage, was sein Gewissen ihm gebiete. Aber die öffentliche Meinung des Landes habe ganz richtig erkannt, daß es sich um den Triumph einer Partei handele. Man habe das nicht verhindern können und die große Mehrzahl sei schließlich gleichmütig geblieben. Die Regierung empfand das so sehr, daß sie nur die Minister zweiten Ranges zur Feier delegierte und den Sarg nachts kommen ließ. Zola sei „par la petite porte" ins Pantheon gekommen. Zwar sei das Staatsoberhaupt dabei gewesen, weil es mußte, und ebenso die Garnison von Paris, aber es habe keinen Augenblick der Begeisterung gegeben. Vielleicht würden die Parteien versuchen, jetzt die alten Streitpunkte wieder auszugraben. Aber die Nation werde ihnen die Gefolgschaft versagen, sie sei müde und habe andere Gedanken und andere Sorgen. Die Bilanz der Regierungsinitiative aber sei: ein Attentat, Tumulte und 500 Verhaftungen!

Das ist sehr bitter und gewiß nicht ungerecht. Das Merkwürdigste bei alledem ist, daß wohl niemand in Frankreich glaubt, daß in der Dreyfusaffäre die volle Wahrheit an das Licht der Öffentlichkeit getreten ist, und ebensowenig glaubt man es außerhalb Frankreichs.

Zu der Marokkofrage haben wir in der Freitagsnummer des „Figaro" einen Artikel des Grafen de Castellane gefunden, den wir wörtlich als unserer eigenen Ansicht entsprechend übernehmen könnten. Er zieht das Fazit der bisherigen Marokkopolitik Frankreichs und verurteilt sie in all ihren Stadien. Jetzt beginnt der schwierige Rückzug aus dem Wespennest — wenn er möglich sein sollte. Das ist in der Tat eine schwierige Aufgabe. Einige Anzeichen scheinen darauf zu deuten, daß man in Paris nicht abgeneigt wäre, es mit einer Teilung Marokkos zwischen den beiden Sultanen zu versuchen. Es fragt sich nur, ob die Marokkaner selbst sich dazu verstehen werden und wie die sich dann ergebenden internationalen Schwierigkeiten ausgeglichen werden können.

Das Rationellste wäre, Mulay Hafid weiter keine Schwierigkeiten zu bereiten und Abdul Asis seinem Schicksal zu überlassen. Ist Mulay Hafid in Fez proklamiert, so läßt sich mit ihm offiziell verhandeln, und daß er bereit ist, sich auf den Boden der Vereinbarungen von Algeciras zu stellen, ist von ihm selbst ausdrücklich bezeugt worden. Nur müßte Frankreich ebenfalls in der Tat und nicht nur in verbis sich zu diesem Standpunkt bekennen.

11. Juni 1908. Rückkehr der französischen Expeditionstruppen nach Casablanca. Rückreise König Eduards. In Reval ist volle Übereinstimmung der russischen und der englischen Politik in der mazedonischen und der mittelasiatischen Frage festgestellt worden.
14. Juni. Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in Danzig. Unruhen in Persien.
15. Juni. Übergang einer Mahalla zu Mulay Hafid.
17. Juni. Der Schah läßt Bagschah befestigen.

---

17. Juni 1908.

Daß der Besuch des Präsidenten Fallières und seiner Minister in London vornehmlich den Zweck hatte, der bevorstehenden Zusammenkunft des Zaren mit König Eduard in den Gewässern von Reval zur Staffage zu dienen, tritt immer deutlicher hervor. Der nunmehr in Aussicht genommene Besuch des Präsidenten der Republik in Kronstadt wird demselben Zwecke dienen. Denn darüber kann schon jetzt kein Zweifel bestehen, daß, nachdem England aus der Entente mit Frankreich die Vorteile gezogen hat, die zu erreichen waren, der politische Enthusiasmus sich mit allem Feuer einer neuen Freundschaft den Russen zugewandt hat. Wir finden eine recht charakteristische Beleuchtung dieser Gegenseitigkeitsverhältnisse in der „Washington Post" vom 27. Mai:

„Englands Flirt mit Frankreich — schreibt ironisch das amerikanische Blatt — ist eine der großen Komödien unserer Tage. Die seltsamen Beteuerungen und die heiße Liebe der Briten zu ihren alten Nachbarn sind zu plötzlich gekommen, um irgend jemanden, mit Ausnahme der geschmeichelten Objekte dieser Liebe, zu täuschen. Präsident Fallières wird aufgenommen, als ob er ein Lord wäre, und aller Pomp der Flotte und der Armee Britanniens müssen dem Bestreben dienen, dem Volk von Frankreich die Wärme und die Tiefe der britischen Liebe zu zeigen. Sollte aber John Bull wirklich lieben, so wäre das Göttern und Menschen ein Schauspiel, wie es noch nie gesehen worden ist! Aber der alte Knabe (old fellow) spielt nur eine ihm kongeniale Rolle. Während er Frankreich umarmt, richtet sich sein Blick auf Deutschland, und er pflegt sorg-

faltig jede Eifersucht, die er erregen kann. Das vornehmste Ziel, das die Politik Englands bestimmt, ist, rivalisierende Seemächte zu entwerten. Diese Nation will stärker sein als die mögliche Kombination zweier anderer Seemächte, sonst, fürchtet sie, werde das britische Reich aus den Angeln gehen. Um an der Spitze zu bleiben, gibt es aber zwei Mittel: erstens Schiffe zu bauen, zweitens das Anwachsen anderer zu verhindern, oder ihre Flotten zu zerstören. Nun baut zwar England so schnell wie seine Hilfsmittel es gestatten, aber andere Mächte machen verhältnismäßig noch größere Fortschritte. Wenn nun England erreichen könnte, daß Deutschland und Frankreich sich bekämpfen und gegenseitig ihre Flotten zerstören, so wäre ihm damit ein ungeheurer Dienst geleistet und die verhältnismäßige Übermacht der britischen Kriegsmarine erheblich gesteigert. Ein deutsch-französischer Krieg wäre ein wohlfeiles Mittel, beide Mächte in Abhängigkeit von England zu bringen, wobei die großen Kosten erspart würden, die man darauf verwenden müßte, um die deutsche Konkurrenz unschädlich zu machen (to outstrip Germany).

Unabhängig von jedem diplomatischen Motiv ist Englands Wunsch, die Suprematie seines Handels aufrechtzuerhalten. Deutschland wird aber ein Mitbewerber, den England täglich mehr fürchtet. Die Deutschen bauen ihre Schiffe ebenso schnell und ebenso billig wie die Engländer und sind gleich erfahrene Seeleute. Britisches Kapital ist nach Deutschland abgelenkt worden und hat geholfen, die deutsche Industrie zu entwickeln. Deutsche Manufakturen haben ihren Weg zu Märkten gefunden, die bisher von den Briten monopolisiert wurden. Deutschland kann endlich seine Waren in England absetzen, nicht aber England auf deutschem Boden (?), denn die kraftvolle innere und äußere Politik des Kaisers hat Deutschland zu einem Industriestaat mit einer stetig anwachsenden Handelsmarine gemacht, die deutsche Waren durch die ganze Welt führt. Jedes große deutsche Paketschiff ist ein Hilfskreuzer, bereit, wenn die Trommel ruft, sich der Marine anzuschließen. Die Kapitäne und die übrigen Offiziere aber stehen in den Listen der deutschen Marinereserve.

England schwankt nun zwischen der doppelten Aufgabe, seine Flotte stärker zu erhalten als die von zwei Kompetitoren und zugleich unter der Flagge des Freihandels seine Überlegenheit im Welthandel zu behaupten. Bei dem jetzigen Tempo des Schiffsbaus bleibt England

jedoch zurück, und sein Handel spürt bereits die Wirkungen neuer kräftiger Konkurrenz. Es ist aber unmöglich, daß England sich auf der Höhe allein durch seinen Reichtum behauptet: auch andere Staaten verfügen über große Mittel. Daher treibt der Instinkt der Selbsterhaltung England dahin, zu versuchen, ob es nicht durch die Künste der Diplomatie andere Staaten in einen Krieg verwickeln kann. Der Versuch, einen Krieg zwischen Japan und den Vereinigten Staaten herbeizuführen, ist gescheitert. Jetzt wird das verarmte Japan „gekniffen", damit es die Gelder zurückzahlt, die es geliehen hat, und gleichzeitig bekommt das reiche Amerika die feurigsten Versicherungen von der Freundschaft Englands zu hören. Wenn es dann gelänge, mittlerweile Deutschland und Frankreich durch perfide Zusicherungen und falsche Freundschaftsbeteuerungen zum Krieg zu entflammen, gäbe es einen großartigen diplomatischen Erfolg, der der besten Überlieferungen der auswärtigen Politik Englands würdig wäre."

Wir haben diese amerikanische Würdigung der neuen englischen „Verständigungspolitik" in unverkürzter Wiedergabe hergesetzt, weil man sich bei uns nicht so ungeniert auszusprechen pflegt, und in Frankreich — wo nicht die schlechtesten Patrioten ebenso denken — der Herdengeist der Presse jede nüchterne Beurteilung der Lage ausschließt. Die Spannung, die in unseren Beziehungen zu dem französischen Nachbarn eingetreten ist, datiert von der Politik, die Herr Delcassé inaugurierte und die ja allerdings nahe daran war, jenen „großartigen diplomatischen Erfolg", von dem die „Washington Post" spricht, zu verwirklichen. Wenn jetzt aber Herr Delcassé in Anlaß der Revaler Monarchenzusammenkunft triumphierend erklärt, nun sei das Ziel, das er sich gestellt hatte, der Zusammenschluß Englands, Rußlands und Frankreichs erreicht, so scheint uns die von der anderen Seite des Ozeans einlaufende Warnung sehr rechtzeitig zu kommen.

Was aber die Zusammenkunft König Eduards mit dem Zaren betrifft, so haben wir ihr Fundament, das englisch-russische Abkommen vom 31. August 1907, von vornherein als das Resultat einer politisch militärischen Lage betrachtet, mit der Rußland rechnen mußte, deren Ausnutzung durch England aber fast als selbstverständlich vorauszusetzen war. In der Tat hat es niemals, selbst 1856 und 1878 nicht, einen Augenblick gegeben, der für England günstiger gewesen wäre, um sich die Glacis von Indien vertragsmäßig durch Rußland sichern zu lassen. Zu opfern

brauchte es nichts. Die Erklärung, daß es Frieden halten wolle, genügte. Die Teilung Persiens in eine russische und in eine englische Einflußsphäre war kaum ein Zugeständnis zu nennen, da England hier wie in Marokko vergab, was ihm nicht gehörte, und ohnehin mit seiner Hand an die kaspischen und transkaukasischen Provinzen Persiens nicht hinaufreichte. Dagegen hat sich Rußland verpflichtet, ihm in Afghanistan und Indien keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, was bei der ungeheuren politischen Erregung, die hier wie dort herrscht, ein Zugeständnis von größter Wichtigkeit ist. Jede von außenher kommende Unterstützung könnte die sporadisch auftauchenden Flammen zu furchtbarem Brande vereinigen. Aber die Konvention vom 31. August 1907 hatte nur die großen Linien der getroffenen Vereinbarung festgelegt, das Detail und die Vertiefung der gefundenen Eintrachtsformel blieb offenbar der Revaler Zusammenkunft vorbehalten. Es ist gewiß kein Zufall, daß Kaiser Nikolaus II. nicht weniger als vier Staatsminister — und unter ihnen den Ministerpräsidenten Stolypin — nach Reval mitgenommen hat, und ebenso bezeichnend ist es, daß wir im Gefolge König Eduards den jetzigen und den früheren englischen Botschafter in Petersburg sowie zwei „politische" Admiräle finden. Nun muß man allerdings voraussetzen, daß das Programm der in Reval zu verhandelnden Fragen in London durch eine Sitzung des Kabinetts genau festgesetzt worden ist, da Sir Edward Grey und der Primeminister Asquith die volle Verantwortung für alles zu tragen haben, was sich als Resultat der Revaler Tage ergibt. Wir ziehen daraus den Schluß, daß keinerlei Abenteuer beabsichtigt sind, und die Friedensreden beider Herrscher dürfen wohl als eine Bestätigung dieser Auffassung betrachtet werden. Merkwürdig geändert aber hat sich die Gesamtlage trotz allem. Das Novum eines russisch-englischen Zusammengehens in der orientalischen Frage, speziell in bezug auf Mazedonien, ist insofern nicht ganz unbedenklich, als beide Mächte, wenngleich wahrscheinlich aus sehr verschiedenen Motiven, ihre Ohren und Augen dem Treiben der Banden verschließen, die aus Serbien, Bulgarien, Griechenland ausgehend die Wirkung aller Maßregeln aufheben, die zur Beruhigung der unglücklichen mazedonischen Provinz getroffen worden sind. Der „Temps", der sich ja nie einen Anlaß entgehen läßt, um ein neues Moment der Beunruhigung in die politische Weltlage einzuschwärzen, macht nebenher in seinem jüngsten Leitartikel Rußland auf die Gefahren aufmerksam, die ihm von der

deutschen Flotte drohen. Die gesamte nationale Verteidigung Rußlands sei gefährdet, da die in den Militärbezirken von Wilna, Warschau, Kiew konzentrierte Heeresmacht von den Küsten des Baltischen Meeres aus überflügelt werden könnte. Es werde unmöglich sein, eine Landung deutscher Truppen zu verhindern. Selbst wenn die Duma die vier vom Marineministerium geforderten Panzerschiffe bewilligt hätte, wäre es unmöglich gewesen, denn für dieses Geschwader gebe es keine geeignete Operationsbasis. Libau sei der Grenze zu nahe und könne isoliert und umgangen werden. Hangö und die Alandsinseln wären besser zu gebrauchen, wenn die Verträge mit Schweden gestatteten, sie zu befestigen. So bleibe die Stellung Rußlands in der Ostsee unter allen Umständen schlecht. Dann heißt es zum Schluß wörtlich:

„Diese Lage ließe sich wandeln, wenn eine dritte Macht, die über eine bedeutende und starke Flotte verfügt, zum Besten Rußlands und an seinen Küsten intervenieren könnte. Wenn man die russischen Zeitungen liest, muß man glauben, daß dieser Gedanke erwogen wird (que cette idée soit dans l'air), das ist einer der Gründe, welche die Revaler Zusammenkunft so interessant gemacht haben. Aber — schließt etwas melancholisch der Artikel — vielleicht war dieses Interesse in Wirklichkeit nicht gerechtfertigt. In jedem Falle war darauf aufmerksam zu machen."

Wir hoffen, hier einen letzten Ausläufer der Preßkampagne zu finden, die, von englischer, französischer und russischer Seite ausgehend, gleichzeitig bemüht war, die Revaler Zusammenkunft zu einer gegen uns gerichteten Verschwörung zu stempeln, deren Ziel gleichsam die politische Entmündigung Deutschlands sein sollte. Am schlimmsten hat es dabei die russische Presse — und zwar die aller Parteien — getrieben, in England war es das bekannte Konsortium, in Frankreich vornehmlich der „Temps", den man ja auch als zum Lager von Herrn Marse und seiner Gönner gehörend rechnen muß. Ein drastisches Beispiel für das Zusammenarbeiten der deutschfeindlichen englischen und russischen Presse ist uns noch ganz kürzlich entgegengetreten. Im vorigen Jahre erschien in London ein Roman von Josef Conrad: The secret agent, dessen Inhalt sich kurz dahin zusammenfassen läßt, daß die deutsche Botschaft in London einen Agenten unterhält, dessen Aufgabe es ist, die in London lebenden Terroristen zu beaufsichtigen. Diese letzteren werden als recht harmlose Menschen geschildert, die zwar wilde Reden halten, aber noch

nie jemandem ein Leid getan haben. Der Agent stattet von Zeit zu Zeit der Botschaft Bericht über das Treiben der Leute ab und bezieht dafür ein schönes Gehalt, das ihm erlaubt, sein Leben in fauler Gemächlichkeit zu verbringen. So gingen Jahre und Tage hin, bis ein neuer Botschafter nach London kommt, dessen Ehrgeiz dahin geht, daß England den Terroristen das Asylrecht nimmt. Er braucht deshalb ein wirkliches terroristisches Attentat und erklärt dem geheimen Agenten klipp und klar, daß, wenn nun nicht bald seine Terroristen von den Worten zur Tat übergehen, er nicht einen Pfennig mehr von der Botschaft erhalten werde. Ja, der Botschafter geht so weit, ihm ganz direkt eine Aufgabe zu stellen: er solle dafür sorgen, daß der Meridian von Greenwich in die Luft gesprengt werde. Der Agent, der seine Terroristen für das gefährliche Unternehmen nicht gewinnen kann, entschließt sich nun, es selbst mit der Sprengung des Meridians zu versuchen, und kommt dabei mit all seinen Angehörigen — ohne weiteres Unheil anzurichten — jämmerlich um. Der Roman geht noch weiter, aber man verliert die Geduld, ihn zu Ende zu lesen. Das Wesentliche dabei ist der liebevoll ausgemalte Machiavellismus und Zynismus des gesamten deutschen Botschaftspersonals.

Dieses dankbaren Stoffes hat sich nun die angesehenste der russischen Monatsschriften, der „Westnik Jewropy", bemächtigt, um ihn in russischer Übersetzung allmonatlich seinen Lesern vorzuführen. Es ist so ziemlich das Bild, in dem der russischen Gesellschaft der Fürst Bismarck, der Typus des skrupellosen deutschen Diplomaten zu erscheinen pflegt, denn dazu ist die öffentliche Meinung allmählich erzogen worden.

Übrigens dürfte die Doktrin von den harmlosen Bombisten heute in England bereits veraltet sein. Seit den Bombenattentaten in Indien beginnt man sehr entrüstet über Anarchisten und Terroristen zu urteilen, und eine Reihe von Gesetzen über Vertrieb von Sprengstoffen und über Zügelung der revolutionären Presse ist bestimmt, dem verbrecherischen Unwesen ein Ende zu bereiten. Man ist dabei zur Erkenntnis gelangt, „daß die geltenden Gesetze nicht ausreichen, um das neue Verbrechen zu bekämpfen", daß „eine Presse, welche die Menschen zum Mord, zu bewaffneter Revolte und zu heimlichen diabolischen Anschlägen" aufreize, keine Freiheit genießen dürfe, daß endlich — wie der Vizekönig Lord Minto sagte — Indien nicht reif sei für volle Preßfreiheit,

und daß es eine Sünde am Volke wäre, wenn man ihm als geistige Nahrung das literarische Gift skrupelloser Skribenten darbiete!

Dieser Stimmungswechsel ist charakteristisch genug, wenn man an die Worte Campell Bannermans nach Auflösung der ersten, in ihrer Majorität offen revolutionären Duma denkt und sich der ungeheuren Entrüstung erinnert, welche die Ausnahmemaßregeln der russischen Regierung während der Tage der Revolution in England hervorriefen! Aber damals war die politische Lage eine andere, und nach ihr hat sich auch das Urteil gemodelt.

Die letzten Sitzungen der russischen Duma sind von großem Interesse gewesen. Sie haben dahin geführt, daß Gutschkow, das Haupt der Oktobristen, jetzt tatsächlich als der eigentliche Leiter der Duma betrachtet werden muß. Er dankt es vornehmlich einer Rede, die er während der Verhandlungen über das Budget des Kriegsministeriums hielt. Er sprach sachlich, furchtlos, mit eindringender Beherrschung des Stoffes und in heißer patriotischer Leidenschaft. Es erregte ungeheures Aufsehen, als er auch, mit Namensnennung, die Tätigkeit der in hohen Stellungen in der Armee stehenden Großfürsten angriff, wobei fast das ganze Haus ihm stürmisch Beifall rief. Nur ein Teil der äußersten Rechten hat nachträglich gegen das Hineinziehen der Mitglieder des Kaiserhauses in die Debatte protestiert — gegen die sachliche Kritik Gutschkows hatten auch sie nichts einzuwenden. In Petersburg wird die Frage viel ventiliert, ob Gutschkow, bevor er seinen Angriff gegen die Großfürsten richtete, sich mit dem Ministerpräsidenten in Beziehung gesetzt habe. Man scheint sie bejahen zu wollen, aber wir halten das nicht für wahrscheinlich. Gutschkow ist zu selbständig und wohl auch zu stolz, um eine Verantwortung, die er selbst tragen kann, auf den Minister abzuwälzen, der ohnehin genug zu verantworten hat und der nach wie vor als die eine unentbehrliche politische Persönlichkeit in seiner Stellung erhalten werden muß. Sehr merkwürdig ist nun, daß Stolypin erklärt hat, daß für ihn die Annahme der für den Bau der Amurbahn festgesetzten Summen eine Kabinettsfrage sei. Es scheint hierin die Anerkennung des parlamentarischen Prinzips zu liegen, daß der Minister sich einer Majoritätsentscheidung der Kammer zu beugen hat und, wenn er das mit seinen Überzeugungen nicht vereinigen kann, sein Portefeuille niederlegen muß. Freilich bliebe noch die andere Möglichkeit für ihn, an die Entscheidung von Neuwahlen zu appellieren — wir wollen hoffen,

daß keins von beiden geschieht. Der Minister ist in der Tat unentbehrlich und die Duma arbeitsfähig und arbeitslustig. Die Wahrscheinlichkeit ist nur sehr gering, daß sich eine bessere finden läßt.

Was sonst aus Rußland zu uns herüberklingt, ist wenig erfreulich. Morde und Attentate wiederholen sich immer aufs neue. Sehr auffallend ist die Klage, daß ein erschreckend hoher Prozentsatz von Offizieren sich verabschieden läßt. Namentlich die jüngeren Elemente entziehen sich so der militärischen Laufbahn, während die älteren in Hoffnung auf die angekündigte Pensionserhöhung noch ausharren. „Unser Offiziersbestand — schreibt der „Golos Moskwy" — schmilzt zusammen, und verstärkter Zuzug aus den Militärschulen kann die Lücken nicht ergänzen. Der Mangel an Offizieren in der Armee ist eine so beunruhigende Erscheinung, daß man zu außerordentlichen Maßregeln wird greifen müssen, um massenhaftes Ausscheiden zu verhindern. Man muß diese „Flucht" sofort zum Stehen bringen, sonst wird die Unbrauchbarkeit der Armee sich auch in den unteren Schichten des Heeres zeigen. . . . Der Bestand an Offizieren — ist das Herz der Armee. Schon schlägt es langsamer, als heilsam ist. Es bedeutet ein ungeheures Unglück für das Vaterland, wenn dieses wichtigste Lebensorgan der Armee ersterben sollte. Von Petersburg aus erkennt man das vielleicht nicht so deutlich. Vielleicht werden auch deshalb die Gegenmaßregeln langsamer ergriffen, als erforderlich wäre. Jetzt dauert die Flucht der Offiziere schon 4 Jahre. Erfüllt die Regierung alles, „wonach die Armee dürstet", so werden die Streiter in die Reihen zurückkehren und hundertfältig einem dankbaren und fürsorgenden Vaterlande wiedergeben, was sie ihm schuldig sind."

Ähnlich pessimistisch, mit ähnlich hoffnungsfrohen Wünschen für die Zukunft, lauten die Berichte über Schule und Universität, über Verwaltung und Landwirtschaft. Aber man darf nicht vergessen, daß all diese Schäden auch früher bestanden und daß sie so grotesk erscheinen, weil sie erst jetzt vor die breite Öffentlichkeit gezogen werden.

Der Schluß freilich, der sich aus alledem ergibt, ist, daß nichts unwahrscheinlicher sein dürfte, als daß das heutige Rußland sich politische Aufgaben stellen sollte, die nicht anders als mit der vollen Kraft eines geordneten Staatswesens durchzuführen sind. Wir können den deutschfeindlichen Lärm, der jetzt in Rußland erhoben wird, deshalb nur achselzuckend bemitleiden.

Ein ähnlich lächerliches Bild bietet das Verhalten gewisser französischer Blätter in der marokkanischen Angelegenheit. In den letzten 14 Tagen operierten sie, als ob jeder Schritt Weges, um den Mulay Hafid sich erst Mekinez und dann Fez näherte, einen Vorteil für Abdul Asis bedeutete. Dann wurde die fröhliche Stimmung geschildert, die in Tanger herrsche, der bevorstehende Abfall aller Anhänger des Prätendenten angekündigt und von Zeit zu Zeit berichtet, daß die Schauja nunmehr von dem General d'Amade völlig beruhigt sei und die Polizeiorganisation in erfreulichster Weise ihren Fortgang nehme.

Und was ist in Wahrheit geschehen? Abdul Asis mit dem kleinen Häuflein seiner Nächsten — man kann nicht einmal sagen seiner Getreuen — ist fast ein Gefangener in Tanger. Kein Zweifel, daß Leben und Freiheit für ihn von den französischen Bajonetten abhängen, die ihn schützen. Sein Gegner ist in Fez eingezogen und das gesamte marokkanische Volk steht zu ihm. Die letzte Mahalla von Abdul Asis ist zu ihm übergegangen, er selbst in Alkassar feierlich zum Sultan gekrönt worden. Was wird jetzt Frankreich tun? Unter allen Umständen wird es die eine Hälfte seiner Politik, nämlich die seiner Taten verleugnen müssen und sich zur anderen zu bekennen haben, nämlich zur Politik der glatten und korrekten Erklärungen. Die falschen Propheten aber werden auf die Vergeßlichkeit ihrer Leser spekulieren.

In der auswärtigen Politik Frankreichs bereitet sich ein Konflikt mit China an der tonkinesischen Grenze vor. Auch hier tritt der „Temps" sehr tapfer auf. Natürlich im Namen Frankreichs, wie er es zu tun gewohnt ist. Aber wir sind in letzter Zeit doch zweifelhaft geworden, ob Herr Tardieu wirklich Frankreich regiert.

18. Juni 1908. Persien fügt sich den Forderungen des russischen Ultimatums.
Taft wird in Chicago zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten nominiert.
19. Juni. Vertrauensvotum der französischen Kammer für die Marokkopolitik des Ministeriums.
Besuch der englischen Kanalflotte in Christiania.
23. Juni. Straßenkämpfe in Teheran.
24. Juni. Der amerikanische Geschäftsträger verläßt Venezuela.

24. Juni 1908.

Die Debatte, die am 19. Juni in der französischen Kammer über die Marokkopolitik der Regierung stattfand, hat — wir haben nicht gezählt zum wievielsten Male — ihren Abschluß mit einem Vertrauensvotum für die Regierung gefunden. 323 Stimmen sprachen sich für sie aus, 117 gegen sie. Aber diese Majorität schmilzt auf nur 90 Stimmen zusammen, wenn man in Betracht zieht, daß 116 Abgeordnete sich der Abstimmung enthielten. Endlich waren 32 Abgeordnete beurlaubt. Der Triumph war demnach nicht so groß, wie die ersten unvollständigen Nachrichten wahrscheinlich machten, und der stenographische Text der Verhandlungen verstärkt diesen Eindruck noch. Ohne auf den ganzen Verlauf der Diskussion einzugehen, der, abgesehen von dem Text der Instruktionen für die Generale d'Amade und Lyautey, nur Dinge brachte, die zum Überdruß wiederholt worden sind, scheint es uns doch nützlich, nicht an einigen der in der Diskussion gefallenen Bemerkungen vorüberzugehen. Da war zunächst die Behauptung von Herrn Paul Deschanel, daß Abdul Asis der legitime Sultan sei. Wenn Herr Deschanel Karl X. wäre, würde uns der Satz ganz selbstverständlich erscheinen, aber im Munde eines französischen Republikaners ist er ganz ungeheuerlich. Denn was ist denn heute in Frankreich legitim, wenn nicht ein durch den Willen des Volkes geschaffenes Regiment, das die alten Ordnungen und den Herrscher, der ihm nicht mehr gefällt, beiseite schiebt, um denjenigen an die Stelle zu setzen, der ihm mehr Vertrauen einflößt? Abdul Asis ist in den Augen der Marokkaner schuldiger, als es Ludwig XVI. in den Augen der convention nationale war.

Wo noch jemand zu ihm hält, geschieht es aus Furcht vor den Franzosen, die nun einmal als der Landesfeind betrachtet werden, und deren wohltätige und heilsame Politik auf diesem Boden offenbar nicht verstanden wird, trotz aller Lobsprüche, welche in der Kammer den „hommes incomparables" gespendet worden, deren militärische und allgemein menschliche Tugenden nicht nur die Truppen der Marokkaner, sondern auch ihre Herzen bezwungen haben. Der Admiral Philibert wenigstens scheint dieser Überzeugung zu sein. Er hat in Casablanca die Landungstruppen Revue passieren lassen und danach seiner Marine den Text eines Briefes an den General d'Amade durch Zirkularschreiben zugehen lassen, in welchem diesem Gedanken recht drastisch Ausdruck gegeben wird.

Mein lieber General — schreibt er — ich bin Ihnen auf das tiefste dankbar für die Ehre, die Sie der Marine erwiesen haben, und sage Ihnen von ganzem Herzen dafür Dank.

Wir haben Ihre schönen Truppen bewundern dürfen, ihre vollkommene Haltung, den Elan ihres Marsches, der fortan ebenso berühmt sein wird wie der der ältesten Truppen Napoleons. Sie können mit Recht auf sie und auf ihre Taten stolz sein.

Durch die Kühnheit Ihrer Unternehmungen, die Schnelligkeit, mit der Sie Ihre Schläge führten, und den Mut Ihrer Soldaten haben Sie dieses Land befreit und ihm den Frieden gesichert. Wir brauchen es nur noch gegen Fanatiker zu schützen.

Ihre Rückkehr nach Casablanca durch das Gebiet der Stämme war ein Triumphzug inmitten einer Bevölkerung, die Sie als ihren Wohltäter empfing. Sie haben den Marokkanern gezeigt, daß, wenn Frankreich mächtig im Kampfe ist, es milde zu sein versteht, wenn es gesiegt hat, daß es die Besiegten verschont und beschützt.

Mein General, Sie, Ihre Offiziere und Ihre Truppen haben sich um das Vaterland wohlverdient gemacht, und durch meinen Mund ruft Ihnen die gesamte Marine Beifall zu, sie drückt ihre volle Bewunderung und ihre Liebe für die Kriegskameraden aus.

Gezeichnet: Philibert.

Gegengezeichnet: Vianol, Chef des Generalstabes.

Nun zeugt dieses Schriftstück allerdings von großer Beredsamkeit und leicht entzündetem Enthusiasmus, Eigenschaften, die man in Frankreich ja zu schätzen weiß, und die heute mehr als alles übrige über die politische Laufbahn des Individuums entscheiden. Außerhalb Frank-

reichs, wo das Bedürfnis nach Hyperbeln weniger groß ist, findet man freilich, daß den alten Soldaten des großen Napoleon doch unrecht geschieht. Sie haben andere Schlachten geschlagen und andere Märsche zurückgelegt, jene Veteranen, deren Erinnerungen von Lodi nach Borodino und von Leipzig nach Waterloo reichten. Und bei allem Respekt vor den großen Feldherrngaben d'Amades und Lyauteys meinen wir doch, daß es ihnen bisher an einem Gegner gefehlt hat, an dem sich ihre überlegene Genialität bewähren konnte. Die Engländer pflegen von solchen „kleinen Kriegen" nicht viel Aufhebens zu machen, selbst wenn sie wie die Tibetexpedition Younghusbands 1904 über die höchsten Gebirgspässe führt, die je von Europäern überschritten worden sind. Daß aber die Marokkaner der Schauja die Truppen d'Amades fröhlichen Herzens abziehen ließen, ist wahrlich nicht zu verwundern. Die wackeren Leute hoffen, sie niemals wiederzusehen, aber gewiß hoffen sie ebenso lebhaft, auch mit dem „legitimen" Sultan nicht mehr in Berührung zu kommen, denn der elementaren Bewegung zugunsten Mulay Hafids vermag sich kein Marokkaner mehr zu entziehen. Die Korrespondenten der französischen Zeitungen, die weniger mit den Pariser Stimmungen und mit dem Druck zu rechnen haben, den die Regierung auf ihre Majorität ausübt, lassen keinen Zweifel über die wirkliche Lage. So schreibt — um ein Beispiel von vielen aufzuführen — der Korrespondent des „Messidor" aus Tanger vom 16. Juni: „Nach dem Rückzuge Bu-Chta-Bagdadis auf Rabat, der weit größere Verluste brachte (plus désastreuse) als die offiziellen Depeschen zugeben, hat sich nunmehr die Mahallah von El-Ksar kampflos Mulay Hafid ergeben. Es waren 1500 Mann, die vor mehr als einem Monat unter dem Oberbefehl von Abd-el-Malek aus Tanger aufgebrochen waren. Sie sollten sich mit der Mahallah von Bagdadi vereinigen und nach Fez marschieren. Nun fand die Nachricht von dem Rückzug Bagdadis in El-Ksar einen lauten Widerhall, und die Soldaten machten fortan kein Hehl daraus, daß ihre Sympathien Mulay Hafid gehörten.

„Am 12. Juni treffen 100 Reiter Mulay Hafids ein mit einer Botschaft an R'Miki, den Gouverneur von El-Ksar. Es war der Befehl, Abdul Asis zu verlassen, Mulay Hafid zu proklamieren und sich Abd-el-Maleks zu entledigen. Der Gouverneur versammelte die Kaids der Mahallah, und diese gingen sofort zum Zelt Abd-el-Maleks und verlangten von ihm die Proklamierung Mulay Hafids. Auf seine Weigerung schlug

einer der Kaids, Ahmed-ben-Said, mit dem Säbel nach ihm und, obgleich nur leicht verwundet, ergab sich Abd-el-Malek und brach sofort nach Fez auf. (Das ist nur halb richtig. Er wurde gefesselt und traf so in Fez ein, von wo er nach Marrakesch transportiert wurde.)

„So ist also Abdul Asis ohne Soldaten, ohne Geld und von seinen Anhängern völlig verlassen. Erst war es sein Bruder, Mulay-el-Kebir, der Rabat verließ, um sich Mulay Hafid anzuschließen, Bu-Chta-Bagdadi läßt die Hälfte seiner Mahallah zurück und geht nach Fez, um sich trotz aller Versicherungen, die er Abdul Asis gab, mit der Hafidischen Partei zu verbinden. Dann folgte Tazi, der Großkämmerer, unter dem Vorwande, daß er Marrakesch zurückerobern wolle, und im Augenblick, da Abdul Asis in der allerschlimmsten Lage ist, fühlt der Kaid Mac Lean das Bedürfnis, die Seinigen in Tanger zu umarmen, wo wir seit 4 Tagen von seinem glänzenden Baschibozukkostüm geblendet wurden."

Das klingt doch sehr wenig günstig für den „legitimen" Sultan, aber Herr Pichon scheint zu hoffen, daß der Rogi Mulay Hafid ernste Verlegenheiten bereiten wird, und im übrigen ist er mit der bisherigen Entwicklung der Dinge offenbar sehr zufrieden. Wir haben, sagte er, die Dankbarkeit der fremden Regierungen verdient! Er argumentiert dabei mit dem Satz, daß die Niederlage, die Ohnmacht, die Gleichgültigkeit oder die Abwesenheit Frankreichs den Sieg des mohammedanischen Fanatismus über die Europäer bedeutet, oder den Vorwand zu einer fremden Intervention gegeben hätte. Auch ein vorzeitiger Rückzug wäre verderblich gewesen, „denn wir dürfen Marokko nur so verlassen, daß Ordnung und Sicherheit dort herrschen".

Nun fürchten wir, daß trotz der gegenteiligen Versicherungen des Ministers dieser Schlußsatz zum Anlaß genommen werden könnte, Marokko überhaupt nicht zu räumen, oder aber es unter naheliegenden Vorwänden zu okkupieren. Aber abgesehen auch davon, können wir uns der ganzen Argumentation des Ministers nicht anschließen. Von einer Richtung des islamischen Fanatismus gegen alle Europäer kann in Marokko keine Rede sein. Die Erbitterung richtet sich gegen Frankreich und nur gegen Frankreich, weil die so laut angekündigten letzten Ziele der Delcasséschen Politik die Marokkaner nicht mit Unrecht fürchten ließen, daß ihnen das Schicksal von Algier oder bestenfalls das von Tunis vorbereitet werde. Dann kamen die unnötigen Gewaltsamkeiten in Casablanca und schließlich die Vorstellung, daß Abdul Asis sein Reich und

seinen Glauben an Frankreich verraten habe. Seit der Kampf zwischen Mulay Hafid und Abdul Asis ausbrach, ist Frankreich keinen Augenblick neutral gewesen, und wenn es heute behauptet, es zu sein, so widersprechen dem die Tatsachen. Wir sehen nicht ein, wodurch Frankreich den Dank Europas verdient hätte, wenn wir auch zugeben, daß es eine noch gewaltsamere Politik hätte treiben können. Aber damit hat es doch vor allem sich selber große Ungelegenheiten erspart. Kurz, wir finden nicht, daß die Debatte am 19. die Lage geklärt und ein günstigeres Vorurteil für die Marokkopolitik Frankreichs gerechtfertigt hätte. Nicht Europa und nicht die Konferenz von Algeciras hat Frankreich vor die Aufgabe gestellt, die inneren Verhältnisse Marokkos zu „ordnen". Es steht kein Wort davon in den 7 Kapiteln der Akte, sondern es handelt sich um die Organisation einer marokkanischen Polizei in den 8 Hafenstädten, um Verhinderung des Waffenschmuggels, um die Organisation der Marokkanischen Bank, endlich um die bekannten Vereinbarungen über Abgabenwesen, Kontrebande und öffentliche Arbeiten. Das alles war zu erreichen, wenn nur diese Aufgaben ohne alle weiteren Absichten verfolgt wurden. Das Gegenteil aber war der Fall, und das Ziel, den französischen Einfluß zur Begründung einer wirtschaftlichen Abhängigkeit Marokkos zu benutzen, aus der früher oder später einmal die politische sich von selbst ergeben sollte. Wir glauben nicht, daß Männer wie Herr Etienne das bestreiten werden. Herr Pichon kann nicht anders als das Gegenteil behaupten. C'est son métier. Aber die Ereignisse pflegen ihm unrecht zu geben.

Die Frage der Bedeutung, die den Revaler Tagen beigemessen ist, wird nach wie vor ventiliert, und die ausländische Presse gefällt sich darin, die öffentliche Meinung Deutschlands als nervös oder als von Verfolgungswahn beherrscht darzustellen, weil wir die Kombinationen nicht übersehen haben, die von den Chauvinisten in England, Frankreich und Rußland an den ersehnten neuen antideutschen Dreibund geknüpft wurden. Hat doch noch kürzlich die „Ruß" das Ziel der Revaler Tage dahin präzisiert, daß es sich darum handele, „den Deutschen die Möglichkeit einer aggressiven Politik dadurch zu nehmen, daß man sie mit völlig friedlichen und wohlgemeinten Mitteln einschränkt". In England endlich ist jetzt ein Buch von Percival A. Hislam: „The Admirality of the Atlantic" erschienen, das dafür plädiert, auch die Kanalflotte in der Nordsee zu konzentrieren, und überall den Gedanken durch-

klingen läßt, daß die deutsche Flotte vernichtet werden müsse, bevor sie für England zu stark wird. Denn auf Frankreichs Flotte sei nicht zu rechnen; sie sei durch zu weite Durchführung der Prinzipien: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in einen Zustand so kläglicher Untüchtigkeit (deplorable inefficiency) geraten, daß sie trotz ihres formidablen Aussehens auf dem Papier nicht mehr zu den erstklassigen Seemächten gerechnet werden könne. Wir haben, sagt Hislam an anderer Stelle, unsere Mittelmeerflotte auf ihre halbe Stärke reduziert, weil wir eine Entente mit dem dekadenten und sozialistisch verseuchten Frankreich haben (because we enjoy an entente cordiale with a decadent and socialist-sodden France"). Diese Motive für den Abschluß der Entente zeigen, wie wir schon vor 2 Jahren ausführten, daß die englischen Politiker das heutige Frankreich zu jenen smaller nations zählen, die sie von jeher um sich zu scharen bemüht sind. Aber von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist die Freundschaft Englands nicht eben ein Kompliment.

Um so anmaßender erscheinen uns die guten Ratschläge, die der „Temps" uns in seiner Nummer vom 22. Juni in Anlaß eines Leitartikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erteilt. Der „Temps" gibt den Inhalt folgendermaßen wieder: Die „N. A. Z." beklagt sich bitter über die bösen Gedanken, wenn nicht gar über die bösen Absichten, die man gegen Deutschland hege. Sie spricht von Augenblicken der Erwartung, von böswilligen Erfindungen und von der Pflicht der deutschen Politik, wachsam zu sein. Endlich hat man gestern in der Reichskanzlei unserem Korrespondenten gesagt: „Die Unruhe wird schwer zu stillen sein, solange diese Politik der Verständigungen fortdauert, von denen Deutschland ausgeschlossen ist, und so lange man davon spricht, den Frieden zu schützen, als ob Deutschland ihn bedrohe. Die Lage wird ungewiß bleiben, solange Vereinbarungen um eine Großmacht geknüpft werden und diese an ihnen nicht teilhat. Deutschland hofft, daß sich in Konstantinopel nicht wiederholen wird, was in Algeciras geschehen ist".

„Wie", fragt der „Temps", „darf man denn nicht sagen, daß man den Frieden erhalten will, ohne daß darunter verstanden wird, daß Deutschland ihn bedrohe? Hat man kein Recht, Vereinbarungen abzuschließen, an denen Deutschland nicht teilnimmt? Oder darf man nicht „um Deutschland herum", das heißt von Deutschland unkontrolliert, verhandeln? Welche erstaunliche Auffassung von dem europäischen

Völkerrecht! Und die Deutschen, die diese Sprache führen, klagen, daß man sie „einkreist". Aber werden nicht bei ihnen ebenso wie bei uns Leute, die derartige Ansprüche erheben, einfach eingesperrt? Die Irrenärzte sehen darin Symptome eines Verfolgungswahns, der für dritte Personen gefährlich werden kann" usw. Und zum Schluß der Rat, Deutschland, das heute zugebe, daß die Politik, die nach Algeciras führte, falsch gewesen sei, möge sich hüten, in Mazedonien in ähnliche Irrtümer zu verfallen. Das sei die aufrichtige und freundschaftliche Bemerkung des „Temps"!

Nun verstehen wir allerdings nicht, was sich der Gewährsmann des „Temps" unter der Gleichung Konstantinopel—Algeciras gedacht hat; die Ausführungen des „Temps" aber sind nichts anderes als equilibristische Kunststücke journalistischer Heuchelei. Es war keineswegs Nervosität, was in der deutschen Presse und in der öffentlichen Meinung bei uns zutage trat, sondern die ehrliche Entrüstung über das Treiben jener literarischen Verschwörergruppe, zu deren Anhang wir auch gewisse Mitarbeiter des „Temps" zählen. Wann und wo aber hat Deutschland zugegeben, daß die Politik, die Frankreich nötigte nach Algeciras zu gehen, falsch gewesen sei?

Was aber die mazedonische Frage betrifft, so haben wir nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir die Schuld an den dort herrschenden Zuständen nicht den Türken, sondern dem Treiben der rivalisierenden bulgarischen, serbischen und griechischen Banden zuweisen, und wir zweifeln nicht daran, daß auch einmal die Beweise an den Tag treten werden, daß unehrliche Intrigen von anderer Seite hier mitspielten. Heute kompliziert sich die mazedonische Frage durch das Wiederauftreten einer panslavistischen Partei in Rußland, die an Einfluß gewinnt und von der sich noch nicht absehen läßt, wie weit ihre Tendenzen die Politik der russischen Regierung beeinflussen werden. Die Rolle, die sie schon einmal vor und während des letzten russisch-türkischen Krieges gespielt hat, prognostiziert nichts Gutes. Damals schrieb einer der besten Männer Rußlands, der greise Fürst Peter Andrejewitsch Wjäsemski (er starb 1878 über 86 Jahre alt) einem Freunde über die Gefahren dieser Bewegung folgendermaßen:

„Alles, was in der orientalischen Frage geschehen ist, ist absoluter herzbrechender Nonsens. Die Regierung ist nicht zu sehen und nicht zu hören. An ihrer Stelle füllen X, Y u. Co. die Bühne. Sie ver-

fügen über das Schicksal Rußlands und Europas. Steht die Regierung auf ihrer Seite, so tun sie zu wenig, steht sie gegen sie, so tun sie unendlich zu viel. In all dem ist weder politische Würde, noch politische Anständigkeit, noch gesunder Menschenverstand. Alle Schleusen sind geöffnet worden, und der Strom stürzt nach allen Seiten vor und reißt nur zu vieles mit sich fort. Die Regierung sollte sich nicht durch sentimentale Exaltationen bestimmen lassen, sondern an ihren Grundsätzen festhalten. Ohne Grundsätze spielt die Regierung blinde Kuh, und ich glaube nicht an die Tiefe und Aufrichtigkeit der gegenwärtigen nationalen Bewegung. Das Volk kann keinen Krieg wünschen, aber es kann aus Gedankenlosigkeit in ihn gestürzt werden. Ein Krieg wäre jetzt nicht nur ein Übel, sondern der Ruin. Wir können durch ihn zu einem nationalen Bankerott gelangen .... Die Regierung aber duldet die politische Anarchie und wird teuer genug dafür zahlen müssen .... Mit den Serben ist es auch eine schöne Sache. Rußland hat das Joch der Tataren und später das Joch Napoleons abgeschüttelt, ohne zu jammern und ohne die Nachbarn um Hilfe zu bitten. Müssen wir wirklich Gut und Blut und vielleicht unsere Zukunft opfern, damit es den Serben wohlgehe? Serbien — für die Serben — und Rußland für die Russen! Es ist in der Tat unser Hauptirrtum und eine Tollheit, daß wir uns mehr für Slaven als für Russen halten. Russisches Blut ist für uns eine Erwägung zweiten Ranges, Panslavismus die Hauptsache. Die Religion hat damit gar nichts zu schaffen. Die Franzosen sind auch Glaubensgenossen der Polen. Was aber würden wir sagen, wenn Frankreich für Polen Partei ergriffe? Ein Religionskrieg ist schlimmer als jeder andere, er ist eine Anomalie und ein Anachronismus in unseren Tagen. Die Türken sind nicht zu verdammen, weil Gott sie als Mohammedaner geschaffen hat, und doch verlangt man von ihnen christliche und evangelische Tugenden. Das ist absurd. Vertreibt sie aus Europa, wenn ihr es könnt, oder taust sie, wenn ihr wißt, wie das geschehen soll; wenn nicht, so laßt sie und die orientalische Frage in Ruhe. Die orientalische Frage ist leicht anzuregen, und wir tun das gern, aber wir verstehen es nicht, mit ihr fertig zu werden. Als Napoleon die italienische Frage angriff, hat er 200 000 Mann ausgehoben und schlug zugleich Österreich. Wir aber ärgern und quälen höchst gewissenlos die Türkei durch die Herren X und Y. durch Sendung von Medikamenten, von Trommeln, Champagner und allerlei Zufuhr

und tanzen dabei einen Kriegstanz. Das alles verletzt die Würde Rußlands. . . . Auch die Gesellschaft zur Pflege der Verwundeten ist zu tadeln. Sie haben eine christliche und evangelische Tat zur Kriegsmaschine gemacht. Das Kreuz des Erlösers ist zur Flinte geworden, und sie schießen vom Kreuz her. Das ist unrecht, grundsatzlos und einfach unanständig. Und weshalb schlagen sie Alarm und machen sie all den Spektakel? Weshalb haben sie der Presse den Maulkorb abgenommen und all diese Banden von Abenteurern losgelassen? Aus welchem Grunde soll ganz Europa, wenn wir nicht wachsam sind, in Flammen gesetzt und ein allgemeiner Krieg herbeigeführt werden? Kann man wirklich glauben, daß Rußland durch die Hilfe dieser rebellischen slavischen Stämme gestärkt wird? Gewiß nicht; im Gegenteil. Wir werden nur den bösen Willen und die Undankbarkeit unseres Nachbarn, dem wir aus der Not geholfen haben, verewigen und kräftigen. Nur der Dichter kann sagen, daß es großartig und schön ist, Undank hervorzurufen, die praktische Politik urteilt ganz anders. Für uns ist es vorteilhafter, eine schwache und verfallende Türkei zum Nachbarn zu haben, als einen jungen, mächtigen demokratischen Slavenstaat, der uns fürchten, aber niemals lieben wird. Und wann sind Slaven uns denn je von Nutzen gewesen? Rußland war für sie eine milchende Kuh, und nichts mehr. Alle ihre Sympathien gehen nach Westen. Und doch lassen wir uns von ihnen bis aufs Blut aussaugen. . . Verwahre meinen Brief. Ich möchte, daß die Nachwelt erfährt, daß es noch einige nüchterne Stimmen in dem trunkenen Rußland gab."

Der Brief ist Ende 76 oder Anfang 77 geschrieben. Die Herren K., P. u. Co. sind Tschernajew, Katkow, Ignatjew; Fürst Wjäsemski aber war ein Prediger in der Wüste. Recht hat er ohne Zweifel gehabt, denn mit dem Türkenkrieg von 1877 beginnt der erste Akt des Dramas, das im japanischen Kriege und in der russischen Revolution ausklang. Die Sturmvögel, die damals erst Befreiung der slavischen Brüder, dann den Haß gegen alles Nichtslavische in und außerhalb Rußlands predigten, erheben aber heute wieder ihre Stimme zu gleichem Werk, nur daß die Front gegen uns gerichtet ist und die Hilfe von der Seite gesucht wird, die damals in Todfeindschaft den Russen gegenüberstand und das Werk von San Stephano zu Fall brachte.

Übrigens haben wir schon darauf hingewiesen, daß wir an die Zukunft dieses Neoslavismus nicht glauben. Rußland hat zu ernste

Aufgaben vor sich, als daß es sich den Luxus erlauben könnte, die alten Utopien wiederaufzunehmen. Eben jetzt hat die Ermordung des Exarchen Nikon von Grusien in Tiflis gezeigt, wie unsicher diese wichtigste asiatische Grenzprovinz Rußlands ist. In 2—3 Tagen folgten in Tiflis 10 weitere Morde, 5 Verwundungen und die Beraubung einer Sparkasse um 24 000 Rubel. Die Summe der vom Beginn der Revolution bis heute im Kaukasus gefallenen Opfer vermag wohl niemand herzuzählen. Nichts ist dringender, als daß auf diesem Boden dem Gesetz wieder zu seiner Geltung verholfen wird. Aber bisher sehen wir, trotz mancher Anläufe, noch keine sicheren Erfolge der Regierung. In der Duma aber sitzt die Volksvertretung über einem Ministerium nach dem anderen zu Gericht. Jetzt ist das Ministerium der Volksaufklärung an der Reihe, und der Redner der Oktobristen Anrep hat unter allgemeinem Beifall in geradezu vernichtender Weise Kritik geübt an Schule, Universität, Ministerium, der gesamten Beamtenschaft, dem Lehrerstand und nicht zuletzt an Eltern und Schülern. Aber die Kritik ist der leichtere Teil der Aufgabe, das Aufbauen der eigentlich schwere. Und da sehen wir nicht, wie es besser werden soll, wenn nicht — wozu die Aussicht doch nur gering ist — der Geist der Gesellschaft, die Natur der jungen Generation und die Leistungsfähigkeit derer sich zum Besseren verändert, die berufen sind, entworfene Reformen mit Selbstverleugnung und Sachkenntnis durchzuführen. Seit die Universität Dorpat so freventlich ruiniert worden ist, gibt es keine Hochschule im wahren Sinne des Wortes mehr in Rußland. Was es gibt, sind Anstalten, die Diplome ausstellen, deren staatliche Bedeutung unanfechtbar ist, die aber nur wenig für die wissenschaftliche und sittliche Bildung der glücklichen Inhaber bedeuten; die wenig zahlreichen, wirklich hervorragenden Gelehrten, die sich trotz allem behauptet haben, stehen machtlos und ratlos diesen Zuständen gegenüber. Es ist dabei für russische Verhältnisse charakteristisch, daß, während an allen Universitäten eine Reihe von Lehrstühlen unbesetzt ist, weil es an geeigneten Persönlichkeiten fehlt, um die betreffenden Fächer in einigermaßen erträglicher Weise zu vertreten, im Augenblick eine Volksuniversität in Moskau und eine neue Universität in Saratow gegründet werden soll!

Eine Tatsache von außerordentlicher Bedeutung ist die Nominierung von Taft zum Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei. Seine Wahl ist damit gesichert. Er dankt sie zunächst seiner Tüchtigkeit

und seinem integren Charakter, vor allem dem Eintreten Roosevelts für ihn. Roosevelt hatte nur zuzugreifen, um den third term zu erhalten. Denn unzweifelhaft ist er noch heute die populärste Persönlichkeit in Amerika, trotz all der Feinde, die die rücksichtslose Energie seiner Herrennatur ihm zugezogen hat. Taft ist mit ihm durch alte Freundschaft und gleiche politische Ideale verbunden. Ein Systemwechsel kann daher nicht erwartet werden und das ist höchst erfreulich, denn wir sind überzeugt, daß die Politik, die Roosevelt verfolgt, nicht nur Amerika zum besten gereicht, sondern auch in den großen Weltangelegenheiten sich als ein gesundes Element geltend macht. Zunächst aber wird noch durch dreiviertel Jahre Roosevelt nach wie vor das Staatssteuer mit starker Hand weiter führen.

25. Juni 1908. Vollendung der Eisenbahn Lüderitzbucht-Keetmanshop.
27. Juni. Der Schah verhängt über ganz Persien den Kriegszustand.
Der russische Reichsrat bewilligt die von der Duma abgelehnten 4 Panzerschiffe.
28. Juni. Eröffnung der bulgarischen Sobranje.
1. Juli. Fürst Bülow trifft in Norderney ein.

1. Juli 1908.

Die letzt hier eingetroffene Nummer der „New York Times" (19. Juni) bringt den Text der republikanischen Platform, so wie er am 16. festgestellt und am 18. in etwas amendierter Form, von der Konvention angenommen wurde. Da uns hier das Programm geboten wird, auf welches hin Taft zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten designiert ward, ist es wichtig, die vornehmsten Gedanken kennen zu lernen, die hier zum Ausdruck kommen. Die sehr charakteristische Einleitung des denkwürdigen Aktenstückes geben wir in wörtlicher Übersetzung:

„Abermals unterwirft die zu einer Nationalkonvention versammelte republikanische Partei ihre Sache dem Urteil des Volkes. Unsere große historische Organisation hat die Sklaverei zerstört, die Union aufrechterhalten, den Kredit wiederhergestellt, das Nationalgebiet erweitert, ein gesundes Finanzsystem begründet, die Industrie und die Bodenschätze des Landes entwickelt und der Nation ihren ehrenvollen Platz im Rat der Welt gesichert. Jetzt tritt sie neuen Staatsproblemen mit eben dem Mut und der gleichen Fähigkeit entgegen, mit der die früheren Probleme gelöst wurden.

In dieser größten Ära amerikanischen Fortschritts hat die rupublikanische Partei den Gipfel ihrer Verdienste unter der Leitung Theodor Roosevelts erreicht. Sein Regiment macht in der amerikanischen Geschichte Epoche. In keiner anderen Periode seit die Nation ihre Souveränität unter Washington gewann oder unter Lincoln behauptete, ist ein gleich gewaltiger Fortschritt zu den Regierungsidealen gemacht worden, die Gerechtigkeit, Gleichheit, Redlichkeit im Verkehr (fair

dealing) zur Geltung bringen. Die höchsten Bestrebungen des amerikanischen Volkes haben einen Sprecher gefunden. Der Diener des Volkes, den es an seine Spitze stellte, vertritt nur die besten Gedanken und die würdigsten Vorsätze all seiner Landsleute. Amerikanische Mannhaftigkeit ist zu einer höheren Auffassung von Pflicht und Verpflichtungen erhoben worden. Gewissenhaftigkeit und Mut in öffentlicher Stellung und höchste Auffassung von Recht und Unrecht im Privatleben sind die Kardinalgrundsätze des politischen Glaubensbekenntnisses geworden, Kapital und Arbeit haben sich in gegenseitigem Vertrauen und Unabhängigkeit näher zusammengeschlossen, und der Mißbrauch des Reichtums, die Tyrannei der Macht und alle Übel, die von privilegierter Stellung und Favoritentum ausgehen, sind durch die einfachen männlichen Tugenden der Gerechtigkeit und Anständigkeit zu schanden gemacht worden.

Die großen Erfolge des Präsidenten Roosevelts waren erstens und vornehmlich ein tapferes und unparteiisches Stärken des Gesetzes: Verfolgen ungesetzlicher Trusts und Monopolien, Bloßstellung und Bestrafung von Übeltätern, die das Gemeinwesen schädigten, wirksamere Regelung der Forderungen und des Dienstes der großen Transportlinien, völlige Beseitigung der Vergünstigungen jeder Art, schiedsrichterliche Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten, allseitige Besserung der Lage der Lohnarbeiter, Erhaltung der natürlichen Reichtümer des Landes, Besserung der Wasserwege im Innern und Verteidigung jedes heilsamen Schutzes für Leben, Freiheit und Wohlstand. Das sind die Taten, die Theodor Roosevelt einen Platz in der Geschichte sichern!"

An diesen wohlverdienten Hymnus auf die Wirksamkeit des Präsidenten, den wir noch bereichern möchten durch einen Hinweis auf seine gesunde und kraftvolle Vertretung der auswärtigen Interessen der Vereinigten Staaten, knüpft sich die Versicherung, daß die republikanische Partei die Überlieferungen dieser Politik auch fernerhin festhalten und ausbauen wolle:

„Unter der Leitung republikanischer Grundsätze ist das amerikanische Volk die reichste Nation der Erde geworden. Unser Reichtum übertrifft den von England und seinen Kolonien, und den von Deutschland und Frankreich zusammengenommen. Bei Begründung der republikanischen Partei betrug er 16 Milliarden, er ist in einer Generation auf 100 Milliarden Dollar gestiegen, während England 500 Jahre brauchte, um 60 Milliarden zusammenzubringen. Die Vereinigten

Staaten besitzen ein Viertel des gesamten Reichtums der Welt, und schaffen ein Drittel aller Manufakturen . . . und doch ist der große natürliche Reichtum des Bodens kaum berührt. Wir besitzen 3 Mill. Quadratmeilen brachliegenden Grund und Boden, die buchstäblich vor innerem Reichtum bersten, und nur auf das Zauberwort von Kapital und Industrie warten, um sich der Menschheit zu Dienst zu stellen; ein Land, reich durch Boden und Klima, durch die unbehinderte Energie seiner Ströme, und durch all die mannigfaltigen Erzeugnisse von Feld, Wald und Fabriken. In Dankbarkeit für Gottes Güte, stolz auf die glänzenden Errungenschaften der Vergangenheit und im Vertrauen auf eine gedeihliche Zukunft, erklärt sich die republikanische Partei für das Prinzip, daß gleiche Gelegenheit allen geboten werden soll, an der Entwicklung, am Genuß und an den Segnungen dieser Reichtümer teil zu haben."

Es schließt sich hieran die detaillierte Aufzählung der von dem Kongreß unter der Präsidentschaft Roosevelts geleisteten Arbeiten und errungenen Erfolge, auf deren Wiedergabe wir verzichten können. Dagegen verdienen einige Sätze, die die auswärtige Politik ins Auge fassen, hervorgehoben zu werden. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß Armee und Flotte in schlagfertigem Zustande zu erhalten sind.

„Obgleich wir in Frieden mit aller Welt leben und das Vertrauen hegen, daß es dabei bleiben wird, weil wir wissen, daß das amerikanische Volk keine andere Nation zum Kriege herausfordern will, erklären wir dennoch, daß wir unentwegt an einer Politik festhalten werden, welche unsere Republik stets in Bereitschaft zeigt, die Doktrinen, die sie überkommen hat, zu verteidigen, und ihrerseits an der steten Erhaltung der Ruhe unter den Völkern mitzuwirken (assure her appropriate part in promoting permanent tranquillity among the nations). Die amerikanische Regierung (so heißt es weiterhin) hat Kuba befreit, Portorico und den Philippinen Frieden und Schutz verliehen unter unserer Flagge, und den Bau des Panamakanals begonnen. Die gegenwärtige Lage in Kuba bestätigt die Weisheit des Beschlusses, zwischen dieser Republik und der unsrigen unzerreißbare Bande gegenseitigen Interesses aufrechtzuerhalten, und wir sprechen die Hoffnung aus, daß das kubanische Volk bald wieder vorbereitet (ready) sein wird, die volle Souveränität über das Land zu übernehmen. . . .

Den Bewohnern von Portorico wird die Aufnahme in den amerikanischen Bürgerverband, den Filippinos, wenn sie soweit fort

geschritten sein werden, Homerule in Aussicht gestellt. Neumexiko und Arizona sollen als Staaten in die Union aufgenommen werden. Endlich wird ein großes Nationalfest für den 12. Februar 1909, den hundertsten Geburtstag Abraham Lincolns, in Aussicht genommen. Den Schluß bildet ein recht scharfer Angriff auf die demokratische Partei, der politische Unfähigkeit vorgeworfen wird, und die Aufforderung an alle amerikanischen Bürger, welche ein größeres Amerika verwirklicht sehen wollen, mit den Republikanern zu wählen (we go before the country, asking the support not only of those who have acted with us heretobefore, but of all our fellowcitizens who unite in the desire to maintain the policies, perpetuate the blessings and make secure the achievements of a greater America).

Der Beziehungen Amerikas zu nicht spezifisch amerikanischen Problemen gedenkt die „Platform" nicht, und das ist sehr verständlich, denn so wenig sich die Regierung der Vereinigten Staaten dem großen Zusammenhang der Weltpolitik entziehen kann, so gering ist doch das Interesse, das die Bevölkerung diesen Fragen entgegenbringt. Aber die Nominierung von Taft kann wohl als Bürgschaft dafür gelten, daß auch nach dieser Richtung hin das Verhalten Roosevelts als vorbildlich angesehen wird und damit wird sich als mit einem positiven Faktor rechnen lassen. Wir halten es für eines der meist charakteristischen Merkmale der geistigen Selbständigkeit des Präsidenten, daß während seiner Waltung die amerikanische Presse sich allmählich von dem Einfluß zu befreien begann, den noch bis vor wenigen Jahren die von England ausgegebenen Stichworte auf sie ausübte. Man ist selbständiger geworden, hat auch lebhaftere Fühlung mit der nicht englischen Welt gewonnen, und schaut die alte Welt jetzt mit eigenen Augen an. Die sind aber gelegentlich ganz außerordentlich kritisch, und was sie erkannt zu haben meinen, pflegt dann sehr ungeniert ausgesprochen zu werden. So haben wir in der „New York Times" vom 14. Juni eine sehr scharfe, aber ebenso treffende Gegenüberstellung der Einflüsse gefunden, die von der Königin Viktoria und derjenigen, die nach ihrem Tode von dem neuen Hof ausgingen. Das Bild, das so gewonnen wird, läßt freilich seine Schatten ganz auf die Gegenwart fallen, und wie wir von Kennern hören, mit Recht.

Ein anderes Beispiel dieser Selbständigkeit zeigen die immer geistvollen Wochenübersichten, die Professor Goldwin Smith in der „Sun"

(Toronto — nicht New York) erscheinen läßt. Er ist Dr. of civil law, Engländer von Geburt, siedelte aber 1868 in die Vereinigten Staaten über und wurde Honorar-Professor der englischen Geschichte und der Verfassungsgeschichte in der Cornell University, dann siedelte er nach Kanada über und wurde Professor an der Universität Toronto. Er hat eine lange Reihe teils historischer teils politischer Schriften verfaßt und läßt allwöchentlich in der „Toronto-Sun" unter dem Pseudonym „A. Bystander" seine Comments on current events (Betrachtungen über Tagesfragen) erscheinen. Aus dem letzten dieser „Kommentare" heben wir zwei Abschnitte hervor. Der erste gilt der Revaler Zusammenkunft und lautet:

„Es hat eine interessante Zusammenkunft des King mit dem Zaren stattgefunden. Man sagt uns, der Friede sei nunmehr gesichert, obgleich schon jetzt aus Deutschland ein Murren zu hören ist. Vor langen Jahren fand ebenfalls eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren, der Queen und dem Prinz-Gemahl statt (gemeint ist der Besuch, den Nikolaus I. 1844 in England machte), trotzdem folgte bald danach eine Verwicklung, die in einen blutigen Krieg ausmündete. Die Ursache des Krieges war allen ein Geheimnis, nur drei Intriganten kannten sie: der Kaiser der Franzosen, der seine usurpierte Gewalt festigen wollte; Palmerston, der Aberdeen und die Friedenspartei stützen wollte, und Lord Stradford de Redclnffe, den der russische Hof beleidigt hatte. Trotz aller Interviews und aller honigsüßen Redensarten gibt es aber nur eine Sicherung des Friedens, und das wäre Einschränkung der Rüstungen. Darauf wird England aber nie eingehen. England erklärt, es wolle und müsse die Herrschaft der Meere behaupten. Das ist in seinem Effekt eine Kriegserklärung an alle Welt, und so faßt die Welt es auch auf. Überall werden neue Schlachtschiffe gebaut, und der erste aufregende Zwischenfall kann den Krieg bringen. Das geht auch Kanada und die übrigen Teile des „Empire" an, und wir werden überlegen müssen, was wir für den Fall zu tun haben, daß ein Krieg zwischen den großen Seemächten ausbricht."

Unsere Leser erinnern sich wohl noch, daß, als die Gefahr eines amerikanisch-japanischen Krieges vorzuliegen schien, in Kanada die Sorge um drohende Gefahren ganz außerordentlich lebhaft war, und daß man nichts mehr fürchtete, als den japanischen Bundesgenossen Englands in kanadischen Häfen aufnehmen zu müssen. Nun, diese Ge-

jahr scheint glücklich geschwunden, aber die Verstimmung ist geblieben. Das zeigt sich auch in der Beurteilung, die Bystander der Opposition zu teil werden läßt, auf die der französisch-kanadische Vertrag im englischen Oberhause stößt.

„Es wäre, so sagt er, sehr schwer, auch nur einen Vertrag Englands in betreff Kanadas zu nennen, mit dem man in Kanada zufrieden gewesen wäre, und der, wenn Kanada die diplomatische Macht mit England teilte, die Zustimmung beider gefunden hätte. In jeder Instanz war Kanada mißmutig, obgleich die Regierung in London zweifellos bemüht war, ihr Bestes zu tun. Es muß entweder ein Zustand von Abhängigkeit oder von Unabhängigkeit bestehen. Aber ist ewige Abhängigkeit nicht ein seltsames Geschick für ein Gemeinwesen von sechs Millionen mit rasch anwachsender und sehr bunter Bevölkerung! Dieses Experiment einer „conationality" (Nebennation) kann, wenn es fortgesetzt wird, zu ernsten Mißverständnissen, und was sehr zu bedauern wäre, zu einem Bruch führen."

Was aber Indien betrifft, so hält zwar Goldwin Smith die jetzigen Unruhen für aussichtslos, weil Mohammedaner und Hindu nicht Hand in Hand gehen. Aber er glaubt doch nicht, daß England auf die Dauer Indien werde behaupten können. „Die britische Rasse kann nicht für immer in einem Lande regieren, in dem sie nicht gebären kann. Das sollte man nie vergessen." Es sei ein Fehler gewesen, daß die Krone England Indien von der Kompagnie übernahm, denn dadurch sei Indien unter dem Einfluß der britischen Politik geraten und England unlösbar mit Indien verbunden, obgleich der Tag kommen könne, da ihm ein Rückzug sehr erwünscht wäre.

Darüber ließe sich viel sagen. Im Augenblick denkt wohl kein Engländer an einen Rückzug; aber die Lage ist ernster, als die englische Presse zugeben will, und mit den Ausnahmegesetzen, die jetzt eingeführt sind und die ziemlich genau die Maßregeln kopieren, welche die russische Regierung — zur lauten Entrüstung des liberalen England — während der Revolution anwendete, ist es gewiß nicht getan. Auch erkennen wir in der Tatsache, daß England die kleinen Erfolge, die es gegen die Mohmands errungen hat, nicht weiter verfolgt, ein Zugeständnis, daß die Fortsetzung jedes Vordringens in afghanisches Gebiet sehr bedenkliche Folgen nach sich ziehen könnte. Offenbar ist die Absicht, bessere Tage abzuwarten, um den Emir zu züchtigen, dem man sonst gewiß

hätte fühlen lassen, daß die englische Freundschaft größere Rücksichten verlangt, als er zu nehmen geneigt scheint.

Zu alledem kommt nun die böse Verwicklung mit Persien. Zwar kann man sich in Downing Street damit trösten, daß ohne das mit Rußland getroffene Übereinkommen die russische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach die Gelegenheit benutzt hätte, um sich zum Herrn von Nord-Persien zu machen. Möglich wäre es durchaus gewesen. Aber das Abkommen mit England bindet der russischen Diplomatie die Hände, und schließlich hat ja auch sie die eine Genugtuung, daß sie das tugendstolze und liberale England zum Komplicen hat, wenn sie den Schah in seiner ruchlosen Gewalttätigkeit unterstützt. Man behauptet von ihm, daß er mit Ausnahme des Selbstmordes sich alle Todsünden habe zu schulden kommen lassen, und wenn das auch übertrieben sein sollte, läßt sich doch nicht verkennen, daß er alles getan hat, um sein Volk zur Verzweiflung zu bringen. Auch halten wir es für höchst unwahrscheinlich, daß der Sieg, den der Schah in Teheran errungen hat, von Dauer sein wird. Es drohen anarchistische Zustände, und was dabei aus der garantierten „Integrität" Persiens wird, ist doch höchst fraglich. Einer der wesentlichsten Gründe der Unzufriedenheit des persischen Parlaments mit dem Schah war eben jener russisch-englische Vertrag, der das Land in Einflußsphären dieser beiden Mächte zerlegte. Nun sucht man die öffentliche Meinung Englands damit zu beruhigen, daß der Schah auf den Koran geschworen hat, ein neues Parlament zu berufen und die Verfassung aufrecht zu erhalten. Aber wie oft hat er schon geschworen, und bisher jeden seiner Eide gebrochen.

Unter diesen Umständen gewinnt der Eifer, den England und Rußland um die Reformen in Mazedonien entfalten, einen höchst sonderbaren Beigeschmack. Wer mag an diesen heiligen Eifer glauben, dessen offenkundiges Ziel dahin geht, die Souveränität des Sultans in Europa endgültig zu brechen, und wer glaubt noch an die Uneigennützigkeit des Interesses, das Rußland den Balkanslaven zuwendet? Es hat überhaupt niemals existiert, und wer sich authentisch darüber orientieren will, der lese die Bekenntnisse, die in dem Buche von Karzow „Sieben Jahre im nahen Orient (1879 bis 1886)" niedergelegt sind. Man kann nicht zynischer über die Aufgabe der Südslaven urteilen, willenlose Werkzeuge russischer Politik zu sein.

Zugleich hat das Buch den Reiz, uns die Männer, die in der jüngsten Vergangenheit und zum Teil noch heute Rußland regieren, in sehr lebendigen, wenn auch gelegentlich recht boshaften Charakterschilderungen vorzuführen. Damals hieß die Losung: les Slaves pour la Russie! Heute tönt in Prag und Krakau, und wo sonst der Neoslavismus seine warmen Nester hat, die andere Losung: la Russie pour les Slaves! Das erste Schlagwort erwies sich an der Hand bitterer Erfahrungen als eine Verirrung: wir glauben, daß das zweite noch größere Enttäuschungen und Verstimmungen bringen wird.

Sehr gespannt kann man auf die Haltung sein, die Frankreich in dem sich vorbereitenden neuen Stadium der orientalischen Frage einnehmen wird. Hat auch Frankreich seit der Allianz mit Rußland und noch mehr nach Abschluß der entente mit England auf seine traditionelle Orientpolitik verzichten müssen, so ist es doch sehr wesentlich an dem Fortbestand der Türkei als europäischer Macht interessiert. Wenn wir nicht irren, sind volle vier Milliarden französischen Kapitals in der Türkei investiert. Es wäre daher den französischen Rentiers ein herber Schlag, wenn die Zahlungsfähigkeit der Türkei wegreformiert würde. Aber von einer rein französischen Politik kann ja heute kaum noch die Rede sein. Sie geht auf englisch-russischen Krücken, und man beobachtet nicht ohne Spannung, wie weit sie damit kommen wird. Das Debut in Marokko ist nicht eben glänzend gewesen, und wenn auch Herr Delcassé jüngst die große Genugtuung gehabt hat, von König Eduard empfangen zu werden, so mag das vielleicht lockende Zukunftshoffnungen in ihm erweckt haben; ob es auch für Herrn Pichon eine Freude gewesen ist, erscheint uns fraglich. Das Spiel zwischen Abdul Asis und Mulay Hafid wird von Tag zu Tag schwieriger. Ob die Hoffnungen, die auf Bu Hamara und andere Zauberer und Räuber gesetzt werden, mehr als vorübergehende Verwirklichung finden, ist zweifelhaft. In Mauretanien wird die Lage bedenklich, und selbst in Französisch-Hinterindien beginnt der Boden heiß zu werden. Der „Temps" vom 26. Juni brachte eine sehr interessante Korrespondenz aus Anam, die recht rücksichtslos die französische Regierung selbst für die Krisis verantwortlich macht, die das Land erregt. Es stehe schlimmer als im Jahre 1886. Die Besorgnisse seien allgemein, und Pamphlete, die zu Tausenden von Japan aus verbreitet werden, regten die Bevölkerung gegen die weiße Rasse auf. Es ist offenbar die-

selbe Methode, die in Indien so blutige Früchte getragen hat. Zunächst trägt die Bewegung in Anam noch einen rein demonstrativen Charakter. Die Leute tun sich zu Tausenden zusammen; unbewaffnet, aber mit kurz geschnittenem Haar nach japanischer Mode, ohne allen Schmuck. So ziehen sie von Dorf zu Dorf und fordern die Einwohner auf, den Fremden die Zahlung von Abgaben zu verweigern. Man hat sie hier und da durch Bajonettangriffe auseinandergesprengt. Sie wehren sich nicht, aber die Massen fließen wieder zusammen und tauchen an anderen Orten wieder auf. „Die europäische Bevölkerung — so schreibt jener Korrespondent —, die wie in allen französischen Kolonien leicht beunruhigt ist, hegt die größten Besorgnisse. Man spricht davon, Frauen und Kinder nach Nya Trang zu schicken. Es gab Leute, die ein deutsches Schiff, das im Hafen lag, um Hilfe anrufen wollten."... „Kommen die Manifestanten in ein Dorf, so nehmen sie den Ältesten und die angesehensten Leute fest und nötigen sie, sich der Bewegung anzuschließen; sie schneiden ihnen das Haar und nehmen ihnen die Kleider, die zu kostbar scheinen. Sie reden den Einwohnern ein, sie hätten bereits erreicht, daß ihnen die Abgaben erlassen seien; werde die Bewegung allgemein, so werde der Erfolg nicht fehlen und die Ära der allgemeinen Glückseligkeit beginne." Daran schließt sich ein leidenschaftlicher Angriff auf das in Frankreich herrschende System. Um den falschen Tendenzen der in Paris herrschenden Geistesrichtung zu schmeicheln, werfe man in die Massen der Eingeborenen Ideen, deren logische Konsequenz die Vernichtung der Autorität Frankreichs und die völlige Anarchie sein werde. Man habe eine einheimische Presse geschaffen, die ganz antifranzösisch sei. Auf den Festen werde die Internationale gesungen, man verwildere das Volk durch die Schulen, die destruktive Lehren predigen, und bereite selbst den Augenblick vor, da nichts anderes übrig bleiben werde, als Gewalt zu gebrauchen!

Es ließe sich noch eine lange Reihe von Tatsachen aufführen, die unsere These erhärten, daß die neue Kombination der Mächte allen Grund hätte, vor der eigenen Tür zu fegen. Für heute versagt der Raum. Nur den Kommentar wollen wir noch hersetzen, den Herr Wesselitzki-Boshidarowitsch der „Nowoje Wremja" aus London über die Wirkung der Revaler Zusammenkunft depeschiert hat.

„Ich habe (so schreibt er) mit einigen englischen Teilnehmern an der Zusammenkunft gesprochen. Sie waren entzückt von den Erfolgen,

die ihre Erwartungen weit übertroffen haben. Alle ernsten Staatsmänner der Regierung wie der Opposition sind überzeugt, daß die Folgen tiefgreifend und dauerhaft sein werden. Nur das Häuflein der Sozialisten macht eine Ausnahme, aber ihr Einfluß ist sehr gering wegen der Sympathien, die sie den indischen Revolutionären entgegentragen. Gespräche mit meinen französischen Freunden und Briefe aus Paris haben mich überzeugt, daß die Bemühungen Deutschlands, Frankreich zu einer Annäherung auf dem Boden finanzieller Kulturinteressen heranzuziehen, gescheitert sind. Die französischen Kapitalisten, welche diese Annäherung wünschten, haben sich dem nationalen Gefühl und dem Zuspruch einflußreicher Politiker aller Parteien fügen müssen, weil es notwendig sei, das bestehende Bündnis aufrecht zu erhalten. Daß der Ton der französischen Presse milder geworden ist, bedeutet nur, daß Frankreich in diesem Augenblick den Deutschen keinen Vorwand zu einem Konflikt bieten will. Das ist aber um so notwendiger, als Deutschland über die Mißerfolge seiner Politik furchtbar erregt ist, und nur durch eine maßvolle Haltung der Presse beruhigt werden kann. Die englische öffentliche Meinung beginnt sich lebhaft für die Frage der Beziehungen der Slaven zueinander zu interessieren und wünscht möglichst baldige Verwirklichung dieser Bestrebungen."

Daß die Preßtätigkeit dieses Herrn, dessen gesamte Tätigkeit seit zehn Jahren ein ununterbrochenes Hetzen gegen Deutschland ist, kürzlich bei Gelegenheit seines Journalistenjubiläums durch ein Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten Stolypin gefeiert wurde, rechnen wir ebenfalls zu den beachtenswerten Merkmalen der politischen Lage.

Nachschrift. Soeben gehen uns die letzten Nummern der „Nowoje Wremja" zu. Die Nummer vom 27. Juni bringt uns die Überraschung eines Artikels von Menschikow, der lebhaft für die Aufrechterhaltung und Festigung der säkularen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland eintritt und mit großer Entschiedenheit betont, daß es eine Illusion sei, wenn Rußland in einem Konflikt mit uns auf französische Hilfe rechne. Die Nummer vom 28. Juni gipfelt dagegen in einem Leitartikel, der anknüpfend an eine Broschüre von Gorski: „Die Vorposten von Deutschland im Königreich Polen", mit äußerster Gehässigkeit ausführt, daß Deutschland systematisch seit 1863 durch seine Ansiedler die strategisch wichtigen Punkte in Polen okkupiere, und daß diese Ansiedler die Rolle

von Vorposten der deutschen Armee einnehmen, auch noch in dienstlichem Zusammenhang mit der Armee ständen. Die Redaktion der „Nowoje Wremja" bemerkt dazu:

„Wir glauben, daß die von Herrn Gorski behandelte Frage ernste Beachtung verdient. Man braucht nur die alldeutschen Blätter zu lesen, um sich von dem sehr gefährlichen Untergrund dieser sogenannten alldeutschen Bewegung zu überzeugen. Nicht umsonst heißt es in der offiziellen Hymne dieser Partei, daß das deutsche Siegeslied „bis zur Wolga" erschalle. Der deutsche Drang nach Osten ist eine reale Gefahr, und es wäre ein grober Fehler, ihn zum Kampfe mit den Polen zu benutzen."

Es ist das alte doppelzüngige Spiel des ehrenwerten Blattes, und man fragt sich, wer dadurch getäuscht werden soll.

2. Juli 1908. General d'Amade besetzt Azemur.
Zunahme der Unruhen in Nordasien.
3. Juli. Demission des japanischen Kabinetts.
4. Juli. Erledigung des italienisch-abessinischen Grenzstreits.
5. Juli. Protest französischer Sozialisten gegen die Reise Fallières nach Rußland.
8. Juli. General Schemsi Pascha wird in Monastir von einem türkischen Offizier erschossen.

8. Juli 1908.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung" bringt einen sehr lehrreichen Artikel über den deutschen Militärluftballon, aus dem sich der Schluß ergibt, daß wir ohne Anmaßung den Anspruch erheben können, nunmehr die führende Stellung auch in diesem Zweige militärischer Aufrüstung gewonnen zu haben. Der neueste Erfolg des Grafen Zeppelin, dessen Fahrt am 28. Juni in der Tat nicht nur ein wissenschaftliches, sondern auch ein politisches Ereignis ist, bekräftigt diese Zuversicht noch mehr und ist von unseren Rivalen mit verlegenem Schweigen aufgenommen worden. Für eine Entrüstung, wie die tatkräftige Entfaltung unserer Marine sie hervorrief, weil sie als eine Usurpation englischer Privilegien empfunden wurde, ließ sich ein Vorwand nicht finden, denn fast zu gleicher Zeit sind Frankreich, England und Deutschland an die Lösung des Problems herangetreten, und es hat lange geschienen, als sollte der Vorsprung Frankreich gesichert bleiben. Auch ist für die Errungenschaften Frankreichs, dessen genialen Anteil an der Lösung des Problems zu kürzen niemandem ferner liegt als uns, sehr viel Reklame gemacht worden, während wir still gearbeitet und mit strengster Kritik die Resultate dieser Arbeit geprüft haben. Heute, wo wir das Ziel so weit erreicht haben, daß wir mit voller Zuversicht in unseren Lenkballons wirksame Kriegsmittel erblicken, dürfen wir wohl mit Stolz auf zwei Tatsachen hinweisen: den entscheidenden Anstoß zum Bau der Militärballons hat, nach einem Vortrage des Hauptmanns v. Kehler in der technischen Hochschule zu Charlottenburg, Kaiser Wilhelm am 18. Dezember 1905 gegeben, ein Tag, den wir

in Zukunft als den geistigen Geburtstag unserer künftigen Luftflotte feiern werden: die Ausführung aber in Erfindung und Technik ist fast ausschließlich Offizieren unserer Armee zu danken, deren nie rastende Tätigkeit und nicht ermattendes wissenschaftliches Streben auch hier das Beste getan hat. Die Namen General Graf Zeppelin, Major v. Bessler, Major Groß, Major Sperling, Oberingenieur des Luftschifferbataillons Basenach und noch andere, die wir nicht kennen, haben sich einen Ehrenplatz nicht nur in der Geschichte der Erfindungen, sondern auch in der Geschichte unseres Volkes gesichert. Denn wohl nie ist eine bahnbrechende Erfindung mehr zur rechten Zeit gekommen. Sie kann heute als eine Friedensassekuranz gelten, und wird vielleicht mehr als anderes dahin wirken, der Erkenntnis Bahn zu brechen, daß die einseitige Entwicklung einer Waffe zu übermächtiger Stellung noch keine wirkliche Übermacht begründet. Es sei dabei auch darauf hingewiesen, daß der Luftschiffersport, der sich bei uns in erfreulichster Weise entwickelt, nicht nur in unseren Militärkreisen gepflegt wird und die Bürgschaft bietet, daß es der neuen Kriegswaffe ebensowenig in Deutschland an Mannschaft fehlen kann, wie unserer Kriegsmarine, zu der, je länger je mehr, unsere Jugend hindrängt.

Das aber läßt sich bekanntlich nicht von allen Marinen sagen. Augenblicklich spielen sich sehr interessante englische Flottenmanöver in der Nordsee, hart an unseren Grenzen ab. Die Kanalflotte: 14 Schlachtschiffe, 6 Panzerkreuzer, 30 Torpedojäger und zahlreiche Torpedoboote, unter dem Kommando des Admirals Beresford, stellt eine feindliche Flotte vor, die eine Invasion in England plant. Sie liegt bei Esbjerg in Westjütland. Die Verteidigung ruht in den Händen des Kommandierenden der Home fleet, Admiral Bridgeman, der über 15 Schlachtschiffe, 18 Panzerkreuzer, 20 Kreuzer und andere Schiffe verfügt; dazu sollen auch Schiffe der atlantischen Flotte mit herangezogen werden. Als Basis der Verteidiger wird Rosith dienen. Insgesamt werden so etwa 300 Fahrzeuge einander gegenüberstehen, eine Macht, wie sie noch niemals an einem Punkte vereinigt gewesen ist. Die „Daily Mail" sagt, daß über diese Manöver das größte Geheimnis gewahrt werden soll, und daß ein Befehl der Admiralität den Offizieren verbietet, Gäste mitzunehmen. Das wird auch gewiß nicht geschehen; ob trotzdem das Geheimnis sich wahren läßt, erscheint uns aber in Anbetracht der Kühnheit und Findigkeit der englischen Preßreporter zweifel-

haft. Es ist uns nicht erinnerlich, daß sie sich jemals einen Stoff hätten entgehen lassen, von dem sie wissen, daß er das allgemeine Interesse aller Engländer erregt. Unzweifelhaft aber gilt das von diesen Manövern. Den einen bedeuten sie eine Art Probemobilisierung der gesamten Seemacht Englands gegen den einen Feind, an den sie denken, den anderen sollen die Manöver die Beruhigung bringen, daß jene gefürchtete Invasion ein Ding der Unmöglichkeit sei. Wir wünschen nichts lebhafter, als daß diese Unmöglichkeit tatsächlich bewiesen wird, und stehen mit all unseren Sympathien auf seiten des Admirals Bridgeman. Es ist in der Tat die höchste Zeit, daß der Autosuggestion der öffentlichen Meinung Englands endlich einmal der Boden entzogen wird. Auch scheinen uns diese fast chronisch gewordenen Beängstigungen einer großen Nation wenig würdig.

Uns ist kürzlich in einem Pariser Briefe des „Etandard Egyptien" eine neue groteske Form dieser Beängstigungen entgegengetreten. Der Verfasser, der „Jean de Metz" zeichnet, will durch seine Ausführungen zugleich die letzten Gründe der Annäherung Englands an Rußland erklären, und so mag er denn auch an dieser Stelle zu Worte kommen:

„Der Plan der Deutschen (so schreibt er) besteht darin, daß sie Unterseeboote bauen wollen, die nicht eine defensive, sondern eine offensive Bestimmung haben werden, und mit schwindelerregender Geschwindigkeit und unglaublicher Kühnheit sofort, unverzüglich (tout de suite, immédiatement) die großen englischen Schlachtschiffe angreifen werden, sobald diese sich in Bewegung setzen, um die deutsche Flotte anzugreifen und zu zerstören. Sind aber die englischen Panzerschiffe zerstört oder beschädigt, so werden die Deutschen aus ihren Schlupfwinkeln hervorkommen und eine Armee von Soldaten ... in London landen. Denn immer hat — so wurde noch in diesen Tagen geschrieben — ein Angriff auf die Hauptstadt die großen Seemächte zugrunde gerichtet: Karthago, Tyrus, Holland, Venedig! Noch 1900 hat Lord Salisbury die Engländer daran erinnert, als er sagte: „Ein Stoß ins Herz, und es ist aus mit England." Deshalb ist England so überaus eilig. Es glaubte bisher, daß, wenn der Kampf ausbricht, die französischen Schiffe und Soldaten genügen werden. Aber die politischen Wandlungen, die sich in den letzten Jahren auf französischem Boden vollzogen haben, mußten natürlich die militärische Kraft des Landes mindern. Die Herabsetzung der Dienst-

zeit, die Reduzierung der Übungsperiode der Reservisten und der Territorialarmee, Dinge, die von den Deputierten aus Feigheit zugestanden wurden, weil sie mehr an ihre Wiederwahl als an das allgemeine Interesse denken, das alles hat — wenigstens zurzeit — den Koeffizienten unseres kriegerischen Wertes herabsetzt. Das wachsame England hat dies alles wohl bemerkt, und deshalb hat es sich Rußland genähert. Wird die deutsche Armee zugleich an den Grenzen Rußlands und Frankreichs festgebannt (immobilisée), so bedeutet das absolute Sicherheit für England. Die deutschen Unterseeboote mögen dann immerhin einige englische Panzerschiffe in die Luft sprengen, es werden immer noch genug Schiffe nachbleiben, um die Küsten zu bombardieren und die deutschen Handelsschiffe in den Grund zu bohren, was in Deutschland am meisten gefürchtet wird. Nicht mit Unrecht ließen die Alten Fortuna auf einem Rade schweben. Die menschlichen Dinge sind wandelbar, und Rußland, das gestern noch besiegt am Boden lag, hat heute die Entscheidung in Händen. Das wissen die Russen wohl. Einer von ihnen schloß seinen Brief an eine französische Zeitung mit folgenden Worten: „Es haben sich Leute gefunden, welche behaupten, daß Rußland, in Asien besiegt, in Europa durch eine Revolution zerrissen, aufgehört habe, Großmacht zu sein, und man hat unseren Zusammenbruch angekündigt. Wir aber glaubten, daß unser Volk geschlossener, größer und stärker aus dieser Prüfung hervorgehen werde. Alles zeigt, daß dies auch die Meinung derjenigen ist, die den Staat führen. Jedermann versteht, was der Austausch der letzten Höflichkeiten bedeutet. In der Tat, man wirbt um unsere Allianz. Man bittet um unsere Hilfe, nicht um finanzielle Hilfe (denn wir sind noch kein reicher Staat), nicht um Hilfe zur See (denn wir haben keine Flotte mehr), sondern um Unterstützung durch unsere Armee, welche in den nächsten Kämpfen den Sieg dem zuwenden wird, dem wir ihn gönnen (qui dans les luttes prochaines fera pencher la balance où nous voudrons)."

Wir gönnen Herrn Jean le Metz seine Phantasien und seinem russischen Gewährsmann die Illusionen, mit denen er sich trägt. Beides haben wir registriert als charakteristische Belege für die politische Unklarheit, die in den Köpfen steckt, die heute die öffentliche Meinung machen. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Die Illusionen, mit denen man sich in Petersburg und London nach der Revaler Zusammenkunft und nach dem Besuch der Herren Kramarz, Hribar und Hlebowicki

trug, haben die erste Probe, vor welche die reale Politik sie stellte, nicht überstanden. Die englisch-russische Entente droht schon jetzt über der persischen Frage auseinanderzufallen, und der Versuch, durch den Neoslavismus die Slaven Europas um Rußland zu scharen, ist, wie das offizielle Organ Herrn Stolypins, die „Rossija" bekennt, an der polnischen Frage gescheitert. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auch in Behandlung der Probleme des nahen Orients die säkulare Dissonanz, die zwischen russischer und englischer Auffassung des orientalischen Problems besteht, sich nicht durch den guten Vorsatz beseitigen läßt, fortan Hand in Hand zu gehen. Endlich haben alle drei Mächte der neuen Entente mit inneren Schwierigkeiten zu rechnen, die ebenfalls nicht durch „guten Willen" aus der Welt geschafft werden können, sondern ernste und folgerichtige Friedensarbeit verlangen.

Rußland steht, wie bei dem Stocken der Feldarbeit kaum anders möglich war, vor einer neuen Mißernte. Der Terror der revolutionären Partei ist so wenig überwunden, daß man es nicht wagen durfte, König Eduard nach Petersburg zu bitten, weil befürchtet werden mußte, daß die Gelegenheit zu einem Attentat benutzt werde. Vom 15. Mai bis zum 1. Juni (russischen Stils) haben, nach offiziellen Angaben, durch terroristische Akte und bewaffnete Überfälle 25 Beamte zu leiden gehabt. 12 von ihnen wurden ermordet, 13 verwundet, von Privatpersonen 39 ermordet, 19 verwundet. Geraubt wurden insgesamt 42 366 Rubel, außerdem 5 Pud Pulver, 2 Kasten Dynamit und 229 Paßblanketts. Verhaftet wurden in demselben Zeitraume 52 Personen, dazu entdeckte die Polizei fünf geheime Druckereien, eine Niederlage revolutionärer Schriften, eine Höllenmaschine, die gegen 40 Pfund Dynamit enthielt, 900 Kapseln und 16 Kupferröhren mit Sprengstoffen, endlich 1025 Patronen für Flinten und Revolver. Das alles in 14 Tagen. Wir haben aber den Eindruck aus den Zeitungen gewonnen, daß in dem Monat, der seither hingegangen ist, die Verhältnisse sich noch schlimmer gestaltet haben. So sind vor wenigen Tagen in Tiflis drei Bomben geworfen und in einem Kurgan (Grabhügel) bei Sebastopol Gewehre und Patronen gefunden worden usw. Derartige Nachrichten sind etwas so Alltägliches, daß man sie kaum beachtet.

Nun möchten wir diese Tatsachen nicht allzu tragisch auffassen. Man muß immer bedenken, daß sie unter einer Bevölkerung von 120 Millionen erfolgt sind. Aber immerhin können sie als Beweis dafür

dienen, daß der Belagerungszustand noch eine Notwendigkeit ist, und daß die Regierung gut tut, ihre Truppen im Lande zu behalten. Namentlich ist nicht daran zu denken, daß sie aus Polen fortgezogen werden könnten. Hat doch am 1. Juli die Regierung sich genötigt gesehen, alle polnischen Mittel- und Elementarschulen im Gouvernement Petrikau zu schließen! Dazu kommt, daß die Beziehungen zwischen Duma und Regierung sich verschlechtert haben. Wir erinnern uns, daß der Reichsrat die von der Duma abgelehnten Kredite für die von der Regierung geforderten vier Schlachtschiffe nach recht leidenschaftlichen Debatten mit 113 gegen 25 Stimmen schließlich bewilligte, wobei J. E. Witte — wie ausdrücklich betont werden mag — in richtiger staatsmännischer Erwägung für die Bewilligung eintrat. Denn ebensowenig wie die russische Regierung auf den Bau der Amurbahn verzichten dürfte, konnte sie sich damit zufrieden geben, auf eine Reihe von Jahren hinaus auf den Besitz einer Seemacht im Baltischen Meer zu verzichten. Trotz aller Freundschaft mit England ist es doch nicht denkbar, daß man ihm den Schutz der russischen Küsten anvertraut. Der Ministerpräsident hat nun, um eine Verständigung herbeizuführen, den von der Verfassung vorgesehenen Weg beschritten, und eine erneute Prüfung der Frage einer gemischten Kommission von Mitgliedern des Reichsrats und der Duma vorgelegt. Aber auch hier sprach sich die Majorität gegen die Bewilligung der Mittel für die vier Schlachtschiffe aus, und da der Kaiser entschlossen ist, nicht nachzugeben, steht Rußland vor einem Verfassungskonflikt, der lebhaft an den Konflikt erinnert, den Bismarck und König Wilhelm gegen das Abgeordnetenhaus durchfochten. Auf das Votum des Reichsrats gestützt, und unter Berufung auf einen Ukas vom November 1905, der die Ministerien des Krieges und der Marine direkt dem Kaiser (nicht dem Ministerpräsidenten) unterstellt, werden die Schiffe ohne allen Zweifel gebaut werden, zumal der Ministerpräsident sich ganz mit dem Willen des Monarchen identifiziert. Nun hat die Duma zwar die für die Flotte des Schwarzen Meeres geforderten Summen bewilligt, der Streitpunkt über die vier Schlachtschiffe für die Ostseeflotte bleibt, und die Verstimmung in den Kreisen der Abgeordneten ist groß, auch ist nicht recht abzusehen, wie das alles auslaufen wird. Sehen wir richtig, so werden, da jetzt die Duma in die Ferien geht, die Geister sich allmählich beruhigen, zumal da nicht zweifelhaft sein kann, daß die von der Duma gewünschte Reform des Marineministeriums wirklich

erfolgen wird. Und das ist der Ausgang, den auch wir wünschen. Denn trotz der blinden Feindseligkeit, welche die russische Presse aller Richtungen uns heute entgegenträgt, wünschen wir eine Entwickelung Rußlands zu gesunden Beziehungen zwischen Kaiser und Volksvertretung. Nur wenn die Souveränitätsrechte des Zaren, soweit er sie nicht von sich aus auf Duma und Reichsrat übertragen hat, gewahrt bleiben, läßt sich darauf rechnen, daß die krankhafte Neigung der Nation einerseits zu eigensinnigem Doktrinarismus, andererseits zu ungesunder Selbstüberschätzung überwunden wird. Beides aber könnte im inneren Leben Rußlands wie auch nach außen hin zu gefährlichen Verwickelungen führen.

Daß die Gewaltpolitik, die der Schah mit Hilfe Rußlands und durch den russischen Stadtkommandanten von Teheran, Ljachow, aufrecht erhält, sich auf die Dauer mit der von einem liberalen Ministerium geführten Politik Englands vereinigen läßt, glauben wir nicht. Es sind bereits sehr absprechende Urteile in der englischen Presse laut geworden, und Mr. Asquith hat allen Grund, sich die öffentliche Meinung Englands nicht noch mehr zu entfremden als es bereits geschehen ist. So stark die Majorität auch noch ist, über die das Ministerium verfügt, sie bröckelt allmählich ab, und es mehren sich die Anzeichen, daß die Augen der Nation sich auf die Konservativen, oder sagen wir lieber auf die unionistisch-imperialistische Koalition, zu richten beginnen. Die Gärung in Irland, die nationale Bewegung in Ägypten, die Wendung der Dinge in Südafrika, wo in der Tat das im Jahre 1900 niedergeworfene Burenelement die Herrschaft in Händen hat und mit großem Geschick zu befestigen versteht, noch mehr vielleicht die Unruhen in Indien, die man allmählich als die Folge der japanischen Allianz und nicht als eine bloße Wirkung der Tätigkeit einiger geschickter Agitatoren zu erkennen gelernt hat, rufen lebhafte Beunruhigung hervor. Die „National Review" kennzeichnet in ihrer Julinummer die Lage folgendermaßen:

„Die ganze Bewegung ist ein Protest gegen unsere Anwesenheit in Indien. Die Agitation mag ihre Angriffe gegen diese oder jene Maßregel, gegen diesen oder jenen Beamten richten; die wahre Absicht der Unversöhnlichen ist, das britische Regiment in Indien unmöglich zu machen. Keine Anstrengungen und keine Zugeständnisse werden diesen Antagonismus beseitigen. Er wird weiter bestehen und

wachsen, und wir mögen zusehen, wie wir uns damit auseinandersetzen. Seit Ende 1906 ist die Feindseligkeit ungeheuer gewachsen, . . sie umfaßt einen sehr großen Teil der intelligenten Männer und Frauen Indiens. Die Zahl der aktiven Revolutionäre ist wahrscheinlich sehr gering, aber sie sind in jedem Teile des Landes zu finden. Es mag unglaublich klingen, aber eine stark besuchte Versammlung von Indern fand kürzlich in London statt, um den Gedenktag der indischen Meuterei zu feiern, und Nena Sahib wurde dabei als Patriot gefeiert. Die jungen Leute, die an diesem Meeting teilnahmen, sind die auserlesenen Produkte indischer Schulen, die man nach England geschickt hat, damit sie ihre Studien fortsetzen, und sie werden die Führer der nächsten indischen Generation sein. Ich will aber nicht den Nachdruck auf diese mehr oder minder „aktiven Arbeiter" legen. Man wird mit ihnen abrechnen, wenn die Gelegenheit sich bietet. Weit ernster zu nehmen ist die Masse derjenigen, die passiv mit ihnen sympathisieren. Mit wenigen ehrenwerten Ausnahmen ist die Presse der Indigenen sehr lässig in ihrer Mißbilligung der Gewalttaten gewesen. Die meisten der politischen Persönlichkeiten aber haben ein ominöses und verdächtiges Schweigen eingehalten."

Die englische Regierung ist nun bemüht gewesen, durch ein Gesetz gegen Verbreitung und Gebrauch von Explosivstoffen – dem das Harcourtsche Gesetz zum Muster diente, das nach der Explosion in Westminster erlassen wurde — und durch ein Preßgesetz diesen Schäden entgegenzutreten. Ob mit Aussicht auf Erfolg, ist sehr fraglich. Auch die höchst interessante Debatte, die in voriger Woche zwischen Lord Curzon und dem Staatssekretär für Indien, Lord Morley, im Oberhause geführt wurde, hat nicht zur Klärung der Lage beigetragen. Lord Curzon verlangt rücksichtslose Repression, Lord Morley will zwar streng sein, aber sich von der Fortführung seiner Reformpolitik nicht abhalten lassen. Wer von beiden hat nun recht? Uns scheint, daß die Lösung in dem Sinne, daß eine Versöhnung von Engländern und Indern erfolgt, überhaupt nicht zu finden, ist. Auf Bajonette — sagte der Fürst Gortschakow — kann man sich wohl stützen, aber man kann nicht darauf sitzen. Die Reformen wiederum entwickeln und heben das nationale Selbstbewußtsein und mit ihm die Feindseligkeit. Wir haben diese Erfahrung in Posen gemacht, die Engländer machen sie in Ägypten und Indien. Und schließlich kann man, wie

wir schon vor acht Tagen ausführten, ein Land nicht auf die Dauer behaupten, in dem man nicht Kinder eigenen Stammes zeugen kann. Mit Indien aber hängt auf das engste das afghanische Problem und mit diesem wiederum das persische zusammen.

Es scheint freilich, daß England damit nicht genug hat und sich mit der Absicht trägt, dazu noch in Mazedonien die orientalische Frage aufzurollen. Die „Kreuz-Zeitung" hat bereits auf den von der „Vossischen Zeitung" (Nr. 311) veröffentlichten bulgarischen Geheimbericht hingewiesen. Schon der erste Artikel ist höchst interessant und bestätigt, was wir stets hervorgehoben haben, daß die Barbarei bei den bulgarischen Banden, nicht bei den Türken zu suchen ist, und daß von Bulgarien aus systematisch auf Entfesselung eines orientalischen Krieges hingearbeitet wird, der ganz Europa in Flammen setzen würde. An der Echtheit dieses Berichtes kann ein Zweifel nicht aufkommen, und mit höchster Spannung warten wir auf die Fortsetzung. Sie könnte zu einem politischen Ereignis werden. Nach den einleitenden Bemerkungen zu schließen, die die „Vossische Zeitung" auf ihre Kenntnis des ganzen Berichts fundiert, dürfte das englische Balkankomitee aufs äußerste kompromittiert werden, so daß wir hier ein neues Beispiel dafür hätten, wie die Agitation „vorurteilsloser" Agenten auf die Politik eines Kabinetts zurückwirken kann, das liberal und human sein will. Rußland, das seine Erfahrungen an Balkankomitees in den siebziger und achtziger Jahren gemacht hat, scheint an diesen Intrigen nicht beteiligt zu sein.

Ein großes politisches Ereignis ist es ohne Zweifel, daß das offizielle Frankreich genötigt gewesen ist, den General d'Amade zu desavouieren, weil er sich einen flagranten Bruch der Algecirasakte hat zuschulden kommen lassen. Man kann nicht ohne Mitleid die Verlegenheit beobachten, in welche dadurch fast alle französischen Zeitungen geraten sind. Sie hatten sich zunächst für die kühne Initiative des Generals begeistert, und das „Journal des Débats" rechtfertigte sogar sein Vorgehen mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Instruktionen, die von der Regierung an d'Amade am 19. Mai erteilt waren. „Azemmur" — schrieben die „Débats" am 4. Juli — „ist einer jener Punkte an der Peripherie der Schauja, in die General d'Amade laut seiner Instruktion beauftragt war, Truppenabteilungen zu installieren, um die bisher errungenen Erfolge sicherzustellen." Und

etwas weiter heißt es: „Das alles veranlaßte den General, energisch zu handeln, entsprechend den Instruktionen der Regierung und den Wünschen der Bevölkerung", und zum Schluß wird noch zum drittenmal erklärt, daß die Besetzung von Azemmur auf Grund der Instruktionen vom 19. Mai geschehen sei. Am Tage danach, am 5. Juli, erschien die Note der „Agence Havas", in welcher der Minister Pichon mitteilt, daß er sofort, nachdem die Nachricht von der Besetzung Azzemmurs eingetroffen sei, den General an seine Instruktionen erinnert habe, die ihm verboten, den Um-er-Rebia zu überschreiten. Man hat ihm jetzt geschrieben, daß er mit seinen Truppen abziehen und nicht über die ihm vorgeschriebenen Schranken hinaus operieren dürfe.

Das ist gewiß korrekt. Aber man fragt sich wohl, wie die zahlreichen Inkorrektheiten zu erklären sind, die in Marokko trotz aller Reden und Instruktionen des Ministers sich wiederholt haben. Man kann sich dem Eindruck schwer entziehen, daß neben dem offiziellen Kabinett eine Art Nebenregierung in marokkanischen Angelegenheiten besteht, die bemüht ist, die französische Marokkopolitik in ihre Bahnen zu lenken. Das wäre aber ein nicht unbedenkliches Unternehmen, da Frankreich ja nicht allein in Marokko ist. Auch ist eine Wendung zur Gesundung der marokkanischen Verhältnisse schwerlich zu erwarten, so lange Frankreich die bereits gebrochene asistische Partei künstlich lebendig hält. Sie würde sich aus eigener Kraft nicht 24 Stunden halten.

9. Juli 1908. Bryan wird zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten nominiert.
10. Juli. Das englische Unterhaus nimmt das Alterspensionsgesetz an.
11. Juli. Die in China lebenden Türken werden unter deutschen Schutz gestellt.
Vertagung der Duma bis zum 28. Oktober.
14. Juli. Beginn der großen Luftfahrt Zeppelins.
15. Juli. Übergang Hadi Paschas zu den Jungtürken.

15. Juli 1908.

Eine bei uns nur wenig beachtete Angelegenheit scheint in Amerika außerordentliches Aufsehen zu machen. Wir erinnern uns des Nachdrucks, mit dem Roosevelt von der letzten Session des Kongresses die Bewilligung von vier Schlachtschiffen höchster Leistungsfähigkeit verlangte. Sein Wunsch scheiterte am Widerspruche des Senats. Heute würde er aller Wahrscheinlichkeit nach auf geringere Opposition stoßen. Denn inzwischen ist bekannt geworden, daß Brasilien in England drei Schlachtschiffe von 25000 t bestellt hat, und daß diese mächtigen Schiffe, deren Leistungsfähigkeit die der „Dreadnoughts" noch erheblich übertrifft (da sie 12, nicht 10 zwölfzöllige Kanonen tragen, und diese dazu so gestellt sind, daß sie nach allen Richtungen hin schießen können) in nächster Zeit vom Stapel laufen werden. Nun war schon vor einigen Wochen die englische Regierung im Parlamente daraufhin interpelliert worden, ob sie die Versicherung geben könne, daß sie den Übergang dieser brasilianischen Schiffe in den Besitz von Mächten verhindern werde, deren Interessen mit denen Englands in Widerspruch stehen. Der erste Lord der Admiralität gab eine ausweichende Antwort. Es sei verfrüht, über diese Dinge zu reden, da ja bisher die Schiffe noch nicht zum Verkauf ausgeboten seien. Die „Sun", die ebenso wie der „New York Herald" sich mit dieser Frage beschäftigt, meint nun, daß England den Übergang der brasilianischen Schiffe in deutsche Hände natürlich nicht dulden werde, aber schwerlich sei anzunehmen, daß man den Verkauf an das alliierte Japan verbieten könne.

Wie aber werde es sein, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika jene mächtigen Kriegswerkzeuge erwerben wollen, und Japan dagegen protestiere? Das sei eine der vielen heiklen Fragen, an die man in England hätte denken sollen, bevor Lord Lansdowne seinen Allianzvertrag mit Japan unterzeichnete. Es gäbe so manchen Engländer, der heute den Abschluß des Bündnisses bedauere und mit Ungeduld auf das Jahr 1915 warte, das alle diese Verbindlichkeiten lösen werde. Übrigens höre naturgemäß jedes Einspruchsrecht Englands auf, sobald die brasilianischen Schiffe sich aus dem Gebiete der englischen Jurisdiktion entfernt hätten, so daß ein Übergang in anderen Besitz sich schon auf hoher See vollziehen könne. Der „New York Herald", der schon am 29. Juni nicht ohne Bitterkeit darauf hingewiesen hatte, daß Brasilien durch englische Werkleute gegen eine hübsche Kommissionsgebühr für Japan Schiffe bauen lasse, und damals den Rat gab, daß die Vereinigten Staaten keine Zeit verlieren, sondern nun ebenfalls sich Schlachtschiffe, Kreuzer, Torpedojäger usw. unter dem Namen irgendeiner gefälligen Macht bauen lassen sollten, kommt am 7. Juli nochmals auf diese Frage zurück. Es handele sich nicht nur um die drei „Dreadnoughts", sondern noch um drei Kreuzeravisos von je 3000 t, 10 Torpedojäger (700 t), 10 Torpedoboote von 130 t und 5 Unterseeboote. Ein Teil dieser Fahrzeuge schließe sich direkt dem japanischen Typus an. Von den Unterseebooten seien zwei bereits fertig und Japan zugesichert worden. Was aber die Bestimmung der Schlachtschiffe beträfe, so scheine eins sicher, daß sie nämlich die englischen Häfen nicht unter brasilianischer Flagge verlassen und nicht in den Besitz einer Macht übergehen würden, von der sich annehmen ließe, daß sie England feindselig werden könnte. Für die britische Marine seien sie weder notwendig noch erwünscht, aber es wird allgemein angenommen, daß, falls nicht ein „Freund" von England sie erwerbe, England sie dennoch kaufen werde. „Dieser Freund wird weder Frankreich noch auch Rußland sein, das noch nicht imstande gewesen ist, den „Rurik" zu bezahlen, so daß dieses schöne Schiff käuflich ist." Selbstverständlich sei, daß sie nicht nach Deutschland kommen werden; vom italienischen Typus seien sie zu verschieden, um für Italien bestimmt zu sein, und so ergebe sich, daß als einziges Bestimmungsland Japan übrig bleibe.

Man wird wohl gut tun, diesen Schluß des „New York Herald" sich nicht gleich zu eigen zu machen. Zunächst ist bisher noch nicht erwiesen,

daß Brasilien sich dazu hergegeben habe, fremden Wünschen als Deckadresse zu dienen. Dann aber ist es wenig wahrscheinlich, daß Japan gerade jetzt die schwere pekuniäre Last auf sich nehmen sollte, welche die Anschaffung dieser neuen Flotte — denn das ist es doch — mit sich bringen muß. Noch hat Japan keineswegs die Wunden geheilt, die der russische Krieg seinem Finanzwesen geschlagen hat. Das jetzt zurücktretende Ministerium Sajonji ist vornehmlich beseitigt worden, weil es dieser Schwierigkeiten nicht Herr zu werden vermochte. Die Staatsschuld hat nach dem Kriege keineswegs abgenommen, sondern ist auf 1300 Mill. Jen gestiegen. Die Erschließung der Bodenschätze des südlichen Sachalin verschlingt zunächst noch ungeheure Summen, ohne einen entsprechenden Ertrag zu bringen, und dasselbe gilt zurzeit auch von Korea und sogar von Formosa. Der Steuerdruck in Japan ist daher bereits so hoch angespannt, daß nicht absolut notwendige Ausgaben sich von selbst verbieten. Marquis Katsura — derselbe, der während des Krieges das Ministerium führte — wird schwerlich jene brasilianische Flotte kaufen, wenn nicht eine unbedingte Notwendigkeit, das heißt, die höchste Wahrscheinlichkeit eines Krieges vorliegt. An diese Wahrscheinlichkeit aber glauben wir nicht. Japan wird die Vereinigten Staaten gewiß nicht angreifen, und ebenso fern liegt dem Präsidenten wie dem Kongreß die Absicht, Japan zu überfallen. Daran ist eben nicht zu denken. Katsura hat einen Beweis seiner staatsmännischen Begabung gegeben, als er es verstand, die aufgeregte öffentliche Meinung Japans zu nötigen, sich mit den Enttäuschungen des Friedens von Portsmouth zufrieden zu geben, und das war gewiß keine leichte Aufgabe.

Zudem tritt immer mehr zutage, daß Japans Einfluß in Ost- und Südasien sich gleichsam automatisch ausdehnt. Im Orient wird die Tatsache der englisch-japanischen Allianz als ein Zeichen des Niedergangs der Weltstellung Englands ausgelegt, was, kombiniert mit dem gewaltigen Eindruck der japanischen Siege über den alten Rivalen Englands, Rußland — das bisher auf asiatischem Boden stets siegreich gewesen war — jene antieuropäische und, abgesehen von einem Teile Chinas, japanfreundliche Bewegung in Ost- und Südasien zur Folge hatte. Die Franzosen haben aber jetzt in Anam und Tonking darunter zu leiden und stehen vor einem Kolonialkriege, der keineswegs en bagatelle genommen wird. In diesen Tagen werden gegen 4000 Mann nach Französisch-Hinterindien verschifft, wobei die große Zahl der Offiziere

und Unteroffiziere darauf hinweist, daß man sich mit der Absicht trägt, die einheimischen Milizen in die militärische Organisation mit einzuschließen. Im ganzen wird Frankreich, wenn der letzte am 15. August verschiffte Transport in Hue eintrifft, über 8000 Mann europäischer Truppen verfügen. Ob das ausreicht, bleibt abzuwarten.

Die Unruhen in Indien scheinen nicht abzuflauen, aber offenbar geht England sehr energisch vor. Jetzt ist einer der Führer der nationalen Bewegung, Tilak, verhaftet und mit starkem militärischen Apparat nach Kalkutta geschafft worden. Tilak, der als gelehrter Kenner des Sanskrit einen Weltruf genießt, ist zugleich eine der populärsten Persönlichkeiten Indiens, ein Vertreter jenes indischen Patriotismus, der keine Versöhnung mit der englischen Oberherrschaft finden kann. Den Seinen ein Held, den Engländern ein Rebell — das ist die Tragik seines Lebens. In diesen schmerzlichen Konflikten entscheidet praktisch der Erfolg, wie er im Kampf der Buren um Behauptung ihrer Selbständigkeit zunächst endgültig für England entschieden zu haben schien. Aber die erste Entscheidung ist nicht immer die letzte. Die Londoner Korrespondenz der „Kreuz-Zeitung" hat noch kürzlich eine Übersicht über die Wendung gegeben, die sich heute im Schicksal der einst geächteten Burenführer vollzogen hat: Steyn, Botha, de Wet, Delarey, Schalk Burgher und wie sie alle heißen sind heute die ersten Männer in Südafrika, und Lord Milner, der ihnen als High Commissioner die harten Bedingungen des Friedens von Vereeniging aufzwang, muß heute bekennen, daß die Buren Südafrika regieren. Die Politik der Föderation der südafrikanischen Kolonien aber, die einst das Programm von Chamberlain, Cecil Rhodes und Jameson war, ist heute das Programm Louis Bothas und wird von England bekämpft. So völlig haben sich seit 1902 die Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrt.

Von Afghanistan ist es ganz still geworden. Offenbar ist es nicht nützlich, jetzt an einem Problem zu rühren, das im Begriff war, mit dem indischen zu verschmelzen. Dagegen ziehen die persischen Angelegenheiten immer mehr die Aufmerksamkeit der Politiker auf sich. Trotz aller gegenteiligen offiziellen Versicherungen von russischer wie von englischer Seite können beide Teile ein Gefühl des Unbehagens nicht unterdrücken. Der „Daily Graphic" z. B. spricht sich dahin aus, daß es für einen Engländer nicht eben eine erfreuliche Betrachtung sei, daß die jüngst mit Frankreich und Rußland abgeschlossenen „ententes" für die

Länder, auf die sie einwirken, eine höchst beklagenswerte Bedrückung bedeuten. In Marokko, das 1904 den Franzosen preisgegeben wurde, sei der von der ganzen Nation verworfene Sultan dem Lande durch französische Bajonette aufgezwungen worden. In den nördlichen Provinzen Persiens und in der Hauptstadt des Reiches, die in ähnlicher Weise der Willkür der Russen überlassen wurden, helfen Kosaken einem unpopulären Herrscher, die liberale Verfassung vernichten, die er geschworen hat, aufrecht zu erhalten. Die „Sun", die sich diese Betrachtung aus Teheran kabeln läßt, bemerkt dazu: „Offenbar fühlt sich der britische Sinn tief gedemütigt, wenn er die Tatsache anerkennen muß, daß England keinerlei Möglichkeit hat, in Nordpersien mitzureden." Es schließen sich daran recht scharfe Bemerkungen über die Haltung, die England während der russischen Revolution einnahm, und die für uns nicht kontrollierbare Behauptung, daß, wenn die oben erwähnten Kosaken auch Perser seien, sie doch von russischen Offizieren befehligt würden, deren Namen noch in den Listen der aktiven Armee geführt würden. Zum Schluß wird dann von dem amerikanischen Blatte die Frage aufgeworfen, ob die Rolle, die sie in der persischen Revolution spielen, vereinbar sei mit jener Neutralität, die Rußland und England in den persischen Angelegenheiten einzuhalten behaupten?

Nun, man wird zum Vergleiche auf die „Neutralität" hinweisen können, die Frankreich zwischen Abdul Asis und Abdul Hamid so gewissenhaft durchführt, die aber für Personen, welche in der Feinheit der Distinktionen diplomatischer und parlamentarischer Formulierungen nicht einzudringen vermögen, den Anschein einer entschlossenen Parteinahme für den Favoriten erweckt. Haben wir doch eben erst an der Note, die Herr Pichon über das Verhalten des Generals d'Amade in Azemmur veröffentlichen ließ, und an seiner gleich danach folgenden Erklärung in der französischen Kammer gelernt, daß ganz Europa sich täuschte, als es verstand, daß General d'Amade wegen seines Verhaltens zu tadeln sei; man hat ihn vielmehr durch Verleihung eines hohen Ordens noch ausdrücklich belohnt. „Il ne mérite que des éloges", sagt der „Temps" in seiner jüngsten Betrachtung über diese Angelegenheit, und Herr Pichon erklärte der Kammer: „le général conserve tout entière la confiance du gouvernement; j'ajoute même qu'il conserve sa gratitude." Was will man mehr? Offenbar war das Erscheinen der französischen Kriegsschiffe vor Azemmur nur die trügerische Wirkung einer Fata morgana, ganz wie

es eine Täuschung sein muß, wenn wir glauben, daß Frankreich gegen die Bestimmungen der Akte von Algeciras Algerier zum Polizeidienste heranzieht, oder wenn es gleichfalls gegen die Bestimmungen dieser Akte für sich nicht nur das Recht, sondern die Verpflichtung beansprucht, für die Sicherung der Europäer in Marokko zu sorgen und die „Ordnung" in Marokko herzustellen. Das alles kann nicht wahr sein, da Herr Pichon uns Tag für Tag versichert, daß er sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit an Geist und Inhalt der Akte halte! Aber diese Dinge sind doch zu ernst, um durch ein Wortgeplänkel abgetan zu werden. Vielleicht wird die französische Regierung in korrektere Bahnen einlenken, wenn sie, nachdem die Kammern ihre Ferien angetreten haben, sich vor einer lästigen Kontrolle sicher fühlt. Endlich sei noch auf die sonderbare Rolle hingewiesen, die der Schweizer Oberinspektor Müller spielt. Seine Stellung war als die eines unabhängigen Mannes gedacht; nach allem, was uns an Nachrichten aus Marokko zugeht, spielt er jedoch die Rolle eines Figuranten, über dessen Kopf hinweg Frankreich seine Wege geht. Wie durfte er z. B., ohne an das diplomatische Korps in Tanger zu berichten, dulden, daß Algerier in die Polizei eingereiht wurden, da es doch ausdrücklich in der Akte steht, daß nur muselmännische Marokkaner zur Polizei herangezogen werden dürfen? Wir können uns nicht denken, daß es dem Selbstgefühl der Schweizer entspricht, daß die Ehrenstellung, die ihnen von der Konferenz von Algeciras zugewiesen wurde, in völlige Nullität hinabgedrückt wird.

Eine Überraschung hat uns die „Nowoje Wremja" — von deren Wendung zu einer weniger deutschfeindlichen Richtung kürzlich so viel Aufhebens gemacht wurde — durch eine Korrespondenz von Herrn Wessélitzki gebracht, die selbst für diesen erfahrenen politischen Giftmischer doch als eine außerordentliche Leistung gelten kann. In einer langatmigen Korrespondenz führt er nämlich aus, wie Deutschland sich in letzter Zeit vergeblich bemüht habe, die Gunst Frankreichs zurückzugewinnen. Es sei eine weitangelegte Verschwörung gewesen, zu der Rouvier, Constans und mit einigen Vorbehalten — man höre — Herr Jules Cambon, der hiesige französische Botschafter, gehörten. Das Ziel war, das Ministerium Clemenceau-Pichon zu stürzen und Rouvier als ersten germanophilen Ministerpräsidenten zum Haupte der französischen Regierung zu machen. Ein weiteres Resultat wäre dann die Sprengung des neuen französisch-russisch-englischen Dreibundes gewesen. Das alles sei nun gescheitert:

„Die Versuche, dem Kabinett Clemenceau in einer inneren Frage eine Niederlage durch die Kammer beizubringen, wurden mit Leichtigkeit abgeschlagen. Die von deutschen Agenten organisierte Demonstration der Sozialisten gegen die Reise des Präsidenten nach Rußland gab nur Anlaß zu einer glänzenden russophilen Demonstration, wie sie – nach den Angaben englischer Journalisten – lange nicht gesehen worden war. Und so ist jetzt die drohende Gefahr einer Sprengung der Gruppierung der Dreimächte vorübergezogen. Man darf aber darum nicht vergessen, daß Deutschland niemals seine Pläne aufgibt, daß der Mißerfolg es nur erbittert und neue größere Anstrengungen und Opfer zur Folge hat. Die Ziele der deutschen Politik kennt jedermann, der sich bemüht hat, die Geschichte und den jetzigen Zustand dieses Reiches zu studieren. Deutschland will das alte heilige römische Reich deutscher Nation wieder herstellen und es vergrößern durch die Balkanhalbinsel und die Türkei. Die übrigen europäischen Staaten sollen als deutsche Vasallen fortbestehen dürfen. Die heutige europäische Frage ist daher die Frage, ob die europäischen Nationen selbständig bleiben oder von Deutschland unterworfen werden sollen. Die Gruppe der drei Mächte kann jedoch nur dann Europa retten, wenn sie ein gleich positives und gleich folgerichtig durchgeführtes Programm hat wie Deutschland. Bisher läßt sich aber bei keiner der drei Mächte ein solches Programm erkennen. . . ."

Damit schließt Herr Argus-Wesselitzki, und es hätte nicht gelohnt, diesen hellen Wahnsinn direktionsloser Gehässigkeit wiederzugeben, wenn der Artikel nicht im größten und meist verbreiteten Blatt Rußlands gedruckt wäre und – geglaubt würde von zahllosen Lesern des Blattes.

Wir stellen dieser Phantasieverschwörung Herrn Wesselitzkis die wirkliche Verschwörung entgegen, die durch das „geheime Memoir" enthüllt wurde, dessen Text die „Vossische Zeitung" veröffentlicht hat. Die große Bedeutung der aufgedeckten Tatsachen liegt weniger darin, daß nunmehr aus einer amtlichen offiziellen Denkschrift eines hohen bulgarischen Beamten festgestellt ist, daß die bulgarische Regierung das Räuberwesen der Banden in Mazedonien gefördert hat und sich das Ziel stellte, durch eine provozierende Politik sich schließlich zum Herrn eines bulgarischen Mazedonien zu machen. Das war allen Kennern der Verhältnisse längst bekannt. Neu ist jedoch die Tatsache, daß das englische Balkankomitee dabei eine Rolle gespielt hat, die sich fast völlig mit der Rolle deckt, die in den Jahren

1875—1878 die slavischen Wohltätigkeitskomitees spielten, die bekanntlich den russisch-türkischen Krieg von 1877—1878 dem Kaiser Alexander II. aufgenötigt haben. Es wird wohl am wirksamsten sein, wenn wir das Urteil darüber einem englischen Blatt, dem imperialistischen „Standard", überlassen.

„Der von der „Vossischen Zeitung" veröffentlichte Geheimbericht eines hervorragenden bulgarischen Regierungsbeamten enthüllt Tatsachen, die, wenn sie wahr sein sollten, einen politischen Skandal konstituieren, in welchen das gegenwärtige liberale Kabinett mit verwickelt ist. Die gefährliche Rolle, welche die bulgarischen Banden in Mazedonien spielen, ist schon lange bekannt. Diese Banden, die, nach dem Verfasser der Schrift, angeblich begründet wurden, um die bulgarische Sache gegen die Türken in Mazedonien zu unterstützen, haben systematisch eine Tyrannei ausgeübt, die weit barbarischer war, als die schlimmsten Ausschreitungen türkischer Mißwirtschaft. Sie haben von ihren Mitchristen und sogar ihren Stammesbrüdern in Mazedonien Geld erpreßt, sie geplündert, geschändet, gefoltert, ermordet und durch lange Jahre ein wahres Schreckensregiment ausgeübt. Mr. Buxton*) aber scheint sie für einen nützlichen Faktor der Balkanpolitik zu halten. Der bulgarische Verfasser des geheimen Memorandums schreibt: „Buxton sagte mir, daß für den Fall eines Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei die bulgarischen Banden mit Vorteil gebraucht werden könnten. Buxton fügte hinzu, daß England es nicht ratsam finde, Bulgarien aktiv zu unterstützen, daß aber die freundschaftlichen Beziehungen zwischen König Eduard und Fürst Ferdinand eine moralische Hilfe für Bulgarien wären." Mr. Buxtons Worte sind erstens eine Anerkennung, daß die bulgarischen Banden nützliche und wünschenswerte Organisationen sind; zweitens eine Aufreizung, sie gegen die Türken zu brauchen; drittens eine nicht mißverständliche, wenngleich indirekte Aufreizung der Bulgaren zum Kriege gegen die Türkei. Das Datum der Unterhaltung wird nicht angegeben. Aber die Einleitung der „Vossischen Zeitung" sagt, daß das geheime bulgarische Memorandum sich auf die Ereignisse des Jahres 1906 beziehe. Gilt das von der oben wiedergegebenen Unterredung, so hat Mr. Buxton die erstaunliche Indiskretion zu einer Zeit begangen, da er Kabinettsminister war.

*) Buxton, Noel, Chairman des Balkankomitees.

Mag das nun zutreffen oder nicht, eine derartige Unterstützung, die ein hervorragendes Mitglied des englischen Parlaments mit dem Rang eines Kabinettsministers den bulgarischen Revolutionären, die Mazedonien terrorisieren, zu teil werden läßt, ist ein arger Skandal. Die unverantwortlichen Radikalen, welche Griechenland in den verhängnisvollen Krieg von 1897 trieben, haben offenbar die gleiche harmlose Politik verfolgt, indem sie die Bulgaren zum Kriege gegen die Türkei ermunterten. Das tiefe Mißtrauen, mit dem die Türkei die englische Politik verfolgt und die jede Besserung der gegenseitigen Beziehungen zu einer hoffnungslosen Aufgabe macht, ist sehr verständlich, wenn ein angesehener parlamentarischer Führer wie Mr. Buxton angeschuldigt wird, solche Mißgriffe (blunder) begangen zu haben."

Inzwischen hat die bulgarische Regierung selbst die Authentizität des Memorandums zugegeben, sich aber bemüht, es als eine Privatarbeit von sich abzuschütteln. Der „Temps", dessen Sofiaer Korrespondent ebenfalls die Authentizität zugesteht (sans aucun doute authentique et évidemment l'œuvre d'un agent bulgare qui connaît très bien le pays et ses habitants), sucht vergeblich, die Bedeutung der Publikation zu mindern, und kommt zu dem ungeheuerlichen Schluß, daß das Memoir, recht verstanden, den Beweis liefere, daß die bulgarische Regierung mit dem Bandenwesen nichts zu schaffen habe. Die Rolle des Londoner mazedonischen Komitees wird in dem Entente-Organ natürlich übergangen, und doch ist gerade dies die allerwichtigste Tatsache. Wir glauben nicht, daß sie ohne Folgen auf die praktische Politik in der mazedonischen Frage bleiben kann.

Zum Schluß eine Notiz für den „Vorwärts". Er hatte uns vorgeworfen, das Werk von Hislam: The admirality of the Atlantic, überschätzt zu haben. Vielleicht genügt ihm das folgende Urteil von Jaques Bardoux — des besten Kenners, den das journalistische Frankreich in englischen Angelegenheiten hat, Verfasser des ausgezeichneten zweibändigen Buches Essai d'une psychologie de l'Angleterre contemporaine. Er schreibt im „Journal des Débats":

„Von all den zahlreichen Arbeiten, die über die Rivalität Englands und Deutschlands erschienen sind, ist sicherlich das von Hislam eines der allerbeachtenswertesten. Gut komponiert, unterstützt durch kostbare statistische Angaben, erläutert durch hübsche Photographien, gibt es eine ergreifende Schilderung des Fortschrittes der deutschen Marine. Nach

einer fesselnden Erzählung des Ursprunges dieser Marine prüft Hislam die verschiedenen Schiffstypen, ihre Verteilung, die Stützpunkte der Flotte. Ein ganz neues Kapitel behandelt die Aussichten einer Invasion in England und die Schiffsbauprogramme. Der Schluß, zu dem der Verfasser gelangt, verdient hervorgehoben zu werden: „Ein Konflikt muß früher oder später kommen; je früher er ausbricht, um so kürzere Zeit wird er dauern und um so weniger Geld und Blut wird er kosten."

Ob wohl der „Vorwärts" ausreichend Mut und Anstand hat, darauf seine Ausfälle zu revozieren, oder seinen Lesern den Wortlaut der Bardouxschen Kritik vorzuführen?

16. Juli 1908. Die Pforte mobilisiert in Kleinasien, um die jungtürkische Bewegung zu unterdrücken.
18. Juli. Reise Falliéres und Pichons nach Rußland.
Die Truppen des Schah werden aus Täbris verdrängt.
19. Juli. Konstituierung des serbischen Ministeriums Welimirowitsch.
21. Juli. Staatssekretär Dernburg trifft in Keetmanshoop ein.

22. Juli 1908.

Der Graf Leo Tolstoi, dessen 80jährigen Geburtstag das literarische und politische Rußland sich rüstet zu feiern, hat in dem ihm eigenen Ton propagandistischer Leidenschaftlichkeit einen Aufruf erlassen, dem er die Überschrift setzt: „Ich kann nicht schweigen!" Sein Protest gilt den Hinrichtungen von Verbrechern, die in Rußland als eine traurige Notwendigkeit noch heute vielfach stattfinden. Wenn nun, so argumentiert Tolstoi, diese Hinrichtungen geschehen, um das Wohl, die Ruhe und das Leben derer zu schützen, die in Rußland wohnen, so geschehe das auch für ihn. Er fühle, daß ein unzweifelhafter Zusammenhang zwischen seiner geräumigen Wohnung, seinem Mittag, seiner Kleidung, seiner Ruhe und jenen schrecklichen Verbrechen bestehe, „die unternommen werden, um diejenigen zu beseitigen, die mir das Meinige nehmen könnten". Das fühle er und könne es nicht länger ertragen, er könne und werde nicht so weiter leben. Deswegen schreibe er diesen Protest, und deshalb werde er ihn in Rußland und im Auslande nach Kräften verbreiten, damit eines von beiden geschehe, entweder diesen Unmenschlichkeiten ein Ziel gesetzt werde, oder aber die Verbindung zwischen ihm und ihnen gelöst werde. Man möge ihn ins Gefängnis werfen, oder aber — was er kaum zu hoffen wage — ihm das Totenhemd überwerfen und ihm die Schlinge um den alten Hals zuziehen! Folgt eine Apostrophe an Henker, Gefängniswärter und an alle Obrigkeit, die an den Hinrichtungen teilhaben. Um Gottes willen sollen sie damit aufhören.

Wer sich mit den politischen und theosophischen Ideen Tolstois beschäftigt hat, wird über Form und Inhalt seines Protestschreibens nicht

in Verwunderung geraten; auch wird der Mut, mit dem er sich dem Gefängnis oder gar dem Henker als Opfer darbietet, nicht allzu ernst genommen werden, da es als ausgeschlossen gelten kann, daß ihm das gesuchte Martyrium zuteil wird. Ebensowenig wie Alexander III. es tat, wird auch Nikolaus II. dem alten Mann ein Haar krümmen. Was ihn schützt, ist sein Ruhm als erster russischer Prosadichter und sind seine 80 Jahre. Man duldet ihn und seine Torheiten — wie man ein Übel trägt, das sich nicht abwenden läßt. Außerhalb Rußlands, wo man sich weniger an der literarischen Vergangenheit des Mannes berauscht, steht das Urteil über den Politiker und Agitator Tolstoi längst fest. An dem blutigen Verlaufe, den die Revolution in Rußland genommen hat, trägt kaum jemand mehr Schuld als er, und wenn er heute gegen die Hinrichtungen seine weittönende Stimme erhebt, so sollte ihm die Frage das Gewissen schärfen, wer denn die wilden Instinkte und die Begehrlichkeit der Massen entfesselt hat, die jene harten Repressionen der russischen Regierung zu einer furchtbaren Notwendigkeit gemacht haben. Er hat sich selbst einen „christlichen Anarchisten" genannt, und in der Tat, seine Lehre, die den Staat als solchen negiert, jede Obrigkeit für verderblich erklärt und zu Hütern der Ordnung nicht Recht und Gesetz, sondern das Gewissen jedes einzelnen setzen will, die alles Privateigentum am Grund und Boden aufheben und alles Land für Gesamteigentum erklären will, die dem Volke predigt, daß sein Glaube Götzendienst ist und seine Geistlichen Betrüger sind — diese Lehre muß, sobald sie von der unwissenden Masse aufgegriffen wird, zu einem politischen Chaos führen, das, wenn nicht rettende Gewalt dazwischen tritt, alle Errungenschaften menschlicher Kultur zugrunde richten muß.

Tolstoi begann seine agitatorische Tätigkeit in größerem Maßstabe in den Tagen der großen Hungersnot, die in den Jahren 1891 und 1892 über Rußland hereinbrach. Schon damals wirkten seine Verallgemeinerungen furchtbar aufreizend. „Alle sehen und wissen — so schrieb er im Oktober 1893 —, daß die Menschen, welche der Regierung dienen, dieses nicht tun, um das Wohlsein des Volkes zu heben — es hat sie nicht darum gebeten —, sondern nur, weil sie ein Gehalt brauchen, und ebenso, daß die Leute, die sich mit Wissenschaft und Kunst beschäftigen, es nicht tun, um das Volk aufzuklären, sondern wegen des Honorars und der Pensionen, daß endlich die Leute, die dem Volke das Land vorenthalten und die Kaufpreise in die Höhe treiben, es nicht tun, um irgendwelche geheiligten

Rechte aufrecht zu erhalten, sondern um ihre Einnahmen zu vergrößern und ihre Launen zu befriedigen." Eine Rettung, so schloß er, liege nur in der Lösung vom falschen und in der Anerkennung des wahren Christentums.

Zwei Jahre danach erschien seine Schrift: „Christenverfolgung in Rußland im Jahre 1895". Sie schilderte die traurige Geschichte einer der zahlreichen Sekten, die sich vom Stamme der russischen Kirche abgezweigt haben: der Duchoborzen. Die Duchoborzen erkennen die griechische Kirche mit ihren Zeremonien und Sakramenten nicht an, taufen ihre Kinder nicht, nehmen aus dem Alten und Neuen Testament nur an, was sie für nützlich halten, und gründen ihre Lehre nicht auf die Bibel, sondern auf die „Überlieferung". Diese Überlieferung, „das lebendige Buch", ist die Summe dessen, was von Vater auf Sohn in den Herzen der Duchoborzen lebendig ist, und enthält, im Gegensatz zu der durch die Evangelisten mißverständlich wiedergegebenen Lehren Christi, die wirklichen Worte Gottes. Ihre Ethik erklärt, daß, da alle Menschen gleich seien, es keiner weltlichen noch geistlichen Gewalt auf Erden bedürfe, auch keiner Gerichte; wenn sie sich den bestehenden Ordnungen fügen, so geschieht es nur zum Schein. Sie verbieten den Eid und das Waffentragen. Im übrigen sind sie harmlose und arbeitsame, menschenfreundliche Leute. Zu Konflikten zwischen ihnen und der Regierung kam es zuerst unter Katharina II.; danach während des Türkenkrieges von 1828. Die dem Wologdaschen Regiment eingereihten Duchoborzen warfen ihre Gewehre weg; sie weigerten sich, zu kämpfen. Aber davon wurde damals wenig Aufhebens gemacht, da sie sich in Friedenszeiten der Ableistung der Wehrpflicht nicht entzogen. Das änderte sich erst zu Ostern 1895. Die im Kaukasus angesiedelten Duchoborzen verweigerten alle militärischen Leistungen, verbrannten ihre Waffen und ließen sich durch keinerlei Gewalt von ihrem Entschluß abbringen. Sie duldeten, was ihnen an Zwang und Strafen auferlegt wurde, und wenn schließlich in den folgenden Jahren ein Teil der Duchoborzen sich wieder der russischen Kirche zuwandte, ein anderer blieb fest, und die Regierung, welche die Ansteckung der Lehre und des Martyriums dieser Leute fürchtete, ließ sie auswandern. Sie zogen nach Kanada, und dort sind sie in völligen religiösen Wahnsinn verfallen. Sie wollten schließlich auch keinem Tier Gewalt antun, verschmähten alle vom Lebendigen stammende Nahrung und Kleidung, wollten den Tieren auch keinen Arbeitszwang auflegen und sind so schließ-

lich völlig verkommen. Wir haben in den letzten Jahren nichts weiter von ihnen gehört.

Das Charakteristische ist nun, daß Tolstoi nicht nur die ungeschickte Härte der Regierung diesen Unglücklichen gegenüber der öffentlichen Meinung der Welt denunzierte, sondern sich zugleich einen Teil ihrer Lehren zu eigen machte. Daß sie in der Tat „dem Bösen sich nicht durch Gewalttat, sondern durch passiven Widerstand widersetzten", erschien ihm als die Ausführung eines Gebotes Christi, und mit ihnen teilte er die Vorstellung, daß allerdings der Staat mit seinen Forderungen ein gottwidriges Übel sei.

So bildete sich je länger je mehr ein offenkundiger Gegensatz zwischen seinen Lehren und den bestehenden staatlichen und kirchlichen Ordnungen aus. Nach der einen Seite machte er für einen Agrarkommunismus, nach der anderen gegen Lehre und Organisation der Kirche sowie gegen die geltende Staatsordnung Propaganda. Es scheint, daß man in Petersburg lange geschwankt hat, wie dieser Theoretiker staatlicher und kirchlicher Umwälzungen anzufassen sei. Um seinem Einfluß auf das Volk den Boden zu entziehen, entschloß man sich, die geistliche Seite seiner Doktrinen anzugreifen. Am 8. März 1901 wurde Tolstoi durch den heiligen Synod exkommuniziert; aber es war ein Schlag ins Wasser. Die öffentliche Meinung Rußlands, die damals bereits in jeder Opposition einen Verbündeten gegen die Regierung sah, stellte sich auf seine Seite, und Tolstoi konnte, ohne jede Gefährdung, dem Synod eine fulminante Antwort entgegenwerfen, die in eine Anklage und Bloßstellung nicht nur des geltenden Kirchenregiments, sondern überhaupt aller geltenden christlichen Dogmatik ausmündete. Was er übrig läßt, ist das Gebot gegenseitiger Liebe, und was er darüber sagt, ist schön und gewiß in christlichem Geiste empfunden. Nur konnte aus der Saat, die er ausstreute, diese Liebe als Frucht nie erstehen. Seine Lehre ist von denen, zu denen er sprach, brutalisiert worden. Was der russische Bauer und Arbeiter aus ihr heraushörte, war die Verdammung des Bestehenden, die berückende Vorstellung von dem gleichen Recht aller an allem, von dem Bankerott von Staat, Wissenschaft und Kunst; vor allem aber regte er die Begehrlichkeit der Massen an, so daß der Niederschlag seiner Wirksamkeit die Erschütterung aller Autorität unter einem Volke war, das durch eine tausendjährige Geschichte zu staatlichem und kirchlichem Autoritätsglauben erzogen war, ohne daß er etwas anderes an die Stelle

zu setzen vermochte als den Appell an das Gewissen des Volkes, von dem er annahm, daß sein Dichten und Trachten — wenn anders es nicht durch Regierung und Kirche verdorben sei — zur Betätigung selbstloser Liebe führe.

Als dann im Jahre 1903 die Bauern- und Arbeiterunruhen in Rußland begannen, veröffentlichte Tolstoi neben zahlreichen Broschüren, die bestimmt waren, die großen Massen für seine Auffassung vom Staat zu gewinnen, auch ein „Denkbüchlein für Offiziere", um diese zu bewegen, der Regierung ihre Dienste zu versagen, sobald sie von ihnen Niederwerfung der Emeuten verlange. „Ihr braucht — so schrieb er — nur zu vergessen, daß ihr Offiziere, und euch zu erinnern, daß ihr Menschen seid, und ein Ausweg aus eurer Lage ist gefunden. Tretet vor die Front eurer Abteilung, legt die Abzeichen eures Offiziersranges ab, verneigt Euch zur Erde vor den Soldaten und bittet sie um Vergebung für alles Übel, das ihr durch einen Betrug, d. h. durch Einprägung der Vorstellung, daß der dem Kaiser geleistete Eid sie zum Gehorsam verpflichte ihnen angetan habt — das ist der beste und ehrenhafteste Ausweg. Wer aber den Entschluß dazu nicht finden kann, der soll warten, bis ein Haufen Unbewaffneter ihm gegenübersteht, und sich dann weigern, den Befehl zum Schießen zu erteilen!"

Noch unverzeihlicher war es, daß Tolstoi während des japanischen Krieges in russischer und französischer Sprache eine Broschüre veröffentlichte, in der er Offiziere und Soldaten der Armee, die gegenwärtigen und die künftigen, aufforderte, die Waffen niederzulegen und in die Heimat zurückzukehren! Man kann dieses Treiben, dem gleichlautende Forderungen der russischen Sozialrevolutionäre parallel gingen, wohl nicht anders denn als landesverräterisch bezeichnen. Aber auch hiermit hat die zersetzende Tätigkeit Tolstois ihren Höhepunkt nicht erreicht. Sie gipfelt in einer im vorigen Jahre erschienenen Broschüre „Über die Bedeutung der russischen Revolution"*) in welcher ausgeführt wird, daß alle in der Welt bestehenden Staatsformen gleich verwerflich seien, und daß durch das allgemeine Wahlrecht das Übel noch schlimmer geworden sei. Wer an der Entstehung von Gesetzen in irgendwelcher Form teilnehme, mache sich zum Mitschuldigen an den aus ihnen entspringenden Gewaltsamkeiten. Denn alle Gesetze, deren Beobachtung erzwungen werde, seien unsittlich,

*) Deutschland und die große Politik, Band VII, S. 15 ff.

und was man Zivilisation nenne, sei nichts anderes als Verworfenheit. Für das russische Volk gebe es nur eine Rettung: es solle weder seiner Regierung gehorchen, noch sich nach dem Vorbilde des Abendlandes organisieren, denn eine Volksvertretung sei noch gewaltsamer als ein Monarch. Verweigerung des Gehorsams! — das ist seiner Weisheit letzter Schluß. Alle Übel: Abgaben, Militär, Beamte, Grundeigentum und mit ihnen alles Elend würden dann schwinden, alle Menschen zu Bauern werden. Der Ackerbau aber brauche weder Kunst noch Wissenschaft, noch Industrie, noch die lügnerische und schädliche Zivilisation! Was die Obrigkeit verlange, sei Sünde, wer sich von der Sünde frei halten wolle, versage ihr den Gehorsam!

Man wird wohl zugeben, daß diese Aufforderung zu prinzipiellem und stetem Ungehorsam weit schlimmer ist als jener Aufruf der Wiborger, der eine einmalige Versagung aller Leistungen verlangte, um die Regierung, wie es bereits einmal geschehen war, zum Nachgeben zu zwingen. Und nun fragen wir, kann man den Grafen Tolstoi freisprechen von einer Mitschuld an den Soldatenmeutereien und Bauernrevolten, die so unsägliches Unheil über Rußland gebracht haben? An all dem Blute, das damals von den Bauern in bestialischer Erregung vergossen worden ist, und wiederum an all dem Blut, das bei der Pflicht der Regierung, die staatliche Ordnung herzustellen, vergossen werden mußte, hat der Graf Leo Tolstoi seinen Anteil.

Mit welchem Rechte tritt er als Ankläger auf? Es steckt eine ungeheuere innere Unwahrheit in seinem Treiben, und er hat nicht einmal die Entschuldigung aufzuweisen, daß er als weltfremder Theoretiker einer Utopie nachgeht. Vor seinen Augen hat sich der große Generalstreik abgespielt, in dem, nach seinem Rezept, plötzlich alles dem Staate Arbeit und Gehorsam versagte, und um Jasnaja Poljana herum hat er Greuel der Bauernaufstände kennen gelernt — noch immer geht keine Woche hin, ohne von neuen ruchlosen Morden der Revolutionäre oder von Verschwörungen zum Umsturz des Staates Nachricht zu bringen. Wie darf er erwarten, daß der Staat sich seiner Pflicht, zu strafen, entzieht?

Wir wollen uns kein Urteil darüber erlauben, ob es nicht möglich wäre, häufiger Gnade walten zu lassen; dazu müßte man die Vergehen kennen, die der Strafe vorausgingen. Ungesühnt dürfen sie unter keinen Umständen bleiben, wenn Rußland ein Staat bleiben will. Aber freilich, Tolstoi sagt: „Rußland, das ihr durch euren Gehorsam aufrecht

erhaltet, ist nicht nur ein großes Übel, sondern noch dazu eine große Sünde." Wir möchten dagegen die Behauptung setzen, daß der größte Sünder an Rußland der Graf Tolstoi ist.

Nun hat das Komitee, das die Vorbereitungen zu seinem auf den 9. September d. J. fallenden 80. Geburtstag trifft, wie es heißt, beschlossen, seine populären Schriften in einer Volksausgabe neu herauszugeben. Es wäre das schlimmste Geschenk, das dem russischen Volke gemacht werden könnte. Bei uns kennt man fast nur den Dichter Tolstoi, und man schätzt ihn mit Recht hoch, wenn auch das Tendenziöse seiner letzten Romane bereits sehr aufdringlich wirkt. An den Dichter aber wollen wir uns halten; eine Einwirkung seiner politischen Ideen auf irgendeinen der abendländischen Staaten ist völlig ausgeschlossen.

Uns bleibt nur wenig Raum für weitere Betrachtungen. Auch läßt sich nicht viel Neues berichten. In Marokko ist die Entwicklung um keinen Schritt weiter vorgerückt. Die Entscheidung kann fallen, wenn die Truppen beider Sultane einander gegenüberstehen. Weil es aber in solchem Falle keineswegs unmöglich ist, daß die Mahalla Abdul Asis' zu Mulay Hafid übergeht, ist uns zweifelhaft, ob es zu einem Zusammenstoß kommen wird. Abdul Asis konnte es vorziehen, im Schutze des von den Franzosen okkupierten Gebietes zu bleiben.

Die Reise des Präsidenten der französischen Republik, die am 18. von Dünkirchen begann, wird neben der Entrevue in Reval noch zu Besuchen in Stockholm und Kopenhagen führen. An der Weltlage wird dadurch nichts geändert. Ob eine Zusammenkunft zwischen König Eduard und Kaiser Wilhelm stattfinden wird, hängt wohl von bestimmten Voraussetzungen ab und steht heute noch nicht fest. Ebensowenig läßt sich Gewisses über die mazedonische Reformfrage sagen. Nur das dürfte sicher sein, daß die Pforte Anträge ablehnen wird, die eine Minderung der Souveränitätsrechte des Sultans bedingen. Die neuerdings durch mehrere Morde eingeführte jungtürkische Bewegung wird von dem in Paris residierenden „Comité Ottoman d'Union et de Progrès" dirigiert. Es ist eine durchaus revolutionäre Organisation, die sich das Ziel setzt, dreierlei zu erlangen: 1. die Abdankung des Sultans Abdul Hamid, 2. eine radikale Änderung des gegenwärtigen Regiments, 3. Einführung einer parlamentarischen Verfassung. Als Maßregeln zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt das leitende Komitee: bewaffneten Widerstand

gegen die Regierung, Generalstreik, Verweigerung der Abgaben, Propaganda in der Armee: die Soldaten sollen aufgefordert werden, weder gegen die Bevölkerung, noch gegen die Revolutionäre vorzugehen; allgemeiner Aufstand, endlich andere Kampfesmittel nach Lage der Verhältnisse. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Es lebe die Verbindung der revolutionären Kräfte!" Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß die Ausführung dieses Programms nicht nur den Niedergang, sondern den Untergang der Türkei als einer politischen Selbständigkeit bedeuten und die allergefährlichsten politischen Probleme heraufbeschwören würde. Es liegt im Interesse des allgemeinen Friedens, daß diese mit Meuchelmorden eingeleitete Aktion in ihren Keimen erstickt werde.

Die Wirren in Persien, die vorübergehend durch die Erfolge des Schah überwunden schienen, sind aufs neue zu blutigem Ausbruch gekommen. In Täbris hat die Revolution gesiegt, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie noch weiter an Boden gewinnt. Hier wie in Marokko sind die an Ort und Stelle lebenden Engländer mit der Politik ihrer Regierung wenig zufrieden, aber Sir Edward Grey hält an den Stipulationen seines Abkommens mit Rußland fest, und so werden Gegensätze, die unter anderen Verhältnissen unzweifelhaft zu ernsten Konflikten geführt hätten, in Güte ausgeglichen, was nicht immer ganz leicht ist.

Daß übrigens das Mißtrauen in gewissen englischen Kreisen noch immer lebendig ist, beweist der Entschluß der indischen Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die aus Indien an die russische Grenze führenden eingleisigen Bahnen zu zweigleisigen auszubauen.

Die Unruhen unter den Hindus dauern immer noch fort. Großes Aufsehen erregt der Prozeß von Tilak, namentlich in den Kreisen der Braminen. Aber unzweifelhaft wird Tilak verurteilt werden, obwohl er sich mit großem Geschick und großer Kühnheit verteidigt.

In Hinterindien ist es den Franzosen glücklich gelungen, den Schuldigen an der Massenvergiftung französischer Soldaten in Hanoi ausfindig zu machen. Es war ein Koch, der jedoch zahlreiche Mitverschworene gehabt zu haben scheint.

Noch immer macht in Amerika die Frage der brasilianischen Schiffsbestellung viel Aufsehen. Die Diskussion

wird in der Presse nicht ohne Gereiztheit geführt. Die Blätter der Vereinigten Staaten halten den Brasilianern vor, daß sie bereits eines der in England gebauten Schiffe an Japan verkauft hätten, die Brasilianer erwidern, daß sie sich eine Kontrolle ihrer Flotten durch die Vereinigten Staaten nicht gefallen ließen, und drohen mit handelspolitischen Repressalien. Aller Wahrscheinlichkeit nach führt aber dieser Zeitungskrieg bald zu einem Stillstande und dann zu einem Frieden. Das Charakteristische ist dabei das immer noch in Amerika lebendige Mißtrauen gegen Japan.

In England herrscht jetzt eine lächerliche Spionenriecherei in den Zeitungen, besonders in „Times" und „Standard" vor. Man erinnert sich jedes Fremden, der mit einem photographischen Apparat gereist ist, findet jeden nichtenglischen Automobil- oder Radfahrer verdächtig und erkennt in all diesen Fremden verkappte deutsche Spione. Was würde man erst in England denken, wenn die glückliche Insel ein Land der Mitte wäre wie Deutschland, das von allen vier Himmelsrichtungen her durchquert wird, und wo es keinen irgend präsentablen Fleck Erde gibt, der nicht gezeichnet, gemalt oder photographiert worden wäre! Und nun denke man an die wirklichen Spione, die wir jahraus, jahrein vor unseren Gerichten müssen aburteilen lassen: französische, russische und, wenn wir uns nicht sehr täuschen, auch englische. Aber wir haben niemals gehört oder gelesen, daß in Deutschland darüber auch nur ein Wort verloren worden wäre. Dagegen würden die englischen Zeitungsberichte über deutsche Spione einen unvergleichlichen Stoff für unsere Witzblätter geben. Sie lassen sich ihn hoffentlich nicht entgehen.

23. Juli 1908. Bruch zwischen Holland und Venezuela.
24. Juli. Die Jungtürken proklamieren die Verfassung von 1876. Abdul Hamid ordnet die Berufung eines türkischen Parlaments an.
Präsident Fallières in Stockholm. Unruhen in Indien.
25. Juli. Amnestierung der politischen Gefangenen durch den Sultan, Aufhebung von Geheimpolizei und Zensur.
27. Juli. Zusammenkunft Fallières' mit dem Zaren vor Reval.
Sir Edward Grey bestreitet, daß England darauf ausgehe, Deutschland zu isolieren.
28. Juli. Erledigung der Grenzregulierung zwischen Französisch-Kongo und Kamerun.
29. Juli. Rückkehr Kaiser Wilhelms von der Nordlandsreise.

29. Juli 1908.

Die große Überraschung, welche die Wandlung der Türkei in einen Verfassungsstaat der Welt gebracht hat, tritt wohl am deutlichsten in der Tatsache hervor, daß die Presse aller Mächte noch ziemlich unsicher an dem Problem herumtastet, das durch diesen neuen Faktor der großen Politik ins Leben gerufen ist. Läßt sich eine gewisse Analogie mit den beiden anderen jüngst entstandenen Verfassungen, der russischen und der persischen, auch nicht übersehen, so treten die Unterschiede doch stark hervor. In Rußland hat der Gedanke des Übergangs zu einem Verfassungsleben zuerst den Herrschern gehört. Sowohl Alexander I. wie Alexander II. haben ihn sehr ernstlich erwogen, und es sind im Grunde ihre Gedanken gewesen, die durch die russische Revolution schließlich in die politische Wirklichkeit eingeführt wurden. Unter welchen Erschütterungen und Schwankungen in beiden Lagern, dem der Regierung wie dem der drängenden liberalen und revolutionären Kräfte, braucht wohl nicht wiedererzählt zu werden. Es ist ein Teil der jüngsten Vergangenheit, die alle Welt mit — fast könnte man sagen „fiebrischem" Interesse verfolgt hat. Was schließlich Staatsgrundgesetz wurde, war ein aus der Initiative des Monarchen hervorgegangenes Kompromiß des Staatsgedankens, wie er bisher verstanden worden war, mit den neuen Strömungen, die sich Bahn gebrochen haben. Aber zwei Volksvertretungen mußten aufgelöst werden, ehe das Volk und seine Abgesandten in der dritten Duma sich mit diesem Kompromiß

zufrieden gaben. Auch in Persien ging auf einen Druck, den die liberalen und radikalen Elemente des Staates ausübten, die Verfassung aus der Initiative des Staatsoberhauptes hervor, aber es scheint, daß dieses Zugeständnis keinen Augenblick ernst gemeint gewesen ist, und das Verhalten des Schah, der mit seinen Verfassungseiden in unerhörter Weise spielt, hat dahin geführt, daß eine blutige, noch nicht überwundene Krisis das Land einer völlig unsicheren Zukunft entgegendrängt, die nicht nur jene Verfassung, sondern die Existenz der kadscharischen Dynastie und die staatliche Selbständigkeit Persiens in Frage stellt.

Die türkische Verfassung ist bekanntlich nicht im eigentlichen Sinne des Wortes als neu zu bezeichnen. Sultan Abdul Hamid selbst hat sie, so wie sie jetzt proklamiert wurde, am 23. Dezember 1876 an der Schwelle des russisch-türkischen Krieges seinem Volke verliehen. Aber sie ist nur wenige Monate in Wirksamkeit gewesen. In den Wirren des Krieges und den ungemein schwierigen politischen Verhältnissen, die danach folgten, nahm der Sultan seine unumschränkte Machtfülle wieder auf, und diejenigen Türken, die auf Wiederherstellung der Verfassung drangen, sind als Jungtürken der Gegenstand einer ebenso konsequenten wie rücksichtslosen Verfolgung gewesen. Diese jungtürkische Partei, die fast ausschließlich aus europäisch gebildeten Exulanten bestand, hatte ihren Mittelpunkt in Paris und war, was nicht scharf genug hervorgehoben werden kann, eine nationale Reformpartei und nicht antidynastisch. Aber wie es zu geschehen pflegt, schlossen sich an sie direkt revolutionäre Gruppen, die vom Umsturz die Verwirklichung ihrer besonderen Pläne erwarteten, und aus diesen Kreisen ist jener viel verbreitete Aufruf ausgegangen, der für die Türkei eine Verfassung und zugleich die Absetzung des Sultans verlangte. Wir finden also zwei Gruppen am Werke: die revolutionäre antidynastische, deren Wortführer zum Teil Armenier und Juden sind, und die eigentlichen Jungtürken, die, wie sich nachträglich herausstellt, in der türkischen Armee unter den Offizieren überaus zahlreiche Anhänger hatten. Daß diese Partei siegte und ein Regiment nach dem anderen ihr zufiel, hat dann den Entschluß des Sultans bestimmt, bevor ein wirklicher Zwang auf ihn ausgeübt wurde, von sich aus auf die Verfassung vom 23. Dezember 1876 zurückzugreifen und sich damit gleichsam selbst an die Spitze der Bewegung zu stellen. Daß ihm dieser Entschluß nach einem 31jährigen autokraten

Regiment nicht leicht gefallen ist, wird man verstehen. Es soll zu leidenschaftlichen Verhandlungen gekommen und die schließliche Entscheidung dadurch herbeigeführt worden sein, daß die Albaner sich für die Jungtürken erklärten und daß der Scheich ul Islam durch ein Fetwa den kleinasiatischen Truppen untersagte, die europäischen Regimenter zu bekämpfen, die sich dem Verfassungsgedanken angeschlossen hatten. Die historische Seite dieser Ereignisse, deren bereits von der „Kreuz-Zeitung" erzähltes Detail wir übergehen, wird sich noch vielfach ergänzen und wohl auch in wesentlichen Punkten zurechtsetzen lassen. Wir können nur wiedergeben, was heute Wirklichkeit zu sein scheint. Das Wesentliche ist, daß an der dynastischen Treue der türkischen Truppen nicht gezweifelt werden kann, daß demgegenüber die Elemente, die eine Revolution quand même erstreben, in den Hintergrund gedrängt sind, und daß der Sultan die Verfassung wirklich ins Leben zu führen entschlossen ist. Was nun diese Verfassung selbst betrifft, so sind ihre wesentlichen Artikel (im ganzen sind es 119) bereits mitgeteilt worden. Sie zeigen uns mit geringen Varianten das Bild einer konstitutionellen Staatsordnung mit zwei Kammersystemen und den üblichen Garantien der individuellen Freiheit und Rechtssicherheit. Doch wird es nützlich sein, ausdrücklich hervorzuheben, was dem Sultan an souveränen Rechten bleibt: der Sultan ist, als oberster Kalifa, Schutzherr der muselmännischen Religion. Er ist Souverän und Padischah aller Osmanen. Er ist unverantwortlich, seine Person geheiligt. Zu den souveränen Rechten des Sultans gehört: Ernennung und Entlassung der Minister; er verleiht Würden, Ämter und die Insignien seiner Orden; er investiert die Oberhäupter der privilegierten Provinzen in den Formen, die ihnen durch ihre Privilegien verbürgt sind; er läßt die Münzen schlagen; sein Name wird in den Moscheen während der öffentlichen Gebete genannt; er schließt Verträge mit den Mächten und erklärt Krieg und schließt Frieden; er befehligt die Landtruppen und die Kriegsflotte und ordnet die Bewegungen der Truppen an; er läßt die Verordnungen des Sheri (des heiligen Gesetzes) ausführen; er verfaßt die Vorschriften für die öffentliche Verwaltung; er erläßt oder lindert die von den Kriminalgerichten verhängten Strafen; er beruft und vertagt das Parlament (l'Assemblée Générale), löst, wenn er es für nötig hält, die Kammer der Abgeordneten auf und läßt danach zur Neuwahl von Deputierten schreiten. Das gibt in seiner Summe durchaus die Möglichkeit, auch mit dem Parlament eine

kraftvolle Regierung zu führen, und da der Sultan sich mit außerordentlicher Schnelligkeit entschlossen hat, die nächst der Verfassung vornehmsten Wünsche der Jungtürken zu gewähren: allgemeine Amnestie und Aufhebung der geheimen Polizei, so liegt aller Grund zur Hoffnung vor, daß in der Tat die türkische „Revolution" im wesentlichen ihren Abschluß gefunden hat. Was beginnt, ist eine neue Zeit, von der sich hoffen läßt, daß die Klugheit des Sultans und der Patriotismus der jetzt in den Vordergrund rückenden neuen Elemente sie zu einer Zeit nationalen und sittlichen Aufschwungs machen wird. Wir haben niemals die hochfahrende Ansicht vertreten, daß der Islam sich überlebt habe und einem unabwendbaren Niedergange entgegensehe. Auch in ihm ruht ein Teil der ewigen Wahrheiten, und wenngleich wir für völlig ausgeschlossen halten, daß eine Periode der Ausbreitung des Islam auf Kosten christlicher Staaten wiederkehren könnte, so halten wir doch ein friedliches Nebeneinander von Christen und Moslem für sehr möglich und politisch für überaus wünschenswert. Die Politik, die sich das Ziel setzt, den Islam zu assimilieren, hat, wie die Geschichte von 13 Jahrhunderten bewiesen hat, keine Erfolge zu erwarten. Die Versuche, die neuerdings nach dieser Richtung gemacht worden sind, können zu Scheinerfolgen führen, tragen aber den Keim weitgreifender Verwicklungen und schließlichen Mißerfolges in sich. In Frankreich und England denkt man anders, aber die Geschichte hat ihr letztes Wort noch nicht gesprochen.

Zunächst wird es darauf ankommen, daß man der Pforte Zeit läßt, sich zu sammeln, und daß sie die finanziellen Hilfsmittel findet, die zur Ausführung der bevorstehenden Reformen unerläßlich sind, und dazu scheint gute Aussicht vorhanden. Die offiziellen Äußerungen der großen Mächte zeigen sich, soweit wir sie übersehen können, der Pforte freundlich gesinnt; man wird sie nicht drängen und will zunächst sehen, wie sie der mazedonischen Wirren Herr wird. In je größerer militärischer Stärke sie dort auftritt, desto mehr Aussicht hat sie, daß das Bandenwesen von selbst aufhört. Den Starken pflegt man zu respektieren. Aber freilich bleibt die eine große Sorge, woher für die Verwaltung die Männer genommen werden sollen, die in integrer Weise ihrer Amtes walten. Die Lösung dieser Aufgabe wird die wichtigste sein, die zunächst dem Sultan und seinen Ratgebern vorliegt. Vielleicht hat der Erlaß einer allgemeinen Amnestie gerade nach dieser

Richtung hin Aussichten eröffnet, die früher nicht bestanden, denn unzweifelhaft ist eine große Zahl anständiger und patriotischer Türken dem bösen System der Spionage und Gegenspionage zum Opfer gefallen, das in der inneren Politik der Türkei eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat.

Wir wünschten zugleich, daß die ungebetenen Mitregenten des Sultans, die „Balkankomitees" aller Färbungen, ihre Tätigkeit ruhen ließen; sie haben stets nur Unheil angerichtet, und ebenso die Verleumder von Beruf, wie Herr Wesselitzki, der das Band zwischen der russischen und der englischen Hetzpresse schlingt. Seine neueste Leistung ist ein Londoner Telegramm folgenden Wortlauts:

„Die Führer der Jungtürken haben Deutschland in Verdacht, daß es sich neue Verwaltungsfunktionen in Palästina und in einem Teile Mesopotamiens zuweisen lassen will. Die Reaktion gegen Deutschland zeigt sich auch im Yildiz. Der gestürzte Großvesir Ferid Pascha war ein eifriger Parteigänger der deutschen und österreichischen Anschläge. . . Der neue Vesir dagegen ist als ein Anhänger Englands bekannt. Wie viel könnten jetzt die Vertreter der drei Ententemächte am Bosporus erreichen, wenn sie dort gemeinschaftlich handeln wollten im Geiste jener Entente, ohne sich durch Meinungsverschiedenheiten trennen zu lassen! Munir Bei wird aus Belgrad nach Bukarest reisen, ohne Sofia zu berühren. Die slavischen Gesinnungen der Serben lassen hoffen, daß Serbien nicht die Fehler Griechenlands wiederholen wird. Die jungtürkische Bewegung bringt die Londoner Politiker in völlige Verwirrung. Vorgestern fand eine außerordentliche Sitzung des Balkankomitees statt, um über die Lage zu beraten, und gestern versammelten sich „Experten in der Frage des nahen Orients". Ich war zu beiden Versammlungen geladen und legte meine Ansicht dar: die europäischen Mächte sollen nicht in die inneren türkischen Angelegenheiten eingreifen und nicht gegen den Strom der nationalen türkischen Bewegung schwimmen; sie sollen aber auch nicht erwarten, daß diese Bewegung für die Christen der Türkei etwas Gutes bedeute. Die konstitutionelle Türkei wird ein zweites Ungarn werden und wird die Nichttürken gewaltsam zu Türken machen."

Nun, die Herren vom Balkankomitee täten wohl nach der furchtbaren Bloßstellung, die ihnen die bekannte bulgarische Denkschrift bereitet hat, am besten, wenn sie sich auflösen wollten. Es geht von ihrer

Tätigkeit ein Blutgeruch aus, der nicht fortzuschaffen ist, und auch das offizielle England täte gut, sich von ihnen loszusagen. Es hat ja ohnehin Schwierigkeiten genug im eigenen Hause, so daß es sie nicht in der Ferne künstlich zu appretieren braucht. Es macht sich immer mehr geltend, daß im Kabinett zwei Fraktionen einander gegenüberstehen: die radikalen und die gemäßigten. Die ersteren werden von Winston Churchill, dem Sohn von Lord Randolph Churchill, und von M. Lloyd George, dem alten Feuerkopf, geführt, der zu der Arbeiterpartei und zu den englischen Sozialisten in Beziehung steht. Asquith und seine näheren Anhänger aber wollen mit den Sozialisten keinerlei Gemeinschaft pflegen. In den Fragen der Armee und Marine wie in der Frage der Arbeiterfürsorge sind diese Gegensätze scharf aneinandergeprallt, und wenngleich es als sicher gelten kann, daß der Sieg bei Asquith bleibt, ist es doch nicht ausgeschlossen, daß darüber eine Neubildung des Kabinetts notwendig wird, oder gar, daß die liberale Partei schließlich in zwei Lager auseinandergeht. Das aber würde die Aussichten der Konservativen erheblich stärken. Nicht ohne psychologisches Interesse ist übrigens, daß der heutige englische Ministerpräsident im Jahre 1897 der Anwalt von Bal Ganghadar Tilak gewesen ist, also von eben jenem Braminen Tilak, der auf Grund der heute in Indien geltenden Ausnahmegesetze für Preßvergehen zu 6 Jahren Deportation und zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt worden ist. Tilak gab in Punah zwei Zeitungen heraus, den „Kesari" in mahrattitischer Sprache, und den „Mahratti" englisch. Was man ihm vorwarf, ist Aufreizung der Inder gegen die englische Obrigkeit. Nach den liberalen englischen Blättern finden wir jedoch nur scharfe Angriffe gegen die englische Bureaukratie und die Forderung einer Teilnahme der Eingeborenen an der Verwaltung und Regierung des Landes. Aber das neue englische Preßgesetz ist von drakonischer Strenge, und so wird der tapfere alte Mann wohl seine Augen irgendwo in einer fernliegenden britischen Kolonie schließen müssen. Der „Gaelic American", das amerikanische Organ der Iren, das mit tödlichem Haß die Engländer verfolgt, spricht die Vermutung aus, daß man durch die Verhaftung Tilaks die Mahratten zu einer vorzeitigen Erhebung habe reizen wollen, um sie danach niederzuschlagen. Aber das werde nicht geschehen, die Mahratten und die übrigen Inder würden ihrer Stunde warten. „Nichts würde der eng-

lischen Regierung mehr gefallen, als in Indien „ein Ende gemacht zu haben", bevor sie durch die Verwicklung gebunden ist, die sie mit ihrem neu gefundenen Freunde Rußland und mit der von der jüdischen Finanz gerittenen französischen Republik im türkischen Reich vorbereitet. Unser Rat an das indische Volk ist derselbe, den wir immer gegeben haben, zum Boykott, zu passivem Widerstande, zu fester Organisation und Propaganda zu greifen, so daß, wenn die Gelegenheit sich bietet — und sie tritt ein, sobald England mit einer Großmacht „engagiert" ist — sie sich in voller Stärke erheben und sich und ihr Land von den fremden Entweihern ihres Bodens befreien können". Dies ist nur ein Satz aus einem umfassenden Artikel, ein Widerhall der Stimmung, die in Indien vorherrscht, vielleicht unter der Nachwirkung der Rede geschrieben, die Lord Cromer am 20. Juli im Oberhause hielt, und die in der Tat die Vorstellung erwecken konnte, daß England im Begriff stehe, einer Großmacht den Handschuh hinzuwerfen. Übrigens ließen sich ähnliche Stimmen, wie die Tilaks, neuerdings auch im „Etendard Egyptien" vernehmen, der von den 250 (!) Millionen entschlossener und solidarischer Muselmänner spricht, die ein fremdes Joch nicht länger tragen wollen, und immer aufs neue die Räumung Ägyptens verlangt. Erst durch den „Gaelic American" haben wir auch von einer neuen Home Rule-Bewegung erfahren, die in Schottland im Gange ist. Am 26. Mai hat Mr. Duncan Vernon Pirie, Kapitän der 3. Husaren, Adjutant Grahams in Ägypten, danach Gehülfe des Gouverneurs von Ceylon und Teilnehmer am Burenkriege, mit 11 anderen Schotten im Unterhause einen Antrag auf Home Rule für Schottland eingebracht, der bestimmt ist, ein besonderes schottisches Parlament zu konstituieren, dem die Gesetzgebung in allen besonderen schottischen Angelegenheiten zufallen soll.

Nun glauben wir nicht, daß dieser Antrag Aussicht hat, durchzudringen, aber auch er ist ein Symptom der zentrifugalen Bestrebungen, die durch das ganze britische Reich ziehen, wenn sie auch nicht überall deutlich an die Oberfläche treten. In Südafrika z. B. herrscht unzweifelhaft eine loyale Stimmung dem Empire gegenüber, aber den besonderen Wünschen Englands tritt ein sehr bestimmter Eigenwille entgegen. Als Lord Methuen in Prätoria mit dem Antrage hervortrat, den Freiwilligenkorps, die in Südafrika wie jetzt in England beliebt geworden sind, einen Nachwuchs zu sichern, indem die

Schulkinder als Kadetten für diesen Freiwilligendienst vorbereitet werden, da nahm der Widerspruch einen leidenschaftlichen Charakter an. Der „Highfeld Herald", ein in englischer Sprache erscheinendes Organ von „Het Volk", erwiderte, es sei nicht einzusehen, gegen welchen Feind man rüsten solle. Aus den Wolken, wie die Heuschrecken, könne eine fremde Armee nicht kommen. Aus Deutsch-Südwestafrika gleichfalls nicht, so lange die Kalahari — Kalahari bleibe; auch wüßten „our English friends" ja aus eigener Erfahrung, daß man ein Land nicht durch Sendung einiger Kompagnien Soldaten oder Matrosen annektieren könne. Der Hinweis auf eine mögliche Erhebung der Schwarzen aber sei eine Frivolität. Als die ersten Weißen ins Land kamen, hätten sie mit ihren schlechten Waffen, trotz ihrer geringen Zahl, die Schwarzen überall unterworfen und ihnen den Weg zur Zivilisation erschlossen. Das habe zwar Anwendung von Macht erfordert und Blut gekostet, aber seit einmal die weiße Bevölkerung sich in Transvaal organisiert hatte, habe keine Erhebung der Eingeborenen den Staat oder das Leben der Buren bedroht. Dank der klugen Politik ihrer Führer seien auch lokale Erhebungen immer seltener geworden, ein großer Teil der Schwarzen lebte in halb zivilisiertem Zustande in Mitte der Weißen, ohne Waffen und ohne Lust zu kämpfen. Das jetzt umlaufende Gerede von einer Art heiligen Krieges, den schwarze Missionare gegen die Weißen predigten, sei leeres Geschwätz. Aber leider sei durch Schuld der englischen Politik der Stammeszusammenhang nicht gebrochen, und das sei die Ursache der Zulurebellion in Natal. Abgesehen von den Basutos, seien die Zulus der mächtigste und kriegerischste Stamm. Dinizulu besitze großen Einfluß, und doch sei seine Erhebung gescheitert. Ein paar Weiße seien ermordet worden, ein paar Kraals verbrannt; die Zulus hätten den größten Teil ihres Viehes verloren, und damit war die Sache erledigt. Also auch mit dieser Gefahr sei es nichts. Als einzig möglicher Feind bleibe demnach Amerika, das sich aber bei einem Kriege mit England auf Kanada, nicht auf Südafrika werfen werde. „Kurz, wir kommen zu folgendem Schluß: zu sagen daß die Freiwilligen gegen einen inneren Feind notwendig sind, ist stupid. Es ist noch stupider zu behaupten, daß man ihrer gegen einen auswärtigen Feind bedarf. Da es also einen Grund für ihre Existenz nicht gibt, ist ihre Existenz an sich eine Stupidität. Sie kostet uns aber 100 000 Lstr. jährlich, und die sind abzuschaffen, es sei denn, daß sie als freiwillige

Kontribution aus den Taschen von Imperialisten fließen, deren Patriotismus in Glühhitze geraten ist. In solchem Falle haben wir gegen ihren Freiwilligensport nichts einzuwenden."

Das ist recht südafrikanisch grob, paßt aber nicht in die imperialistische Atmosphäre Altenglands. Wenn sie von England ausströmt, gelangt sie offenbar sehr abgekühlt in den Kolonien an. Wir in Europa fühlen noch ihre volle Glut. Es ist aber nicht Großbritannien, sondern England, das sie produziert; damit kann gerechnet werden. In Summa: all der Lärm der Zeitungen und der Tisch- und Volksredner imponiert uns wenig, und ebenso wenig der Kranz von Allianzen, mit denen England bemüht ist, sich zu schmücken. Er könnte schneller welken, als man in London voraussetzt.

30. Juli 1908. Kämpfe zwischen Anhängern des Schah und persischen Konstitutionalisten. Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und Militär in Draveil-Vigneux.
31. Juli. Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Haiti.
1. Aug. Vertagung des englischen Parlaments.
2. Aug. Konstituierung des Ministeriums Said-Pascha in der Türkei. Tewfik Pascha, Minister des Auswärtigen.
3. Aug. Besuch des deutschen Kaiserpaares in Stockholm.

5. August 1908.

Was irgend aus der Revaler Zusammenkunft journalistisch gemacht werden konnte, finden wir in den französischen Zeitungen mit außerordentlicher Breite dargelegt. Nicht weniger als 22 Blätter hatten ihre Reporter in die alte Ordens- und Hansestadt geschickt, damit sie als Zeugen über die Zusammenkunft des Präsidenten der französischen Republik mit dem Zaren berichten konnten. Natürlich konnten sie nichts mehr als die Äußerlichkeiten sehen, und die sind dann mit französischem Geschick appretiert den Lesern vorgeführt worden. Im Hintergrunde die Türme der alten Stadt, die noch heute so stolz wie vor 700 Jahren auf das Meer hinausblickt, im Vordergrunde die russischen und die französischen Schiffe, die ihre Begrüßungen austauschten — endlich die Reden, die von Kaiser und Präsidenten, wie üblich nach vorher festgestelltem Text, gesprochen wurden und der Welt nicht mehr sagten, als sie schon vorher wußte. Dasselbe aber gilt von den Besuchen Fallières in Kopenhagen, Stockholm und Christiania. Es hat sich für diese periodisch wiederkehrenden Höflichkeiten schon ein festes Programm ausgebildet, das gewissenhaft eingehalten wird; an der Weltlage ändern sie nichts, es läßt sich nicht einmal sagen, daß sie ein sicheres Material zur Beurteilung der augenblicklichen Lage bieten.

Seit die Besuche König Eduards und des Präsidenten der französischen Republik in den Gewässern von Reval stattfanden, hat sich das Problem, das die Aufmerksamkeit der Diplomatie zumeist in Anspruch nahm, die mazedonische Frage, völlig gewandelt. Schon

die Veröffentlichung des bulgarischen Geheimberichts brachte eine überraschende Wendung, weil sie einerseits den aggressiven Charakter der bulgarischen Politik bloßlegte, andererseits zeigte, daß englische Staatsbeamte die auf einen Krieg mit der Türkei hinarbeitende Tätigkeit des Londoner mazedonischen Komitees nach Kräften ermutigten und förderten. Dann aber folgte die alle Welt überraschende Wendung des Sultans, der sich rechtzeitig an die Spitze der ihm aufgenötigten konstitutionellen Bewegung stellte und über Nacht jenen türkischen Verfassungsstaat ins Leben rief, mit dem, als mit einer politischen Tatsache, jetzt gerechnet werden muß. Da nun feststeht, daß auf den Zusammenkünften vor Reval über die mazedonische Reformfrage vornehmlich verhandelt worden ist, ergibt sich, daß ein wesentlicher Teil dieser Verhandlungen pro nihilo geführt wurde, und daß man in Petersburg wie in London und Paris genötigt sein wird, sich umzudenken. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß man der Pforte Zeit geben muß, zu zeigen, wie sie ihren Entschluß, von innen heraus das Reich zu reformieren, betätigen will. Obgleich wir nun die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hat, keineswegs geringschätzen, sind wir doch geneigt, ihr ein günstiges Prognostikon zu stellen, weil das Bewußtsein von dem Ernst der Lage wirklich vorhanden ist, und an dem Patriotismus des Sultans, der Armee wie auch der Führer der jungtürkischen Bewegung nicht gezweifelt werden kann. Die Verfassung aber hat ihnen die Vereinigungs- und Verständigungsformel gegeben, die bisher fehlte. Daß noch Mißgriffe zu erwarten sind, muß wohl angenommen werden. Es war schon ein arger Fehler, daß auch die Kriminalverbrecher aus den Gefängnissen entlassen wurden, und er läßt sich nur entschuldigen, wenn man sich erinnert, wie speziell in Mazedonien das politische Verbrechen mit kriminellen Ausschreitungen Hand in Hand zu gehen pflegte, so daß in der Tat die Scheidung schwierig gewesen sein mag. Die Zeit aber drängte, und so mag das Laufenlassen einiger hundert Diebe und Mordbrenner immer noch das mindere Übel gewesen sein. Die größere Gefahr liegt in den prinzipiell intransigenten Elementen, die sich den Jungtürken angeschlossen hatten und ihre besonderen destruktiven Zwecke verfolgten. Es scheint nämlich, daß in unbegreiflicher Torheit die Armenier, statt die Gunst der Lage zu nützen, um eine Versöhnung zu fördern, die ihnen Sicherheit und Einfluß geben würde, dahin arbeiten, die Revolution fortzusetzen und für ihre besonderen

zentrifugalen Bestrebungen auszubeuten. Ein solches Verhalten ließe sich nur als heller politischer Wahnsinn bezeichnen, unter dem niemand mehr leiden würde, als die Armenier selbst. Um so erfreulicher ist die Haltung der Griechen. Das abendländische Organ der Griechen, die alle 14 Tage in Paris erscheinende Zeitschrift „L'Hellénisme", die bisher als eine der schärfsten Gegnerinnen der türkischen Politik gelten konnte, akzeptiert die Wandlung, die sich vollzogen hat, rückhaltlos und hofft von ihr eine wirkliche Versöhnung der moslemischen und christlichen Untertanen des Sultans. In betreff der mazedonischen Frage meint „L'Hellénisme", daß sie jedenfalls nicht mehr als ein isoliertes Problem gestellt werden könne. „Die „Banden" sind plötzlich wie durch einen Zauberschlag verschwunden. Um so besser! Die lange Periode der Massakrierungen ist geschlossen. Herr Iswolski kann sein Reformprojekt beiseite legen, und Sir Edward Grey seine fliegenden Kolonnen vergessen, so lange die Hoffnungen nicht zerstört werden, die man auf die Zukunft setzt. Denn man darf wohl sagen, daß es fortan eine mazedonische Frage nicht mehr gibt, sondern nur noch eine Frage der Reichsreform, deren Lösung Aufgabe des Parlaments sein wird." Da das Parlament erst auf den 14. November einberufen ist, stehen wir vor einer Periode der Vorbereitung und Erwartung, in der es vor allem darauf ankommen wird, daß die militärische Disziplin wiederhergestellt und die staatlichen Autoritäten wieder zu normaler Wirksamkeit zurückgeführt werden. Beide Aufgaben lassen sich keineswegs mit Leichtigkeit lösen, und es wäre ein politisches Wunder, wenn nicht trotz allen guten Willens noch mehr als einmal fehlgegriffen werden sollte. Man wird daher nicht ungeduldig das Unmögliche erwarten dürfen. Ohne starke Erschütterungen findet der Übergang aus Tagen hoher Erregung zu den gesicherten Formen ruhigen Alltagslebens nicht statt. Die Beispiele dafür liegen ja in der allernächsten Vergangenheit und Nachbarschaft.

Von diesem allgemein gültigen Satz ausgehend, erwarten wir auch nicht, daß die verbissene Feindseligkeit, die uns von der russischen, französischen, englischen Presse entgegengetragen wird, nach den Frieden atmenden offiziellen Reden, die von den Oberhäuptern aller drei Staaten und von einem Teile ihrer Staatsmänner gehalten worden sind, verstummen werde. Es gibt in allen drei heute durch entente oder alliance verbundenen Reichen einflußreiche Gruppen, die den entschlossenen

Willen zeigen, sich von ihrem Haß gegen Deutschland nicht abdrängen zu lassen. So haben die Ehrensekretäre der „Imperial Maritime League", Harold F. Wyatt, L. Graham, H. Horton-Smith, am 30. Juli eine haßerfüllte Zuschrift im „Standard" veröffentlicht, in der sie gegen die Rede des Schatzkanzlers Lloyd George Protest einlegen, weil er die angeblich von außen drohende Gefahr für ein Phantom erklärte gegenüber der ausreichend gesicherten maritimen Übermacht Englands. Die Herren Ehrensekretäre nennen ihn deshalb einen bösartigen „Little England-welsh-political-Radical-Nonconformist"-Minister, der zum Unheil der Welt geboren sei. Daß er aber als Minister der Krone und speziell als Schatzkanzler eine so außerordentliche Faselei (extraordinary drivel) habe von sich geben können, das sei nicht weniger als ein verhängnisvolles Omen für England. Die Freude des Deutschen Kaisers und des deutschen Generalstabes über die Äußerungen dieses erstaunlichen Sohnes des unglücklichen England sei begreiflicherweise nicht gering gewesen, und man werde in Zukunft das Alterspensionsgesetz nennen müssen: „Gesetz zur Erleichterung der Eroberung Britanniens durch Deutschland". Daher sei fortan Mr. Lloyd George als das Haupt aller Todfeinde des Weltfriedens und seines eigenen Vaterlandes zu betrachten. Die Herren suchen darauf die Argumente zu widerlegen, mit denen Lloyd George die Fabel von Angriffsgelüsten Deutschlands gegen England zurückwies, und versteigen sich dabei zu der Behauptung, daß England in einer Lage nationaler Todesgefahr schwebe, und daß Deutschland vor leidenschaftlichem Verlangen berste, sein Gebiet zu erweitern (Germany is bursting with passionate desire to extend her dominions)! Um diese ungeheuerlichen Behauptungen recht zu würdigen, sei auf einen geistreichen Artikel hingewiesen, den Dr. Alexander v. Peez kürzlich im „Neuen Wiener Tagblatt" veröffentlicht hat. Er erzählt von einer Eisenbahnfahrt, die er mit einem Engländer machte, und wie dieser ihm erklärt habe, daß die insulare Lage Englands inmitten der See zwar in früheren Jahrhunderten einen Vorteil bedeutet habe, jetzt aber zu einem entschiedenen Nachteil geworden sei. Das Unglück liege nämlich darin, daß England sich nicht vergrößern könne. „Ich war — schreibt v. Peez — verblüfft und schaute auf... da ich aber den Ausdruck des Ernstes gewahrte, so erlaubte ich mir die Bemerkung: „Wenn meine statistischen

Erinnerungen mich nicht ganz im Stiche lassen, so haben Sie sich dennoch vergrößert, und zwar um das Neunzigfache des Mutterlandes." „Ganz recht", meinte nun der Engländer mit voller Ruhe. „Sie schildern die Wirklichkeit, aber Sie haben damit nicht auch das Mißverhältnis zugestanden, welches darin liegt, daß wir, auf einem so kleinen Boote im Ozean stehend, so weite, vielartige Landmassen und Völkergruppen regieren müssen?" Der Engländer wies dann darauf hin, wie, während die Staaten des Kontinents in ewigem Hader lagen, England Kolonien von eigenem Volkstum gegründet, Kultur verbreitet und Märkte erschlossen habe, die aller Welt, zumal aber den Deutschen, zugute gekommen seien. Diese Handlungsweise sei doch nicht so krämerhaft, wie man sie zu schildern beliebe.

Hier brach die Unterhaltung ab, und Peez legt uns nun die Gedanken dar, die sie in ihm anregte. Er erkennt an, daß allerdinge jenes Mißverhältnis bestehe, und daß England vielleicht nicht mit Unrecht in der Kleinheit des Mutterlandes eine Gefahr für die Erhaltung seines ungeheuren Besitzes erblicke. Als Mittel, ihr entgegenzuarbeiten, habe nun England seinen Blick auf die kleinen europäischen Staaten gerichtet. „Ihre Fürstenhäuser sucht es in sein Interesse zu ziehen, seine gesellschaftlichen Gewohnheiten und seine Sprache breitet es dort aus, es ist der große Bankier, beherrscht die Wirtschaft, dringt in die „öffentliche Meinung", gewinnt die Presse für sich, und seine Flotte läuft nach Belieben die Häfen an und zeigt in halbem Lichte ihre drohenden Feuerschlünde als letztes Mittel der Unterredung." An der Spitze dieser Klienten stehe Portugal, das einmal in irgend einer Form den Anschluß an Großbritannien finden werde. Günstiger lägen die verwandten Verhältnisse in Dänemark, Norwegen, Griechenland und noch etwas weiter in Belgien und Holland. Dynastische und wirtschaftliche Interessen, endlich die sorgfältig gepflegte Angst vor dem Deutschen Reiche, die virtuos geübt werde, wirkten dahin, die „Kleinen" in das englische Garn zu führen. Von Portugal, Dänemark, Norwegen und Griechenland ließe sich sagen, daß sie schon jetzt unter englischem Protektorat stehen. Sie bieten eine Bevölkerung von über 12½ Millionen Einwohner und ½ Million qkm Land. Belgien und die Niederlande seien noch selbständig, aber auch sie hätten die Kralle des Leoparden gespürt, die einen im Kongo, die anderen in Südafrika. Wenn nun im Laufe

der Zeit diese Mittelstaaten an England fielen, so wüchse dessen europäische Bevölkerung von 44 auf 70 Millionen, die Zahl der überseeischen Untertanen auf 415 Millionen. Die Mittel, mit denen England diesem Ziele zustrebe, seien: 1. die Seeherrschaft, 2. die Geldherrschaft, 3. die Herrschaft der kapitalistischen Großpresse, 4. die Handelspolitik. Das alles wird nun von Peez eingehend dargelegt, und wir bedauern, ihm nicht in größerer Ausführlichkeit folgen zu können, möchten aber bei diesem Anlaß darauf hinweisen, daß es in hohem Grade zu wünschen wäre, daß v. Peez seine historisch-politischen Aufsätze in Buchform zusammenfaßt. Sie verdienen durchaus, einem weiteren Leserkreise vorgeführt zu werden. Für heute lag uns nur daran, dem angeblichen Landhunger Deutschlands jene Bemühungen Englands gegenüberzustellen, die „smaller nations" sich zu eigen machen, was, wenn Deutschland entsprechende Schritte getan hätte, gewiß in London als unerhörte Gewalttat denunziert worden wäre. Es ist wohl verständlich, wenn bei uns, im Hinblick auf die Dinge, die sich vor unseren Augen in den letzten 5 Jahren vollzogen haben und noch vollziehen, die offiziellen Friedensreden der Lloyd George, Grey und Asquith weniger Eindruck machen als die Proteste, die ihnen entgegengesetzt werden, und an deren Aufrichtigkeit nicht gezweifelt werden kann. Eben jetzt veröffentlicht die „National Review" die phantastische Schilderung einer im August dieses Jahres erfolgten Invasion der deutschen Armee in England hinein, und der „Standard" einen Brief von Glendower C. Ottley, der auf die Autorität des ehemaligen französischen Marineministers Lockroy hin den deutsch-englischen Krieg als unvermeidlich bevorstehend ankündigt. Man weiß wirklich nicht mehr, was man von dem Geisteszustande und dem Selbstgefühl von Männern denken soll, die einem so krankhaften Verfolgungswahnsinn verfallen sind! Demgegenüber sei auf ein Wort hingewiesen, das Professor v. Schulze-Gaevernitz in seiner Prorektoratsrede in Freiburg i. B. gesagt hat. Er sprach über „England und Deutschland" und kam zum Schluß, daß die einzig gesunde Grundlage einer ehrlichen Verständigung mit England die deutsche Flotte sei. „Die deutsch-englische Frage ist dann beseitigt, wenn England im Kriege gegen uns einen zu großen Einsatz wagen müßte. Jedes Panzerschiff, das die deutsche Flagge über die Wellen trägt, ist eine neue Gewähr dafür, daß das englische Volk Deutschland als eine gleichberechtigte

Macht anerkennen, und auf dem Boden friedlichen Wettbewerbs sich zurückhalten wird. Dem Frieden und der Freundschaft dient in dieser armen Welt immer noch am besten die Unmöglichkeit, mit Gewalt mehr zu erreichen, als durch vertragsmäßiges Zugeständnis. Die Achtung vor einer unangreifbaren Macht führte England zur Anerkennung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Bedürfnisse der Vereinigten Staaten; nur eine ähnliche Achtung kann unseren britischen Vetter veranlassen, sich auch mit Deutschlands Aufstieg endgültig zu versöhnen." Er schließt mit einem Ausspruch von Hugh Bell in der „Independent Review" vom Oktober 1903: „The well being of Germany cannot fail to bring advantages to England", ein Gedanke, den in weiterer Fassung Präsident Roosevelt so schön bei der Enthüllung der Statue Friedrichs des Großen in Washington zum Ausdruck gebracht hat: „Das Gedeihen eines Volkes, sagte er, hat normalerweise nicht die Bedeutung einer Drohung, sondern einer Hoffnung für die übrigen." Eine Politik, die nicht fähig ist, sich zu diesem Grundsatz zu bekennen, läßt sich nicht anders als „barbarisch" qualifizieren, und zu ihrem Gegner wird sie nicht diese oder jene Nation, sondern schließlich alles haben, was an dem Glauben festhält, daß eine höhere Leitung die Völker bestimmt hat, zu edler Menschlichkeit fortzuschreiten.

Der letzte Tag des Juli hat der französischen Republik die glücklich überwundene Gefahr einer anarchistischen Revolution gebracht. Jene Confédération Générale du Travail, die bereits im Sommer 1907 die große Emeute der Winzer Südfrankreichs zu einem Generalstreik ausnutzen wollte, hatte in dem Städtchen Villeneuve-St. Georges und Draveil eine Arbeiterrevolte organisiert, die blutig niedergeworfen werden mußte, und danach, um gegen die von der Regierung gebrauchte Gewalt zu protestieren, den Beschluß gefaßt, in Paris einen 24stündigen Generalausstand zu organisieren. Zum Glück hat Herr Clemenceau sich nicht verblüffen lassen, sondern mit raschem Entschluß eingegriffen und die Häupter der C. G. T. verhaften lassen. Die Herren Dret, Pouget, Griffelhues, Marie, Yvetot, Bousquet, Mauculin, lauter Größen dieser staatsfeindlichen Organisation, sind bereits hinter Schloß und Riegel gebracht, und andere werden folgen. Das Ministerium scheint entschlossen, mit der vollen Strenge des Gesetzes gegen sie vorzugehen, und das läßt sich nur billigen. Aber gewiß ist es kein ungerechter Vorwurf, wenn das „Journal des Débats" der

Regierung vorhält, daß sie seit Monaten ruhig zugesehen habe, wie eine Gruppe von Anarchisten „de bas étage“ sich zu einer Insurrektions-Regierung organisierte. Es werden dafür merkwürdige Tatsachen als Beleg angeführt, und wenn man diese Zusammenhänge überlegt, wird man trotz des Sieges des Ministeriums zu dem Schlusse gedrängt, daß nichts dafür bürgt, daß nicht über kurz oder lang dieselben Dinge sich wiederholen. Ist doch noch kein Jahr hingegangen, seit das ganze Südfrankreich, die Beamten und Truppen mit eingeschlossen, in offener Rebellion stand. Die Erhebung scheiterte, weil Paris nicht mitmachen wollte, und weil nach wie vor der Wille von Paris für ganz Frankreich bestimmend ist. Eben deshalb aber war auch die Absicht des C. G. T., den Generalstreik in Paris ausbrechen zu lassen, so überaus gefährlich und das Einschreiten der Regierung so unerläßlich, wenn sie nicht die ganze Republik der Tyrannei des Anarchismus preisgeben wollte. Was dem Außenstehenden immer wieder auffällt, ist der Herdengeist der Massen. Was man den Willen Frankreichs nennt, ist das jeweilige Schlagwort, was die Pariser Presse ausgibt, und diese dient der Partei, die sich des Staatsruders bemächtigt hat. Niemand hat das schärfer ausgesprochen, als der trotz allem unabhängig gebliebene Teil der französischen Preßorgane, ohne freilich an der Tatsache etwas ändern zu können. Dazu ist die Menge zu apathisch und zu ignorant. Ein französischer Offizier, Mr. Roland, hat darüber kürzlich eine doch sehr wenig erbauliche Statistik veröffentlicht. Er hat seinen Rekruten bestimmte Fragen zur Beantwortung vorgelegt und dabei festgestellt, daß 36% unter ihnen nicht wußten, daß Frankreich 1870 eine Niederlage erlitten habe, 50% wußten nichts von den Kriegen des ersten Napoleon, und 40% hatten niemals etwas von Elsaß und Lothringen gehört! Es ist nur schade, daß der Fragebogen nicht noch etwas länger war. Aber auch dieser kleine Ausschnitt aus der französischen Wirklichkeit ist nicht ohne Interesse.

Von der marokkanischen Frage ist Neues nicht zu berichten. Am interessantesten ist wohl, daß Spanien von einer Revision der Akte von Algeciras nichts wissen will, wie sie bekanntlich von der französischen Kolonialpartei gewünscht wird. Im Augenblick scheinen die Aussichten von Abdul Asis etwas günstiger zu liegen, aber nichts bürgt dafür, daß es dabei bleibt, trotz des Rückhalts, den ihm die französische Okkupation bietet. Fest steht nur das eine, daß das unglückliche

Land nicht zur Ruhe kommen kann. Ständen Mulay Hafid und Abdul Asis einander allein gegenüber, so wäre die Entscheidung längst gefallen, und wir könnten wieder mit einer Herrschaft rechnen, von der sich Bürgschaften für die Rückkehr normaler Beziehungen zu der nicht marokkanischen Außenwelt gewinnen ließen. So, wie die Dinge liegen, läßt sich ein Ende nicht absehen.

In Amerika gewinnt die demokratische Partei mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Bryan an Boden, aber es ist charakteristisch, daß seine Anhänger an ihm vornehmlich rühmen, daß seine Politik im Grunde die Roosevelts sei, und daß Taft in demokratischer Drapierung seine Erfolge errungen habe. Denn der große Name, vor dem alles sich beugt, ist doch Roosevelt geblieben, und da es sicher scheint, daß er sich persönlich für Taft einsetzen will, so dürfte trotz allem diesem der Präsidentenstuhl zufallen. Eine interessante, in Europa wenig beobachtete Tatsache ist die Annäherung, die zwischen dem Vatikan und der Regierung der Vereinigten Staaten sich vollzieht. Papst Pio X. hat sich in den Philippinen, in Kuba und in Portoriko höchst gefällig gezeigt. Jetzt steht eine neue wichtige Maßregel bevor. Vom 1. November dieses Jahres ab werden die Vereinigten Staaten nicht mehr zum Wirkungsgebiete der Congregatio de propaganda fide gehören, sondern die Katholiken der Republik werden entweder dem Kardinal-Staatssekretär direkt unterstellt oder den verschiedenen Komitees und Kongregationen zugewiesen werden. Auch sollen einige amerikanische Kardinäle ernannt werden, unter ihnen der Erzbischof Farley und wahrscheinlich noch zwei andere Persönlichkeiten. Von welcher politischen Tragweite diese Maßregel sein wird, wagen wir nicht vorherzusagen. Gleichgültig ist sie unter keinen Umständen.

In Rußland ist es, seit die Duma in die Ferien gegangen ist, politisch still geworden. Die Zeitungen beschäftigen sich viel mit dem Prager Neoslavenkongreß und kehren, je länger je mehr, eine antipolnische und auch eine antitschechische Richtung hervor. Auch die Frage der Armeereform wird lebhaft diskutiert. Namentlich die Flucht der Offiziere in den Zivildienst macht Sorgen. Man hat berechnet, daß zurzeit 3000 Offiziersstellen zu besetzen sind, und weist darauf hin, daß eine Besserung der pekuniären und gesellschaftlichen Stellung, namentlich der unteren Offizierschargen, unerläßlich sei. Und das ist ohne Zweifel richtig.

Unser Gönner, Herr Wesselitzki, hat neuerdings die Entdeckung gemacht, daß die jungtürkische Aktion keinen anderen Zweck gehabt habe, als den deutschen Einfluß zu beseitigen. Er hofft, daß die drei Ententemächte sich zusammentun werden, um diesen löblichen Bestrebungen zum Siege zu verhelfen. Aber er ist des Erfolges nicht ganz sicher. Wir auch nicht.

11. Aug. 1908. Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Wilhelm in Kronberg.
12. Aug. Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Franz Joseph in Ischl.

12. August 1908.

Die Entwicklung, welche die Dinge in der Türkei genommen haben, gibt für ein sicheres Urteil über den schließlichen Ausgang der Krisis noch keinen genügenden Anhalt. Nur eines läßt sich mit voller Sicherheit sagen: es ist undenkbar, daß die Form des politischen Lebens, die im Augenblick besteht, fortdauert. Die Regierung des Reiches durch ein in Paris sitzendes Zentralkomitee ist in sich ein nonsens. So lange es sich um die Organisation des Staatsstreiches handelte, der in die Proklamierung der Verfassung endete, war die Leitung aus der Ferne möglich und vielleicht notwendig. Nachdem das Ziel, die Verfassung, erreicht war, ist die Aufrechterhaltung anonymer Gewalten nicht weiter zu rechtfertigen, und es ist unerläßlich, daß die durch den Erlaß der Amnestie gedeckten Persönlichkeiten, welche die Bewegung organisierten und sie noch jetzt führen, an die Öffentlichkeit treten und die Verantwortung ihres Tuns auch vor der Öffentlichkeit tragen. Anderenfalls muß ihr Werk, soweit es einen Fortschritt in der politischen Entwicklung der Türkei eingeleitet hat, scheitern, und eine neue Willkürherrschaft an die Stelle derjenigen treten, die gestürzt wurde. Wir begnügen uns, ohne in das Detail des politischen Tatsachenmaterials einzugehen, mit dem Hinweis auf die Stellung, welche die türkische Armee eingenommen hat. Sie ist dem Sultan treu und zugleich entschlossen, die Verfassung aufrechtzuerhalten. Gerade unter den Armeeoffizieren aber finden sich die bestgebildeten Köpfe und die energischsten Charaktere. Sie haben ein wesentliches Element der Kräfte geboten, die unter ungemein schwierigen Verhältnissen nach Proklamierung der Verfassung die staatliche Ordnung aufrechterhielten. So lange sie fest bleiben, läßt sich darauf rechnen, daß die ohne Zweifel vorhandenen destruktiven Strömungen nicht zu Geltung kommen. Wir bemerken bei dieser Gelegenheit in Anlaß

einer Zuschrift, die ein Dr. Paul Nathan den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" eingeschickt hat, noch ausdrücklich, daß uns sehr wohl bekannt ist, daß die Juden in der Türkei in keiner Weise zu den revolutionären oder überhaupt zu politischen Faktoren gerechnet werden können. Sie vertreten vielmehr durchweg das Interesse staatlicher Ordnung. Unsere Bemerkung bezog sich auf den linken Flügel des Pariser Komitees, dessen Aufruf einen Charakter trug, der wesentlich verschieden ist von dem Programm derjenigen Jungtürken, die den Staatsstreich vollzogen. Zu diesem linken Flügel aber gehören, wenn anders wir recht unterrichtet sind, neben armenischen Anarchisten auch Juden derselben Richtung, die eine so bedeutende und blutige Rolle in der russischen Revolution gespielt haben. Es ist sehr erfreulich, daß sie auf türkischem Boden nicht zur Geltung gekommen sind. Das wird wohl auch die Ansicht von Dr. Nathan sein, der sich bei genauerer Prüfung unserer Bemerkungen seinen Protest hätte ersparen können.

Mit ganz besonderer Genugtuung begrüßen wir eine Petersburger Meldung der „Times", derzufolge Rußland und England ihre Reformvorschläge für Mazedonien zurückziehen. Nichts ist erwünschter, und wir sind nicht nur vom türkischen, sondern auch vom Standpunkt des allgemein europäischen Interesses geneigt, den Wert dieser klugen Initiative sehr hoch einzuschätzen. Zumal nachdem der Sultan am 7. August noch einmal vor dem gesamten diplomatischen Korps und in Gegenwart des Großvesirs und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hat, daß er entschlossen sei, die Verfassung aufrechtzuerhalten und in ihr sein eigenes Werk sehe, wäre es nicht zu rechtfertigen, wenn Europa der Türkei nicht Zeit und Bewegungsfreiheit lassen wollte, um nunmehr zu zeigen, daß sie nicht nur Gerechtigkeit üben will, sondern es auch vermag ihren Willen durchzuführen. Die deutsche Politik, die allezeit dahin gerichtet war, die Integrität der Türkei zu sichern und ihr bei ihrer materiellen und moralischen Kräftigung fördernd zur Seite zu stehen, wird unter den veränderten Formen des türkischen Staatslebens gewiß um so eifriger im gleichen Sinne tätig sein. Deutschland hat unter den großen Mächten insofern in der orientalischen Frage eine besondere Stellung einnehmen können, als seine Interessen nicht eine Unterdrückung, sondern eine Förderung aller auf Verjüngung der gesunden Kräfte des Islam gerichteten Bestrebungen verlangten.

Wir haben seit Jahren diesen Gesichtspunkt, gerade an dieser Stelle, immer aufs neue zur Geltung gebracht und sind fest überzeugt, daß ihm die Zukunft gehört.

Auch machen die türkischen Ereignisse sich überall in der islamischen Welt geltend. In Persien werden sie früher oder später den Schah auf den Boden der Verfassung zurückführen, in Ägypten hat die Nationalpartei dem Khedive eine Petition überreicht, die ihn um Einführung einer Verfassung angeht; es bleibt abzuwarten, welches die Wirkung in den mohammedanischen Provinzen Englisch-Indiens und in Nordafrika sein wird. Es wäre eine ungeheure Verblendung, dieser Entwicklung nicht Rechnung zu tragen und ihr hindernd in den Weg zu treten, statt sie zu fördern. Die türkische Reformfrage braucht in der Gestalt, die sie heute angenommen hat, keineswegs zu einem europäischen Problem auszuwachsen. Auch scheint uns, daß die Mächte, speziell Frankreich, England und Rußland, heute mehr als je Anlaß haben, sich den Problemen ihrer inneren Politik zuzuwenden. Wir brauchen sie nicht im einzelnen herzuzählen, das ist oft genug von uns geschehen, ebensooft freilich haben wir darauf hinweisen müssen, daß gerade diese Schwierigkeiten auf eigenem Grund und Boden den Eifer derjenigen angestachelt haben, deren letztes Ziel eine allgemeine Konflagration zu sein scheint. Die Haltung der russischen Journalistik mag dafür als Beispiel dienen.

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß dank einem Druck von oben die hämischen Angriffe, in welchen sich die „Nowoje Wremja" gegen Deutschland zu ergehen pflegt, aufhören würden. Das ist nun keineswegs geschehen, vielmehr wetteifert nach wie vor das ehrenwerte Organ in seinen verleumderischen Verdächtigungen mit den schlimmsten Wortführern derjenigen englischen Presse, deren Schlagwort „Krieg gegen Deutschland" lautet. Wir haben vor 8 Tagen einige Stichproben dafür unseren Lesern vorgelegt. Wenn wir heute wieder einmal an der „Nowoje Wremja" exemplifizieren, geschieht es, um auf die Gefahren hinzuweisen, die aus dieser systematischen Hetzerei dem Weltfrieden drohen. Den äußeren Anlaß bietet wiederum der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja", Herr Wesselitzki-Bojhidarowitsch. Er hat seinen Ausführungen die Überschrift gesetzt: „Der Pazifizismus als nationaler Selbstmord". Zum Ausgangspunkt dienen ihm die letzten mazedonischen und türkischen Ereignisse. Sie

hätten die Wirkung gehabt, die Epoche des vorherrschenden deutschen Einflusses endgültig zu schließen. Jetzt, da es eine türkische Volksvertretung gebe, werde man die „Ausplünderung" der Türkei durch Deutschland nicht mehr dulden und die Streitkräfte und Hilfsmittel des Reiches nicht mehr dem Pangermanismus zu Dienst stellen. Es steht aber fest, daß Deutschland im Begriff gewesen sei, die Türkei zu nötigen, den Bulgaren den Krieg zu erklären, wie das Freiherr v. Marschall selbst in einem berühmt gewordenen Interview mitgeteilt habe (!!). Aber Ferid Pascha, das Werkzeug Marschalls, sei jetzt gestürzt, und die auf ihre dominierende Stellung und ihre engen Verbindungen so stolze deutsche Diplomatie sei durch die Konstantinopeler Ereignisse völlig überrascht worden. Sie habe die jungtürkische Bewegung unterschätzt und sei über die inneren Verhältnisse des Landes, dessen Vormund sie sein wollte, nur schlecht unterrichtet gewesen. Der Fall des Absolutismus in der Türkei sei der schwerste politische Schlag, der Deutschland treffen konnte, da Deutschland mit dem Einfluß am Bosporus auch seine Stellung in Wien erschüttert sehe. Im Augenblick aber gehorche das „unglückliche Wien" noch immer den Winken Berlins, und zweimal habe Österreich angeboten, den Aufstand in Mazedonien mit Waffengewalt niederzuwerfen, was jedoch beide Male abgelehnt worden sei (!). Man fürchte nämlich, daß das türkische Parlament den Bau der Sandschakbahn nicht genehmigen werde und daß der Versuch, am Ägäischen Meer Fuß zu fassen, wie vor 30 Jahren scheitern werde!!

Die zweite Revaler Zusammenkunft wirkte auf alle Friedensfreunde noch ermutigender als die erste, denn aus den Reden, die gehalten wurden, klinge nicht nur der Entschluß hervor, diesen Frieden, sondern auch das politische Gleichgewicht zu behaupten. In England, wo diese Reden den besten Eindruck gemacht hätten, betrachte man die danach von Sir Edward Grey gesprochenen Worte als eine von der gesamten Nation abgegebene Erklärung. In der Tat, wenn Deutschland Vereinbarungen geschlossen habe, deren Inhalt noch geheim sein, weshalb sollten England, Frankreich und Rußland nicht Abkommen treffen, die ihnen notwendig erscheinen? Die Prätension Deutschlands, daß alle von anderen abgeschlossenen Bündnisse als dem Frieden schädlich zu betrachten seien, finde eine Parallele nur in der römischen Geschichte. Rom duldete nur Bündnisse, die mit ihm abgeschlossen

wurden und die natürlich eine volle Abhängigkeit bedingten. Das gleiche wenn auch in weniger schroffer Form, fordere Deutschland, und es sei nützlich, daß der englische Minister des Auswärtigen gegen die Verletzung der Souveränität der Nationen aufgetreten sei!

In ihrem Bestreben, alle denkbaren Hilfsmittel auszunutzen, exploitiere die deutsche Politik auch den Pazifizismus:

„Ich habe — schreibt Argus-Wesselitzki — in dieser Woche viel mit den Mitgliedern des in London tagenden Friedenskongresses verkehrt. Sie sind fast alle von der Furcht erfüllt, daß ein Zusammenstoß anderer Mächte mit Deutschland erfolgen könnte, und sie sehen deshalb die Rettung darin, daß man Deutschland jegliche Genugtuung gewähre. An Deutschland stellen sie aus unerfindlichen Gründen nicht dieselbe Forderung, so daß sich, wenn man sie hört, ergibt, daß alle Mächte den Frieden durch einseitige Zugeständnisse von Deutschland erkaufen sollen, das dann, wenn ihm alles gewährt sei, den Frieden nicht stören werde. Aber außer dieser allgemeinen These, daß alle Deutschland nachgeben sollen, verlangen die Pazifizisten der verschiedenen Länder noch, daß ihr Vaterland nicht in den Streit Deutschlands mit einem anderen Volke eingreifen solle. So sagen die englischen Pazifizisten: weshalb sollen wir uns um die Streitigkeiten der Staaten des Kontinents kümmern? Mag doch Deutschland sich mit Frankreich oder mit Rußland auseinandersetzen: wir werden die See beherrschen und mit allen Handel treiben. Die französischen Pazifizisten ihrerseits wären froh, auf dem Gebiet der Kultur und des Handels sich Deutschland zu nähern, die Bagdadbahn zu bauen und Kapitalien in Deutschland anzulegen. Die russischen Pazifizisten endlich sehen den Frieden nur durch ein „Duell" zwischen England und Deutschland bedroht, und das gehe Rußland nichts an.

„Es ist aber sonderbar", fährt Herr Wesselitzki fort, „daß sie nicht einsehen, wie die Interessen, die Überlieferungen und die heutigen Bestrebungen Deutschlands unvergleichlich mehr nach Osten als nach Westen gerichtet sind. Fragt in Deutschland jeden, der euch auf der Straße begegnet, jeden Schulbuben, was Deutschland mehr brauche: Holland oder Böhmen? Man wird euch antworten: „Beides ist unentbehrlich, aber mit dem Unterschiede, daß alle Holländer bereits Deutsche sind und, wenn auch langsam, es zu erkennen beginnen, während in Böhmen die Deutschen von einer niedrigeren

Rasse bedrückt werden, die das Anrecht der Deutschen auf die Oberherrschaft nicht anerkennen will. Da also müsse Deutschland zunächst helfen: in Böhmen wie in ganz Österreich seien die angeborenen Rechte des alldeutschen Volkstums wiederherzustellen!" Prüft die massenhafte Literatur über deutsch-nationale oder alldeutsche Politik und ihr werdet sehen, daß Frankreich diplomatisch unterjocht werden soll, damit es ein unfreiwilliger Bundesgenosse werde, wie Österreich-Ungarn; für Rußland ist das Schicksal der Slaven bestimmt; Deutschland soll seine historische Mission an ihm erfüllen. Nun wird man sagen, diese Gefahr liegt fern. Aber wurden die Lebensinteressen Rußlands nicht dadurch bedroht, daß Österreich-Ungarn über Serbien auf Mazedonien, die Türkei auf Bulgarien gestoßen wurde? Und hat die Kriegspartei in der Türkei nicht bereits den Kaukasus angegriffen?

Einen Krieg wird es nur dann nicht geben, wenn wir mit Heer, Flotte und Diplomatie auf ihn vorbereitet sind. Ich selbst gehöre zu den feurigsten Pazifizisten und will Deutschland nicht weniger lassen, was ihm gebührt, als den übrigen Nationen. Aber der Friede kann nicht dadurch erhalten werden, daß alle Nationen einer einzigen Zugeständnisse machen, sondern nur durch Achtung der Rechte aller. Es wäre eine selbstmörderische Handlung, wenn Rußland unter dem Vorwande nicht in ein „Duell" einzugreifen die Bildung eines paneuropäischen Reiches dulden wollte!"

Damit schließt dieser Erguß, in dem falsche Tatsachen, logische Fehler und ungeheuerliche Behauptungen sich drängen. Aber sie sind berechnet auf ein urteilsloses Publikum und können in unklaren Köpfen die ohnehin vorhandene Verwirrung noch steigern. Denn, daß die künstlich erzeugte Atmosphäre angeblich bevorstehender ungeheurer Kriegsereignisse eine krankhafte und aufgeregte Stimmung hervorgerufen hat, zeigt jeder Blick in die Tagespresse unserer Nachbarstaaten. Wir haben vor 8 Tagen der neuesten Kriegsphantasien der „National Review" gedacht, heute liegt uns ein interessanter Artikel von Menschikow in der „Nowoje Wremja" vor. Es ist eine Polemik gegen den bekannten Moskauer Publizisten Scharapow, der den Rat gibt, jetzt mit Kaiser Wilhelm „anzubinden", da „Deutschland nicht Krieg führen kann". Vielmehr stehe uns selbst nach den glänzendsten Siegen eine furchtbare Katastrophe bevor. Von Westen her werde sich Frankreich mit seiner Hauptmacht auf Deutschland werfen, England werde Truppen

landen, ohne daß Deutschland es verhindern könne, Rußland aber, mit Hilfe einer Milliarde Papiergeld, die es drucken läßt, seine ganze Macht auf die Beine bringen. Einen Teil werde es in den fernen Osten senden, mit einem anderen den Balkan überschreiten, wieder andere Truppen gegen Österreich-Ungarn, die Hauptmacht aber an die Westgrenze werfen. Der Anfang des Krieges werde für Deutschland günstig sein und seine Truppen würden in 3 Monaten einerseits Paris, andererseits Smolensk erreicht haben, dann aber werde das Verhängnis kommen, In Deutschland stockt plötzlich die gesamte Landwirtschaft und alle Industrie, eine Hungersnot bricht aus, da keinerlei Zufuhr kommt und das Land sich nicht selbst ernähren kann, alle Banken brechen zusammen, und an der ökonomischen Paralyse geht Deutschland dann zugrunde. Dank dem Bündnis Rußlands mit England und Frankreich sei es absolut undenkbar, daß der schließliche Sieg bei Deutschland bleibe, das Ergebnis aber werde sein, daß Elsaß und Lothringen an Frankreich fallen und das inzwischen *ganz slavisch* gewordene Rußland seine Grenzen durch Wegnahme von Schlesien, Königsberg und Danzig rektifiziert und durch Erhebung einer ungeheueren Kontribution das ökonomische Übergewicht Deutschlands endgültig zerbricht.

Herr Menschikow, an dessen Referat wir uns ausschließlich gehalten haben, führt nun diese Scharapowschen Kriegsphantasien recht witzig ad absurdum, indem er einen anderen Ausgang des Krieges ausmalt, als er nach Scharapow notwendig sein müßte. Er dirigiert die deutschen Heere und die deutsche Flotte gegen Petersburg und weist recht gründlich nach, wie überaus unwahrscheinlich es sei, daß die Hauptstadt dann gerettet werden könnte. Aber wir wollen dieses Gegenbild nicht verfolgen und nur sein Schlußwort hersetzen: „Trotz des tapferen Herrn Scharapow bin ich deshalb entschieden dagegen, daß Deutschland sofort herausgefordert werde". So werden wohl auch die russischen Staatsmänner denken, denen wahrhaftig heute nichts ungelegener sein kann, als einen großen Krieg auf sich zu nehmen; gefährlich aber sind die Phantasien à la Wessliłki und à la Scharapow trotz alledem, aber wie wir mit voller Zuversicht behaupten, weit weniger für Deutschland — wo sich das ruhige Urteil der einzelnen wie der großen Massen behauptet — als für Rußland, das die Nachwehen seines Revolutionsfiebers noch immer nicht überwunden hat und vor der Lösung der allerschwierigsten und allerverantwortlichsten Aufgaben steht. Dasselbe aber gilt, mutatis

mutandis, von Frankreich wie von England. Hüben und drüben weiß man das sehr wohl, und daraus ergibt sich der Schluß, daß all dieser Kriegslärm und der ganze „Einkreisungsrummel" nichts anderes ist als ein Bluff, den eine ernste, ihrer Kraft und ihrer Ehre sich bewußte Nation nicht zu fürchten braucht.

Zum Schluß einige für die Richtung der großen Politik charakteristische Notizen: Bischof Chatard von Indianapolis hat als Antwort auf ein Kabelgramm, das dem Papste die Huldigung des amerikanischen Irenkongresses darbrachte, die folgende Antwort erhalten: „Der heilige Vater dankt dem A. O. H. (ancient ordre of Hibernians in Amerika) für den Ausdruck der Huldigung und für ihre guten Wünsche und segnet die Mitglieder und ihre Familien." Unterzeichnet Kardinal Merry del Val Secretary.

Der in Kiew tagende Missionskongreß griechisch-orthodoxer Geistlicher hat eine antimohammedanische Mission beschlossen und den heiligen Synod ersucht, einen antimohammedanischen Kongreß einzuberufen, im Gebiet von Turkestan eine antimohammedanische Mission zu gründen und eine eingläubige Exarchie des Uralgebiets zu bilden.

Endlich sei noch folgende Nachricht der „Düna-Zeitung" wiederholt:

Die Gegensätze der englischen und russischen Interessen in Sibirien. Trotz alles englisch-russischen Verbrüderungs- und Anfreundungsrummels von heute tauchen doch immer wieder große und kleine Fragen auf, die beweisen, wie wenig diese politischen Anbiederungen der Tagespolitik fähig sind, über die fundamentalen Interessengegensätze beider Völker in Asien hinwegzuhelfen. — Bekanntlich ist englisches Geld und englische Unternehmung in beträchtlichem Umfange in Sibirien tätig, und gerade in den letzten Monaten ist dort wieder eine ganze Reihe englischer Unternehmungen zur Ausschlachtung der sibirischen Montanreichtümer ins Leben getreten. Die russische Finanzzeitschrift „Westnik Finanzow" berichtet nun interessante Einzelheiten über die Aktionärversammlung einer dieser Gesellschaften, der Spassky Coppermine in London. Auf derselben wurde von hervorragenden Aktionären, gestützt auf Gutachten englischer Politiker und Geographen, empfohlen, die Dividende durch Beschaffung billigerer chinesischer Arbeitskräfte zu steigern. Hierbei wurde ausgeführt, daß Sibirien die Rolle eines Blitzableiters zugeteilt werden müsse, der einer Überflutung Australiens, Südafrikas und Westamerikas durch die gelbe

Rasse vorzubeugen habe. Sibirien sei als Land, das an China angrenzt, seiner geringen Bevölkerung wegen und als ein Teil Asiens gewissermaßen durch die Natur selbst zur Besiedelung durch Chinesen und zur Rettung der übrigen europäischen Kolonien vor der gelben Invasion bestimmt. Man kann sich vorstellen, wie angenehm diese Ausführungen, die mit echt englischem naiven Egoismus anderen die „selbstverständliche" Pflicht zuschieben wollen, den Blitzableiter für angelsächsische Verlegenheiten und Sorgen zu bilden, in russischen Ohren geklungen haben, wo man gerade die Chinesengefahr als die größte Zukunftssorge für seinen größten, wertvollsten und unentbehrlichsten Kolonialbesitz ansieht. Der „Westnik Finanzow" schreibt denn auch: „Wenn sich Sibirien tatsächlich als das gegen die gelbe Rasse am wenigsten widerstandsfähige Land erweise, so müsse Rußland um der Interessen des russischen Reiches und Volkes willen um so entschiedenere Maßregeln zur Sicherung dieses Grenzgebietes vor chinesischem Eindringen treffen. Das „friedliche" Eindringen der Chinesen werde in den verschiedensten Gegenden Sibiriens erstens politische Mißhelligkeiten mit China hervorrufen, außerdem aber auch einen ökonomischen Kampf zwischen Chinesen und Russen, wie auch zwischen Russen und englischen Unternehmern heraufbeschwören".

14. Aug. 1908. Naum Pascha wird an Manirs Stelle Botschafter in Frankreich.
16. Aug. Das neue türkische Ministerium veröffentlicht sein Programm.
22. Aug. Endgültige Niederlage Abdul Aziz' durch Mulay Hafid.
25. Aug. Zusammenkunft Clemenceau's mit König Eduard und Iswolski in Marienbad.
28. Aug. Die Harka von Tafilet rückt an die Grenze von Marokko.
29. Aug. Kaiser Wilhelm in Straßburg.
2. Sept. Die deutsche Regierung trägt auf Anerkennung Mulay Hafids an.
4. Sept. Zusammenkunft von Tittoni und Aerenthal in Salzburg.
7. Sept. Oberst Alix wirft die Harka von Tafilet zurück.
9. Sept. Verhaftung des ehemaligen dänischen Justizministers Alberti.
10. Sept. Jubiläum des 80jährigen Grafen Leo Tolstoi.
12. Sept. Mulay Hafid zeigt dem diplomatischen Korps in Tanger an, daß er die Akte von Algeciras anerkennt.
13. Sept. Eucharistenkongreß in London.
17. Sept. Interparlamentarischer Kongreß in Berlin.
26. Sept. Bulgarien bemächtigt sich des auf bulgarischem Territorium laufenden Teils der Orient-Bahn.
Konflikt zwischen Franzosen und Deutschen in Casablanca.
29. Sept. Französisch-spanische Note über die Voraussetzungen, unter denen sie Mulay Hafid anerkennen.
3. Okt. Die Petersburger Universität wird von Polizei besetzt.
5. Okt. Bulgarien proklamiert sich als unabhängiges Zartum.
7. Okt. Protest der Pforte gegen die Unabhängigkeit Bulgariens.
Österreich vollzieht die Annexion Bosniens und der Herzegowina.
Rede Sir Edward Grey's über die türkischen Sympathien Englands.
Kreta kündigt seine Vereinigung mit Griechenland an.
Schließung der Universität Moskau.
8. Okt. Erregung der englischen und russischen Presse über die Annexion Bosniens und der Herzegowina.
9. Okt. Griechenland lehnt die Annexion Kretas ab.
Aufregung in Serbien.
Revolutionäres und antipatriotisches Votum der Confédération générale du travail in Marseille.
11. Okt. Interpellation in der französischen Kammer über die zahlreichen Unfälle in der Marine.

14. Oktober 1908.

Eine Woche lebhafter Beunruhigungen liegt hinter uns, und die Wahrscheinlichkeit spricht nicht dafür, daß die nächsten Monate Europa in die politische Gleichgewichtslage zurückführen, die bis zum Staatsstreich der Jungtürken, trotz aller Intrigen von rechts und links, vornehmlich dank der starken und zuversichtlich ruhigen Haltung Deutsch-

lands sich behauptet hatte. Weder das Fehlschlagen der auf den „französischen" Sultan Abdul Asis gegründeten marokkanischen Politik Frankreichs, noch der in der Revaler Entrevue gipfelnde große Bluff der auf Einschüchterung gerichteten englischen Politik vermochten im deutschen Volke das Vertrauen auf Erhaltung des europäischen Friedens zu erschüttern. Mit einem guten politischen Gewissen und im Bewußtsein, daß seit Jahr und Tag nichts versäumt worden ist, um dem Deutschen Reiche seinen Frieden und die Selbständigkeit seiner Entschlüsse zu behaupten und, wenn nötig, zu verteidigen, sind wir unserem Tagewerke nachgegangen, ohne uns irremachen zu lassen. Auch heute ist diese Zuversicht dieselbe geblieben. Aber mit der jetzt aufgerollten orientalischen Frage ist ein ernstes Problem unerwartet in den Vordergrund getreten, an dem wegen seiner möglichen Folgeerscheinungen die Mehrzahl der europäischen Großmächte lebhaft interessiert ist. Die orientalische Frage in ihrer modernen Form datiert bereits vom Frieden von Adrianopel 1829. Damals bekannte sich Rußland zu dem Satz, daß eine schwache Türkei dem Zustande auf der Balkanhalbinsel und in Kleinasien entspreche, der sich mit den russischen Interessen am besten vereinigen lasse. Der Kaiser Nikolaus war bereit, geduldig zu warten, bis dieser Schwächezustand zur Agonie führe. Wenn er trotzdem Sultan Mahmud 1833 und 1839 vor der Invasion Mehemet Alis geschützt hat, geschah es, weil er eine Verjüngung der Türkei durch den kraftvollen ägyptischen Herrscher fürchtete. Aus demselben Grunde sah er es damals gern, daß preußische Instruktoren, unter ihnen auch Moltke, sich bemühten, die türkische Armee zu reorganisieren. Schon damals machte sich die besondere, nach langen Intervallen von Kaiser Wilhelm II. wieder aufgenommene Auffassung bei uns geltend, daß die Kultur des Islam ihre Existenzberechtigung habe und keineswegs bestimmt sei, in Vasallenschaften europäischer Staaten aufzugehen, wenn auch das Motiv der Regierung die Stärkung der legitimen Gewalt des Sultans dem Prätendenten gegenüber gewesen ist. Als aber das Jahr 1841 den Vertrag von Hunkiar Skelessi beseitigte und damit die Schutzherrschaft aufhob, durch welche die Türkei an den Willen Rußlands gebunden war, dachte Kaiser Nikolaus sich um, und schon 1844, während seines Aufenthalts in London, verständigte er sich mit dem englischen Kabinett auf den Fall, daß der „kranke Mann" — diese berühmt gewordene Bezeichnung ist schon damals von ihm gebraucht

worden — sterben sollte. Der Glaube an die Festigkeit dieser Zusagen Englands und die Vorstellung, daß Preußen und Österreich unter allen Umständen zu ihm stehen würden, ließen ihn die Fehler begehen, die den Krimkrieg und seinen für Rußland ungünstigen Ausgang zur Folge hatten. Aber England und Frankreich haben in diesem Kriege weit weniger die Türkei stärken, als Rußland schwächen wollen, und auch der auf dem Pariser Kongreß so kläglich gescheiterte Plan, die beiden Donaufürstentümer für Österreich zu erwerben, zeigt dieselbe Tendenz.

Die nunmehr folgende Periode bis zum Kriege von 1877/1878 soll hier nicht im einzelnen verfolgt werden. Das wesentliche ist, daß in diesen Jahren Frankreich den Versuch machte, die Türkei durch Einführung von Reformen zu verjüngen, und daß Rußland die französischen Niederlagen von 1870 benutzte, um sich von den Fesseln des Pariser Vertrages freizumachen und seine Angriffsstellung im Schwarzen Meer zurückzugewinnen. Bekanntlich hat damals Fürst Bismarck der russischen Politik den großen Dienst geleistet, nachträglich das völkerrechtwidrige Vorgehen Rußlands durch die Londoner Konferenz legalisieren zu lassen. Um diese Zeit nun bildete sich die jungtürkische Partei, die eine Reaktion gegen den Einfluß der europäischen Mächte anstrebte und den Islam von innen heraus in seiner Lebenskraft stärken wollte, während gleichzeitig der russische Nationalismus in seinen beiden Erscheinungsformen, Slavophilentum und Panslavismus, die Parole der Befreiung der slavischen Brüder auf der Balkanhalbinsel und für eine weiterliegende Zukunft die Vereinigung aller Slaven Europas unter russischer Ägide ausgab. Kaiser Alexander II. billigte diese Bestrebungen keineswegs, aber er ließ sich von ihnen fortreißen. Seine Gemahlin und sein Thronerbe schürten die Bewegung in Rußland wie unter den slavischen Balkanvölkern. Die Gärung in Bosnien und der Herzegowina war das erste Symptom der kommenden Krisis, der den Serben *aufgenötigte Krieg* (vgl. darüber die Memoiren von Karzow junior) machte sie unvermeidlich. Die Vereinbarung Kaiser Alexander II. mit Kaiser Franz Josef, am 8. Juli 1876 zu Reichstadt abgeschlossen, und danach die Geheimkonvention von Pest vom 18. März 1877 (zurückdatiert auf den 15. Januar) sicherten für den Fall eines Krieges den Russen Bessarabien, den Österreichern Bosnien und die Herzegowina und bestimmten, daß unter keinen Umständen ein großer Slavenstaat gebildet werden solle. Österreich verpflichtete sich, um diesen Preis

in dem bevorstehenden Kriege neutral zu bleiben. Daß trotzdem der russisch-türkische Krieg in den Vertrag von San Stephano mit seinem Großbulgarien ausmünden konnte, und daß dabei Bosniens und der Herzegowina keinerlei Erwähnung geschah, erklärt sich daraus, daß dem Grafen Ignatiew der Geheimvertrag vom 18. März 1877 nicht mitgeteilt worden war, ganz wie auch Deutschland, trotz des bestehenden Dreikaiserbündnisses, nicht in das Geheimnis gezogen wurde. Wie unter diesen Verhältnissen nun England mit der Pforte einen Geheimvertrag schloß, der gegen das Recht der Okkupation Cyperns der Pforte ihren gesamten kleinasiatischen Besitz garantiert, ist bekannt. Der Berliner Kongreß hat in seinen Resultaten das Fazit dieser geheimen Abmachungen gezogen, freilich ohne die Pforte vor Abtretungen in Kleinasien zu schützen und ohne ihr Cypern zurückzuschaffen. Als dann Kongreßbulgarien sich 1885 zum Herrn von Ostrumelien machte, gegen den Berliner Vertrag und ohne daß seine Garanten einschritten, blieb es im Besitze seines Raubes, und nach dem Tode Kaiser Alexander III. konnte Fürst Ferdinand seine Stellung legalisieren, ohne daß man notwendig gefunden hätte, den unzweifelhaft vorliegenden Bruch des Berliner Vertrages einem neuen Kongreß zur Beurteilung vorzulegen. Seither aber hat es in der Türkei nicht ruhig werden wollen.

Die armenischen Wirren, danach die kretische Frage und der griechisch-türkische Krieg führten dahin, daß die durch den Berliner Vertrag der Türkei oktroyierten Reformen unter die Kontrolle der Mächte gestellt wurden, und das Prinzip der Integrität der Türkei wiederum unter die Kollektivgarantie der Großmächte trat, wobei durch die Vereinbarung von Mürzsteg, die 1897 geschlossen und im Dezember 1902 erneuert und erweitert wurde, Österreich-Ungarn und Rußland die Erhaltung des Friedens zwischen den Balkanvölkern in ihre Hand nahmen. Auch ist es seither zu offenem Kriege nicht gekommen, wohl aber zu jenem blutigen nationalen Räubertum, das seit 5 Jahren das unglückliche Mazedonien verwüstete und den wesentlichsten Anstoß zum Staatsstreich der Jungtürken gab, unter dessen überraschenden Nachwirkungen wir heute stehen. Aber es wäre ein grober politischer und historischer Irrtum, in dieser mazedonischen Frage den einzigen Grund des Staatsstreichs zu sehen. Die Jungtürken sind nicht nur Reformer, sondern islamische Patrioten, die in der Türkei zwar den Kern und Mittelpunkt des Islam erblicken, aber zugleich sehr lebhaft für den Zusammenhang aller islamischen Staaten

und für ihren Anspruch auf Selbständigkeit eintreten. Nun haben drei Staaten systematisch darauf hingearbeitet, in Afrika und Asien die mohammedanischen Selbständigkeiten teils in direkte, teils in indirekte Abhängigkeit zu bringen: Rußland in Zentralasien, Gebiete, die in einem moralischen Zusammenhange mit der Türkei nicht mehr standen, und deren Einverleibung in der übrigen mohammedanischen Welt daher kaum als Verlust empfunden worden ist, Frankreich, das erst Algier und Tunis sich zu eigen machte, sich nach der Demütigung von Faschoda von England das diesem nicht gehörende Hinterland von Tripolis schenken und sich darauf durch den Vertrag vom 8. April 1904 von England in Marokko installieren ließ, wozu gleichfalls nicht der geringste rechtlich zu begründende Anspruch des Gebers wie des Empfängers vorlag, endlich England, das seit der Okkupation von Aden im Jahre 1839 systematisch die türkischen Vasallenschaften im südlichen und westlichen Arabien in Abhängigkeit setzte, sich zum Herrn von Ägypten und dem Sudan machte und, wie wir oben sahen, Marokko und das Hinterland von Tripolis Frankreich preisgab. Keine einzige dieser Besitzergreifungen hat, abgesehen von Algier, das nach Kriegsrecht französisch geworden ist, eine völkerrechtlich gesicherte Grundlage, wie sie seinerzeit Österreich-Ungarn für die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina gewann. Es ist daher nichts erstaunlicher, als daß gerade England und Frankreich sich heute über die Politik Österreichs entrüsten, und nichts erheiternder, als daß der „Temps", um den Anspruch, den Herr von Iswolski in London auf Öffnung der Dardanellen erhebt, zu verteidigen, den Engländern ihr Verhalten in Cypern und Ägypten vorhält und sie daran erinnert, daß es Lord Beaconsfield gewesen ist, der den Österreichern 1878 Bosnien anbot. Nebenher verdient es doch niedriger gehängt zu werden, daß der „Standard" vom 10. Oktober dafür eintritt, daß England die Türkei durch eine Geldsumme abfinden solle, um Cypern und Ägypten endgültig in Englands Hände übergehen zu lassen. Keine dieser Besitzungen habe den geringsten Wert für die Türkei (neither of there possessions is of the slightest substantial use to Turkey). Es werde genügen, wenn man den Tribut, den Cypern und Ägypten zu entrichten haben, kapitalisiere, die Türkei werde froh sein, sich nicht weiter um sie kümmern zu müssen. (For form's sake the tribute of L. 670 000 might be roughly capitalised at ten millions as the eventual compensations for Egypt. A similar course might, in principle, be foreseen for the L. 60 000 or so of the Cyprus

tribute). Die hier angeschlossenen Lobsprüche für die Jungtürken werden schwerlich auf günstigen Boden fallen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach ihnen die Augen über den besonderen Charakter der englischen Freundschaft öffnen. Auch scheint uns ein solches Experiment, soweit Ägypten in Frage kommt, nicht ungefährlich. Die Franzosen haben auf dem jüngst abgehaltenen afrikanischen Kongreß den Antrag, die allgemeine Wehrpflicht auf die einheimische Bevölkerung Algiers auszudehnen, aus gewiß guten Gründen abgelehnt. Und doch herrscht Frankreich seit mehr als zwei Menschenaltern auf diesem Boden. Wir glauben nicht, daß die Stellung Englands in Ägypten eine festere ist.

Was aber die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in die habsburgische Monarchie und den Gewaltstreich Bulgariens betrifft, so scheint es uns nicht möglich, beides in einem Atem zu nennen. Können wir auch die Form nicht billigen, die Herr von Aerenthal gewählt hat, so läßt sich doch nicht übersehen, daß in der Tat nach dem Vorgehen Bulgariens eine Art Zwangslage vorlag, die zu schnellem Handeln drängte, und daß die Räumung des Sandschak von Nowybazar deutlich zeigte, daß Österreich-Ungarn nicht nach weiterem strebt, sondern saturiert ist und seinen Vorteil in möglichst guten Beziehungen zur Türkei finden muß. Bulgarien dagegen hat mit dem durch nichts zu rechtfertigenden Gewaltstreich gegen die Orientbahn begonnen und durch seine Selbsterhöhung den ohnehin hochgespannten Ehrgeiz seiner landhungrigen Bevölkerung noch gesteigert. Ist es doch nicht so lange her, seit die berüchtigte bulgarische Denkschrift der Welt die gegen Mazedonien gerichteten, von der bulgarischen Regierung unterstützten Anschläge enthüllt hat. Wie läßt sich darauf rechnen, daß Bulgarien als Königreich Ansprüche aufgibt, die es als Vasallenstaat mit allen Mitteln einer treulosen und versteckten Politik, mit Trug und Gewalt durchzuführen bemüht war?

Die Haltung, die Deutschland zu diesen Problemen einnimmt, ist keinen Augenblick zweifelhaft gewesen. Sie wird durch unser bald 30jähriges enges Bündnis mit Österreich-Ungarn und durch unser traditionelles Freundschaftsverhältnis zur Türkei bestimmt. Seit 1883 haben unsere Offiziere die türkische Armee erziehen helfen, wir haben durch den Bau der Bagdadbahn Kleinasien wirtschaftlich erschlossen und militärisch gestärkt, unsere Ingenieure sind beim Bau der Hedschasbahn tätig gewesen, die dem gesamten Islam seine Heiligtümer näher gebracht hat, und wenn einst die Geschichte der Türkei, wie sie während

des letzten Menschenalters sich abgespielt hat, offen vor der Welt liegen wird, dann wird sich auch zeigen, wie sehr wir bemüht gewesen sind, die Türken in die Wege einer gesunden inneren und äußeren Politik zu leiten.

Für einen internationalen Kongreß zur Regelung der schwebenden Streitigkeiten wird sich, wer die Gesamtlage überschaut, nur schwer erwärmen. Nachdem zunächst von allen Seiten mit sittlicher Entrüstung eine Politik der „Kompensationen" zurückgewiesen wurde, regt sich jetzt überall das Verlangen danach: Rußland, England, Italien, Griechenland, Rumänien, Serbien erheben ihre Stimme, und es sollte uns wundern, wenn nicht schließlich auch noch Frankreich sich hören läßt. Werden all diese mehr oder minder verschämten Wünsche befriedigt, so bleiben von der Türkei nur Fetzen übrig, und nichts ist wahrscheinlicher, als daß es dann um diese Fetzen noch zu blutigen Kämpfen kommt. Aber man scheint dabei mit dem Faktor, der meist in Betracht kommt, der Türkei, am wenigsten zu rechnen; sie ist die quantité négligeable und divisible nicht, zu der man sie machen möchte, und wenn sie klug genug ist die Erregung des Augenblicks zu überwinden und ohne weiteres Zögern eine Verständigung mit Österreich-Ungarn zu finden, wird sie fester und stärker dastehen, als seit Jahrzehnten.

Jede andere Lösung des Problems führt in unabsehbare Schwierigkeiten. Vielleicht die merkwürdigste Erscheinung in dem politischen Wirrwarr, der zurzeit noch überwiegt, ist, daß unsere Freundin, die „Nowoje Wremja", sich auch diese Gelegenheit nicht entgehen läßt, um über Deutschland als den eigentlichen Schuldigen an all den unliebsamen Überraschungen herzufallen. Aus einer ganzen Reihe verwandter Kundgebungen sei zur Beleuchtung der in gewissen Kreisen der russischen Intelligenz herrschenden Stimmung die folgende hervorgehoben:

Die „Nowoje Wremja" vom 9. Oktober schreibt in einem L. S. gezeichneten Leitartikel über den Stand der orientalischen Frage u. a.:

„Wem sollte es heute nicht klar sein, daß die neue politische Petarde, die der Einigung und der Machtentwicklung des Slaventums in den Weg geschleudert worden ist, auf Instruktionen derselben halb deutschen, halb slavischen Macht bereitet wurde, für die wir vor 60 Jahren so großmütig und so selbstlos gekämpft haben, um mit Auszeichnung unseren Ruf als „internationaler Gendarm" aufrechtzuerhalten? Der Erfolg war groß: in der ungarischen Armee gewannen wir würdige und unversöhnliche

Feinde, und als 1878 die Ebenen der Balkanhalbinsel unter dem Zeichen des Halbmondes mit slavischem Blut getränkt wurden, da stellte das dankbare Österreich einige mobil gemachte Armeekorps an unseren Grenzen auf. Danach aber gingen wir von den Toren Konstantinopels nach Kanossa-Berlin, unter wohlwollender Mitwirkung unserer Diplomaten, die im Salon so findig und so scharfsinnig zu sein pflegen. Als dann der ehrliche Makler, nach Kastrierung Bulgariens, und nachdem er zwei Milliarden, die er unserer Kasse schuldig war, fast auf ein Nichts herabgesetzt hatte, nachdem 200 000 russische Offiziere teils erschossen, teils zu Krüppeln gemacht waren, absichtlich den bulgarischen Scheiterhaufen in Brand steckte, da beeilten wir uns, zu Führern der von uns befreiten Völker „vakante" deutsche Prinzen zu machen!"

Nachdem dann der Schatten Skobelews beschworen wird, fährt Herr L. S. fort:

„Wie wunderlich ist das Schicksal des großen Rußland! Man wird in der Geschichte aller Nationen nur schwer etwas finden, was unserem Kampf für die „Befreiung Deutschlands" im Jahre 1813 gleichzustellen ist. Als Napoleon uns von einem Gegner befreit hatte, dem fremdes Eigentum keineswegs gleichgültig war, und von Preußen und den ehrgeizigen Plänen Friedrichs des Großen fast nichts mehr übrig war, da hielten wir es für unsere sittliche Pflicht, alles zu tun, um es Preußen möglich zu machen, sich zum Deutschen Reich umzubilden, damit es kraft seiner freundschaftlichen Gefühle uns bei guter Gelegenheit seine gepanzerte Faust zeige. Und als die teuere und schlechte westfälische Kohle verräterisch über unseren Geschwadern bei Tsuschima dampfte, da verdunkelte ihr schwarzer Ruß ein wenig die zärtliche Freundschaft zwischen Deutschen und Slaven. Sonderbar ist noch eines: wir haben wahrhaftig Zeit gehabt, die wohlwollende Rolle einer Macht im Südwesten zu würdigen, die weder slavisch noch deutsch ist. Aber — und das ist eine Erscheinung, die bei uns gewöhnlich und natürlich, in anderen Ländern ungewöhnlich ist — wir kamen zur Erkenntnis, daß nichts dem Gedeihen des Slaventums nützlicher sein kann, als das Schicksal unserer Bluts- und Glaubensbrüder, die wir mit unseren Bajonetten vom Türkenjoch befreit hatten, denjenigen auszuliefern, denen alles Russische und Slavische fremd und unverständlich ist. Sollte nicht deshalb die Karte deutscher Annektionen slavischen

Landes so weit nach Osten reichen und der von Bismarck gefeierte pommersche Grenadier so viel slavisches Blut in seinen Adern haben? Wir pflegen uns dessen mit einem dummen Lächeln zu erinnern, und es stört uns nicht, daß slavische Länder wie Bosnien und die Herzegowina für 30 Silberlinge an Deutsche verkauft wurden. So zeigt der Umsturz, der sich vollzogen hat, eigentlich nichts Ungewöhnliches. Das Gerücht davon ging vorher, und die Rolle, die der Provokator spielte, war schon bemerkt worden. Wir glauben aber, daß die traditionelle Politik Rußlands, welche die Balkanvölker zum Leben gerufen hat, sich nicht damit zufrieden geben kann, ein gleichgiltiger Zuschauer zu sein, der ruhig ansieht, wie die slavischen Völker von dem Lande verschlungen werden, das so eifrig und erfolgreich dahin arbeitet, den Namen und die Bedeutung der Slaven zu vernichten. Ich denke noch an eines: der germanische Magen hat eine beneidenswerte Fähigkeit gezeigt, das Slaventum zu verdauen. Zugleich aber kann ich nicht glauben, daß Bosnien und die Herzegowina für ein Linsengericht verkauft werden könnten. Jetzt, in Zeiten steter Bedrohung, in Erwartung elementarer unabwendbarer Ereignisse, da der Kampf großer Rassen vielleicht bevorsteht, blicke ich auf die schwankenden Reihen der Slaven und ich möchte rufen: Slaven, hütet euch!"

Man kann Herrn L.S. um seine Geschichtskenntnisse nicht beneiden, wenn er wirklich glauben sollte, was er schreibt. Aber die Version, daß Deutschland die Schuld an der Niederlage von Tsuschima trage, ist uns auch sonst entgegengetreten, und es ist nicht unmöglich, daß sie ebenso zur Legende der russischen „Intelligenz" wird wie der Glaubenssatz, daß Bismarck die Schuld an der Okkupation Bosniens und der Herzegowina und am Zusammenbruche des Vertrages von San Stephano trage.

Nun wissen wir aber mit voller Sicherheit, daß die russische Regierung an jener elementaren Feindseligkeit gegen Deutschland keinen Anteil hat, daß sie vielmehr den größten Wert darauf legt, in guter Nachbarschaft zu uns zu beharren. Auch hat sie im eigenen Hause vollauf zu tun, um die Nation zu normalen Lebensformen wieder zurückzuführen. Die studierende Jugend ist wieder in einem Lernstreik begriffen, so daß eine Reihe von Universitäten, darunter Petersburg und Moskau, die Hörsäle schließen mußte; die Raubanfälle und Morde dauern nach wie vor fort; die Cholera geht ihren Todesgang weiter, und was das Schlimmste ist, zahlreiche Anzeichen weisen darauf hin, daß die revolutionäre Propaganda darauf

ausgeht, eine neue Revolution vorzubereiten. Der bekannte Publizist Menschikow hat sich jüngst darüber in höchstem Pessimismus ausgesprochen. „Ihr glaubt — schreibt er —, daß die Revolution ebenso geschlafen hat, wie unsere Bureaukratie in diesen letzten drei Jahren? Seid überzeugt, sie hat gearbeitet, und zwar mit größter Energie. Nicht mit russischer Energie, denn tatsächlich war unsere Revolution eine fremdländische, meist hebräisch-polnische, mit einem starken Einschlag finnisch-lettischer Elemente im Norden und armenisch-grusinischer im Süden." Das wird dann weiter exemplifiziert und die Mitschuld von Regierung und Gesellschaft gegeißelt, die es an Widerstandskraft hätten fehlen lassen. Trotz aller konfiszierten Proklamationen, Waffen und Bomben lasse sich mit Sicherheit annehmen, „daß Millionen (!) Revolver und Bomben" noch verborgen seien. Das Schlimmste aber sei die um sich greifende revolutionäre Propaganda in der Armee. Sei es doch sogar möglich gewesen, daß General Mischtschenko, der Held der Mandschurei, beinahe seinen eigenen Soldaten zum Opfer fiel. Kurz, viele Anzeichen wiesen darauf hin, daß Rußland wiederum am Vorabend großer Unruhen stehe.

Nun glauben wir nicht an eine irgend namhafte Korrumpierung der Armee, vielmehr ist die Treue der Regimenter nicht zu bezweifeln, wenn auch einige schlimme Elemente unter ihnen sein mögen. Herr Menschikow liebt zu übertreiben. Wohl aber halten wir es für sicher, daß die sehr zahlreichen revolutionären und radikalen Elemente eine Komplikation wünschen, die Rußland in einen neuen Krieg führt. Denselben Wunsch hegt ein Teil der ganz reaktionären Gruppen. Die einen, weil sie bei einem Kriege, wie sie es 1905 getan haben, der Regierung in den Rücken fallen wollen, um ihr jene konstituierende Versammlung abzuzwingen, die ihr politisches Ideal ist, die anderen, weil sie von militärischen Erfolgen die Möglichkeit einer Rückkehr zum ancien régime erwarten. Daß beides für Rußland verderblich wäre, brauchen wir wohl nicht auszuführen.

Man kann aber die Frage aufwerfen, ob nicht auch Frankreich vor inneren Erschütterungen von großer Tragweite steht? Die C. G. T. (Allgemeine Arbeiterverbindung) hat sich ohne Zweifel zu einer staatsfeindlichen Sekte ausgebildet, die von entschlossenen Anarchisten geführt wird. Die Regierung hat sich ihr gegenüber bisher immer noch schwächlich gezeigt. Geht das so weiter, so muß sie ihr über den Kopf wachsen.

18. Okt. 1908. Eintreffen der amerikanischen Flotte in Jokohama.
19. Okt. Nach stürmischer Debatte in der Kammer reicht der französische Marineminister Thomson seine Demission ein.
Deutsch-feindliche Ausschreitungen in Prag.
Iswolski in Paris. Audienz beim König der Hellenen.

21. Oktober 1908.

Die „Quarterly Review" hat es für notwendig befunden, noch einmal auf die Unterredung des Fürsten v. Bülow mit Herrn Sidney Whitman zurückzukommen und dem Verfasser des Artikels „die Deutsche Gefahr" zu einem zweiten mit derselben Überschrift versehenen Artikel das Wort zu verleihen. Der Herr Reichskanzler hatte den Inhalt des ersten dieser Artikel als ein „Lügengewebe und ein Chaos von Blödsinn" charakterisiert, wenn, wie wir annehmen, Sidney Whitman richtig referiert hat. Daß der anonyme Verfasser dieses „Gewebes" sich zu rechtfertigen sucht, finden wir begreiflich; daß er nicht bessere Argumente vorzubringen hat, erklärt sich aus den unlauteren Quellen, aus denen er schöpft; und wir würden jene Ausführungen nicht weiter beachten, wenn sie nicht in einer so angesehenen konservativen Vierteljahresschrift erschienen wären, und wenn sie nicht den Verfasser der Wochenübersichten der „Kreuz-Zeitung" besonders aufs Korn genommen hätten. Demgegenüber werden einige kurze Bemerkungen am Platze sein. Die Wochenschauen der „Kreuz-Zeitung" haben niemals „England" angegriffen, sondern nur die von der englischen Presse seit dem Venezuelakonflikt systematisch gegen die Regierung der deutschen Politik geführte Kampagne zurückgewiesen. Ihr Verfasser ist keineswegs ein Feind Englands, hat vielmehr von jeher die Ansicht vertreten, daß ein deutsch-englisches Bündnis die Weltstellung beider Mächte kräftigen und einer gesunden Entwicklung der großen Politik förderlich sein müsse. Er hat sich aber davon überzeugt, daß die Vergiftung der öffentlichen Meinung Englands, wie sie durch „National Review", „Times", „Stan-

dard" und den großen Preßtrust, der der gleichen Parole gehorcht, methodisch seit Jahren betrieben wird, diese Kombination für absehbare Zeiträume zu der allerunwahrscheinlichsten gemacht hat. Wenn nun in England seit Jahr und Tag gepredigt wird, daß es eine Pflicht der Selbsterhaltung für Großbritannien sei, die deutsche Flotte zu vernichten, so war es publizistische Pflicht, auf diese Tatsache aufmerksam zu machen, und das ist niemals anders geschehen, als unter Angabe der Preßorgane oder der anderen beglaubigten Kundgebungen, in denen diese Tendenz zum Ausdruck kam. Die Belege dafür sind in den 7 Bänden „Deutschland und die große Politik" für jedermann zugänglich zu finden. Im übrigen sind wir der Meinung und können sie mit unanfechtbaren historischen Urkunden belegen, daß der Haß, mit dem wir heute beehrt werden, und die Gespensterfurcht vor einer fremden Invasion eine, wie es scheint, normale Erscheinung im politischen Leben Englands ist. Kein Geringerer als Cobden hat bereits diese politischen Angstanfälle lächerlich gemacht, und neuerdings hat ein geistreicher Franzose, Jacques Bardoux, ein ganzes Buch geschrieben, um die „crises belligueuses" der Engländer psychologisch zu erklären. Bis 1870 ist es die französische Invasion, die gefürchtet wird und zu den allerlächerlichsten Kundgebungen führt. Seit 1902 ist es Deutschland, und in der gegen uns geführten Kampagne ist kein Argument vorgebracht worden, das nicht unzählige Male vorher gegen Frankreich gebraucht worden wäre. Was Bardoux aber nicht wußte, war, daß dieselbe Panik 1837 in bezug auf Rußland bestand, weil es, wie im Parlament behauptet wurde, 26 Linienschiffe gegen 11 englische einzusetzen habe. Aber solche Beängstigungen kommen und gehen, und im August 1840 hatte der Kaiser Nikolaus den Triumph, daß England ihn um den Beistand der russischen Flotte gegen Frankreich bat. „Voilà donc — schrieb damals der Kaiser — cette flotte contre laquelle on a tant crié, et qui a failli être une source de guerre entre nous, cette même flotte appelée, le cas échéant, à **défendre** l'Angleterre, trop faible pour résister seule", und wenige Tage danach schreibt er: Die Nachrichten aus London sind vortrefflich, „l'on est dans la joie et la reconnaissance pour l'offre de mon escadre! Qui l'aurait cru?" Wer sieht so sicher in die Zukunft hinein, um behaupten zu können, daß der Tag nicht kommen kann, da England ein ähnliches Gesuch an Deutschland richtet? Und damit mag es genug sein mit dieser uns aufgedrungenen Polemik.

Die orientalische Krisis hat in den letzten acht Tagen die außerordentlichsten Wandlungen durchgemacht, und schien infolge der indiskreten Veröffentlichung des zwischen Rußland und England unter Zuziehung Frankreichs vereinbarten Konferenzprogramms mit Notwendigkeit zu einem blutigen Konflikt führen zu müssen. Auch hat noch Sonnabend mittag alle Wahrscheinlichkeit dafür gesprochen, daß ein Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien unmittelbar bevorstehe. Am Abend bestand diese Gefahr nicht mehr. Die Türkei hat getan, was wir in unserer letzten Wochenübersicht als das Klügste bezeichneten; sie ist in direkte Verhandlungen mit Österreich-Ungarn getreten und hat gleichzeitig durch ihre kraftvolle Haltung Bulgarien gegenüber erreicht, daß auch dieser erste Störenfried sich dazu bequemte, in direkten Verhandlungen mit der Pforte Zugeständnisse zu machen. So läßt sich hoffen, daß in der Tat das dem Ausbruch nahe Gewitter vorüberzieht und daß uns auch jene Konferenz erspart bleibt, deren Londoner Programm in seinem positiven Teil, wie in dem, was es nicht sagte, Anlaß zu nicht unberechtigtem Widerspruch gab. In Rußland macht sich speziell dieser Widerspruch in heftigen Angriffen auf den Minister des Auswärtigen Herrn Iswolski geltend, während andererseits die politische Phantasie der Presse die tollsten Blüten treibt. Es ist dabei charakteristisch, daß die Frage, welche zumeist erregt, die serbische ist. In einem durch Ausfälle gegen Deutschland gewürzten Artikel der „Nowoje Wremja" (14. Oktober) werden die folgenden Möglichkeiten zur Diskussion gestellt: Was geschieht, wenn Serbien, das mit so großem Recht Ansprüche auf das „Amselfeld" erhebt, es nach dem von Bulgarien gegebenen Beispiel einfach okkupiert? Oder wenn Serbien sich mit Montenegro verbündet? Was tut Rußland in solchem Falle? Ist es dann nicht seine heilige Pflicht, diese Kombination zu unterstützen, und wäre ein serbisch-montenegrinisches Bündnis nicht die gerechte Kompensation für den Verlust von Bosnien und der Herzegowina? Und ist es nicht auch denkbar, daß die Bulgaren den Serben ein Stück Mazedonien überlassen und sich der Balkanföderation der Slaven anschließen? Was wird Rußland dann tun? Vielleicht werden auch die Jungtürken verstehen, daß unter gewissen Voraussetzungen ihre Interessen denen des Slaventums nicht widersprechen, und vielleicht treten sie nach Befriedigung der gerechten Forderungen der Mazedonier mit diesem Teil ihrer Besitzungen der slavischen Föderation bei. Die

Türkei könnte dann auch den Anschluß Bosniens und der Herzegowina, als autonomer türkischer Provinzen, an den neuen Bund fordern, und ist es dann nicht sehr möglich, daß die drei Slavenstaaten und die Türkei mit Österreich Krieg führen? Die „Nowoje Wremja" nimmt es Herrn v. Iswolski sehr übel, daß seine Phantasie nicht ausreiche, um diese Möglichkeiten zu fassen. Bismarck sei vor ähnlichen Phantasien nicht zurückgeschreckt und habe das Deutsche Reich gegründet. Der russische Minister aber sei nach Buchlau gereist, und Rußland habe keinen Mann, der mutig genug sei, aus der Dämmerung des Alltagslebens in die Sonne der slavischen Freiheit zu blicken.

Es ist bei solchen Anschauungen begreiflich, daß der ungeheure Lärm, den Serbien noch immer erhebt, in diesen Kreisen einen lauten Nachhall findet. Daß dabei etwas Wesentliches herauskommt, glauben wir nicht. Der Lärm wird schließlich verpuffen, ganz wie die gegen Österreich inszenierte Boykottbewegung in sich zusammenbrechen wird, wie es mit allen ähnlichen Bestrebungen stets der Fall gewesen ist. Gute wirtschaftliche Beziehungen zu Österreich-Ungarn sind eine Lebensfrage für die Türkei, sie würde sich selbst schädigen, wenn sie nicht für Aufhören jenes Boykotts sorgte.

Weit wichtiger erscheint uns die Tatsache, daß die von Rußland gewünschte Aufnahme der Meerengenfrage in das Programm der geplanten Konferenz von England abgelehnt worden ist und Herr v. Iswolski auf direkte Verhandlungen mit der Türkei verwiesen wurde. Dieses Problem hat bekanntlich eine lange Vorgeschichte, die hier nicht wiedererzählt werden soll, aber es ist von großem praktisch-politischen Interesse, die letzte Kundgebung des offiziellen Rußlands über diese Frage zu kennen Wir finden sie in dem schon 1907 veröffentlichten Buche des Direktors der russischen Staatsarchive, Herrn S. Gorjäinow: „Bosporus und Dardanellen, Eine Untersuchung der Frage der Meerengen auf Grund der diplomatischen Korrespondenz, die im Staatsarchiv und dem Petersburger Hauptarchiv bewahrt wird". Dieses Buch verdiente durchaus übersetzt zu werden, da es auf Materialien aufgebaut ist, die bisher noch geheim gehalten wurden. Es vertritt entschlossen den russischen Interessenstandpunkt und entwirft ein politisches Bild, das gewiß aus den Akten der an dem Problem mitinteressierten Mächte wesentlich vervollständigt und korrigiert werden könnte. Das Hauptverdienst des Verfassers liegt in der Enthüllung des diplomatischen Spiels, das hinter

den Kulissen des Berliner Vertrages gespielt wurde, und in der rückhaltlosen Anerkennung der Tatsache, daß Rußland selbst durch die vor Zusammentritt des Kongresses mit Österreich-Ungarn und England abgeschlossenen Vereinbarungen den schließlichen, für Rußland ungünstigen Ausgang des Kongresses verschuldet hat. Daß dabei auch auf Deutschland ein Teil des Odiums abgewälzt wird, ist wohl ein Zugeständnis an die politische Legende, von der auch Herr Gorjäinow sich nicht hat freimachen können. Es wird genügen, zum Beleg aus der zusammenfassenden Schlußbetrachtung die folgenden Sätze hervorzuheben:

„Die Kampagne von 1877—78 war infolge unserer mangelhaften militärischen Vorbereitung und Orientierung von weit längerer Dauer als anfangs angenommen wurde. Zu den Enttäuschungen anderer Natur gehört, daß die moralische Unterstützung, die wir von dem Bündnis mit den Nachbarstaaten erwarteten, sich nicht rechtfertigte. Der Deutsche Kaiser hatte unter dem Einfluß seines englischen Verwandten (?) und infolge seines hohen Alters den Mut (?) nicht, sich rückhaltlos auf unsere Seite zu stellen. Der deutsche Kanzler versicherte uns zwar seiner unverbrüchlichen Freundschaft, suchte aber nur (?) nach einer Gelegenheit, möglichsten Vorteil aus seiner Stellung zu ziehen, ohne sich mit England zu entzweien, und Andrassy zu unterstützen. Um Österreich heranzuziehen und die Hindernisse zu beseitigen, die es uns in den Weg legen konnte, duldeten wir, daß es Einfluß in slavischen Ländern gewann, und während wir russische Freiwillige ermunterten, für die Unabhängigkeit der Serben zu kämpfen, unterschrieben wir gleichzeitig einen Geheimvertrag mit Österreich, durch den wir die Einverleibung (prissojedinenije) Bosniens und der Herzegowina zu Recht anerkannten und diese von Serben bevölkerten Gebiete in die Verwaltung des schlimmsten Feindes der Slaven, Ungarns, übergehen ließen. Das Wiener Kabinett erkannte, daß Rußland seiner Mitwirkung bedürfe, und forderte als Lohn erst die Abtretung eines Teils von Bosnien, danach bereits dies ganze Land und die Herzegowina. Obgleich Österreich die Einverleibung dieser Gebiete nicht von der Kraft seiner Waffen, sondern von den Siegen Rußlands zu erwarten hatte, wirkte es heimtückisch den russischen Absichten entgegen und ging insgeheim Hand in Hand mit dem offenen Feinde Rußlands, England. Aus Furcht vor einem Kriege mit England und Österreich ward Rußland zu einem Zugeständnis nach dem anderen genötigt, unsere Truppen mußten vor

den Toren Konstantinopels Halt machen und der ganze in San Stephano mit der Pforte geschlossene Vertrag zur Durchsicht und Prüfung jener Versammlung der Mächte unterbreitet werden, auf der die von uns errungenen Vorteile und Vorzüge an dem Neid und bösen Willen der Mächte zerschellten. Nur schwer standen wir von den Ansprüchen ab, die wir um den Preis der gebrachten Opfer errungen hatten, während Österreich und England es verstanden, ohne Gewissensbedenken sich Erwerbungen zuzuwenden, die ihnen keinerlei Opfer an Blut oder Geld gekostet hatten."

Allerdings hätten Beaconsfield und Salisbury dem Fürsten Gortschakow ihre Entrüstung über die politische Immoralität der österreichischen Ansprüche ausgedrückt (la répugnance des plénipotentiaires anglais contre l'immoralité politique de ce procédé n'a nullement diminué) (NB. ganz wie heute), aber nachdem sie selbst sich Cyperns bemächtigt, sei von ihnen am 28. Juni der Antrag ausgegangen, Bosnien und die Herzegowina den Österreichern zu überlassen. Auch das könnte sich wiederholen, ganz wie die vorzeitige Veröffentlichung des zwischen Schuwalow und Salisbury getroffenen geheimen Abkommens ihre Parallele in der Veröffentlichung des Konferenzprogrammes findet, das vor wenigen Tagen zwischen Iswolski und Grey vereinbart wurde.

Gorjänow, der alle diese Dinge, abgesehen natürlich von der Parallele mit der Gegenwart, ausführlich darlegt, verweilt dann bei der letzten Sitzung, auf der Gortschakow den Antrag stellte, daß die Bestimmungen des Kongresses unter Gesamtbürgschaft der Mächte zu stellen seien, während der türkische Bevollmächtigte erklärte, daß die Unterschreibung des Friedensvertrages genüge, Bismarck aber die Erklärung abgab, daß kein Staat genötigt werden könne, „de prêter main forte à l'exécution de ces arrangements" und zugleich bestritt, daß eine untrennbare und gemeinsame Bürgschaft existiere, obgleich speziell in der Frage der Meerengen durch den Londoner Vertrag von 1841 eine solche Gesamtbürgschaft bestand. Die über diese Frage gepflogenen Verhandlungen führten zu keinem Resultat, die Majorität der Mächte sprach sich dahin aus, daß mit Unterschreibung des Friedensinstruments genug geschehen sei.

Die These von Gorjänow ist nun, daß die Bestimmungen des Vertrages von 1841, da sie weder 1856 noch 1871 aufgehoben wurden, noch immer unter der Gesamtbürgschaft der Mächte ständen. Die Sitzung

des Kongresses vom 6. Juli habe bestimmt, daß in den Meerengen alles statu quo ante bleiben solle. Dagegen erklärte Lord Salisbury am 11. Juli im Namen Englands, „daß die Verpflichtungen, die Ihre Maj. die Königin von Großbritannien in betreff der Schließung der Meerengen auf sich genommen habe, sich auf die Verpflichtung dem Sultan gegenüber beschränken, in dieser Hinsicht die unabhängigen Entschließungen Sr. Majestät zu respektieren, die den bestehenden Verträgen entsprächen".

Salisbury, bemerkt hierzu Gorjäinow, gab diese Erklärung ab, weil er meinte, daß nachdem die Gesamtbürgschaft des Berliner Vertrages abgelehnt sei, auch die Gesamtbürgschaft aufhöre, welche die Mächte auf der Londoner Konferenz in bezug auf die Schließung der Meerengen auf sich genommen hätten. Das sei aber falsch, da Artikel 63 des Friedensvertrages den Pariser Vertrag vom 30. März 1856 und den Vertrag vom 13. März 1871 aufrechterhalten habe; deshalb habe am 12. Juli Graf Schuwalow zu Protokoll gegeben, daß nach Ansicht der russischen Vertreter das Prinzip der Schließung der Meerengen ein europäisches Prinzip sei, und daß die darüber 1841, 1856, 1871 und jetzt durch den Berliner Vertrag bestätigten Bestimmungen, alle Mächte bänden (sont obligatoires de la part de toutes les puissances), entsprechend dem Geist und dem Buchstaben der Verträge, nicht nur dem Sultan gegenüber, sondern auch gegenüber allen Mächten, die diese Verträge unterzeichnet haben.

Lord Salisbury habe darauf nicht erwidert, aber während der afghanischen Krisis erklärte er auf eine Interpellation im Oberhause hin, daß in betreff der Dardanellen England keinerlei internationale oder europäische Verpflichtungen übernommen habe, sondern nur persönliche dem Sultan gegenüber; wenn also der Sultan nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Druck einer anderen Macht die Dardanellen schließen sollte, so werde England sich dadurch nicht behindern lassen.

England, das 1878 den Meerengenvertrag verletzte, sei also auch 1885 nahe daran gewesen, es zu tun: aber auch Rußland habe gegen den Geist dieses Vertrages gehandelt, indem es jahrelang, wenngleich mit Zustimmung des Sultans, einzelne Kriegsschiffe durch Bosporus und Dardanellen habe fahren lassen, damit aber hätten die Verträge ihre Kraft nicht verloren. Sie seien durch eine Vereinbarung von sechs Mächten entstanden, die eine Gesamtbürgschaft übernahmen, und nur auf gleichem Wege könnten sie beseitigt werden. Bis dahin sei die Macht,

welche sie verletze, jeder einzelnen der fünf anderen Mächte und allen insgesamt verantwortlich. Das russische Interesse verlange, daß das Prinzip der Schließung der Meerengen aufrecht erhalten werde, so weit die übrigen Mächte in Frage kommen, Rußland aber sei — wenn auch jedesmal nach eingeholter Genehmigung des Sultans — berechtigt, jederzeit seine Kriegsschiffe aus dem Schwarzen ins Mittelmeer und umgekehrt dampfen zu lassen. Wenn England dem widerspreche, wohl aber auf die Öffnung der Meerengen für die Fahrzeuge aller Mächte eingehen wolle, so könne Rußland sich auch damit zufriedengeben. Zu erreichen sei aber diese neue Ordnung nur auf einem Kongreß aller Mächte. Die Pforte sei stets dagegen gewesen, Rußland dagegen brauche zum Schutze der Küsten des Schwarzen Meeres und seiner Flotte keine künstlichen Mittel.

Der Leser sieht, daß die russische und die englische Auffassung sich prinzipiell widersprechen, und wir verstehen nicht, wie Rußland die Dardanellenfrage durch Verhandlungen mit der Türkei lösen will, so lange es daran festhält, daß eine Gesamtbürgschaft für die Meerengenverträge vorliege.

Es bleibt uns nur wenig Raum, um andere politische Fragen anzugreifen. So mögen einige Worte genügen. Der Ausgang des Wahlkampfes um die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten ist noch immer unentschieden. Es scheint uns jedoch, daß Taft mit geringer Majorität siegen wird. Aber der Unterschied zwischen dem liberalen und dem demokratischen Programm ist heute nur noch gering, es handelt sich mehr um Personen als um Prinzipienfragen in der inneren Politik, während in der auswärtigen die Republikaner wohl eine festere Haltung befürworten und auch betätigen würden. In den marokkanischen Angelegenheiten zeigt Frankreich eine Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit, die bei uns mehr als befremdet. Jedenfalls kann unserer Regierung die Anerkennung nicht versagt werden, daß sie ein großes Maß von Geduld und Langmut zeigt.

Entrüstung hat wohl in allen Kreisen unseres Volkes das unqualifizierbare Verhalten der Tschechen gegen die Deutsch-Böhmen hervorgerufen. Es ist ganz unverständlich, wie die österreichische Regierung dieses Treiben länger ansehen und dulden kann. Und dabei wird von Verfolgen der Slaven durch die Deutschen geredet. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre.

22. Okt. 1908. Picard wird zum französischen Marineminister ernannt.
23. Okt. Österreich-Ungarn verbietet die Ausfuhr von Kriegsmaterialien nach Serbien und Montenegro.
24. Okt. Iswolski in Berlin.
Die Türkei nimmt den Antrag auf eine Balkankonferenz an.
25. Okt. Protest des Botschafters von Marschall gegen die Behauptung, daß Deutschland zu einem Krieg der Türkei gegen Bulgarien geraten habe.
Reise des Kronprinzen von Serbien nach Petersburg.
27. Okt. Rückkehr Iswolskis nach Petersburg.
28. Okt. Eröffnung der Duma und der serbischen Sobranije.

28. Oktober 1908.

Die Politik der Überraschungen in orientalischen Angelegenheiten will kein Ende nehmen. Als wir vor 8 Tagen von den zwischen der Türkei, Österreich-Ungarn und Bulgarien schwebenden Verhandlungen berichteten, sprach alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß es zu einem friedlichen, der Billigkeit Rechnung tragenden Ausgleich zwischen diesen Mächten kommen werde. Das erste Symptom einer bevorstehenden Störung erkannten wir in einem Konstantinopeler Telegramm, das gleichzeitig im „Temps" und „Matin" erschien und die durch nichts zu rechtfertigende Verleumdung brachte, daß der Freiherr von Marschall darauf hinarbeite, die Türkei zum Kriege gegen Bulgarien zu reizen. Die Insinuation war so unsinnig, daß man vergebens nach den Motiven suchte, die sie eingegeben haben konnten. Sie konnte einen Eindruck nur auf Kreise machen, die in völliger Unwissenheit der traditionellen Orientpolitik Deutschlands gegenüberstanden, und einem so korrekten Staatsmanne, wie es der Freiherr v. Marschall ist, eine politische Insubordination zutrauten, im Vergleich zu der der bekannte Fall Arnim noch geringfügig erscheinen mußte. Aber offenbar hat jene Depesche den Zweck auf kommende Dinge vorzubereiten. Am 23. Oktober traf die Nachricht ein, daß die Türkei auf Anraten Englands die Unterhandlungen abgebrochen habe, und bald danach die andere Nachricht, daß England der Türkei große Geldsummen, angeblich 20 Millionen Pfund, zur Verfügung stelle. Gleichzeitig wurden mit großem Lärm die Vorbereitungen zu

einer serbisch-montenegrinischen Allianz betrieben und endlich als Neuestes die Nachricht verbreitet, daß der kriegslustige Kronprinz von Serbien in aller Eile packen lasse, um eine Reise nach Petersburg anzutreten, und dort vom Zaren empfangen zu werden.

Von diesen Nachrichten möchten wir vorläufig hinter denjenigen ein Fragezeichen machen, die von der Rolle berichten, die England gespielt haben soll. Von den zahlreichen Schwankungen, die Sir Edward Grey in den letzten Wochen durchgemacht hat, wäre das Treiben zum Kriege doch die erstaunlichste, mit seinen offiziellen Erklärungen am wenigsten zu vereinbarende Wandlung. Andererseits scheint es uns schwer denkbar, daß die Türkei ungeheure pekuniäre Verpflichtungen auf sich nehmen sollte, die, wie ihr das naheliegende Beispiel Ägyptens zeigen müßte, in einen Zustand völliger politischer und wirtschaftlicher Entmündigung auslaufen würden. Sollten jene Meldungen sich als wahr erweisen, so müssen andere Motive mitspielen. Nun glauben wir bereits seit einiger Zeit zu bemerken, daß die öffentliche Meinung Frankreichs in steigender Skepsis die Abenteuer verfolgt, in welche sie seit dem 8. April 1904 hineingezogen wird, und deren Folgen bisher noch stets politische Schwierigkeiten und pekuniäre Verluste gewesen sind. So weit die Presse in Betracht kommt, gilt diese Abwendung von der entente freilich fast ausschließlich von den Provinzialblättern, während die große Pariser Presse nach wie vor dem mot d'ordre des Kabinetts Clemenceau-Pichon gehorcht. Aber auch da gibt es Ausnahmen. So finden wir im „Eclair" vom 25. Oktober unter der doppelsinnigen Spitzmarke „L'Angleterre empêche l'entente" die folgende Betrachtung, die wir in wörtlicher Übersetzung hersetzen:

„Wir meldeten gestern, daß ein Stillstand in der türkisch-bulgarischen und türkisch-österreichischen Verhandlung zu Konstantinopel eingetreten sei. Verdächtige Depeschen übertrieben diesen Mißerfolg und bewiesen damit, daß irgendjemand ein Interesse hatte, das Einvernehmen zu stören (à troubler la fête). Dieser Jemand war England, wie man heute weiß. Infolge eines persönlichen Eingreifens des englischen Botschafters beim Großwesier haben die Verhandlungen, die in gutem Gang waren, plötzlich eine schlimme Wendung genommen. Übrigens war dieses Vorgehen Englands eine notwendige Konsequenz seiner Politik. England hatte zu laut erklärt, daß der Berliner Vertrag nicht ungestraft zerrissen werden sollte, um sich nicht einer friedlichen Regelung der

Zwischenfälle auf der Balkanhalbinsel entgegenzusetzen. Der Kaiser von Österreich und seine Regierung sind in der englischen Presse insultiert worden, den König von Bulgarien hat man heftig getadelt: gelang es beiden zu erreichen, daß die - - im Grunde dazu geneigte Türkei die neue Ordnung anerkannte, ohne eine internationale Konferenz zu inkommodieren und ohne die Intervention Englands in Anspruch zu nehmen, so wäre das eine Niederlage der englischen Politik gewesen. Da wolle man lieber alles andere, nur nicht dies eine: das jetzige Vorgehen Englands macht einen gefährlichen Konflikt wieder lebendig, bedroht den Frieden und beunruhigt Europa. Aber was hat das zu bedeuten? Es handelt sich ja um das Prestige und um die Interessen Englands."

Es ist schwer, bitterer zu urteilen, und, möchten wir hinzufügen, schwer, eine härtere Probe moralischen Mutes an eine Pariser Zeitung zu stellen. Aber wir glauben allerdings, daß damit die geheime Meinung aller ruhig denkenden Köpfe Frankreichs zu richtigem Ausdruck kommt. Freilich ist damit nicht gesagt, daß auch die französische Regierung jemals eine solche Sprache führen wird. Sie ist mit zwei Ankern der englischen Politik angeschlossen, solange sie ihre jetzige Marokkopolitik weiterführt, die, wie nicht mehr zweifelhaft sein kann, darauf ausgeht, Mulay Hafid genau in die Lage zu bringen, an der Abdul Asis gescheitert ist. Die Wunde wird offen gehalten und die agacierende Politik des Generals d'Amade sorgt dafür, Fragen zu schaffen, die das point d'honneur in Mitleidenschaft ziehen und so eine gesunde Lösung des Problems immer schwieriger machen. Doch das soll nur eine beiläufige Bemerkung sein. Wir wollen an den friedlichen Absichten der leitenden Persönlichkeiten nicht zweifeln und entschuldigen vieles damit, daß sie ihrer Werkzeuge nicht Herr sind und den ehrgeizigen General schon um des billigen Prestige wegen, das er zu erringen verstanden hat, nicht fallen lassen können. Wir hätten es vielmehr lebhaft bedauert, wenn es Herrn Delcassé gelungen wäre, zugleich mit dem Marineminister, den er sich zum nächsten Opfer ausersehen hatte, auch das gesamte Ministerium zu stürzen, wie es wohl seine Absicht gewesen ist. Herr Clemenceau parierte den Angriff, indem er den Marineminister, auf dessen Schultern neben einigen Mißgriffen die Sünden seines Vorgängers Pelletan drückten, ohne weiteres preisgab, dagegen für die Politik des Kabinetts ein Vertrauensvotum forderte, das ihm dann auch, bei 82 Stimmenthaltungen, mit 291 gegen 181 Stimmen erteilt wurde. Aber freilich zu

Herrn Delcassé stand eine Reihe „starker" Männer, wie Doumer, Georges Leygues, Millerand und andere von geringerem Klang, die aber auch zu den Ministerkandidaten gehören. Herr Clemenceau aber hat insofern unsere Sympathien, als er zu den entschlossenen Gegnern der sozialistisch-anarchistischen Revolution gehört, wie sie die C. G. T. und ihre Freunde von der Richtung Hervés anstreben.

Wir haben in diesen „orientalischen Tagen" wieder mit großem Interesse das ausgezeichnete Buch von Lord Cromer „Das heutige Ägypten"*) zur Hand genommen. Es ist ein Quellenwerk ersten Ranges, da dem Verfasser neben seiner fast 30 jährigen Amtstätigkeit, die ihn mit allen handelnden Persönlichkeiten, mit Volk und Land bekannt machte, auch noch die unbeschränkte Benutzung der Akten des foreign office zu Gebot stand. Über den Zusammenhang der modernen Geschichte Ägyptens wird man sich nirgends besser orientieren, auch nicht in der „Question d'Egypte" von Freycinet, die doch weit mehr den Charakter einer Parteischrift trägt. Aber natürlich sagt der englische Staatsmann lange nicht alles, was ihm wohl bekannt ist. Die Tendenz liegt darin, daß er überall die Interessen Englands mit denen der Ägypter identifiziert. Das Resultat, zu dem Lord Cromer gelangt, ist aber, obgleich er rückhaltlos die Verpflichtung Englands anerkennt, e i n m a l das Land zu räumen, für die Ägypter wenig erfreulich, da er es für unmöglich erklärt, vorauszusehen, wann der Zeitpunkt der Räumung eintreten könnte. Daß die nächste oder die nächsten Generationen den Tag erleben, ist ihm nicht wahrscheinlich und er bewundert aufs höchste den staatsmännischen Instinkt Mehemed Alis, der schon 1814 sagte: „Eines Tages muß England Ägypten nehmen als seinen Beuteanteil am türkischen Reiche." Im wesentlichen wird man sich jedoch der Erkenntnis nicht verschließen, daß dieser Tag bereits hinter uns liegt. Denn welches ist der Unterschied zwischen einer ewigen Okkupation und einer Annexion? Und ist das Verhalten Österreich-Ungarns nicht aufrichtiger, wenn es sich entschlossen hat, der 30 jährigen Okkupation nunmehr auch den wahren Namen zu geben? Wie wir schon früher ausführten, es ist nur zu bedauern, daß Baron Aehrenthal es nicht für möglich gefunden hat, sich vorher mit der Türkei über die Anerkennung des fait accompli zu verständigen. Im übrigen scheint uns die Stellung Österreich-Ungarns

*) Autorisierte Übersetzung von Kontreadmiral z. D. Plüddemann, Berlin. Verlag von Karl Sigismund. 1908.

in den annektierten Provinzen eine würdigere zu sein als die Englands im okkupierten Ägypten. Auch wollen die Proteste gegen die Okkupation nicht aufhören. Von besonderem Interesse ist uns in dieser Hinsicht die Stimme eines Franzosen, Charles Sauvage, gewesen, der am 11. Oktober dem „Etendard Egyptien" aus Pest schreibt: „Ägypten ist von England okkupiert worden unter Mißachtung des Rechts, und was noch schlimmer ist, unter Mißachtung seines eigenen Willens. Was wirklich schön in Ägypten ist, das ist der Schrei der Entrüstung, den es gegen die englische Okkupation erhebt. Wenn Ägypten freiwillig die Vormundschaft auf sich nähme, die ihm aufgezwungen wurde, dann würde die englische Okkupation beträchtlich an Ungerechtigkeit verlieren. Da aber diese Vormundschaft verabscheut wird, wird die englische Okkupation hassenswert". (Comme elle [l'Egypte] déteste cette tutelle, l'occupation anglaise devient odieuse.) Man wird, wenn man diese und zahlreiche andere Stimmen summiert, die sich aus der islamischen Welt teils direkt, teils indirekt hörbar machen, sich der Vorstellung nicht entziehen können, daß, wenn England sich heute türkischer als die Türkei zeigt und keinen Anstand nimmt, darüber den Weltfrieden zu gefährden, es sehr gewichtige Gründe sein müssen, die es zu dieser Politik veranlassen. Wir glauben nicht irre zu gehen, wenn wir annehmen, daß es die unsicher gewordene Gesamtstellung des britischen Reiches auf kolonialem Boden ist, die hier mitbestimmend wirkt. Man will wenigstens die antienglische Stimmung der Mohammedaner beseitigen und das wäre bei der fortschreitenden Gärung in Ägypten namentlich aber in Indien, in der Tat ein sehr wesentlicher Gewinn. Der in Indien erscheinende offiziöse „Pioneer" spricht sich ganz direkt in diesem Sinne aus. England, das eine mohammedanische Großmacht sei, werde für den Schutz, den es der Türkei gewähre, die Dankbarkeit der Millionen ernten, die im Sultan ihr geistliches Oberhaupt verehren. (England ... is earning the gratitude and goodwill of the millions who regard the Sultan as the head of their faith and the spiritual ruler of the Faithful.) Daneben aber handele es sich, wie früher um die Verdrängung Rußlands, so jetzt um die Beseitigung des deutschen Einflusses, der vom Bosporus bis nach Bagdad und Indien eine Drohung sei. Der in Kalkutta erscheinende „Telegraph", ein indisch-mohammedanisches Blatt, zieht aus diesen Ausführungen den Schluß, daß man also schwerlich von Uneigennützigkeit reden könne, wenn England sich

jetzt den Jungtürken zugewandt habe. Noch weit schärfer spricht sich ein kürzlich in New York begründetes indisches Blatt „The free Hindustan" aus.

Es scheint, daß unter den Indern die Absicht besteht, nicht mehr England, sondern die Vereinigten Staaten zum Ort zu wählen, an dem junge Indier sich mit den Waffen moderner Kultur versehen, und das bedeutet eine ganz außerordentliche Schwächung des geistigen Einflusses, den England auch den Widerwilligen durch die Überlegenheit seiner Kultur aufdrängte. Natürlich können jene Bildungsreisen nach Amerika nur von wohlhabenden Indiern unternommen werden; bedeutungslos aber sind sie ebensowenig wie die Wirkung der Einflüsse, die von Japan aus nach Indien strömen. Die einen wie die anderen wirken zersetzend, und es ist begreiflich, wenn England jetzt bemüht ist, durch seine neue türkische Politik ein Gegengewicht gegen diese Einflüsse zu gewinnen. Aber europäische Politik ist das gewiß nicht.

Was nun die Stellung betrifft, die Rußland in der brennenden Tagesfrage einnimmt, so läßt sich nicht übersehen, daß in der Tat eine außerordentlich starke antiösterreichische Strömung durch das Land geht. Sie steht im Zusammenhang mit jener lebhaften Erregung des slavischen Gedankens, die zu den charakteristischen Kennzeichen der geistigen Bewegung des heutigen Rußland gehört. Aber diese Bewegung geht mehr in die Breite als in die Tiefe. Sie ist zum Teil auf ausländische Einflüsse, tschechische und namentlich polnische zurückzuführen, wie, um ein Beispiel anzuführen, der bekannte talentvolle polnisch-französisch-russische Historiker Waliszewski, diese Bewegung in antideutschem Sinne schürt. In dem russischen Bauernstande hat sie keinen Boden und in der Presse kommt sie in stark übertriebener Form zum Ausdruck, namentlich in der „Nowoje Wremja", die ja jeder Sensation nachläuft. Daß die russische Regierung, zu deren politischen Überlieferungen unzweifelhaft der Gedanke gehört, daß Rußland der Führer der slavischen Welt bleiben müsse, sich heute um der Balkankrisis willen in ein politisches Abenteuer stürzen sollte, halten wir für ganz ausgeschlossen. Herrn v. Iswolskis politische Reise hat gewiß vornehmlich den Zweck gehabt, Rußland nach allen Richtungen den Frieden zu sichern, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß ihm die Orientkrisis namentlich wegen der Möglichkeit von ernsten politischen Verwickelungen höchst unangenehm gewesen ist. Daß er, soviel an ihm

liegt, das Gewicht seiner Stimme für Erhaltung des Friedens und für eine erträgliche unblutige Lösung des Konflikts einsetzen will, glaubt daher jedermann. Das ergibt sich schon aus den Notwendigkeiten, welche die inneren Zustände Rußlands vorschreiben. Von den großen Problemen, die, seit Rußland Verfassungsstaat geworden ist, der Entscheidung harren, hat noch keines voll gelöst werden können. Trotz des außerordentlichen Fleißes, den die Kommissionen der Duma und die Bureaus der Ministerien daran gesetzt haben, steckt man überall noch in den Vorarbeiten, und wenn Regierung und Volksvertretung sich geeinigt haben, bleibt immer noch die Hauptsache zu tun, die Einführung und Ausführung der neuen Ordnungen, was stets schließlich in Personenfragen ausmündet. Nun hat sich ja eine ganze Reihe hochgebildeter patriotischer Privatleute von unabhängigem Charakter und unabhängigem Vermögen dem Staate zu Dienst gestellt. Der Ministerpräsident Stolypin könnte da in erster Reihe genannt werden, aber auch der Kurator des Rigaer Lehrbezirks, Prutschenko, oder der Gouverneur von Kurland, Knjäsew, könnten als Beispiele dienen. Das sind jedoch Ausnahmen und im allgemeinen macht sich der Mangel an tüchtigen, zuverlässigen und unabhängigen Männern schwer fühlbar. Ein großer Teil von ihnen hat in Duma und Reichsrat Platz gefunden, überall sonst aber werden die Lücken schmerzlich empfunden. Dazu kommt die fortdauernde Unruhe der studierenden Jugend beider Geschlechter, die Unzufriedenheit der Professoren, denen der Minister Schwarz nicht liberal genug ist, während man doch rückhaltlos wird zugeben müssen, daß eine Sanierung von Universität und Schule nur mit starker Hand durchgeführt werden kann. In dieser Hinsicht sind, wie wir glauben, die gegen den Minister erhobenen Vorwürfe ungerecht. Wie weit die von ihm verfolgte nationalistische Schulpolitik seiner eigenen Überzeugung entspricht oder ihm aufgedrängt wurde, wagen wir nicht zu entscheiden. Glücklich ist diese Politik unter keinen Umständen, sie gehört in den Kreis derjenigen Regierungsmaßregeln, welche desorganisierend wirkten und die Zustände reifen ließen, die sich in der russischen Revolution in vulkanischen Explosionen Luft zu machen suchten. Auch ist die Revolution mehr äußerlich unterdrückt, als daß die Gesinnung, aus der sie hervorwuchs, geschwunden wäre. Wir haben absichtlich darauf verzichtet, die endlose Reihe von Raubanfällen, Morden, Plünderungen, von politischen Verhaftungen, entdeckten Geheimdruckereien usw. herzuzählen — es

könnte insofern irre führen, als der Leser die ungeheure Ausdehnung des Reiches und die 127 Millionen seiner Bevölkerung leicht außer acht läßt. In Petersburg z. B. hört und sieht man von diesen Dingen nichts. Aber vorhanden sind sie darum nicht minder. In der „Revue" vom 15. Oktober hat René de Chavagnes ein wahrhaft erschreckendes Bild der politischen Lage wie der finanziellen Nöte Rußlands entworfen und die Franzosen gewarnt, Rußland durch neue Anleihen zu unterstützen. Er tut es vom Standpunkt des russischen extremen Radikalismus aus, ohne zu bedenken, daß, wenn dieser Radikalismus die Herrschaft in seine Hände nehmen sollte, nichts unsicherer wäre, als die französischen Milliarden, während sie bei einer friedlichen Weiterentwicklung Rußlands unter vorsichtigen konstitutionellen Formen ohne allen Zweifel gesichert sind. Die natürlichen Reichtümer des Landes warten nur ruhiger und gesicherter Zustände, um gehoben zu werden. Wie ist es denkbar, daß unter solchen Verhältnissen die russische Regierung sich in ein politisches Abenteuer stürzen sollte, dessen Ausgang sich durchaus nicht absehen läßt?

Wir möchten bei diesem Anlaß noch die Frage der „Feindseligkeit gegen alles Deutsche" mit in den Kreis dieser Betrachtungen ziehen. Da sei zunächst vorangeschickt, daß sie im Zarenhause und in den Kreisen der verantwortlichen Staatsmänner ganz gewiß nicht vorherrscht. Im Zarenhause ist die Tradition alter verwandtschaftlicher und dynastischer Beziehungen sehr lebendig, und in den Sorgenjahren des japanischen Krieges und der Revolution hat sie sich infolge der Haltung, die Deutschland einnahm, nur stärken, nicht mindern können. Ebenso wird man bei der ungeheuren Mehrzahl der Gebildeten auf keinerlei Feindseligkeit stoßen. Ein sehr großer Teil von ihnen hat längere oder kürzere Zeit an deutschen Universitäten studiert, sie sprechen deutsch und man ist, wenn man sich als Deutscher einführt, guter Aufnahme sicher. Auch von antideutscher Richtung der Duma kann keine Rede sein. Herr Gutschkow ist, wie wir wissen, ein Freund deutschen Wesens, und wenn wir nicht sehr irren, gilt dasselbe von Herrn Miljukow, dem Führer der Kadetten, wie von Herrn Purischkewitsch, dem Heißsporn der Rechten. Vollends dem russischen Volk, d. h. Bauern und kleinen Leuten, liegen alle feindseligen nationalen Instinkte gegen die Deutschen fern. Sie werden vertreten und angespornt von einzelnen Zeitungen, zumal von der „Nowoje Wremja" und von denjenigen revolutionären Elementen,

die ebenso wie während und vor dem japanischen Kriege von dem politischen und militärischen Unglück Rußlands das erwarteten, was ihnen Glück bedeutet. In der Provinzpresse wird man sie nur selten finden. Es bleibt die Frage, wie die nicht zu bezweifelnde Erbitterung über Österreich-Ungarn auf das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland zurückwirken muß? Daß man sich gefreut hätte, wenn wir in den antiösterreichischen Chor eingestimmt hätten, ist sicher. Ob aber jemand das im Ernst erwartet hat, scheint doch sehr fraglich. Daß wir durch einen festen Allianzvertrag mit Österreich verbunden sind, wußte jeder Zeitungsleser. Der Wortlaut des Vertrages ist 1887 veröffentlicht worden. Wer ruhig überlegen konnte, mußte sich sagen, daß wir ihn nicht brechen werden. Auch ist dieser Vertrag seit bald 30 Jahren die stärkste Bürgschaft des Friedens gewesen, von der die Geschichte weiß: sie war stärker als die Verträge von 1814 und 1815, die schon 1825 nur noch dem Namen nach bestanden und 1830 zerrissen am Boden lagen. Dieser europäische Frieden kommt aber heute vornehmlich Rußland zu gut. Damit also war zu rechnen, aber die österreichischen Beziehungen haben uns nie verhindert, zugleich auch gute Nachbarschaft mit Rußland zu halten, was nicht immer leicht war. Wir sind aber heute wie von jeher der Meinung, daß es unser wohlverstandener materieller und ideeller Vorteil ist, wenn in Rußland innerer Friede herrscht und wenn Zufriedenheit mit seiner Gesamtstellung im Rat der Völker die vorherrschende Empfindung ist. Wenn das heute noch nicht der Fall ist, so meinen wir doch, daß der Weg dazu offen liegt. Man braucht ihn nur zu betreten.

30. Okt. 1908. Veröffentlichung des sogen. Daily Telegraph-Interview.
Zusammenziehung türkischer Truppen bei Adrianopel.
31. Okt. Verständigung über die Parlamentswahlen zwischen Jungtürken, Griechen und Armeniern.
1. Nov. Kaiser Wilhelm lehnt das Abschiedsgesuch des Fürsten Bülow ab.
2. Nov. Proklamation König Eduards an das indische Volk.
3. Nov. Wahl Tafts zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.
Beginn der direkten türkisch-bulgarischen Verhandlungen.
4. Nov. Rückkehr des Dalai Lama aus China nach Tibet.

4. November 1908.

Die Redaktion der „Kreuz-Zeitung" hat in ihrer Montag-Abend-nummer Stellung genommen zu der vielbesprochenen Veröffentlichung des „Daily Telegraph" und in allen wesentlichen Punkten kann der Verfasser der Wochenschauen, der mit eigenem Namen zeichnet, und unter eigener Verantwortung schreibt, sich mit ihren Ausführungen einverstanden erklären. Aber er hält es für seine Pflicht, auch persönlich Stellung zu nehmen zu einer Frage, welche die öffentliche Meinung bei uns und im Auslande so tief erregt hat, und deren politische und historische Beurteilung vor allem mehr kaltes Blut verlangt, als heute nicht nur in der ungeheuren Majorität unserer Presse, sondern auch in weiten Kreisen der politisch denkenden Gesellschaft im Augenblick zu finden ist. Eine kurze Rekapitulation der zunächst meist im Vordergrunde stehenden formalen Seite der Frage mag vorausgeschickt werden.

Wir wissen heute, daß es sich in jenem Artikel des „D. T." nicht um die Wiedergabe *eines* Interviews gehandelt hat, sondern um die Zusammenfassung mehrerer Unterredungen, die vornehmlich während des letzten Aufenthaltes Sr. Majestät in England, aber zum Teil auch vorher und nachher stattgefunden haben. Einer der Herren, mit denen der Kaiser sich unterhalten hat, hat diese Gespräche zu einem Ganzen verbunden und dem Kaiser mit der Anfrage zugesandt, ob er seine Aufzeichnung veröffentlichen dürfe. Das Manuskript ist dann auf dem üblichen Geschäftswege nach Norderney an den Reichskanzler gegangen

und von ihm zur Begutachtung dem Auswärtigen Amt in Berlin zugewiesen worden; dort fiel es in Abwesenheit des Staatssekretärs auf den Tisch desjenigen Beamten, zu dessen Ressort diese Angelegenheiten gehören. Es ist nun völlig unverständlich, wie dieser Beamte das verhängnisvolle Manuskript mit seinem zustimmenden Vermerk versehen und auf dem Instanzenwege nach Norderney zurückgehen lassen konnte. Zugleich ist höchst bedauerlich, daß im Vertrauen auf sein Urteil von keiner Seite eine weitere Prüfung stattfand. Der Verfasser jenes komponierten Gesprächs erhielt seine Aufzeichnung mit der Bemerkung zurück, daß gegen die Veröffentlichung nichts einzuwenden sei. Der Reichskanzler hatte das Schriftstück überhaupt nicht gelesen und — wenn wir recht unterrichtet sind — geglaubt, daß es sich um einen von wohlmeinender Seite geschriebenen Zeitungsartikel über den Kaiser handele, wie deren so viele erschienen sind. Die orientalische Frage brachte ein Übermaß von Arbeit, und Dinge, die minder wichtig schienen, blieben den Unterinstanzen überlassen. Sobald Fürst Bülow von dem im „Daily Telegraph" gedruckten Artikel Kenntnis erhielt, ordnete er die Veröffentlichung der Übersetzung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" an, wodurch die Authentizität des Artikels bezeugt wurde, und erbat danach vom Kaiser die Erlaubnis, die Entstehungsgeschichte jenes englischen Artikels in derselben Zeitung klarzulegen. Aus seiner Mißbilligung der Publikation der Äußerungen des Kaisers machte er kein Hehl, nahm aber die volle Verantwortung für den geschehenen Mißgriff auf sich. Zugleich bat er um seine Entlassung. Die in der „N. A. Ztg." abzugebende Erklärung wurde genehmigt, das Abschiedsgesuch abgelehnt.

Dies ist in aller Kürze der heute allgemein bekannte Tatbestand.

Nun kann als sicher gelten, daß damit, dem allgemeinen Urteil nach, nicht genug geschehen ist. Es wird noch eine weitere Sühne zu verlangen sein, die nach Feststellung des tatsächlich Verantwortlichen diesen trifft, denn wenn die ideelle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ihn gleich deckt, ruhen wichtige politische Entscheidungen offenbar nicht sicher genug in seinen Händen. Politische Kundgebungen eines Monarchen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, bedürfen stets und überall der sorgsamen und erschöpfenden Kontrolle durch die Spezialisten, deren Beruf und Lebensaufgabe die vorsichtige und weitschauende Wahrung der Rechtsinteressen auf dem ihnen zugewiesenen Gebiete

ist. Wessen Einsicht oder Arbeitskraft sich nicht als ausreichend erweist, gehört in eine andere Berufsstellung. Darüber kann kein Zweifel sein.

Nun meinen wir aber, daß unsere Presse mit wenig zahlreichen Ausnahmen in der Erregung, mit der sie diese Angelegenheit behandelt, entschieden zu weit geht. Wenn man ihrer Suggestion folgen wollte, müßte man in der Tat annehmen, daß das Deutsche Reich in all seinen Fugen kracht; hört man doch sogar sagen, daß nunmehr die Durchführung der Reichsfinanzreform so gut wie unmöglich geworden sei, während doch bei ruhiger Überlegung jedermann sich sagen muß, daß zwischen dem Inhalt des „Daily Telegraph"-Artikels und den pekuniären Bedürfnissen des an alten Finanz-Versäumnissen krankenden Reichs ein Zusammenhang überhaupt nicht hergestellt werden kann. Aber wie wir glauben beweisen zu können, werden auch die Mitteilungen, die Kaiser Wilhelm den Gewährsmännern des „Daily Telegraph" gemacht hat, erst verständlich, wenn man den tatsächlichen politischen Verlauf der in Deutschland so schmerzlich empfundenen Tragödie in Südafrika genau kennt. Das aber scheint keineswegs der Fall zu sein. Wir wollen versuchen, das richtige Bild zu zeichnen.

Da mag vorausgeschickt werden, daß wir uns durchaus zu der Empfindung bekennen, die in dem berühmten Telegramm vom 1. Januar 1896 zum Ausdruck kam. So wie Kaiser Wilhelm damals dachte, hat fast alles in Europa gedacht. Es war allerdings ein nicht zu rechtfertigender räuberischer Überfall, jener Jameson Raid, und wenn die englischen Gerichte auch die eigentlichen intellektuellen Urheber nicht vor ihr Forum zogen, Jameson mußten sie verurteilen und strafen. Und in England dachten die Männer, die heute der regierenden Partei angehören, ganz wie Kaiser Wilhelm und wie wir. Man hat sie deshalb die „little Englanders" genannt und fast wie Landesverräter behandelt.

Wenn nun jetzt behauptet wird, daß in jenem Telegramm seinem Sinn nach den Buren die Unterstützung der deutschen Kriegsmacht in einem möglichen Kriege mit England geboten wurde, so ist das falsch, wie schon September 1902 im „Nineteenth Century and after" von A. v. Maltzan nachgewiesen wurde. Frhr. v. Maltzan war preußischer Offizier gewesen, hatte lange in England gelebt und zog von dort nach Transvaal, 8 Jahre vor dem Jameson Raid; er war dann einer der Kommissare, die von der Transvaal-Regierung nach Johannesburg geschickt wurden, um dort die Ordnung herzustellen und weiteres Blut-

vergießen zu verhüten. Als der Krieg schließlich doch ausbrach, hat er an der Seite der Buren während des Feldzuges nördlich von Tugela gefochten. Indem er nun die Gründe darlegt, die den Krieg herbeiführten, sagt er unter anderem:

„Sie hofften auf Europas Intervention für den Kriegsfall. Die Gewißheit dieser Hilfe war ihnen unablässig von ihrem Agenten Dr. Leyds zugesichert worden, den Diplomaten, die noch verschlagener waren als er selbst, absichtlich irregeführt hatten. Vor allem war es jener sehr kluge Mann, der damals das Ministerium des Auswärtigen in Frankreich leitete (Herr Delcassé), der ihm seine Hilfe zusagte. Dieser Gentleman hielt es für höchst wahrscheinlich, daß die Macht der öffentlichen Meinung in Deutschland, die sehr erregt war, die Regierung nötigen würde, zugunsten der Buren zu intervenieren. Wären aber erst England und Deutschland aneinander geraten, so wollte Frankreich zurücktreten und im Bunde mit Rußland die Gelegenheit benutzen, um mit Deutschland abzurechnen. Aber die deutsche Regierung war zu klug, um in diese Falle zu treten. Bereits im Oktober 1897 ließ sie dem Präsidenten Krüger eine sehr nachdrückliche Warnung zugehen: Deutschland werde unter keinen Umständen sich in einen Krieg zwischen England und Transvaal hineinziehen lassen, Krüger solle den Nachrichten nicht Glauben schenken, die Dr. Leyds ihm sende. Diese Warnung wurde an den Präsidenten expediert und ihm in Gegenwart von mindestens 12 Mitgliedern des Volksraad von einem Freunde Transvaals eingehändigt, im Auftrage und in Vollmacht des damaligen Staatssekretärs Baron v. Richthofen, der 13 Jahre lang in Ägypten mit Lord Cromer gearbeitet hatte und den englischen Charakter sehr hoch schätzte. Der Präsident hat aber, wie wir wissen, diese Warnung mißachtet, nach wie vor den Meldungen seines Agenten Glauben geschenkt, was zu den bekannten schlimmen Resultaten für ihn selbst und sein Land führte. Das unglückliche Individuum aber, das die Warnung tauben Ohren überbrachte, wurde in Pretoria als ein Feind Transvaals und ein Freund Englands verdächtigt."

Aus diesem ganz unverdächtigen Zeugnis folgt wohl, daß die Haltung Deutschlands nach Ausbruch des Krieges die einer gebotenen Neutralität war, wenn anders das Reich nicht in eine gefährliche Krisis hineingezogen werden sollte, und nichts ist ungerechter, als unsere Regierung der Doppelzüngigkeit zu zeihen. Das mag in bezug auf

eine andere viel angefochtene Erzählung des „D T." wiederum eine englische Stimme belegen. Der bekannte Publizist Lucien Wolf, der unter dem Pseudonym Diplomaticus sich einen Namen gemacht hat, hatte schon im Dezember 1899 in der „Fortnightly Review" einen Artikel veröffentlicht, der die Überschrift trug „Graf Murawiews Indiskretionen", das Material dazu hatte ihm ein englischer Offizier geliefert mit der Bitte, dem Grafen doch einen Hieb auf die Knöchel (a rap over the knukles) zu geben. Da jetzt — so schreibt Wolff — der Kaiser seine damaligen Mitteilungen bestätigt habe, nehme er keinen Anstand, sie weiter darzulegen. Das Koalitionsprojekt sei ursprünglich in dem anglophoben Teil des russischen Kabinetts entstanden und sei im Detail von Murawiew und General Wannowski ausgearbeitet worden. Die Idee war, die Militärmacht der Buren in Südafrika aufrechtzuerhalten und eine Koalition mit Frankreich, Deutschland und Spanien abzuschließen. Dann solle England aufgefordert werden, sich einem Spruch der Haager Konvention für friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten zu unterwerfen. Lehnte England ab, so solle Gewalt gebraucht werden. Frankreich und Deutschland sollten eine Flottendemonstration an der spanischen Küste vornehmen und die englischen Verbindungen zur See lähmen, Rußland von Herat aus Indien bedrohen. Graf Murawiew verhandelte zunächst Anfang Oktober 1899 in San Sebastian mit Silvela, am 10. Oktober in Paris mit Delcassé und danach mit Dr. Leyds, der inkognito dazu gekommen war. Diese Verhandlungen trugen zunächst einen informatorischen Charakter. Silvela war entgegenkommend gewesen, Delcassé bat um Bedenkzeit. Aber Murawiew war so sanguinisch, dem Dr. Leyds die positive Zusicherung zu geben, daß Frankreich und Rußland die Annektierung Transvaals und des Freistaats nicht dulden würden. Einige Tage danach aber erklärte ihm zu seiner großen Enttäuschung Delcassé, daß Frankreich über freundschaftliche Vorstellungen an Großbritannien nicht hinausgehen wolle. Aber Dr. Leyds verlor nicht die Hoffnung und traf Anfang November in Berlin ein. Hier aber bekam er eine nicht mißverständliche sofortige Ablehnung. Von dem Telegramm des Kaisers an die Königin Viktoria hat Wolff gleich damals erfahren und im Dezemberheft der „Fortnightly Review" S. 1042 darüber berichtet.

Als jedoch der Krieg in Südafrika immer blutiger und erbitterter geführt wurde, und auf dem Kontinent die den Buren freundliche

Stimmung stetig zunahm, schöpften Murawiew und Wannowski neue Hoffnung; sie rechneten darauf, daß die Sympathien der Völker Frankreichs und Deutschlands zu einer Aktion drängen würden. Es wurden daher Truppen in Transkaspien konzentriert und über 50 000 Mann mit 150 Geschützen wurden von Tiflis über Aschabad nach Kuschk an die afghanische Grenze geschickt. Dort legte man starke Befestigungen an und konzentrierte ein immenses Eisenbahnmaterial. Ende 1900 standen 4 Armeekorps von je 44 000 Mann mit entsprechender Artillerie in Transkaspien, von wo sie, wie man erprobt hatte, in 8 Tagen pro Korps nach Kuschk befördert werden konnten. Dann wurden die Verhandlungen mit Paris und Berlin wieder aufgenommen. „Diesmal — so schreibt Wolff — schien Paris geneigter, und es wird sogar behauptet, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen den Plan annehmen wollte. Aber ich weiß nichts aus erster Hand von diesen Verhandlungen, und ich glaube nicht — habe vielmehr guten Grund zu bezweifeln —, daß es wahr ist, daß der Kaiser irgend Anlaß zu diesem Gerücht gegeben hat." In Wirklichkeit sei der Plan an der festen Haltung der Engländer und an der plötzlich auftauchenden chinesischen Krisis — gescheitert.

Zu diesen beiden englischen Stimmen kommt der Artikel des „Wissenden" in Fleischers Revue, der ebenfalls von den russisch-französischen Verhandlungen berichtet. Und nun fragen wir, wo bleiben die angeblich von Kaiser Wilhelm enthüllten Staatsgeheimnisse – sie waren seit vielen Jahren in jedermann zugänglichen Zeitschriften veröffentlicht —, und wo bleiben die uns so bitter vorgeworfenen Schwankungen unserer Politik in der Burenfrage? Sie haben niemals existiert, vielmehr stand von vornherein fest, daß man Deutschland nicht der doppelten Gefahr aussetzen dürfe, in einen Krieg mit England hineingezogen zu werden und gleichzeitig eines kombinierten russisch-französischen Überfalls gewärtig zu sein. Den Buren aber ist klarer Wein eingegossen worden, zu einer Zeit, da es ihnen noch möglich war, zu einem annehmbaren Ausgleich mit England zu gelangen. Daß keine einzige der ausländischen Zeitungen es an der Zeit gefunden hat, diese Zusammenhänge in Erinnerung zu bringen, ist begreiflich, aber unsere eigene Presse hätte gut getan, ihr Gedächtnis aufzufrischen. Die „Vossische Zeitung" mit ihrem Hinweis auf den Artikel in „Fleischers Revue", „der bereits alle Mitteilungen über die russisch-französische Einladung zur Intervention und über die deutsche Ablehnung enthielt", bietet,

soviel uns bekannt ist, die einzige Ausnahme in der Reihe der Blätter, die sich an die Analyse des „D. T.“-Artikels versucht haben. Uns liegt eine ungeheure Reihe englischer und französischer Zeitungsstimmen vor. Sie sind meist überaus höhnisch und gehässig, zum Teil voller Anerkennung für die „entschlossene“ Haltung der deutschen Presse, was uns ein trauriges Lob scheint. Übrigens soll man die Bedeutung auch dieser Stimmen nicht überschätzen. Die bösesten Urteile in England gehen von den Organen von zwei Männern aus, von C. A. Pearson und Lord Northcliffe, die über mächtige Zeitungstrusts gebieten, deren Spezialität die Pflege der Feindschaft gegen Deutschland ist. Wem die Pariser Presse gehorcht aber ist allbekannt, und neu nur, daß Herr Delcassé wieder überall seine Werkzeuge vorschiebt. Zu ihnen gehört auch jener Herr Melvil, dessen Artikel in der „National Review“ offenbar den Anstoß zu der Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ gegeben hat. Daß die Deutschfeindlichkeit dieser Blätter, die sich ein Gewerbe daraus machen, unseren Kaiser und Deutschland anzugreifen, nicht erst durch die Mitteilungen des „Daily Telegraph“ angestachelt zu werden brauchte, zeigt die Novembernummer der „National Review“, die uns zugegangen ist, bevor jene große Sensation an die Öffentlichkeit gedrungen war. Sie enthält einen Aufsatz des Chefredakteurs L. J. Maxse, der alles übertrifft, was an Feindseligkeit und Unwahrheit gegen uns in den letzten zehn Jahren auf den Markt geworfen worden ist. Und das will viel sagen. Es gibt aber in England zum Glück auch besonnen und gerecht denkende Männer, die es für Pflicht halten, diesem Treiben entgegenzutreten. So erhält die Redaktion des „Standard“ (der seit er im Besitz von Mr. Pearson ist, natürlich auch zu unseren bitteren Feinden zählt) von jemandem, der „Pictor“ zeichnet, eine Zuschrift, aus der wir folgende Sätze hervorheben:

„Ich dinierte zur Zeit des Jameson Raid mit dem verstorbenen Ernst v. Bunsen und er sagte mir, es werde eine natürliche Konsequenz des „Raid“ sein, daß Transvaal für den Fall eines Angriffs Deutschland um Schutz angehen werde. Da Deutschland eine solche Intervention ablehnte, bedeutete das Kaiserliche Gratulationstelegramm an Krüger: „Ich bin froh, daß Ihr Euch selbst helfen könnt.“ Gewiß war diese Äußerung des Kaisers eine wohlverdiente Antwort auf den unverantwortlichen Friedensbruch Jamesons. Ich bin weder Pro-Bur noch Little Engländer, aber ich vermag nicht einzusehen, welchen Nutzen

es haben kann, allerlei Detail auszugraben und aufzubauschen, welches geeignet ist, das unwahrscheinlich zu machen, was sehr wohl möglich ist, daß nämlich der Kaiser in der Tat ein Freund von England ist, und doch zugleich wünscht bereit zu sein, um einen Angriff abzuwehren, der etwa im fernen Osten drohen könnte oder wo sonst die berechtigten Handelsinteressen Deutschlands zu Friktionen führen könnten.

Natürlich müssen auch wir fertig sein, aber das ist doch kein Grund, um in jeder Nation, die unserem Beispiele folgt, einen Feind zu sehen."

Mit dieser sehr vernünftigen Betrachtung seien auch unsere Bemerkungen zum „Daily Telegraph" — inzident abgeschlossen. Es schrumpft erstaunlich zusammen, wenn man es scharf ins Auge faßt, und wir hoffen, daß der ungeheure Lärm, der jetzt erhoben wird, bald verstummt. Was übrig bleibt, ist die in der Tat zutage getretene Möglichkeit, daß unser Auswärtiges Amt in kritischen Augenblicken plötzlich versagen kann. Und dem muß abgeholfen werden.

In den orientalischen Wirren beunruhigen im Augenblick die Zusammenstöße, die zwischen den alten Truppen des Sultans und den jungtürkischen stattgefunden haben, weit mehr als die übrigen Fragen, die vor wenigen Tagen noch fast ausschließlich die Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Es ist immer wahrscheinlicher geworden, daß Bulgarien und die Türkei einerseits, die Türkei und Österreich-Ungarn andererseits sich verständigen werden, ganz wie es immer unwahrscheinlicher wird, daß Serbien sich in das Abenteuer eines aussichtslosen Krieges stürzen wird, um Ansprüche aufrecht zu erhalten, für welche es keinerlei Recht geltend machen kann. Dagegen könnte ein in der Türkei ausbrechender Bürgerkrieg allerdings einen Brand entzünden, der durch die ganze Halbinsel zieht und nach furchtbarem Blutvergießen die allergefährlichsten europäischen Verwicklungen nach sich ziehen kann.

Irren wir nicht, so stehen wir vor einem Abflauen der stürmischen slavischen Bewegung in Rußland. Man beginnt die Lage nüchterner zu beurteilen. Um Serbiens willen einen Krieg auf sich nehmen, möchte niemand, der an verantwortlicher Stelle steht. Auch das Telegramm, das der Präsident der Duma Chomjakow an die serbische Skuptschina gerichtet hat, trägt mehr den Charakter eines Beileids- als eines Beifallstelegramms. Die Wirklichkeit fordert ihre Rechte, die unabweisbare Notwendigkeit, die großen Reformgesetze unter Dach und Fach zu bringen, läßt sich nicht übersehen. Der auswärtigen Politik wird man

seinen Zoll entrichten, wenn Herr v. Iswolski der Duma über seine politische Rundreise Auskunft erteilen wird. Inzwischen wird namentlich in der „Nowoje Wremja“ gegen ihn Stimmung gemacht. Sogar über seinen Nachfolger beginnt man zu konjekturieren, was doch etwas verfrüht sein möchte.

Am Dienstag abend wird das Resultat der Präsidentenwahl entschieden sein. Seit feststeht, daß der Staat New York für Taft stimmen wird, kann dessen Wahl für gesichert gelten. Auch daß Präsident Roosevelt nicht noch im letzten Augenblick für ihn eingetreten ist, wie er äußerstenfalls zu tun entschlossen war, spricht dafür. In Deutschland wird man Tafts Wahl freudig begrüßen. Sie bedeutet eine Kontinuität in der auswärtigen Politik der großen Republik, und wir sind sicher, daß „Präsident“ Taft die guten Beziehungen zu Deutschland ebenso pflegen wird, wie Präsident Roosevelt es getan hat. Der aber wird das Weiße Haus mit dem Bewußtsein verlassen dürfen, daß die Jahre seiner Präsidentschaft in der Geschichte der Vereinigten Staaten Epoche gemacht und eine wohltätige Spur hinterlassen haben.

6. Nov. 1908. Kaiser Wilhelms Besuch in Schönbrunn bei Kaiser Franz Joseph. Eröffnung des Kanals Kertsch-Jenikale.
7. Nov. Fahrt des Kronprinzen mit dem Zeppelinschen Luftschiff. Demission des österreichischen Kabinetts Beck. Ministerium Bienerth.
8. Nov. Überfall deutscher Studenten durch tschechischen Pöbel in Prag. Kronprinz Georg von Serbien verläßt Petersburg.
10. Nov. Die Casablanca-Affaire wird einem Schiedsgericht übergeben.
11. Nov. Dem ungarischen Abgeordnetenhause legt die Regierung den Entwurf einer Wahlreform vor.

11. November 1908.

Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß in irgendwelcher Weise die Casablanca-Deserteur-Affäre so aus der Welt geschafft wird, daß beide Teile sich damit zufrieden geben können. Das „intra muros peccatur et extra" scheint in diesem Falle mitzuspielen und eine Prüfung des tatsächlichen Sachverhalts Divergenzen zwischen der französischen und der deutschen Darstellung des Verlaufs der Ereignisse ergeben zu haben, die ausgeglichen werden müssen, ehe ein letztes Wort gesprochen werden kann. Darauf wollen wir also warten. Aber schon jetzt scheint es uns unerläßlich, Stellung zu nehmen zu dem Ton, den von vornherein gewisse französische Blätter angeschlagen haben. Sie sind direkt mit Drohungen vorgegangen und haben England und Rußland als Helfer aufgerufen. Drohungen sind aber ein höchst gefährliches Kampfesmittel und Hilfsgesuche fallen nicht immer auf einen günstigen Boden. Auch kann nicht jede Hilfeleistung, selbst wenn sie sehr aufrichtig gemeint ist, woran wir keineswegs zweifeln, einen wirksamen Schutz bieten. Wir wollen das nicht näher ausführen, weil wir sicher sind, verstanden zu werden. Das Bedenkliche der Lage, selbst nach Erledigung der Casablancaaffäre, liegt aber darin, daß dieser letzte an die Öffentlichkeit getretene Streitpunkt nur einer aus einer langen Reihe von Zwischenfällen ist, die von einer überaus verbitterten Stimmung zeugen. Die marokkanischen Zeitungen der verschiedenen Lager geben dafür die Belege. Wenn wir sie heute nicht herzählen, wie wir wohl könnten, geschieht es, weil das alles nur Symptome der unhaltbaren

Gesamtlage in Marokko sind, die sich als Folge der vom Kabinett Clemenceau Pichon fortgesetzten Delcasséschen Politik der pénétration (pacifique läßt sich ja nicht mehr sagen) Marokkos ergeben hat. Da Herr Delcassé neben der Tunisierung Marokkos sich noch die politische Demütigung Deutschlands zum Ziel gesetzt hatte, ist es kein Wunder, daß man bei uns mit höchstem Mißtrauen die Politik seiner Nachfolger und Nachtreter beobachtet. Dieses Mißtrauen ist gesteigert worden durch den großen Bluff der Umzingelung Deutschlands, der mit der Revaler Entrevue seinen Höhepunkt erreicht zu haben schien und heute hilflos am Boden liegt. Die Erinnerung an diesen Anschlag, zu dem seine Urheber sich ja in allernaivster Weise bekannt haben, werden wir nicht sobald aus unserem politischen Gedächtnis streichen und ebensowenig die Tatsache, daß der Ursprung der Intrige auf die Gleichung Marokko—Ägypten zurückzuführen ist, durch welche England die französische Politik an sich gefesselt hat, wie an einem Gängelbande. Es fällt daher außerordentlich schwer, sich von der Vorstellung frei zu machen, daß in irgendeiner Verkleidung diese marokkanische Frage sich früher oder später einmal in eine europäische umsetzen wird, deren Hauptlast dann wir und Frankreich zu tragen haben werden. Im beiderseitigen Interesse wünschen wir, daß das nicht geschieht, denn wenn die Casablancafrage sich mit Komplimenten und Noten aus der Welt schaffen läßt, bürgt nichts dafür, daß der nächste Zwischenfall einen gleich erträglichen Ausgang findet. Er würde auf einen bereits erhitzten Boden stoßen. Man täuscht sich in Frankreich, wenn man aus Stimmen, wie sie im „Berliner Tageblatt" laut werden, auf die Stimmung in Deutschland schließt. Herr Wolff, der von Paris aus die Erbschaft von Herrn Lewinson als Redakteur dieses Blattes angetreten hat, gilt in seiner blinden Voreingenommenheit für französische Zustände mit Recht als Anwalt französischer, nicht deutscher Interessen, und täte gewiß gut, als M. Loup nach Paris zurückzukehren, wohin ihn ja alle seine politischen Ansichten treiben und wo er im Grand Orient gewiß eine ehrenvolle Stellung neben anderen „vénérables" gleicher Gesinnung und gleicher Farbe einnehmen würde. Auch haben wir uns nicht gewundert, ihn in der Affäre des „Daily Telegraph" in England als Schwurzeugen für die wahre Stimmung Deutschlands aufgeführt zu finden, ihn, Herrn Leipziger und den Spezialisten für Sittlichkeit und Patriotismus, Herrn Maximilian Harden. Der Mantel nationalen Empfindens, den diese

Herren umzuwerfen lieben, deckt ihre Blöße nicht und täuscht niemanden, der sich das sichere Gefühl erhalten hat, Echtes von Unechtem, vollwichtiges Gold nationaler Gesinnung von den beschnittenen Münzen pathetischer Deklamation zu unterscheiden.

Zu dieser „Daily Telegraph"-Enthüllung aber möchten wir noch ein kritisches Bedenken des Historikers geltend machen. Was in dem englischen Blatte als Äußerung unseres Kaisers vorgeführt wird, bietet keinerlei Garantie der Autentizität des Wortlautes oder gar des Zusammenhanges, in dem die angebliche Äußerung gefallen ist. Wir haben vor 8 Tagen aus englischer Quelle nachgewiesen, daß von Indiskretionen keine Rede sein kann, sondern daß es sich um Wiedergabe bekannter Tatsachen handelt. Nachträglich haben wir in der Ausgabe der Reden des Fürsten Bülow dazu die Bestätigung gefunden. In der Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember 1900 sagte der Reichskanzler, daß Deutschland im Mai 1899 im Verein mit der niederländischen Regierung dem Präsidenten Krüger zur Mäßigung geraten habe und Anfang Juni 1899 dem Präsidenten riet, die Vermittlung der Vereinigten Staaten von Nordamerika anzurufen. Krüger lehnte darauf ab, und ebenso wirkungslos blieb der im August von den beiden Mächten erteilte Rat, den von England gemachten Kompromißvorschlag nicht abzulehnen. Am 12. Dezember 1900 aber erklärte der Reichskanzler, daß Deutschland im Falle eines Konfliktes mit England in Afrika allein auf seine eigenen Kräfte angewiesen geblieben wäre, wodurch in aller Diskretion auf die Murawiew-Delcasséschen Pläne und ihren Hintergrund hingewiesen wird. Der Reichskanzler hat damals diese sehr vorsichtig gehaltenen Andeutungen nur gemacht, soweit sie sich aus dem niederländischen Gelbbuch belegen ließen. Es ist unzweifelhaft, daß in den Akten unseres Auswärtigen Amtes ein weit reicheres beweiskräftiges Material zu finden ist. Damit wäre wohl die Richtung der Politik, die wir eingehalten haben, deutlich genug klargelegt. Was aber die Äußerungen unseres Kaisers betrifft, so ist zu bedenken, daß sie weder aus erster, noch aus zweiter, sondern aus dritter Hand an die Öffentlichkeit gedrungen sind, und daß damit jede Gewähr für die ursprüngliche Fassung des Gedankens geschwunden ist. Im Verlaufe der Beantwortung der Interpellationen wird diese Tatsache gewiß noch deutlicher zur Geltung kommen. Es scheint uns aber notwendig, sie auch in dieser Stimmungschronik der Zeitgeschichte hervorzuheben.

Bei der leidenschaftlich erregten und zum Teil künstlich überhitzten Stimmung (wir denken wieder an das Trifolium Wolff, Leipziger, Harden), die durch unsere Presse geht und von ihr suggestiv weiter getragen wurde, ist es unerläßlich, zur Besonnenheit zu mahnen, wo es sich um Urteile über unseren Kaiser handelt. In England wäre es undenkbar, eine derartige Agitation in der Presse und im Parlament vorzubringen. Mit dem Moment, da König Eduard VII. der regierende Herr war, wurde nicht nur all sein Tun, sondern auch seine Vergangenheit jeder Kritik entzogen; bei uns begann die öffentliche Kritik mit dem Moment der Thronbesteigung, und es scheint fast vergessen, daß die 20 Jahre, die hinter uns liegen, eine Zeit wunderbarer materieller Blüte, großartigen wissenschaftlichen Fortschritts und stetig wachsender nationaler Kraft darstellen. Welche Rolle dabei der persönlichen Initiative des Kaisers zufällt, wird die Geschichte einst sagen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie dabei die unbequemen Impulse als minoris momenti anders beurteilen, als jetzt in der Hitze des Augenblicks geschieht. Was mit diesem Übereifer der Tadelnden versöhnt, ist, daß aus der ungeheuren Mehrheit wirklich patriotische und nationale Erwägungen reden; die höchst ungeschickte Inszenierung des „Daily Telegraph"-Artikels in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die übertriebene Vorstellung von dem Versagen des Auswärtigen Amtes — das, wie wir trotz des Versagens einiger seiner Mitglieder, in Pflichtgefühl und Arbeitsfähigkeit sich mit jeder anderen Körperschaft dieses Namens getrost messen kann —, endlich das Gefühl, daß unsere Rolle in der Welt nicht der nationalen Kraft entsprach, die wir darstellen, das alles in seiner Summe hat den Sturm entfesselt, der sich jetzt austoben will. Wir meinen aber zu erkennen, daß die politische Kurve unserer Geltung im Aufsteigen ist nnd haben das feste Vertrauen, daß es keine Aufgabe gibt, die der Ernst der Zeit an uns herantreten lassen kann, der wir nicht in ehrenvoller Weise gerecht werden könnten. Denn das eine ist sicher, trotz allen Murrens stehen deutsches Volk und Deutscher Kaiser zueinander, und was aus jenem Murren spricht, ist im Grunde — wie die Franzosen sagen — un dépit amoureux.

Ein Anzeichen sich vorbereitender Wandlungen im politischen Leben Englands glauben wir in dem Ausfall der Kommunalwahlen zu erkennen, die am 3. Oktober in England und Wales stattfanden. Die Konservativen und Unionisten gewannen 118 Sitze gegen 3 der

Liberalen. Die Sozialisten brachten 9, die Arbeiterpartei 1 und die Unabhängigen 4 Kandidaten durch. Es ist eine ähnliche Erscheinung, wie sie im Laufe des Jahres 1905 dem Zusammenbruch des konservativen Kabinetts vorausging, um am 10. Dezember des Jahres zur Konstituierung des Kabinetts Campbell-Bannerman zu führen. Nun ist zwar nicht wahrscheinlich, daß die Konservativen in nächster Zeit ans Ruder kommen, aber die Popularität der Liberalen nimmt unverkennbar ab. Sie haben die „Times" und die großen Preßtrusts gegen sich, die von den Ministern nur Sir Edward Grey glimpflich behandeln, sonst aber eifrig am Werk sind, um den Liberalen den Boden zu unterwühlen. Auch mehrt sich die Zahl der Unzufriedenen. Die Lizenzbill ist höchst unpopulär, die Zahl der Arbeitslosen wächst stetig. Man schätzte sie auf 1 bis 2 Millionen, und wenn auch ein großer Teil von ihnen bei den mit fiebrischem Eifer betriebenen Schiffsbauten beschäftigt, ein anderer militärisch gedrillt und der Armee eingereiht wird, bleibt doch ein ungeheurer Rest. Dazu kommt die Unzufriedenheit mit der Entwicklung, die sich in den Kolonien vollzieht. Von Südafrika spricht man nicht gern und sieht mit saurer Miene zu, wie die Trümpfe allmählich aus den Händen der englischen Spieler in die der Buren übergehen. Ebenso beunruhigt das Selbständigkeitsbedürfnis Kanadas, das zu einer Nation heranwachsen und nicht mehr Kolonie sein will. Hat doch kürzlich sogar der „Standard" sich dazu bequemt von der „Kanadian Nation" zu schreiben. In Australien ist das bisherige Haupt der Imperialisten Mr. Deakin gestürzt worden und an seine Stelle als Ministerpräsident der Führer der Arbeiterpartei Mr. Watson getreten, in Indien aber gärt es nach wie vor. Noch vor wenigen Tagen ist der Stellvertreter des Gouverneurs von Bengalen, Sir Andrew Fraser, wie durch ein Wunder dem Attentat eines Bengali entgangen. Die Hindupresse in Kalkutta, Bombay, Amritsar ist von erstaunlicher Heftigkeit und wir sehen nicht, daß das Entgegenkommen, welches das liberale Kabinett neuerdings den Eingeborenen zeigt, bisher gute Früchte getragen hätte. Auch die Skepsis, mit der die öffentliche Meinung in England, namentlich aber das Urteil der in Ostasien lebenden Engländer, den Früchten des japanischen Bündnisses gegenübersteht, nimmt eher zu als ab. Es wird als eine überkommene Notwendigkeit, nicht als ein wirklicher Vorteil empfunden, denn im Grunde hat es bereits seine Dienste geleistet, und was nachblieb ist eine lästige politische und materielle

Konkurrenz. Wie weit endlich das augenblickliche Überwiegen des englischen Einflusses in der Türkei von Dauer sein wird, bleibt doch abzuwarten. Die moralische Unterstützung, die England dem Staatsstreich der Jungtürken gewährte, war allerdings zunächst für sie von ganz unschätzbarem Wert. Vor der bulgarischen und bosnischen Überraschung aber vermochte England sie weder zu bewahren, noch ihnen nachträglich eine irgend wirksame Hilfe zu leisten. Nach dem Scheitern der Mission Iswolskis und der Veröffentlichung des zwischen den Mächten der Tripleentente vereinbarten Konferenzprogramms gab es eine große Enttäuschung, und neuerdings beunruhigt die Aufstandsbewegung im südlichen und südwestlichen Arabien, weil zwischen den Umtrieben des Mullah und den alten englischen Plänen in Mekka ein von der Türkei unabhängiges Kalifat ins Leben zu rufen, sich Zusammenhänge vermuten lassen. Dazu kommt der Blick auf Persien, wo Rußland und England eine Politik verfolgen, welche mit ihrem liberalen Enthusiasmus auf der Balkanhalbinsel nur schwer in Einklang zu bringen ist. In Rußland aber regt sich in den orientalischen Angelegenheiten neben der sehr aufrichtigen Erbitterung über Österreich-Ungarn, auch Mißtrauen gegen England in der persischen Frage, und gegen Frankreich wegen seiner Haltung in der Balkanpolitik. Überaus charakteristisch ist in dieser Hinsicht ein vom Fürsten Grigori Trubetzkoi gezeichneter Artikel im „Golos Moskwy". Die Franzosen, schreibt er, wollen die Krisis benutzen, um ein Kapital zu erwerben und dabei doch im Stande der Unschuld bleiben. Ihre Diplomatie bemüht sich, alle Beteiligten zu versöhnen, und das wäre sehr löblich, wenn sie nicht vor allem bemüht wäre, für den eigenen Vorteil zu sorgen (wörtlich: ihre kleinen Geschäfte [dielischki] ins Reine zu bringen). Sie machen den Österreichern den Hof, weil sie von ihnen Unterstützung in Marokko erwarten. Und das geht so weit, „daß der Offiziosus der französischen Diplomatie offen und ziemlich kategorisch die geringe Nachgiebigkeit Rußlands kritisiert und sich auf den österreichischen Standpunkt in betreff der Konferenz stellt". Daß „König" Ferdinand — den die Russen nach wie vor „knjäs" nennen, eine böse Presse in Petersburg und Moskau hat, ist selbstverständlich; um so mehr Sympathien finden die Serben — aber auch nur Sympathien. Man ist sich in Rußland ganz klar, daß bei der gegenwärtigen Konstellation ihnen nicht zu helfen ist, und mahnt zur Ruhe, was gewiß das vernünftigste ist.

Die Wahlen ersten Grades, die jetzt in der Provinz Seres zum türkischen Parlament stattgefunden haben, lassen ungefähr erkennen, wie die nationale Zusammensetzung dieser Volksvertretung sein wird. Gewählt wurden 86 Türken, 51 Bulgaren und 45 Griechen. Da Griechen und Bulgaren schwerlich zusammengehen werden, dürfte das Übergewicht des türkischen Elementes gesichert sein. Es scheint jedoch, daß in Türkisch-Asien unter der moslemischen Bevölkerung die Begeisterung für parlamentarische Lebensformen sehr gering ist, und das mag die Sorge erklären, welche den Jung-Türken die Möglichkeit einer absolutistischen Reaktion einflößt. Sehen wir richtig, so begehen sie den großen Fehler, ihren klügsten Mann, den Sultan selbst, nicht genügend bei den großen Entscheidungen, vor denen die Türkei steht, zu Rate zu ziehen.

Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat, wie wir erwarteten und hofften, Taft als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen lassen. Wir freuen uns dessen: ein tüchtiger Mann von tadellosem Ruf und umfassender Erfahrung ist damit der großen Republik als Führer gesichert. Präsident Roosevelt hat sein Wort eingelöst und trotz aller Versuchungen, die in den Vorstadien des Wahlkampfes an ihn herantraten, nicht kandidiert, obgleich seine Wiederwahl wohl zweifellos gewesen wäre. Noch hat er fast ein halbes Jahr seines Amtes zu walten, dann will er sich die wohl verdiente Erholung gönnen und, wie es heißt, in Abessinien Löwen und anderes Hochwild jagen. Kehrt er nach Amerika zurück, so wird er, wie bereits feststeht, die Oberleitung des „Outlook“ übernehmen.

13. Nov. 1908. Vermittelungsversuche zwischen Bulgarien und der Türkei.
Sven Hedin trifft in Tokio ein.
14. Nov. Die Großherzogin von Luxemburg wird zur Regentin ernannt.
Chomjakow wird zum Präsidenten der russischen Duma wiedergewählt.
Der Tod des Kaisers und der Kaiserin von China werden bekannt gegeben.
15. Nov. Belgien übernimmt die Ausübung seiner Hoheitsrechte über die Kongo-Kolonie.
Verhängung des Kriegszustandes über Teheran.
16. Nov. 50jähriges Priesterjubiläum des Papstes.
Kämpfe zwischen Beduinen und türkischen Truppen bei Muba.
General Gomez wird zum Präsidenten von Kuba gewählt.

18. November 1908.

Am 10. November hat, wie der „Manchester Guardian" berichtet, im Reformklub von Manchester eine Debatte über die deutsch-englischen Beziehungen stattgefunden, wie sie im Licht der Veröffentlichung des „Daily Telegraph" beurteilt werden. Der Hauptredner, Mr. H. Sidebotham, sah dabei von dem Effekt in Deutschland ab und faßte ausschließlich die Frage ins Auge, welche Schlüsse ein patriotischer Engländer aus dieser Sensation zu ziehen habe. Ein Gewährsmann der „Times", Mr. Harald Spender, habe erklärt, daß nunmehr auch der Kaiser den Feinden Englands beitreten werde. Aber, entgegnet Sidebotham, wer so argumentiert, zeigt uns, daß wir am Rande eines Abgrundes schreiten. Denn wenn schon eine impulsive Freundschaftsversicherung eine so erstaunliche Wirkung haben kann, was wird geschehen, wenn einmal ein scharfes Wort fällt? Die Frage sei ernst genug, um erwogen zu werden, denn es gebe nicht nur in aller Welt politische Beziehungen zwischen Deutschland und England, auch in der inneren Politik Englands spielt sie mit, wie das nächste Budget wohl beweisen werde.

Nun solle man nicht sagen, daß gute Beziehungen zu Deutschland unvereinbar seien mit der französischen entente. Richtig sei nur, daß die gegenwärtige entente mit Frankreich nicht von Dauer sein könne, wenn man sie gegen Deutschland ausbeuten wolle (the present entente with France cannot be durable so long as it is used as a stalking horse

for animosity against Germany). Es wäre verräterisch, die Freundschaft Frankreichs als Schild zu benutzen, um seinem Haß gegen Deutschland genugzutun.

Übrigens gehörten die schlechten Beziehungen zu Deutschland nicht der Periode der Königin Viktoria an, sie seien „definitely Edwardian". Er wolle nicht direkt dem Könige Schuld geben, aber die Tatsache stehe doch fest, und es sei wohl verständlich, daß, als der König seine berühmten europäischen Reisen begann und alle Staaten, mit alleiniger Ausnahme Deutschlands besuchte, man in Deutschland annahm, er wolle seine Minister in eine deutschfeindliche Richtung hineinführen. Es sei deshalb zu bedauern, daß Mr. Haldane den König wegen seiner politischen Initiative gerühmt habe.

„Ich glaube nicht", fuhr Mr. Sidebotham fort, „daß die Auslandsreisen des Königs in jeder Hinsicht den Interessen des Friedens gedient haben. Sie haben vielmehr, wenn nicht ein Schwert, so doch jedenfalls Hader in die europäische Politik eingeführt. Und ich muß dabei bleiben, daß das englisch-französische Abkommen genau dieselbe Wirkung gehabt hat. Es ist eine Ungeheuerlichkeit (monstrous thing), daß dieses Abkommen genau den entgegengesetzten Effekt haben sollte, wie den, auf welchen wir hofften. Das Abkommen hat, ich weiß nicht wieviel Tausenden von Mauren in Marokko den Tod gebracht, es verletzte das Prinzip der offenen Tür und leitete jenen Prozeß ein, der Europa in zwei feindliche Lager teilte — den alten Dreibund einerseits, die neue entente andererseits, und sie ist der wahre Grund aller Unzufriedenheit und aller Besorgnisse, auf die man heute stößt."

Es schloß sich hieran eine scharfe Kritik der Politik Sir Edward Greys, der gewisse Bestimmungen des Abkommens vom 8. April 1904 aufrechterhalten habe, die infolge der Konferenz von Algeciras obsolet geworden waren. Bevor die Konferenz zusammentrat, sei er allerdings verpflichtet gewesen, ohne jeden Vorbehalt Frankreich diplomatisch in marokkanischen Angelegenheiten zu unterstützen, sobald aber die Konferenz begann, hätte er den Franzosen sagen müssen: „Das englisch-französische Abkommen ist nicht länger anwendbar: euere Beziehungen zu Marokko werden jetzt durch einen höherstehenden, internationalen Vertrag bedingt, und es wäre unrecht und illoyal von uns, wenn wir die besonderen Vereinbarungen des Abkommens in Algeciras aufrechterhielten".

Hätte Sir Edward Grey so gehandelt, so wäre das einer Wendung zum Besseren in der gesamten Geschichte Europas gleichgekommen. Als Freihandelsminister hätte er darauf hinweisen müssen, daß das englisch französische Abkommen den Grundsätzen des Freihandels ins Gesicht schlage, auf die seine Regierung zur Macht gelangte, und da Deutschland dem Abkommen gerade wegen der verletzten Grundsätze des Freihandels widersprochen habe, wäre es Englands Pflicht, auch im französischen Interesse, gewesen, auf diesem Boden eine Verständigung mit Deutschland zu suchen. Und das wäre leicht gewesen (the easiest thing of the world). Deutschland habe die triftigsten Gründe, mit Leidenschaft für das Prinzip der offenen Tür im Auslande einzutreten. Die wachsende Bevölkerung brauche einen Ausweg, und da es nirgends in aller Welt Raum für Kolonien gebe, müsse es suchen, überall die Tür offenzuhalten.

„Hätte nach Abschluß der Konferenz von Algeciras, nachdem unsere Verpflichtungen Frankreich gegenüber erfüllt waren, Sir Edward Grey sich nach Deutschland begeben und ein neues Abkommen vorgeschlagen, auf Grund der offenen Tür, so wären unsere Sorgen — wie ich glaube — beseitigt gewesen, und die ganze folgende Geschichte Europas hätte einen anderen Verlauf genommen. Grey aber versäumte die Gelegenheit und wiederholte denselben Fehler Rußland gegenüber. Mit dem Beitritt Rußlands aber nahm die Entente immer mehr die charakteristischen Formen einer Allianz an."

Mr. Sidebotham berührte auch die Frage der deutschen Seemacht und erklärte, daß es „wildes Geschwätz" sei, von deutscher Drohung zu reden. Das Verhältnis zwischen beiden Staaten werde sich bessern, wenn das englische Volk sich entschließe, gewisse Wandlungen in seiner Politik vorzunehmen. Das Eingreifen des Königs in die auswärtige Politik müsse aufhören. (There must be a definite stopping of the Kings interference in foreign polities.) England müsse Hand in Hand mit Deutschland eine Art handelspolitischer Monroedoktrin festlegen, um die offene Tür in den existierenden neutralen Märkten aufrechtzuerhalten; und das englische Volk solle sich in betreff der Marine einen kühlen Kopf bewahren.

In der sich hier anschließenden Debatte vertrat Mr. Eric Johnson den Standpunkt der „Times", während Mr. A. J. King M. P. sich in allen wesentlichen Punkten auf den Boden Mr. Sidebothams stellte.

Über den weiteren Verlauf der Debatte berichtet der „Manchester Guardian“ nicht.

Wir wollen diese denkwürdige Debatte nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen. Der „Manchester Guardian“ ist unbestritten das vornehmste und einflußreichste englische Provinzialblatt, und wir erinnern uns in dem liberalen Wochenblatt „The Nation“ zur Zeit der Revaler Entrevue ganz ähnliche Ausführungen gefunden zu haben, die sich gegen das Eingreifen König Eduards in den Gang der englischen Politik wenden.

Es handelt sich dabei um den Protest gegen politische Aktionen von größter Tragweite, die verfassungsmäßig dem regierenden Ministerium gehören, nicht um gelegentliche Äußerungen, deren Wortlaut bis zur Stunde nicht feststeht und deren Tendenz nicht zweifelhaft sein kann. Als wir an dieser Stelle vor 8 Tagen unsere Auffassung des „Daily Telegraph“-Incidents darlegten, hatten die Debatten im Reichstage noch nicht stattgefunden. Sie wurden, wie wir keinen Augenblick bezweifeln wollen, in patriotischer Absicht eingeleitet und geführt, in der Vorstellung, daß durch jene Unterredungen ernste Interessen des Reiches gefährdet seien; aber die Angriffe, die sich gegen den Kaiser richteten, waren hart, unbarmherzig und unbillig. Das ist nicht nur ein persönlicher Eindruck. Ein hochgestellter Freund, den ich nicht einen Freund Deutschlands nennen möchte, der vielmehr aus nationalen Interessen im entgegengesetzten Lager steht, schreibt zu der Frage: „Ich staune über die Härte des Tones, den Ihre deutsche Presse dem Manne gegenüber anschlägt, der 20 Jahre seines Lebens darangesetzt hat, das Ansehen und die Wohlfahrt seines Landes zu heben, dem der Ruhm Deutschlands alles war, den ich endlich für einen Ihrer glühendsten nationalen Patrioten halte (pour qui la gloire de l'Allemagne était tout, celui enfin que je considère pour un de vos plus fervants patriotes nationaux. Ceci m'est incompréhensible!“ So urteilt ein Fremder, wie denn, abgesehen von bekannten Stimmen in der uns unversöhnlich gegenüberstehenden Presse verschiedener Sprachen, draußen das Urteil sich von den unerhörten Übertreibungen ferngehalten hat, die man in unserer Presse lesen konnte. Wie oft haben wir nicht in den letzten Jahren hüben und drüben gehört: „Ja, wenn wir den Kaiser Wilhelm an unserer Spitze hätten“, und wie ist unserem Kaiser bis in die letzte Zeit hinein zugejubelt worden, wenn er, wie er zu tun pflegt, durch das

Land reiste. Wenn jetzt Parlament und Presse vornehmlich oder gar nur das zur Geltung bringen, was ihnen ein Ärgernis ist, so zeugt das, abgesehen von allem anderen, doch von geringer Kenntnis der Geschichte unseres Königshauses. Es gibt nur einen preußischen König, an dem die Nation kein Ärgernis genommen hat, das war Friedrich Wilhelm III., der ohne allen Zweifel der wenigst begabte des Geschlechtes gewesen ist. König Wilhelm dem Ersten fiel sein Volk erst 1866 zu, und wenn es sich danach in begeisterter und unerschütterlicher Liebe an ihn schloß, und sich in ihm das Ideal eines Königs und Kaisers verkörperte, so vergessen wir leicht, daß es die durch schwere Lebenserfahrungen gereifte Weisheit des Greises war, die aus seinem Tun und Lassen uns entgegentrat. Aber das heiße Blut seines Geschlechtes hat auch in seinen Adern geflossen, da er ein Jüngling und danach ein reifer Mann war, ganz wie wir es, von anderen zu geschweigen, bei Friedrich Wilhelm I. und bei Friedrich dem Großen finden. Damit sollen natürlich die Fehlgriffe nicht weggedeutet werden, zu denen rasche Impulse und leidenschaftliches Empfinden führen. Aber sie sind der Tribut, den hohe Begabung der menschlichen Schwachheit entrichtet, Eigenschaften, die sich überwinden lassen und an denen die gesamte Persönlichkeit nicht gemessen werden darf. Gewiß ist es unerfreulich, wenn Äußerungen eines Monarchen vor Zeugen, deren Interessen die deutschen nicht sind, politische Probleme behandeln, die naturgemäß besser gedeihen, wenn man sie im Geheimnis der Kanzleien reifen läßt; es ist meist schädlich, wenn der Monarch die stets sehr komplizierte Verantwortlichkeit für Ereignisse, die der Vergangenheit angehören oder erst in Zukunft Wirklichkeit werden sollen, vor der stets indiskreten Öffentlichkeit übernimmt. Fast wie ein psychologisches Gesetz tritt uns die Tatsache entgegen, daß solche Äußerungen in malam partem gedeutet werden. Friedrich der Große, zu dessen Zeiten es eine Öffentlichkeit in unserem Sinne noch nicht gegeben hat, war immer geneigt, dem ersten Impulse nachzugeben (voyez vous, je ne puis me défendre de ce premier moment. Gespräche mit Katt. 1758 August 18) und hat uns in seiner Histoire de mon temps selbst erzählt, wie sehr er sich in kritischer Zeit, bei Ausbruch des österreichischen Erbfolgekrieges dadurch geschädigt hat, daß er dem österreichischen Hof Ratschläge erteilte und dabei seinen eigenen Gedanken unvorsichtig freien Lauf ließ. „Während ich in Olmütz war (Ende Januar und Anfang Februar 1742), wurde ein gewisser Fitzner (Pfützschner)

aus Wien zu mir geschickt, ein Rat des Großherzogs (von Toskana, des späteren Kaisers Franz I.), um mir einige Anträge zu machen. Ich ließ mir in dieser Verhandlung einen wesentlichen Fehler zuschulden kommen, den alle vermeiden sollen, die in Staatsgeschäften verhandeln: ohne ihm Zeit zu lassen, sich auszusprechen, sprach ich allein und ohne mich unterbrechen zu lassen (sans mettre ni point ni virgule dans mon discour) (Histoire de mon Temps, der Text von 1746 S. 250). Er hatte sich mit Österreich verständigen wollen und erreichte das Gegenteil. Noch 1758 klagt er darüber, daß seine Lebhaftigkeit ihn fortreiße; und daß er seine Residenz in Potsdam nahm, geschah, weil er dort den fremden Diplomaten nicht so leicht zugänglich war wie in Charlottenburg. Er kannte die Gefahr wohl, die für ihn in direkten Verhandlungen mit den Vertretern fremder Interessen lag. In den von Koser veröffentlichten Auszügen aus der Korrespondenz der französischen Gesandtschaft in Berlin 1746—1756 finden sich die merkwürdigsten Belege für die impulsive Natur des großen Königs und dafür, wie die fremden Diplomaten sie auszubeuten verstanden. So schreibt der Graf Tyrconnell in seinem Tableau de la cour de Berlin am 27. Dezember 1751: „Der König ist von Natur indiskret, und begeht in dieser Hinsicht Fehler, die bei einem so geistvollen Manne unverzeihlich sind. Es ist keineswegs unmöglich, ihn zu durchschauen und sogar einen Teil seiner Geheimnisse zu ergründen, wenn man Gelegenheit hat, ihn oft und lange zu sprechen; man muß ihn nur viel reden lassen, was er liebt. Aber die große Schwierigkeit liegt darin, zu erkennen, was er wirklich meint, denn seine Redseligkeit läßt ihn unter der Menge von Dingen, die er vorbringt, viel Widersprechendes sagen, besonders wenn er bemerkt, daß ihm etwas entschlüpft ist, was er nicht hätte sagen sollen."

Wir wollen diese Zeugnisse nicht weiter ausdehnen. Sie sind charakteristisch genug; trotzdem ist der große König allezeit bemüht gewesen, der Versuchungen seines Temperaments Herr zu werden, und er hat es schließlich auch verstanden, sie zu besiegen, wie er die anderen Feinde Preußens bezwang.

Den Schluß aus alledem überlassen wir unseren Lesern. Daß die Veröffentlichung der vertraulichen Reden des Kaisers die gegenwärtige Krisis heraufbeschworen hat, lag zu nicht geringem Teil daran, daß die Art der Veröffentlichung, die offiziöse Form, mit der man sie bekleidete, an sich die Vorstellung erwecken mußte, daß es sich um eine große Sensa-

tion handele. Sie wurde begierig von denen aufgegriffen, die von Sensationen leben, aber sie beunruhigt zugleich lebhaft ernste und patriotische Kreise. Daß die Zeit vom Mittwoch bis zum Dienstag hingehen konnte, ehe tatsächliche Unrichtigkeiten des „Daily Telegraph"-Artikels und irrtümliche oder hämische Schlüsse zurechtgestellt wurden, die sich daran knüpften, war ein weiterer Mißgriff oder eine unglückliche Notwendigkeit, deren Gründe wir noch nicht kennen. Keinesfalls geben wir zu, daß der Rücktritt des Reichskanzlers sich als Folge der Irrungen und Erregungen dieser Tage ergeben muß. Fürst Bülow hat in außerordentlich schweren und verantwortlichen Zeiten dem Kaiser treu zur Seite gestanden, um das Staatsschiff aus den nicht geringen Fährlichkeiten, die es bedrohten, sicher in den Hafen zurückzuführen. Die Krisis der Jahre, die seit dem 8. April 1904 hingegangen sind, ist von außen her erregt worden und hat ihre Ziele nicht erreicht. Deutschland steht so sicher wie je da, und die pax Germanica bedeutet nach wie vor den Frieden Europas. Daran läßt sich nicht deuteln. Wie die Stimmung in England sich zu wenden beginnt, hat die Rede von Sidebotham gezeigt, die wir an die Spitze unserer Betrachtung gestellt haben. Die Balkanangelegenheiten wenden sich zum Guten. Die Differenzen zwischen der Türkei und Bulgarien sind durch Hinzuziehung der Orientbahn zu den Verhandlungen einer Lösung näher gerückt. Auch bestehen die Aussichten, die sich bei einem überraschenden kriegerischen Vorgehen der Bulgaren boten, heute nicht mehr. Von einer Überrumpelung der Türkei kann keine Rede mehr sein. Daß trotz der „großen slavischen Woche" und trotz der Reise des Kronprinzen von Serbien nach Petersburg Rußland keineswegs geneigt ist, um Serbiens willen einen Krieg auf sich zu nehmen, zeigt die Aufforderung, die Rußland an die Mächte gerichtet hat, durch einen gemeinsamen Schritt in Belgrad die Serben vor weiteren Unklugheiten zu warnen. Deutschland hat dieser russischen Initiative bereits zugestimmt, und es kann als sicher gelten, daß die anderen Mächte folgen werden. Unter diesen Umständen wird die Konferenz, auf deren Zustandekommen die Pforte mehr Wert zu legen scheint als die übrigen Interessenten, sich wohl auf eine Registrierung vollzogener Tatsachen beschränken. Daß die Konferenz in einer der Hauptstädte stattfindet, ist ausgeschlossen. Es könnte ja in solchem Falle nur von Berlin die Rede sein, und dazu besteht bei uns nicht die geringste Neigung. Wahrscheinlich dürften Florenz oder Neapel

gewählt werden. Mit großer Spannung sieht man den Erklärungen entgegen, die Herr v. Iswolski vor der Duma über seine politische Tournee abgeben wird. Man darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß er die erhitzten Köpfe, die dazu drängen, daß die Politik der Enthaltsamkeit aufgegeben werde, zur Besinnung rufen wird. Denn es ist kaum glaublich, wie sehr die nüchterne Wirklichkeit in diesen „neoslavischen" Kreisen verkannt wird. Dagegen hat die Duma sich bei ihrer Eröffnung außerordentlich monarchisch und loyal gezeigt. Die Kaiserhymne mußte viermal wiederholt werden. Seither steckt man sich in die agraren Debatten, und bei der ungeheueren Zahl von Rednern, die sich gemeldet haben, ist ein Ende nicht abzusehen. Aber es steht wohl fest, daß alle Anträge, die auf Erhaltung des Gesamtbesitzes der Bauergemeinden und auf Expropriierung gerichtet sind, abgelehnt werden. Im Innern des Reichs und namentlich in Sibirien dauert die Unsicherheit fort und ist die Stimmung wenig erfreulich.

In Frankreich dauert die Propaganda für Änderung des Wahlsystems fort, durch das die Herrschaft der Radikalsozialisten sich behauptet. Jetzt hat auch Millerand in einer vielbemerkten Rede sich für Einführung des Listenskrutiniums und einer Proportionalvertretung nach belgischem Muster ausgesprochen, und ebenso gehen die Angriffe gegen das Ministerium Clemenceau fort. Der Eindruck, den man gewinnt, ist, daß dieses Ministerium heute weit weniger feststeht als noch vor wenigen Wochen.

Daß es Herr v. Kiderlen Wächter und M. Cambon gelungen ist, die Verständigungsformel zu finden, durch welche die Casablanca-Affäre in ihrer akuten Gestalt aus der Welt geschafft werden konnte, ohne daß dabei der Empfindlichkeit der beiden Parteien zu nahe getreten wurde, ist sehr erfreulich. Die Marokkofrage selbst bleibt freilich nach wie vor lebendig, und wir glauben nicht, daß die bevorstehende Veröffentlichung eines französischen Gelbbuches daran viel ändern wird. Vielmehr weist ein kürzlich in der „Revue politique et parlementaire" veröffentlichter Aufsatz von M. Tardieu darauf hin, daß das Programm Delcassé nach wie vor mit dem Programm des parti colonial identisch ist. Man wirft ihm höchstens einige taktische Fehler vor. Es wäre richtiger gewesen, meint Tardieu, von Osten nach Westen vorzugehen, um die pénétration durchzuführen.

Mit lebhafter Genugtuung haben wir es begrüßt, daß das nationale Unglück, das die Grubenkatastrophe bei Hamm uns brachte, in Frank-

reich die Erinnerung an Courrières wieder lebendig gemacht hat, da unsere Bergleute so eifrig bemüht waren, den verunglückten Berufsgenossen jenseits der Grenze Hilfe zu leisten. Die Telegramme, die zwischen Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten Fallières ausgetauscht wurden, geben den Empfindungen beredten Ausdruck, die unser Volk und gewiß auch das französische hegt.

Was der Tod des Kaisers von China und der fast gleichzeitige Tod der regierenden Kaiserinwitwe für das Reich der Mitte bedeutet, läßt sich nicht vorhersehen. Am wahrscheinlichsten ist leider wieder eine vormundschaftliche Regierung von langer Dauer. Unter allen Umständen wird wohl Juan Schikai wieder in den Vordergrund treten. Der Agitation für eine amerikanisch-chinesische Allianz, die von einem chinesischen Journalisten Li mit großem Eifer betrieben wird, legen wir wirkliche Bedeutung nicht bei. Der „New York Herald" macht zwar unentwegt Reklame für diese Allianz. Aber das scheint eine Politik zu sein, die nur im Redaktionslokal von Gordon-Bennett Boden hat, und hinter der ernste Politiker nicht stehen. Die „Daily Telegraph"-Affäre ist natürlich auch arg ausgebeutet worden, vornehmlich von der „Sun", dem Schwesterblatt von „Matin" und „National Review", was bei diesen Verwandtschaftsverhältnissen nicht wundernehmen kann.

20. Nov. 1908. Rede Sir Edward Grey's in Scarborough.
Der Schah von Persien sagt sich von der Verfassung los.
21. Nov. Französisches Gelbbuch über Marokko.
Prinz Tschung übernimmt als Vormund des Kaisers die Regierung von China.
23. Nov. Verfassungskundgebungen in Kairo.
24. Nov. Zusammenstöße zwischen deutschen und italienischen Studenten in Wien.
Unterzeichnung des deutsch-französischen Schiedsvertrages in der Casablancaaffaire.
25. Nov. Straßenkämpfe in Nanking.

25. November 1908.

Während die türkisch-bulgarischen Verhandlungen sich hinziehen und bald einer Verständigung, bald einem Bruch zuzuführen scheinen, während gleichzeitig in der Türkei mit unkluger Leidenschaftlichkeit eine Boykottierung österreichischer Waren in Szene gesetzt worden ist, die scheitern muß, weil sie auf die Dauer niemanden mehr schädigt als die Türkei selbst, auch solche Boykottierungsversuche noch niemals und nirgends zum Ziele geführt haben — nähern wir uns der Zeit, da die türkische Revolution die Probe auf die Lebensfähigkeit der Ideen machen muß, die sie verwirklichen will. Die Wahlen zum türkischen Parlament haben begonnen. Wenn das Parlament zusammentritt, muß sich erweisen, ob die 14 Nationen, die in ihm vertreten sein werden, zusammen arbeiten können und ehrlich zusammen arbeiten wollen. Das wesentlichste Ziel, das die regierende jungtürkische Partei sich stellt, ist nächst der Beseitigung des unsittlich despotischen Regiments, das die Beamten der hohen Pforte aufrechterhielten, die politische Stärkung des türkischen Reiches. Eine starke Türkei aber war das Gegenteil dessen, was Bulgaren, Serben, Griechen und Albaner wünschten, und ebenso widerspricht der Gedanke nationaler und religiöser Gleichberechtigung, wie ihn die neue türkische Verfassung proklamiert hat, nicht nur der historischen Entwicklung des Islam, sondern in vielleicht noch höherem Grade der Entwicklung, welche die christlichen Nationalitäten der Balkanhalbinsel, gleichviel ob sie in ganzer oder halber Selbständigkeit neben der Türkei als besondere Staaten lebten, oder

ob sie direkte Untertanen des Sultans waren, in den letzten 30 Jahren genommen haben. Seit Ignatiew ein besonderes bulgarisches Exarchat vom griechischen Patriarchat in Konstantinopel zu lösen verstand, begann jener Konkurrenzkampf der Kirchen, der zu einem Konkurrenzkampf der Nationalitäten auswuchs und die unerträglichen Zustände in Mazedonien reifen ließ, die zur Reformaktion der Mächte und schließlich zu dem Handstreich der jungtürkischen Revolution geführt haben. Es gehört ein hohes Maß von Optimismus dazu, wenn man annimmt, daß diese Gegensätze in dem auf das Programm einer verjüngten starken Türkei zusammengerufenen Parlament nicht aufeinanderplatzen sollten.

Da ist es von besonderem Interesse, auf eine Broschüre hinzuweisen, die sich die Aufgabe stellt, uns zu sagen, welches die Aussichten der türkischen Revolution seien [1]). Der Verfasser, Dr. Vladan Georgevitch, war von 1897–1900 serbischer Ministerpräsident und ist ohne allen Zweifel ein hervorragender Kenner der Probleme, die mit der Balkanfrage in Zusammenhang stehen. Seine Schrift war im August 1908 bereits vollendet, als vor Auftauchen der neuen Streitpunkte, welche die Okkupation Bosniens und der Herzegowina und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens hervorrief. Das ist ein Vorzug, da die aktuellen Fragen des Augenblicks sein Urteil nicht beeinflussen konnten.

Vladan Georgevitch leitet seine Ausführungen höchst pessimistisch ein und läßt sie sehr optimistisch ausklingen in den Gedanken eines Balkanbundes, mit der Türkei an der Spitze, auf dem Fundament einer Militärkonvention und eines Zollvereins zwischen der Türkei und den Balkanstaaten. Solch ein Bund würde über 1 500 000 Bajonette und über einige Tausend schnellfeuernde Kanonen verfügen. Jeder Staat des Balkanbundes hätte in seiner heutigen Form seine Unabhängigkeit zu behalten und nur die äußere Politik, die militärischen Fragen und die volkswirtschaftlichen Interessen würden von den Delegationen aller Bundesstaaten zu leiten und zu entscheiden sein. Den Gedanken der Autonomie Mazedoniens gibt er preis, aber er erwartet, daß die Türkei darauf verzichte, ihren christlichen Untertanen die türkische Sprache zu oktroyieren. Die Knaben- und Mädchengymnasien, die Lehrerpräparandenanstalten und geistlichen Seminare der Griechen, Serben und Bulgaren müßten diesen Nationalitäten belassen werden,

[1]) Dr. Vladan Georgevitch: Die türkische Revolution und ihre Aussichten. 102 S. Leipzig, bei Hirzel, 1908.

sonst breche ein neuer Bandenkampf aus, gegen den die bisherigen Kämpfe Kinderspiele wären, und die Intervention der Mächte sowie der Zusammenbruch des neuen Regimes würden die Folge sein.

Daß hier die Schwäche der Argumentation Vladan Georgevitchs liegt, wird unseren Lesern nicht entgangen sein. So sicher es ein Fehler wäre, das Türkische als Unterrichtssprache in Mazedonien einzuführen, schon weil die türkische Schrift so überaus schwer zu erlernen ist, ebenso sicher würde der alte Nationalitätenhader zwischen Serben, Bulgaren und Griechen sofort ausbrechen, wenn es sich darum handeln sollte zu bestimmen, welcher Sprache und welcher Kirche Schulen und geistliche Seminare angehören. Die Kapitel der Schrift von Georgevitch, welche die Ansprüche der einzelnen Nationalitäten betreffen, geben dafür die bündigsten Belege. Wenn man nun nebenher erwägt, wie wenig in Griechenland und in den beiden slavischen Balkanstaaten sich das parlamentarische Regime bewährt hat, läßt sich nur schwer annehmen, daß die Vertreter dieser Nationen als Elemente der Ordnung den neuen türkischen Parlamentarismus schulen werden. Viel eher ist das Gegenteil zu erwarten. Dieser Skeptizismus ist auch in den konservativen slavischen Kreisen der Balkanhalbinsel verbreitet. Georgevitch führt einen „der kompetentesten" Vertreter der serbischen Konservativen redend ein und läßt ihn sagen, der türkische Parlamentarismus werde in die Verdrängung der Türken aus Europa nach Asien ausmünden. „Der Staat ist Macht, der Parlamentarismus ist Ohnmacht. Der Parlamentarismus in seiner letzten Konsequenz ist Ochlokratie und Anarchie." Er illustriert das an einigen Beispielen:

„Die Nation, die so viele Jahrhunderte an der Spitze der Zivilisation marschierte, ist eine Großmacht zweiten Ranges, welche sich an die Rockschöße bald Rußlands, bald Englands klammern muß, um überhaupt noch als Großmacht zu gelten. Warum? Ist das große Volk geistig oder materiell so verarmt? Nein. Frankreich zählt heute noch die hervorragendsten Geister in seiner Intelligenz, und seine riesige Arbeitskraft schafft ihm überschüssige Milliarden, aber es muß mit denselben seine Protektoren bezahlen, und seine großen Geister können nicht einmal in die Kammer dringen, geschweige denn zur Regierung des Landes gelangen. Diese ist aus Mittelmäßigkeiten und das Parlament aus Bezirksgrößen zusammengesetzt. Die Demokratie, der Parlamentarismus verträgt einfach keine hervorragenden Menschen: sie ziehen

die Landärzte und Veterinäre, die Schreier von Advokaten ohne Klientel den größten Talenten des Landes vor, und ein solches allmächtiges Parlament bringt Nullen an die Spitze des Staats, läßt die Armee von Sozialisten und Nationalisten desorganisieren, und wenn Frankreich heute noch lebt, so hat es dies allein der Napoleonischen Gesetzgebung und der monarchischen Bureaukratie zu danken; wenn auch diese letzten Reste eines wirklichen Staates von der Ochlokratie verschlungen sein werden, dann steht finis Galliae vor der Tür."

Abgesehen von den für jedermann durchsichtigen Übertreibungen ist das, beiläufig bemerkt, eine Sprache, die man in Frankreich heute in allen Kreisen hören kann, die rechts von der regierenden Partei stehen. Noch schlechter fahren bei diesem serbischen Konservativen Österreich-Ungarn und Rußland. Für ersteres erklärt er den Föderalismus als den einzigen Weg zur Rettung, in Rußland aber werde der Parlamentarismus eine mehr als zehnjährige chronische Revolution hervorbringen, deren Ende der Zerfall des Reiches in ein Dutzend nationaler Staaten sein werde. Es ist kein Wunder, daß ihm bei diesem prinzipiellen Standpunkt der türkische Parlamentarismus als ein totgeborenes Kind erscheint, nebenher aber läßt er durchblicken, daß die Jungtürken vielleicht die „Hampelmänner" Englands sein könnten, das doch unmöglich eine mächtige, gesunde, modernisierte Türkei wünschen könne, die, wenn sie die panislamitische Bewegung kräftige, eine Lebensgefahr für die Weltmacht Englands bilden würde. Es sei undenkbar, daß die Türkei je das Ideal der Jungtürken verwirklichen werde. An all das könnten nur die „radikalen Grünschnäbel" in Europa glauben, ernsten Staatsmännern könne dergleichen nicht im Traum einfallen.

Wir können unmöglich den ganzen Inhalt der Ausführungen der interessanten Broschüre wiederholen, sie bringt sehr viel Beachtenswertes, aber sicher irrt sie, wenn sie meint, daß eine Erstarkung der Türkei dem Interesse aller Großmächte widerspreche. Deutschland ist vielmehr lebhaft daran interessiert, daß dieser Staat lebendig bleibe, und eben deshalb verfolgen wir nicht ohne Sorge die politischen Wege, welche das leitende jungtürkische Komitee einschlägt. Die gütliche Verständigung der Türkei mit Österreich-Ungarn ist so sehr eine politische Notwendigkeit, daß es beinahe scheint, als werde die Türkei absichtlich in gefährliche Bahnen geleitet. Österreich-Ungarn ist die Großmacht, die dauernd der Nachbar der Türkei bleibt, der von Georgevitch vorgeschlagene Balkan-

bund ist ein Phantom, dessen Inkarnierung fast gleichbedeutend mit einem Kriege von unberechenbaren Dimensionen ist. Wenn von slavophiler Seite und jüngst auch von der „Times“ zur Bildung dieses Balkanbundes ermutigt wird, so sollte man nach den Motiven dieser Ratschläge spüren.

Über die Arbeitsfähigkeit des Parlaments aber wird eine nahe Zukunft uns belehren. Die Wahlunruhen der letzten Tage stellen kein günstiges Prognostikon. Ebensowenig sind es günstige Aspekten, die uns in dem serbischen Kriegslärm entgegentreten. Noch bietet sich der Türkei die Möglichkeit, die ihr von Österreich-Ungarn gebotene Hand zu ergreifen und damit eine politische Assekuranz zu gewinnen, die gerade jetzt von höchstem Werte wäre. Auch ist Österreich zu wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit, wie die „N. Fr. Pr.“ ausführlich darlegt. Daß die Annektierung Bosniens und der Herzegowina rückgängig zu machen wäre, ist ausgeschlossen. Sie wären nur um den Preis eines Krieges zu haben, den die Türkei nicht wünschen kann.

Während in Persien der Schah die von ihm verliehene Verfassung „auf den Wunsch des Volkes und der Geistlichkeit“ für null und nichtig erklärt hat und dafür mit einer weiteren Ausdehnung des bereits um sich greifenden Aufstandes zu rechnen haben wird, fordern jetzt die ägyptischen Liberalen stürmisch eine Verfassung. Aber es ist wohl ausgeschlossen, daß England diesem Wunsche willfährt. Seine Politik in der Türkei und in Ägypten kann nicht dieselbe sein, und gerade jetzt hat es so ernste Sorgen in Indien — wie sich aus jeder Nummer englischer Zeitungen ergibt —, daß es sich selbstverständlich nicht leichtfertig die Unbequemlichkeit aufhalsen wird, die eine ägyptische Verfassung bestimmt bedeuten würde. Auch läßt sich nicht verkennen, daß die Nachfolger Kamel Paschas in der Leitung der ägyptischen Nationalisten sein Geschick und die Energie seines Willens nicht geerbt haben. Der innere Zusammenhang der Partei hat unverkennbar abgenommen.

Sehr erfreulich ist die Rede, durch welche Sir Edward Grey mit Nachdruck erklärte, daß er nicht glaube, daß irgend ein anderes Volk sich England gegenüber mit bösen Anschlägen trage. Wir sehen darin eine erwünschte Zurückweisung der Verleumdungen, denen wir seit Jahren ausgesetzt gewesen sind. Wenn jetzt in England wieder lebhaft für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht plädiert wird, so kann

das nur unseren Beifall finden. Die Dienstpflicht aller würde nicht nur in England selbst dahin führen, daß jenes Gefühl der Unsicherheit schwindet, das sich von Zeit zu Zeit in mißtrauischer Verdächtigung äußert, sondern auch die Neigung zu Abenteuern ersticken, wie sie von der „National Review" und ihrem Troß angeregt werden. Denn die allgemeine Wehrpflicht, die von jedermann Opfer verlangt, ist ihrer Natur nach eine Friedensbürgschaft, und setzt ihre Stärke nur ein, wo es sich darum handelt, für Ehre und nationale Lebensfragen einzutreten.

Was der Tod des Kaisers und der Kaiserin-Witwe für die Zukunft Ostasiens bedeuten wird, läßt sich noch gar nicht absehen. Der neue Kaiser Pu-Yi ist ein Kind, das 12 Jahre lang unter Vormundschaft stehen wird. Man weiß von ihm nur, daß er im Palast, in den man ihn übergeführt hat, laut schreiend nach seiner Amme verlangt, von der man ihn getrennt hat.

Der Wai Wu-Pu hat es für nötig gefunden, das Gerücht zu dementieren, daß Kaiser und Kaiserinwitwe vergiftet worden seien. Über die letzten Augenblicke beider wird der folgende Bericht verbreitet: Der Kaiser habe noch eine Stunde vor seinem Tode lange geredet. Er starb in einem Augenblick, da die Umgebung des Kaisers den chinesischen Arzt fortgeschickt hatte, der ihn behandelte. Man rief den Arzt darauf zurück und beauftragte ihn, die Leiche in gelbe Seide einzukleiden, wie das Zeremoniell es verlangt, und auf den Weg vom Palast zur verbotenen Stadt gelbe Tonerde zu streuen. Dann wurde die kaiserliche Sänfte instand gesetzt, um die Kaiserinwitwe zum Pavillon des ewigen Friedens zu tragen. Die Kaiserinwitwe erkrankte am 1. November und erschreckte von da ab ihre Umgebung durch wilde Zornausbrüche. Am 12., als sie vom bedenklichen Zustande des Kaisers erfuhr, traf sie ein Schlaganfall. Am 13. kam der Prinz Tsching vom Mausoleum der Kaiserin zurück, das auf den östlichen Hügeln liegt. Man hatte ihn hingeschickt, um den Geist zu versöhnen, der, wie die Kaiserin glaubte, sie zu den Hügeln rief. In der Nacht des 14. berief die Kaiserinwitwe den großen Rat und sprach eine Stunde lang mit den Räten. Dann entließ sie sie und befahl ihnen, am nächsten Morgen wiederzukommen und die Edikte mitzubringen, die den Prinzen Pu-Yi zum Nachfolger und den Prinzen Tschuen zum Regenten ernannten. Als die Räte wiederkamen, scheint die Kaiserin ihre Zustimmung zu beiden Edikten gegeben zu haben, aber unmittelbar danach rief sie:

Nein, ich will sie nicht mehr! Dann verlor sie die Besinnung. Hohe Würdenträger erklärten, daß sie am Schlage gestorben sei und fast bis zuletzt habe sprechen können.

Kaiser und Kaiserin waren tot oder sterbend, als die Edikte veröffentlicht wurden. Die Eunuchen, welche die Flucht ergriffen hatten, kehrten danach zurück und übernahmen wieder ihre Funktionen. Die Hauptfrauen des verstorbenen Kaisers erhielten Pensionen.

Das ist, was offiziell kundgegeben wurde. Die ersten im Namen Pu Ji erlassenen Edikte treffen Bestimmungen über die Bestattung der Kaiserinwitwe und berichten, daß der junge Kaiser sich lebhaft mit der Frage beschäftige, welche Gesetze zu ändern seien, damit China mächtiger werde. Ein Edikt, das noch am Abend vor dem Tode der Kaiserin redigiert wurde, betont den Nutzen von Reformen.

Gewiß ist mit der verstorbenen Kaiserin eine große historische Figur geschwunden. Sie hat das alte China untergehen sehen und widerwillig geholfen, die Vorbereitungen zu treffen, die dem Aufbau eines neuen China dienen sollen. Während ihres Regiments hat die gewaltigste Wandlung stattgefunden, die das Reich der Mitte seit Jahrtausenden erlebt hat, eine weit größere Wandlung als der Wechsel der Dynastien bedeutete. Es war in der Tat das Erwachen der gelben Rasse, von Japan ausgegangen, in bitterer Not von China übernommen. Aber unzweifelhaft kann das chinesische Wesen, wie es vor der Erschließung bestand, nicht wieder in die weltfremde Erstarrung zurückfallen, in der es sich, in seiner Weise, glücklich fühlte. Aber zurzeit schwirrt es von beunruhigenden Gerüchten. Die Emigranten aus Japan kehren zurück, wie es heißt, gehen große Waffenlieferungen in die südlichen Provinzen, die als der Herd einer gegen die Mandschudynastie gerichteten Bewegung betrachtet werden müssen. Namentlich das Gebiet des Jantsetales ist unruhig. Auch die Feinde der Reformen regen sich. In England hält man die Lage für höchst kritisch. Auch in Amerika erregen die chinesischen Angelegenheiten ein lebhaftes Interesse. Die Kampagne des „New York Herald" für eine chinesisch-amerikanische Allianz ist keinesfalls spurlos vorübergegangen, und wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß die Vereinigten Staaten um Chinas willen ihr Prinzip aufgeben und ein förmliches Bündnis schließen sollten, kann doch mit Sicherheit angenommen werden, daß die Neigung besteht, die freundschaftlichsten

Beziehungen zu China aufrechtzuerhalten. Wirtschaftliche und politische Gründe drängen zu einer Annäherung.

Die erwartete Balkanrede Herrn v. Iswolskis ist bisher nicht erfolgt. Offenbar tragen noch schwebende Verhandlungen daran Schuld. Die Verhandlungen der Duma gelten noch immer der Agrarfrage, und alle denkbaren Argumente für und wider den Gesamtbesitz der Gemeinde mögen wohl erschöpft sein. Aber von den 238 Rednern, die sich zum Wort gemeldet haben, konnten bisher erst 50 reden, so daß, da niemand zu verzichten geneigt scheint, noch langwierige Debatten bevorstehen. Dagegen hat der Abgeordnete v. Anrep einen Gesetzentwurf eingebracht, der den obligatorischen Schulunterricht einführen, aber wegen der großen damit verbundenen Kosten erst allmählich vorgehen will, so daß die Reform erst nach 20 Jahren perfekt werden könnte. Es ist höchst charakteristisch, daß die gesamte Bauernschaft einmütig entschlossen ist, die für die Kirchenschulen der Gemeinden angesetzten 4 Millionen Rubel abzulehnen. Sie stehen der Geistlichkeit entschieden feindselig gegenüber. Die Bauern, die zur Rechten gehören, behaupten, daß die Geistlichen, die dem Volke die Kirche verleidet hätten, es auch aus der Schule vertreiben werden, die linksstehenden aber sehen in der Dotierung der Kirchenschulen nur ein Mittel der Geistlichen, sich zu bereichern.

Zum Schluß noch eine Personalnotiz, die nicht ohne Bedeutung ist. Der russische Botschafter in Konstantinopel, Sinowjew, soll abberufen und durch den bisherigen Gesandten in Athen, Schtscherbatow, ersetzt werden. Offenbar hält man es für nützlich, in dem neuen Regime durch einen neuen Mann vertreten zu sein.

26. Nov. 1908. Antrag der russischen Regierung auf eine Anleihe von 450 Millionen Rubel.
27. Nov. Garantie-Vertrag zwischen Japan und den Vereinigten Staaten.
29. Nov. Unterzeichnung des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages.
Rede Haldanes in Cambridge gegen Lord Roberts Pläne.
1. Dez. Weitere Pöbelexzesse in Prag führen zum Einschreiten des Militärs.
2. Dez. 60jähriges Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josephs.
Verhängung des Standrechts über Prag.

2. Dezember 1908.

Die große Reklame, die der „New York Herald" für Abschluß eines amerikanisch-chinesischen Bündnisses eingeleitet hatte, mündet zu allgemeiner Überraschung in einen amerikanisch-japanischen Vertrag aus, der sich in einem wesentlichen Punkte mit dem Jangtseabkommen deckt, das am 16. Oktober 1900 zwischen Deutschland und England abgeschlossen wurde und namentlich insofern von außerordentlicher Bedeutung war, als damit endgültig die Gefahr beseitigt wurde, daß das große chinesische Gebiete, wie das Jangtsetal, als ausschließliches Handelsgebiet einzelner Mächte der freien Handelskonkurrenz entzogen würden. Damit wurde auf diesem Boden zum ersten Male das Prinzip der offenen Tür proklamiert. Es war zugleich eine Uneigennützigkeitserklärung, deren Voraussetzung die Integrität des chinesischen Territoriums war. England hatte 1901 dieses Abkommen dahin ausnutzen wollen, um Deutschland in den schon damals auftauchenden Schwierigkeiten der mandschurischen Frage in eine antirussische Politik hineinzunötigen, wie sie später durch Abschluß der englisch-japanischen Allianz vom 30. Januar 1902 vereinbart wurde. Aber das wurde deutscherseits mit großer Entschiedenheit abgewiesen und diente zu einem der Vorwände jener englischen Preßkampagne gegen Deutschland, die seither crescendo fortgeführt worden ist.

Das jetzt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan vereinbarte Abkommen ist nun in doppelter Hinsicht von großer Bedeutung. Die seit vorigem Jahre sehr brennend gewordenen Gegensätze zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, die ihren Ausgang von der japa-

nischen Einwanderung auf amerikanischem Boden und der leidenschaftlichen Reaktion der Bevölkerung des Westens gegen diese Einwanderung nahmen, hatten sich bereits einigermaßen beruhigt, als Präsident Roosevelt den staatsmännischen Entschluß faßte, die Flotte der Union in den Pazifik zu schicken, der als das eigentliche Feld der politischen Differenzen beider Mächte betrachtet werden mußte. Was man in Amerika fürchtete, war die Gefährdung der pazifischen Kolonien, insbesondere Hawais und der Philippinen, und in der Tat konnte bei der Schlagfertigkeit der japanischen Kriegsmarine und der ungeheuren numerischen Überlegenheit der japanischen Armee ein „Jameson raid" in großem Stil von den verderblichsten, nur schwer wieder gutzumachenden Folgen sein. Der große Eindruck, den das Erscheinen der gewaltigen Flotte der Union in Japan machte, und die Erkenntnis andererseits, daß Japan unter allen Umständen ein gefährlicher Feind ist, hat den Gedanken nahegelegt, neben den Differenzen des Augenblicks auch die Keime künftiger Schwierigkeiten auf dem Wege eines Abkommens zu beseitigen. Die Initiative hat Japan ergriffen, und wenn die ersten nach Europa gedrungenen Mitteilungen richtig sind, haben beide Mächte erklärt, daß ihnen jede feindselige Absicht fernliege, und daß sie entschlossen seien, den status quo im Pazifik und das Prinzip gleicher Chancen im Handel mit China aufrechtzuerhalten. Sie werden gegenseitig ihren Territorialbesitz im stillen Ozean respektieren und im gemeinsamen Interesse aller Mächte mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und das Prinzip gleicher handelspolitischer und industrieller Vorteile für alle Mächte aufrechterhalten. Ein letzter Artikel sagt endlich, daß beide Mächte sich gegenseitig verpflichten, daß, „wenn Verhältnisse eintreten, die den oben beschriebenen status quo und das oben bestimmte Prinzip der Gleichheit gefährden sollten", sie sich zueinander in Beziehung setzen werden, um zu einer Verständigung über die zu ergreifenden Maßnahmen zu gelangen.

Also wenn wir resümieren: Erhaltung des status quo im Pazifik, offene Tür in China, gegenseitige Garantie der Unabhängigkeit und Integrität Chinas, eventuelles Zusammenwirken, wenn der Inhalt dieser Vereinbarungen gefährdet werden sollte. Wir können beiden Staaten zu diesem Abkommen nur Glück wünschen und sehen in ihm die Verwirklichung der Ziele, die wir stets verfolgt haben. Die sehr

weit verbreiteten Besorgnisse, die man an die überraschende Entwicklung und an den Ehrgeiz Japans knüpfte und die in dem Schlagwort „die gelbe Gefahr" gipfelten, werden sich nunmehr legen, so daß wohl auf lange hinaus an den Gestaden des Großen Ozeans auf eine friedliche Entwicklung gerechnet werden kann, die auch China, mehr als es bisher der Fall sein konnte, dem allgemeinen Zusammenhang der Weltkultur zuführen muß. Die Voraussetzung dabei ist freilich, daß der Thronwechsel in Peking, der am 2. Dezember feierlich vollzogen wird, nicht innere Erschütterungen von mehr als lokaler Tragweite nach sich zieht, und daß die in China bevorstehende Verfassungsänderung, die in den nächsten 8 Jahren gradatim verwirklicht werden soll, nicht ähnliche Krisen herbeiführt, wie sie uns in anderen orientalischen Staaten entgegentreten und wie wir sie ja auch in Europa erlebt haben und noch erleben. Endlich ließe sich noch darauf hinweisen, daß Japan durch sein Abkommen mit den Vereinigten Staaten sich vor einer Isolierung gesichert hat, die nach Ablauf der englisch-japanischen Allianz leicht hätte eintreten können.

Weit weniger optimistisch lassen sich leider die Dinge im nahen Orient ansehen. Sie sind nicht klarer, sondern verwirrter geworden. Der bekannte Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja", der seit einigen Monaten, wohl pour cause, nicht mehr mit seinem nom de guerre zeichnet, faßt sein Urteil in einem Telegramm vom 27. November folgendermaßen zusammen: „Die Lage wird hier (in London) als sehr ernst betrachtet, und ein baldiger Zusammenstoß als drohend. Serbien ist vollkommen bereit, einem österreichischen Einfalle zu begegnen. (Natürlich: archiprêt!) Belgrad ist entfestigt worden, um den Vorwand für ein Bombardement zu nehmen. Die Truppen werden starke Positionen in bergigen Ortschaften einnehmen und dort die Österreicher erwarten. Von dort aus werden sie auch Vorstöße machen. Die Entschlossenheit und die Selbstbeherrschung der Serben rufen heiße Sympathie hervor. Österreich bereitet sich offenbar vor, in Serbien einzudringen, sobald die letzten Truppen zur Grenze herangezogen sind. In Kreisen der österreichischen Finanz und der Kaufleute herrscht Panik. Die österreichische Administration ist demoralisiert, die Zentralstelle hat alle Besinnung verloren und droht nicht nur den Schwachen, sondern auch den Starken. Der Versuch, die Türkei zu beeinflussen, ist würdevoll abgewiesen worden. Die Beleidigung

der muselmännischen Frauen durch österreichische Offiziere und Soldaten hat furchtbare Erbitterung unter den Türken hervorgerufen. Emigrierte Muselmänner bilden Freikorps. Der diplomatische Bruch zwischen der Türkei und Österreich steht nahe bevor, das serbisch-türkische Bündnis ist Tatsache geworden. Die österreichischen Offiziösen beschuldigen England, daß es die Slaven aufreize. Wäre nicht England, so würde sich niemand der Annexion entgegensetzen. Gleiche Anschuldigungen und Drohungen bringt die Bülowsche „Vossische Zeitung". Die Engländer beginnen, über Österreich in starken Zorn zu geraten, und hegen den Verdacht, daß die neue gewaltige Verstärkung der österreichischen Flotte bestimmt ist, im Kriegsfalle die englischen Handelsverbindungen nach Indien zu unterbrechen. Man nimmt in England an, daß das englische Mittelmeergeschwader mit den Feindseligkeiten beginnen und die österreichischen Schiffe und Arsenale zerstören wird. Übrigens hofft man, daß auch die italienische Flotte sich an diesem Werke beteiligen dürfte. Es fällt den Engländern auf, daß die ersten, vom Kaiser unabhängigen Schritte der Bülowschen Politik zu einer energischeren Unterstützung Österreichs und zu stärkerem Druck auf die Türkei geführt haben. Englands Antwort darauf wird sein, daß es den Türken eine Anleihe besorgt. Die törichte Politik Österreichs hat auch die Freunde in Frankreich abgekühlt, Politiker und Gesellschaft nehmen entschieden Partei für die Türkei und die Balkanslaven. Die Österreicher klagen sogar, daß Rußland sie verrate. Sie haben um die Vermittlung Deutschlands und Frankreichs gebeten, damit der türkische Boykott aufhöre. Der deutsche Botschafter Frhr. v. Marschall ist sogleich instruiert worden, der Pforte zu einem Schiedsgerichte zu raten und Deutschland als Schiedsrichter vorzuschlagen. Die Pforte hat für den freundschaftlichen Rat gedankt, aber unter Berufung auf die Erregung des Volkes abgelehnt. Überall drängen die Volksinteressen alles Kleinliche und Persönliche zurück, aber man muß auf Überraschungen gefaßt sein. Eben erfahre ich, daß Frankreich seinem Bedauern Ausdruck gegeben hat, die privaten Interessen der Österreicher nicht verteidigen zu können. Die Pforte verletze keinerlei Vertrag."

Soweit unser Freund Wesselitzki, der, wie stets, seiner Phantasie freien Lauf läßt, aber im wesentlichen der Stimmung derjenigen chauvinistischen Kreise Englands Ausdruck gibt, die einen Kontinentalkrieg im Interesse Englands für geboten halten. Spricht sich doch auch

der „Standard" dahin aus, daß, wenn ein Krieg zwischen Serbien und Montenegro einerseits und Österreich-Ungarn andererseits ausbrechen sollte, es schwer fallen dürfte, den Krieg zu lokalisieren. Das mag richtig sein, aber es liegt nicht an den inneren Notwendigkeiten der Lage, sondern vielmehr daran, daß so viele unberufene Ratgeber sich erhitzend und aufreizend ans Werk gesetzt haben, um die ohnehin hochgradige Erregung noch weiter zu steigern. Den leitenden jungtürkischen Kreisen sind ihre ersten Erfolge offenbar zu Kopf gestiegen, so daß sie die Konsequenzen ihrer intransigenten Politik nicht mehr übersehen, die früher oder später die Gesamtstellung des Islam in Europa und darüber hinaus gefährden wird. Die angekündigten Reformen können nur mit fester, nicht mit fieberischer Hand durchgeführt werden, und der schon jetzt in Mezedonien wieder auftauchende Terrorismus der Banden zeigt deutlich genug, wieviel noch an Herstellung erträglich geordneter Verhältnisse fehlt. Eine Konstantinopeler Korrespondenz der „Vossischen Zeitung" vom 27. November brachte die jetzt auch von anderer Seite bestätigte Nachricht, daß der Vorsitzende des Londoner Balkankomitees, Noel Buxton, jetzt in Konstantinopel weilt; derselbe Mann, der, wie die berüchtigte bulgarische Denkschrift zeigt, so lebhaft geholfen hatte, die bulgarischen Banden in Mazedonien zu organisieren, um diese Provinz den Türken zu entreißen. Jetzt hat er sich zu einem jungtürkischen Patrioten umgebildet, obgleich er gewiß besser als andere weiß, welches die letzten Ziele der heutigen Freunde der Türkei unter den Balkanslaven sind. Dazu kommen die aufreizenden Artikel der slavischen Presse Rußlands und bereits, wie 1876, auch Freiwillige aus Rußland die zu den serbischen Fahnen strömen. Nun sagt man freilich, das sei nichtsnutziges Gesindel, und das mag zum Teil stimmen. Aber die jüngste Nummer des „Golos Moskwy" meldet, daß auch der aktive russische General Popowitsch-Lipowatz in Belgrad erschienen sei und sich dem Kriegsminister zur Verfügung gestellt habe. Das wäre eine neue Auflage des Generals Tschernajew, der bekanntlich die Serben von Niederlage zu Niederlage geführt hat. Auch in Cetenje sind, wie wir derselben Quelle entnehmen, russische Offiziere als Instruktoren erschienen, und die Montenegriner haben auf den Höhen von Lowtsche, die das österreichische Cattaro beherrschen, zwei schwere Batterien aufgestellt. Dazu kommen die durch nichts zu rechtfertigenden Forderungen der Montenegriner auf Abtretung von

Spitzza und auf Aufhebung der Beschränkungen, die ihnen Artikel 20 des Berliner Vertrages auferlegt hat.

Es ist wohl nützlich, zur Charakteristik der moralischen Entrüstung über Verletzung des Berliner Traktats daran zu erinnern, daß im Jahre 1885, nach dem Staatsstreiche des Fürsten Alexander, England es war, das durch seinen Widerspruch die Herstellung der vom Berliner Kongreß bestimmten Ordnung in Ostrumelien verhinderte und verlangte, daß die Botschafterkonferenz, die in Konstantinopel das Werk des Kongresses zu retten bemüht war, in ihren Resolutionen überhaupt den Berliner Vertrag nicht erwähnen solle! Darüber ging dann die Konferenz am 28. November 1885 ergebnislos auseinander! Nicht minder lehrreich aber ist die im „Neuen Pester Journal" kürzlich aus offiziös österreichischer Quelle veröffentlichte Mitteilung eines nichtaktiven Politikers, demzufolge Rußland dreimal, in jedesmal schärfer, bindender Form, Bosnien und die Herzegowina den Österreichern preisgab. Die beiden erstaufgeführten Vereinbarungen sind freilich seit geraumer Zeit bekannt, und noch korrekter bei Gorjäinow zu finden. Wir haben ihrer mehrfach gedacht. Die dritte dieser Vereinbarungen war dagegen bisher nicht bekannt. Sie wurde abgeschlossen, während der Kongreß in Berlin noch tagte, und trug den Charakter eines bindenden Vertrages, durch den Rußland nicht nur den Anschluß Bosniens und der Herzegowina, ohne jede Frist und Bedingung, an Österreich-Ungarn guthieß, sondern noch dazu erklärte, es werde auch keine Einwendungen erheben, wenn Österreich-Ungarn sich bewogen finden sollte, auch im Sandjak von Nowybazar an Stelle der türkischen Verwaltung seine eigene zu setzen und „à occuper définitivement ce territoire comme le reste de la Bosnie et de l'Hercegovine". Das haben in diesem Wortlaute Gortschakow, Schuwalow und Oubril unterzeichnet. Wenn wir demnach sehr wohl verstehen, daß die Türkei sich über die Verletzung des Berliner Vertrages entrüstet, so ist doch schwer einzusehen, wie England und Rußland auf einem neuen Kongreß über das Vorgehen Österreich-Ungarns zu Gericht sitzen wollen. Man könnte ihnen wiederholen, was nach der Annexion von Savoyen und Nizza Cavour den Franzosen zurief! „vous voilà nos complices!" Aber freilich, historische Reminiszenzen hört man nicht gern, wenn sie sich der Tagespolitik nicht anpassen, ganz wie man sie hervorzuholen pflegt, wenn sie sich ad hoc aufputzen lassen.

Die Komödie, die in Persien mit den Eiden des Schah gespielt wird, macht einen höchst widerwärtigen Eindruck, und ebenso die widerspruchsvolle Haltung der Diplomaten, denen ein Teil der Verantwortung zufällt. Offenbar ist jene persische Verfassung tatsächlich zu einem Unglück für das Land geworden. Sie hat ihm Bürgerkrieg, fremden Einfluß, schwere materielle Schäden und große Verluste an Leib und Leben der Bevölkerung gebracht. Auch läßt das Ende sich nicht absehen. Die Truppen des Schah haben zwischen Täbris und dem Kaspischen Meere wieder eine schwere Niederlage erlitten und plündern jetzt alles aus, was an der großen Straße liegt, die von Resht nach Teheran führt. Der Führer der „Konstitutionellen", Sarta Khan, findet neuen Zulauf, und wenn der Schah jetzt unter dem Druck Englands und Rußlands sich wieder bereit gefunden hat, eine Volksvertretung zu berufen, so will er ihr doch nur eine beratende Stimme zuerkennen. Das erinnert, mutatis mutandis, an die ersten Anfänge der russischen Duma. Es ist uns aber nicht wahrscheinlich, daß Persien aus dieser Krisis ohne Verlust an Land und Leuten hervorgehen wird. Über die endgültige Haltung, die Rußland in allen diesen schwierigen Fragen einnehmen wird, läßt sich nichts sagen, ehe Herr v. Iswolski vor der Duma seine angekündigte Programmrede gehalten hat. Vielleicht hat er die Rückkehr des kürzlich aus Teheran eingetroffenen russischen Gesandten Hartwig abwarten wollen. Es heißt, daß dieser lebhafte Klagen über die eigenmächtige Politik der Obersten Ljachow heimgebracht hat.

Über die große Rede Lord Roberts läßt sich rasch hinweggehen, sie deckt sich fast wörtlich mit dem, was vor 63 Jahren der alte Herzog von Wellington und 1852 Palmerston in ähnlichen Invasionsängsten vorbrachten. Daß uns die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England als ein gutes Remedium gegen diese Zustände erscheinen würde, haben wir bereits einmal hervorgehoben. Aber die Neigung dazu scheint in England leider sehr gering zu sein. Mit Schotten und Iren ließe sich das Ziel vielleicht eher erreichen.

Am 1. Dezember wird die Seerechtskonferenz in London eröffnet werden. Wir sehen ihr mit geringer Zuversicht auf große Errungenschaften entgegen. Es scheint, daß die Kontinentalmächte und unter ihnen besonders Rußland der englischen Auffassung prinzipiell entgegenstehen: über das Hissen der Kriegsflagge, die Bestimmung

des Begriffs der Kriegskonterbande und die Handhabung der Blockade erklärt die „Nowoje Wremja", nicht mit England gehen zu können.

In Frankreich wird alles andere Interesse zurzeit von dem Mordprozeß Steinheil verschlungen. Es ist, als ob die alten Parteileidenschaften aus den Tagen der „Affaire" wieder erwachen wollten. Die unangenehmen Schlaglichter, die dabei auf den Tod des Präsidenten Faure fallen und seinen Ausgang dem des Generals Skobelew nähern, sind wenig erbaulich. Aber richtig ist die Tatsache, daß der Tod von Felix Faure in der Geschichte Frankreichs Epoche gemacht hat. Unter der Präsidentschaft Loubets geht die Herrschaft in Frankreich auf die Radikalsozialisten über.

Mit Betrübnis und Beschämung verfolgen wir die heillosen Früchte des Nationalitätenkampfes in Österreich-Ungarn. Was sich in den letzten Wochen in Prag und in Wien abgespielt hat, spottet aller Beschreibung. Es ist völlig unbegreiflich, daß der Kriegszustand in Prag nicht verkündigt worden ist, und nur eine natürliche Folge der fassungslosen Schwäche des Ministeriums, daß der tschechische Nationalismus einen antidynastischen und revolutionären Charakter anzunehmen droht. Daß Studenten aus unseren Universitäten nach Prag ziehen, um den bedrängten deutschen Kommilitonen beizustehen, ist eine heroische Torheit, die nur zu weiterer Erhitzung der Leidenschaften führt. Auch ist es nicht ihre Sache, zu helfen, sondern das ist die Pflicht der österreichischen Regierung. Fehlt dem Ministerium Bienerth die Kraft dazu, so ist es im Interesse der Monarchie wie der Dynastie durch stärkere Männer zu ersetzen. So, wie die Verhältnisse liegen, läßt sich die Gefahr nicht übersehen, daß aus dieser inneren Frage eine Frage der auswärtigen Politik wird. Wir sehen deshalb mit Spannung den bevorstehenden Erklärungen vor der italienischen Kammer entgegen.

4. Dez. 1908. Rüstungen in Österreich-Ungarn und in der Türkei.
Contre-Admiral Groß mit Reorganisation der türkischen Kriegsflotte betraut.
Mulay Hafid nimmt die Bedingungen der Mächte für seine Anerkennung an.
8. Dez. Asquith zieht im Unterhause die Bill auf Trennung von Kirche und Schule zurück.

9. Dezember 1908.

Charles Malo, der einsichtige militärische Berater des „Journal des Débats", prüft am 5. Dezember eine Frage, die bei der heutigen Weltlage aktuell scheint, die Frage nämlich, wie die Armee beschaffen sein müßte, die England braucht. (De l'armée qu'il faut à l'Angleterre.) Zum Ausgangspunkte dient ihm die vielbesprochene Rede Lord Roberts im englischen Oberhause. Der temperamentvolle Feldmarschall hatte bekanntlich für England ein stehendes Heer von 1 Million Soldaten verlangt, damit es einer möglichen Invasion Deutschlands gewachsen sei, und das „Berliner Tageblatt", das ja auch seine Autoritäten hat — die freilich die unseres Generalstabes nicht sind — hatte sich danach dahin ausgesprochen, daß solch eine Invasion zwar nicht sehr wahrscheinlich, aber doch nicht unmöglich sei. Charles Malo gibt sich nun die Mühe — nach einer ironischen Verbeugung vor den militärischen Tugenden der Deutschen — den Nachweis zu erbringen, daß es unmöglich sei, 200 000 Mann mitten im Frieden (was ja in England nach berühmten Mustern, die der englischen, nicht der deutschen Geschichte entnommen sind, eine der Voraussetzungen ist, mit denen man die öffentliche Meinung schreckt) aus Deutschland nach England zu werfen, und daß es ebenso unmöglich sei, dieses deutsche Heer „in einem Nu" ans Land zu setzen. Es sei ihm durchaus unverständlich, wie der edle Lord habe behaupten können, daß Deutschland, wenn es eine Invasion ausführen wollte, günstiger gestellt sei, als in gleichem Falle Frankreich es wäre. Vielmehr hätte England stets nur von einer Seite her eine Invasion zu fürchten gehabt, nämlich von Frankreich, dessen Küsten nur 35 km von der englischen entfernt sind. Man wisse heute, daß Napoleons Landungsplan der Ausführung näher war, als man bisher

annahm, und seine kleinen Fahrzeuge waren und seien noch heute, wenn man sie nur etwas modernisiere, furchtbarer als alle Panzerschiffe und alle Paketboote Deutschlands. „Es hat für England nur einen „envahisseur“ gegeben, der wirklich zu fürchten war, und das war Frankreich.“ England habe daher sehr weise getan, durch Abschluß der Entente diese Gefahr zu beseitigen. Vor 20 Jahren habe dagegen v. d. Goltz bereits darauf hingewiesen, daß bei einem Zusammenwirken von Ost und West, falls Armee und Flotte Hand in Hand vorgehen, eine Landung auf deutschem Boden nicht unmöglich sei. Nun habe seitdem freilich die deutsche Flotte sehr beträchtliche Fortschritte gemacht, und die österreichische Allianz eine bessere Rückendeckung geboten. Aber das Eingreifen der stärksten Flotte der Welt hebe diese Vorteile wieder auf und biete zugleich den Engländern die größte Garantie für die eigene Sicherheit. Damit wolle er (Charles Malo) nicht gesagt haben, daß England seine Armee nicht modernisieren solle, das sei vielmehr unerläßlich. Denn wenn man annehme, daß die französische Armee von der deutschen geschlagen werde, dann könne Deutschland in der Tat, von französischem Boden aus und ohne zu jener Überrumpelung zu greifen, die Lord Roberts so sehr fürchte, den Angriff auf England ausführen. Aber gerade deshalb sei es töricht, von den Engländern mehr zu verlangen, als sie leisten können. Die Armee von einer Million Köpfen würde so viel Geld und Zeit fordern, daß sie niemals zur rechten Zeit fertig wäre. Was England brauche, sei eine nach den Prinzipien des Kontinents gebildete und geführte Armee von offensiver Kraft, die mit Hilfe der Flotte stets bereit sei, das Meer zu überschreiten und an geeigneten Stellen zu landen, was um so aussichtsvoller sei, als England nicht allein zu operieren hätte. Die Seemacht sei bereits vorhanden, es handele sich also nur noch darum, stets eine zum Angriff bereite Truppe in nächster Nähe des wirklichen Kriegsschauplatzes zu haben. Daran fehle noch viel in Hinblick auf die größere Aufgabe, die den Engländern fortan zufalle; aber — so heißt es wörtlich zum Schluß — „sie haben den richtigen Weg eingeschlagen, indem sie an Stelle ihrer bisherigen, verrotteten und unzureichenden Armeeorganisation sich Gesichtspunkte zu eigen gemacht haben, die, wenn sie methodisch, entschlossen und konsequent durchgeführt werden, ihnen in kurzem eine Expeditionsarmee von 4—5 Armeekorps liefern werden, dazu eine Territorialarmee von

14—16 Divisionen, so daß jede dieser beiden Armeen dem besonderen Zweck entsprechen wird, für den sie bestimmt ist. Unsere Nachbarn können übrigens sicher sein, daß, wenn ihre Flotte und ihre „Expeditionsarmee" im rechten Augenblick bereit stehen und verwendet werden, wo es nützlich ist, die Home Army ohne Sorgen ihre Wacht hinter dem silbernen Streifen wird beziehen können, und daß niemand in der Lage sein oder Lust haben wird, ihn zu zerreißen".

Diese Betrachtung Malos verdient in doppelter Hinsicht besondere Beachtung. Sie zeigt einmal, daß in der Vorstellung der Franzosen die Entente bereits zur Allianz geworden ist, sobald sich ihre Blicke auf Deutschland richten, so daß ihnen das Zusammenwirken mit England alsdann eine selbstverständliche Voraussetzung ist, über die man nicht weiter diskutiert; und daraus folgt zweitens, daß die englische Politik mit dieser französischen Gefolgschaft operieren kann wie mit einem sicheren, ihr zur Verfügung stehenden Machtfaktor. Darin liegt die eigentliche Gefahr der Weltlage, und damit werden wir zu rechnen haben, wenn die ruchlosen Pläne, mit denen die englische Kriegspartei sich trägt, einmal Wirklichkeit werden wollen. Denn das Bedenkliche und Gefährliche der seit über einem Jahrzehnt systematisch fortgesetzten Agitation der Preßorgane, die sich die Aufgabe gesetzt haben, Deutschland zu verdächtigen, und die sich ausnahmslos als Parteigänger der heute in der Opposition stehenden unionistischen Partei bekennen, liegt darin, daß sie der öffentlichen Meinung des Landes völlig Urteil und Besinnung verkehrt haben, so daß aus dem konstruierten Gespenst der deutschen Invasion der Plan geboren wurde, Deutschland politisch zu isolieren, es in einen Kontinentalkrieg zu verwickeln, und dann ein für allemal der deutschen Stellung zur See ein Ende zu bereiten. Herr Malo hat uns gezeigt, wie aus der Armee, die England gegen die Invasion verteidigen soll, im Handumdrehen eine Expeditionsarmee wird, die mit Frankreich und anderen Mächten, an deren Mitwirkung man denkt, gegen den einen Feind vorgehen soll. Wie dabei das englische Publikum geängstigt wird, mag der folgende Abschnitt aus einem Brief zeigen, den der „Standard" am 5. Dezember abdruckt:

„Was glauben Sie wohl, werden (nach vollzogener Landung) die Deutschen verlangen, um wieder abzuziehen? Vielleicht begnügen

sie sich mit einer Entschädigung von 1000 Millionen. Wahrscheinlich werden sie aber weit mehr haben wollen. Sie werden gewiß nicht den Fehler wiederholen, den sie 1871 in Frankreich gemacht haben. Sie werden selbstverständlich unsere Flotte und unsere besten Kolonien nehmen. Und das alles, nachdem sie das Land mit unserem besten und tapfersten Blut getränkt haben. Mag doch das britische Publikum das wohl überlegen! Es würde außerdem eine militärische Okkupation des Landes von ein- oder zweijähriger Dauer geben. Weiß der Durchschnittsengländer was das bedeutet?" usw.

Der Brief schließt mit der Aufforderung, zu erfüllen, was Lord Roberts gefordert habe, und mit einem Dank an den „Standard" für seine glänzenden Artikel über die britische Flotte. Diesen Dank sagten ihm alle Engländer, die auch nur einen Zoll über die eigene Nase hinausblicken könnten. — Man glaubt wirklich, einen Tollhäusler reden zu hören.

Eine andere Zuschrift desselben Blattes beginnt:

„Sir, es ist kein Zweifel mehr, daß Deutschland in sehr naheliegender Zeit unsere Weltstellung angreifen will. Man braucht nur mit offenen Augen und Ohren durch Deutschland zu reisen, um deutlich zu sehen, daß überall in Deutschland und in allen Ständen Deutschlands, sowie in einem großen Teile Deutsch-Österreichs der Krieg mit England nicht nur im Begriff ist auszubrechen, sondern von allen Bevölkerungsklassen lebhaft herbeigesehnt wird..... Der Ruf, der durch ganz Deutschland geht, lautet: England delenda est, und die Stimmung gegen England kann nur mit der verglichen werden, die man bei uns zu Zeiten der Königin Elisabeth gegen Spanien hegte."

Der Verfasser des Briefes, der „English Patriot" zeichnet, erzählt sodann, daß ein ehemaliger russischer Botschafter ihm gesagt habe, Deutschland hätte den Franzosen Belgien angeboten, um sie von England zu trennen und für eine neutrale Haltung zu gewinnen, aber die französischen Staatsmänner hätten Lothringen und Luxemburg verlangt, was die Deutschen nicht geben wollten, weil sie selbst Holland und Luxemburg brauchten und Lothringen nicht fortgeben könnten. Von einem Österreicher erfährt derselbe Gentleman, daß Deutschland bereits alle seine Pläne zum Angriff auf England fertig habe. Ein italienischer Bankier und der Sohn eines ehemaligen belgischen Gesandten bestätigen das, und der letztere erklärt, daß Deutschland den Belgiern und Holländern für den Fall, daß sie der deutschen Flotte ihre Häfen zu

Dienst stellten, die Integrität ihres Territoriums verbürgt habe. In Berlin erfährt er, daß wir eine Reihe von englischen Parlamentsmitgliedern bestochen hätten, und in einem Londoner Hotel wird ihm erzählt, daß ein deutscher Kellner im Streit mit einer englischen Dame gesagt habe: „Ihr glaubt, ich sei ein einfacher deutscher Kellner; nun wohl, ihr täuscht euch, und ich sage euch schmutzigen englischen Hunden, die ihr euch fürchtet dem Tode als Soldaten ins Auge zu sehen, daß ihr nach 3 Monaten deutsche Untertanen sein werdet, und ich weiß, was ich sage!" Die Dame hat dem „englischen Patrioten" die Versicherung gegeben, daß jener Kellner gleich danach aus dem Hotel verschwunden sei!

Was aber soll man dazu sagen, wenn ein Blatt wie der „Standard" diese Speise seinen Lesern vorsetzen darf! Aber es gibt Leute, denen auch das nicht genug ist.

Der „Temps" bringt den Inhalt einer Rede, die Lord Roseberry am letzten Freitag in Edinburgh gehalten hat, in folgendem Wortlaut:

„Eine deutsche Invasion als möglich annehmen, heißt annehmen, daß wir unerwartet und verräterisch angegriffen werden. Ein solcher Angriff wäre fast beispiellos: aber im gegenwärtigen Zeitpunkte laufen zahlreiche Äußerungen um, die in Widerspruch zum Völkerrecht stehen, Äußerungen, die sich dahin auslegen lassen, daß ein Überfall stattfinden könnte, während unsere Flotte abwesend ist. Hat doch jüngst ein Wiener Blatt gesagt, daß, wenn man die englische Flotte vernichten wollte, sich am besten die Herbstmanöver dazu benutzen ließen."

Es ist schwer glaublich, daß gerade der „Standard", der über Roseberrys Rede ausführlich referiert, sich eine so pikante Äußerung hätte entgehen lassen. Dort aber heißt es:

„Lord Roseberry sagte: er brauche nicht erst zu sagen, daß er an einen unprovozierten Angriff von seiten Deutschlands nicht glaubte. Das wäre ja eine Beschimpfung und Verleumdung einer großen aufgeklärten und befreundeten Nation (cheers); aber England müsse sich sicherstellen gegen alle Gefahren, die ein gesunder, urteilsfähiger Mann für möglich halten könne."

Das klingt doch wesentlich anders. Von der angeblichen Äußerung des Wiener Blattes findet sich nichts in der Rede, dagegen der folgende Satz:

„Nun sagt man euch, eine Invasion könne stattfinden, wenn die Flotte anderweitig gebunden ist, aber das ist eine Voraussetzung, die schwerlich angenommen werden kann."

Auch das klingt wesentlich anders, so daß unter allen Umständen, selbst wenn dem „Temps" ein vollständigerer Text vorgelegen hätte, als der des „Standard", nach dem wir referieren, eine nicht zu rechtfertigende Entstellung des Sinnes der Roseberryschen Rede vorliegt. Wir legen sie zu unseren übrigen Notizen über die politische Moral des „Temps".

Es ist politisch kein erfreuliches Anzeichen, daß der Boden unter dem jetzigen englischen Kabinett immer unsicherer wird. Nachdem die Schankſteuer (licencebill) gefallen ist, hat das Ministerium sich jetzt genötigt gesehen, auch die Schulbill (educationbill) zurückzuziehen, und mit der Reform der Lords scheint es ebenfalls gute Wege zu haben. Man beginnt bereits, von einer bald bevorstehenden Auflösung des Unterhauses zu reden, und es ist keineswegs sicher, daß die Wahlen einen neuen Sieg der Liberalen bringen. Einmal haben die Unionisten das protektionistische Programm Chamberlains, dem sie zum Opfer fielen, ganz in den Hintergrund ihrer Wünsche gerückt, dann aber lieben die Engländer in Zeitläuften, die ihnen kritisch erscheinen, konservative Führer zu haben, weil sie diesen mehr Energie zutrauen. Und daß die Zeiten k r i t i s c h sind, darüber besteht nirgends in Europa ein Zweifel. Im nahen O r i e n t sind die Verhältnisse nicht besser, sondern schlimmer geworden. Hinter der Türkei steht eine zum Konflikt treibende Kraft, die bisher alle Bemühungen, durch eine friedliche Verständigung zwischen Türken und Österreichern die Lösung herbeizuführen, zum Scheitern gebracht hat. Dagegen ist die Türkei gegen Montenegro aufs äußerste entgegenkommend gewesen. Alle strittigen Grenzpunkte, mit Ausnahme von Jezero, sind den Montenegrinern ausgeliefert worden, und ebenso intim haben die türkisch-serbischen Beziehungen sich gestaltet, während Serbien seine provokatorische Haltung gegen Österreich aufrechterhält und Montenegro mit Waffen und Geld unterstützt. Die Boykottierung österreichischer Waren dauert fort, und trotz aller Dementis läßt sich nicht übersehen, daß allseitig gerüstet wird. Auch die Haltung der P r e s s e spielt mit. In Rußland ist sie direkt antiösterreichisch und darauf gerichtet, die Serben zu ermutigen, während die russische Regierung, in der richtigen Erkenntnis, daß ein Krieg sich schwer werde lokalisieren lassen, bemüht ist, zu vermitteln und einen Ausgleich zu fördern, dessen Basis die Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld, als Anteil Bosniens und der Herzegowina, bilden sollte. Doch das ist ein Vor-

schlag, der wohl vor 30 Jahren, aber nicht heute ausführbar scheinen konnte. Die Haltung der französischen Presse, die sich zunächst unparteiisch zu zeigen bemüht war, ist merklich zurückhaltender geworden, die der englischen türkischer als türkisch, die italienische Presse entschlossen antiösterreichisch. Die gleiche Haltung hat sich dann auch bei der Beurteilung der letzten italienischen Kammerverhandlungen gezeigt. In England, Rußland, Frankreich spricht man, obgleich das Schlußvotum für Tittoni eine erhebliche Majorität brachte, von seiner Niederlage und von seinem bald bevorstehenden Rücktritt. Die Presse aller drei Länder ist darin einig, daß, trotz der entgegengesetzten Erklärungen Giolittis und Tittonis, Italien vom Dreibunde abgerückt und der Zusammenhang nur noch ein künstlicher, durch Sondervereinbarungen beeinträchtigter sei. Ob überhaupt, eventuell wann, ein Kongreß stattfinden werde, steht noch keineswegs fest. Kurz, das alles gibt ein unklares und unerfreuliches Bild, das für Österreich durch die haßerfüllten Ausschreitungen des tschechischen Fanatismus in Prag noch mehr verdüstert wird. Leider kann man nicht sagen, daß es sich nur um Pöbelexzesse handelt. Die Bewegung ist von der tschechischen Intelligenz großgezogen und systematisch gesteigert worden. Wenn jetzt das Standrecht proklamiert wird, darf man wohl auf eine zeitweilige Herstellung der gesetzlichen Ordnung und auf Freiheit der Bewegung für die Deutschen in Böhmen rechnen. Aber besser kann es auf die Dauer nicht werden, wenn die österreichische Regierung nicht mit dem System steten Zurückweichens vor den tschechischen Insolenzen bricht. Wir bedauern daher lebhaft, daß sie nicht trotz allem die Grundsteinlegung für das deutsche Universitätsgebäude hat ausführen lassen. Die Feierlichkeit zu schützen, war gewiß nicht unmöglich. Es wäre ein erster Schritt gewesen, um zu beweisen, daß sie nicht nur Aufruhr zu strafen, sondern auch gutes Recht zu sichern vermag. Daß unter diesen Umständen dem Kaiser Franz Josef sein Jubiläumsfest kein Freudenfest gewesen sein kann, liegt auf der Hand. Zu den äußeren Schwierigkeiten sind die inneren gekommen, und die Meuterei in Bosnischbrod beweist wohl, daß es nicht die letzten sein werden. Wird der slavischen Bewegung nicht mit rücksichtsloser Strenge entgegengetreten, so könnte das Beispiel von Bosnischbrod gefährlich werden, zumal da es an einheimischen und ausländischen Agitatoren nicht fehlt.

In Rußland geht die langwierige Debatte über das Gesetz vom 9. November 1906 endlich ihrem Abschluß entgegen. Es handelte

sich dabei um die prinzipielle nachträgliche Legalisierung der vom Ministerpräsidenten Stolypin während des Höhepunktes der agrarischen Unruhen verordneten Freigebung des Austritts aus dem Mir, der Bauerngemeinde. Obgleich die Bauern nebst der Linken sich jetzt ablehnend verhalten, kann die Annahme als gesichert gelten. Man rechnet auf gegen 70 Stimmen Majorität. Dann aber wird eine neue Debatte über jeden einzelnen Paragraphen des Gesetzes beginnen, und wann das seinen Abschluß findet, ist bei der Redefreudigkeit der russischen Abgeordneten schwer abzusehen. Dagegen ist die Genehmigung der 450-Millionen-Anleihe ohne viel Schwierigkeiten erteilt worden. Im Innern sieht es nach wie vor traurig aus. Die Senatorenrevisionen enthüllen die empörendsten Unterschleife und Gewalttaten. Mord und Raubanfälle dauern fort, und ebenso die Klagen über die sittliche Korruption der Jugend. Es war ja von vornherein nicht darauf zu rechnen, daß diese Übelstände über Nacht zu beseitigen sein würden. Jedenfalls braucht Rußland, wenn es gesunden will, noch eine lange, zusammenhängende Friedenszeit. Die Frage ist nur, ob die Regierung stark genug sein wird, sich der drängenden slavischen Strömung gegenüber, die durch das Reich geht, auf die Dauer zu behaupten. Wir setzen unser Vertrauen dabei auf den Ministerpräsidenten Stolypin, der jedenfalls das Friedensbedürfnis des Landes kennt und auch genau weiß, daß hinter den zu einem Kriege drängenden Elementen diejenigen Gruppen stehen, an deren Bekämpfung er sein Leben gesetzt hat.

Vor den europäischen Schwierigkeiten tritt, was sich jetzt in Haiti und Venezuela abspielt, an Bedeutung ganz in den Hintergrund. Die haitanische Revolution hat wieder einmal gezeigt, wie haltlos die Zustände der Negerrepublik sind. Ob Präsident Alexis oder General Simon regieren, kann der Welt gleichgültig sein. Man gibt sich zufrieden, wenn den bescheidensten Ansprüchen an staatliche Ordnung einigermaßen genügt wird. Dafür aber sorgen im Augenblick die 5 Kriegsschiffe, die im Hafen von Port au Prince liegen. In Venezuela sucht Holland sich sein Recht, während Präsident Castro, den die Franzosen aus ihrem Territorium ausweisen wollen, sich irgendwo in Europa kurieren lassen wird. Wie Holland aber zu seinem Rechte kommen wird, ist zunächst noch nicht klar. Am wirksamsten wäre es wohl, wenn die Vereinigten Staaten helfend beispringen wollten. Indirekt ist es auch ihr Interesse, daß der Übermut Venezuelas einmal recht gründlich gestraft werde.

Seit wir diese Übersicht schrieben, bei deren Formulierung jede zu stark klingende Note sorgfältig vermieden wurde, ist uns die Rede zugegangen, die der Reichskanzler vorgestern im Reichstage gehalten hat. Sie ist, wie alle politischen Reden des Fürsten von Bülow, ein Meisterstück vorsichtiger und wohldurchdachter Darlegung der Gesamtlage und war, wie es den Interessen Deutschlands und des Weltfriedens entspricht, darauf gerichtet, dieser Lage die freundliche Seite abzugewinnen. Der türkischen „Bewegung" erkannte er Würde, ihren Führern Idealismus, Integrität und Patriotismus zu. Er wies darauf hin, daß die vollzogene Tatsache der Wandlungen in den staatsrechtlichen Lebensformen der Türkei als solche anzunehmen sei, und daß mit diesem fait accompli gerechnet werden müsse. Auch sei Deutschland allezeit für Einführung von Reformen eingetreten. Die „Veränderungen" des Berliner Vertrages, die nachträglich erfolgten, hätten allerdings Schwierigkeiten gebracht, aber im diplomatischen Spiel, das nunmehr begonnen habe, lasse Deutschland anderen, direkt interessierten Mächten den Vortritt, während es selbst bundestreu zu Österreich-Ungarn stehe und stehen werde. Es schloß sich daran ein Blick auf unsere Beziehungen zu Rußland, Italien, Frankreich, England. Aus dem Munde Herrn v. Iswolskis konnte der Reichskanzler die Versicherung geben, daß die englisch-russischen Vereinbarungen keine Spitzen haben, die sich gegen deutsche Interessen richten. Italien sei durch eigene Interessen zu einem vermittelnden Standpunkt geführt worden, und die jüngsten italienisch-österreichischen Gegensätze sei er überzeugt, wie schon häufig geschehen, ausgleichen zu können. Er lobte Tittoni und Giolitti, wies auf das Menschenalter europäischen Friedens hin, das der Dreibund gesichert habe, und in dem Italien so glänzend aufblühte, und fand freundliche Worte für Frankreich in Anlaß der Casablanca-Affäre und der Haltung der französischen Politik im Orient. Dort wünsche Deutschland als Resultat der jüngsten Ereignisse eine gesunde Türkei; wünsche England dasselbe, so werde es im Orient auch keine englisch-deutschen Gegensätze geben. Die Rede von Asquith in Guildhall sei von einem Geist gegenseitigen Wohlwollens getragen worden, Sir Edward Grey habe darauf hingewiesen, daß eine Balkankonferenz ein starkes Beruhigungs- oder Erregungsmittel werden könne. „Wir möchten," sagte der Reichskanzler, „daß die Konferenz ein Beruhigungsmittel werde, und daß der europäische Friede nicht gestört werde." Er seinerseits werde alle auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen unterstützen.

Diesen Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Hatte die Rede nicht neue Tatsachen vorgeführt, so hatte sie die eminent friedliche Richtung der deutschen Politik zu scharfem Ausdruck gebracht. Daß Sorgen um die Erhaltung des Friedens trotzdem durchklangen, läßt sich nicht verkennen. Aber gewiß war es nicht Aufgabe des Reichskanzlers, sie stärker hervorzuheben. Sie werden ohnehin in aller Welt lebendig genug empfunden. Die sicherste Friedensbürgschaft, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, bleibt trotz allem die Stärke und Kampfbereitschaft des Deutschen Reiches, die Einmütigkeit, mit der Kaiser und Volk entschlossen sind, unser gutes Recht und unsere Stellung in der Welt zu behaupten, und daran werden, so hoffen wir, die heimlichen wie die offenen Feinde des Weltfriedens scheitern.

10. Dezember 1908.

Wir verzichten darauf, in unserer heutigen Wochenschau all den Schwankungen zu folgen, welche die Weiterentwicklung der orientalischen Krisis in den letzten acht Tagen gezeigt hat. Sie berechtigen noch nicht zu Schlüssen über die endgültige Wendung, die dieses sehr ernste Problem nehmen wird. Im ganzen erscheint uns der Ausblick in die Zukunft weniger beunruhigend als noch vor kurzem, weil die Abneigung Rußlands, sich in kriegerische Abenteuer zu stürzen, deutlicher zutage tritt, trotz der fortdauernden Hetzarbeit der „Nowoje Wremja", und weil zweitens die Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei wieder aufgenommen wurden und es nicht ausgeschlossen ist, daß die bosnisch-herzegowinische Frage zwischen beiden Mächten durch einen Ausgleich von Macht zu Macht auf dem Wege einer von Österreich-Ungarn zu gewährenden pekuniären oder wirtschaftlichen Entschädigung so erledigt wird, daß einer eventuell zusammentretenden Konferenz nichts übrig bliebe, als die vollzogene Tatsache zu registrieren. Da ein Rückfallen der beiden Provinzen an die Türkei ebenso ausgeschlossen ist, wie etwa die Wiederherstellung der türkischen Oberhoheit über Serbien, Bulgarien oder Griechenland, wäre das die Lösung, der alle Friedensfreunde den größten Beifall schenken dürften. Was aber die moralische Entrüstung über die einseitige Durchbrechung des Berliner Vertrages betrifft, so ist doch daran zu erinnern, daß der Artikel, durch den Batum zu einem Freihafen gemacht wurde, im Juli 1886 von Rußland einseitig aufgehoben wurde, und daß es dabei trotz eines englischen Protestes geblieben ist. Auch daran wäre zu erinnern, daß die Stellung Englands in Cypern völkerrechtlich nicht zu Recht bestehend betrachtet werden kann, da die „Okkupation und Verwaltung" der Insel durch die Engländer nur auf dem Boden des Vertrages vom 4. Juni 1878 ruht, durch den England die Verpflichtung übernahm, den Türken Batum, Ardahan und Kars

zu sichern. Alle drei Festungen aber gingen durch den Berliner Vertrag in russische Hände über, während Cypern noch heute unter englischer Verwaltung und Besatzung steht. Dieser Vertrag ist, soweit die Verpflichtungen Englands in Frage kommen, bereits 5 Tage, bevor er unterzeichnet wurde, von England gebrochen worden — wenn es erlaubt ist, diese an sich unlogische Bezeichnung zu wählen —, denn am 30. Mai unterzeichneten Lord Salisbury und Schuwalow jene Geheimkonvention, die den Russen die drei Balkanstädte sicherte, und am 4. Juni wurde die andere Geheimkonvention unterzeichnet, die eben jene Festungen unter den Schutz der Kriegsmacht Englands stellte. Es klingt wie Hohn, wenn dann am 1. Juli noch eine besondere Nachtragskonvention vereinbart wurde, durch welche England sich verpflichtete, Cypern den Türken zurückzugeben, sobald Rußland Kars und die übrigen Eroberungen, die es auf Kosten der Türkei gemacht hatte, der Türkei restituiere!

Die Tatsachen, die wir hier hervorheben, sind ja längst bekannt, und noch ganz neuerdings hat Gabriel Hanotaux im 4. Bande seiner „Histoire de la France contemporaine“ sie recht anschaulich wiedererzählt, freilich ohne Schlüsse daran zu knüpfen, welche die politische Moral dieser Transaktionen würdigen. Sie sind ein klassisches Beispiel für die Vorurteilslosigkeit der englischen Politik, aber sie sind wenig geeignet, die moralische Entrüstung zu rechtfertigen, die man in London zu empfinden pflegt, wenn andere wider den Wortlaut der Verträge das schließliche Fazit aus einem zur Tatsache gewordenen Besitzstande ziehen. Das viel mißbrauchte Wort „right or wrong my country“ ist doch nicht zu übersetzen: in Ehren oder Unehren, wenn es nur Vorteil bringt! Aber das ist offenbar die praktische Auslegung, die ihm diejenigen politischen Franktireurs geben, die heute unter immer neuen Vorwänden auf einen Kontinentalkrieg hinarbeiten, und von denen uns ein besonderes Spezimen in Mr. Noel Buxton entgegentritt, dessen wir schon vor acht Tagen an dieser Stelle gedacht haben. Dieser Gentleman ist „Chairman“ des „Balkan Comitee“ und hat als solcher bei einem der angesehensten Londoner Verleger, John Murray, ein Buch veröffentlicht, das unter dem Titel „Europe and the Turks“ wohl das Ärgste enthält, was je gesagt worden ist, um den Islam als solchen und speziell die Türkei, die Jungtürken miteingeschlossen, verächtlich zu machen. Dann war dieser brave Mann die Seele der Bestrebungen, die dahin zielten, in Mazedonien eine Revolution zu erregen und das verbrecherische

Treiben der bulgarischen, serbischen und griechischen Banden zu unterstützen. Das hat er noch anderthalb Monate nach Verkündigung der türkischen Verfassung so fortgesetzt. Was soll man nun dazu sagen, daß eben dieser Mr. Buxton sich jetzt als Türkenfreund aufspielt und in Konstantinopel an der Verwirklichung jenes Balkanbundes arbeitet, den, in merkwürdiger politischer Verblendung, heute die Jungtürken zu konstruieren bemüht sind. Der vortrefflich redigierte, in deutscher und französischer Sprache zu Konstantinopel erscheinende „Osmanische Lloyd" hat sich nun das Verdienst erworben, durch Zitate aus Herrn Buxtons Hauptwerk die merkwürdigen Metamorphosen dieses Politikers auf eigene Faust darzulegen. Aber ein Mann wie Herr Buxton läßt sich nicht verblüffen. Er hat den jungtürkischen Komitees erklärt, daß er sich seit zwei Monaten umgedacht habe, und daß Mr. John Murray Ordre von ihm bekommen hätte, das Buch mit den schlimmen Urteilen über Islam und Türken nicht weiter zu verkaufen. Er wisse jetzt, wie ideal die Ziele seien, welche die junge Türkei verfolge, und wenn bisher England und er die größten Feinde der Türkei gewesen seien, wollten sie fortan den Türken die besten Freunde und Helfer sein! „Pourvu que cela dure!" denkt man in Erinnerung an eine witzige französische Anekdote; verbürgen wird man sich jedenfalls nicht dafür können.

Aber, wie wir oben betonten, Herr Noel Buxton und sein Balkankomitee treiben Politik auf eigene Hand, und angesehene englische Zeitungen haben ihn und seine Agitation recht scharf beurteilt. Fast bedenklicher erscheint uns eine andere Tatsache. Vor einiger Zeit schrieb Herr Wesselitzki der „Nowoje Wremja" aus London, daß die „London opinion" und die „Westminster Gazette" Korrespondenten nach Bosnien entsandt hätten, welche die entsetzlichsten Dinge über die Mißbräuche der österreichischen Verwaltung in den annektierten Provinzen meldeten. Die „London opinion" ließ sich in Berlin nicht aufbringen, dagegen haben wir in der „Westminster Gazette" vom 7. Dezember allerdings einen Brief ihres Belgrader Korrespondenten gefunden, der in einem anerkannten Organ der regierenden Partei nicht geringes Befremden hervorruft. Der Bericht strotzt von Übertreibungen, wie z. B. daß die Österreicher alle Bauernhunde in Bosnien getötet hätten, damit die Einwohner nichts von den in der Nacht vorgenommenen Truppendislokationen merkten, daß die Offiziere das Recht erhalten hätten, standrechtlich zu erschießen, daß die Bevölkerung von den Truppen terrorisiert

werde, daß die Häuser aller angesehenen Einwohner bewacht würden usw. Dabei nimmt dieser Belgrader Korrespondent in allerentschiedenster Weise Partei für die Serben. Nun ist es doch höchst auffallend, wenn ein Regierungsorgan derartige Rekognoszierungsreisen von entschieden feindseliger Tendenz in den Provinzen eines befreundeten Staates vornimmt, um festzustellen, daß die Einwohner nichts sehnlicher wünschten, als sich von der Zugehörigkeit zu diesem Staate freizumachen.

Was würde man wohl in England sagen, wenn der Korrespondent eines österreichischen Regierungsblattes nach Irland reisen wollte, um festzustellen, ob der „Gaelic American" mit den Anschauungen recht hat, die er in seinem jüngsten Leitartikel „On which side will Ireland fight?" darlegt. Dieser sehr pessimistisch gestimmte Artikel geht von der Annahme aus, daß das nächste Frühjahr einen europäischen Krieg bringen werde, und daß England dann die Million Soldaten, die Lord Roberts verlange, nicht haben werde. Ohne Einführung der allgemeinen Wehrpflicht seien sie überhaupt nicht zu beschaffen, und nur nach einem „great disaster at their very doors" werde man sich zu dieser radikalen Maßregel bequemen, dann werde es zwar zu spät sein, aber die allgemeine Wehrpflicht werde bleiben. Unter allen Umständen aber stelle der Krieg Irland vor eine ernste Frage, denn ob nun England siege oder unterliege, jedenfalls werde Irland noch drückendere finanzielle Opfer bringen müssen, als es schon jetzt zu tragen habe. Die jungen Männer in Irland hätten daher zu wählen, ob sie für oder gegen England fechten wollen. Fechten sie für England, so würden die Opfer an Geld und Blut auf Generationen hinaus Irland lähmen; der Kampf gegen England aber könne nicht größere Opfer kosten und biete, wenn man sich den Gegnern Englands anschließe, die Aussicht auf ein unabhängiges Irland, und diese Unabhängigkeit werde dann auf englischem, nicht auf irischem Boden zu erkämpfen sein. Der Schluß dieses Artikels — dessen Argumentation wir uns natürlich nicht zu eigen machen — lautet:

„Es ist nicht die Rede davon, daß Irland einen Angriff auf England machen soll, wohl aber davon, daß die irische Rasse in aller Welt sich einer formidablen Kombination gegen den unversöhnlichen Feind Irlands anschließt. Wenn Lord Roberts von der Möglichkeit einer Invasion spricht, weiß er, daß sie unter gewissen Voraussetzungen möglich ist, denn viele tausend Iren, die außerhalb Irlands leben, würden an ihr teilnehmen. Die 4 Millionen Iren, die in Irland zurückgeblieben sind, sind nur ein

kleiner Teil der Rasse, und wenn die Kraft und die Macht dieser Rasse zweckmäßig organisiert wird, kann sie leicht zu einem wichtigen Faktor der internationalen Politik werden. Das Volk von Irland muß sich darüber klar sein, ob es in einer Zeit, die nicht fern ist, für oder wider England in einem Kriege fechten will, der aller Wahrscheinlichkeit nach das britische Reich zertrümmern (smash) wird. Sie können nicht neutral bleiben, und man wird es ihnen nicht gestatten."

Nun hoffen wir, daß der „Gaelic American" mit seinen Kriegsprophezeihungen zu schwarz sieht. Er ist, wie jedermann in Europa, durch die Kundgebungen der englischen Alarmisten, der ehrlich besorgten Patrioten wie der verkappten Kriegsschürer zu der Überzeugung gekommen, daß England einen Krieg provozieren will, und schließt ganz richtig, daß solch ein Krieg sich nicht werde lokalisieren lassen. Daß aber dann die Sorge um Irland ein wesentlicher Faktor in der englischen Kriegführung werden muß, läßt sich ebensowenig übersehen, wie die andere Tatsache, daß die Lage in Indien in solchem Fall in noch weit höherem Grade, als es jetzt geschieht, die Aufmerksamkeit und die Streitkräfte Englands in Anspruch nehmen würde. Wir haben uns deshalb gefragt, ob nicht hinter den Kriegsdrohungen, mit denen wir von der englischen Presse beehrt werden, und hinter den Invasionssorgen, von denen seit einigen Jahren ein englischer Staatsmann nach dem anderen redet, ein ähnliches Strategem steckt wie jenes, das Mr. Joe Chamberlain anwandte, als er sein Schutzzollsystem der Aufmerksamkeit Englands empfahl. Als „Prügelknabe" in seiner Argumentation mußte immer Deutschland fungieren, während in Wirklichkeit es die siegreiche Handelskonkurrenz der Vereinigten Staaten war, der er Schranken setzen wollte. Die Konjektur ist so unwahrscheinlich nicht. Man braucht sich nur die bittere Kritik zu eigen zu machen, welche die Organe der unionistischen Opposition an der Politik des regierenden liberalen Kabinetts üben, um zu dem Schlusse zu gelangen, daß in Irland, Südafrika, Indien die allerbedenklichsten Mißgriffe gemacht seien, die den Bestand des Reiches ernstlich gefährdeten. Um den dort drohenden Gefahren gewachsen zu sein, braucht man nicht nur eine noch riesigere Flotte, als England sie schon heute besitzt, sondern auch jene Million Soldaten, die Lord Roberts so überaus nachdrücklich gefordert hat.

Eben jetzt ist in der „Nineteenth century and after" im Dezemberheft eine sehr eingehende Studie von Edmund C. Cox „Indien in

Gefahr" (Danger in India) erschienen, der unter Vermeidung jeder Übertreibung ein in der Tat besorgniserregendes Bild der Lage dieser weitaus wichtigsten englischen Kolonie entwirft. Sir Edmund C. Cox spricht als Kenner ersten Ranges. Er ist „Deputy-Inspector-General of Police", d. h. bevollmächtigter Generalinspektor der Polizei in der Präsidentschaft Bombay, und hat eine kurze Geschichte der Präsidentschaft Bombay sowie mehrere Spezialarbeiten über indische Zustände veröffentlicht. Wir können den umfangreichen Aufsatz nicht vollinhaltlich wiedergeben. Eine Übersetzung wäre die dankbare Aufgabe für eine unserer größeren Zeitschriften. Aber die Hauptgedanken des Verfassers mögen hierher gesetzt werden.

Er wolle, so beginnt Sir Edmund, den Tatsachen ins Auge sehen. Man müsse vor allen Dingen wissen, daß es dem gebildeten Inder ganz gleichgiltig sei, ob die britische Verwaltung des Landes gut, schlecht oder mittelmäßig sei. Es genüge ihm, daß es Fremdherrschaft sei, und daraus schließe er logisch, daß sie beseitigt werden müsse. Könnten Bomben diesen Prozeß beschleunigen, so seien eben Bomben zu verwenden. Man dürfe sich in England aber nicht darüber täuschen, daß Aufruhr, Unzufriedenheit und Agitation nicht auf die Kreise der Gebildeten beschränkt seien, sie gehen durch das ganze Indien, von Lahore nach Rangoon und von Delhi nach Tuticorin. Zu Lord Ripons Zeiten, als der indische Nationalkongreß anerkannt wurde, habe die Bewegung begonnen, jetzt fühle Indien sich als eine Nation, ein Volk und ein Land mit gleichen Interessen und Bestrebungen, und wenn die Bewohner von Madras sich mit denen von Bengalen auch nur englisch verständigen könnten, so sei trotzdem politisch Lahore nur eine Vorstadt von Kalkutta. Indien habe als politische Einheit eine Stimme gefunden, es sei national, was Europa nicht sei, und diese Stimme schreie nach Unabhängigkeit. Alles wirke hier gegen England: die einheimische Presse in englischer wie in jeder der indischen Sprachen habe keine andere Tendenz, als England zu verunglimpfen. Wer aber in englischen Schulen zu englischer Bildung erzogen werde, bilde sich erst recht zum Feinde Englands aus. Mill, Spencer, Huxley, die Kenntnis der Magna Charta und die Geschichte Jakobs II., vor allem aber die Geschichte des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges führten zum gleichen Ziele, und dazu komme die unberechenbare Einwirkung der japanischen Siege. Früher hätten vor dem Namen „Russe" Hindu und Mohammedaner gleich gezittert, jetzt habe ein asiatisches Volk die

Macht zertrümmert, vor der, wie man glaubte, auch England zitterte. Was Japan gelang, könne auch Indien erreichen, das doch nicht bestimmt sei, auf ewig Sklavenfesseln zu tragen! Aber noch eines habe die jüngste Geschichte gelehrt. Die russische Autokratie werde in Parallele mit der britischen Gewaltherrschaft gesetzt; wenn nun das russische Volk den russischen Absolutismus brechen konnte, weshalb sollte da nicht auch das Volk von Indien desgleichen tun? Geheime Gesellschaften, Anarchismus, Nihilismus, Streikes, Boykott, Kugeln und vor allem Bomben hätten als endliches Resultat die Einberufung einer Duma erzwungen, die dem bedrückten Volke eine Magna Charta und alles Gute bringen werde. Braucht nur dieselben Waffen, und euch wird der gleiche Erfolg lohnen! Und dann, vor wenigen Jahren erst, habe Großbritannien seine ganze Macht daran setzen müssen, um das kleine Häuflein der Buren zu unterwerfen, und heute schon hätten die Buren ein Selfgovernment erlangt, nach dem Indien vergeblich rufe. Auch Persien habe jetzt sein Parlament, die Türkei eine Verfassung. Seien denn allein die Inder so verächtlich, daß nur sie nicht frei sein dürften? So gehe die aufreizende Rede von Nord nach Süd, von Ost nach West. „Haß, Verdacht, Mißtrauen, das sind die Empfindungen, die heute von Seiten der Inder gegen die regierende Rasse gehegt werden.“ Alles Üble, was geschehe, werde den Engländern schuld gegeben, und es sei unmöglich, das leichtgläubige Volk davon zu überzeugen, daß Cholera und Pocken, Hunger und Pest nicht durch die Fremden zur Vernichtung der Inder ins Land gebracht würden. Die Engländer tragen schuld, daß das Geld aus dem Lande gezogen werde, daß die alten heimischen Industrien zugrunde gehen usw. Die gebildeten Inder aber klagen über Zurücksetzung bei Vergebung der Ämter und über die gesellschaftliche Zurücksetzung, die ihnen die Türen der Salons verschließe. Endlich habe die demokratische Agitationsreise Keir Hardies einen unberechenbaren Schaden getan. Etwas besser lägen die Verhältnisse in den Staaten der Vasallenfürsten (Native States). Cox meint, im allgemeinen werde man in den Stunden der Gefahr auf sie rechnen können. Weit skeptischer beurteilt er die Haltung der Mohammedaner, die man gern als unbedingt zuverlässig schildere, und auch die indische Armee erscheint ihm nicht unbedingt sicher. Elphinstone habe die „native army“ eine „empfindliche und gefährliche Maschine“ genannt; er (Cox) halte sie nicht für illoyal, aber ein Geist der Unzufriedenheit sei in ihr doch vorherrschend. Die Forderungen, die man an Offiziere und Mannschaften

stelle, seien weit schwerer geworden, die höheren Stellungen den Eingeborenen nicht zugänglich; endlich, diese Armee ergänze sich aus den Reihen einer erbitterten und unzufriedenen Bevölkerung. Sei sie heute noch in ihrer Haltung bewunderungswürdig, so könne man doch nicht darauf rechnen, daß sie auf ewig den Versuchungen widerstehen werde, die sich an sie heranbrängen. Der letzte Mordanschlag auf den gegen die Eingeborenen gütigen Vizegouverneur von Bengalen zeige, daß man die Engländer als solche, ganz abgesehen von ihren persönlichen Eigenschaften, mit Mord verfolge. In Kalkutta habe man jenen Kanai gefeiert, der aufgeknüpft wurde, weil er einen Zeugen ermordete, der belastende Aussagen gemacht hatte, in Nagpore habe man die Statue der Königin Viktoria verstümmelt. Es sei nicht übertrieben, wenn die englischen Zeitungen rufen: Unruhen in Indien, die Sympathien des Volkes stehen auf seiten der Verräter! Cox schließt:

„Unserer Feinde in Indien sind viele, die Zahl der wahren Freunde, auf die wir im Fall der Not rechnen können, ist weniger groß. Die deutliche Stimme Indiens, die nicht mit Unrecht behauptet, die Stimme der Majorität zu sein, gibt leidenschaftlich ihrem Wunsche Ausdruck, daß wir die Inder sich selbst überlassen und mit Sack und Pack aus dem Lande ziehen sollen. Diese Tatsache soll man nicht vergessen. Aber auch das andere soll man behalten, daß unser Regiment, trotz seiner Mißgriffe, im ganzen gerecht und wohltätig ist und daß, wenn man es beseitigen sollte, unsagbares Elend über Millionen und aber Millionen hereinbrechen würde, die heute glücklich unter unserer Ägide leben, und daß wir nicht die geringste Neigung haben, die Verantwortung abzulehnen, die uns von der Vorsehung als eine heiligste Pflicht auferlegt worden ist."

Das ist gewiß richtig und gerecht geurteilt. Trotzdem ist die indische Bewegung eine nicht abzuweisende Gefahr, die mit anderen Gefahren — zu denen wir natürlich die eingebildete deutsche Invasionsgefahr nicht rechnen — die Sorgen erklären, die heute unzweifelhaft an der krankhaften Nervosität der Engländer schuld sind. Wenn sie ihr Augenmerk auf die Realitäten richten und nicht, um Gespenster zu verfolgen, neue reale Gefahren schaffen, werden sie, wie so oft schon, sich der schwierigen Lage des Augenblicks gewachsen zeigen.

Die „Nowoje Wremja" vom 13. Dezember bringt das folgende Telegramm ihres Londoner Korrespondenten, des berüchtigten Herrn Wessélitzki:

„An einem Rout, den Ihr Korrespondent zu Ehren des italienischen Botschafters gab, nahmen teil: der russische Botschafter, Mitglieder der russischen, italienischen und französischen Botschaft und des foreign office, die Vertreter von Serbien und Bulgarien, die englischen Minister Lord Fitzmaurice und Sir William Robson, die englischen Vertreter der internationalen Seekonferenz, Lord Wardale (?) und andere Mitglieder des Hauses der Lords, viele Mitglieder des Unterhauses, die Herzogin Kollabrini, Lady Herbert, Redakteure von Zeitungen und Journalen und hervorragende Vertreter der Finanz.

Die Mitglieder beider Häuser waren trotz der Wichtigkeit der Abendsitzungen erschienen, um ihren heißen Sympathien für Rußland Ausdruck zu geben."

Man wird zu dem Erfolg dieses Rout jedenfalls mehr Herrn Wesselitzki als seine Gäste zu beglückwünschen haben.

18. Dez. 1908. Verhängung des Belagerungszustandes über Venezuela.
Beginn des Boykotts bulgarischer Waren in der Türkei.
Annahme des ersten belgischen Kolonialbudgets.
Rede Stolypins in der Duma zur Agrarreform.
19. Dez. Debatten in der französischen Kammer über die Reform der Artillerie.
20. Dez. Said Pascha wird zum Präsidenten des türkischen Senats ernannt.
Demission des portugiesischen Kabinetts.
21. Dez. Unruhen in Samoa.
22. Dez. Vertagung des englischen Parlaments.
Eröffnung der ersten ägyptischen Universität in Kairo.
Österreich bewilligt der Türkei 4 Millionen türkischer Pfund als Entschädigung.
Vizepräsident Gomez von Venezuela entläßt Castros Kabinett und übernimmt die Präsidentschaft.

23. Dezember 1908.

Die politische Krisis im Orient scheint sich einer friedlichen Lösung zu nähern, wenigstens hat sie sich nicht verschärft, was einen Fortschritt zum Besseren bedeutet. Serben und Montenegriner wissen, daß ihre ungerechtfertigten Ansprüche auf Kompensation eine wirksame Unterstützung nicht finden können, zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei aber nehmen die Verhandlungen eine Richtung, die in die formelle Anerkennung des Übergangs der Souveränität über Bosnien und die Herzegowina auf Österreich-Ungarn ausmünden muß, mit der, wie es scheint, auch Rußland sich zufrieden geben will. Dasselbe gilt von Bulgarien. Sollte dann eine Konferenz zusammentreten, so wäre ihre Aufgabe, nur noch nachträglich von dem Vergleiche Akt zu nehmen, den die Türkei als die nächstinteressierte Macht mit ihren Interessen vereinbar erachtet, und zu dem die beiden anderen sich bereit gefunden haben. Das gleiche würde dann wohl auch in betreff Batums geschehen müssen, denn der Unterschied zwischen dem russischen Vorgehen im Juli 1886 und den jüngsten Ereignissen liegt in dem Werte des Objekts, nicht in einer anderen prinzipiellen Grundlage des dem Sinne und Wortlaute des Vertrages widersprechenden Vorgehens. Das Motiv war hier wie dort die Wandlung der Voraussetzungen, unter denen der Vertrag zustande kam. Worauf es heute ankommt, ist die Herstellung

klarer, nicht mehr anzustreitender Verhältnisse, und daran sind nicht nur Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien, sondern alle Mächte interessiert, die ihren Vorteil in der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens sehen. Ebenso wären daher die Ergebnisse des bulgarischen Staatsstreiches von 1885 zu legalisieren, und die Frage wegen der Stellung Cyperns zu regeln.

Nun ist seit Freitag als neuer politischer Faktor das türkische Parlament hinzugekommen. Der Sultan hat es feierlich und würdig eröffnet mit einer Thronrede, deren maßvolle Haltung allgemeine Anerkennung gefunden hat. Auch zeigen die Beglückwünschungstelegramme, die von Herrschern und Volksvertretungen nach Konstantinopel gegangen sind, daß dem neuen Leben, das in der Türkei entstehen will, viel Wohlwollen entgegengetragen wird. Aber bei alledem läßt sich nicht verkennen, daß es eine ungeheuer schwierige Aufgabe ist, vor der das neue Regiment der Türkei steht. Wir haben schon gleich nach dem Gelingen des Staatsstreiches, der die große Umwälzung herbeiführte, darauf hingewiesen, daß jenes „Komitee Einheit und Fortschritt", die anonymen Leiter der jungtürkischen Bewegung, die auch heute noch als die entscheidenden Faktoren im politischen Leben der Türken anzusehen sind, sich in irgendeiner Weise den Formen der türkischen Verfassung angliedern und entweder im Parlament oder in der Regierung ihren Platz finden müssen. Zum Teil ist das bereits geschehen, aber das Komitee als solches besteht noch fort, obgleich die Verfassung ihm keinen Raum läßt, sich anders denn als politisch-parlamentarische Partei zu organisieren. Denn daß das Parlament sich eine außerhalb stehende Regierungsmaschine gefallen läßt, die weder Volksvertretung noch Ministerium ist, muß wohl als auf die Dauer nicht denkbar angesehen werden. Die zweite Schwierigkeit, die nationalen und religiösen Gegensätze, wollen wir nicht allzu scharf betonen; es ist immerhin möglich, daß das allen gemeinsame Interesse an einer Besserung der arg verfahrenen Rechts- und Verwaltungsverhältnisse diese Gegensätze wenigstens vorläufig zum Schweigen bringt. Weit bedenklicher ist, daß die dem Parlamente gestellte Aufgabe den Interessen aller derjenigen Elemente widerspricht, die seit Menschengedenken von der vorherrschenden Korruption gelebt haben. Die Herrschaft des Bakschisch zu beseitigen, das ist zunächst das wichtigste, und wenn diese „Reform" scheitert, sind damit auch alle anderen zum Scheitern verurteilt. Es

kommt hinzu, daß neben den unzweifelhaft von lauteren, patriotischen Motiven bestimmten Leitern des Staatsstreiches von der Flagge der Jungtürken auch sehr zahlreiche unlautere Elemente gedeckt werden. Man braucht nur auf die systematischen Erpressungen hinzuweisen, die von Paris und London aus durch Drohbriefe am Sultan erfolgreich geübt wurden. Man drohte mit Attentaten oder noch häufiger mit Veröffentlichung von Schmähschriften und konnte meist darauf rechnen, daß der Sultan sich „frei kaufte". Das sind für jeden, der die türkischen Verhältnisse des letzten Jahrzehnts verfolgt hat, allbekannte Tatsachen. Überlegt man nun, unter welchen Stürmen und Kämpfen überall in Europa sich der Übergang zu konstitutionellem oder parlamentarischem Regimente vollzogen hat, so müßten Zeichen und Wunder geschehen, wenn die Türkei in stetigem ungestörten Fortschritt ihre Umbildung vollziehen sollte. Rußland hat zwei Dumen auflösen und einen Bürgerkrieg niederwerfen müssen, ehe es eine wirklich arbeitsfähige Volksvertretung zusammenzubringen vermochte, und krankt dabei noch heute an inneren Schäden, die den türkischen verwandt, aber doch lange nicht gleich waren. Wir meinen also, daß mit dem Zusammentreten des Parlaments die eigentlichen Schwierigkeiten für die Türkei erst begonnen haben, und daß eben deshalb das türkische Interesse mehr als je verlangt, daß die Mißhelligkeiten mit Österreich-Ungarn und Bulgarien so bald als möglich beseitigt werden. Leider dauern die Hetzereien, um Serbien zu einem Konflikt mit Österreich zu drängen, immer noch fort. Einmal hat (wie der „Golos Moskwy" vom 4./17. Dezember berichtet) das „Komitee serbischer Juden" einen Aufruf erlassen, durch welchen die Juden aller Länder aufgefordert werden, die Interessen Serbiens zu verteidigen. Dann aber sind es russische Politiker auf eigene Faust, welche die Erregung schüren. Als Beispiel dafür mag die folgende Korrespondenz der „Nowoje Wremja" vom 18. Dezember aus Sagreb (Agram) dienen.

„An der Grenzstation Bosnisch-Brod war ich Zeuge einer empörenden Beschimpfung slavischer Soldaten der österreichischen Armee. In einem Militärzuge, der aus Horbatien nach Bosnien fuhr, hatte man das 36. Regiment, das aus Deutschen und Tschechen besteht, untergebracht. Dieses Regiment wird, wie ich erfuhr, im östlichen Böhmen, im Wahlkreise des Abgeordneten Klofatsch ausgehoben. In dem Zuge waren alle deutschen Soldaten in der 3. Klasse untergebracht worden, während

man den Tschechen einfache Güterwagen anwies, die die Überschrift trugen: 6 Pferde, 40 Mann. Als die tschechischen Soldaten diese ungerechte Behandlung bemerkten, erbaten sie sich gleichfalls Waggons 3. Klasse. Aber diese Bitte gab Anlaß zu einem traurigen Ereignis. Der kommandierende Oberst, ein wütender Deutscher, befahl den deutschen Soldaten, die ihre Plätze schon eingenommen hatten, die Tschechen, die in ihre Wagen nicht einsteigen wollten, zu umzingeln und zu entwaffnen. Darauf nötigte er sie unter der Drohung, sie zu erschießen, in ihre Wagen zu steigen. Wie man jetzt aus Agram mitteilt, wurde nach der Ankunft daselbst jeder zehnte tschechische Soldat sofort ins Gefängnis geworfen und danach, wie man hört, sogleich vor ein Kriegsgericht gestellt, das sie wegen Meuterei zum Tode verurteilte. Dieses Urteil ist schon ausgeführt worden. Hier erzählt man, daß auf diese Weise Rache für die serbophilen Reden Klofatschs genommen werden sollte. Den Abgeordneten konnte man nicht strafen, und deshalb kühlt man die Rache an seinen Wählern. Ist das nicht echt österreichisch?"

Man braucht diesen Bericht nur aufmerksam zu lesen, um sofort zu erkennen, daß er in der Hauptsache erlogen ist. Daß jene tschechischen Soldaten vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt seien, wird als Gerücht, die Hinrichtung jedes 10. Mannes als Tatsache erzählt! Offenbar weiß die „Nowoje Wremja", was sie ihren Lesern zumuten darf; sie rechnet wohl auch darauf, daß es längst vergessen ist, wie meuternde russische Soldaten kurz vor dem Moskauer Oktoberaufstande aus Sibirien in Waggons 1. und 2. Klasse nach Europa zurückfuhren, während die Offiziere in der 3. und 4. Klasse, die zudem mit schmähenden Inschriften bedeckt waren, Platz nehmen mußten. Das war freilich demokratischer, und ist zudem ungestraft geblieben.

Recht hübsch sekundiert diesen Hetzereien wiederum Herr Wesselitzki. In einem seiner Londoner Telegramme finden wir die folgenden Meldungen:

„Die Türkei und Italien nähern sich offenbar den drei Ententemächten. Die in Italien schnell wachsende Erbitterung des Volkes gegen Österreich kündigt den baldigen Fall des Kabinetts Tittoni und seine Ersetzung durch Fortis an, der vor kurzem Österreich den einzigen Feind Italiens genannt hat. In dem unpolitischen Klub „Polyglot" rief ein Italiener nach einem Vortrage über die italienischen Dichter des 19. Jahrhunderts aus: „Verfluchte Österreicher, Volksverderber.

Man muß sie alle erschlagen!" Es fiel Ihrem Korrespondenten, der den Vorsitz in der Versammlung führte, schwer, den Italiener und die mit ihm sympathisierenden Engländer zu beruhigen. Die direkt aus Bosnien kommenden Nachrichten zeigen, daß die Gesinnung der Muselmänner umschlägt. Sie wollten anfangs, wenn die Annexion anerkannt werden sollte, in Masse auswandern. Jetzt sind sie entschlossen, die Annexion in Waffen zu bekämpfen. In England und in Italien werden Vorlesungen über den Freiheitskrieg Italiens gegen Österreich vorbereitet — Vorlesungen, von denen sich mit Bestimmtheit annehmen läßt, daß sie die Erregung der Volksmassen noch steigern werden!"

An diesem Effekte zweifeln wir nicht. Was soll man aber zu dem politischen Zynismus des Herrn Wesselitzki und seiner englischen Freunde sagen? Trotz der korrekten Haltung der russischen Regierung ist die Wirkung dieser aufreizenden, mit allen Mitteln auf Vergiftung der öffentlichen Meinung hinarbeitenden Agitation ohne Zweifel gefährlich, und ihr gegenüber verhallen die besonnenen Stimmen urteilsfähiger Patrioten, die vor Abenteuern warnen, wie General Kuropatkin es noch kürzlich getan hat.

Aber Herr Wesselitzki wütet in seinen Korrespondenzen wenigstens nicht gegen Rußland, sein Adoptivvaterland, und nicht gegen den Zaren, der sein Landesherr ist. Er ist nicht bemüht, Rußland vor dem Auslande herabzusetzen, sondern sucht vielmehr seine Schwächen zu verdecken. Einen Publizisten hervorgebracht zu haben, der es zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat, das eigene Vaterland und seinen Landesherrn herabzusetzen, ist die traurige Sonderstellung, die Deutschland durch Herrn Maximilian Harden errungen hat. Das gesamte Ausland hat erst mit Schadenfreude, zuletzt mit unverhülltem Ekel den Feldzug verfolgt, den er „gegen den Kaiser" zu führen die Dreistigkeit hatte. In Anlaß eines Artikels der „Kölnischen Zeitung" vom 9. Dezember schreibt, um ein Beispiel anzuführen, darüber der „Eclair" vom 15. Dezember:

„Der entschlossene, drohende Ton der „Kölnischen Zeitung" ergänzt und verstärkt die hartnäckige Kampagne von Maximilian Harden, dieses giftigen Polemisten, der sich an die Fersen Wilhelms II. geheftet hat und seine Popularität mit verdoppelter Dreistigkeit untergräbt."

Es schließt sich hieran aus der Rede, die Harden am 2. Dezember in Hamburg hielt, ein Zitat, das sich in seinen Vorträgen in

Dresden, Frankfurt, Hannover inhaltlich wiederholt. Der „Eclair" bemerkt dazu:

„Niemals ist die Theorie einer dem Kaiser aufgedrungenen Vormundschaft mit mehr Dreistigkeit und Insolenz dargelegt worden. Das hätte nichts zu bedeuten, wenn Harden ein isolierter Pamphletist wäre. Er war es einmal, heute ist er es nicht. In den Städten, durch die er seine geifernden Worte trägt und als Zerstörer der absoluten Gewalt posiert, wird der Liberalismus ein Seelenzustand, der durch Ansteckung allgemein wird . . . Praktischer Egoismus, Undankbarkeit und die Lust, sich zu emanzipieren, halten sich in dem Ausbruche der allgemeinen Unzufriedenheit die Wage. Zunächst glaubt man sich nicht in Widerspruch zur Vaterlandsliebe zu setzen, wenn man gegen die Phantasien des Kaisers revoltiert . . ."

Die Wirkung der frechen Hardenschen Angriffe gegen unseren Kaiser, von denen wir allerdings nicht verstehen, wie sie geduldet werden konnten, ohne daß Staatsanwalt und Polizei eingriffen, ist nach außen hin zunächst die gewesen, daß die Machtstellung und das Ansehen Deutschlands in aller Welt gemindert schien. Man wußte eben nicht, daß dieser Komödiant eine überrumpelte Volksstimmung benutzte zu einer ungeheuerlichen, höchst einträglichen Reklame, von der er hoffte, daß darüber die auf ihm lastende Mißachtung in Vergessenheit geraten könnte. Es wäre noch viel über Herrn Hardens Treiben zu sagen. Die „Frankfurter Zeitung" hat noch kürzlich das unechte Komödiantentum des Mannes in Anlaß seiner Frankfurter Rede in köstlicher Weise gezeichnet, und wenn wir nicht irren, wird einmal sein Ausgang beweisen, daß die große Spekulation seines Lebens in einen Bankerott ausmünden muß. Doch nicht von ihm wollen wir reden, sondern nur unsere Stimme dagegen erheben, daß das Ausland in ihm den Wortführer der deutschen Nation erkennen will. Unser Volk ist nach wie vor königstreu durch und durch und will keineswegs einen roi fainéant, wie Herr Maximilian Harden ihn zu konstruieren sucht, sondern einen König von Fleisch und Blut mit starkem Königswillen an seiner Spitze sehen. Daß Se. Majestät mit jenem sogenannten Interview, dessen Geschichte übrigens noch nicht geschrieben ist, einen Mißgriff getan hat, läßt sich nicht bestreiten, jene Fremden verdienten das Vertrauen nicht, mit dem der Kaiser sie beehrte; aber wie oft haben wir ihm zugejubelt, wenn er Empfindungen und Hoffnungen Ausdruck gab, die den edelsten Regungen der Volksseele

entsprachen. Wer hat mehr, als er es getan hat, alle idealen Bestrebungen, jeden wissenschaftlichen und materiellen Fortschritt gefördert und belebt? Wann ist ein König je leutseliger und schlichter gewesen, als er es ist? Wem hat es das deutsche Volk zu danken, wenn es heute mit Stolz und Vertrauen auf seine Flotte blickt? Und ist es denn ein Zufall, daß in den 20 Jahren seines Regiments das Reich zu unerhörtem Wohlstande gedieh, daß unsere Städte, unsere Industrie, unser Handel zu neuem Leben aufblühten, daß vor allem jene 20 Jahre auch Jahre des Friedens waren?

Wir haben an dieser Stelle mehrfach auf die ungeheuerlichen Übertreibungen hingewiesen, die an die Veröffentlichung der unzuverlässig wiedergegebenen Unterredungen von Highcliff geknüpft worden sind. Die angeblichen Indiskretionen sind fast zum Nichts zusammengeschrumpft; die Tatsachen, um die es sich handelte, waren teils längst bekannt, teils mißdeutet worden, die Absicht war die löblichste, wenn auch, wie der Erfolg gezeigt hat, es vergebliche Mühe ist, einen Engländer davon zu überzeugen, daß Deutschland sich nicht mit der Absicht trägt, über Nacht einige hunderttausend Mann über See oder durch den Luftozean nach England zu werfen, um die Bank von England auszuplündern. Auch die französischen Nationalisten und russischen Panslavisten sind nicht durch Worte oder durch Vernunftgründe zu gewinnen. Sie wollen fürchten, nicht lieben. Damit haben wir zu rechnen, und gewiß gehen wir am sichersten, wenn wir entschlossen unsere Interessen verfolgen, unbekümmert um das Gerede rechts oder links. Der lächerliche Größenwahn, in dem französische und andere ausländische Organe sich herausnehmen auf Deutschland herabzublicken, als wäre es ein geminderter Machtfaktor, hat keinerlei innere Berechtigung und könnte zu den erstaunlichsten Überraschungen führen. Aber die Voraussetzung von alledem ist, daß die Schatten fallen, die sich zwischen Volk und König gedrängt haben.

Wir stehen an der Schwelle der Weihnachten. Im Kaiserhause wie in jedem Hause unseres herrlichen Deutschen Reiches soll es ein Freuden- und Friedensfest sein, ein Fest, das wir uns nicht trüben lassen, weder durch die Mißgunst jenseits der Grenzen, noch durch den hämischen Eifer derjenigen, die bemüht sind, im Lande jeden Funken des Mißverständnisses zur Flamme anzublasen. Mit Gott, für Kaiser und Reich! — das bleibt die Parole.

24. Dez. 1908. Russische Zirkulardepesche über die Balkanfrage.
Protest Bulgariens über die Haltung der Türkei.
25. Dez. Rede Iswolskis über die auswärtige Lage in der Duma.
Tätlicher Angriff auf den Präsidenten Fallières, Attentat auf den Schah.
26. Dez. Der Schah verspricht, die Verfassung wiederherzustellen.
28. Dez. Erdbeben in Messina.

31. Dezember 1908.

Das alte Jahr nimmt einen wenig erfreulichen Abschluß. Es geht ein Gefühl der Unsicherheit durch die Welt, und die offiziellen Beruhigungsreden, die uns aus dem Munde der leitenden Staatsmänner aller Staaten Europas entgegenklingen, ändern daran nichts. Geht man den Gründen dieser Erscheinung nach, so wird sie sich auf die eine Tatsache zurückführen lassen, daß die seit Jahr und Tag verfolgte Politik Englands, eine Isolierung Deutschlands herbeizuführen, nicht aufgegeben ist, sondern mit allen Mitteln einer unbedenklichen Diplomatie fortgesetzt wird. Der Entente mit Frankreich folgte die Anreihung der „smaller nations" an England, danach die Revaler Vereinbarungen und im Zusammenhang damit das Bestreben, Italien vom Dreibunde abzulenken, endlich die Schwenkung, die, unter Benutzung des Staatsstreiches der Jungtürken, aus dem bisherigen Beförderer aller auf Zersetzung des osmanischen Reiches gerichteten Anschläge plötzlich den besten Freund der Türkei machte, um auch dort Deutschland eine Stellung strittig zu machen, die es durch jahrelange Bemühungen um Hebung der islamischen Welt errungen hatte. Es ist schwer, sich der Vorstellung zu entziehen, daß als Ziel dieser Politik ein Kontinentalkrieg in Sicht genommen ist, der dem geplanten Ansturme gegen die Seemacht Deutschlands parallel gehen soll. Wir haben während des ganzen Verlaufs dieses Jahres immer wieder auf Stimmen hinweisen müssen, die mehr oder minder deutlich diesem Endziele dienten. Um das Treiben zu rechtfertigen, wurden die angeblichen Angriffspläne Deutschlands auf England erfunden, an die kein Mensch in Europa glaubt, mit

denen aber in England gearbeitet wird wie mit einer Realität, während jene systematische Feindseligkeit der englischen Politik gegen Deutschland ein positiver Faktor der großen Politik geworden ist, mit der jeder Staatsmann Europas und der außereuropäischen Welt rechnet wie mit einer Tatsache, über deren Wirklichkeit nicht weiter diskutiert wird. Das ist in kurzen Worten die Quintessenz der gegenwärtigen Weltlage, und wir möchten den sehen, der uns das bestreiten kann, wenn er nicht aus Beruf oder Interesse die Tatsachen verdunkeln will. Mit dieser Lage haben wir zu rechnen, und wenn je, ist es heute Pflicht, daß die deutsche Nation einmütig und geschlossen, jeder Gefahr und jedes Opfers gewärtig, zusammensteht. Nicht durch Worte, sondern durch Taten ist es zu erweisen, und vor allem durch Annahme und Ausführung der Reichsfinanzreform die Basis für eine Leistungsfähigkeit zu sichern, die früher, als unsere Optimisten für glaubhaft halten, durch die Macht der Verhältnisse in Anspruch genommen werden könnte. Das alles ist nichts Neues, aber sicherlich ist es notwendig, daß wir uns in dieser Hinsicht das Gewissen schärfen. In den Lebensfragen des Staates verlieren Parteiinteressen ihre Berechtigung.

Der brutale Angriff auf den Präsidenten der französischen Republik hat allgemeine Entrüstung erregt. Roheiten dieses Schlages müßten, wie die gewaltsamen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, mit körperlicher Züchtigung bestraft werden, nicht mit einer Freiheitsstrafe, die von Leuten, wie jener stellenlose Kellner Jean Mattis einer ist, eher als eine Zeit der Verpflegung auf Staatskosten denn als Strafe empfunden wird. Aber gewiß trägt das maßlose Hetzen der Nationalisten gegen alles, was nicht zu ihrer Fahne schwört, wesentlich dazu bei, solche Roheiten großzuziehen. Präsident Fallières ist eine Persönlichkeit, die niemandem Übles getan hat. Was an ihm gehaßt wird, ist das System eines Ministeriums, das, nach französischem Maßstabe gemessen, schon viel zu lange am Ruder ist, während der Ehrgeiz anderer, nicht zur herrschenden Partei gehörender Elemente unbefriedigt beiseite stehen muß. Denn die Stellen am Staatsruder werden vielleicht nirgends mit größerer Zähigkeit in einem parlamentarischen Staate behauptet und umstritten, als in Frankreich. Bis

in die kleinsten Provinzialstädte hinein hängt die Existenz der großen und kleinen Beamten davon ab, daß kein Wechsel in der Parteikomposition des Ministeriums stattfindet. Man kann Varianten in der Zusammensetzung des Personals eines Ministeriums hinnehmen, wenn nur die Gesamtrichtung sich behauptet, und in dieser Hinsicht hat Herr Clemenceau, dessen Geschicklichkeit wir je länger je mehr bewundern, sich mehrfach zu Zugeständnissen an unbefriedigten Ehrgeiz bereit gefunden. Aber gefährliche Konkurrenten weiß er sich vom Leibe zu halten, und seinen Block hält er mit fester Hand zusammen. Übrigens erkennen wir mit Befriedigung an, daß die französische Marokkopolitik etwas von ihrem intransigenten Charakter verloren hat. Es scheint jetzt ernstlich an die Räumung des Schaujagebietes gedacht zu werden, und von weiterer Unterstützung des Exsultans Abdul Asis ist keine Rede mehr. Unerläßlich ist aber eines: daß Mulay Hafid nicht in eine unhaltbare pekuniäre Lage gezwängt wird, die ihn nötigt, das mit geordneten Verhältnissen nicht vereinbare System der gewaltsamen Steuererhebung durch systematische Raubzüge aufrechtzuerhalten. Es muß ein Weg gefunden werden, ihm die Abtragung der Penetrationsschulden möglich zu machen, ohne daß er sein Volk ausraubt, und ihm zugleich Einnahmen zu sichern, die das Regieren überhaupt möglich machen. Das ist das Problem, das gelöst werden muß.

Die Fehde, die in Anlaß der flüchtigen oder meuternden Fremdenlegionäre in den letzten Wochen durch unsere und die französische Presse gegangen ist, hat politisch nicht das geringste Interesse. Es ist eine innere französische Angelegenheit, um die es sich dabei handelt, und darein zu reden, haben wir weder ein Recht noch die geringste Neigung. Aber historisch und psychologisch ist das Institut der Fremdenlegion allerdings von hohem Interesse.

Die Fremdenlegion wurde durch ein Gesetz vom 9. März 1831 begründet, und durch die königliche Instruktion vom 10. März desselben Jahres wurden die Bedingungen kundgegeben, unter denen die Fremdenlegionäre zu rekrutieren waren, so wie die Ordnungen, an die sie sich zu halten hatten. Die Instruktionen vom 20. Februar 1901 und vom 15. September 1905 haben dann einige Modifikationen gebracht, so daß die heute geltenden Bestimmungen folgendermaßen lauten. Die Fremdenregimenter nehmen auf: 1. Fremde aller Nationalität, die in den französischen Militärdienst einzutreten wünschen. 2. Französische

Militärs, die nicht mehr dienstpflichtig sind und, obgleich sie den Voraussetzungen nicht genügen, um sich neu zu verpflichten (pour se rengager), dennoch in die Reihen der Armee wieder einzutreten wünschen. 3. In Frankreich, Algier und Tunis werden die Anwerbungen vom Militärunterintendanten entgegengenommen oder, falls keiner am Platze ist, vom Kolonialkommissar oder entweder von dessen Vertreter oder von dem gesetzlichen Vertreter des Militärunterintendanten. In dem „acte d'engagement pour la légion étrangère" vom 20. Februar 1902 wird unter anderem verlangt, daß der Fremdenlegionär ein Sittenzeugnis beizubringen habe; aber, sagt eine dazu gehörige Anmerkung: „Ist der Angeworbene ein Fremder, so ist, falls er keinen Ausweis hat, nach seiner Angabe Tag und Ort der Geburt zu verzeichnen". Ursprünglich war die so gebildete Truppe nur zum Kampf in Algier bestimmt, später hat man sie auch in Mexiko, Tunis, Tongking verwendet. Im Feldzuge 1870 1871 kämpfte sie gegen Deutschland, doch wurden die Legionäre deutscher Herkunft in Algier zurückbehalten, und die so geminderte Truppe bewährte sich nicht. Im Jahre 1871 halfen sie die Kommune unterdrücken. Die Dienstzeit dauert 5 Jahre, aber die Verpflichtung kann erneuert werden. Heute zählt die Fremdenlegion 2 Regimenter zu 6 Bataillonen mit je 4 Kompagnien und 2 Depotkompagnien. Während es früher nur Infanteristen waren, gibt es jetzt auch einige Fremden-Eskadrons und eine Fremden-Artilleriebatterie. Diese Fremdenlegion ist unzweifelhaft von großer militärischer Tüchtigkeit, sie hat in Mexiko und Algier eine bewunderungswürdige Tapferkeit gezeigt, und die Franzosen sagen, nächst den „tirailleurs algériens" sei es die einzige Truppe, die noch einen Begriff von der alten französischen Armee gebe. Das mag äußerlich wohl zutreffen. Sie sind allerdings Berufssoldaten, aber Berufssoldaten minderer Ehre, dazu mit Ausnahme natürlich der ausgezeichneten, aus der französischen Armee hin versetzten Offiziere, die einzigen, für die es kein Avancement gibt, Leute, die niemand nach ihrer Vergangenheit fragt, Abenteurer, gescheiterte Existenzen, Verbrecher, die nichts zu verlieren, aber auch nichts zu gewinnen haben, außer vielleicht der inneren Läuterung, die stete Todesgefahr und ein hartes Schicksal auch verstockten Naturen bringen können. Man verwendet diese Truppe stets an den meist exponierten Stellen und fragt wenig nach ihren Verlusten; auch haben ihre Invaliden und ihre Hinterbliebenen keinerlei Anspruch auf Entschädigung.

Eine interessante Charakteristik dieser Fremdenlegionäre gibt die Revue „Patria", ein illustriertes Blatt, das besonders für Offizierskreise bestimmt ist, in der Nummer vom 1. Juni 1906. Es mag daraus der folgende Abschnitt hervorgehoben werden:

„In dieser sonderbaren Gemeinschaft, in die der Mensch gleichsam maskiert eintritt, ohne Identitätspapiere, ohne Nationalität, ohne daß ihn ein Auszug aus den ihn betreffenden Kriminalakten begleitet, findet man ein Gemisch von Gut und Böse, das sich nicht definieren läßt, aus dem sich aber eine eiserne Energie, ein instinktiver Zug nach Abenteuern, eine erstaunliche Kraft der Initiative und die höchste Todesverachtung ergibt..... Diese Legionäre kommen aus aller Herren Länder; es sind „outlow", die die Schranken einer gesellschaftlichen Ordnung übersprungen haben, in der sie sich nicht wohl fühlten; viele von ihnen haben mit Familie und Vaterland gebrochen: Desertion nach einem Vergehen, und bei den Deutschen Verdruß über schlechte Behandlung! Zahlreich sind ehemalige französische Offiziere vertreten, Opfer eines schlechten Abschieds oder freiwilligen Austritts aus der Armee, die nun als Gemeine eine Laufbahn aufnehmen, deren untere Grade bereits hinter ihnen lagen."

Nun wollen wir nicht bestreiten, daß der Besitz einer solchen Truppe für Frankreich vorteilhaft gewesen ist. Aber stolz auf sie sein kann Frankreich gewiß nicht, und wenn am 27. April 1906 der Fahne der Fremdenlegion der Orden der Ehrenlegion verliehen wurde, so wird damit doch die Tatsache nicht verdeckt, daß jeder einzelne Fremdenlegionär diese Auszeichnung nicht erringen kann. Es sind die einzigen Soldaten Frankreichs, aber auch — von den indischen Truppen Englands abgesehen — die einzigen Soldaten der Welt, denen kein militärisches Verdienst, keine Aufopferung und kein Heldentum das Recht erwirbt, sich ihren Kameraden in der Armee gleichzustellen. Deshalb wird auch keine Armee der Welt Frankreich um diese Truppe beneiden. Sie hat viele tapfere, aber auch viele unmenschliche Taten getan, und wer ihr angehört, hat kein Vaterland. Wenn nach unseren gesetzlichen Bestimmungen Deutsche, die ihr angehören, trotz allem Deutsche bleiben, und das gleiche gewiß auch von den Fremdenlegionären englischer Herkunft gilt, so genießen sie unseren Schutz doch nicht, solange sie in der Legion stehen, und wenn sie in die Heimat zurückkehren, haben diejenigen, auf denen eine gesetzlich zu fassende Schuld ruht, erst ihre Sühne zu

leisten, ehe sie wieder als Vollbürger in unserer Mitte stehen können. Über die Deserteure von Casablanca wird das Haager Schiedsgericht entscheiden. Was das Schicksal der letzten Deserteure sein wird, läßt sich voraussehen: sie verfallen der Strenge der Kriegsartikel. Man mag den einzelnen bedauern, dareinreden können wir nicht. Wohl aber stehen wir nicht an, das ganze Institut als ein unsittliches zu bezeichnen.

Die große politische Rede des russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Iswolski, hat zwar wenig Neues gebracht, aber doch einige Tatsachen offiziell bestätigt, die wichtig genug sind, um registriert zu werden. Als erstes notieren wir die Erklärung, daß England und Rußland nicht nur in der zentralasiatischen Politik, sondern auch in der Balkanfrage Hand in Hand gehen, und daß die Allianz mit Frankreich alle Fragen der Weltpolitik umfaßt. Es knüpft sich daran die Erklärung, daß die russische Politik keine Spitze gegen Deutschland habe, sondern daß im Gegenteil die althergebrachten freundschaftlichen Beziehungen erhalten werden müßten, und daß zwischen Rußland und England keine offenen oder geheimen Verträge existierten, die gegen die deutschen Interessen gerichtet wären. Nun folgt die Erklärung, daß die (sehr stark unterstrichene) Annäherung an Italien auf der Basis der Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel erfolgt sei, und endlich die wichtige Mitteilung, daß neben den allbekannten Abkommen von 1877 und 1878, die Österreich-Ungarn das Recht gaben, Bosnien und die Herzegowina zu okkupieren und zu verwalten, noch eine Reihe anderer diplomatischer Abkommen beständen, von denen einige die Freiheit der russischen Handlungen beschränkten. Dieser letzte Satz gibt uns ein Novum. Ein zweites Novum ist die offizielle Erklärung, daß Rußland den Zusammenschluß von Serbien, Montenegro und Bulgarien untereinander und mit der Türkei zum Ziel seiner Politik gemacht habe. Schließlich heben wir noch aus den eingehenden Ausführungen über die Verhandlungen, welche die Konferenzfrage betrafen und die aus dem russischen Zirkular zur Genüge bekannt sind, hervor, daß Rußland auf der Konferenz Vergünstigungen für Serbien und Montenegro erwirken will. Im übrigen hat Herr v. Iswolski mehrfach und nachdrücklich die Friedensliebe und das Ruhebedürfnis Rußlands hervorgehoben.

Wir haben die Rede mehrfach in ihrem vollen Wortlaute gelesen und können trotz der friedlichen Tendenz, die wir soeben betont haben,

nicht sagen, daß sie einen sehr beruhigenden Eindruck macht. Vor allem halten wir die Hauptsache, was als Ziel der russischen Politik bezeichnet wird, für unausführbar. Es ist niemals möglich gewesen, die drei slavischen Hauptstaaten des Balkans, Montenegro, Serbien und Bulgarien zu einer gemeinsamen Politik zusammenzuschließen; mit der Türkei aber haben sie ein Ganzes nur so lange gebildet, als sie einen Teil der Rahja darstellten. Denken wir uns den Balkanbund so konstruiert, so würde diese Eintagsfliege den nächsten Morgen nicht erleben. Diese Vettern sind stets Rivalen gewesen, und wenn sie sich einmal gegen einen gemeinsamen Feind zusammenschließen und siegen sollten, so würde der Streit um die Beute sofort angehen. Es kann aber fraglich erscheinen, ob dieser gemeinsame Feind nicht viel eher die Türkei als Österreich sein würde. Daß Bulgarien sich in eine antiösterreichische Politik hineinziehen läßt, kann als ausgeschlossen gelten, und ebensowenig erscheint es uns glaubhaft, daß der Streit der slavischen Stämme um Mazedonien nun plötzlich aufhören sollte. Endlich berührt die Iswolskische Rede mit keinem Worte die sehr schwierigen konfessionellen Fragen, die eben jetzt durch den Protest des ökumenischen Patriarchen gegen Verletzung der Privilegien und Rechte der griechischen Kirche durch die Türkei wieder lebendig zu werden scheinen.

Was aber die Konferenz betrifft, so ist unter keinen Umständen daran zu denken, daß alle Bestimmungen des Berliner Traktats einer Durchsicht unterworfen werden. Sir Thomas Barkley hat in einem Interview, das die „N. Fr. Pr." wiedergibt, sich darüber sehr unumwunden ausgesprochen, und gewiß kennt er seine Leute. Auf die Bemerkung, daß Rußland, auf sein gutes Verhältnis zu England bauend, gewisse europäische Hoffnungen auf der Orientkonferenz zu verwirklichen glaubte, entgegnete er: „Solche Hoffnungen mögen in Rußland bestehen, aber ebenso sicher ist, daß England zur Aufwerfung der Meerengenfrage auf der Konferenz niemals seine Zustimmung geben wird." Wie aber will England anderen Mächten verwehren, gewisse Fragen von der Konferenz auszuschließen, wenn es selbst das Beispiel dazu gibt? Ebensowenig faßbar erscheint uns die Hoffnung des russischen Ministers, Vergünstigungen für Serbien und Montenegro zu erwirken. Denn auf wessen Kosten sollte das geschehen? Der Sandschak Nowy-Bazar, an den man früher hätte denken können, ist heute im Vollbesitze der Türkei, die gewiß nicht geneigt sein wird, auch nur

einen Fuß breit davon abzugeben. So bliebe nur Österreich, das ebenso wenig opferwillig sein dürfte, zumal es sich sagen muß, daß jedes Zugeständnis nach dieser Richtung nur zu weiteren Forderungen führen kann. Kurz, das alles ist wenig greifbar und verträgt um so weniger eine Analyse, als zugleich der status quo auf der Balkanhalbinsel gewahrt bleiben soll. Wir hätten noch mancherlei zu bemerken: das Übergehen der Frage von Batum und der mit der Konferenzfrage in Zusammenhang stehenden griechischen Probleme. Aber gewiß hat der Minister vieles nicht sagen wollen und vieles nicht sagen können. Es bleibt daher nur der Schluß, daß das orientalische Problem und damit die Weltlage heute genau so dunkel geblieben ist, wie vor der Iswolskischen Rede.

Der Sturz des Präsidenten Castro ist wohl die natürliche Folge seiner Entfernung vom Sitze seiner Macht. Die Wirkung aus der Ferne war nicht stark und nachhaltig genug. Er hätte den Berliner Professor Israel nach Caracas kommen lassen müssen — und seine Mittel erlaubten ihm das — wenn er die Herrscherstellung behaupten wollte. Daß man ihn haßte, mußte er wissen. Jetzt scheint ihn alles verlassen zu haben, und seit die Vereinigten Staaten von Amerika das Regiment des Vizepräsidenten Gomez anerkannt haben, kann Castros Sturz als endgültig betrachtet werden. Ob damit die Schwierigkeiten mit Holland Erledigung finden werden, steht noch nicht fest, ist aber nicht unwahrscheinlich, und ebenso läßt sich wohl auf Beilegung der französisch-venezolanischen Differenzen rechnen.

In England steigert sich die Sorge um Indien. Lord Minto, dessen persönlicher Mut über allem Zweifel feststeht, ist doch genötigt, zu den außerordentlichsten Vorsichtsmaßregeln zu greifen, um seines Lebens einigermaßen sicher zu sein. Aber neben der nicht sehr zahlreichen Gruppe der Anarchisten wirkt vor allem die Presse, die, aus den Reihen der Gebildeten hervorgehend, jetzt in alle Kreise der Bevölkerung eindringt und deren Tendenz sich in das Schlagwort „los von England" zusammenfassen läßt. Trotz der drakonischen Strenge der neuen Preßgesetze — man erinnere sich, welche Entrüstung ähnliche Maßregeln in England hervorriefen, als Rußland sie gegen die russischen Revolutionäre anwendete! — dauert das Übel fort, und es ist keine Aussicht, daß es besser damit wird, auch nicht, daß die wachsende Boykottbewegung abnimmt. Es sind hier elementare Gegensätze im Gange, deren England nicht anders als mit Aufwendung seiner vollen Energie und mit Ein-

setzung großer Machtmittel Herr werden kann. Auch richtet die allgemeine Aufmerksamkeit sich immer mehr dieser indischen Frage zu. In dieser Hinsicht ist ein Buch des Russen Gralew: „Skizze der Aufstände der Grenzstämme Indiens während der letzten zehn Jahre", Petersburg 1909, von großem Interesse. „Wir wollen (sagt der Verfasser in seiner Vorrede) keineswegs jedes Ereignis im Leben unserer Nachbarn zu aggressiven Zwecken ausnutzen. Wenn für England Schwierigkeiten in Indien oder Afghanistan entstehen, so darf das uns durchaus nicht auf die Bahnen eines leichtfertigen Chauvinismus führen. Wohl aber müssen wir stets, unabhängig von allen zeitweiligen Verständigungen, scharfen Blickes alles verfolgen, was in den angrenzenden Ländern geschieht — wenn wir uns nicht von den Ereignissen überraschen lassen wollen." „Es wäre falsch (sagt er im ersten Kapitel) zu glauben, daß wir ignorieren dürfen, was an den Grenzen Indiens geschieht, da doch diese Dinge noch vor kurzem unsere öffentliche Meinung in so hohem Grade aufregten. Ist doch eine Reihe von Generationen bei uns in der Vorstellung erwachsen und erzogen worden, daß unsere Aufgaben in Mittelasien von ganz außergewöhnlicher Bedeutung seien. Sogar der Weg nach Konstantinopel — dieser von den Vätern überkommene Traum des russischen Volkes — führte nach der Meinung vieler nicht über Wien, wie man früher dachte, sondern durch unsere turkestanischen Grenzmarken."

Nun sind ja gerade jene zentralasiatischen Schwierigkeiten zwischen Rußland und England heute zum Stehen gebracht worden, aber wer mag annehmen, daß sie damit aus der Welt geschafft seien? Und andererseits, wie läßt sich darauf rechnen, daß die chronischen Aufstände jener Bergvölker nicht wiederkehren sollten, wenn der Boden, auf dem die Herrschaft Englands in Indien ruht, zu schwanken beginnt? Herr von Iswolski hat von den sehr ernsten Prüfungen gesprochen, die das russisch-englische Abkommen in den persischen Angelegenheiten bestanden habe. Sehen wir richtig, so stehen die wirklich ernsten Prüfungen erst bevor. Persien ist noch sehr weit davon entfernt, sich normalen Zuständen zu nähern, und über kurz oder lang wird ein Einschreiten der Russen in Aderbeidjan sich nicht mehr umgehen lassen. Dann folgt das Einschreiten Englands in die Einflußsphäre, die es sich zugesprochen hat, und damit beginnt eine neue Phase der persischen Frage, deren Charakter von dem jetzigen sehr wesentlich verschieden sein muß.

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abdul Aziz 4. 186. 205. 218. 228. 230. 231. 295. 327. 403.
— Absetzung 26. 32. 190.
— und Besold. marokk. Garnisonen 65.
— und Frankreich 54. 99. 232.
— und franz. Politik 191.
— und Interpellation Jaurès 59.
— und Islam 190.
— und Mar Chika 75.
— Millionenanleihe 26.
— und Mulay Hafid 227. 246.
— Niederlage 133. 307.
— und Rabat 33.
— Rückkehr nach Fez 65.
— Thronstreit 130.
Abdul Hamid, siehe Türkei, Sultan.
Abd-el-Malek 230.
Aberdeen 243.
Abessinien, Grenzstreit 250.
— — Somala-Gebiet 22.
— und Italien, Grenzvertrag 190.
— Negus u. Italiener 22.
Abruzzen, Herzog der 52.
Aderbeidjan 409.
Adrianopel 308.
Afghanistan 178. 185. 186. 196. 222. 263.
— Dost Mohamed 191.
— und England 167. 409.
— engl. Konflikt 178.
— und Indien 168.
— panislamit. Bewegung 197.
— russisch-engl. Abkommen 168.
— Truppen in Indien 162.
— Mohmands 167.
— Vertrag mit Rußland 61.
Afridis, Bewegung 167.
— Exped. 99.
Afrika, Kolonien 52.
Afrika, Kolonien und Kronprinz von Portugal 52.
— mohammedanische Selbständigkeit311.
— Nordafrika 26. 300.
— panislamitische Bewegung 197.
— portugiesischer Besitzstand 52.
— Südafrika 187. 389.
— — Afrikanderpartei 116.
— — Buren 256. 263.
— — — Militärmacht 338.
— — „Daily Telegraph" 336.
— — und Deutschland 336.
— — und England 285. 292. 347.
— — Freiwilligenkorps 285.
— — und gelbe Rasse 305.
— — Jameson raid 336.
— — Koalition 338.
— — Krieg 142.
— — Weiße und Inder 17.
— Südwestafrika 286.
— — Aufstand 2.
— — Holländer und Engländer 188.
— — Simon Kopper 114.
Ägäisches Meer 301.
„Agence Havas" 34. 189. 259.
„Agenzia Stefani" 155. 156.
Agra 27.
Agram 397.
Ägypten 2. 167. 326.
— absolut. engl. Regiment 20.
— autonome Verwaltung 60.
— Drummond Wolff, Konvention 18.
— und England 18. 20. 312. 329.
— engl. Fremdherrschaft 146.
— und engl. Okkupation 20.
— — Aufhebg. 18.
— englisch-französisches Abkommen 194. 195.
— Finanzen d. Partei 19.
— Finanzkontrolle 20.
— Finanzwesen 20.

Ägypten, moderne Geschichte 328.
— Konstituierung 19.
— und Marokko 60.
— Muselmänner 285.
— nationale Bewegung 256.
— Nationalkongreß 19.
— Nationalpartei 19. 28. 60. 300.
— und Sudan 28.
— — Rückgabe 60.
— Verfassung 300. 363.
— Verhältnisse 100.
Ahmed-ben-Said und Abd-el-Malek 231.
v. Aehrenthal 56. 79. 312.
— und Bülow in Wien 123.
— Exposé 55.
— Mürzsteger Vertrag 73.
— Politik 80.
— und russische Presse 77.
— und Türkei 328.
Aidin, Eisenbahn nach Smyrna 79.
Aitken, Benj. 27.
Akimow, Präs. d. russ. Reichsrats 36.
Aland-Inseln 70. 223.
Albaner und Jungtürken 281.
Albanische Küsten 70.
Albert, Prinzgemahl, Engl. Korrespondenz 97.
Alberti, dän. Justizminister 307.
Alcorta, Präs. v. Argentinien 84.
Aleppo, Bagdadbahn 210.
Alexander, Fürst v. Bulgarien 372.
Alexander d. Gr. 6.
Alexander I. von Rußland 78.
— Verfassung 279.
Alexander II. von Rußland 78. 202. 309.
— und Deutschland 77.
— Ermordung 49.
— und Franz Josef 309.
— und Italien 77.
— türkischer Krieg 267.
— Verfassung 279.
Alexander III. von Rußland 49. 89. 310.
— und Tolstoi 271.
Alexander von Serbien 49.
Alexis, Präsident v. Haiti 382.
Alfons XIII. von Spanien 49.
— Attentat 66.
Algeciras 33.
— Akte 26. 43. 54. 59. 130. 265.
— — und Mulay Hafid 307.
— — und Spanien 34. 295.
— Bestimmungen 24.
— Konferenz 58. 191. 232. 265. 351. 352.
Algeciras, Konstantinopel und Deutschland 234.
— und Marokkopolitik 205.
— militärische Expeditionen 33.
— Pichons Programm 60.
— spanische Regierung 33.
— Vereinbarungen 48.
— — und Frankreich 65.
— Verträge 4. 196.
Algier 4. 58. 231.
— und Frankreich 33. 100. 115.
— Fremdenlegion 404.
— Naturalisierung der Bevölkerung 33.
— Wehrpflicht 34. 60.
— Truppen 26.
Alix, Oberst, und Harka von Tafilet 307.
Alkassar, Krönung Mulay Hafids 227.
Allahabad 27.
Al Mogreb al Aksa 100.
d'Amade, General 4. 11. 99. 109. 230.
— Algecirasakte 258.
— Besetzung von Azemur 250.
— Besetzung Settats 32.
— Desavouierung 258.
— Erfolge 162.
— Gefecht gegen d. Mzampas 49.
— Instruktion 228.
— Kampagne 83.
— Kämpfe mit den Marokkanern 41.
— und Mulay el Amin 25.
— neuer Sieg 105.
— Oberbefehlshaber v. Casablanca 1.
— und Adm. Philibert 229.
— Politik 327.
— und Schauja 57. 227.
— Sieg bei Medrakas 95.
— Verhandlung mit Mulay Hafid 65.
Amanusberge, Bagdadbahn 210.
Amerika, Amery üb. d. deutsch-amerik. Gefahr 164.
— Armee 241.
— Auswanderer 47.
— auswärtige Politik 241.
— brasilian. Schiffsbestellung 277. 278.
— und China 365.
— chinesische Allianz 358. 367.
— Demokraten 148. 242. 296.
— Dreadnought-Typus 117.
— und England 148. 221. 286. 292.
— — Allianz und Iren 133. 134.
— — Beziehungen und L. S. Amery 163.
— — Handelskonkurrenz 39.

Amerika und England, Intervention in Cuba 160.
— — Politik 39. 40.
— — Schiedsvertrag 133. 134. 148.
— Expansionspolitik 29.
— Filippinos und Homerule 242.
— Flotte 29. 30. 163. 204. 241.
— — in Argentinien 1.
— — und brasilianische Häfen 29.
— — im Großen Ozean 121.
— — in Jokohama 317.
— Geschäftsträger in Venezuela 228.
— Geschwader im Pacific 67.
— — und Weltfrieden 67.
— und Japan 16. 38. 47.
— — brasilianische Schlachtschiffe 261.
— — Differenzen 28.
— — Einwanderung 368.
— — Fischereischiff-Beschlagnahme 141.
— — Krieg mit J. 38. 39.
— — — und England 40.
— — — und Kanada 243.
— — und Mandschurei 47.
— — Vertrag 367. 368.
— Johnson, Präs.-Kand. 148.
— Kardinäle 296.
— Kongreß 241.
— Kuba 241.
— und Lancashire 39.
— und Mandschurei 38. 141.
— — Eisenbahnfrage 38.
— — Handel 38.
— Panamakanal 241.
— pazifische Kolonien 368.
— Philippinen 241.
— — Verteidigungsanstalten 29.
— Philipinos 30.
— und Polen 179. 180.
— polnische Zeitungen 179.
— Portorico 241.
— — Bürgerverband 241.
— Präsidentschaftswahlen 134. 148. 149. 342.
— Presse 16. 47. 148.
— Reichtum 240. 241.
— Schlachtschiffe 152. 260.
— und Spanien 30.
— und spanischer Krieg 30.
— Todesstrafe für Mord 50.
— Verein. Staaten 8.
— — und Arizona 242.
— — und England 294.
— — und engl.-japan. Allianz 204.
— — und Frankreich 57.
— — Handelskonkurrenz 389.
— — und Japan 262. 367.
Amerika, Verein. Staaten und Japan, Garantie-Vertrag 367.
— — und Indien 144. 330.
— — und Krüger 345.
— — Negerstaat 122.
— — und Neumexiko 242.
— — „Platform" 239 ff.
— — Präsidentschaft 162. 349.
— — Protest gegen Rußland und Japan 156. 157.
— — Schlachtschiffe 261.
— — und spanische Inselgruppen 30.
— — Taft und Roosevelt 198.
— — Tafts Wahl 334.
— — und Vatikan 296.
— — Verschiffung von Gütern 145.
— — Wahlkampagne 68.
Amery, L. S., engl. Militärschriftsteller 163.
Amhara-Abessinier und äthiop. Beweg. 28.
Amritsar 347.
Amurgebiet und Rußland 37.
Anam, Beweg. geg. Frankreich 247.
— und französische Regierung 246.
Anarchisten und Asylrecht 149.
Andler, Professor 175.
Ando, jap. General 7.
Anrep, v., russ. Abgeordn. 237. 366.
Antivari, Eisenbahn 73.
Arabien, Aufstandsbewegung 20. 348.
— und Islam 169.
Ardahan 385.
Argentinien, Amerikan. Schlachtflotte 1.
— Attentat auf Alcorta 84.
Arizona und Ver. Staaten 242.
„Armanda" in Callao 67.
— in den Philippinen 67.
— in Valparaiso 67.
Armenien und Kurden 168.
— Unruhen 72. 310.
Armenier 289.
Arnim, Fall 325.
Asien, Mittelasien, russ. und engl. Politik 219.
— Mobilisierung 72.
— mohammedan. Selbständigkeiten 310.
— Nordasien, Unruhen 250.
— Ostasien, Engländer 347.
— — englische Flotte 55.
— — Zukunft 364.
— und Rußland 201.
— Verwicklungen 26.
Asquith, Schatzkanzler 93. 130. 136. 143. 293.

Asquith, Kabinett 142.
— und Morley 142.
— und öffentliche Meinung Engl. 256.
— Rede in Guildhall 383.
— — über Marine 39.
— und Sozialisten 284.
— Trennung von Kirche und Schule 375.
— Verhandlungen in Reval 222.
Assam, Erregung 144.
Athen, deutscher Einfluß 70.
— Eisenbahn nach Berlin 56.
Attila 6.
Australien 122.
— amerikan. Flotte 112.
— Deakin, Präs. 17. 112. 187.
— — Sturz 347.
— und Deutschland 165.
— Einwanderungsliga 165.
— und England 17. 187.
— und engl. Inder 17.
— Eindringen von Asiaten 17.
— und gelbe Rasse 305.
— und Japan 165.
— Kriegsmarine 7.
— Seemacht 113.
— Strongs Urteil 165.
— weiße Rasse 17.
Azoren, portugiesische Häfen 52.
Azzemmur, Besetzung 250. 258. 259.

B.

Bachtiaren 9.
Badajos, Berichte aus 52.
Baden-Powell, Oberstltn. 188.
Bagdadbahn 70. 77. 302.
Bagschah, Befestigung 219.
Balfour, Lord 99. 143.
Bal Gangbadar Tilak 284.
Balkan 304. 356. 359.
— Bund 360. 387. 407.
— Komitee 386.
— Deutschlands Übergewicht 70.
— Eisenbahnen 73. 178. 211.
— Frage 401.
— Konferenz 325.
— Lehranstalten 360.
— und Österreich-Ungarn 310.
— und Rußland 149. 150. 310.
Ballin und Lloyd George 62.
„Baltische Bürgerkunde" 92.
Barakatullah, indischer Patriot 134.
St. Barbara, Artikel geg. d. engl. Admiralität 164.
Barcelona, Anarchismus und Terrorismus 66.
Bardoux, Jaques 26. 268. 269. 318.
Barkley, Sir Thomas 407.
Basenach, Luftschifferbataillon 251.
Basra, Bagdadbahn 210.
Basutos 286.
Batum 394. 408.
— Freihafen 385.
Beaconsfield und Österreich 311. 322.
Bebel 114—118.
Beck, öst. Minist. 343.
Beduinen und Türken bei Muba 350.
Befmann, Generalgouv. v. Finnl. 65.
Belgien und England 292.
— Kapital in Rußland 35.
— Kolonialbudget 394.
Belgien und Kongostaat 15. 55. 350.
— Kongovorlage 49.
Belgrad, Entfestigung 369.
Bell, Hugh 294.
Beludschistan 196.
Benares 27.
Bender Abbas 196.
Bengalen 168. 390.
— Bombenattentat 186.
— Erregung 144. 167.
Beni-Snassen 4. 15. 65.
Bérard, Victor 117.
Berber und Juden 25.
— und Muselmänner 25.
Beresford, Admiral 251.
Berlin, Abgesandte Mulay Hafids 171.
— Bahn nach Athen 56.
— Demonstration 44.
— Interparlamentar. Kongreß 307.
— Iswolski 325.
— Leyds 338.
— Orientexpreß 56.
— schwedisches Königspaar 200.
— „Verein zur Beförderg. d. Stud. russ. Kultur" 158.
— Wahlrechtstumulte 41.
Berliner Kongreß 75. 77. 150. 310. 320 ff.
„Berliner Tageblatt" 344. 375.
Berliner Traktat 407.
Berliner Vertrag 72. 372. 383. 385.
— und England 326.
— und türkische Reformen 310.
Bermudas, ind. Auswand. 18.
Berteaux, frz. Kammermitgl. 105.

Bessarabien 309.
Bessier, v., Major 251.
Bialystocker Kreis 78.
Biarritz 95.
Bienerth, Ministerium 374.
Biredjik, Bagdadbahn 210.
Bismarck, Fürst 116. 224. 255. 315. 320.
— und Berliner Kongreß 322.
— Brief d. Königin Victoria 97.
— Krieg 1875 48.
— Bosnien und Herzegowina 315.
— und Rußland 309.
— und San Stephano 315.
Blennerhassett, Sir Rowland 195.
Böhmen, Deutsche 381.
— und Deutschland 302.
— Wladimorow als Kommissär 150.
Bombay 347. 390.
— Handel mit Japan 177.
Bompard, Botschafter in Petersburg 35.
— und Deutschland 216.
— Rücktritt 35.
Bonnal, General 202.
Borodino 230.
Bosnien 309. 315. 319.
— Annexion 307. 363. 406.
— deutsche Vorposten 77. 78.
— Gärung 309.
— und habsburgische Monarchie 312.
— und Herzegowina 372.
— herzegow.-bosn. Frage 385.
— Muselmänner 398.
— Nastics in Serbien 212.
— Okkupation 360.
— Souveränität 394.
— und Türkei 45.
Bosnisch-Brod 396.
— Meuterei 381.
Botha, General 135. 136. 263.
Bousquet, franz. Anarchist 294.
Braminen und Prozeß von Tilak 277.
Brasilien, anarchistische Bewegung 50.
— Franco 53.
— und Japan, Schiffe 261.
— Schiffe 260. 278.
Braunschweig, Erbfolge 2.
„Bremen" (Kreuzer) 123.
Bridgeman, Admiral 251. 252.
Brisson, frz. Kammerpräs. 105.
Bryan, amerik. Präs.-Kand. 296.
— und Johnson 148.
Bryan und Johnson, Akkord 162.
— Konkurrenten 162.
— Nominierung 260.
Bryce, engl. Botschafter 187.
Buchlau, Iswolski in 320.
Bu-Chta-Bagdedis 181. 230. 231.
Bu-Denib 191.
— Treffen 188.
Bugulu — Tel-Helife, Bahn 210.
Bu Hamara 246.
Bulgarien 303. 312. 406.
— Banden 10. 55. 155. 269. 387.
— Denkschrift 312. 371.
— — und Balkankomitee 283.
— Dynastie 45.
— und England 155. 267. 268.
— Geheimbericht 258. 267. 289.
— Großbulgarien 150.
— Kabinett Gudew 32.
— König und engl. Presse 327.
— und Mazedonien 110. 124. 267. 312. 319.
— Memorandum 268.
— und Orient-Bahn 307. 312.
— und orientalischer Krieg 258.
— und Österreich 394.
— und Ostrumelien 310.
— Politik 289.
— Proklam. als Zartum 307.
— Räuberwesen 266.
— und Reform Mazedoniens 123.
— russ. Generalstabsakademiker 154.
— und Rußland 90.
— und Serben 150.
— slavischer Block 70.
— Sobranje 239.
— Staatsstreich 395.
— und Thrakien 124.
— und Türkei 45. 267. 319. 325. 327. 341. 350. 356. 401.
— türk.-bulg. Verhandlung 326. 334. 359.
— türk. Oberhoheit 385.
— Unabhängigkeit und Pforte 307.
— Unabhängigkeitserklärung 360.
Bülow, Fürst 356. 370.
— Abschiedsgesuch 334. 335.
— und Aehrenthal 123.
— und Frankreich 196.
— bei Kaiser Franz Joseph 123.
— in Norderney 239.
— und Papst 152.
— Rede im Reichstag 383.
— Reden 345.

Bülow und Sidney Whitman 317.
— und Tittoni 142.
— und Viktor Emanuel 142.
Bunsen, v., Ernst 340.
Buren s. a. Afrika 391.
— Ausgleich mit England 339.
— und Deutschland 336.
— Kämpfe 142.
— Krieg 116.
Busch, Moritz 97.
Buxton, Noel 267. 371. 386. 387.
Byles 188.
Bystander, A. 243. 244.

C.

Calchas, Mitarb. d. „Fortnightly Review" 127.
Calcutta, antiengl. Verschwörg. 162.
Callao, „Armanda" 67.
Cambon, Jules, franz. Botsch. 265.
— Casablancaaffäre 357.
— in London 213.
Cambridge, Rede Haldanes 367.
Campbell Bannermann 39. 40. 47. 130. 133. 136. 142. 143. 225.
Cardinal 108.
Carnot, Ermordung 49.
Casablanca 4. 11. 25. 58. 83. 129. 343. 357. 359. 383.
— Bombardement 33. 83.
— Deserteure 343. 406.
— franz. Exped.-Truppen 219.
— Franzosen und Deutsche 307.
— Gemetzel 65.
— Kämpfe 75. 231.
— Landungstruppen 229.
— Oberbefehlshaber 1.
— Tirailleure 181.
— Verlustlisten 114.
de Castellane, Graf 218.
de Castro, port. Min. 50. 51.
Castro, Expräs. v. Venezuela 382. 394.
— Sturz 408.
Cavite, Hafen v. Manila 29.
— Landungskorps 30.
Cavour 372.
Cawnpore 27.
Cetinje, russ. Offiziere 371.
Chamberlain, Joe 380. 389.
— imperialist. Politik 23.
— und Presse 195.
— südafrik. Kolonie 263.
— und Tarifreform 23.
Charbin und Chailar, Munizipalreform 157.
Chatard, Bischof v. Indianapolis 305.
Chavagues, René de 332.
Chéradame 91.
Chicago, Taft 228.
— Verbrecherasyle 50.
China, amerik.-chin. Allianz 358. 367.
— und Amerika 365.
— Eisenbahnen 7.
— und Frankreich 227.
— Gewässer und Japan 6.
— Gouverneure 8.
— und Japan 29. 47. 84. 95. 102. 141. 158. 190. 365.
— — und Mandschurei 47.
— und jap. Dampfer Tatsu Maru 103. 122.
— Integrität 194.
— Juan Schikai 358.
— Kaiser und Kaiserin 350. 358. 364. 365.
— Kwantogrenze 141.
— mandschur. Gebiet 157.
— — Südmandschurei 37.
— — Verbindungsbahn 37.
— Nordbahn 7.
— polit. Gesellschaften 9.
— Preßgesetze 8.
— Provinzial-Landtage 8.
— Pu-Yi 364.
— Reformbewegung 8.
— und Rußland 37. 306.
— Schulunterricht 9.
— und Sibirien 305. 306.
— und Spassky Coppermine in London 305.
— Staatsrat 8.
— Telegraphenlinien 7.
— Thronwechsel 369.
— und Transvaal 27.
— Tschung, Prinz 359.
— Türken 260.
— Unabhängigkeit 368.
— Verfassung 1. 8. 369.
Chomjakow, Dumapräsid. 341. 350.
Christiania, Besuch Fallières 288.
— englische Kanalflotte 228.
— englisches Königspaar 162.
Churchill, Winston 47. 284.
„Civil Military Gazette" 185.
Clemenceau 109. 129. 172. 173. 195. 294. 327. 403.
— anglophile Politik 60.
— und Combes 105.
— und Eduard VII. 98. 307.
— in England 201.

Clemenceau, Jaurès' Interpell. 60.
— und Iswolski 307.
— Kabinett, Niederlage 266.
— Kabinett und Presse 326.
— Konferenz in Biarritz 95.
— in London 166.
— Marokkopolitik 344.
— und Marse 201.
— Ministerium 65. 265. 357.
— Reformen 172.
— und sozial.-anarch. Revol. 328.
— und Tardieu 200.
— Vertrauensvotum 105.
Cobden 318.
Combes 105.
„Connecticut", amerikan. Schiff 30.
Conrad, Josef 223.
Constans 105. 265.
„Contemporary Review" 27. 28.
„Courrier européen" 9. 29. 174.
Cox, Edm. C. 389.
Cranborne, Staatssekretär 159.
Cromer, Lord 20. 285. 328.
Croß, türk. Admiral 375.
Cuba 160.
Cunningham Graham 109.
Curzon, Lord 61. 76. 197. 257.
Cypern 310. 395.
— Englands Stellung 385.
— und Pforte 310.
Cyrill, Slavenapostel 22.

D.

„Daily Chronicle" 16. 79.
„Daily Expreß" 22. 23.
„Daily Graphic" 58. 263.
„Daily Mail" 23. 80. 251.
„Daily Mirror" 23.
„Daily Record and Mail" 23.
„Daily Telegraph" 334. 335. 338. 340. 341. 344. 345. 346. 350. 353. 356. 358.
Dakota 162.
Dalai Lama 334.
Dalny — Kwanschengtze, Eisenbahn 7. 38.
Dänemark und Deutschland 2.
— und England 292.
Danzig 219. 304.
Dardanellen u. Vertragsmächte 322.
Delarey 263.
Delcassé 54. 195. 205. 221. 327. 340. 357.
— und alliance franco-russe 35. 58.
Delcassé, Botschafter in Petersburg 35.
— und die Buren 337.
— und England 57.
— englisch-franz. Abkommen 57. 201. 202.
— Karikaturen 54.
— und König Eduard 246.
— und Marokko 43. 57. 98. 231.
— und Murawiew in Paris 338.
— „pénétration pacifique" 26. 195. 344.
— Revancheidee 202.
— und russische Kreise 35. 125.
— Sturz 58. 196.
— Verschwörerpolitik 196.
Delhi 390.
„Dépêche Algérienne" 34.
Dernburg, Staatssekr. in Keetmanshoop 270.
— in London 187.
— Südwestafrika 188.
Deschanel, Paul 228.
Deutschland 48. 233. 234.
— in Afrika 345.
— und Ägypten 2.
— Algeciras und Rede Bebels 114.
— Amery über die deutsch-amerikan. Gefahr 164.
— Armee 304. 375. 376.
— — und Flotte 202.
— und Athen 70.
— und Australien 165.
— auswärtiges Amt 341. 346.
— auswärt. Interessen 2.
— Bagdadbahn 80. 210. 312.
— Balkanbahnen 80.
— und Balkanhalbinsel 70.
— Bischöfe geg. d. Modernism. 41.
— und Böhmen 302.
— Bündnisse 301. 302.
— und Buren 336. 339.
— Casablanca-Affäre 343.
— Daily-Telegraph-Artikel 336.
— und Dänemark 2.
— Diplomatie 48.
— Dreibund 77.
— Einfluß v. Bosporus bis Indien 329.
— Einigung unter Preußen 88.
— und England 1. 5. 8. 55. 115. 126—128. 166. 209. 219. 253. 350. 379. 389. 401.
— — Jangtseabkommen 367.
— — Rivalität 268.
— — Transvaal 337.
— — Verständigung 69.
— und engl.-franz. Abkommen 352.
— und englisch-jap. Angriff 204.
— engl. Journalisten 5.

Deutschland, engl. Preßkampagne 367.
— Erfolg in Konstantinopel 69.
— — in Wien 69.
— feindl. Ausschreitg. in Prag 317
— feindliche Koalitionen 1.
— Finanzlage 44.
— Flotte 8. 55. 69. 76. 127. 202. 293. 304. 376.
— — und England 69. 76.
— Flottenplan 67.
— Flottenverein 32. 44. 219.
— und Frankreich 3. 48. 220. 221. 248. 265. 266. 378.
— — Beziehungen 172.
— — Kamerun und frz. Congo 152.
— — und Marokko 193. 194.
— — Presse 2.
— — und Rußland 209.
— und franz.-engl.-russ. Entente 203.
— franz. Schiedsvertrag 359.
— Fürsten und Kaiser Wilhelm in Schönbrunn 171.
— Geheimvertrag 1877 310.
— und Haager Kongreß 2.
— und Haiti, Handelsvertrag 288.
— Haltung 307. 308.
— — in Transvaal 337.
— Handel 220.
— Handelsinteressen 341.
— Handelsmarine 220.
— Hardenprozeß 2.
— Hedschasbahn 312.
— und Holland 302.
— japan. Probleme 47.
— und Indien 70.
— Industrie u. brit. Kapital 220.
— Interpellation Jaurès 59.
— Intriguen geg. Österr.-Ung. 75.
— — geg. Rußland 75.
— — geg. Türkei 75.
— und Iren 135.
— und Islam 210.
— Isolierung 216. 279. 401.
— Italien u. Tripolis 156.
— und Jungtürken 283.
— d. Kaiser u. Industrie 220.
— Kaiserpaar in Stockholm 288.
— und Kleinasien 70. 79.
— Kolonialverwaltung 2.
— Konferenz von Algeciras 58.
— Konflikte 48.
— und Konstantinopel 72. 216.
— Krieg, engl.-deutsch. 293.
— Kriegsmacht 48.
— Kriegsmarine 251.
Deutschland, Kronprinz bei Zeppelin 343.
— und Krüger 337.
— Lage 128.
— — im fernen Osten 156.
— Luftschiffahrt 3.
— Luftschiffersport 251.
— Madrider Vertrag 196.
— Manufakturen 220.
— Marine 268.
— Marinebudget Englands 95.
— und Marokko 2. 110. 193.
— Marokkofrage u. franz. Politik 114.
— mazedonische Frage 234.
— und Mesopotamien 283.
— militärische Stellung 202.
— Militärlenkballon 250.
— und Mittelmeer 70.
— Modernismus 41.
— Monarchist. u. Klerikale 48.
— und Mulay Hafid 307.
— und Niederlande 345.
— und „Nowoje Wremja" 68.
— ökonom. Paralyse 304.
— Optantenkinder 2.
— und Orient 44.
— und Österreich 301. 333. 383.
— österreichische Allianz 91. 312.
— Ostseevertrag u. Rußland 36.
— und Palästina 283.
— panslavist. Agitation in Rußland 44.
— Parlament u. Königshaus 354.
— parlamentarisches System 42.
— und Persien 2.
— und persisch-türkische Streitigkeiten 72.
— und Pichon 60.
— und Polen 86. 87. 207. 248.
— — in Posen 86.
— polnische Frage 87.
— und Portugal, Handelsvertrag 367.
— Presse 216.
— — und Kaiser 353.
— — und Königshaus 354.
— — über Marokko 193. 194.
— Reichsfinanzreform 402.
— und Roosevelt 342.
— und Rumänien 70.
— Russen gegen Polen 69.
— russ.-engl. Antagonism. 69.
— und russisch-englische Entente 70.
— und russ.-franz.-engl. Vereinigg. 216.
— und russ.-jap. Krieg 69.
— und russ.-türk. Krieg 68.
— und russ. Presse 77.
— und Rußland 44. 73. 74. 88. 89. 215. 248. 301. 315.

Deutschland, Rußland und China 157.
— — jap. Krieg 73.
— — Krimkrieg 73.
— — oriental. Krieg 73.
— — polnische Aufstände 73.
— — türk. Krieg 77.
— — Verständigung 77.
— und Schwarze-Meer-Küste 70.
— und Schweden 216.
— und Serbien 356.
— und Slaven 207. 314. 324.
— soziale Fürsorge 40.
— Sozialisten u. Radikale 69.
— Spione 278.
— Stellung in Europa 216.
— Steuerobjekte 44.
— Studenten in Wien 359.
— — in Prag 343.
— Südwestafrika 188.
— Tafts Wahl 342.
— und Transvaal 336. 340.
— und Türkei 70. 299. 301. 312. 325. 362. 401.
— Unterseeboote 252.
— und Verein. Staaten 8.
— Volk u. Kaiser 346.
— völkerrechtl. Verträge 48.
— Wehrkraft 2.
— Ziele der Politik 266.
— Zwistigkeiten 44.
Deutsch-Amerikaner und Iren 135.
Deutschböhmen u. Tschechen 324.
Devon, Schutzzöllner 47.
„Diario popolar" 53.
Dinizulu 286.
Disraeli u. Schuwalow 150.
Dmowski, poln. Frage 207.
Dolgorukow, Fürst 71.
Donau, Eisenb. z. Adriat. Meer 73.
Dorpat, estnischer Katheder 46.
— lettischer Katheder 46.
— Professuren 46.
— protestant. Theologie 46.
— Universität 237.
Dost Mohamed, Afghanistan 191.
Doumer 328.
Dowling, Viktor J. 133.
Dragan Zankow 155.
Draveil 288. 294.
„Dreadnoughts" 260. 261.
Dreibund 288 214.
„Dresdner Anzeiger" 153.
Dret, franz. Anarchist 294.
Dreyfus 218.
Drude, General 4. 15. 25. 83.
— und Mahalla Mulay Rechids 25.
— Oberbefehlsh. v. Casablanca 1.
Dschask, engl. Schutzwachen 185.
Dubois 174.
Duchoborzen 272.
„Düna-Zeitung" 305.

E.

„Eastern World" 41. 103. 144.
„Eclair" 326. 398.
Eduard VII., König von England 52. 95.
— Auslandsreisen 351.
— und Clemenceau 95. 98. 307.
— und Delcassé 246.
— und Delcassés Marokkopolit. 98.
— Empfang bisch. Geistlicher 200.
— und englische Politik 353.
— entente permanente 200.
— und Fallières 98.
— und Fürst Ferdinand 267.
— und Franz Josef in Ischl 298.
— und Iswolski 307.
— Kritik 346.
— und Nikolaus II. 200. 208. 210. 219. 221.
— in Paris 57.
— in Petersburg 209. 213.
— und Pichon 95. 98.
— Politik und Grey 137.
— und Prinz Mirko v. Montenegro 101.
— Proklamation an das indische Volk 334.
— in Reval 222.
— in Rußland 197. 208. 210. 216.
— in Stockholm 162.
— und Stolypin 214.
— Thronrede 55.
— und Wilhelm II. 276. 298.
Eleonore von Reuß, Prinzessin 84.
El Guebbas 149.
Elisabeth, Kaiserin von Österreich 49.
Elisabeth, Kaiserin von Rußland 78.
El Mokri, Min. Abdul Asis' 65.
Elsaß-Lothringen 304.
— und Frankfurter Friede 31.
— Memorandum 31.
„Empire Review" 158.
England 164. 165. 166. 326.
— Aden, Okkupation 311.
— und Afghanistan 167. 409.
— — Konflikt 178.
— — Gebiet 244.
— Afrikander u. Kapkol. 135.
— — in Transvaal 135.

England und Ägypten 18. 20. 146. 165. 257. 311. 312. 329. 363.
— Allianz 52.
— — mit Frankreich 200.
— alliance franco-russe 58.
— Allianz mit Japan 40. 261.
— Altersspensionsgesetz 260.
— Altersversorg. d. Arbeiter 47.
— und Amerika 148. 221. 242. 286.
— — Allianz und Iren 133.
— — Beziehungen u. L. S. Amery 163.
— — Intervention in Cuba 160.
— — Krieg, am.-japan. 39.
— — Schiedsvertrag 133. 134. 148.
— Anarchistennester 50.
— antideutsche Pläne 206.
— Arbeitslose 347.
— Armee 165. 202. 214. 375. 376. 388.
— — Berufsarmee 200.
— — in Indien 145.
— und Asien 26.
— Asylrecht 50. 81.
— und Australien 17. 187.
— und Balkankomitee 258. 266. 283.
— Baumwollhandel 80.
— und Belgien 292.
— bengalische Verschwörung 167.
— Berliner Vertrag 326.
— brasilianische Schiffe 260. 261.
— und Bulgarien 267. 268.
— und die Buren 391.
— Chamberlainsche Fiskalpolitik 164.
— chauvinistische Strömung 67.
— China 365.
— und Cypern 385.
— — und Ägypten 311.
— und „Daily Expreß“ 23.
— und Dänemark 292.
— und Delcassé 57.
— deutsch-englische Beziehungen 350.
— und deutsche Flotte 39. 233. 318.
— deutsche Verständigung 69.
— deutschfeindliche Koalitionen 1.
— und Deutschland 5. 8. 55. 115. 126—128. 166. 253. 279. 375. 379. 389. 401.
— — und frz. Entente 350.
— — Jangtsetal-Abkommen 367.
— — Rivalität 268.
— — und spanisch-amerikanischer Krieg v. 1898 159. 160.
— Diplomatie 147. 221.
— — und Persien 120.
— „Dreadnoughts“ 39. 117.
England, Drei-Mächte-Standard 67.
— Einfluß im Stillen Ozean 47.
— — in Persien 196.
— und Emir 244.
— Engländer in Ostasien 347.
— Esquimault, Marinestation 7.
— und Europa 19.
— Fallières und Pichon 190.
— und finanz. Krisis Portugals 66.
— Flotte 8. 39. 55. 82. 165. 220. 233. 352.
— — und Atlantischer Ozean 40.
— — Budget 40.
— — — und Deutschland 95.
— — und deutsche Flotte 195.
— — und Frankreich 201. 219.
— — und der Osten 40.
— — und österreich. Schiffe 370.
— — in Portugal 53.
— — Vergrößerung 39.
— Flottenmanöver 251. 252.
— und Frankreich 18. 57. 137. 166. 202. 203. 206. 219. 233. 350. 375—377.
— — Anleihen an Rußland 332.
— französische Entente 69. 194. 351.
— — und Deutschland 202.
— französisch-englisch-russische Entente 137. 200. 203. 265.
— Freihandel 220.
— Freiwilligenkorps 285.
— Friedensgedanken 204.
— Geheimvertrag mit der Pforte 310.
— Geldherrschaft 293.
— Geld an die Türkei 325.
— Generalstreik der Eisenbahner 61.
— Gesetz gegen Explosivstoffe 257.
— und Griechenland 292.
— und Haager Konvention 338.
— Handel 220. 221. 389.
— — im Orient 70.
— Handelspolitik 293.
— Herrschaft der Meere 243.
— und Holland 292.
— Homerule 131. 285.
— und Japan 5. 39. 169. 177. 221.
— — Allianz 16. 26. 134. 168. 169. 204. 216. 262. 367.
— — und Mandschurei 47.
— — Politik 39.
— — und Vereinigte Staaten 221.
— Imperialismus 143. 287.
— Inder 18. 257.
— und Indien 29. 113. 144. 145. 146. 185. 244. 256. 257. 263. 284. 285. 329. 363. 389. 408.
— indische Truppen 405.

England, innere Politik 300. 350.
— Journalisten in Deutschland 5.
— irische Bewegung 131. 133. 134. 135.
— Irland, Homerule 131.
— und Islam 177. 193. 210.
— Isolierung Deutschlands 279.
— und Jungtürken 312. 330. 348.
— Kabinett Campbell-Bannerman 347.
— Kabinett und Lords 130.
— Kalifat in Mekka 348.
— und Kanada 147. 186. 187.
— Kanalflotte in Christiania 228.
— Kapital u. deutsche Industrie 220.
— — in Rußland 35.
— — in Sibirien 305.
— Kaufleute in Marokko 205.
— Kirche und Schule 375.
— Kolonialamt 55.
— Kolonialreich 165.
— Kolonie in Marokko 135.
— Kolonien 347.
— — und farbige Einwanderung 28.
— — und gelbe Rasse 76.
— Kommunalwahlen 346.
— und Kongo 84. 292.
— König und auswärtige Politik 352.
— Konservative 67.
— — Kabinett 347.
— Krieg 205.
— — deutsch-engl. 293.
— — deutsch-franz. 221.
— — mit dem Osten 40.
— Kriegsbudget 40.
— und Krimkrieg 309.
— Krisis der Liberalen 130.
— und Krüger 345.
— liberales Kabinett 67. 76. 93. 142.
— liberale Partei 142.
— Lizenzbill 131. 347.
— Lords 380.
— und Mahmonds 162. 197.
— und Mandschurei 38.
— maritime Übermacht 291.
— und Marokko 100. 202.
— und Mazedonien 245. 258.
— Meerengenfrage 323.
— Militia 201.
— Ministerpräsidenten 43.
— Nordpersien 264.
— und Norwegen 292.
— Oberhaus 47.
— öffentliche Meinung 23.
— — und Slaven 248.
— und der Osten 40.
— und Österreich 370.
— und Ostrumelien 372.
England, Parlament 42. 47. 61. 99. 130. 288. 394.
— Parlamentarismus 42.
— Parteien 43. 131. 132.
— und Persien 9. 168. 222. 245. 256. 348. 373.
— Persisch-Beludschistan 185.
— Politik 401.
— — in Ägypten und Indien 201.
— — und Amerika 39.
— — Österreich 311.
— — und rivalisierende Seemächte 220.
— und Portugal 52. 63. 67. 292.
— — Bündnis 52.
— — Häfen 52.
— — Kolonien 52.
— Presse 1. 47. 79. 80. 195. 293. 317. 381.
— — über Bosnien und Herzegowina 307.
— — und Deutschland 75. 290. 367.
— — und Frankreich 33.
— — und irische Frage 135.
— — und Kaiser von Österreich 327.
— — und König von Bulgarien 327.
— — und Ostseevertrag 36.
— — und Präsidentschaftswahlen in Amerika 163.
— — und russisch-türkischer Krieg 75.
— — und Rußland 79.
— Preßgesetz 257.
— Privateigentum im Seekrieg 62.
— Räumung Ägyptens 328.
— Reichtum 221.
— und Rußland 18. 77. 85. 138. 197. 209. 252. 305. 406.
— — Grenzfragen 178.
— — orientalische Frage 222.
— — pers. Konvention 119. 120.
— — Seerecht 373.
— russ. Entente 39. 69. 70. 76. 90. 168. 206. 215. 221. 383.
— — und persische Frage 254.
— und russische Flotte 318.
— und russische Politik 29.
— Schanksteuer 380.
— Schiffbau 220.
— Schiffe in Brasilien 260.
— — im Stillen Ozean 40.
— Schulbill 380.
— Schutzzoll 47.
— schwarze Untertanen 55.
— Seehandel 62.
— Seeherrschaft 67. 293.
— Seemacht 39. 202.
— und Sibirien 305.

England, Soldaten in Südafrika 165.
— soziale Fürsorge 40.
— und Spanien 67.
— Spionenriecherei 278.
— und Südafrika 188. 285. 292. 347.
— und Sudan 28. 165. 311.
— südeuropäische Allianzen 67.
— und Suezkanal 18.
— Terroristen 224.
— Trunksucht 131.
— und Türkei 18. 55. 283. 311. 325. 327. 329. 362. 387.
— Türken 370.
— türkische Sympathien 307.
— türkische Vasallenschaften 311.
— und Verein. Staaten 221. 294.
— Vergrößerung 292.
— Wählerschaft 67.
— Wahlrecht 42.
— Wehrpflicht 164. 200. 363. 373. 388.
— Weltreich, Auflösung 134.
— Weltstellung 262.
— und Wilhelm II. 69. 341.
— und Zakha Khels 143.
— Zwei-Mächte-Standard 67.
„English Patriot" 378.
Enseli, Bucht von 118.
Esbjerg in Westjütland, englische Flotte 251.
Esher, Lord 164.
Esquimault, engl. Marinestation 7.
Estland 46.
„Etendard Egyptien" 19. 28. 252. 285. 329.
Etienne und Marokko 232.
Europa und Buren 337.
— und England 19.
— und Japan 6.
— Krieg 48.
— Lage 67. 69. 209.
— paneurop. Reich 303.
— polit. Gleichgewicht 307.
— Slaven 254.
— Waren, europ., in Indien 6.
„Europe" 189.
„Evening Dispatch" 22.
„Evening Mail" 22.
„Evening News" 23.
„Expreß" 22.
Extremisten, indische Partei 27.

F.

Fa-ku-men, Eisenbahn 7.
Fallières, Präsident 213. 276. 402.
— Angriff 401.
Fallières in Christiania 288.
— und Eduard VII. 98.
— in England 190. 219.
— entente resserrée 200.
— in Kopenhagen 288.
— in Kronstadt 219.
— in London 219.
— in Reval 279.
— in Rußland 250. 270.
— Rückkehr nach Paris 200.
— in Stockholm 279. 288.
— und Wilhelm II. 358.
Farley, Erzbischof 296.
Faschoda 201. 311.
Faure, Präs. v. Frankr. 374.
Faure, Fernand, Professor 172. 174.
— über Clemenceau 172.
— Reformen 173.
Fellahs 19.
Ferdinand, Fürst von Bulgarien 45. 310.
— Trauung 84.
Ferid Pascha 301.
— Sturz 283.
Fez 25.
— Einzug Mulay Hafids 210.
— und nördliches Marokko 33.
— offizielle Aktenstücke 33.
— Proklamation des Sultans 22. 26. 33.
— Raisuli 149.
— Revolution 4.
„Figaro" 8. 54. 110. 201. 218.
Finnland, Auflös. des Landtags 133.
— General Bekmann 65.
Fitzner (Pfützschner) 354.
Fitzmaurice, Lord 393.
— und Grey 61.
— mazed. Frage und Kongostaat 92.
„Fleischers Revue" 339.
Forster, Tafts Konkurrent 162.
Formosa 262.
„Fortnightly Review" 127. 195. 338.
Fournière, Eugène 205. 206.
Franco, portug. Min. 51. 52. 66.
— Demission 50. 53.
— in Marseille 63.
Frankfurter Friede 31.
„Frankfurter Zeitung" 399.
Frankreich 361. 362.
— und Abdul Asis 65. 190. 191. 232.
— — und Mulay Hafid 99. 264.
— — Vereinbarung 26.
— Adel 42.
— Administration 205.
— Advokatur und Regierung 107.

Frankreich und Afrika 26.
— Algeciras 65.
— — Interessen und Akte 130.
— — Konferenz 58.
— und Algerien 33. 34. 100. 115. 192. 265.
— Algier und Tunis 311.
— — Wehrpflicht 312.
— d'Amades Desavouierung 258.
— Amnestien 140. 174.
— in Anam und Tonking 262.
— Anarchismus 149. 294.
— anglo-franz. Zusammenkunft und Rußland 213.
— und antideutsche Politik Englands 195.
— Antimilitarismus 140.
— Arbeiter und Regierung 307. 316.
— Armee 202. 376.
— — und Flotte 214.
— — und Sultan 25.
— Artillerie 394.
— Ausstände 5.
— auswärtige Politik 206.
— Beamten 206.
— Bevölkerungsziffer 34.
— Boulanger 107.
— und Fürst Bülow 196.
— — Casablanca 33. 307. 343.
— — Expeditionstruppen 219.
— — Räumung 1.
— und China 227.
— Confédération du travail 294.
— Courrières 358.
— Delcassé 216.
— Desertionen 140. 173.
— und Deutschland 3. 48. 172. 189. 221. 248. 265. 266. 303. 378.
— — Flotte 220.
— — Kamerun und frz. Congo 152.
— — Offiziere 127.
— — Schiedsvertrag 359.
— Dienstzeit 253.
— doppelte Politik 171.
— Dreadnought-Typus 117.
— Dreibund 137. 200. 216. 265.
— Dreyfus-Affäre 107. 218.
— und England 57. 137. 166. 202. 203. 206. 219. 233. 350. 375—377.
— — Abkommen 57. 194. 351.
— — Entente 69. 200. 326.
— — — und Deutschland 202.
— — Marokko 311.
— — Tripolis 311.
— — Vertrag 57.
— englisch-russische Entente 203.
— Finanzwesen 173.
Frankreich, Flotte 5. 233.
— Freiheit und Recht 206.
— Fremdenlegion 404.
— Grand Orient 107.
— Hinterindien 246.
— — und asiatische Bewegung 26.
— — und panasiatische Strömung 177.
— — Verschiffung von Truppen 262.
— innere u. äußere Politik 109. 174. 300.
— innere Erschütterungen 316.
— innere Zustände 5.
— Interpellation Jaurès 59.
— und Islam 167. 169. 192. 193. 210.
— Juden 3.
— Justiz 205.
— Kammer 105. 205. 206.
— Kammerdebatten 54.
— kanadischer Vertrag 244.
— Kapital in Rußland 35.
— Kasbah Mediuna, Besetzung 11.
— Katholiken 42.
— Kirche 5. 106. 107.
— Klöster 108.
— Kolonialkrieg 262.
— Kolonialreich 58.
— Konferenzprogramm 319.
— und Kongo 15.
— Krieg 48. 205.
— — mit Marokko 32.
— Kriegsschiffe vor Azemmur 264.
— — in Marokko 33.
— und Krimkrieg 309.
— Kulturinteressen 33.
— Lage 128.
— Loubet und Radikalsozialisten 374.
— Madrider Vertrag 196.
— Marineunfälle 307.
— und Marokko 4. 15. 26. 32—34. 57—59. 82. 114. 115. 139. 167. 188. 190. 191. 192. 195. 231. 246. 264. 265. 324.
— — asistische Partei 259.
— — Ergänzungskredite 129.
— — Frage 35. 54. 218.
— — Gelbbuch 359.
— — Kämpfe 84. 152.
— — Offiziere und die Mahalla 166.
— — Ordnung in Fez 130.
— — Organisation der Hafenpolizei 59.
— — Politik 43. 54. 166. 205. 228. 232. 308. 327. 403.
— — polit. Abhängigkeit 232.
— — Uled al Arami 114.
— — Unruhen 99.
— — wirtschaftliche Abhängigkeit 232.
— und Mauretanien 192.
— Meutereien 5.

Frankreich, militärische Kraft 252.
— Ministerium 11. 43.
— Ministerpräsidenten 42.
— Mönchsorden 107.
— Mordprozeß Steinheil 374.
— und Mulay Hafid 65.
— — und Abdul Asis 232.
— — in Fez 218.
— Nation 43.
— Naum Pascha, Botschafter 307.
— öffentliche Meinung 326.
— Orientpolitik 129. 246.
— und Österreich 370.
— — Marokko 348.
— Panamaskandal 107.
— Panik von 1875 48.
— Panik von 1905 48.
— Pariser Presse 326.
— Parlament 205. 206.
— Parlamentarismus 42.
— Pazifikationspolitik 135.
— Pazifisten 302.
— Politik 43.
— — und engl. Unterstützung 205.
— — in Marokko 227.
— — Österreich 311.
— — und Settat 33.
— polit. Entrechtung des Adels 42.
— polit. Vormundschaft 206.
— polit. Wandlungen 252.
— Polizei in Tanger und Raisuli 149.
— Post- und Telegraphenbeamte 174.
— Presse 1. 230. 248. 381.
— — in Deutschland 290.
— — und Marokko 24. 139. 227.
— — und Ostseevertrag 36.
— — und preuß. Wahlrecht 42.
— — und Reval 288.
— — u. Wahlrechtstumulte in Berlin 41.
— Privateigentum im Seekrieg 62.
— Radikalsozialisten 42. 174.
— — Ministerium und Reformen 173.
— — Politik 173. 174.
— — Regime 5. 108. 109.
— Religions- und Rassenkrieg 33.
— Reserve und Landwehr 57. 253.
— u. Rivalität Spaniens in Marokko 34.
— und Rußland 85. 137. 138. 209.
— russ. Allianz 35. 194. 195.
— — und Delcassé 58.
— — und England 221.
— — und Orientpolitik 90.
— und Sahara 192.
— und Savoyen 31.
— Schulpflicht 173.
— Seeleute 5.
Frankreich, Senat 57.
— Soldaten 173.
— Sorbonne 175.
— Sozialisten und Fallières 250.
— spanische Note 307.
— span. und franz. Tirailleure 181.
— span.-franz. Vertrag 195.
— Streitkräfte in Marokko 109.
— Studenten 175.
— Territorialarmee 253.
— Terrorismus der Publizistik 3.
— theoret. und prakt. Politik 83.
— Truppen 229.
— Tunis 33. 115. 192.
— und Türkei 309. 370.
— — Kapital 246.
— und Venezuela 408.
— und Vereinigte Staaten, Schiedsvertrag 57.
— Wahlsystem 357.
— Wehrpflicht 60. 173.
— Weinbauern 5. 294.
— Zola 217. 218.
Franz Ferdinand, österr. Thronfolger 45.
— und Aehrenthal 123.
— und Bülow 123.
— morganatische Ehe 45.
Franz I., Kaiser 355.
Franz Josef, Kaiser 45. 171.
— und Alexander II. 309.
— und Bülow 123.
— und Eduard VII. in Ischl 298.
— und englische Presse 327.
— Jubiläum 45. 367. 381.
— — Wilhelm II. in Schönbrunn 343.
Fraser, Andrew, Gouv. v. Bengalen 347.
„The free Hindustan" 330.
Freycinet, ägypt. Frage 19. 328.
Friedrich der Große 314. 354. 355.
Friedrich Wilhelm I. 216. 354.
Friedrich Wilhelm III. 354.

G.

„Gaelic American" 38—40. 82. 134. 148. 284. 285. 388. 389.
„Gaelic League" in Irland 134.
Galizien, Kammer 198.
— Statthalter 142.
Gambetta 107.
Gapon, Demonstration 43.
Garvin, Red. d. Observer 127.

Gatschina — Zarskoje, Eisenbahn 13.
„Gaulois“ 54. 175.
„Gazette“ 22.
Gazik in Persien 196.
Gedanke, der russische (Monatsschrift) 84.
Georgewitch, serb. Min. 360.
— Balkanbund 362.
Gervais, Abg., Interpellation 190.
Giolitti 381. 383.
Gladstone 143.
Glasow, Stadt im Gouv. Wjätka 14.
„Golos Moskwy“ 14. 71. 94. 102. 112. 120. 125. 138. 181. 209. 226. 348. 371. 396.
v. der Goltz, General 117. 376.
Golubew, Vizepräs. d. Reichsrats 37.
Gomez, Präs. v. Venezuela 394.
Gomez, Präs. von Kuba 350.
Gonski, Rede 180.
Gorjäinow, Dir. d. Petersb. Geh. Staatsarchivs 150. 320. 321. 372.
— „Bosporus und Dardanellen“ 78. 116.
— Rußland und Deutschland im Berliner Kongreß 320.
Gorski 248. 249.
Gortschakow, Fürst 257. 372.
— und Berliner Kongreß 322.
Graham, L. 291.
Gralew 409.
Granville 188.
„Grenzboten“ 63.
Grey, Ed. 128. 137. 142. 198. 291. 293. 301. 326. 347. 363. 383.
— England und Deutschland 279.
— Frankreich, Abkommen 352.
— und Iswolski 322.
— und Kongostaat 92.
— und Marine 39.
— und Mazedonien 92. 117.
— Pläne und russ. Reformgedanken 155.
— Politik 351. 352.
— Privateigentum im Seekrieg 62.
— Rede in Scarborough 359.
— und Rußland 277.
— und türk. Sympath. Englands 307.
— Verhandlungen in Reval 222.
— Verträge mit Rußland 61.
— Wahl 143.
Griechenland, Banden 10. 55. 155. 290. 387.
— und England 292.
— und Kreta 307.
— und Mazedonien 110. 123.
Griechenland, Radikale 268.
— türk. Krieg 310.
— türk. Oberhoheit 385.
— Verbindungslinie Wien-Athen 56.
Griffelhues, franz. Anarchist 294.
Groß, Major 251.
Guayana, Britisch-, und indische Auswanderer 18.
Gustav, König von Schweden 32.
Gutschkow 182. 225. 332.
— und Duma 225.
— und die Großfürsten 225.
— und Militärdienst der Juden 181.

H.

Haag und England 338.
— Kongreß 2.
— Schiedsgericht 406.
— — Schlußakte 62.
— — üb. d. Seekrieg 62.
Habibullah Khan 168. 178.
— und Afghanistan 197.
— europäische Bräuche 186.
Hadi Pascha und Jungtürken 260.
Haiti 122. 382.
— Handelsvertrag mit Deutschl. 288.
— Unruhen 105.
Haldane, Armeereform 200.
— und Baden-Powell 188.
— in Cambridge 367.
— und Eduard VII. 351.
— und engl.-deutsche Verständigung 69.
— Reform 202.
Hall, H. C., Min. 136.
Hamm, Grubenkatastrophe 357.
Hangö 223.
Hanoi, Massenvergiftung 277.
Hanotaux, Gabriel 48. 386.
Harcourt, Sir William 143. 257.
Harden, Maximilian 344. 345. 398.
— Prozeß 2. 41.
Hardinge, Staatssekr. 198.
Harka von Tafilet und Oberst Alix 307.
Harmsworth, A. C. W. (Lord Northcliffe) 23.
Hartwig, russ. Gesandter 373.
Hasenkampf, General 94.
Hawai 30. 368.
Hayashi, Graf, Minister 140.
— und Kwantogrenze 141.
— und die mandschurische Frage 141.
— und Pekinger Regierung 158.
Hedschasbahn u. Bagdadbahn 210.
Heinrich der Seefahrer 52.
„L'Hellénisme“ 290.

Helmskeerk, Ministerium 57.
Hepburn, A. P. 134.
Herat 196.
Hervès 328.
Herzegowina 309. 315. 319. 385.
— Annektierung 307. 363. 406.
— deutsche Vorposten in Öst.-Ung. 77. 78.
— Gärung 309.
— und habsburg. Monarchie 312.
— Okkupation 360.
— Souveränität 394.
— und Türkei 45.
„Het Volk" 286.
Heyducki, Henryk 180.
Higgins, James, Gouv. v. Rhode Island 133.
Highcliffe, Wilhelm II. 5. 31.
„Highfeld Herald" 286.
Hilmi Pascha 117.
Hindostan 168.
— panasiatische Strömung 177.
Hindus 6. 186. 390.
— in New York 144.
— Presse 347.
— Unruhen 277.
Hinterindien 277.
Hintze Ribeiro, port. Ministerpräs. 50. 51.
Hislam, P. A. 232. 233. 268. 269.
Hlebowicki 253.
Holland 252.
— und Deutschland 302.
— und England 292.
— Helmskeerk Ministerium 57.
— und Venezuela 279. 382. 408.
Homais 108.
Honduras, ind. Auswanderer 18.
Hongkong, Waffenschmuggel 103.
Hoerschelmann, Generalgouverneur v. Moskau 94.
Horton-Smith, H. 291.
Hribar 253.
Hsin-mintun, Eisenbahn 7.
Hue, Truppen von Frankreich 263.
Hugh Gothrie 186.
Hughes, Gouv. von New York 133.
— und Iren 133.
— republikan. Kandidat 68.
— und Taft 163.
Humbert, König von Italien 49.
Hunkiar Skelessi, Vertrag 308.

J.

Jamaika und ind. Auswanderer 18.
— Flüchtlinge aus Port au Prince 123.
„St. James Gazette" 22.
Jameson, Ministerpräs. d. Kaplandes 49. 116. 136.
— Demission 49.
— südafrik. Kolonie 263.
Jameson Raid 336. 340.
Jangtseabkommen 367.
Japan 216. 391.
— und Amerika 16. 38.
— — brasil. Schlachtschiffe 260. 261. 278.
— — Differenzen 28.
— — Flotte 103.
— — Krieg 38. 39.
— — — und England 40.
— — — und Kanada 243.
— — Vertrag 367. 368.
— Armee und Marine 104.
— Asien für die Asiaten 60.
— und asiat. Festland 29.
— Aufgaben in Indien 28.
— und Australien 165.
— Auswanderungspolitik 47.
— und China 29. 47. 102. 112. 141. 157. 158. 365.
— — Differenzen 84.
— — Eisenbahnen 7.
— — Gewässer 6.
— — Grenzstreitigkeiten 190.
— — Ultimatum 95.
— und Deutschland 47.
— Dreadnoughts 117.
— Einwanderung 146. 368.
— und England 5. 39. 177. 221.
— — Allianz 16. 39. 134. 147. 169. 216. 261. 262. 367.
— — — und Ver. Staaten 204.
— — und Flotte 40.
— — Handelskonkurrenz 39.
— — Pekuniäre Abhängigkeit 39.
— — Politik 39.
— Erziehungssystem 146.
— und Europa 6.
— — Handel 204.
— Finanzwesen 262.
— Flotte 6. 30. 82. 103. 262.
— Gerichte 38.
— Hayashis Rede 140.
— Handel 6. 38. 177.
— — und Industrie 39. 146.
— und Indien 6. 330.
— — und engl. Bündnis 168.
— Kabinett 250.
— „Kaju Maru" 141.
— und Korea 6. 28. 29. 47.
— korean. Insurgenten 190.
— — Politik 204.

Japan, Kriegführung 146. 147.
— Kriegspolitik 103.
— und Mandschurei 7. 38. 47.
— Politik 204.
— — Südmandschurei 37.
— — — Bahn 38.
— Offene Tür 47.
— Ost- und Südasien 262.
— Pamphlete 246.
— und Pazif. Ozean 6.
— und Philippinen 16.
— Presse 41.
— Realpolitik 29.
— Reichstag 141.
— Rückschritte 47.
— und Rußland 37.
— — Krieg mit R. 35. 57. 69. 71.
— Rüstungen 112.
— Sachalin 142.
— Sajonji, Ministerium 262.
— Schiffe in Vancouver 135.
— Steuerdruck 262.
— und Südsee 6.
— „Tatsu Maru"-Affäre 103. 122.
— und Ver. Staaten 262.
— — Garantievertrag 367.
— Wahlen 141.
— Wesselitzki 157.
Japic de Villiers 136.
Jasnaja Poljana 275.
Jaurès, Interpellation 59.
— Marokkopolitik 54.
„Jean de Metz" 252. 253.
Jekaterinoslaw 14.
Jerusalem, italien. Post 156.
Jezd 196.
Jezero 380.
Ignatjew, Graf 236. 360.
— Geheimvertrag 1877 310.
Illinois, schwed. Element 162.
Imperial Maritime League 291.
„Independent Review" 294.
Inder, Schutz Japans 6.
„The Indian Sociologist" 197.
Indien 70. 145. 222. 363. 389. 391.
— und Afghanistan 168.
— afghan. Truppen 162.
— Armee 391.
— Aufklärung 145.
— Aufruhr 197.
— Bombenattentat 224.
— brit. Herrschaft 256.
— Bürgerkrieg 145.
— Central India Agency 27.
— und Deutschland 70.
Indien, Eingeborenenstaaten 27.
— Eisenbahn 277.
— Emir und Lord Minto 186.
— und England 144. 146. 185. 244. 257. 263. 284. 285. 329. 389. 408.
— — Revolte 113.
— Englisch-J. 300.
— engl.-jap. Bündnis 168.
— engl. Regiment 29.
— europ. Waren 6.
— — Boykott 113.
— Gärung 197. 347.
— in Gefahr 390.
— Hindus 244.
— Hungersnot 27. 145.
— und Japan 6. 330.
— John Morley 134.
— — und Barakatullah 134.
— Lage 145.
— Mahmonds 162.
— Mißernten 145. 146.
— Mohammedaner 244.
— nat. Bewegung 18.
— Nationalkongreß 390.
— Nordwestprovinzen 27.
— panislamit. Bewegung 197.
— und Philadelphia 144.
— politische Agitation 27.
— Presse 408.
— Proklamation König Eduards 334.
— Revolution 144. 145. 257.
— Sepoyaufstand 144.
— Tilak 263.
— und Transvaal 27.
— Unruhen 244. 256. 263. 279. 392.
— Unzufriedenheit 390.
— und Vereinigte Staaten 144. 330.
— Verhältnisse 100.
Innsbruck, Studentenunruhen 181.
Johnson, Eric 352.
— Gouv. v. Minnesota, 148. 162.
— und Bryan 148.
— — Akkord 162.
Jokohama, amerikan. Flotte 317.
Younghusbands, Tibetexpedition 230.
„Journal des Débats" 26. 37. 69. 71. 82. 83. 108. 128. 129. 192. 201. 217. 258. 268. 294. 375.
Jowa, schwed. Element 162.
Iren 133.
— und Deutsch-Amerikaner 135.
— und Deutschland 135.
— Kongreß, amerik. 305.
Irland 389.
— „Gaelic League" 134.

Irland, Gärung 256.
— Homerule 131.
— Unabhängigk. 388.
Isch l, Eduard VII. und Franz Josef 298.
Islam 55. 186. 196. 282. 300. 308. 309. 359. 371. 386.
— und christliche Kultur 115.
— und Deutschland 211.
— und England 169. 210.
— Fanatismus 59.
— und Frankreich 210.
— Hedschasbahn 312.
— und Jungtürken 310.
— kriegerische Erregung 169.
— Kultur 211.
— und Marokko 59.
Island 127.
Ispahan 196.
Iswolski 9. 90. 101. 110. 111. 118. 152. 291. 320. 342. 366. 373. 383. 409.
— Abkommen mit England 85.
— Angriffe 319.
— in Berlin 325.
— Buchlau 320.
— und Clemenceau 307.
— und Dardanellen 311.
— Dumarede 401.
— und Eduard VII. 307.
— und engl.-russ. Beziehungen 198.
— und Grey 322.
— und König der Hellenen 317.
— Mission 348.
— oriental. Frage 152. 153. 330. 331.
— in Paris 317.
— politische Reise 330. 357.
— Reformgedanken 152.
— Rückkehr n. Petersburg 325.
— und russ.-engl. Entente 70.
— und Türkei 320.
— in Wien 76.
Italien u. Abessinien 22.
— — Grenzstreit 250.
— — Grenzvertrag 190.
— und alb. Küsten 70.
— anarchist. Bewegung 50.
— Asylrecht 50.
— Deutschland und Tripolis 156.
— Dreibund 381. 401.
— Flotte 370.
— Flottendemonstration 155. 156.
— Kabinett Fortis 397.
— Kabinett Tittoni 397.
— Orientpolitik 156.
— gegen Österreich 79. 383.
— Presse 75. 381.
Italien, Riedel 179.
— Studenten in Wien 359.
— und Türkei 156. 397.
— Unterrichtsminister 75.
Ito, Marquis 194.
— Abweisung in Petersburg 194.
Juan Schikai 358.
Iwanow, General 94.

K.

Kairo, ägypt. Nationalpartei 19.
— konstit. Versammlg. 19.
— Universität 394.
— Verfassungskundgebungen 359.
— Zentralklub 19.
Kalahari 286.
Kalkutta 143. 347. 390. 392.
— Bombenfabrikation 186.
— Erregung 144.
— Islam 169.
— Tilak 263.
Kamel Pascha 19. 21. 28. 64.
— Nachfolger 363.
Kamerun deutsch-franz. Grenze 152.
— und Franz. Kongo 279.
Kanada 243.
— und amerik.-jap. Krieg 243.
— Dependenz 199.
— Dreihundertjahrfeier 187.
— Duchoborzen 272.
— und England 147. 186. 187.
— franz. Vertrag 244.
— und jap. Einwanderung 146.
— „Imperial Federation" 199.
— Judge Longley 186.
— Laurier, Wilfried 146.
— Loyalismus 187.
— Parlament 146.
— Prinz v. Wales 199.
— Selbständigkeitsbedürfnis 347.
„Kanadian Nation" 347.
„Kansas", amerik. Schiff 30.
Kanton, japanfeindl. Kundgeb. 114.
— jap. Kriegsschiff 103.
Kapland, Jameson, Ministerpräs. 49.
— Merriman, Ministerpräs. 49.
Karageorgiewitsch 45.
Karatschai 185.
Karl, König von Portugal 52.
— engl. Politik 63.
— Ermordung 49. 50.
Karol, König v. Rumänien 45.
Kars 385.
Kars-Erzerum 169.
Karthago 252.

Karzow 245. 246.
— Memoiren 309.
Kasbah Medinna 1. 4.
— Besetzung 15.
— Einnahme 25.
— franz. Truppen 11.
Kaswin—Hamandan, Eisenb. 118. 119.
Katharina II. u. Duchoborzen 272.
Katkow 236.
Katsura, Marquis 262.
Katt 354.
Kaufmann, russ. Min. d. Volksaufklärung 36.
— Oberhofmeister 36.
— Verabschiedung 36.
Kautasien, panislamit. Beweg. 197.
— Räubereien d. Kurden 168.
— Rußland 208.
Kaukasus 303.
— Revolution 237.
— russische Truppen 72.
Keetmanshoop, Dernburg 270.
Kehler, v., Hauptmann 250.
Keir Hardie 391.
Keltische Sprache 134.
Kertsch—Jenikale, Eröffnung d. Kanals 343.
„Kesari" 26. 284.
Kheirollah, Abdol Hossein 9.
v. Kiderlen-Wächter 10.
— und Casablanca-Affäre 357.
Kientao 102.
Kiew 223.
— Missionskongreß 305.
King, A. J., u. Sidebotham 352.
Kitchener, Militärkraft Indiens 167.
— Organisation 143.
Kleinasien, Bahn 79.
— und Deutschland 70. 79.
— jungtürk. Bewegung 270.
— und Österreich-Ungarn 79.
— und Pforte 310.
— und Rußland 70.
Klofatsch, österr. Abgeordneter 396.
Knjäsew, Gouv. v. Kurland 331.
Knudsen, Gunnar 114.
Kobe, Handelskammer 6. 28.
„Kobe Herald" 6.
Kobson, Sir William 393.
Kokowzew, russ. Finanzmin. 175. 215.
„Kölnische Zeitung" 398.
Kongo, franz., deutsch-französische Grenze 152.
— und Kamerun 279.
Kongostaat 55. 92. 93.
— Annexion 55.
Kongostaat und Belgien 49. 55. 350.
— und England 292.
— Frage 15.
— Verwaltung 84.
Königsberg 304.
Konstantinopel 10.
— Botschafterkonferenz 372.
— Exarchat u. Patriarchat 360.
— ital. Postanstalt 156.
— pers.-türk. Streitigkeiten 72.
— v. Marschall 325.
— russ. Botschaft 10.
Kopenhagen, Fallières 288.
Kopper, Simon, Südwestafrika 114.
Korea 102. 262.
— und Japan 6. 28. 29. 47. 190. 204.
— Kwantogrenze 141.
Koser, Direktor der Staatsarchive 355.
Kosinski, Dekan, Odessa 14.
Kramarsz, Panslavist 91. 207. 212. 213. 253.
— und Polen 213.
— Slavenkongreß 207.
— und Stolypin 213.
— und Zar 213.
Kreta, Frage 310.
— und Griechenland 307.
„Kreuzzeitung" 7. 133. 193. 258. 263. 281. 317. 334.
Krimkrieg 309.
— und Rußland 309.
Kronberg, Eduard VII. u. Wilhelm II. 298.
Kronstadt, Fallières 219.
Krüdner-Struve 71.
Krüger Paul, Präs. 337. 345.
— Depesche 116.
— und Königin Viktoria 116.
Kuba, Gomez, Präsident 350.
— und Pius X. 296.
Kurden und Armenier 168.
— und Kaukasien 168.
— und Persien 169. 178.
— und Türkei 168. 169.
Kuropatkin, General 44. 398.
Kuschk 339.
Kuzzowalachen 110.
Kwanshengze—Dalny, Eisenb. 7.
Kwanto, Mine u. China 141.

L.

Lahore 144. 390.
Lancashire u. Amerika 39.
— Baumwolle 39.
Lansdowne u. engl. Politik 147.

Landsdowne und Grey 137.
— und Japan 147.
— — Allianzvertrag 261.
Lateiner, Anarchismus 49.
Laudon bei Kunersdorf 78.
Laur, Francis 31.
Laurier, Wilfried 82. 135. 146.
Lausanne, russ. Revolutionäre 43.
Law 174.
Leipzig 230.
Leipziger, Journalist 344. 345.
Lemberg, anarch. Morde 123. 150.
Leopold, König, in Paris 15.
Leroy-Beaulieu, Paul 15. 83.
Lewinson, Redakteur 344.
Leyds 337.
— in Berlin 338.
— und Murawiew 338.
Leygues, Georges 328.
Li, chines. Journalist 358.
Ljächow, Oberst 256. 373.
Liauyang, jap. Truppen 7.
Libau 223.
Lincoln, Abraham 242.
Lissabon, Berichte 66.
— Eduard VII. 52.
— engl. Kriegsflotte 53.
— Lage 66.
— polit. Gefangene 57.
— republik. Verschwörung 41.
— Unruhen 49.
— Verhaftungen 49.
Livland, Literatur 46.
— Nationalismus 46.
— Wissenschaft 46.
Lloyd George 130. 284. 291. 293.
— und Ballin 62.
— Eisenbahner 62.
— Finanzen 142.
— Trunksucht 131.
Lockroy, ehem. frz. Kriegsmin. 293.
Lodi 230.
London 289.
— deutsche Botschaft 223. 224.
— Eucharistenkongreß 307.
— Fallières 219.
— mazedon. Komitee 268. 289.
— und „Nowoje Wremja" 68.
— Schiffahrtskonferenz 62.
— Seerechtskonferenz 373.
— Terroristen 223.
— Verbrecherasyle 50.
„London Opinion" 387.
Longley, Halifax 186. 198.
— in New York 186. 187.
Loque, Kardinal 187. 199.
Loubet u. Radikalsozialisten 374.
Lowtsche 371.
Lucknow 27.
Lucy, Henry W. 142.
Lüderitzbucht-Keetmanshop, Eisenbahn 239.
Ludwig Philipp, Kronprinz v. Portugal, Ermordung 49.
Ludwig XII. u. Venedig 174.
Ludwig XVI. 228.
„Luisiana" Ausrüstung 30.
Luxemburg, Großherzogin v. 133. 350.
Lyautey, General 26. 109. 189. 230.
— Instruktion 228.
— und Marokko 65.
— Mission 190.
— Rückkehr nach Paris 65.

M.

Mac Kenna 142.
Mac Kenzie, F. A. 28.
Mac Kinley 159. 160.
— Ermordung 49.
Mac Lean in Tanger 231.
Madagaskar 192.
Madras 390.
Madrid, Pichon 32.
— Vertrag u. Deutschland 196.
— — und Frankreich 196.
Mahdismus im Sudan 192.
Mahmud, Sultan 308.
Mahomet 6. 197.
„Mahratti" 27. 284.
Makao, Waffenschmuggel 103.
Malot, Charles 375—377.
Maltzan, Frhr. von 336. 337.
„Manchester Guardian" 350. 353.
Mandschudynastie 365.
Mandschurei u. Amerika 38.
— amerik. Handel 38.
— Eisenbahn 38.
— und England 38.
— Handel 38.
— und Japan 38. 47. 204.
— japan. Soldaten 38.
— Lage 7.
— russ. Okkupation 38.
— südmandschur. Eisenbahn 7. 37.
Manila, Hafen 29.
— Minen 30.
Manir-Pascha, Botschafter 307.
Manuel II., König v. Portugal 49.
Marbuts 192.
Mar Chika, Besetzung 65. 66. 75.

Marcil, Vizepräsident d. kanad. Unterhauses 186.
Maria Pawlowna, Großfürstin 162.
Marie, franz. Anarchist. 294.
Marienbad, Clemenceau, Eduard VII. u. Iswolski 307.
Märkel, Professor 158. 159.
Marrakech, Abd-el Malek 231.
— und Marokko 33.
Marokko 2. 149. 188. 193. 264. 276.
— Abgabenwesen 232.
— Absorbierung 66.
— und Ägypten 26. 60.
— Bank 232.
— Casablanca-Affäre 343.
— und Delcassé 43. 57. 98.
— und Deutschland 130.
— und England 277.
— engl. Kolonie 135.
— Europas Mandat 54. 130.
— Entwicklung unter Mulay Hafid 191.
— Ergänzungskredite 129.
— Europaermordetzelung 32.
— Expedition 129.
— Frage 65. 295. 357.
— und Frankreich 4. 15. 24. 26. 33. 34. 54. 57. 59. 82. 99. 114. 115. 139. 166. 190. 192. 195. 218. 227. 228. 231. 403.
— — Krieg 32.
— franz.-algier. Grenze 191.
— — Gelbbuch 359.
— — Kriegsschiffe 33.
— — Nordafrika 100.
— — Politik 35. 43. 403.
— — Straferpedition 25. 59.
— — Streitkräfte 109.
— Garnisonen 65.
— Harka von Tafilet 307.
— Häfen 65.
— Inkorrektheiten 259.
— Islam 59. 231.
— Kämpfe 41. 84. 152.
— Mauren 351.
— öffentl. Arbeiten 232.
— Ordnung 139. 140.
— Polizei 227. 232. 265.
— Spanien 26. 34. 54. 66.
— — Vertrag 66.
— Staatsbank 65.
— Sultane 33. 34. 65. 129.
— Teilung 218.
— Thronstreit 32.
— Tunisierung 344.
— und Türkei 45.
— Uled al Arami 114.
— Waffenschmuggel 232.
Marokko, Welthandel 59.
v. Marschall, deutsch. Botsch. 301. 325. 370.
— Verleumdung 325.
Martin, Theodor 97.
„Matin" 54. 325. 358.
Mauculin, franz. Anarchist 294.
Mauretanien 246.
— Aufruhr 162. 181.
Mauritius u. ind. Auswanderer 18.
Marse 91. 195. 223. 340.
— und Clemenceau 166. 201.
Mazedonien 92. 93. 117. 127. 303. 360.
— und Ahrenthal 55.
— Autonomie 360.
— Bevölkerung 154.
— und Bulgarien 124. 312.
— bulgar. Banden 234. 266. 267. 371.
— christl. Gouverneur 101.
— und Deutschland 234.
— Eisenbahn 73.
— und England 258.
— — und Rußland 222. 245.
— engl. Politik 101.
— Gouverneur Prinz Mirko 101.
— und Griechen 234.
— Integrität 110.
— Konflikt 169.
— Kulturleben 125.
— Londoner Komitee 289.
— Meeting in Sofia 123.
— und panslav. Partei in Rußl. 234.
— Reformen 10. 69. 79. 276. 289. 299.
— — engl. Projekt 123.
— Revolution 386.
— rivalis. Nationen 73. 125.
— Robilant, Grf. 123.
— und russ.-engl. Unterhandl. 215. 219.
— und Rußland 124. 208.
— und Serben 234.
— slav. Stämme 407.
— Streitkräfte 55.
— Terrorismus 371.
— Teilung 110.
— und Türkei 45. 55. 93. 110. 234.
— türk. Sprache und Schrift 361.
— Verhältnisse 155.
— Wirren 55. 310.
Medina 211.
Medrakas 95.
Mehemet, Ali 308. 328.
Mekka 211.
Mekran, Waffenschmuggel 185.
Melilla 66.
Melvil 340.

Mendès, frz. Kammermitgl. 105.
Menschikow, Publizist 90. 111. 248. 303. 304. 316.
Méquinez, Unruhen 25.
Merry del Val, Kardinal 305.
„Messidor" 32. 54. 57. 203. 206. 230.
Messina, Erdbeben 401.
Methuen, Lord, Freiwilligenkorps 285.
Mexiko, Fremdenlegion 404.
— und Napoleon III. 58.
Michailowski, Schriftsteller 155.
Miguel, Don 51. 53.
Miljukow 332.
— Marinevorlage 154. 217.
Millerand 328.
— Listenskrutinium 357.
— Proportionalvertretung 357.
Millet, René 4. 191.
Milner, Lord in Südafrika 17. 263.
Milwaukee, Polenmeeting 180.
Minnesota, Präsidentschaftskand. 162.
Minto, Lord 408.
— und Emir v. Afgh. 186.
— Preßfreiheit in Indien 224.
Mirko, Prinz v. Montenegro 101.
Mischtschenko, General 185. 316.
Mitrowitza, Eisenbahn 70. 72. 75. 79.
Mittelmeerverträge 36.
Mohmands, Bewegung 162. 167. 197.
Mohammedaner 390.
— antiengl. Stimmung 329.
— Handel 211.
— Pilgerfahrt und Bagdadbahn 211.
Moltke 308.
Monastir, Erschießung Schemsi-Paschas 250.
Montenegro 45. 371. 394. 406.
— Berliner Vertrag 372.
— und Österreich-Ungarn 73. 325. 371.
— russ.-serb.-montenegr. Plan 211.
— und Serbien 212. 319.
— serbisch-montenegr. Allianz 326.
— slavischer Block 70.
— Spitzza 372.
— und Türkei 380.
Moreau, Henry 189.
Morley, John, und Asquith 142.
— und Curzon 257.
— und Indien 134.
„Morning Post" 79.
Moskau, Adel und Nikolaus II. 101.
— Geschäftsleben 35.
Moskau, Kriegslärm 71.
— Oktoberaufstand 397.
— Politiker 71.
— Slavenkongreß und Tschechen 150.
— Universität 307.
— Volksuniversität 237.
— Wintersaison 35.
Mukden-Peking, Eisenbahn 7.
Mulay el Amin, Gouvern. von Casablanca 25.
Mulay-el-Kebir 231.
Mulay Hafid 4. 65. 109. 130. 133. 167. 189. 190. 191. 218. 219. 230. 296. 327. 375. 403.
— und Abdul Aziz 227. 246. 307.
— Abgesandte in Berlin 171.
— und Akte von Algeciras 218. 307.
— und d'Amade 65.
— Ansehen und Lage 25.
— und Deutschland 307.
— Einzug in Fez 210.
— und Frankreich 32. 43. 54. 65. 99.
— Proklamierung 22. 26. 33. 230.
Mulay-Raschid 41.
Mullahs 167. 348.
Müller, Oberst in Marokko 191. 265.
„Münchener Allgemeine Zeitung" 250.
Munir Bei 283.
Murawiew, F. A. Graf, Politiker 71.
— und Delcassé 345.
— Koalitionsprojekt 338.
Muret, Maurice 193. 196.
Murray, John 386. 387.
Mürzsteger Vertrag 56. 73. 75. 90. 111. 118. 124. 125. 310.

N.

Nagpore 392.
Nanking, Straßenkämpfe 359.
Napoleon I. 202. 314. 375.
Napoleon III. 58.
— und Lord Palmerstone 98.
Nastics 212.
Natal, Zulurebellion 286.
Nathan, Dr. P. 299.
„The Nation" 79. 353.
„National Review" 77. 93. 96. 106. 135. 164. 165. 166. 169. 201. 202. 256. 293. 303. 317. 340. 358. 364.
Natschewitsch, Grigori 155.
Naum Pascha, Botschafter in Frankreich 307.
Nebogatow 121.

Nebraska 162.
Neguſch-Petrowitſch 45.
Nenadowitſch u. Naſtics 212.
Nena Sahib, ind. Patriot 257.
Neoſlavismus 236.
Neton, Sekretär Delcaſſés 201.
„Neue Freie Preſſe“ 156. 363. 407.
Neuenfels 113.
„Neues Peſter Journal“ 372.
„Neues Wiener Tagblatt“ 291.
Neumexiko und Vereinigte Staaten 242.
New Haven, Verſammlung 133.
New York, Bankett 186.
— Irenpolitik 133.
— und Taft 342.
„New York Evening“ 198.
„New York Herald“ 16. 52. 53. 169. 177. 260. 261. 358. 365. 367.
„New York Preß“ 144. 145. 146.
„New York Times“ 204. 239. 242.
„New York Tribune“ 204.
Nikolai von Montenegro, Fürſt 45.
— Mordanſchlag 212.
Nikolai Nikolajewitſch, Großfürſt, Attentat 80.
Nikolaus I. 202. 308.
Nikolaus II. 56 80. 92.
— Duma und Miniſter 56.
— und Eduard VII. 200. 208. 210. 219. 221.
— und Fallières 279.
— und Kramarsz 213.
— und Moskauer Adel 101.
— Reſkript an Stolypin 36.
— in Reval 222.
— und ſlavophile Richtung 44.
— und Tolſtoi 271.
— und Verfaſſung 176.
Nicolſon, engl. Botſch. in Petersburg 101.
Niederlande, Gelbbuch 345.
„Nineteenth Century“ 389.
Niuſchwang, ſüdmandſch. Bahn 38.
Nikon von Gruſien, Exarch 237.
„Nordd. Allgem. Zeitg.“ 160. 233. 335. 346.
Nordſee und Oſtſeevertrag 162.
Northcliffe, Lord 23. 340.
„North Mail“ 22.
Norwegen und England 292.
— Min. Gunnar Knudſen 114.
— Min. Löviand 105.
Norwegen, Neutraliſierung 32.
— Storthing 32.
„Nowoje Wremja“ 9. 10. 35. 44. 45. 46. 56. 60. 61. 68. 70. 72. 75. 76. 77. 78. 96. 101. 111. 126. 127. 128. 137. 157. 158. 159. 171. 177. 178. 184. 196. 197. 200. 207. 212. 215. 247. 248. 249. 265. 300. 303. 313. 319. 320. 330. 332. 342. 369. 374. 385. 387. 392. 396. 397.
Nowy Bazar 407.
Nya Trang 247.

O.

„Observer“ 127.
Odeſſa 14.
Okuma, Graf 6. 16. 18.
— jap. Politik 28.
Onéſime Reclus 195.
O'Neill Ryans 134.
„Opinion“ 106. 191.
Oporto, Revolte 53.
Opotſchinin, Mitgl. d. ruſſ. Reichsrats 208.
Oranjefreiſtaat 142.
Orient 26. 69.
— Anarchiſten 149.
— Konferenz 407.
— Kriſis 319. 385. 394.
— Vordringen Deutſchlands 44.
— Wirren 341.
Oriental. Frage 308. 325.
Oſerow, Prof., Moskau 118. 120.
Oſhima, jap. Gen.-Gouv. 7.
Oskar, König v. Schweden 1.
„Osmaniſcher Lloyd“ 387.
Öſterreich-Ungarn 45. 312. 322. 362. 371.
— und Balkan 56. 310. 314.
— — Bahnbau 76.
— — Bund 407.
— und Beaconsfield 311.
— Berliner Vertrag 25. 73.
— Bienerth, Min. 343.
— und Bosnien 78. 311. 406.
— — Annexion 307. 328.
— Boykottbewegung gegen Öſterr. 320.
— und Deutſchland 303. 383.
— — Bündnis 91. 312.
— Eiſenbahn 79.
— und England 370.
— — Handel 370.
— Erbrecht 45.
— und Herzegowina 78. 311. 372. 394. 406.
— — Annexion 307.

Österreich-Ungarn und Italien 79. 383.
— Kabinett Beck 343.
— und Kleinasien 79.
— und Montenegro 73. 325.
— und Mürzsteger Vertrag 75.
— Nationalitätenkampf 374.
— und Polenpolitik 86. 87.
— Rumänen 45.
— und Rußland 64. 69. 73. 79. 118. 150. 213. 330. 348. 394.
— — und Deutschland 333.
— — Presse 60.
— und russ.-serb. Projekt 76.
— Rüstungen 375.
— und Serbien 325. 369. 380. 394. 396.
— und Slaven 208.
— Thronfolge 45.
— und Türkei 45. 327. 341. 362. 363. 370. 380. 385.
— — Bahnbau 70. 73.
— — Boykott 320.
— — Entschädigung 394.
— — Krieg 68.
— — Verhandlungen 319. 325. 326.
— Unruhen in Wien 123.
Ostrumelien 310.
— und England 372.
Osiecevertrag 36.
„Oswoboshdenije" 84.
Ottley, Glendower C. 293.
Oubril 372.
„Outlook" 349.
Ozean, atlantischer 30.
— pazifischer 30.
— — und Japan 6.
— stiller 26. 47.
— — und Amerika 30.

P.

„Pall Mall Gazette" 80.
Palmerston, Lord 95. 243.
— Korresp. mit Napoleon III. 98.
Panamakanal 30.
Panasiat. Strömung 177.
Panislamit. Agitation 177.
Panslavismus 309.
Paris 289. 304.
— Comité Ottoman 276.
— Fallières Rückkehr 200.
— Generalstreik 295.
— Iswolski 317.
— Jungtürken 280.
— Leopold, König 15.
Pariser Vertrag 309. 323.
Paschalow, K. N. 71.
„Patria", Revue 405.
„Peace Preservation Ordinance" 17.
Pearson, C. A. 22. 23. 24. 160. 165. 340.
„Pearson Magazine" 22.
„Pearson Weekly" 22.
v. Peez, Alex. 291. 293.
Peking 6. 38.
— Hsin-mintun, Eisenbahn 7.
— Mukden, Eisenbahn 7.
— Staatsrat 8.
— Thronwechsel 369.
Pelletan 327.
Perepelkin 71.
Persien 2. 263. 264.
— Autokratie 9.
— Bombenattentat 84. 120.
— Eisenbahnen 119.
— und England 9. 119. 120. 245. 256. 277. 348.
— Fahrstraßen 118.
— Gesellschaften, polit. und relig. 9.
— innere Kämpfe 168. 288.
— Integrität 245.
— kadschar. Dynastie 280.
— konstitutionell-demokrat. Ideen 72.
— Konstitutionalisten 288.
— und Kurden 168. 169. 178
— Lage 120.
— Ministerium 168.
— Parlament 9. 22.
— und russ.-engl. Abkommen 168. 245. 254.
— russ. Grenzverletzungen 22.
— — Truppen 72. 264.
— — Ultimatum 228.
— und Rußland 9. 37. 119. 120. 185. 245. 348.
— — und England 196.
— — Grenze 190.
— — Kämpfe 152.
— — Konflikt 178.
— — Krieg 178.
— — Vertrag 61. 92.
— russ.-türk. Krieg 68.
— Sarta Khan 373.
— Schah 9. 168. 245.
— — Attentat 84. 120.
— — Befestigung von Bagschah 219.
— — und Kriegszustand 239.
— — und Parlament 1.
— — und Verfassung 168. 280. 359. 363. 401.
— staatl. Selbständigkeit 280.

Perſien, Teilung 222.
— Truppen in Täbris 270.
— und Türkei 56.
— — Grenzkonflikte 22. 55. 75.
— — Streitigkeiten 72.
— Unruhen 168. 219.
— Verfaſſung 9. 168. 280. 300. 373.
— Wirren 277.
Perſiſch-Beludſchiſtan und England 185.
Perſiſcher Golf und Rußland 61.
Peſt, Geheimkonvention 309.
Peter der Große 89.
Peter, König von Serbien 45.
Petersburg 69. 289.
— Arbeiter 43.
— Attentate 37. 80.
— und franz. Botſchafterpoſten 35.
— Gapon 43.
— germanophile Kreiſe 76.
— Geſchäftsleben 35.
— Geſellſchaft und Preſſe 71.
— — und ruſſ.-türk. Krieg 75.
— Iswolskis Rückkehr 325.
— konſtitut. Demokraten 84.
— Kronprinz v. Serbien 325. 326. 343.
— Lage 35. 37.
— Univerſität 307.
— Würdenträger 37.
Pfitzer 63.
Phelps, H., Myron 145.
Philadelphia und Indien 144.
Philibert, Admiral 229.
Philippinen 30. 67. 368.
— amerikan. Verteidigungsanſt. 29.
— Bevölkerung 30.
— und Japan 16.
— und Pius X. 296.
Picard, Ernennung z. franz. Marinemin. 325.
Pichon, frz. Miniſt. 4. 5. 54. 83. 130. 264.
— Akte v. Algeciras 60. 139. 140. 166. 231. 232. 246.
— und d'Amade 259. 264.
— in Biarritz 95.
— und Eduard VII. 98.
— in England 190.
— Jaurèsſche Interpellation 60.
— in London 213.
— Reiſe nach Rußland 270.
— und „Temps" 171.
— Verhandlungen in Madrid 32.
Picquart, Kriegsmin. 140.
„Pioneer" 329.
Pirie, Duncan Vernon 285.
Pirie, Burenkrieg 285.
— Ceylon 285.
Pitt 95.
Pius X., Papſt 296.
— und Fürſt Bülow 152.
— Prieſterjubiläum 350.
Pobedonoszew 44.
Polen und Amerika 179. 180.
— und Deutſchland 86. 87. 207. 248.
— und Poſen 86.
— und Preußen 180.
— Rechte 213.
— und Rußland 69. 86. 87. 91. 150. 207.
— und Ruthenen 91.
Poljäkow 118.
Pombal 51.
Popowitſch-Lipowatz, ruſſ. General 371.
Port Arthur 12. 30. 82.
Port au Prince 122. 382.
— Flüchtlinge 123.
Portorico und Pius X. 296.
Portsmouth, Frieden 262.
Portugal 49. 52. 69. 93.
— Anarchiſten 50. 51. 53. 66. 149.
— Arbeiter 52.
— Armee 51.
— auswärt. Politik 52.
— Beamtenſchaft 53.
— Beſitz in Afrika 52.
— Bodenkreditbank 51.
— Chagras, João 53.
— und Deutſchland Handelsvertrag 367.
— und England 52. 63. 67. 292.
— Ermordung d. Königs und Thronfolgers 49. 53. 57.
— Finanzen 51. 52. 66.
— Flotte 51. 53.
— Franco, Min. 50. 52.
— Häfen 52.
— Kabinett 394.
— Kolonien 52.
— königl. Dekrete 51.
— Kriſis 66.
— Miniſterium 50. 53.
— monarch. Konzentration 53.
— Obſtruktion 51.
— Parlament 50. 52.
— polit. Programme 50. 63.
— Progreſſiſten 50.
— Reformarbeit 50. 51. 52.
— republikaniſche Partei 51. 53. 66.
— und Spanien 66.
— Staatsbankerott 52.
— Staatshaushalt 51.

Portugal und südeuropäische Allianzen 67.
— Thronfolger 49. 52.
— Todesstrafe 50.
— Truppen 54.
— Verfassung 50. 52.
— Verwaltung 51.
— Wahlen 133.
„Potsdam Party" 96.
Posen 257.
— Germanisierung 86.
Potocki, Graf, Ermordung 142. 150.
Pouget, franz. Anarchist 294.
Prag, deutschfeindl. Ausschreitgn. 317. 367.
— Neoslavenkongreß 296.
— Standrecht 367.
— Studenten 343. 374.
— tschech. Fanatismus 381.
„Praga Polska" 179.
Preußen 42. 44. 314.
— Parlamentarismus 42.
— Parteiministerien 42.
— Polenpolitik 86. 180.
— und Rußland 77.
— Wahlrecht 42.
Prutschenko 331.
Pu-Yi, China 364. 365.
Punjab, Erregung 144.
— Hungersnot 27.
Purischkewitsch 332.

Q.

Quai d'Orsay 100.
„Quarterly Review" 317.
Quebek, Dreihundertjahrfeier Kanadas 187.

R.

Rabat 25. 33. 34. 130. 230.
Rahja 407.
Rajputana, Hungersnot 27.
Raisuli in Tanger 149.
— und MacLean 57.
Rakowski 43.
Rambler, A. 135. 136.
Rangoon 390.
Redmond und Homerule 131.
„Regierungsanzeiger" 208.
Regnault in Casablanca 109.
Reichstadt 150.
Renou, Henri 30.
Reval, Zusammenkunft 200. 210. 214. 219. 221. 222. 232. 243. 247. 248. 279. 288. 301. 308. 344.
— und engl. Presse 353.
— Vereinbarungen 401.
„Revue" 139. 332.
„Revue des deux mondes" 15. 139.
„Revue politique et parlementaire" 174. 357.
Rhodes, Cecil, südafrikan. Kolonie 263.
Ribot 129.
Rice, John W., amerik. Hauptmann 29.
Richelieu 192.
Richter, N. F. 71.
v. Richter, Generaladjutant † 121.
Richthofen, v., Baron 337.
Riedel, Richard 178. 179.
Riga, Morde 13.
Rissik, Johann 136.
Ripon, Lord 390.
Roberts, Lord 373. 375. 376. 378. 388. 389.
— und Haldane 367.
Robertson 188.
Robilant, Gendarmeriechef in Mazedonien 94. 123.
Rödiger, Kriegsmin. 94. 183.
Rogi 231.
Roland, franz. Offizier 295.
Rom, Ministerzusammenkunft 142.
— Straßentumulte 133.
Romesch Datt (Hindu) 197.
Roosevelt, Präsident 16. 68. 159. 198. 238. 239. 242. 294. 296. 349.
— gegen Anarchisten 142. 149.
— und auswärt. Politik 141.
— und demokrat. Partei 68.
— und Deutschland 342.
— und Flotte 152. 260. 368.
— und Kapitalismus 68.
— und „Outlook" 349.
— und Taft 163. 238. 342.
Root, Staatssekr. 179.
Rosebery, Lord 93. 99. 143. 379. 380.
Roshestwenski, Admiral 121.
„Rossija" 15. 149. 215. 254.
Rousse, Edmond 107. 108.
Rouvier 265.
„Royal Magazine" 22.
Rumänien und Deutschland 70.
— und Österreich 45.
„Rurik" 261.

„Ruß" 56. 232.
Russen an deutsch. Universitäten 332.
Rußland 43. 61. 62. 84. 253. 314. 329. 362. 390.
— Adel 71. 101.
— Agrarreform 92. 357. 394.
— Alliance franco-russe 35. 58. 194.
— Amurbahn 37. 176. 183. 208. 255.
— Anarchisten 102. 132. 149.
— Anleihe 367. 382.
— Arbeiter 13.
— Armee 226. 316.
— — Reform 296.
— und Asien 120. 185. 201. 304.
— Attentate 69. 132. 200. 208. 209. 226. 254.
— Ausnahmegesetze 244.
— ausw. Politik 37. 110. 209.
— und Balkan 70. 149. 150. 245. 258. 310.
— — Bahnbau 76.
— Bauernstand 13. 138. 208. 274. 366. 381.
— Beamte 37. 92. 121.
— belg. Kapital 35.
— Berliner Vertrag 72.
— und Bosnien-Herzegowina 150. 372.
— Botschaft Konstantinopel 10.
— und Bulgarien 154.
— Bureaukratie 11.
— und China 37. 157. 306.
— und Chinesen in Sibirien 306.
— Cholera 315.
— Dardanellen 320. 323.
— und Delcassé 58. 125.
— und Deutschland 44. 73. 74. 77. 88. 89. 215. 248. 315. 320. 332.
— — und Österreich-Ungarn 333.
— und deutsche Flotte 223.
— deutsche Intriguen 75.
— Duma 11. 56. 61. 81. 92. 101. 102. 181. 209. 225. 226. 237. 296. 357. 394.
— — und Agrarfrage 366.
— — antideutsch 332.
— — Eröffnung 325.
— — und Flottenpolitik 217.
— — Flottenvorlage 121. 214.
— — und Marine 36. 210. 255.
— — parlament. und konstit. Regiment 176.
— — und Regierung 255.
— — Vertagung 260.
— und England 61. 85. 197. 209. 215. 252. 305. 383. 406.
— — Abkommen 69. 70. 76. 206. 215. 221.
Rußland und England in Asien 77. 168. 221. 222.
— — und Frankreich 221. 304.
— — Grenzfragen 178.
— — in Mazedonien 101.
— — und Orientpolitik 90. 222.
— — persische Frage 119. 120. 254. 348.
— — Seerecht 373.
— Englische Kapitalien 35.
— Expropriationen 69.
— Fallières Reise 250.
— Flotte 36. 46. 82. 88. 176. 210. 215. 217. 239. 255.
— und Frankreich 85. 137. 209.
— — Orientpolitik 90. 348.
— franz.-russ.-engl. Dreibund 137. 200. 203. 216. 265.
— franz. Kapital 35.
— Gelehrte 237.
— Gesetze 37. 209.
— Hafenanlagen 36.
— Hinrichtungen 270.
— Hungersnot 271.
— und Japan 37. 47. 142.
— — Krieg 35. 57. 69. 71. 236.
— — engl. und amerik. Handel 177.
— innere Politik 13. 101. 300.
— — Zustände 331.
— Institutionen 56.
— und islamische Bewegung 169.
— und Juden 85. 86. 90. 91. 182.
— — Anarchisten 102.
— — und Militärdienst 181.
— — und Revolution 281. 299.
— — in Transvaal 181.
— Jugend 37.
— — Selbstmorde 14.
— Kaiser und Volksvertretung 256.
— Kaukasus 169. 178. 208.
— und Kleinasien 70.
— und Krimkrieg 309.
— und Kurden 169.
— Lage 223.
— Landesverteidigung 217.
— Landwege 92.
— Landwirtschaft 226.
— Lernstreik 315.
— und d. mandschur. Frage 141.
— mandschur. Handel 38.
— Marineministerium 121. 217. 255.
— und Mazedonien 124. 152. 245.
— Morde 37. 69. 254. 315. 226.
— „Nachrichtenbureau" 132.
— nationale Verteidigung 223.
— nationalistische Schulpolitik 331.

Rußland, Neoslavismus 254.
— Nihilisten 49.
— Offiziere 226. 296.
— Oktobristen 11.
— oriental. Frage 90. 152. 234.
— — Krieg 111.
— und Österreich 64. 69. 73. 79. 118. 150. 213. 330. 348. 394.
— Ostseevertrag 36.
— Panslavismus 44. 150. 198. 234.
— Parlamentarismus 175.
— und Pariser Vertrag 309.
— Parteien 71.
— Pazifisten 302.
— und Persien 9. 37. 72. 118. 119. 120. 152. 185. 190. 196. 222. 228. 245. 256. 264. 348. 373.
— — Krieg 178.
— — und russ.-engl. Abkommen 168.
— — Vertrag 72.
— und Polen 69. 85. 87. 90. 91. 207.
— poln. Kultur 91.
— Presse 1. 47. 56. 60. 111. 120. 175. 185. 215. 216. 223. 290. 300. 307. 319. 330. 380.
— und Preußen 77.
— Professoren 331.
— Räuberbanden 13. 254.
— reaktionäre Gruppen 316.
— Reformen i. Innern des Reiches 36.
— Reichsrat 11.
— Revolution 37. 43. 92. 149. 182. 183. 236. 316. 331. 332.
— — und Juden 299.
— — pornographische Literatur 183.
— revolutionäre Organisationen 138. 150. 315. 316.
— Schülerorgien 183.
— Schulwesen 37. 46. 92. 121. 226. 255. 366.
— Schweden, Vertrag 70.
— Seemacht 255.
— Selbstmorde 14.
— und Serbien 319. 356.
— — Eisenbahn 78.
— und Sibirien 305.
— und Slaventum 46. 207. 245. 313. 315. 330. 341. 371. 382.
— Slavophilentum 44. 61.
— Sozialrevolutionäre 13. 138. 274.
— Stössel-Prozeß 102.
— Streitkräfte 46.
— Studenten 331.
— Terroristen 22. 37. 43. 81. 208.
— Tolstoi, Graf Leo 270. 271.
— und Türkei 72. 101. 138. 185. 308.
Rußland und Türkei, Krieg 64. 68. 71. 75. 90. 234. 267. 280. 310.
— Übermenschen 37.
— Universitäten 14. 37. 226.
— Verbrechen 37. 208.
— Verfassung 176. 279.
— Verschwörungen 69.
— Verwaltung 226.
— Volksaufklärung 237.
— Volksvertretung 121. 396.
— wissenschaftl. und sittl. Bildung 237.
— Zar und Verfassung 101.
— und Zentralasien 311.
Ruthenen und Polen 91.

S.

Sachalin 262.
— und russ.-jap. Grenzrichtung 142.
Safi 115. 130.
Said-Pascha, Min. 288.
— Präs. d. türk. Senats 394.
Sajonji, jap. Min. 262.
Sakasow, Sozialist 155.
Salared Danleh 120.
Salisbury, Lord 143. 159. 252. 386.
— und Dardanellen 323.
— und österr. Ansprüche 322.
— und Schuwalow 150. 322.
Salzburg, Tittoni und Aehrenthal 307.
Salomon, E. P. 136.
Saloniki 70. 153.
— Eisenbahn 70.
— ital. Postanstalt 156.
Saltykow 78.
Samoa, Unruhen 394.
Samos, türk. Kriegsschiffe 200.
Sandschak v. Nowibazar u. Österr.-Ungarn 73.
— Bahn 178. 179. 211. 301.
— Frage 77.
— Räumung 312.
— Verwaltung 372.
San Sebastian, Murawiew und Silvela 338.
San Stephano 236.
— Vertrag 310.
Saratow 237.
Sarta Khan 373.
Sauvage, Charles 329.
Savoyen, Annexion 372.
Schalk Burgher 263.

Scharapow, Mosk. Publizist 303. 304.
Schatel Arab, Handelsstraße 211.
Schauia Maballa 57. 65. 115. 129. 227. 230. 403.
Scheich ül Islam 281.
Schemsi-Pascha, General, Erschießung 250.
Schiras 9.
Schirin 196.
Schlesien 304.
Schönbrunn, Franz Josef und Wilhelm II. 343.
— Fürstenbesuch 171.
Schostak, General 154.
Schottland 144.
— Home Rule 285.
— Presse 126.
Schtscherbatow, Gesandter in Athen 366.
v. Schulze-Gaevernitz 293.
Schuwalow, Peter Graf 372. 386.
— und Meerengenfrage 323.
— und Salisbury 150. 322.
— Tod 152.
Schwartz, Geheimrat 36.
Schweden und Deutschland 216.
— Gustav, König 32.
— König und „Temps" 216.
— Königspaar in Berlin 200.
— Oskar, König 1.
— Reichstag 32.
— und Rußland, Vertrag 70.
— Vermählung d. Prinzen Wilhelm 162.
Schweiz, Asylrecht polit. Verbrecher 50.
Sebastopol, Bombenlager 13.
Sefar, Unruhen 25.
Seignobos, Professor 174.
Selborne, Lord 135. 136.
Sembat, Amendement 140.
Sepoy-Aufstand. 144.
Serbien 45. 303. 307. 320. 341. 371. 394. 406.
— Banden 10. 55. 155. 387.
— und Bulgaren 150.
— und Deutschland 356.
— Eisenbahn 73. 76. 179.
— Komitee serb. Juden 396.
— Krieg 309.
— Kronprinz 212. 325. 326. 343. 356.
— und Mazedonien 110. 123. 319.
— und Montenegro 212. 326.
— — Allianz 319. 326.
— und Österreich 369. 380. 396.
— — Kriegsmaterialien 325.
— und Rußland 211. 356.
Serbien, Skuptschina 142.
— — und Chomjakow 341.
— slavischer Block 70. 283.
— Sobranje, Eröffnung 325.
— und Türkei 380.
— — Bündnis 370.
— — Oberhoheit 385.
— Welimirowitsch, Min. 270.
Seres (Prov.), Parlamentswahlen 349.
Settat 32. 33. 41. 133.
Sibirien 357.
— Bahnbau 36.
— und China 305. 306.
— engl. u. russ. Interessen 305.
Sidebotham, Parlamentarier 350. 352. 356.
„Sidney Morning Herald" 17.
Sidney Whitman und Bülow 317.
Sill-es Sultan, Oheim des Schah 9. 120.
Silvela und Murawiew 338.
Simon, General 382.
„Sin Fein" 134.
Sinfein-Partei und Redmond 131.
Sinminting—Fakumin, Eisenbahn 102.
Sinowjew, russ. Botschafter 366.
Skobelew, General 314. 374.
Slaven 45. 46. 61. 309. 314.
— Anarchismus 49.
— und Deutsche 324.
— Kongreß 198. 207.
— und Österreich 208.
— und Rußland 46.
— und Türkei 45.
„Slowo" 43. 214.
Smith Goldwin, Professor 242.
Smolensk 304.
Smuts 136.
Smyrna—Aidin, Bahn 79.
— ital. Postanstalt 156.
„Society for advancement of India" 145.
„Sofiiski Dnewnik" 155.
Somali-Gebiet 22.
Spanien 93.
— Abtretung v. Inselgruppen 30.
— und Algeciras-Akte 295.
— und Amerika 30.
— Anarchisten 50. 54. 149.
— und Frankreich 34. 195. 307.
— — in Casablanca 181.
— Gesandtschaft in Rabat 34.
— Mar Chika-Besetzung 65. 66.

Spanien und Marokko 26. 34. 54. 66.
— — Hafenpolizei 59.
— — Vertrag 66.
— und Portugal 53. 66.
— republik. Anschläge 54. 67.
„Spectator“ 79.
Spender, Harald 350.
Sperling, Major 251.
Ssaratow, Selbstmord 14.
Ssibirjakow, Korresp. d. „Nowoje Wremja“ 158. 159.
Ssuworin 61. 75. 78. 127.
„Standard“ 22. 23. 24. 80. 159. 160. 164. 165. 167. 187. 201. 267. 278. 291. 293. 311. 317. 340. 347. 371. 377—380.
Steinheil, Mordprozeß 374.
Steyn, südafr. Kolonie 263.
Stockholm, Eduard VII. 162.
— — Fallières 279. 288.
— — Wilhelm II. 288.
Stockmar, Baron, Korrespondenz 97.
Stolypin 11. 36. 85. 111. 177. 182. 183. 215. 254. 331. 382. 394.
— und Amurbahn 225.
— und Ausland 61.
— und Duma 121. 183. 184.
— und Eduard VII. 214.
— und Kramarsz 213.
— in Reval 214. 222.
— Rücktritt 56.
— und Wesselitzki-Boschidarowitsch 247.
Stössel, General 12. 81. 82.
— Prozeß 56. 81.
— Verurteilung zum Tode 75. 81.
Stradford de Redclyffe 243.
Straßburg, Wilhelm II. 307.
Strong, Herbert, Professor 165.
Struve, Peter 84. 86. 89. 90. 91.
— polit. Programm 111.
Sudan 28. 167. 192.
— Rückgabe an Ägypten 60.
Südfrankreich, Rebellion 41.
Südsee und Japan 6.
Suezkanal, amerik. Flotte 112.
— Vereinbar. Englands und Ägyptens 18.
Sulfaqar Mesched 196.
„Sun“ 38. 148. 242. 260. 264. 358.
Sutherland, Sir Thomas 177.
Sven Hedin in Tokio 350.
Swinemünde, Kaiserzusammenkunft 76.
Syrien 169.

T.

Täbris, Revolution 41. 277.
— Truppen d. Schah 270.
Tafilet, Oase 100. 307.
Taft, Staatssekretär 68. 148. 163. 198. 228. 237. 239. 242. 296. 324.
— und Deutschland 342.
— und Iren 133.
— Konkurrenten 162.
— Wahl z. Präsidenten 334.
Tanger, Depeschen des „Temps“ 25.
— Mulay Hafid und diplomat. Korps 65.
— Raisuli 149.
— Stimmung 227.
Tardieu 58. 172. 201. 205. 357.
— amerikanische Reise 172. 200.
Tatischtschew, Abmachungen über Bosnien 150.
„Tatsu Maru“-Affäre 84. 95. 102. 105. 112. 122. 140. 141.
Taurus, Bagdadbahn 210.
Tazi, Großkämmerer 231.
Teheran, Attentat 200.
— Enseli-Chaussee 118. 119.
— Kriegszustand 350.
— Sieg des Schah 245.
— Straßenkämpfe 228.
„Telegraph“, Kalkutta 329.
„Temps“ 5. 24. 25. 32. 34. 96. 99. 125. 150. 152. 166. 167. 171. 172. 189. 190. 197. 200. 201. 205. 206. 216. 222. 223. 233. 234. 246. 264. 268. 311. 325. 379. 380.
Terautschi, jap. Kriegsminister 103. 112.
Tewfik Pascha, Min. d. Auswärtigen 288.
Theotokis, griech. Minister 110.
Thomson, franz. Marineminister 317.
Thrakien und Mazedonien 124.
Tibet, Dalai Lama 334.
— und Rußland 61.
Tiflis, Bomben 254.
— Morde 14. 237.
Tientsin 82.
Tilak 26. 263. 284.
— Prozeß 277.
„Times“ 6. 8. 22. 23. 33. 77. 79. 82. 95. 97. 116. 129. 195. 278. 299. 317. 347. 350. 352. 363.
— Hetzereien 98. 134.
— und Pearson 23. 24.
Tirpitz, v., Staatssekr. 69. 95.

Tittoni, ital. Minister 212. 381. 383.
— und Aehrenthal 307.
— und Bülow 142.
Tokio, diplomatische Vorstellungen 38.
— panasiat. Strömung 177.
— Sven Hedin 350.
Tolstoi, Graf 270—276. 307.
Tomsk 14.
„Toronto-Sun" 243.
Toulon 5.
Transvaal 17. 135. 142. 286.
— Burenministerium 135.
— und Chinesen 17. 27.
— und Deutschland 336. 340.
— und Inder 17. 18. 27. 181.
— Kämpfe 142.
— Maltzan, A. v. 336.
„Tribune" 93.
Trichard, Kommandant 134.
Trinidad 18.
Trubetzkoi, Grigori, Fürst 348.
Tschahbar, englische Schutzwachen 185.
Tschechen und Deutschböhmen 324.
Tschernajew, General 236. 371.
Tsching, Prinz 364.
Tschung, Prinz 359. 364.
Tsushima 82. 314. 315.
Tugela 337.
Tunis 4. 33. 58. 115. 192. 231.
— Fremdenlegion 404.
Turkestan 409.
Türkei 276. 289. 303. 308. 310. 312. 313. 326. 369. 386. 406.
— Absolutismus 301.
— Anarchisten 299.
— Änderung des Regiments 276.
— Anschläge in Kleinasien 75.
— Armee 72. 289. 298.
— Armenier 280. 289.
— Aufruf 280.
— Bagdadbahn 211.
— und Balkanbund 360. 407.
— Balkankonferenz 325.
— Berliner Vertrag 72. 372.
— Bewaffnung 72.
— Bosnien und Herzegowina 320.
— und Bulgarien 55. 267. 319. 325. 327. 334. 341. 350. 356. 359. 385. 401.
— Bulgar. Waren 394.
— christliche Untertanen u. türk. Sprache 360.
— Cypern und Ägypten 311.
— und Deutschland 75. 301. 312. 362. 401.
Türkei und England 283. 325. 327. 329. 348. 362. 370. 387.
— und engl. Kapital 325.
— und engl. Reformpolitik 55.
— Finanzsystem 211.
— und Frankreich 309.
— franz. Kapital 246.
— Geheimpolizei 279.
— und Griechen 55. 290. 310. 385.
— Internationaler Kongreß 313.
— und Islam 169.
— und Iswolski 152.
— und Italien 156. 397.
— Juden 280. 299.
— Jungtürken 276. 280. 289. 299. 309. 349. 359.
— — und England 312.
— — und Islam 310.
— — Revolution 360.
— — und Slaventum 319.
— — Staatsstreich 307. 310.
— — Verfassung 279.
— Justizreform 55.
— Kämpfe mit Beduinen 350.
— Konstitution 279. 280. 281. 289.
— Kriegsflotte 375.
— Kriegsschiffe nach Samoa 200.
— Krisis 298.
— und Kurden 168. 169.
— und Marokko 45.
— und Mazedonien 10. 45. 93. 101. 123. 234.
— und Montenegro 380.
— Moslem und Christen 290.
— Offiziere u. Schemsi-Pascha 250.
— und Österreich 45. 70. 73. 319. 320. 325. 327. 341. 359. 362. 363. 370. 380. 385. 394.
— Pariser Komitee 299.
— Parlament 279. 361. 363. 395
— Parlamentswahlen 334. 349. 359.
— und Persien 22. 55. 56. 72. 75.
— Reform 110. 282. 289. 300. 307.
— Revolution 280. 282.
— und Rußland 64. 72. 138. 185. 308.
— — Krieg 68. 71. 267. 310.
— — Presse 60.
— Rüstungen 375.
— Said-Pascha 288.
— und Serben 55. 370. 380. 385.
— Staatsstreich 401.
— Sultan Abdul Hamid 45. 59. 289.
— — Amnestierung d. polit. Gefangenen 279.
— — und die Balkankomitees 283.
— — Dardanellen 323.

Türkei, Sultan Abdul Hamid und franz. Armee 25.
— — franz.-engl. Abkommen 19.
— — Interpellation Jaurès 59.
— — und Islam 21. 55.
— — und italien. Postanstalten 156.
— — Justizreform 55.
— — und Kaid Buchta ben Bagdadi 181.
— — und Meknes 34.
— — muselmännische Religion 281.
— — und Osmanen 281.
— — und Parlament 279.
— — und Persien 72.
— — und Slaventum 45.
— — Souveränität 245. 281.
— — und Verfassung 280.
— Thronstreit 45.
— Truppen bei Adrianopel 334.
— Wahlunruhen 363.
— Zensur 279.
Türken in China 260.
Tuticorin 390.
Tweedmouth, Lordpräsident 142.
— Brief Wilhelm II. 95. 96. 116. 117.
Twer, Selbstmord 14.
Tyrconnell, Graf 355.
Tyrus 252.
Tze-Cheng-Jonan 8
Tze-Si-Chu. 8.

U.

Uled al Arami 114.
Ungarn, Abgeordnetenhaus u. Wahlreform 343.
— Erbrecht 45.
Unterberger, Gouv. 177. 183.

V.

Valençay, George 189.
Valona, italien. Postanstalt 156.
Valparaiso, „Armanda“ 67.
Vancouver 7. 17.
— jap. Schiffe 135.
— Weiße u. Japaner 11. 16.
Venedig 174. 252.
— Wilhelm II. u. Viktor Emanuel 114.
Venezuela 228. 317. 382.
— Belagerungszustand 394.
— und Frankreich 408.
— und Holland 408.
Vereinigte Staaten siehe Amerika.
„Vermont“ (amerikan. Schiff), Ausrüstung 30.
Viktor Emanuel u. Bülow 142.
— und Kaiser Wilhelm II. 114.
Viktoria, Königin v. England 242.
— Brief an Bismarck 97. 116.
— Telegramm an Krüger 116.
— Telegramm Kaiser Wilhelms 338.
Villeneuve-St. Georges 294.
Voltaire 174.
„Vorwärts“ 268. 269.
„Vossische Zeitung“ 258. 266. 267. 339. 370. 371.

W.

Wagner, Justizrat 180.
Wai-Wu-Pu 364.
Waldeck-Rousseau 106.
Wales, Prinz von, Kanada 187. 199.
Waliszewski 137. 139. 330.
Wan, Unruhen in Armenien 72.
Wannowski, General 338. 339.
Warschau 223.
— Kramarsz u. Polen 213.
— Sicherheitspolizei 43.
Washington 159.
„Washington Post“ 219. 221.
„Washington Times“ 204.
Waterloo 230.
Watson, Ministerpräsident 347.
Wedda, Inv. A. 180.
„Weekly Sun“ 199.
Welimirowitsch, serb. Min. 270.
Wellington, Herzog 373.
Wesselitzki, Korresp. d. „Nowoje Wremja“ 68. 69. 77. 90. 96. 126. 128. 157. 213. 247. 248. 265. 266. 283. 297. 300. 302. 370. 387. 392. 397. 398.
„Westminster Gazette“ 8. 18. 27. 28. 33. 78. 98. 109. 131. 387.
„Westnik Finanzow“ 305. 306.
„Westnik Jewropy“ 224.
de Wet 165. 263.
Whates 160.
Wjäsemski, Fürst Peter Andrejewitsch 234.
Wien 301. 374. 409.
— deutsche u. italien. Studenten 359.
— Iswolskis Besuch 76.
Wilhelm der Eroberer 76.
Wilhelm, Prinz v. Schweden 162.
Wilhelm I. 255. 354.
Wilhelm II. Deutscher Kaiser 3. 55. 181. 196. 308. 355. 399. 400.
— Brief an Tweedmouth 95. 96. 116. 117.
— und Bülow 334.

Wilhelm II. und d. deutsch. Fürsten in Schönbrunn 171.
— und Eduard VII. in Kronberg 298.
— und England 69. 341.
— und engl. Staatsmänner 95.
— und Fallières 358.
— und Franz Joseph in Schönbrunn 343.
— in Highcliffe 5. 31.
— Krüger-Telegramm 116. 336.
— in London 95.
— und Marokko 196.
— und Militärballon 250.
— Nordlandreise 279.
— persönliche Initiative 346.
— und Presse 346.
— Staatsgeheimnisse 339.
— in Straßburg 307.
— und Sultan 196.
— in Tanger 196.
— und Viktor Emanuel in Venedig 114.
— in Windsor 5.
Willcock, James, General 65. 143. 162. 167. 186.
Wilna 223.
Windsor, Wilhelm II. 5.
Wisconsin 162.
Witte, J. S. 255.
— Industriegründungen 35.
Wladimorow, General 150.
Wladiwostok, Amurbahn 183.
— sibirische Bahn 176.
Wolf, Lucien 338.
Wolff, Redakteur 344. 345.
Wologdaschees Regiment u. Duchoborzen 272.
Woronesch, Bombenfabrik 112.
Woronzow Daschkow 72.
Wyatt, Harold 291.
Wyborger Aufruf 12. 275.

Y.

Yokohama 122.
Yvetot, franz. Anarchist 294.

Z.

Zakha Khels 65. 143.
Zarskoje Ssselo, Bombenlager 13.
Zentralasien und Rußland 311.
Zeppelin, Graf 3. 250. 251. 260. 343.
Zimmermann, Pastor, Riga 13.
Zola, Beisetzung 210.
— Überführung ins Pantheon 217.
Zulus 286.

HG.
S3326d

175415

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.8

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 22 06 04 025 2